



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Deutsche Geschichte**

**Class, Heinrich**

**Leipzig [u.a.], 1921**

Erhebung und Fall.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](#)

# Erhebung und Fall.

## Vorbemerkung.

Wer die inner- und außerpoltische Entwicklung des deutschen Reichs seit Bismarcks Entlassung unvoreingenommen und wachsam verfolgte, mußte sich über die folgenschweren Änderungen klar sein, die sich in der Stellung und Geltung unseres Vaterlandes unter und zu den großen Mächten der Erde vollzogen hatten, nicht minder darüber, daß sich Gefahren um es herum zusammengeballt hatten, die entweder nur durch diplomatische Meisterschaft oder durch höchste Kraftanspannung des Volks- ganzen gebannt werden konnten, wenn der drohende kriegerische Zusammenstoß vermieden werden sollte. Aber der staatsmännische Führer, der politische Retter blieb unserem Volke vorenthalten, und weder zu Lande noch zur See wagten die Staatsleiter — teils aus schwächerlicher Rücksicht auf die Stimmung im Reichstag, teils im Hinblick auf die befürchtete schädliche Wirkung im Auslande — die volle Ausnutzung der militärischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Volkes zu betreiben.

Wir wissen aus der Schilderung der letzten Zeitspanne vor dem Kriege, da Bethmann Hollweg Reichskanzler war, daß die Lage des deutschen Reichs sich unter der Einwirkung seiner fehlerhaften Politik weiterhin verschwert hatte, wissen aber auch, daß dieser Kanzler und seine wichtigsten Mitarbeiter sich gegen die Erkenntnis dieser Tatsache sträubten; insbesondere wollten sie nicht einsehen, daß England kaltblütig, entschlossen, weitschauend, geschickt und erfolgreich eine Staatskunst betrieben hatte, die das deutsche Reich von allen Seiten umstellt, und die nur das Ziel haben konnte, das deutsche Reich als gefährlichsten wirtschaftlichen Nebenbuhler so oder so unschädlich zu machen. Die deutschen Staatsleiter glaubten an den guten Willen Englands, sich mit dem deutschen Reiche friedlich zu verständigen, und im Frühjahr 1914 wurde sowohl von englischen wie von deutschen Ministern verkündigt, daß die beiderseitigen Beziehungen niemals besser gewesen seien, als eben jetzt. Im deutschen Reiche wurde die englische Beteuerung fürbare Münze genommen, und die amtlichen

Kreise waren ihrer Sache so sicher, daß sie für absehbare Zeit eine Gefährdung des Friedens als ausgeschlossen ansahen. Da geschah am 28. Juni 1914 zu Serajewo die furchterliche Tat, der Kaiser Franz Josefs Thronerbe, der Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich mit seiner Gemahlin zum Opfer fiel —; es war ein politischer Mord, dessen Urheber in Serbien zu suchen waren, und der den zum Aufrag drängenden Gegensatz zwischen dem Habsburger-Reich und dem über seine Grenzen hinausstrebenden Serbien grausig beleuchtete.

Wer den politischen Zustand Europas, wie er in Wirklichkeit war, genau kannte, mußte fürchten, daß die Bluttat von Serajewo das Feuerzeichen sei, das die große Auseinandersetzung zwischen den Mächtegruppen, die ohne deutsche Schuld in Widerstreit geraten waren, ankündigte.

So war es in der Tat.

Vier Wochen nach Franz Ferdinands Ermordung erließ Österreich-Ungarn die kurzbefristete Aufforderung um Genugtuung an Serbien und erklärte, als seine Forderungen nicht durchweg erfüllt wurden, wenige Tage später den Krieg. Wie in den früheren serbischen Streitfällen stellte sich auch diesmal das deutsche Reich an die Seite des Bundesgenossen an der Donau, während die Schutzmächte Serbiens — Russland, Frankreich und England, zugleich die geheimen Urheber der Wirren am Balkan —, für Serbien eintraten, das in begründetem Vertrauen auf den Schutz seiner Gönner den Kampf aufnahm. Nun überstürzten sich die Ereignisse, indem Russland sein Heer gegen Österreich-Ungarn auf Kriegsfuß setzte, und Anfang August befand sich das deutsche Reich im Kampfe mit Russland, Frankreich, England, Serbien und Belgien —; bald schlossen sich diesen Feinden ungezählte andere an. Das deutsche Reich selbst hatte auf seiner Seite nur Österreich-Ungarn — das durch den Streit der Völker zersetzte Land des greisen Franz Josef; der alte Dreibund-Genosse Italien versagte seine Hilfe —; Rumänien, das in geheimem Bündnis mit den Mittelmächten lebte, nicht minder, und so standen diese einer ungeheuren Übermacht gegenüber.

Von vornherein war es klar, daß das deutsche Reich die Hauptlast des Krieges zu tragen haben werde und daß die Heeresleitungen der beiden Mittelmächte von den Streitkräften Österreich-Ungarns mit Sicherheit nur auf die Deutschen und Magyaren rechnen konnten, vielleicht noch auf die Dalmatiner und Bosniaken — alle anderen Völkerschaften der Donau-Monarchie, vor allem Tschechen, Slowaken, Rumänen, Slawen, Italiener, Ruthenen waren mit dem Herzen auf der anderen Seite, und es zeigte sich bald, daß sie zu offenem Verrat bereit waren.

Über Nacht war das deutsche Volk so in den Kampf auf Leben und Tod hineingerissen — in einen Kampf, bei dem es die zahlenmäßige Unterlegenheit nur durch bessere Führung, höheren inneren Wert und

äußerste Leistungen seiner Kämpfer, sowie durch die unbedingte Entschlossenheit und Einigkeit der Heimat wettmachen konnte.

Der Augenblick war da, vor dem Bismarck gebangt, auf den Moltke gerechnet hatte: denn beide waren sich klar darüber gewesen, daß das junge deutsche Reich sein Recht aufs Dasein noch einmal mit dem Schwerte erweisen müsse, ehe es endgültig gesichert sein werde.

\* \* \*

Wenn hier das Wagnis unternommen wird, in dem eng gespannten Rahmen, den dies volkstümliche und kurzgefaßte Geschichtsbuch zuläßt, das gewaltige Geschehen zu schildern, das zwischen der wunderbaren Erhebung des deutschen Volkes im August 1914 und seinem schmählichen Fall im November 1918 liegt, wenn vorher die Ursachen und der Anlaß zum Weltkriege dargelegt werden und schließlich der Umsturz mit seinen Folgen beschrieben wird, so müssen die Leser sich — wie der Verfasser — darüber klar sein, daß der Krieg als militärischer Vorgang noch nicht geschichtsreif ist und daß noch lange nicht alle Einzelheiten der politischen Handlungen bekannt sind: hinsichtlich der Darstellung der kriegerischen Ereignisse muß deshalb eine Beschränkung auf die wichtigsten Vorgänge eintreten, wobei der Verfasser besondere Nachsicht in Anspruch nehmen muß, da er militärischer Laius ist; — was die politischen Zusammenhänge und Vorgänge betrifft, so liegen sie trotz des Sehens von ungezählten Einzelheiten für den Kenner der Zeitgeschichte so klar, daß bestimmte und begründete Meinungen und Urteile ausgesprochen werden können.

Sonach wird man, in dem was hier geboten wird, Kriegsgeschichte vergeblich suchen; es kann sich nur darum handeln, in die Schilderung der Schicksale unseres Volkes in diesen schweren Jahren die äußeren Vorgänge, Wirkungen und Folgen des Krieges einzuflechten, das Hauptgewicht aber auf die politischen Geschehnisse zu legen.

Wenn trotz des Strebens nach möglichster Kürze dieser Teil des Buches breiter ausfällt, als die Darstellung früherer Zeitschritte der deutschen Geschichte, so wird dies mit dem Bedürfnis entschuldigt werden, das bei dem Verfasser vorhanden ist, und das er bei seinen Lesern voraussetzt, sich geistig mit seiner Zeit auseinanderzusetzen; man wird ihm auch die Schwierigkeit zugute halten, die in der Zusammendrängung des ungeheuren Stoffes liegt. Von ihr kann jedermann sich einen Begriff verschaffen, wenn er sich im Geiste ver gegenwärtigt, was alles seit dem Tage von Serajewo im deutschen Reiche und bei seinen Bundesgenossen sowie bei seinen Feinden politisch, und was auf den Kriegsschauplätzen in drei Weltteilen sich ereignet hat. Dazu kommt, daß der Weltkrieg in des Wortes vollkommenster Bedeutung eine Schicksalswende für das deutsche

Volk bedeutet, deren innere und äußere Ursachen und Begleiterscheinungen so genau wie möglich festgehalten werden müssen. Daz̄ diese Schicksalswende einen tiefen, tiefen Fall gebracht hat, ist klar — ungewiß bleibt, ob, wie und wann eine Erhebung aus ihm möglich ist. Sie wird aber nur dann eintreten, wenn das deutsche Volk oder besser — wenn auch dem Zeitgeist zuwider — gesagt, die nun einmal zur Führung bestimmten Kreise in ihm aus den Geschehnissen dieses furchtbaren Jahrhunderts so viel lernen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen werden. Und weil dieses Buch in diesem Sinne belehren will, muß man ihm den Raum gewähren, den die dazu nötigen Ausführungen in Anspruch nehmen. Dies gilt nach dem Vorgesagten für das Politische — was das Militärische betrifft, so könnte die gewaltige Zahl und der Umfang der Kriegshandlungen, die Hülle der lebendigen Kräfte, Kriegsmittel und Gefechtsfelder, sowie die Bewertung der Einwirkungen außerhalb der eigentlichen Kämpfe auch bei noch so sehr gedrängter Schilderung nur in einem besonderen, umfangreichen Werke geschildert werden; unser Buch verlangt in dieser Beziehung Beschränkung auf das Wichtigste. Dabei soll aber doch zur lebendigen Anschauung kommen, was dies nach dem Umsturz zusammengebrochene Volk an unerhörten Taten vollbracht hat, solange es willensstarken Führern folgte. Es scheint fast, als ob dies alles aus dem Gedächtnis der Lebenden getilgt sei. Um so mehr Grund, daran zu erinnern — und aus der Erinnerung den Glauben an den Wert des eigenen Volkes wieder zu gewinnen.

\* \* \*

Noch eine Bemerkung sei schließlich vorangestellt, bevor wir an die Schilderung der Ereignisse herantreten; sie bezieht sich auf das Schlagwort von der Schuld am Kriege, — ein Wort, das für das deutsche Volk so verhängnisvoll geworden ist.

Wie so vieles, was verheerend auf die Seele des deutschen Volkes eingewirkt hat, stammt auch dieses Wort aus England, und es wurde — wiederum wie so vieles andere — im deutschen Reiche aufgenommen, von unpolitischen deutschen Staatsleitern, Volksvertretern und Schriftstellern mit bitterem Ernst hin und her gedreht und untersucht, so daß schließlich der urteilslosen Mehrheit unseres Volkes die Meinung beifam die „Schuld“ liege auf deutscher Seite, und zwar in dem Sinne, daß deutsche Staatsleiter, Feldherren, Schriftsteller oder Politiker bewußt auf den Krieg hingearbeitet oder doch nicht das Äußerste zu seiner Abwendung getan hätten. Mit planmäßiger Unablässigkeit erörterte das Ausland die Frage von der „Schuld am Kriege“; es wurde in seiner Berechnung, damit dem deutschen Volke die innere Sicherheit, das gute Gewissen zu rauben, durch ein verhängnisvolles Wort des Reichskanzlers von Bethmann

Hollweg wirksam unterstützt, so daß die deutsche Öffentlichkeit schließlich dieser Einwirkung unterlag. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß es im Reiche international gerichteten Politikern und Zeitungen gestattet war, die Geschäfte der Feinde zum schwersten Schaden des Vaterlandes zu besorgen.

Nur allzu Wenige besaßen die geistige Selbständigkeit, das Schlagwort von der „deutschen Schuld am Kriege“ auf seinen Inhalt, seine Berechtigung zu prüfen und seine Unhaltbarkeit zu erkennen, so daß sie von der sittlichen und geistigen Zermürbung frei blieben, der nach und nach die Mehrzahl ihrer Mitbürger unterlag. Für sie stand von vornherein fest, daß der Weltkrieg aus einer Spannung hervorgegangen war, die zur Zeit seines Ausbruchs bereits Jahrzehnte lang bestanden, und die während der letzten Jahre in steigendem Maße zugenommen hatte. Die Ursachen dieser Spannung wiederum lagen in Bedürfnissen, Beziehungen, auch Stimmungen der verschiedenen zum Kriege nach und nach hinzugetretenen Völker und der Art ihres Hervortretens in der Weltpolitik. Und in dieser letzten Hinsicht darf schon hier gesagt werden, daß gerade die Regierung des deutschen Reiches, so sehr man alle Nachfolger Bismarcks sonst auch der Unfähigkeit zeihen darf, in dem Wunsche, den Krieg unbedingt vermieden zu sehen, noch über Bismarck hinausgegangen war. Kaiser Wilhelm II. und alle seine Kanzler wünschten nur die Erhaltung des Friedens; ihre Politik war furzichtig, ohne Einsicht und Tatkräft. Sie rief in der Außenwelt Misstrauen hervor, weil gerade den Schwachen ihre behauptete Uneignügigkeit nicht geglaubt wurde. Aber tatsächlich kannte die deutsche Reichsleitung Angriffs-Politik so wenig wie Politik überhaupt.

Im nachfolgenden sei die Lage Europas, wie sie sich seit der Gründung des deutschen Reiches gestaltet hatte, in großen Zügen gezeichnet.

Frankreich konnte die Niederlage von 1870/71 nicht verwinden und beharrte dabei, die Herausgabe Elsaß-Lothringens an den damaligen Sieger, als Unrecht zu betrachten; es fühlte sich in seinem völkischen Stolze durch Niederlage und Gebietsverlust tief getroffen und hatte daneben unausgesprochen, aber im Unterbewußtsein um so wirksamer die Furcht, durch das rasche Wachstum der deutschen Bevölkerung und der deutschen Wirtschaftsmacht weiter gefährdet zu sein. Hieraus ergab sich für alle französischen Staatsmänner seit dem Kriege von 1870/71 die Entschlossenheit, jede geeignete Gelegenheit zu ergreifen und auch zu suchen, die den Wünschen oder auch den vermeintlichen Notwendigkeiten ihres Volkes durch einen Krieg Befriedigung verschaffen konnte. Was daraus für das deutsche Volk sich ergab, war hart und schwer, lag außerhalb seiner Verantwortung und entsprang der unveränderlichen und von deutscher Seite nicht beeinflußbaren Wesensart des französischen Volkes, aus der die

deutschen Staatsmänner dauernd verpflichtet gewesen wären, die politischen und militärischen Folgerungen zu ziehen, um Frankreich gegenüber so stark dazustehen, daß es einen Waffengang nicht wagte.

Bei England lag — wahrnehmbar bereits in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts — im Grunde die Sache so, daß es sich durch den außerordentlichen Aufschwung des deutschen Überseehandels und der Handelsschiffahrt in seiner weltwirtschaftlichen Stellung bedroht fühlte — eine Angelegenheit, die nach englischer Auffassung die Selbsterhaltung des englischen Volkes berührte. Neben diesem Umstande hat es gefühlsmäßig auf englischer Seite sehr verbitternd gewirkt, ja so etwas wie Haß erzeugt, daß der deutsche Fleiß die an Behaglichkeit und geringere Arbeitsleistung gewöhnten Engländer vor die ihnen unangenehme Notwendigkeit stellte, mehr arbeiten zu müssen, wenn sie dem deutschen Wettbewerb standhalten wollten; auch sah man mit Sorgen auf die deutsche Arbeiterschutz-Gesetzgebung und fürchtete ihre Folgen für das eigene Land, wenn die englische Arbeiterschaft ähnliches verlangen werde. So ballte sich in England mit der Zeit eine Deutschfeindlichkeit zusammen, die schon von dem Fürsten Bismarck während seiner amtlosen Jahre nicht ohne Besorgnis wahrgenommen worden war. Aus diesem Gefühl heraus und um die gesamte Bevölkerung des Landes für die Deutschfeindlichkeit der herrschenden Kreise zu gewinnen, wurde seit Ende der neunziger Jahre das Vorhandensein der deutschen Kriegsflotte der Masse gegenüber als Bedrohung hingestellt. In Wirklichkeit galt der deutsche Flottenbau in seinen ersten Anfängen nur der Sicherung gegen ein etwaiges französisch-russisches Bündnis, erst später, als die Haltung Englands immer feindlicher wurde, auch der Abwehr englischer Gefahr. Angriffsabsichten gegenüber England bestanden im deutschen Reiche weder in militärischer noch in politischer Hinsicht. Ebenso steht fest, daß im deutschen Reiche niemand an die Erdrosselung der englischen Wirtschaft dachte. Hatte ja doch die Erde auf absehbare Zeit für die deutsche und englische Wirtschaft neben derjenigen der Vereinigten Staaten Raum genug. So dachte, so empfand man innerhalb des deutschen Reichs, wie es der ganzen Veranlagung des deutschen Volkes entspricht. Der englischen Eigenart dagegen entsprach es, die Wege feindseliger, schließlich gewaltsamer Tätigung zu beschreiten.

Die Russen standen seit langem unter dem Gedanken, daß man die russische Macht ausbreiten, daß man den Zugang zum Meer in Konstantinopel und an den nichtrussischen Küstengebieten der Ostsee gewinnen müsse. Stimmungsmäßig wirkte daneben der Haß gegen die Deutschen sehr stark mit, — ein Haß, der sich aus der außerordentlichen Verschiedenheit deutschen und russischen Wesens ergibt — und der nach dem Urteil Bismarcks von dem deutschfeindlichen Ausland mit Hilfe von polnischen

und jüdischen Tages-Schriftstellern künstlich genährt wurde. Hierzu traten die unklaren Gedanken, die man unter dem Worte „Pan-Slawismus“ zusammenzufassen pflegt. Uns Deutschen zeigt ein Blick auf die Landkarte, daß das ungeheure russische Reich sich selbst genug sein konnte, jedenfalls nach dem Westen hin keine weitere Ausdehnung auf Kosten des deutschen Reiches, und erst recht nicht um den Preis eines Krieges zu erstreben brauchte. Reichsdeutsche und russische Staatsnotwendigkeiten ließen nirgends widereinander, deckten sich vielmehr in vielem, was von ernsten russischen Staatsmännern ebenso anerkannt worden war, wie von reichsdeutschen. Nur die reichsdeutsche Notwendigkeit, daß wir die österreichisch-ungarische Monarchie schützen müßten, stand zwischen Rußland und unserem Vaterlande. Hierüber kam es schließlich dann auch zum Bruche. Sonst war die russische Politik dem deutschen Reiche gegenüber mehr von Gefühlen geleitet, in gedanklicher Unklarheit geführt, als durch Notwendigkeiten ihres Volkes bestimmt. Rußland geriet mit dem deutschen Reich und der mit ihm verbündeten Donaumonarchie in Krieg, weil es sich dem Schutze der „slawischen Brüder“, der Serben, nicht glaubte entziehen zu dürfen. Serbien selbst bildete seit langem die unruhigste Stelle der europäischen Politik; die führenden Kreise dieses jungen Staates strebten ein Groß-Serbien an: man begehrte den Weg zum Meere an der Adria und die Vereinigung der im habsburger Reiche lebenden Volksgenossen mit dem serbischen Nationalstaat. Bei diesen Bestrebungen ging man mit großer Leidenschaft vor und scheute auch vor Verbrechen nicht zurück.

Wenn die sachliche Betrachtung derjenigen Auffassungen bei unseren nächsten Feinden, die letzten Endes die Ursachen zum Kriege gegeben haben, feststellt, daß überall hochgesteigerte Ansprüche bestanden, daß der Wille, diesen Ansprüchen Geltung zu verschaffen in vollstem Maße vorhanden war, daß schließlich die nationalen Leidenschaften hochschlugen und der Feindschaftsbetätigung jedes Mittel gestatteten, so darf man dagegen von dem deutschen Reiche behaupten, daß es dem Auslande in vollster Bescheidenheit gegenüberstand, ja daß es den Weg der demütigsten Nachgiebigkeit in seinem Augenblicke verließ. Das deutsche Reich begehrte von den anderen machtpolitisch nichts. Es war, wie amtlich oft genug betont wurde, seit 1870/71 „gesättigt“ und wollte nur seine wirtschaftliche Kraft entfalten. Wirtschaftlich war es ausgreifend, im Sinne der anderen — wenn auch mit friedlichen Mitteln — sonach angreifend, politisch befand es sich seit seiner Gründung in der Verteidigung. Um sich zu verteidigen, erhielt es sein Heer, baute es seine Flotte. Der Bündnisschutz, den Bismarck dem deutschen Reiche mit seiner Umsicht und Geschicklichkeit geschaffen hatte, war seit seinem Abgang so ziemlich verfallen — nur das Bündnis mit Österreich-Ungarn bestand nicht bloß dem Namen nach. Darum durfte das deutsche Reich, um sich

verteidigungsfähig zu halten, diese Macht, die infolge der unglücklichen Politik der nach-bismarckischen Zeit, als Bundesgenosse allein übriggeblieben war, weder den Ansprüchen Russlands preisgeben, noch durch Zulassung der serbischen Vergrößerungsabsichten dem Zerfälle aussetzen. Es ist geradezu Sünde wider die Grundbegriffe der Staatskunst, wenn Deutsche aus dem Verhalten des deutschen Reiches in den entscheidenden Sommertagen 1914 eine „Schuld am Krieg“ herleiten wollen, die unser Vaterland den Feinden gegenüber sittlich und politisch ins Unrecht setzen würde: Die deutschen Staatslenker haben, so verkehrt und unpolitisch sie vorher in allzuvielen Fällen verfahren und so unzweckmäßig und für ihr Vaterland nachteilig sie im einzelnen noch während dieser Zeitspanne handelten, das für die Selbstverhaltung ihres Volkes Gebotene getan, als sie im Juli 1914 auf Österreichs Seite traten, das seinerseits den serbischen Machenschaften gegenüber gar nicht anders als scharf zugreifend vorgehen konnte, wenn es sich nicht selbst aufgeben wollte.

Dass die Feinde zur Förderung ihrer Zwecke das Schlagwort von der deutschen Schuld am Kriege prägten und tausendsach wiederholten, war ein politisches Kriegsmittel der Stimmungsmache, ihr gutes Recht — dass Deutsche das Wort aufgriffen und allmählich ihr eigenes Volk vor sich selbst ins Unrecht setzten, war Verrat am deutschen Volke.

Klein und eng war die Auffassung jener, die bei dem gewaltigsten Völkerzusammenstoße aller Geschichte, der so nur möglich wurde, weil er im Wesen der gegen uns stehenden Völker begründet war, also etwas von elementarer Notwendigkeit an sich hatte, von der Schuld gerade desjenigen Volkes zu sprechen wagten, das nach Lage und Anlage einem Kriege am allermeisten widerstreben musste. Dass es so beschränkte Geister und schwache Herzen bei der deutschen Schicksalswende auf deutschem Boden gab, ist bei der Schwäche des völkischen Empfindens der Durchschnitts-Deutschen nicht zu verwundern — dass während des Kampfes auf Tod und Leben gerade solche an entscheidenden Stellen Einfluss und schließlich in der öffentlichen Meinung die Herrschaft gewannen, wurde zum Verhängnis des deutschen Volkes. Ihnen gegenüber kann man von Schuld im Kriege reden — in gewissem Sinne aber sind diese und ihnen wesensverwandte Kreise aber auch schuld am Kriege. Sie haben in Wort und Schrift — man denke an den „Vorwärts“, das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ — die Zustände im deutschen Reihe als unerträglich geschildert, sie haben die Lüge aufgebracht, als ob maßgebende oder einflussreiche Kreise auf Eroberungen ausgingen, sie haben der Wahrheit zuwider über die angebliche Herrschaft des preußischen Militarismus gezetert und es so hingestellt, als ob das Volk des freiesten Wahlrechtes ein Sklaven-Dasein führe. Alles in allem haben sie den Feinden den Eindruck beigebracht, dass das Reich innerlich zermorscht sei,

ja die sozialistischen Volksführer haben geradezu angekündigt, daß das deutsche Proletariat bei etwaigem Kriege dem Vaterlande den Kriegsdienst verweigern würde. Wenn etwas geeignet war, die Feinde in der Absicht des Angriffs zu verstärken, so waren es diese im Ausland geflissentlich verbreiteten Bloßstellungen der eigenen Heimat, und es hat sich während des Krieges gezeigt, daß die Feinde für ihre Stimmungsmache, ihre verhängnisvoll wirkende „Propaganda“ die sogenannten geistigen Waffen aus dem Lügenvorrat jener Kreise hervorholten. Es ist eine geschickliche Tatsache, daß dies mitgeholfen hat, unser Volk zu zermürben — soweit vorher die Gegner dadurch ermutigt wurden, den Kampf gegen das deutsche Reich zu wagen, sind diese Leute, die das Schlagwort am meisten im Munde führen, schuld am Kriege. Es sei schon hier festgestellt, daß sie entweder Volfsfremde, oder ihrem Volke Entfremdete waren.

### Ursachen und Vorgeschichte des Krieges.

Wir haben soeben, soweit Frankreich, England, Rußland und Serbien in Betracht kommen — bei Erörterung der Frage der Schuld am Kriege — schon einiges über die Ursachen des Krieges gesagt und werden nachher die Vorgänge zu schildern haben, die den letzten Anlaß zu ihm gegeben haben. Hier ist im Zusammenhang noch festzustellen, daß, wenn man den Dingen ganz auf den Grund geht, die Tatsache der Reichsgründung die wesentliche, von deutscher Seite aber nicht zu beseitigende Ursache zum Kriege geschaffen hat. Das Reich war infolge des deutschen Sieges über Frankreich entstanden; nach seiner Veranlagung konnte das französische Volk uns diesen Sieg nicht verzeihen und sann auf Rache, betrieb seine Rüstungen und war bereit, sich jedem anderen Gegner des deutschen Reiches zu verbünden. Die Reichsgründung änderte den politischen Zustand Europas vollkommen, indem sie in dessen Mitte einen kraftvollen Staat mit mächtigem Lebenswillen schuf, der einerseits dem deutschen Volke die Möglichkeit wirtschaftlicher Entfaltung bot, andererseits den englischen Einfluß auf dem Festlande zurückdämmte und die russische Vormachtstellung daselbst beseitigte.

Geschichtlich steht fest, daß England die gesamte Entwicklung, die seit 1868 zur Gründung des deutschen Reiches führte, nicht gehindert hat, weil es bei der von dem Krimkriege herrührenden, von Bismarck geschickt benutzten Lage Europas ohne Festland-Bundesgenossen dastand. Bismarcks Hauptstütze bildete in diesen Entwicklungsjahren das zaristische Rußland. Aber auch an dem Hofe, in der Diplomatie und in der Gesellschaft Rußlands fehlte es schon damals nicht an Gegenströmungen. Zunächst unternahmen weder England, noch Rußland etwas gegen das neue Reich. Dagegen war Frankreich vom ersten Tage dessen offener Feind und seine Feindschaft ist für die ganze Entwicklung der deutschen und der europäischen

Politik von entscheidender Bedeutung geworden. Möchte Frankreich auch erkennen, daß es allein nicht imstande sei, den Racheckrieg gegen das deutsche Reich zu führen — das Vorhandensein des Willens zur Rache, verbunden mit Rüstungen, die schließlich das Letzte herauholten, was Frankreich zu geben hatte, bedeutete für das deutsche Reich die stete Gefahr, daß der Krieg ausbrechen werde, sobald eine zweite Macht bereit wäre, mit Frankreich gegen uns zu kämpfen. Jeder zukünftige Feind des deutschen Volkes wußte, daß er auf Frankreich als Mittämpfer rechnen könne, und die deutsche Staatsleitung war sich klar, daß sie, sobald eine andere Macht als Frankreich den Krieg mit uns suchte, gewissermaßen selbsttätig mit zwei Feinden zu tun habe. Bismarck wußte, weshalb ihn der „Alpdruck der Bündnisse“ quälte — seine ganze äußere Politik strebte mit Erfolg dahin, Frankreich vereinsamt zu halten. Bis Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts gelang es ihm ohne weiteres; schwieriger wurde die Lage, als die panslawistische Bewegung in Russland auffam und nach dem Berliner Kongreß (1878) wachsenden Einfluß gewann, aber wir wissen, daß der große Staatsmann trotzdem die Gefahr zu bannen verstand. Bismarck wußte durch seine Geschicklichkeit immer wieder Russland an deutscher Seite festzuhalten, indem er unter anderem mit den „Interessen und Befürchtungen“ des Zarenreiches arbeitete; er verhütete den Ausbruch offener Feindschaft zwischen Petersburg und Wien und sicherte selbst in wenig günstiger Lage bis zu seinem Abgange dem deutschen Reiche für eintretenden Kriegsfall die russische Neutralität. Dies geschah zuletzt durch Verträge von 1884 und 1887. Infolge der Entlassung Bismarcks wurde diese „Rückversicherung“ nicht erneuert, und Russland wurde seit Frühjahr 1890 reif für den Anschluß an Frankreich, mit dem es noch im Jahr 1891 den Zweibund abschloß. So war der Feind des deutschen Reichs im Westen aus der Vereinsamung befreit; sein Selbstgefühl wurde durch die russische Bundesgenossenschaft mächtig gesteigert. Freilich zeigte die russische Politik gar keine Neigung, Frankreich bei einem Racheckrieg wegen Elsaß-Lothringen Beistand zu leisten; sie nahm die Vorteile wahr, die das Bündnis mit Frankreich ihr für die asiatische Politik bot, brachte vor allem in Frankreich die russischen Anleihen unter und betrieb ihre politischen Unternehmungen unter der Rückendeckung des Zweibundes. So sehr dieser nach Frankreichs Absichten Angriffszwecken dienen sollte, so wenig entsprach dies bis auf weiteres den Wünschen Russlands, und es mußte etwas anderes dazu kommen, um den Willen der russischen Staatslenker in Frankreichs Sinn umzuformen; die panslawistischen Treibereien in Russland und die kriegerischen Neigungen Frankreichs allein verhinderten dies noch nicht.

Und hier beginnt die Rolle wirksam zu werden, die England dem deutschen Reiche gegenüber zu spielen übernahm. Es hatte die Reichs-

gründung nicht hindern können; als sich zeigte, daß Bismarcks Werk aus den im deutschen Reich zusammengefaßten deutschen Staaten die stärkste Macht des Hesslandes geschaffen hatte, begannen Englands Staatsmänner ihr gegenüber die altüberlieferte Politik einzuschlagen, die sie jeweils in früheren Fällen den stärksten Hesslandmächten gegenüber betrieben hatten. Neben dem politischen Streben, das deutsche Reich zu schwächen, weil es eben die stärkste Macht des Hesslandes war, wirkte die Erkenntnis, daß dessen wirtschaftlicher Aufschwung die englische Wirtschaft gefährde, und aus diesen Erwägungen entsprang der Entschluß, der vom deutschen Reich befürchteten Schädigung der englischen Macht- und Wirtschaftsstellung entgegenzutreten. So lange Fürst Bismarck die Reichsgeschäfte leitete, mußte dabei mit der gebotenen Vorsicht vorgehen werden, die man gegenüber einem Staatsmann von so unbestrittenem Ansehen und von so bewährter Meisterschaft einhalten mußte. Seine Beseitigung lag im Vorteil Englands, und es kann heute als erwiesen gelten, daß englische Machenschaften bei dem Bruch Kaiser Wilhelms II. mit Bismarck mitbestimmend waren, nicht minder, daß dies seit März 1890 bei der Nichterneuerung des Rückversicherungs-Vertrages zwischen Russland und dem deutschen Kaiser der Fall gewesen war.

Als die Reichspolitik seit März 1890 die Bahnen Bismarcks verließ, erleichterte sie den Engländern das Geschäft; seit diesem Augenblick ist das deutsche Reich leidender Gegenstand der englischen Staatskunst geworden und man kann geradezu sagen, daß die englische „Einfreisung“ bereits mit dem Zweibund Russland-Frankreich begonnen hatte. Trotz der immer ungünstiger werdenden politischen Lage des deutschen Reichs entfaltete sich seine Wirtschaft ins Ungemessene und verstärkte damit den Antrieb Englands, sich des als gefährlich erkannten Nebenbühlers zu entledigen. In der öffentlichen Meinung Englands wurde besonders mit dem Hinweis auf die deutsche Kriegsflotte, die seit 1897/98 offensichtlich nur zum Zwecke der Verteidigung ausgebaut wurde und nur ihm dienen konnte, Stimmung gemacht. Wir haben früher schon gesehen, wie oft es zu Zusammenstößen zwischen beiden Mächten gekommen war und wissen bereits, daß überall da, wo das deutsche Reich Schwierigkeiten begegnete, entweder England selbst ihm entgegentrat oder seine Hand im Spiele hatte. Mit welcher Planmäßigkeit England in seiner Politik verfuhr, sei bei der Bedeutung, die der englische Gegensatz gegen das deutsche Reich gewinnen sollte, auf die Gefahr einer Wiederholung hier kurz dargestellt.

Im Jahre 1902 hatte England einen Vertrag mit Japan geschlossen, das in der deutschen Besetzung in Kiautschau (1898) eine Beeinträchtigung seiner auf das ostasiatische Festland gerichteten Ansprüche erblickte und wegen des Verhaltens der deutschen Politik nach dem japanisch-chinesischen Kriege (1895) erbittert war.

Zwei Jahre später (1904) folgte die Verständigung Englands mit Frankreich über Marokko und Ägypten; die beiden alten Feinde hatten sich in der „entente cordiale“, im „herzlichen Einvernehmen“ gefunden. Wenn Fürst Bismarck dies entscheidende Ereignis noch erlebt hätte, würde sein „Alpdruck der Bündnisse“ noch gesteigert worden sein, da die neue Verbindung zwischen beiden durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen das deutsche Reich veranlaßt war und sich gegen es richtete.

Einen Schritt weiter bedeutete die Verständigung Englands mit Russland über Asien, die 1907 zustande kam; durch sie wurden beide Mächte nach anderen Richtungen hin frei, indem die zwischen ihnen bislang in Asien gewesenen Gegensätze ausgeglichen wurden. Man erinnere sich dabei, daß wenige Jahre vorher (1904/5) die russische Machtstellung im äußersten Osten von Japan zertrümmert worden war, und daß Japan diesen Krieg recht eigentlich zum Vorteil und zur Entlastung Englands geführt hatte. Trotzdem gelang es den Engländern durch die Abreden, die 1908 bei der Zusammenkunft König Edwards VII. mit dem Zaren Nikolaus II. in Reval getroffen wurden, in engste Verbindung mit Russland zu gelangen: damals wurden die Rüstungen verabredet, die 1916 beendigt sein sollten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die sich in solcher Weise zur Überraschung der amtlichen deutschen Stellen gefunden hatten, erfuhren 1909 durch das Abkommen über Persien eine Verstärkung. Im selben Jahre fand die wichtige Zusammenkunft des Zaren Nikolaus mit König Viktor Emanuel von Italien zu Racconigi statt: damals vollzog Italien, das äußerlich noch im Dreibund mit dem deutschen Reiche und Österreich-Ungarn lebte, den wenn auch geheimen Anschluß an den „Dreiverband“, zu dem das Verhältnis zwischen England, Frankreich und Russland sich entwickelt hatte. Es ist klar, daß die Bedeutung des Dreibundes, dessen Wert seit den Erfahrungen von Algeciras (1906) schon sehr fraglich geworden war, weiter gemindert wurde. Durch die Zusammenkunft von Racconigi wurden die sogenannten „irredentistischen“ Bestrebungen in Italien, die auf Erlösung der in Österreich-Ungarn lebenden Italiener durch Abtrennung der von ihnen bewohnten Gebiete hinzielten, ermutigt. Der Dreibund war geschwächt, der Dreiverband gestärkt, in ihm hatte England unbestritten die staatsmännische Führung.

Zu der von England betriebenen Einfriedung des deutschen Reiches gehörte auch die Zersetzung Österreich-Ungarns, da sich die Donau-Monarchie, wie man erfahren hatte, von ihrem Bundesgenossen nicht trennen ließ; auch die Auflösung der Türkei gehörte in diesen Plan. Beide Unternehmungen wurden von dem Dreiverbande England, Frankreich, Russland mit skrupellosem Eifer betrieben: Die „Irredentisten“ in Italien, die Machenschaften der Tschechen und Südslawen, besonders der Serben wurden

mit großen Mitteln unterstützt; auf dem Balkan wurde dafür gesorgt, daß stete Unruhe herrschte.

Im Jahre 1911 wurden die Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika durch einen sogenannten Schiedsvertrag als besonders herzlich offenbart.

In diesem Jahre war es zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich wegen Marokkos zum schweren Zusammenstoß gekommen, wobei England sich unter Kriegsrüstungen neben Frankreich stellte, ja offensichtlich die treibende Kraft der französischen Politik war.

Der italienisch-türkische Krieg, der ebenfalls im Jahre 1911 entstand und in dem Italien im Einverständnis mit England das türkische Gebiet von Tripolis besetzte, zeigte die Türkei in ihrer Hilflosigkeit; er war ein Vorbote des ersten Balkankrieges (1912/13), der das türkische Reich aufs tiefste erschütterte. Das Königreich Serbien ging aus diesem ersten und dem zweiten — gegen Bulgarien gerichteten — Balkankriegen außerordentlich gestärkt hervor. Die Folge war eine Steigerung des serbischen Selbstbewußtseins und des Drängens, durch Losreissen der serbischen Gebiete Österreich-Ungarns ein groß-serbisches Reich zu gründen.

Während des Marocco-Streites war der deutsch-englische Gegensatz aufs äußerste zugespitzt gewesen; nachdem er den uns bekannten ungünstigen Verlauf für das deutsche Reich genommen, gab sich England — wie wir wissen — den Anschein, als wünsche es ernstlich mit dem deutschen Reiche auf gutem Fuß zu leben; es fanden die sogenannten Verständigungsversuche statt, die sich auf die Minderung des deutschen Flottenausbau und auf die Kolonialgebiete in Afrika bezogen. Hinsichtlich der deutschen Schiffsbauten erreichte England tatsächlich eine Abschwächung der Pläne des Großadmirals von Tirpitz — die kolonialen Verständigungsverhandlungen wurden von den völkisch gesinnten Kreisen mit berechtigtem Mißtrauen verfolgt.

Die maßgebenden amtlichen Stellen in Berlin waren in der Zeit von 1912/14 im Ernst von dem guten Willen Englands überzeugt, mit dem deutschen Reiche in Frieden zu leben — die englischen Staatsmänner setzten mit erhöhtem Eifer und mit dem Erfolge, der solcher Zielbewußtheit nicht fehlt, ihr Werk der Umfassung und Vereinsamung des deutschen Reichs fort. Der Dreiverband stellte England die kriegerische Kraft Frankreichs und Russlands zur Verfügung; Italiens war man nicht nur sicher, sondern wurde von ihm über die Vorgänge innerhalb des Dreibunds auf dem Laufenden gehalten; die Türkei war geschwächt, Serbien gestärkt und angriffslustiger als je; über den inneren Zustand Österreich-Ungarns war man genau unterrichtet und sorgte dafür, daß die Zersetzung fortschritt; Japan hatte man als Bundesgenossen, die Vereinigten Staaten als Freunde,

von dem man gewiß war, auf welche Seite er sich gegebenenfalls stellen werde. Die eigenen Machtmittel des Dreiverbandes wurden mit äußerster Anstrengung gesteigert. In England selbst wurde die öffentliche Meinung mit allen Künsten einer skrupellosen Presse gegen das deutsche Reich aufgeheizt, indem man die deutsche Flotte unter falschen Angaben über ihre Stärke als Lebensgefahr hinstellte und das Gespenst eines deutschen Einfalls in England an die Wand malte. In den Jahren 1912 und 1913 zog man die Hauptkräfte der englischen Flotte aus dem Mittelmeer nach den nördlichen Gewässern — sammelte sie also gegen das deutsche Reich; das Mittelmeer wurde den Franzosen überlassen; nur ein englisches Geschwader blieb dort. In Russland wurden mit französischem Gelde die für Kriegszwecke nötigen Eisenbahnen gebaut und die Heeresrüstungen mit größter Anstrengung betrieben. Im Jahre 1913 führte Frankreich das wahrschafitig das Äußerste für den Ausbau seines Heeres getan hatte wieder die dreijährige Dienstzeit ein — eine Maßnahme, die eine weitere außerordentliche Verstärkung der französischen Kriegsmacht darstellte und die nur in dem Sinne gedeutet werden konnte, daß die französische Staatsleitung mit einem baldigen Kriege rechne. Im selben Jahre besuchte das Haupt des französischen Generalstabs, General Joffre, Russland, um sich dort von dem Stande der Rüstungen zu überzeugen und mit den Leitern des russischen Heeres zu beraten. Eine neue Anleihe Russlands in Frankreich und eine neue russische Heeresvorlage standen im engsten Zusammenhang damit. Schließlich wurden im Frühjahr 1914 zwischen England und Russland Verhandlungen eingeleitet, die ein Flottenabkommen hinsichtlich der Ostsee zum Ziele hatten; die Absicht dabei war, starke Flottenkräfte in der Ostsee zum Zwecke einer russischen Landung in Pommern zur Verfügung zu haben, und England sollte die Geldmittel dazu liefern. Zur gleichen Zeit vollzog Rumänien die Abkehr von den Mittelmächten, mit denen es in einem Bündnis lebte. Italien aber erteilte Österreich auf eine Anfrage, die auf ein Vorgehen gegen Serbien wegen dessen Absicht auf Albanien zielte, eine Absage. So konnte England als Führer des Dreiverbandes darauf rechnen, daß politisch und militärisch alles hinreichend vorbereitet sein würde, wenn es zum Zusammenstoße käme; für ihn war das Jahr 1916 in Aussicht genommen worden. Die Stimmung des englischen Volkes war hinreichend erhöht und wurde von der Presse, die im engsten Einvernehmen mit der Regierung arbeitete, stets von neuem aufgepeitscht, während die Regierung sich den Anschein gab, mit dem deutschen Reiche die Verständigung zu suchen und so die maßgebenden Stellen dort und die öffentliche Meinung täuschte. Auch außerhalb Englands entfaltete die englische „Propaganda“, unterstützt durch das im englischen Besitz befindliche Nachrichtenwesen, mit großem Erfolge ihre deutschfeindliche Tätigkeit; so gelang es ihr besonders, die Stimmung in

den Vereinigten Staaten gegen das deutsche Reich einzunehmen. Frankreich war kriegslustiger als je: nicht nur wußte es sich im Bunde mit der stärksten Flottenmacht England und mit dem für die stärkste Militärmacht gehaltenen Russland den Mittelmächten unendlich überlegen — die nationalistischen Machenschaften in Elsaß-Lothringen hatten den Rachegedanken immer neu belebt und der Ausgang des Marocco-Streites, der einen vollen Sieg der französischen Politik bedeutete, steigerte die Siegesgewißheit und die Kriegslust ins Ungemessene. Bei einigen Zwischenfällen zeigte sich der Haß des französischen Volkes gegen das deutsche in zügeloser Weise, und die Heßpresse tat das ihre, um ihn zu schüren.

In Russland wirkten alle auf den Krieg hinarbeitenden Kreise mit leidenschaftlichem Eifer zusammen und standen in engster Fühlung besonders mit den Gesinnungsverwandten in Frankreich. Seit dem japanischen Kriege war das russische Heer auf die Höhe seiner Leistungsfähigkeit gebracht worden. Der Wohlstand des Volkes war unter dem Einfluß der „Agrar-Reform“ des hervorragenden Ministers Kriwoschein rasch aufgeblüht, und das russische Selbstbewußtsein gegenüber dem verhaßten Deutschen war gewachsen: es war kein Zweifel, daß ein Krieg gegen die westlichen Nachbarn, besonders gegen Österreich-Ungarn volkstümlich sein würde — ganz anders als vor Jahren der Krieg gegen Japan, dem das Volk fühl bis ans Herz hinan gegenübergestanden hatte.

Das amtliche Russland verhielt sich in seinen Beziehungen zum deutschen Reich ähnlich wie die englische Regierung: man rüstete aufs äußerste zum Kriege und ließ es zu, daß die Volksstimmung in steter Erregung gehalten wurde, gab sich aber dabei den Anschein, mit dem Reich auf guten Fuß kommen zu wollen. Die Begegnungen der beiderseitigen Herrscher in Potsdam (1910) und Baltijskport (1912) machten den Reichskanzler von Bethmann Hollweg in bezug auf die von ihm angenommenen guten Absichten der russischen Staatsleiter sicher — er täuschte sich hierin ebenso folgenschwer wie gegenüber den englischen Machthabern. Und doch hätte die russische Heeresvorlage von 1913/14, die eine Jahresaushebung von fast 600 000 Mann und eine „zeitweilige“ Erhöhung der Friedensstärke von 800 000 Mann auf 1250 000 Mann brachte, den Leitern der deutschen Politik die Augen öffnen müssen, nicht minder die herausfordernde Haltung, die einzelne verantwortliche Männer in Russland, besonders der Kriegsminister Sjuchomlinow einnahmen. Genau so wie in Frankreich deutete in Russland alles daraufhin, daß dort mit einem baldigen Kriege gerechnet wurde.

Eine Verschärfung erfuhren die Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiserreich und Russland um die Wende der Jahre 1913/14, als bekannt wurde, daß der preußische General Liman von Sanders nach Konstantinopel entsandt werde, um den Wiederaufbau des im Balkankriege schwer mit-

genommenen türkischen Heeres zu leiten und gleichzeitig den Befehl über die im Bezirke von Konstantinopel stehenden Truppen zu führen. Nicht nur die Presse und die öffentliche Meinung brauste auf, auch die amtliche Politik nahm die schroffste Haltung ein und wurde selbstverständlich von England und Frankreich unterstützt — dies alles, obwohl ein englischer Admiral gegenüber der türkischen Flotte dieselbe Aufgabe übernommen hatte, wie sie General Liman von Sanders beim türkischen Heere zugeschrieben war. Die deutsche Politik war auch in diesem Falle schwach und schloß mit einer Niederlage ab.

So war die Lage, als das Schicksalsjahr 1914 begann.

Die englischen Staatsmänner konnten mit dem, was sie offen vor aller Welt, die sehen konnte, erreicht hatten, zufrieden sein: zum Kriege willig und gerüstet, ihn für die nächste Zukunft erwartend, ja auf ihn drängend, waren die beiden befreundeten Festlandmächte, die das deutsche Reich von West und Ost umflammerten und, wie man annahm, erdrücken würden. Aber damit gab sich die englische Staatskunst noch nicht zufrieden; sie wollte für alle Fälle sicher gehen und war deshalb nicht nur entschlossen, mit der in den nördlichen Gewässern versammelten Flottenmacht in den Krieg einzutreten, sondern Frankreich auch mit dem Heere zu unterstützen. Obwohl von den englischen Staatsmännern stets geleugnet wurde, daß ein Kriegsbündnis mit Frankreich bestehé — was wörtlich genommen, auch nicht der Fall war —, hatten die beiden Mächte längst genaue Abrede über das Zusammenwirken ihrer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande getroffen, und England setzte alles daran, mit den versprochenen Truppen sobald wie möglich auf dem Festland zu erscheinen; von langer Hand her waren die Maßnahmen vorbereitet, um die für die erste Hilfe zugesagten Truppen überzusetzen und zu landen. Die Frage war dabei, wo die Landung geschehen sollte — ob auf französischem, belgischem oder holländischem Boden. Damit kommen wir zu der Rolle, die dem neutralen Königreich Belgien von England und Frankreich zugeschrieben, und die Belgien zu spielen bereit war; die Voraussicht der englischen Staatsmänner zeigt sich dabei im hellsten Lichte.

Das englisch-französische Einvernehmen — die „entente cordiale“ — kam, wie wir wissen, im Jahre 1904 zustande; auf Grund der damals über Marokko getroffenen Abreden betrieb Frankreich in dem Lande des Scherifen seine Politik der „friedlichen Durchdringung“, was im Jahre 1905 zu dem ersten Marokko-Streitfall mit dem deutschen Kaiserreich geführt hatte. Die Dinge waren damals so weit gediehen, daß ein Krieg zwischen Frankreich und dem deutschen Kaiserreich ausbrechen konnte, und es ist kein Zweifel, daß bereits damals England entschlossen war, den Franzosen Beistand zu leisten. Der damalige französische Minister des Äußeren Delcassé hatte nach seiner Entlassung zur Rechtfertigung seiner auf eine

feste Haltung Frankreichs drängenden Politik bekannt gegeben, daß die Engländer ihm die Landung von 100000 Mann an der südländischen Küste zugesagt hatten; die Absicht dabei war damals, von Dänemark aus die deutschen Flottenstützpunkte, den wichtigen Hafen Hamburg und den Nordostseekanal zu bedrohen. Die nahe Kriegsgefahr von 1905 veranlaßte den englischen Generalstab offenbar, die Frage einer Landung auf dem Festland genau zu prüfen. Dies und das weitere ist durch die Urkunden erwiesen, die im Herbst 1914 nach der Besetzung Brüssels durch die Deutschen in dortigen Archiven gefunden wurden. Daraus ergibt sich, daß bereits im Januar 1906, also noch während der sogenannten Konferenz von Algeciras, die damals den Marokkostreit aus der Welt schaffte, der englische Militärbevollmächtigte in Brüssel dem belgischen Generalstabsleiter eröffnete, es sei die Landung von 100000 Mann englischer Truppen vorgesehen, falls Belgien angegriffen würde; sie solle mit größter Beschleunigung an der französischen Küste erfolgen, worauf das Heer sofort nach Belgien geschafft werden solle; über das Zusammenwirken mit der belgischen Heeresleitung wurden Abreden vorgeschlagen und getroffen. Es ist kein Zweifel, daß diese Abreden sich lediglich gegen das deutsche Reich gerichtet haben; dies ergibt sich auch aus einer Anordnung des Finanzministeriums vom 31. Juli 1914, in der die Verwalter öffentlicher Kassen angewiesen wurden, im Falle einer Besetzung, ihre Geschäfte für die besetzende Macht fortzuführen, was sich nach allem Vorhergegangenen nur auf den Einmarsch englischer und französischer Truppen beziehen konnte. Die erwähnten Abmachungen wurden später — wahrscheinlich im Jahre 1912 — bestätigt, wobei 160000 Engländer in Aussicht gestellt wurden. Es ist weiter erwiesen, daß der englische Generalstab in der Zeit von 1909 bis 1914 die zukünftige Tätigkeit des englischen Heeres in Belgien unter Mitwissen des belgischen Generalstabs aufs Genaueste vorbereitete.

An dieser Stelle sollen diese Ausführungen dartun, wie planmäßig England einen Krieg vorbereitete, bei dem es sich nur als Gegner des deutschen Reiches dachte, und wobei erwiesen ist, daß der Einmarsch in Belgien von ihm für alle Fälle, also auch bevor etwa deutsche Truppen dort eingerückt wären, ins Auge gefaßt wurde.

So hatte also England — abgesehen von der Kriegsbereitschaft seiner Freunde und abgesehen von der Tätigkeit, die seiner Seemacht zugedacht war — Vorsorge für seine Teilnahme am Landkrieg getroffen und sich dafür sein Aufmarschgebiet ausgesucht, gesichert und vorbereitet.

\* \* \*

Das letzte Jahrzehnt vor dem Weltkrieg hatte das deutsche Reich dreimal bis unmittelbar vor den Krieg geführt: Im Jahre 1905 Marokkos wegen wider Frankreich, um 1908/9 wegen des bosnischen Streitfalls als

Bundesgenossen Österreich-Ungarns gegen Serbien und Russland mit der Aussicht, daß Frankreich und England sofort auf die Seite dieser Feinde treten würden, und 1911 im zweiten Marokkostreite gegen Frankreich, neben das sofort England getreten war.

Diese Fälle waren in gewissem Sinne Vorspiele des Weltkrieges; sie bewiesen, wie planvoll die englischen Staatsmänner auf ihr Ziel losgingen und wie kaltblütig sie die größtmögliche Sicherheit für das Gelingen ihres Unternehmens: der politischen und wirtschaftlichen, wenn nötig auch militärischen Erdrückung des deutschen Reiches herbeizuführen strebten. Es ist heute kein Zweifel mehr darüber möglich, daß das deutsche Reich zur Zeit jener drei Kriegsgefahren militärisch günstiger stand, also größere Aussicht auf den Sieg hatte, als im Jahre 1914. England zog die Folgerung daraus, indem es sein Werk der Erdrückung des deutschen Reichs weiter betrieb, dessen sicheren oder möglichen Bundesgenossen durch Förderung der inneren Zersetzung schwächte, dessen unsichere Verbündeten an sich fettete und nebenher die öffentliche Meinung fast der ganzen Erde deutsch-feindlich beeinflußte.

Seit der Tagung von Algeciras war es klar, was außenpolitisch aus dem deutschen Reiche Bismarcks geworden war: es stand in diesem Halle ganz allein. In einem Kriege gar, der wegen eines nicht-festländischen Streitfalles ausbrechen würde, hatte es selbst auf Österreich-Ungarn nicht zu rechnen — es sei denn, daß Russland sich feindlich beteiligen würde. Statt sich einzustehen, daß ihre Politik in Algeciras eine schwere Niederlage erlitten und daß sie die lebensgefährliche Vereinsamung ihres Vaterlandes offenbar gemacht hatte, erklärten die deutschen Staatsleiter deren Ergebnisse für einen Erfolg und beeinflußten die deutsche öffentliche Meinung in diesem Sinne. Das Richtige wäre gewesen, aus diesem Erlebnis den Schluß zu ziehen, daß lediglich die äußerste Steigerung seiner Rüstungen das deutsche Reich vor einem Kriege bewahren und in einem Kriege retten könne. Aber dazu fehlte sowohl den verantwortlichen Männern im Reiche, wie der Mehrzahl seiner Volksvertreter und der Presse die Einsicht, und der Rat jener, die auf die gefährliche Lage ihres Vaterlandes hinwiesen und die nötige Sicherung durch gesteigerte Rüstung verlangten, wurde in den Wind geschlagen. Erst 1911 und 1912 entschloß sich die Regierung, geringfügige Heeresverstärkungen zu betreiben, und im Jahre 1913 brachte sie, einem Verlangen des Großen Generalstabs nachkommend und von der völkisch-gerichteten öffentlichen Meinung gedrängt, eine umfassende Heeresvorlage ein. Es war für die ganze Art der Reichsleitung, Politik zu machen, kennzeichnend, daß sie bis zuletzt glaubte, die drohende Gefahr durch Verhandlungen und Nachgiebigkeit abwenden zu können — nicht entfernt dachte die Regierung daran, das Volk über den Ernst der Lage aufzuklären. Man überließ es seiner Arbeit,

dem Verdienen und Genießen und schaute ruhig zu, wie immer weitere Kreise von den Irrlehren der „Pazifisten“ ergriffen wurden. Es ist neben den leitenden Köpfen des Generalstabs das Verdienst vaterländisch gesinnter und einsichtiger Männer, die die Lage ihres Vaterlandes richtig beurteilten, daß schließlich in letzter Stunde die längst notwendigen Verstärkungen des Heeres und der Flotte betrieben wurden; es sei hier der Arbeit des Flottenvereins, des Wehrvereins und des Alldeutschen Verbandes gedacht.

Aber wie verfuhr die Reichsregierung dabei?

Dass im Frühjahr 1912 die Flottenvorlage des Großadmirals von Tirpitz vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus Nachgiebigkeit gegen England verstimmt wurde, wissen wir. Ebenso verfuhr der Kanzler mit den Anträgen des Großen Generalstabs ein Jahr später: von den für nötig erklärten Verstärkungen wurden drei Armeekorps gestrichen, und es ist bedauerlich, daß der Kriegsminister von Heeringen, wie der Reichskanzler, von falscher Rücksicht auf die Stimmung im Reichstage geleitet, zu dieser gefährlichen Beschniedung der Anträge des Generalstabs die Hand ließ: so wurde das Unzureichende, das verlangt wurde, mit unwesentlichen Abstrichen vom Reichstag bewilligt. Die volle Wirkung der also angenommenen Heeresvorlage konnte erst zum 1. Oktober 1915 eintreten.

Aber solange wurde dem Vaterlande nicht Zeit gelassen. Wo die Gegensätze sich so zugespielt haben, kann jeder Zwischenfall den Zusammenstoß herbeiführen. Und die Art, in der der Dreiverband den Auftrag des Generals Liman von Sanders in Konstantinopel behandelte, die Reden mancher Minister dieser Mächtigruppe, die Kundgebungen ihrer Presse bewiesen, wie stark die Zuspitzung geworden war.

Im Juli 1914 unternahm der neue Präsident der französischen Republik Poïncaré, — aus der Zeit seiner Tätigkeit als Ministerpräsident bewährt als Vorkämpfer des Radegedankens — eine Reise nach Petersburg, um der Welt die engste Bundesgenossenschaft der Mächte deutlich zu machen, die das deutsche Reich von Ost und West umflammerte. Um dieselbe Zeit richtete ein hervorragender russischer Gelehrter, Professor Mitrofanoff, ein Schreiben an einen deutschen Sachgenossen, in dem er den Krieg zwischen Russland und dem deutschen Reiche für unvermeidlich erklärte.

Und trotzdem waren die verantwortlichen Personen im Reiche der Meinung, daß der Friede gesichert sei; insbesondere vertrauten sie fest auf den guten Willen Englands, vor allem seiner Minister Grey und Haldane, von denen der letztere seinerzeit in Berlin wegen der Flottenverständigung verhandelt und sich dabei als Deutschesfreund aufgespielt hatte.

Es ist erschütternd festzustellen, daß fremde Diplomaten die Weltlage sowie die Absichten der englischen, französischen und russischen Staatsmänner gegenüber dem deutschen Reiche mit voller Klarheit erkannten, während die verantwortlichen Personen im deutschen Reiche vollkommen versagten. Das lag in ihrer Veranlagung begründet, und aus diesem ihrem Unverständnis kam es auch, daß an den wichtigsten Posten des deutschen diplomatischen Aufzendienstes unfähige Vertreter standen.

Die berühmten belgischen Gesandtschaftsberichte beweisen, daß fremde Diplomaten die Lage ebenso beurteilten, wie die Führer der völkischen Bewegung im Vaterlande. Und dabei waren die Verantwortlichen auf deutscher Seite gewarnt, sie wollten aber einfach nicht glauben, was ihnen von urteilsfähigen Männern über die Stimmung und die Absichten in England, Russland und Frankreich berichtet wurde, weil es ihren vorgefaßten Meinungen widersprach — vor allem aber, weil sie die auf Sehurteilen beruhende Meinung Kaiser Wilhelms II., der die Lage günstig ansehen wollte, nicht zu stören wagten.

In welchem Umfange Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Kaisers, Selbsttäuschung und Mangel an Einsicht, mit der Furcht, daß das immer noch ungezügelte Wesen des Kaisers Unheil anrichten könne, bei ihnen zusammenwirkte, beweist die nicht mehr bestreitbare Tatsache, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt in den wichtigen Jahren seit 1909 auf Umwegen in den Besitz von Schriftstücken gelangten, die sie über die Absichten unserer späteren Feinde aufklären mußten, daß sie aber dem Kaiser diese Schriftstücke vorenthielten!

Es war auch kein Zufall, daß in den letzten Jahren vor 1914 die Hölle von Spionage auf deutschem Boden sich häuften; besonders die Engländer taten sich darin in den Küstengebieten dem deutschen Reiche gegenüber hervor, und die Russen gegen Österreich-Ungarn; von deutscher Seite wurden die fremden „Offiziers-Spione“ mit einer, auf dem Mangel an Menschenkenntnis beruhenden, ganz falschen Ritterlichkeit behandelt.

Kein Zweifel: im Frühjahr 1914 war die Lage aufs Äußerste gespannt: die sogenannte „Kaunitzsche Koalition“ aus der Zeit des großen Friedrich, deren mögliche Wiederholung dem Fürsten Bismarck bis in seine letzten Stunden so schwere Sorgen bereitet hatte, war ein Kinderspiel gegen den Angriffsbund des Dreiverbandes. Gleichwohl sprachen knapp zwei Monate vor Kriegsbeginn sowohl englische wie deutsche Staatsmänner davon, daß die Beziehungen zwischen ihren Ländern niemals herzlicher gewesen seien, als eben jetzt. Derweil hielten die Engländer die Schlinge in den Händen, um sie zuzuziehen — die Deutschen aber glaubten mit harmlosem Gemüte an das, was sie wünschten.

### Anlaß und Ausbruch.

Kaiser Franz Josef hatte, solange als es irgend anging, ja man kann ruhig sagen, länger als das Staatswohl es erlaubte, die oberste Leitung aller Staatsgeschäfte in seiner Hand behalten und den Thronerben, seinen Brudersohn Erzherzog Franz Ferdinand möglichst wenig zu ihnen herangezogen. Erst als sein hohes Alter die Teilnahme an Übungen des Heeres und der Flotte nicht mehr zuließ, hatte er diesen Erben zum General-Inspektor der gesamten Streitmacht zu Lande und zu Wasser ernannt und ihm schließlich auch einen Teil der übrigen wichtigsten Dienstzweige überlassen; insbesondere gewann der Thronfolger damit Einfluß auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns. Für die sogenannte „Nationalitätenfrage“ galt dies nicht in gleichem Maße, doch wendete er ihr seine größte Aufmerksamkeit zu und suchte sich gründlich zu unterrichten.

Franz Ferdinand von Österreich-Este war nicht für den Thron geboren; Thronerbe war er erst durch das traurige Ende des körperlich und geistig zerrütteten Kaisersohns Erzherzog Rudolf geworden. Auch da hielt ihn sein Oheim, der keinerlei Neigung für diesen Brudersohn hatte, von seiner Person und, so lange es anging, von den Staatsgeschäften fern; es war kein erfreuliches Leben, das der Erbe des Habsburger-Reiches zu führen hatte, und es ist sicher, daß er vieles erfahren mußte, was ihn zum Menschenverächter und hart mache. Lange lediglich zum Zuschauen verurteilt, sah er vieles und bildete sich ein eigenes Urteil über den Zustand seines künftigen Reiches, das weit von den Anschauungen seines Oheims abwich und das für dessen Ratgeber vernichtend war.

Dieser Habsburger ist nicht in die Lage gelommen, die große Prüfung auf sein Wollen und Können als Herrscher haben ablegen zu können; er ist, auch als er mehr und mehr zu den Geschäften zugelassen wurde, öffentlich wenig hervorgetreten; seine Tätigkeit spielte sich im stillen ab und war bei den Widerständen, die ihm in allen nicht militärischen Angelegenheiten von den teils unfähigen, teils unwürdigen Vertrauensleuten des greisen Kaisers entgegengebracht wurden, mehr vorbereitender, unterrichtender Art. So ist ein endgültiges, ganz sicheres Urteil über diese wichtige Persönlichkeit nicht zu gewinnen — immerhin liegen für den, der die Dinge in Österreich-Ungarn aus eigener Auffassung kannte und verfolgt hat, hinreichende Anhaltspunkte vor, um sich ein Bild von ihm zu machen.

Erzherzog Franz Ferdinand war kein Mann, der menschliche Zuneigung weckte, und es wird ihm, abgesehen von seiner zur linken Hand angetrauten Gemahlin aus dem böhmischen Hause der Grafen Chotek, kaum jemand Liebe entgegengebracht haben. Er war hochfahrend, in Geldsachen engherzig, ohne geistige Bedürfnisse und Bildung. Stromm, ja hart katholisch

im habsburgischen Sinn, ühte er die Gebräuche der Kirche peinlich treu, dachte aber nicht daran, sich politisch ihren Wünschen unterzuordnen; für ihn war — über die Glaubensfragen hinaus — die Kirche ein Mittel, die auseinanderstrebenden Völker seines künftigen Reiches im Sinne der Unterordnung beeinflussen zu lassen. Es ist häufig gesagt worden, daß der Erzherzog ein ergebener Jünger der Jesuiten gewesen sei, eine Behauptung, die bei solcher, rein habsburgisch-selbstsüchtigen Veranlagung kaum zutreffen wird. Ebensowenig ist es glaubhaft, daß er unter dem Einfluß seiner Gemahlin tschechisch gesinnt und deutschfeindlich gewesen sei — eine Behauptung, die mit seinem unedlen Verhalten gegenüber deutschen Angehörigen seiner Umgebung begründet wird. Aber auch solche Schlüsse gehen fehl, da sie einem solchen Manne Gefühlsregungen zutrauen, deren er in seiner menschenfernen Selbstsucht nicht fähig war. Ihm mag die Unterwürfigkeit tschechischer Angestellter bequemer gewesen sein, als die Unfugsamkeit und Schwerfälligkeit mancher Deutschen. Doch auch in solchen Dingen dachte er staatlich-selbstsüchtig-habsburgisch, und es liegen hinreichend Anzeichen dafür vor, daß er sich über die zerstörende Tätigkeit der Tschechen und Slowenen, über den Größenwahn der Magyaren, über die Reichsfeindlichkeit der Italiener und Rumänen klar war und daß er erkannt hatte, daß nach wie vor die Deutschen den Kitt und das Band für den Gesamtstaat abgeben mußten. Deshalb war er bei- leibe kein „Deutschenfreund“, kein bewußter Deutscher; das konnte ein Mann seiner Art nicht sein. Die Beziehungen, die er neben Deutschen mit den Vertretern anderer Nationalitäten, besonders mit Slowenen, Kroaten und Ruthenen angeknüpft hatte, sprechen nicht gegen die hier vertretene Auffassung, sondern dafür, daß er sich auf seine Aufgabe als Herrscher vorbereiten, sich unterrichten wollte. Unbedingt feindlich scheint er den Magyaren und Italienern gegenüber gestanden zu haben — nicht minder den Juden, in denen er als ausgesprochener Mann der Ordnung die Träger der „Korruption“, der Zersetzung erblickte, die während der Zeit seines Oheims, von staatlicher Abwehr ganz ungestört, bedenklichste Fortschritte gemacht hatte. Denn Franz Ferdinand war ein Mann der Ordnung, wäre vielleicht etwas wie ein Hanatiker der Ordnung geworden.

Seine Beobachtungen führten ihn zur Erkenntnis, daß nach außen sein Erbe durch die Schwäche des Heeres, durch die Abtrennungsgelüste der Magyaren und durch die „irredentistischen“ Bestrebungen der Italiener und Rumänen gefährdet sei; nach innen sah er die Gefahren, die sich aus dem Hasse der „Nationalitäten“ gegen den Staat und das Deutschtum ergaben, und er suchte nach Mitteln, all diesen Nöten zu begegnen. Am leichtesten war es für ihn, nachdem ihm Heer und Flotte unterstellt waren, dem Zustand der Verkümmерung der Wehrmacht entgegenzuwirken; er brachte wieder Leben, Bewegung und Streben hinein, setzte die Ver-

stärkung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande durch und fand bei denkenden Offizieren für seine Tätigkeit große Anerkennung. Ob er die innere Wiedergeburt des Reiches in der Form des sogenannten „Zentralismus“, also des straff zusammengefaßten Einheitsreiches anstrehte, oder ob er aus dem „dualistischen“ Gesamtreich, das aus Österreich (d. h. wie wir wissen: den im Wiener Reichsrat vertretenen Kronländern) und Ungarn bestand, ein „trialistisches“ Reich schaffen wollte, in dem ein südslawischer Staat den Dritten im Bunde bilden sollte, an den Österreich und Ungarn die von Südslawen bewohnten Gebiete hätten abgeben sollen, oder ob er eine andere Ordnung für notwendig und möglich ansah, bleibe dahingestellt. Das letzte Geheimnis seiner Absichten ist noch nicht enthüllt, ebensowenig die etwaige Ausführbarkeit seiner Pläne und seine eigene Fähigkeit, sie auszuführen. Eines aber ist gewiß: Dieser Habsburger wollte nichts von dem Erbe seiner Ahnen preisgeben — nicht das geringste; was ihm zufiel, wollte er fester in seine Hand bekommen, als dies bei seinem Oheim und Vorgänger der Fall war.

Infolge davon stand der Thronfolger von vornherein im schroffsten Gegensatz zu jenen Bestrebungen, die Teile des Reiches abspalten wollten, weil ihre Bewohner sich mit den außerhalb der Monarchie staatlich zusammengesetzten Volksgenossen zu vereinigen strebten; dies galt besonders von Serben und Italienern, und es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß Franz Ferdinand frühzeitig und klar besonders die Unzuverlässigkeit, ja Feindseligkeit des italienischen Bundesgenossen erkannte — anders als die Berater seines Oheims und Kaiser Wilhelms II.

Kein Wunder, daß die „Irredentisten“ aller Art ihn hassen — und diesem Hass ist er zum Opfer gefallen.

Vom Königreich Serbien wissen wir, daß es an kriegerischen Erfolgen reich und mit außerordentlich erweitertem Staatsgebiet aus den beiden Balkankriegen hervorgegangen und daß dadurch das Selbstbewußtsein der Serben wesentlich gesteigert war. Es ist hier festzustellen, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien sich längst sehr unfreundlich gestaltet hatten — in der Hauptsache wegen des serbischen Begehrens nach Gebieten, die zur Donau-Monarchie gehörten, zweifellos aber auch infolge kurzsichtiger und hochmütiger Maßnahmen der Wiener Politik, besonders in wirtschaftlichen Fragen. Nach der Beilegung des bosnischen Streitfalles im Frühjahr 1909 hatte Serbien in aller Form versprochen, ein freundliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn herzustellen — in Wirklichkeit aber tat es das Äußerste, um keine Ruhe aufkommen zu lassen. Geheime Gesellschaften betrieben unter Mitwissen der serbischen Behörden ihre Zettelungen in Bosnien, Südungarn und im Küstenlande; serbische Offiziere übten die Angehörigen der Geheimbünde im Waffen-dienst; Waffen, Bomben, Schießbedarf erhielten sie aus staatlichen Be-

ständen. Die serbische Presse führte, unterstützt von der russischen, eine maßlose Sprache; auch englische, französische und italienische Sendlinge wirkten bei diesen Machenschaften mit, und es ist erwiesen, daß diese Bewegung auch mit Geld aus allen diesen Ländern unterstützt wurde.

Ende Juni 1914 unternahm der Erzherzog-Thronfolger, begleitet von seiner Gemahlin, eine Reise ins Reichsland Bosnien und die Herzegowina; am 28. Juni 1914, einem Sonntag, kam er nach der Hauptstadt Serajewo, und dort fiel er dem Mordanschlag zweier jungen Serben zum Opfer, die einem der Geheimbünde angehörten.

Die fürchterliche Tat konnte als solche die Menschheit erschüttern und sie tat es — wem aber die Zusammenhänge klar waren, der wußte, daß ihre Bedeutung über das Persönliche und Gefühlsmäßige weit hinausging, daß die Schüsse von Serajewo den Zusammenprall zweier feindlichen Welten ankündigten, wobei nur fraglich war, welche Ausdehnung der Zusammenstoß annehmen würde.

Österreich-Ungarn stellte Forderungen, die nicht nur die volle Aufklärung über die großserbische Verschwörung bringen, sondern auch Sicherheiten gegen deren zukünftige Tätigkeit bringen sollten — etwas, was vom Standpunkte der Selbsterhaltung des Habsburger Staates und zumal einem solchen Volke gegenüber, das seinen bösen Willen so ausgiebig erwiesen hatte, durchaus berechtigt war. Denn für Österreich-Ungarn handelte es sich darum, die Verwirklichung der großserbischen Bestrebungen zu verhindern; diese waren für den Gesamtstaat um deswillen lebensgefährlich, weil im Halle ihres Gelingens der Selbständigkeitstreng der anderen Völkerschaften starke Antriebe erhalten mußte, und das Auseinanderfallen des Reiches infolge davon in nächste Nähe gerückt wurde.

Also: die österreichisch-ungarische Politik hatte Recht und Pflicht, mit allem Nachdruck gegen Serbien vorzugehen. Zuerst schien es, daß angesichts der Verwerflichkeit des Mordes von Serajewo die Mächte des Dreiverbandes ihr nicht in den Arm fallen würden, weil dies doch eine zu ungeeignete Gelegenheit gewesen wäre. Als aber die serbische und russische Presse sich in maßloser Leidenschaft gegen Österreich-Ungarn wandte und die öffentliche Meinung in beiden Ländern diesem Beispiel folgte, wurde über der Absicht, die Mittelmächte durch die Demütigung Österreichs zu schwächen, der schändliche Anlaß vergessen. Man nahm den Umstand, daß Österreich-Ungarn, um ganz sicher zu gehen, maßgebenden Einfluß auf die in Serbien selbst vorzunehmende Untersuchung verlangte, zum Vorwand, sich offen gegen die Wiener Forderungen zu stellen, indem man vorgab, daß damit die staatliche Selbstherrlichkeit („Souveränität“) Serbiens angetastet werde. So kam es nach fast vierwochentlichen Verhandlungen zu dem letzten kurzfristeten Verlangen Österreich-Ungarns („Ultimatum“) nach Genugtuung und Sicherheit; als dem nicht in vollem

Umfange entsprochen wurde, erklärte die Monarchie am 28. Juli 1914 dem Königreich den Krieg; gleichzeitig ließ sie die Petersburger Regierung in bindender Form wissen, daß Österreich-Ungarn keine Gebietserweiterung zum Nachteil Serbiens beabsichtigte.

Der Krieg war da; es standen sich Österreich-Ungarn und Serbien gegenüber; infolge des Wiener Versprechens nach Petersburg war es unbestreitbar, daß es sich nur um einen Feldzug handelte, der die Sühne für einen Frevel erzwingen sollte, an dem das erhitze serbische Volk mit seiner Regierung mitschuldig war, und der die Sicherung des in seinem Bestande bedrohten Reiches gegen die Fortsetzung der serbischen Wühlarbeit zum Zwecke hatte.

Aber sowohl das russische Volk wie seine Regierung wollten den Zerfall Österreich-Ungarns, und letztere glaubte überdies, soweit sie sachlich genug war die Wiener Forderungen nicht von vornherein zu verwerten, es dem Ansehen des Zarenreiches als der Schutzmacht der kleineren slawischen Staaten schuldig zu sein, daß Serbien nicht der Strafgewalt Österreich-Ungarns ausgeliefert werde. Die öffentliche Meinung und die Politik der übrigen Verbandsmächte traten auf Serbiens Seite, obwohl sie zunächst ihren Abscheu über den Mord von Serajewo geäußert hatten; nun wurde die Sache so dargestellt, als ob das schwache, kleine Serbien von dem übermächtigen, großen Österreich-Ungarn vergewaltigt werden solle.

Die seit langem aufs Äußerste zugespitzte Lage war unerträglich geworden; sie wurde noch weiter durch den Umstand verschärft, daß Russland, das seit Jahresbeginn starke Truppenmassen in seinen Grenzgebieten besonders in Kongresspolen angehäuft hatte, noch weitere Streitkräfte heranzog. Für das deutsche Reich war bei aller Friedfertigkeit des Kaisers, der Regierung und des Volkes gar keine Wahl, was zu tun sei: man mußte auf die Seite von Österreich-Ungarn treten, ob man dies gern tat, oder nicht. Denn die ganze außen- und wirtschaftspolitische Entwicklung seit Bismarcks Entlassung hatte, wie wir wissen, das Reich immer mehr vereinsamt, so daß ihm als letzter möglicher Bundesgenosse nur Österreich-Ungarn übrig geblieben war. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Entwicklung bedauerlich, ebensowenig darüber, daß die Politik, die sie veranlaßt hatte, verfehlt war — aber durch beide waren Tatsachen geschaffen, aus denen die Reichsleitung ihre Folgerungen einfach ziehen mußte, wenn sie nicht mit offenen Augen zuerst den letzten Bundesgenossen, der unleugbar seine Schwächen hatte, immerhin aber noch einen ansehnlichen Rest militärischer Macht in die Waagschale werfen konnte, vernichten lassen wollte, um dann selbst ohne jeden Beistand dem Angriffe so entschlossener Gegner ausgesetzt zu sein.

Sonach handelte die deutsche Regierung der gegebenen Lage

entsprechend, als sie beschloß, auch in diesem Halle an die Seite des Bundesgenossen zu treten; ihr Verhalten wurde damals von der gesamten öffentlichen Meinung im Reiche gebilligt.

Zwischen dem 28. und 31. Juli bemühte sich Kaiser Wilhelm II., der erst am Tage zuvor von seiner Nordlandreise in Potsdam wieder eingetroffen war, in persönlichen drahtlichen Verkehr mit dem Zaren Nikolaus zu treten; nebenher gingen Verhandlungen zwischen den Auswärtigen Ämtern in Berlin und London, und es war unzweifelhaft das aufrichtige Bestreben aller amtlichen Stellen des deutschen Reiches, den Ausbruch des Krieges zu vermeiden. Es ist in diesem Buche nicht angezeigt, das hin und her dieser Verhandlungen im einzelnen zu schildern; es genügt festzustellen, daß man auf deutscher Seite sich ernsthaft um die Erhaltung des Friedens bemühte. Dies entsprach durchaus dem Wesen aller auf der deutschen Seite beteiligten Personen, und es sei noch hervorgehoben, daß von ihnen bis zuletzt niemand daran glaubte, daß es zum Kriege kommen werde.

Wenn dies trotzdem geschah, so trägt nach außen Russland durch die Fortsetzung seiner Rüstungen die Verantwortung — neben ihm Frankreich und England, indem sie nichts taten, um ihren Bundesgenossen, der arglistig für den Frieden zu wirken vorgab und dabei Truppenmassen auf Truppenmassen an die Grenze warf, von diesem auf den Krieg geradezu hindringenden Verfahren abzuhalten.

Am 31. Juli wurde in Berlin bekannt, daß der Zar, nachdem der Beginn der „Vormobilisierung“ bereits im Frühjahr und derjenige der „Kriegsvorbereitungs-Periode“ am 25. Juli verfügt worden war, die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Damals starrten die Westgrenzen Russlands schon von einfall-bereiten Truppen und in Wahrheit waren die von den Grenzen ferner liegenden Heerkörper schon längst in Bewegung gesetzt; es ist später bekannt geworden, daß z. B. in Sibirien dies schon seit April und Mai 1914 der Fall war.

Auf die Nachricht von der russischen Mobilmachung überreichte der deutsche Botschafter am 31. Juli in Petersburg die Forderung, die Rüstungen einzustellen; gleichzeitig wurde durch den Botschafter in Paris bei der französischen Regierung angefragt, ob Frankreich sich neutral zu verhalten gedenke; die am 1. August gegebene französische Antwort lautete, daß „Frankreich alles tun werde, was seine Interessen gebieten“. Am selben Tage noch wurde — nachmittags um  $3\frac{1}{2}$  Uhr — die allgemeine Mobilmachung angeordnet, also früher als die deutsche, und schon am 2. August überschritten französische Truppen an manchen Stellen die elssässische Grenze ohne Kriegsansage.

Als von Petersburg keine Antwort gegeben wurde, erklärte der deutsche Botschafter am 1. August dem Zarenreiche förmlich den Krieg.

Nun entwickelten sich die Dinge mit unaufhaltssamer Schnelligkeit: russische Truppen überschritten an manchen Stellen die deutsche Grenze. Auf diese Vorkommnisse erklärte der deutsche Kaiser der Republik am 3. August den Krieg. Nachdem deutsche Truppen schon vorher Luxemburg besetzt hatten, erfolgte am 4. August der Einmarsch in Belgien.

Am 31. Juli hatte auch Belgien mobil gemacht; am 2. August ließ die deutsche Regierung in Brüssel erklären, daß das deutsche Reich im Hinblick auf Frankreichs Absicht und dem Gebote der Selbsterhaltung folgend gezwungen sei, durch seine Heere belgischen Boden betreten zu lassen; sie erbat mit zwölfstündiger Antwortfrist von Belgien freien Durchmarsch für die deutschen Heere und die Einhaltung freundlicher Neutralität, wogegen dem Königreich die Gewähr der Unversehrtheit und Unabhängigkeit gegeben würde. Die Brüsseler Regierung wies den deutschen Vorschlag zurück, erklärte den deutschen Einmarsch als Bruch des Völkerrechts und wandte sich um Hilfe an England. Am selben Tage trat in London das Parlament zusammen, dem Staatssekretär Sir Edward Grey vortrug, daß England sich verpflichtet fühle, zur Verteidigung der Unabhängigkeit Belgiens das Äußerste zu tun; die Volksvertretung stimmte dem bei, und so erklärte noch am selben Tage die englische Regierung dem deutschen Reiche den Krieg.

Einige Tage nach der deutschen Kriegserklärung an Russland, nämlich am 6. August 1914 folgte Österreich-Ungarn diesem Beispiel.

Europa stand in Flammen.

Was die Staatsmänner in Paris, London und Petersburg seit Jahren vorbereitet und gewollt hatten, war eingetreten — etwas früher als es geplant war, in der Folgewirkung der Mordtat von Serajewo. Es war von vornherein klar, daß, obwohl der Anlaß zum Kriege aus dem Streitfall Österreichs gegen Serbien hervorgegangen war, die Mächte des Dreiverbandes doch das deutsche Reich als den Hauptfeind betrachteten, den sie mit ihren gewaltig überlegenen Kräften rasch niederzuwerfen hofften.

Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes hatte geschlagen; jetzt mußte sich zeigen, ob es der Prüfung auf Daseins-Willen, -Kraft und -Wert gewachsen sei, die es im Kampfe mit einer Welt von Feinden zu bestehen hatte.

Und es geschah ein Wunder!

Seit dem Tage von Serajewo war dem deutschen Volke bewußt geworden, was bevorstehe; die scharfe Aufforderung Österreich-Ungarns an Serbien entsprach dem, was die öffentliche Meinung im deutschen Reiche für geboten hielt, und als der Bundesgenosse dem friedensstörenden Königreich den Krieg erklären mußte, war es schon an vielen Orten zu stürmischen Kundgebungen der hilfsbereitschaft gekommen. Von Tag zu Tag wuchs die Erregung, wuchs auch die Erkenntnis dessen, was auf

dem Spiele stehe; mochten die Verantwortlichen in Berlin noch glauben, daß der Krieg vermieden werden könne — das Volk fühlte, daß dies nicht mehr angehe, fühlte auch, daß der unerträgliche Druck, der seit Jahren über Europa lag, nach Entlastung verlangte, fühlte endlich, daß die Sache des Bundesgenossen und damit auch die eigene gut und gerecht sei. In den entscheidungsvollen Tagen vom 28. Juli bis 1. August fanden die Deutschen sich wieder; vereinzelt versuchten Volksvergessene gegen den Krieg Kundgebungen zu veranstalten oder zur Verweigerung des Waffen-dienstes zu heben — ihr Treiben tauchte in dem mächtigen Strome der vaterländischen Bewegung unter, die damals durch die deutschen Gaue ging. Und als die schwere Stunde der ersten Kriegserklärung kam, da brauste das Volksgefühl allerorten im Vaterlande in unvergeßlichen Kund-gebungen auf; die „Wacht am Rhein“, „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Heil dir im Siegerkranz“ flangen laut durch die Lande, und verstummt waren die Verheizer des Volkes; sie standen abseits ohne Ge-folgschaft. Alle Schichten wetteiferten in der Bewährung ihrer Liebe und Treue zum Vaterlande; der Kaiser und die Bundesfürsten waren umbraust von dem Jubel des Volkes, und beglückt sahen die Ernstten, die längst die Lage des Vaterlandes mit ihren äußeren Gefahren und inneren Nöten erkannt hatten, daß auch die Massen ihrer Volksgenossen sich zum Vaterlande, zum deutschen Staate zurückgefunden hatten.

Das Wunder war geschehen!

Die ursprüngliche Kraft des Zusammengehörigkeitsgefühles der Volks-genossen hatte die Hessen partimäßiger Entfremdung voneinander und vom gemeinsamen Vaterlande gesprengt: das deutsche Volk war einig.

Wer diese Tage miterlebt hat, wird den Glauben an es nicht wieder verlieren.

Und als dann die ersten Truppen, in die feldgraue Wehrtracht des Krieges gefleidet, mit klingendem Spiel, fliegenden Hähnen und blumen-geschmückten Waffen ihre Standorte verließen, um ins Feld zu ziehen — welch ein Zusammenschlag der Herzen, der sich in den Abschiedskund-gebungen Luft machte.

Ergreifender noch war das Verhalten der älteren Jahrgänge des Beurlaubtenstandes, wie sie ihren Truppenkörpern zugeteilt aber noch im Bürgerkleide in endlosen Zügen, mit ehrenem Tritt, vaterländische Lieder singend, zu ihren Versammlungsorten marschierten.

Vergessen war alles, was die Bekenntnisse, die Stände, die Berufe getrennt hatte. Dies war ein einig Volk von Brüdern, das den furchtbaren Ernst der Zeit begriff, vor ihm nicht erschrak, sondern den Entschluß zeigte, ihm manhaft zu trotzen.

Wer die Deutschen dieser Tage sah, fühlte den Schwung der Jahre 1813 und 1870 übertroffen und bat ihnen in seinem Herzen manchen

Vorwurf ab, den er ihnen hatte machen müssen. Dazu noch die Tatsache, daß diesmal die Deutschen des Reiches zusammen mit denen Österreich-Ungarns zu Felde zogen — zum ersten Male seit unwordenflicher Zeit, ja eigentlich zum ersten Male überhaupt die mitteleuropäische Masse der Deutschen vereinigt, dasselbe wollend, erfüllt von der Größe der Zeit, und wenn nicht alle Zeichen trogen, danach trachtend ihr genug zu tun.

So furchtbar schwer der Kampf werden mußte, der ihrem Volke bevorstand —: die ernstesten Deutschen waren befreit von der Furcht, daß die zerstörenden Kräfte die Herrschaft gewonnen hätten, und sie hofften, daß der Krieg, mit solcher Innerlichkeit erfaßt, ihr Volk wieder gesund machen werde.

### Die Lage; die Aufgabe; die Männer.

So wunderbar die seelische Erhebung des deutschen Volkes in jenen Augusttagen 1914 war und so berechtigt die Hoffnungen schienen, die von den Vaterlandsfreunden an sie gefügt wurden, darüber konnte sich niemand täuschen, der die Dinge sah, wie sie waren, daß der Krieg das deutsche Reich politisch, militärisch und wirtschaftlich in schwierigster Lage fand. Politisch hatte die Reichsleitung alles versäumt, um diesen Kampf auf Leben und Tod vorzubereiten. Sie hatte längst die Führung in dem diplomatischen Ringen um Geltung und Einfluß gegenüber den Staatsmännern des Dreiverbandes verloren, und es war auch nichts geschehen, um in den außerhalb der beiden Mächtegruppen stehenden Staaten solche Beziehungen zu pflegen, die für den äußersten Fall, wenn auch nicht Waffenhilfe, so doch eine freundliche Haltung erwarten ließen. Das Vertrauen zu der Stetigkeit und Festigkeit der deutschen Reichsleitung war bei diesen Staaten verloren gegangen; man hatte bemerkt, wie entschlußlos und unzuverlässig die deutsche Politik die ganze nachbismarckische Zeit über gewesen war, und hatte sich, entsprechend dem Gesetze, daß Stärke anzieht, Schwäche abstößt, innerlich den Mächten des Dreiverbandes zugewandt, von denen England und Frankreich die Mittel der Stimmungsmache zu ihren Gunsten mit besonderem Erfolg anwandten. Dem hatte die deutsche Politik nichts entgegenzusetzen.

Aber selbst die Bundesgenossen entzogen sich ihren Pflichten; die Ungeschicklichkeit der deutschen Politik erleichterte ihnen den Abfall. Als der Krieg ausbrach war sowohl das offenkundige Bündnis mit Italien wie das geheime mit Rumänien noch in Kraft; die deutsche Kriegserklärung, die angesichts der feindlichen Maßnahmen Russlands ganz ohne Not das deutsche Reich der Form nach, obwohl es sich in der Verteidigung befand, als angreifenden Teil erscheinen ließ, war ein verhängnisvoller Fehler, den ein politisch geschulter Mann, wie Großadmiral von Tirpitz, bei der entscheidenden Beratung vor dem Kaiser vergeblich zu verhindern

suchte. Diese Maßnahme lieferte Italien den Scheingrund, sich zunächst vom Kriege fernzuhalten. In Wahrheit bereitete es sich alsbald darauf vor, das Gegenteil dessen zu tun, was das Bündnis ihm vorschrieb, indem es seine Truppen von der französischen Grenze wegzog und nach der österreichischen vorschob. Dadurch wurden französische Truppen zur Verwendung an anderer Stelle frei, während österreichische gebunden wurden, die an anderer Stelle fehlten. Daß auch Rumänien keine Miene machte, seine Verpflichtung zu erfüllen, war um so weniger zu verwundern, als auch dieser Staat sich seit Anfang des Kriegsjahres 1914 dem Bündnis insgeheim abgewandt hatte. Politisch waren also die beiden Kaisermächte auf sich allein angewiesen.

Wirtschaftlich war ebensowenig geschehen, um die für einen längeren Krieg notwendigen Vorräte an Nahrungs- und Hintermitteln, sowie an Rohstoffen, die aus dem Ausland bezogen werden mußten, aufzuspeichern, obwohl von weitblickenden Männern außerhalb der Ämter seit Jahren auf die Notwendigkeit solcher Maßnahmen hingewiesen und geradezu die Bildung eines „wirtschaftlichen Generalstabes“ für den bevorstehenden Krieg verlangt worden war. Es steht fest, daß sowohl Frankreich wie Rußland ihre Getreide- und Hintervorräte ergänzten, während die deutsche Regierung es noch bis in die letzte Zeit vor dem Kriegsausbruch zuließ, daß deutsches Getreide nach dem Auslande ausgeführt wurde — ein geradezu unverantwortliches Verfahren! Dagegen war die Reichsbank infolge der vorsichtigen Maßnahmen ihres obersten Leiters Dr. Havenstein imstande, den ungeheuren Aufgaben zu genügen, vor die sie durch den Krieg gestellt wurde.

Auch militärisch waren die Feinde kriegsbereiter als die deutschen Streitkräfte. Von Rußland haben wir bereits gehört, daß es große Truppenmassen an den Grenzen hatte und daß die entfernteren Heereskörper schon seit Mai, ja April in Bewegung gesetzt waren; gegen Österreich-Ungarn hin war geradezu eine sogenannte „Vor-Mobilmachung“ durchgeführt worden; diese Maßnahmen hingen aufs Engste mit einem Beschuß des Kronrats vom 21. Februar 1914 zusammen, der nach dem russischen Umsturz bekannt wurde: damals war festgesetzt worden, daß Rußland die erste sich bietende Gelegenheit benutzen sollte, um sich Konstantinopels zu bemächtigen. Dem deutschen Reiche gegenüber verfügte Rußland über weit überlegene Reitermassen mit Artillerie und starken Schützen-Brigaden, die einsatzbereit ganz schwachen deutschen Grenztruppen gegenüberstanden. Infolge aller dieser Umstände hatte die russische Heeresleitung im Übergang zum Kriegszustande der deutschen gegenüber einen großen Vorsprung, der noch dadurch vergrößert wurde, daß der Befehl zur deutschen Mobilmachung erst am 1. August erlassen wurde. Die wichtigste vorläufige Aufgabe der deutschen Kriegsführung, im Osten Zeit zu gewinnen,

bis sie im Westen entscheidende Schläge geführt hätte und sich dann gegen Russland wenden könnte, war dadurch in Frage gestellt.

In Frankreich war, entsprechend der politischen Gesamthaltung seit dem Frankfurter Frieden, die Kriegsbereitschaft auf den höchsten Stand gebracht; das französische Volk hatte in bewundernswertem Eifer kein Opfer gescheut, um für die ersehnte Stunde des Krieges gerüstet zu sein; es hatte zuletzt die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit auf sich genommen. Als der Krieg ausbrach, war das französische Heer etwas stärker als das deutsche, obwohl die Bevölkerung Frankreichs hinter der des deutschen Reiches um rund 25 Millionen Köpfe zurückblieb.

Auch England war, was seine Flotte betrifft, sofort kriegsbereit: am 22. Juli lagen vor Spithead 216 Kriegsschiffe aller Gattungen, die für die letzten Übungen zusammengezogen waren; nach deren Beendigung — am 28. Juli — befahl die Admiralität, diese mächtige Flotte versammelt und bis zum 15. August verstärkten Mannschaftsbestand zu halten. Für die Überführung des Hilfsheeres nach Frankreich und Belgien war seit Jahren Vorsorge getroffen; sie konnte unter dem Schutz der Flotte ungestört vor sich gehen.

So lagen die Dinge bei den Feinden, und im Hinblick auf den Grad ihrer Kriegsbereitschaft sei der Ausspruch des russischen Außenministers Sasonow angeführt, der in einer Geheimsitzung der Duma im Winter 1913 geäußert hatte: „Die Friedensliebe Kaiser Wilhelms bürgt uns dafür, daß der Krieg dann kommt, wenn wir ihn haben wollen.“

Ganz anders sah es auf deutscher Seite aus, und erst recht bei Österreich-Ungarn.

Die Feinde wußten, daß der Krieg kommen werde — im deutschen Reiche wollten die maßgebenden Stellen nicht daran glauben: deshalb wurden sie überrascht, während die Feinde wohl vorbereitet waren. Kaiser Wilhelm befand sich auf der Nordlandreise, der Leiter des Generalstabes, General von Moltke, als franker Mann im Bade. Als beide in den letzten Julitagen in Berlin eintrafen, scheute die Reichsleitung trotz der russischen Maßnahmen davor zurück, ihre Einwilligung zu entsprechenden Gegenmaßregeln zu geben und hintertrieb die sofortige deutsche Mobilmachung, so daß drei kostbare, unbezahlbare Tage verloren gingen. Wohl war vom Großen Generalstab alles vorbereitet, um die einmal angeordnete Mobilmachung und den Aufmarsch auszuführen; aber das Kriegsministerium hatte keinerlei Vorkehrungen für einen längeren Krieg getroffen — vor allem hatte es sich nicht dazu aufgerafft, die Heeresstärke, französischem Beispiel folgend, der Leistungsfähigkeit des Volkes gemäß zu gestalten, ein Fehler, der schwer ins Gewicht fiel. Auch für Schießbedarf

war unter Mißachtung der Lehren des russisch-japanischen Krieges nur ganz unzulänglich gesorgt.

Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in Österreich-Ungarn, dessen Heer einen viel zu schwachen Friedensstand aufwies und dessen Ausrüstung im Vergleich zu dem russischen ganz ungenügend war; die Bemühungen des ermordeten Thronfolgers um durchgreifende Besserung hatten erst zu wirken begonnen. Dabei war das Heer infolge des Nationalitätenstreits innerlich gespalten; das Sprachengewirr erschwerte die Befehlsführung, und einzelne Stämme zeigten sich schon bei der Mobilmachung unzuverlässig, ja es kamen bereits hierbei Fälle von Meuterei vor — wie besonders in Prag.

Die Aufgabe des österreichisch-ungarischen Heeres, das die russische Hauptmacht auf sich zu ziehen hatte, wurde von vornherein erschwert, weil Italien nicht nur die Bundespflicht nicht erfüllte, sondern — schnell erkennbar — eine unfreundliche Haltung einnahm; deshalb mußte die österreichische Heeresleitung ihm gegenüber Truppen stehen lassen, die an anderer Stelle fehlten.

Es fiel auch ins Gewicht, daß die Leiter von Italiens Heer und Flotte als Bundesgenossen in den Besitz vieler Geheimnisse der deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres- und Flotten-Leitungen gelangt waren, deren Kenntnis bestimmt den Feinden zugute kam.

Aus alledem ergibt sich, daß die beiden Kaisermächte im gegebenen Augenblick — anders als ihre Feinde — nicht vollkommen kriegsbereit waren, geschweige denn, daß sie den Krieg gewollt hätten.

Die Aufgaben, die der deutschen Kriegsmacht bei Ausbruch des Krieges zufielen, waren wegen der Menge der Gegner und der Länge der zu deckenden Grenzen sowie wegen des Mißverhältnisses der Kraftquellen so vielseitig, weiträumig und schwierig, daß an eine Sicherheit des Sieges nicht gedacht werden konnte — die Hoffnung auf guten Ausgang beruhte auf den sittlichen Kraftquellen des deutschen Volkes, auf dem Glauben an die Überlegenheit der obersten deutschen Führung, des deutschen Offiziercorps und der deutschen Soldaten, und sie wurde durch den seelischen Aufschwung des ganzen Volkes noch verstärkt.

Die Gesamtlage schloß einen Angriffskrieg der beiden Kaisermächte aus; es handelte sich nur um Notwehr, um einen Verteidigungskrieg, ja, man kann sagen um einen Verzweiflungskampf gegen die an Zahl und Kriegsmittel weit überlegenen Feinde. Dem deutschen Heere standen das an Zahl mindestens gleiche französische und gewiß die Hälfte des weit überlegenen russischen Heeres sicher gegenüber, wozu bestimmt noch das englische und wahrscheinlich auch das belgische kamen. Das französische Heer hatte nur eine kurze Grenze zu decken und stützte sich auf ein tief gestaffeltes Netz starker Befestigungen, die für Angriff und Verteidigung

Stützen und Sicherheit boten. Die lange Ostgrenze des deutschen Reiches war denkbar ungünstig und trotzdem nur ungenügend befestigt und besetzt. Auf der russischen Seite dagegen war schon im Frieden ein weit überlegenes, kriegsbereites Heer zwischen zahlreichen starken Festungen vorhanden, das kriegsgeübte Führer hatte und dessen Mannschaften, von Haß gegen alles Deutsche erfüllt, darauf brannten, sich kriegerisch zu betätigen; hatte man es doch verstanden, ihnen den Glauben an die religiöse und politische Sendung des russischen Volkes gegenüber dem widerwärtigen Nachbarn beizubringen.

Die Bewaffnung war auf beiden Seiten gleichartig und gleich gut. Einen Vorsprung hatte das deutsche Heer in der schweren Artillerie seines Feldheeres und in wirksamsten Belagerungsgeschützen, das französische in den Fliegern und ihrem Zusammenspiel mit der weiterschießenden, sich verstekkenden und vorzüglich ausgebildeten Feldartillerie.

Der Gefechtwert konnte bei Deutschen, Franzosen und Engländern wohl als ziemlich gleich angenommen werden, erwies sich aber jedenfalls in der ersten Kriegszeit bei den Deutschen als höher. Die Möglichkeit des Ersatzes war bei den Deutschen begrenzt, bei den Franzosen noch beschränkter, dagegen bei den ihnen verbündeten Russen und Engländern außerordentlich, ja, wenn man die englischen Kolonien und das asiatische Gebiet Russlands in Betracht zog, fast unbegrenzt. Übrigens hatten sich die Franzosen in der Bevölkerung ihrer überseeischen Besitzungen eine wichtige Kraftquelle erschlossen. Unter solchen Umständen war die Lage des bisher politisch eingekreisten deutschen Reiches militärisch und wirtschaftlich im Kriege so schwer wie nur denkbar, weil es von zwei Seiten militärisch umflammt und durch Englands Seemacht von jeder überseeischen Einfuhr abgeschnitten wurde.

Alles kam darauf an, das Letzte, das Äußerste aus dem Volke, das den 30jährigen Krieg überstanden, das den Befreiungskrieg geführt und schließlich den unerhörten Siegeslauf der Jahre 1870/71 geleistet hatte, herauszuholen, damit es endgültig sein Recht zum Dasein als den Weltmächten ebenbürtig erweise. Was an äußeren Kräften fehlte, mußte an inneren ersetzt werden; um dies zu erreichen, mußten Staat und Gesellschaft, Behörden und Presse, Parteien und völkische Verbände vom ersten Tage an planmäßig alles aufbieten, um bei länger dauerndem Kriege die Stimmung im Volke so hochzuhalten, daß sie nicht nur den von der Kampffront etwa kommenden niederdrückenden Einflüssen gewachsen war, sondern den kämpfenden Volksgenossen den Rückhalt an Entschlossenheit und Opferfreudigkeit bieten konnte, der für sie, die doch „das Volk in Waffen“ darstellten, unentbehrlich war. Daraus erwuchsen der politischen Leitung besondere Aufgaben, die sie Hand in Hand mit der obersten Führung des Heeres zu lösen hatte; ihre Aufgabe im Kriege

war, das innere Gefüge von Volk und Reich durch ihre Maßnahmen so fest zusammenzuhalten, daß es alle Stürme überdauern konnte. Auch der Krieg ist Politik; wenn Krieg ist, sind Politik und Krieg unlöslich verbunden; beide haben einander zu dienen und zu ergänzen.

Alles kam darauf an, ob diese Aufgabe gelöst wurde. Die oberste Heeresleitung konnte ihr Werk, getragen vom Vertrauen des ganzen Volkes, in Angriff nehmen — die politische Leitung, voran der Reichskanzler und das Auswärtige Amt dagegen standen vor einem Zusammenbruch ihrer Politik, der die Frage dringend machte, ob die verantwortlichen Personen nicht alsbald von besser Geeigneten abgelöst werden sollten. Denn dies war die schwächste Seite der deutschen Kriegsrüstung. Den politisch Verantwortlichen war es auch zuzuschreiben, daß die Mobilmachung verzögert wurde, woraus dem Heere beim Übergang in den Kriegszustand schwerer Schaden erwuchs.

Im übrigen aber, soweit die Arbeit des Heeres in Betracht kam, verlief die Mobilmachung in musterhafter Ordnung und Sicherheit; besonders die Eisenbahnverwaltungen leisteten Großes. Das deutsche Volksheer des ersten Aufgebots ging stolz und freudig dem schweren Kampfe entgegen, selbst vom Willen zum Siege erfüllt und überzeugt, daß dieser Wille auch hinter ihm in der Heimat herrsche. Dies Heer war freilich die Auslese des Volkes!

Seine Taten und Siege gereichen ihm zum höchsten Ruhm und werden bis in die fernsten Zeiten als Großtaten des Heldenstums, der Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung leuchten.

Das Heer brachte in dieser Weltenwende die Höchstleistung zu Wege, geführt von einem Offiziersstande, der seine Seele war und dem die Mannschaft voll Vertrauen und Hingabe folgte. Dieses Heer, das stolzeste, beste und lauterste der Weltgeschichte, hat sich geopfert, es ist unbesiegt geblieben, und wenn es schließlich doch nicht besiegt hat, so lag wahrhaftig die Schuld nicht an ihm.

\* \* \*

Der deutsche Kriegsplan, der ursprünglich von Moltkes bedeutendstem Nachfolger in der Leitung des Großen Generalstabs, vom Generalobersten Alfred Grafen von Schlieffen, herrührte und einige Abwandlungen erfahren hatte, war ebenso wie derjenige Österreich-Ungarns, den der hervorragende Freiherr Conrad von Hötzendorf entworfen hatte, richtig; beide Generalstabs standen im dauerndem Einvernehmen, wenn auch ein gemeinsamer Kriegsplan nicht verabredet war.

Die Lage des deutschen Reiches gebot nach Westen anzugreifen und nach Osten zunächst zu verteidigen; dem österreichisch-ungarischen Heere war die Aufgabe zugedacht, den russischen Aufmarsch durch einen Vorstoß

im südlichen Kongresspolen zu stören. Die Dinge lagen demnach so, daß die verbündeten Heere, obwohl es sich für sie um einen aufgedrungenen Verteidigungskrieg handelte, angriffswise vorgehen mußten, um den Frieden möglichst rasch zu erzwingen. Der Angriff war auch geboten, um den Krieg von dem eigenen Lande fernzuhalten, dessen Kraft- und Erzeugungsquellen aller Art vor Zerstörung geschützt werden mußten, wenn anders die auf sich selbst angewiesenen, voraussichtlich von aller Zufuhr abgeschnittenen Mittelmächte nicht alsbald ohne Nahrung dastehen und den Ersatz des mannigfaltigen Kriegsbedarfs entbehren sollten; abgesehen davon konnten die verbündeten Heeresleitungen sich die notwendige Bewegungs-(Operations-)Freiheit nur dadurch sichern, daß sie durch fühnen Angriff den Krieg ins Land der Feinde trugen. Schließlich mußten sie dies tun, um dem Grundsatz aller Feldherrenkunst zu genügen, nämlich: den Gegnern das Gesetz des Handelns vorzuschreiben — aber auch, möglichst weite feindliche Gebiete zur Versorgung des Heeres, vielleicht sogar der eigenen von der Welt abgeschlossenen Heimat heranzuziehen.

Alles gebot sonach den Angriff, der auch dem Wesen des höchstwertigen deutschen Heeres entsprach, als es ins Feld rückte. Die rein verteidigende Kriegsführung derart, daß die verbündeten Heere an verteidigungsfähigen Stellen hinter den Grenzen stehen geblieben wären, hätte den Sieg von vornherein preisgegeben und das eigene Land der Verwüstung ausgesetzt.

Der deutsche Kriegsplan ging dahin, zuerst die Franzosen zu schlagen und dann alle im Westen entbehrlichen Kräfte nach Osten zu werfen; bis zu diesem Zeitpunkt mußten die schwachen reichsdeutschen Kräfte und das österreichisch-ungarische Hauptheer die Russen aufhalten. Jedenfalls mußte die Möglichkeit, erst mit den Franzosen fertig zu werden, ausgenutzt werden.

An sich wäre es selbstverständlich richtig und wünschenswert gewesen, gleichzeitig den Angriff nach Westen und Osten zu tragen; aber dafür fehlten leider die Menschenkräfte und die Kriegsmittel, weil die Reichsleitung der nachbismarckischen Zeit an Erkennen und Wollen der Aufgabe nicht gewachsen war, die sich aus der — wesentlich durch ihre politische Schuld — erwachsenen militärischen Lage ergab, und weil sie kleimütig von vornherein die Segel vor dem kleindenkenden Reichstag strich. Die letzten Kriegsminister seit der Entlassung des ausgezeichneten Generals Bronsart von Schellendorf tragen die schwere Verantwortung dafür, daß sie die militärischen Erfordernisse, die der Generalstab mit voller Klarheit erkannte, nicht durchsetzen, sondern sich dem Verlangen der Reichsleitung nach Anpassung an die Wünsche der Reichstagsmehrheit, das dem Bedürfnis nach Ruhe und Bequemlichkeit entsprang, unterordneten. Schon an dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß solch ein Verhalten un-

verantwortlich war; es belastet die Reichskanzler Bülow und Bethmann Hollweg, die Kriegsminister von Einem und von Heeringen mit demselben Maße furchtbare schwerer Schuld wie die Reichstagsmehrheit.

Der Gesamtkriegsplan der Feinde war, nachdem der Zweibund durch den Beitritt Englands zum Dreiverband geworden war und dieses die unbestrittene politische Führung darin übernommen hatte, die natürliche Fortsetzung der vorausschauenden, kalt-grausamen englischen Staatskunst. Demgemäß erstrebte er die militärische Einfreiung, die wirtschaftliche Abschließung, und demnach die Erdrosselung und Vernichtung mit allen Mitteln der Kriegsführung, also militärischen, politischen und wirtschaftlichen. Zu diesem Behufe wurde der zusammenstrebende (sog. „konzentrische“) Angriff auf das deutsche Reich betrieben, wobei mit wirklich großartiger Planmäßigkeit, Folgerichtigkeit und Ausdauer verfahren wurde. Einerlei, ob der Feind in Ostpreußen oder Ungarn, in Sländern oder in den Vogesen, am Bosporus oder in Tirolandrängte: sein Ziel war die Erdrückung des deutschen Reiches, ja geradezu die Ausrottung des deutschen Menschen.

Die Kriegspläne der beiden Mächtegruppen entsprachen dem zu erreichenden letzten Ziele; die auf ihre Verwirklichung hinstrebende Kriegsführung (Strategie) war demnach richtig. Es fragt sich nun, ob die Einzelmäznahmen der Heeresleitungen (Taktik), die dem erstrebten (strategischen) Ziele entgegenführen sollten, dies ebenfalls waren. Soweit sich bis heute darüber ein Urteil bilden lässt, wird man sagen dürfen, daß die deutsche Kampfesweise der ersten beiden Kriegsjahre die Menschenkräfte mit zu wenig Schonung einsetzte und dementsprechend opfervoll war; sie folgte dabei dem Drange: heran an den Feind, der in allen Kriegen große Verluste geflossen aber auch glänzende Erfolge gebracht hatte. Überdies steht fest, daß gerade die besten Truppen in ihrem Ungestüm, an den Feind zu kommen, nach vorwärts durchgingen und dadurch selbst ihre großen Verluste herbeiführten.

Diese Eigenschaft zeigte sich in den ersten Feldzügen auch bei den deutsch-österreichischen Truppen.

Auf der Seite der Feinde verfuhrn die Russen rücksichtslos — sie brauchten bei den ihnen zu Gebote stehenden Menschenmassen ihre Truppen nicht zu schonen; die Engländer waren schwerfällig und für den großen Bewegungskrieg ungeübt; bei den Franzosen endlich war die Taktik gut und, wie das Ende gezeigt hat, zweitmäßig.

\* \* \*

Die eigentliche Kriegsführung war bei den Deutschen der „Obersten Heeresleitung“ anvertraut. Man kann sagen, daß eine solche Stelle gewiß

notwendig war; sie hatte aber die Folge, daß der oberste Kriegsherr zurücktrat. Das Bedürfnis des Volkes, eine bestimmte Persönlichkeit als Träger wichtiger Entschlüsse und Entscheidungen leibhaftig vor sich zu sehen, war damit nicht befriedigt; es wurde es erst dann, als die dringende Not die großen deutschen Kriegshelden an die obersten leitenden Stellen gebracht hatte. Da erst erhielt die Einrichtung der gewissermaßen namenlosen Obersten Heeresleitung Fleisch und Blut. In Wahrheit gab der Kaiser als oberster Kriegsherr in der Erkenntnis, daß er so ungeheurer Aufgabe nicht gewachsen war, die tatsächliche Kriegsleitung aus der Hand; der Oberbefehl wurde in Wirklichkeit von dem „Chef des Generalstabs des Feldheeres“ geführt und es war abzuwarten, ob die dazu bestimmten Männer nicht nur die nötigen Eigenschaften der Begabung und Vorbildung, des Charakters und der Nervenkraft besaßen, sondern auch, ob sie das unentbehrliche Ansehen bei den ihnen unterstellten Führern hatten.

Den Krieg führte also die Oberste Heeresleitung; die Beschaffung alles dessen, was dazu an Menschen und Kriegsbedarf notwendig war, lag den Kriegsministerien ob, deren es infolge der bei der Reichsgründung getroffenen Einrichtungen außer dem preußischen, solche für Bayern, Sachsen und Württemberg gab — kein Zweifel, daß dies Erschwerungen mancher Art nach sich ziehen konnte; sie sind nicht ausgeblieben.

In engstem Zusammenwirken mit beiden — der Obersten Heeresleitung und den Kriegsministerien — hatte, da der Krieg Politik ist, die oberste politische Leitung des Reiches zu wirken, und zwar in gleicher Weise für alle Angelegenheiten der äußeren und inneren Staatskunst, die auf den Krieg Bezug hatten. Und welche wären das bei solchem Kampf ums Dasein nicht gewesen?

Viel hing sonach von der Zusammenarbeit dieser Stellen ab, ganz besonders, soweit die politischen in Betracht kamen, ob sie das notwendige Verständnis für das Wesen des Krieges an sich und dieses Krieges im besonderen besaßen.

Auf den ersten Blick wird die Meinung auftreten, daß — zumal bei einem derartigen Vielfrontenrieg — die drei für seine erfolgreiche Durchführung maßgebenden Stellen an einem und demselben Orte in der Heimat, an dem alle Säden zusammenliefern, ihren Sitz hätten haben müssen; diesem Bedürfnis gegenüber durfte die bei der neuzeitlichen Art der Kriegsführung wohl romantische Auffassung, daß der oberste Kriegsherr an die Front gehöre, nicht ins Gewicht fallen. Mag sein, daß die aus den zu erörternden persönlichen Rücksichten sich ergebenden Erwägungen dahin geführt haben, die Oberste Heeresleitung nicht in die Reichshauptstadt zu verlegen, um sie den dortigen ungünstigen Einflüssen nicht auszusetzen. Dies wäre nur ein Beweis dafür, daß von vornherein das engste sachliche

Zusammenarbeiten zwischen den für den Krieg entscheidenden Stellen, das ein solcher Daseinskampf verlangte, nicht gewährleistet war. Es kann schon hier gesagt werden, daß die Schuld daran nicht bei der Obersten Heeresleitung lag.

\* \* \*

Da Männer auch heute noch Geschichte machen oder wenigstens machen sollen, ist es geboten, die wichtigsten Personen zu betrachten, denen das Geschick unseres Volkes in solcher Zeit in die Hände gelegt war.

Kaiser Wilhelm II. war letzten Endes die entscheidende Stelle auch im Kriege; über seine Persönlichkeit sind wir uns durch die Schilderung, die von ihr oben gegeben wurde, klar. Hier ist nur zu sagen, daß mit fortschreitenden Lebensjahren das früher zu raschen Entschlüsse neigende Wesen des Kaisers sich geändert hatte, indem es in das Gegenteil umschlug. Der Kaiser hatte seine Entschlusskraft, die sich früher zu oft bei falschen Gelegenheiten betätigt hatte, verloren, so daß er nur schwer zu den ihm schließlich obliegenden Entscheidungen gebracht werden konnte. Dies galt in gleicher Weise für militärische wie politische Maßnahmen, für Personen- wie sachliche Fragen. Um bedeutsame Fälle anzuführen, die diese Erscheinung deutlich machen sollen, sei voreiligend hier erwähnt, daß er trotz des Drängens der maßgebenden militärischen Berater den Mobilmachungsbefehl um drei Tage verzögerte, daß er trotz des vollkommenen Zusammenbruches von Bethmann Hollwegs Politik diesen Unseligen mit seinen ebenso unbrauchbaren Gehilfen im Amt behielt, daß er erst in äußerster Not die geborenen Feldherren dieses Krieges an die ihnen zukommende Stelle berief, daß er endlich erst verspätet die Anwendung von Kriegsmitteln zuließ, ohne die die deutsche Kriegsführung nicht auskommen konnte. In diese selbst mischte sich der Kaiser sachlich so gut wie gar nicht ein; hier bewies er eine Zurückhaltung, die seinem ursprünglichen Wesen nicht entsprach und die wohl auf seine Erkenntnis zurückzuführen ist, daß ihm die wesentlichen Eigenschaften des Feldherrn fehlen. So übte er sein Amt als Oberster Kriegsherr nicht eigentlich selbst handelnd aus, sondern beschränkte sich auf die letzten Entscheidungen nach den Vorschlägen der von ihm zur tatsächlichen Kriegsführung berufenen Männer. Diese Zurückhaltung hätte der deutschen Kriegsführung zweifellos zum reinen Vorteil gereicht, wenn nicht allgemeine Entschlüsselosigkeit und das Hingreifen in wichtigsten Führerfragen sowie durchweg in der Wahl seiner maßgebenden und deshalb einflußreichen Vertrauten verhängnisvollste Wirkungen gehabt hätte. Politisch freilich verursachte dieser Wandel im Wesen seiner Persönlichkeit dem Vaterlande schwersten Schaden, indem der Kaiser den Dingen den unheilvollen Lauf ließ, den seine unseligen politischen Berater ihnen wiesen. Soweit man von „passivem Helden“

tum" sprechen kann, ist Kaiser Wilhelm II. so der „passive Held“ des Weltkriegs geworden, und sein Ende zeigt, daß auf diese Art das Schicksal sich nicht meistern läßt. Es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß es dem Kaiser durchaus nicht an Einsicht gebrach; es liegen Beweise dafür vor, daß er die Unfähigkeit seines Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und der wichtigsten Leute des Auswärtigen Amtes durchaus erkannte, nicht minder, daß er sich über den Unwert von Leuten, die ihm im Laufe des Krieges für bedeutsame Ämter aufgedrängt wurden, vollkommen klar war. Trotzdem behielt er sie oder ließ sie sich aufdrängen — zum Schaden des Vaterlandes und Volkes, der Krone und seines Hauses. Was insbesondere sein inneres Verhältnis zu Bethmann Hollweg betrifft, so läßt es sich aus der Wesens-Verwandtschaft beider erläutern: denn der Kaiser war, wie der Kanzler, trotz seiner Vorliebe für kriegerische Reden und militärisches Gepränge „Pazifist“ — als solcher war er längst vom Ausland erkannt worden, besonders in Frankreich. Eines blieb sich vom ersten Tage des Krieges bis zum Trauerspiel von Spa gleich — wie es während seiner ganzen Herrscherzeit gewesen war: den treuesten Getreuen des Kaisertums, den ernstesten Vaterlandsfreunden blieb der Zugang zum Kaiser verschlossen; er wollte sie nicht sehen und hören. Es ist der Fluch dieses Herrschers geworden, daß er ganz offenbar Männer von Charakter, von Wahrhaftigkeit nicht ertragen konnte, als habe er Scheu vor dem Anblick der Wirklichkeit. So vollendete sich sein Schicksal, das auch zum Schicksal des deutschen Volkes wurde.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte in einem politisch lichten Augenblicke, als ihm der englische Botschafter Sir Edward Goschen die Kriegserklärung überreichte, diesem gegenüber den Auspruch getan, daß seine ganze Politik wie ein Kartenhaus zusammenfalle. Das war in der Tat in vernichtender Weise der Fall, und man hätte annehmen sollen, daß der höchste verantwortliche Beamte eines Landes, das über Nacht in den Kampf auf Leben und Tod gestürzt wurde, so viel Selbsterkenntnis und Sachlichkeit besessen hätte, daß er aus eigenem Entschluß den Platz räumte, für den er nach den Ergebnissen seiner Amtsführung schlechthin unmöglich war. Aber das Gegenteil geschah. Mit einer Zähdigkeit sondergleichen flammerte sich dieser Kanzler an sein Amt und entwickelte im Verlaufe des Krieges eine Tatkraft und Entschlossenheit in dessen Verteidigung, die bewundernswert wäre, wenn sie nicht einer so schlechten Sache, wie der Selbsterhaltung eines unbrauchbaren Ministers, gegolten hätte. Jenem Bekenntnisse an Sir Edward Goschen zuwider verbiß er sich in den Gedanken, daß seine Politik — besonders England gegenüber — doch die allein mögliche gewesen sei, und, wie er vor dem Kriege die Versöhnung mit einem Gegner gesucht hatte, der nichts davon wissen wollte, so fuhr er damit im Kriege fort. Das Wesen dieses Daseins-

kampfes hat er, jedenfalls so lange er im Amte war, nicht erkannt, und auch nicht die Absicht der Feinde, das deutsche Reich zu vernichten. So setzte er seine äußere Politik der Schwäche und Ziellosigkeit auch während des Krieges fort und überließ den rücksichtslos zugreifenden, nach lange feststehendem Plane entschlossenen vorgehenden Feinden das Feld.

Schlimm war es, daß dieser innerlich schwache Mann an den Sieg seines Volkes nicht glaubte; dies wirkte je länger je mehr ansteckend auf die deutsche Öffentlichkeit. Schlimmer vielleicht noch, daß der Kanzler seinem Volke so fremd war, daß er dessen seelisches Bedürfnis, in solcher Zeit machtvoll geführt und immer von neuem emporgerissen zu werden, nicht verstand. Bethmann Hollwags kaltes Gemüt und sein — politisch wenigstens — enges Gehirn konnte die Männer nicht begreifen, die ihr Volk durch die offene Darlegung dessen, um was es in diesem Kriege ging, zur Höchstleistung auf allen Gebieten fortreißen wollten; er sah in ihnen nur unbequeme Störer seiner Verständigungspolitik und ließ sie durch alle Mittel polizeilicher Unterdrückung mundtot machen. Wie er nach außen auch solchen Feinden gegenüber an seinem unmöglichen Verständigungsplane eigensinnig festhielt, so innerpolitisch an seinen Gedanken, die unteren Volkschichten mit dem Staate, mit den anderen Klassen der Gesellschaft zu versöhnen. Dabei ging er von der falschen Anschauung aus, als hätten die großstädtischen Massen in den entscheidungsvollen Tagen Ende Juli und Anfang August 1914, als in ihnen das ursprüngliche Gefühl der Zugehörigkeit zum Staate und der Zusammengehörigkeit zu dem Volksganzen wieder erwachte, etwas getan, wofür ihnen nicht nur Lob, sondern auch Lohn gebühre — eine Auffassung, die letzten Endes bewies, daß er der Volfs- und Staatstreue dieser Schicht nicht getraut hatte und nun angenehm durch deren Bewährung überrascht war. Ganz offenbar beging der Kanzler den folgenschweren Fehler, die Begriffe „Arbeiterschaft“ und „Sozialdemokratie“ gleichzusehen — was an sich, und erst recht in der ersten Kriegszeit falsch war.

Kein Zweifel, daß — besonders bei länger währendem Kriege — die Masse der großstädtischen Bevölkerung infolge ihrer Zusammendrängung bei der Regelung ihres Bedarfs nicht ganz leicht in Ruhe und Zufriedenheit zu halten war. Grundsätzlich falsch aber war das von diesem Reichskanzler vom ersten Kriegstage an eingeschlagene Verfahren, ihr Wohlverhalten durch innerpolitische Nachgiebigkeit zu erkaufen. Staat und Gemeinden mußten alles tun, um Ernährung und Arbeitsgelegenheit zu sichern, und den breiten Volksmassen zeigen, daß der Staat an sie denke, auch die oberen Schichten zu einem Verhalten bringen, das jenen bewies, daß sie ein Herz für das Volk hatten. So mußte denen, die unter dem Krieg litten, das Leben möglichst erleichtert werden. Verwerflich und gefährlich aber war es, ihre gute Laune durch innerpolitisches Zurück-

weiden zu erkaufen — ein Verfahren, das um so bedenklicher war, als kein Mensch wissen konnte, wie lange der Krieg dauern werde: bei längerer Dauer entstand die Gefahr, daß der Staat der so gezüchteten politischen Begehrlichkeit der Massen nichts mehr preiszugeben hatte.

Und dann? Und dann?

Wir werden hören, in welcher Weise der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, wie er die militärische Kriegsführung durch Hintanhaltung der Mobilmachung von vornherein geschädigt hatte, sofort die politische von Grund aus verdarb und im Innern durch die Ausrufung eines unwahrhaften „Burgfriedens“ den zerstörenden Kräften freien Spielraum gewährte, während er die staatsbewußten Behörden und die unbedingt staatstreuen Schichten band.

Das Dichterwort, daß der Mensch mit seinen höheren Zwecken wachse, wurde durch Bethmann Hollweg Lügen gestraft; er wurde kleiner, engherziger und verbissener und trieb bei Lichte betrachtet eine Politik, die um jeden Preis sein eigenes Verhalten in der Vergangenheit rechtfertigen sollte. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß auf diese Weise ein Volk höchste Gefahr überstehen könne. Und es war das Verhängnis, daß nicht nur der Kaiser — seiner besseren Erkenntnis zum Trotz — diesen an dieser Stelle lebensgefährlichen Mann im Amte hielt, sondern daß ihm auch die überwältigende Mehrheit der Volksvertreter und fast die ganze Presse Gefolgschaft leistete.

Bethmann Hollwegs nächste Mitarbeiter waren so unerheblich, daß sie hier kaum Erwähnung verdienen; es ist genug, wenn sie genannt werden, wo es sich nicht umgehen läßt: sie waren ihm an Unbrauchbarkeit ebenbürtig.

Von den an wichtigen Stellen tätigen Botschaftern erwies nur Freiherr von Tschirschky in Wien sich als seiner Aufgabe gewachsen; alle anderen waren durch den Krieg ebenso überrascht worden, wie der Kanzler und das Auswärtige Amt, und es war begreiflich, daß sie — in die Heimat zurückgekehrt und dort in mannigfaltigen Stellungen verwendet — aus ihrer Haut nicht herauskonnten.

Ganz anders war es im Heere, weil dort ein anderer Geist herrschte. An seiner Spitze stand als tatsächlicher Leiter der Kriegsführung Generaloberst von Moltke, der Neffe des großen Feldmarschalls und sein dritter Nachfolger im Amte des „Chefs des Großen Generalstabs“. Er war zweifellos ein bedeutender Mann von scharfem Geiste und politischem Instinkt, — ein Mann auch, der Liebe verdiente und fand. All diese wertvollen Eigenschaften aber reichten nicht aus, um den Feldherrn zu machen, den dieser Krieg verlangte, wenn das deutsche Volk sich „herauszuhauen“ sollte. Hellmut von Moltke war sich über die Grenzen seiner Begabung und Leistungsfähigkeit ganz im klaren; in ehrlicher Selbsterkenntnis hatte

er sich und dem obersten Kriegsherrn eingestanden, daß er weder nach seiner geistigen Eigenart, noch nach seiner militärischen Vorbildung, noch schließlich nach seiner körperlichen Leistungsfähigkeit diejenigen Eigenschaften besitze, die bei dem Haupte des Generalstabs eines Volkes, das solch einen Krieg zu führen gezwungen würde, vorhanden sein müßten.

Schon als der Kaiser ihn zum Nachfolger des Grafen Schlieffen bestimmte, hatte er gebeten, von seiner Berufung auf diesen Posten abzusehen. Er wußte, daß ihm das notwendige „Handwerkszeug“ zum Generalstabs-Chef fehlte. Wohl war er jahrelang persönlicher Adjutant seines großen Oheims gewesen und hatte als solcher sowohl in sachlicher Hinsicht, wie in Personenfragen Einblick in die obersten Geschäfte des deutschen Generalstabs gewonnen — aber dem eigentlichen Generalstabs-Dienste war er fremd geworden und hatte so nicht die notwendige Schulung erworben, die beim obersten Haupte einer Gemeinschaft, wie der deutsche Generalstab es war, unbedingt vorhanden sein mußte. Der Kaiser bestand darauf, um seines Namens willen diesen Moltke im „roten Hause“ auf dem Königsplatz zu haben, und so übernahm der Neffe auf Befehl seines obersten Kriegsherrn in Mannentreue und Offiziersgehorsam das Amt, in dem nach dem Maße seines Oheims gemessen wurde.

Durch diese Nachgiebigkeit wurde Hellmut von Moltke eine der „tragischsten“ Gestalten dieses Krieges — vielleicht der deutschen Geschichte.

Wohl hatte sich der tüchtige und unermüdlich fleißige Mann so weit eingearbeitet, daß er Ansehen und Vertrauen fand — wohl hatte er die furchtbar gefährdete Lage des Vaterlandes klar erkannt, daraus die militärischen Schlüsse gezogen und sich vor dem Kaiser und dem Kanzler zum Vorkämpfer der Heeresverstärkung gemacht. Aber es fehlte ihm nicht nur schöpferische Genialität, sondern auch unbeugsame Entschlossenheit, so daß seine Friedensarbeit, gegenüber den äußersten Notwendigkeiten des von ihm vorhergesehenen aber nicht gewollten Krieges, Stöckwerk blieb.

Zu diesen Mängeln seiner Persönlichkeit kam, daß Moltke seit Jahren leidend war; mit Besorgnis hatten seine Freunde in den letzten großen Friedensübungen gesehen, wie seine körperliche Leistungsfähigkeit nachließ. Als der Krieg in nächste Nähe rückte, war er, ein ernstlich kranker Mann, im Bade. Gleichwohl rückte er als „Chef des Generalstabs des Feldheeres“ ins Feld. Die Zuversicht der über diese Dinge Unterrichteten hielt sich an den „Generalstab“ als solchen — an jene einzigartige militärische Gemeinschaft, in der die Auslese des Heeres für die letzte Aufgabe des Soldaten wissenschaftlich und praktisch zugleich vorbereitet wurde. Die Mobilmachung und die ersten glänzenden Erfolge bewiesen, daß der Geist Scharnhorsts, Gneisenaus und des ersten Moltke noch im Heer und Generalstabe lebte. Aber auf die Führung — das lehrt dieser Krieg aufs Neue mit

Unerbittlichkeit — auf die lückenlos beste Führung von oberster Stelle kommt alles an. Und ihr Inhaber war nicht der Mann, der solches gewährleisten konnte.

Es wird sich Gelegenheit bieten, die Feldherren, die der Obersten heeresleitung unterstellt, Großes leisteten, an den geeigneten Stellen zu nennen; hier kann schon gesagt werden, daß dem deutschen Heere im Krieg eine überraschende Fülle bedeutender Heerführer erstand — Männer von eisernem Willen und stählernen Nerven, die die schwersten Aufgaben meisterten. Keines der feindlichen Heere hatte auch nur annähernd solche Führer aufzuweisen. Aus ihnen aber erhob sich in der äußersten Not des Vaterlandes ein Heldenpaar von einzigartiger Größe.

Die deutsche Flotte hatte nicht sofort das Glück, einem überragenden Führer unterstellt zu werden; ja man kann von einheitlicher Führung überhaupt nicht reden, da die berufenen Stellen unter sich nicht einig wurden und einander entgegenarbeiteten; der eigentliche Schöpfer der Flotte, Großadmiral von Tirpitz, war ohne Einfluß auf die Kriegsführung zur See und blieb auf die Geschäfte des Reichsmarine-Amtes beschränkt.

\* \* \*

Bei dem verbündeten Österreich-Ungarn wurde der Oberbefehl dem Erzherzog Friedrich übertragen, einem tüchtigen, einsichtsvollen Manne, der seinem hervorragenden Generalstabschef Conrad von Höhendorff ganz freie Hand ließ und bestrebt war, innerpolitisch Einfluß in der Richtung der Stärkung der Reichsgewalt zu nehmen, indem er die auf den Zerfall des Reiches hinwirkenden Machenschaften der Nationalitäten zu unterdrücken versuchte. Er fand dabei wenig Verständnis bei den obersten Stellen der Verwaltung, und von dem alten Kaiser waren keine durchgreifenden Anordnungen zu erwarten.

Freiherr von Conrad war — wie Moltke, aber in anderer Art — eine tragische Persönlichkeit. Er hatte mit sicherstem Instinkt die Gefahren erkannt, die seinem Vaterlande von Italien und Serbien drohten, und er hatte seinem Kaiser geraten, ihnen zu Leibe zu rüden, bevor es zu spät wurde. Die Leute des „Ballplatzes“ in Wien — des Ministeriums des Äußeren — hatten Franz Josef zu überzeugen gewußt, daß der Generalstabschef Gespenster sehe. So geschah in beiden Fällen nicht, was General Conrad für richtig gehalten hatte. Auch in bezug auf seine Anträge zur Verstärkung des Heeres war er nicht durchgedrungen. Als der Krieg nun ausbrach, war Conrad überzeugt, daß er für Österreich-Ungarn denkbar ungelegen komme. Gleichwohl — oder vielleicht erst recht — setzte er alles Feuer seiner Persönlichkeit daran, daß sein Heer die Aufgabe erfülle, die ihm zugesetzt war.

Auf der Seite der Gegner fanden sich weder in der Kriegsführung,

noch in den Regierungen wirklich große Männer. Der französische Oberbefehlshaber General Joffre war ein Mann von kaltem Blute und Überblick, tüchtiger in der Verteidigung als im Angriff — als sein Heer unter dem stürmischen Angriff der Deutschen zu zerbrechen drohte, hat er keinen Augenblick die Ruhe verloren und geschickt die Anordnungen getroffen, die sein Vaterland retteten. Die politische Führung hatte zunächst unbestritten der Präsident Poincaré, einer der eifrigsten Treiber zum Kriege, erfüllt von leidenschaftlichem Volksgefühl, aber ohne staatsmännische Eigenschaften.

Der englische Obersfeldherr Sir John French hatte sich seinerzeit im Burenkriege als Unterführer bewährt; in den so viel größeren Verhältnissen dieses Völkerkampfes versagte er. Die englische Politik wurde bei Kriegsbeginn vom Ministerpräsidenten Asquith und vom Staatssekretär des Äußeren Sir Edward Grey geleitet, beides Männer, die ganz von dem Geist erfüllt waren, der die englische Politik seit Bismarcks Entlassung gegen das deutsche Reich gelenkt hatte. Als Kriegsminister stand ihnen Lord Kitchener zur Seite, der mit der ganzen zähen Willenskraft und Rücksichtslosigkeit, die er in anderen Stellungen bewährt hatte, seinem Vaterland während des Krieges ein großes Heer schuf; wie er die Aufgabe der englischen Kriegsführung auffaßte, ergibt sich aus seinem vor dessen Ausbruch gebrauchten Worte, daß England nicht im Kanal, sondern an der Maas verteidigt werden müsse.

In Russland gewann der Oberbefehlshaber Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch nicht nur in der Kriegsführung die herrschende Stellung, sondern auch in der gesamten Politik; seinem Einfluß ordnete sich auch Zar Nikolaus unter. Großfürst Nikolai war von all denen, die in Russland seit langem zum Kriege trieben, der wildeste Feind der Deutschen, der im engsten Einvernehmen mit den Trägern des französischen Radegedankens stand; er war ein Willensmensch von rücksichtsloser Härte und auch ein Feldherr von starker Begabung. Unzweifelhaft hatte er durch sein scharfes Durchgreifen das russische Heer zu dem Maße von Leistungsfähigkeit gebracht, die es in den ersten Kriegsjahren entwickelte, und auch während des Krieges holte er aus dem Volke alles heraus, was es militärisch zu bieten hatte; durch unerbittliche Strenge sorgte er auch dafür, daß der Offiziersstand in allen Graden so viel gab, wie überhaupt in Russland erreichbar war.

\* \* \*

Derartig gerüstet und geführt gingen die Völker, die sich beim politischen Zusammenprall zum kriegerischen Austrag entschlossen hatten, in diesen Kampf, von dem klar war, daß er nach der Zahl der Streiter auf beiden Seiten ohne Beispiel in der Geschichte sein werde. Aber auch die-

jenigen, die damals am besten erkannt hatten, was dieser Krieg für die bewohnte Erde und für die beteiligten Völker bedeute, konnten den Umfang nicht voraussehen, den er schließlich annehmen werde.

Auf beiden Seiten waren die führenden militärischen Kreise von der eigenen Überlegenheit überzeugt. Während dies im deutschen Reiche sich in der ruhigen Sicherheit der militärischen Maßnahmen zeigte, offenbarte es sich bei den Feinden in offenem Übermuth. Dort wußte man, wie ungeheuer das russische Heer die Streitkräfte der Mittelmächte an Kopfzahl übertraf und wie weit die Kriegsbereitschaft vorgeschritten war; deshalb rechneten Engländer, Franzosen und Russen mit einem Überrennen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Osten. Aber auch alle die politischen Kreise der Dreiverbandsländer, die zum Kriege getrieben hatten, waren fest von einem leichten und schnellen Siege überzeugt und hatten längst die Pläne bereit, nach denen die niedergeworfenen Mittelmächte zerstückelt werden sollten. Kein Zweifel, daß die Feinde ganz allgemein die militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mittelmächte und besonders des deutschen Reiches wesentlich unterschätzten — in welchem Umfange das geschah, sollten sie mit Staunen zu merken bekommen.

Auch auf deutscher Seite wurde der Feind unterschätzt, soweit England und Rußland in Betracht kamen; Frankreich kannte man und war sich über seine durch äußerste Anspannung der Volkskraft erzielte militärische Leistungsfähigkeit klar. Dagegen traute man England nicht entfernt das zu, was es im Laufe des Krieges militärisch zustande brachte, und es ist kein Zweifel, daß das, was die englische Staatsleitung und die Kriegsverwaltung allmählich schufen, eine Höchstleistung eigener Art ist. Rußland gegenüber rechnete der deutsche Generalstab darauf, daß der Übergang vom Friedens- in den Kriegszustand nach allen Erfahrungen, die bisher in solchen Fällen dort gemacht worden waren, langsam und begleitet von so viel Reibungen und Unordnung vor sich gehen werde, daß man inzwischen die Hauptarbeit im Westen erledigt haben könne. Über die weit vorgeschrittene Kriegsbereitschaft dieses mit unerschöpflichen Menschenmassen versehenen Feindes war man nicht ausreichend unterrichtet. Als sie offenbar wurde, mußte der deutsche Generalstab eine Teilung der ihm zu Gebote stehenden Kräfte vornehmen, die verhängnisvoll für den ursprünglichen Kriegsplan werden konnte. Er war dazu gezwungen, weil das Feldheer nicht auf die Stärke gebracht worden war, die in einer Denkschrift des Generalstabs vor Einbringung der letzten großen Heeresvorlage für notwendig erklärt worden war; die drei Armeekorps, die der Kanzler und der Kriegsminister gestrichen hatten, fehlten gerade im Anfang des Krieges überall.

Da die Mobilmachung und der Aufmarsch in Frankreich und im

deutschen Reiche in gleicher Weise etwa drei Wochen in Anspruch nehmen würden, waren im Westen, wo man mit dem ersten Zusammenprall rechnete, größere Kämpfe um den 20. August herum zu erwarten.

Bis dahin arbeitete alles in der Heimat mit Feuereifer, um den Waffengang vorzubereiten.

### Die politische Kriegs-Einleitung in der Heimat.

Die Reichsleitung war in diesen Krieg, wie wir wissen, politisch ohne jede Vorbereitung geradezu hineingetaumelt; die Inhaber der wichtigsten Ämter, vor allem der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen, waren dadurch so bloßgestellt, daß ihre Beseitigung von allen politisch Urteilsfähigen als selbstverständlich angesehen wurde. In solchen Händen durfte die deutsche Politik nicht belassen werden, wenn nicht die Gefahr entstehen sollte, daß die mit ruhiger Sicherheit erwarteten Erfolge des Heeres durch die Fehler von Beamten, die ihre vollkommene Unzulänglichkeit bewiesen hatten, um ihre Früchte gebracht werden sollten.

Alles kam darauf an, daß Kaiser Wilhelm sich zu dem Entschluß aufraffte, neue und brauchbare Männer an die entscheidenden Stellen zu berufen, die, in voller Eintracht mit der Obersten Heeresleitung, die inner- und außerpolitische Kriegsführung in feste Hand nähmen und die besonders auch — mit dem Wesen ihres Volkes vertraut — seine seelische Widerstandskraft so wach und stark erhielten, daß das Volk den ungeheuren Anforderungen solch eines Kampfes gewachsen blieb.

Zu seinem und des deutschen Volkes Unheil hat Kaiser Wilhelm diesen Entschluß nicht zu fassen vermocht; der Reichskanzler von Bethmann Hollweg blieb im Amte und mit ihm die anderen, deren Unfähigkeit in so überzeugender Weise festgestellt worden war.

Wo der Kaiser selbst sich zeigte, umbrauste ihn der Jubel des Volkes. Als am 1. August eine unübersehbare Menge ihm vor dem Schlosse in Berlin huldigte, richtete er eine kurze Ansprache an sie, in der der Satz enthalten war, daß, wenn es zum Kriege komme, jede Partei aufhöre; wir seien nur noch deutsche Brüder. Diesen Gedanken wiederholte er am 4. August bei der Eröffnung des Reichstags im weißen Saale, indem er nach Verlesung der Thronrede noch aus dem Stegreif hinzufügte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“ Zur Befräftigung des Willens zum Zusammenstehen durch Not und Tod ließ er sich das Handgelübde der Parteiführer leisten.

Kein Zweifel: diese Worte des Kaisers waren gut gemeint, kein Zweifel weiter, daß sie im Augenblick auf Urteilslose Eindruck machten und die Volkstümlichkeit des Herrschers steigerten. Die Urteilsfähigen freilich erkannten die Gefahr, die sich mit diesem unpolitischen Satze ankündigte. Es fiel weniger ins Gewicht, daß der Kaiser damit gewisser-

maßen selbst zugab, bisher Parteien in dem Sinne bekannt zu haben, daß er sie ungleichartig bewertet und behandelt hätte — das Bedenkliche war, daß sich damit eine vollkommene Gleichsetzung der Parteien ankündigte, einerlei, was sie in der Vergangenheit Gutes oder Schlimmes getan, einerlei, was sie in Zukunft tun würden. Es war so recht ein Wort der augenblicklichen Stimmung, von keiner Überlegung überwacht, und es wurde, von den maßgebenden Beratern des Kaisers, von dem Teile der Presse und der Volksvertretung, die im bismarckischen Sinne nicht unbedingt reichstreu waren, verschäflicht zu dem Lösungsworte des „Burgfriedens“, wodurch zunächst jedes an die Vergangenheit anknüpfende Werturteil über die Brauchbarkeit oder Zuverlässigkeit bestimmter politischer Gruppen unmöglich gemacht wurde. In der weiteren Wirkung und nach der tatsächlichen Handhabung durch Bethmann Hollweg und seine Leute führte dies Schlagwort zum unaufhaltsamen Zurückweichen vor den in der Vergangenheit politisch nicht bewährten Gruppen und schließlich zur Preisgabe des staatlichen Ansehens, ja der Staatsmacht an sie. Über diese unselige Entwicklung wird noch zu reden sein; hier sei festgestellt, daß nur wenige damals die verhängnisvolle Wirkung dieses Kaiserwortes sofort erkannten. Sie waren sich klar, daß der Kaiser die neu erwachte Einigkeit des Volkes preisen wollte — in der unpolitischen Form, in der er diesen berechtigten Gedanken zum Ausdruck brachte, mußten sie seinen Ausspruch bedauern und erkannten, daß damit aller Voraussicht nach der Krieg innerpolitisch von vornherein verloren sei, wenn anders die aus diesem Worte erwachsenden Gefahren nicht durch bessere Ratgeber des Kaisers beschworen würden.

Am selben Tage noch sprach der Reichskanzler einen Satz, der außerpolitisch die gleiche Wirkung hatte. Nach der feierlichen Eröffnung durch den Kaiser trat der Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um über die Bevolligung der für den Krieg geforderten Mittel zu befinden; bei dieser Gelegenheit hielt Bethmann Hollweg eine Rede, in der er darlegte, daß das Reich gezwungen diesen Verteidigungskrieg führen müsse, so daß es mit reinem Gewissen in den Kampf ziehe; Russland habe die Brandfackel an unser Haus gelegt. Wir seien in der Not, die kein Gebot kenne. Deshalb hätten unsere Truppen Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Wörtlich sagte der Kanzler weiter: „Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklär, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiert; wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereitstand. Frankreich konnte warten, wir nicht. Ein französischer Einfall in unsere Flanke am Niederrhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.“

Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhäut."

Der Sitzungsbericht des Reichstags meldete, daß dieser Satz „ungeheure Bewegung und stürmischen Beifall“ auslöste.

Den Urteilsfähigen stockte der Atem, als sie dies hörten und lasen. Sie erkannten sofort, welches Unheil der verantwortliche Leiter der Reichspolitik mit diesem Worte angerichtet hatte, das eine politische Ungeheuerlichkeit an sich war, im gegebenen Halle eine deutsche Schuld annahm und bekannte, die nicht vorhanden war, weil sie nicht begangen werden konnte. Damit war den Feinden eine furchtbare Waffe in die Hand gegeben, die sie sofort mit größtem Erfolg zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Welt im deutsch-feindlichen Sinne benutzt. Kein anderer als der deutsche Reichskanzler hatte sie ihnen in seiner unerhörten politischen Instinktlosigkeit und Unkenntnis in die Hände gespielt.

Bei der Bedeutung, die dieses Wort im Zusammenhange mit der angeblichen Verlezung der belgischen Neutralität durch das deutsche Reich im Verlaufe des Krieges gewonnen hat, ist es angezeigt, auf diese Frage kurz einzugehen.

Wir erinnern uns, daß die ehemaligen spanischen Niederlande, die nach dem Aussterben der Habsburger an Österreich gefallen, dann in der Revolutionszeit unter Frankreich gekommen und schließlich auf dem Wiener Kongreß mit dem Königreich der Niederlande unter dem Hause Oranien vereinigt worden waren, im Jahre 1831 unter dem Namen Belgien zu einem selbständigen Staat wurden, nachdem sie sich im Revolutionsjahr 1830 gegen Holland erhoben hatten. Auf der Londoner Konferenz der Großmächte (1831) wurde der neue Staat als Königreich anerkannt, wobei ihm dauernde „Neutralität“ auferlegt wurde. Der Krieg zwischen Holland und Belgien dauerte bis zum Jahre 1833 fort und der Friede zwischen beiden wurde erst durch Vertrag vom Jahre 1839 geschlossen, der von den europäischen Großmächten Österreich, Frankreich, England, Preußen und Russland mitunterzeichnet wurde.

Im Artikel 7 dieses Vertrages war bestimmt: „Belgien wird in seinen (vorbezeichneten) Grenzen einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, diese selbe Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten.“

Aus der hier nicht näher zu verfolgenden Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung ergibt sich unzweideutig, daß gegenüber der Fassung der Londoner Konferenz von 1831 die beteiligten Großmächte keine unbedingte Gewährleistung für die belgische Neutralität übernahmen, sondern sie an die Voraussetzung knüpften, daß der neue Staat die ihm auferlegte Neutralität allen anderen Staaten gegenüber unbedingt erfülle — eine Auffassung, die durch belgische Rechtsgelehrte selbst mit der Schlüffolgerung

anerkannt wurde, daß ihrem Vaterlande damit nicht die Gewähr der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit zugestanden worden sei. Daraus ergibt sich ein doppeltes: einerseits waren Frankreich und besonders England nicht verpflichtet, für Belgiens Neutralität mit den Waffen einzutreten — andererseits konnte Belgien auf die Beachtung seiner Neutralität nur Anspruch machen, wenn es allen Staaten gegenüber diese ihm auferlegte Pflicht erfüllte.

Nun wissen wir aber, daß dies nicht der Fall war, daß Belgien vielmehr seit 1906 militärisch in engstem Einvernehmen mit England und selbstverständlich auch mit Frankreich war und alle Maßnahmen zu gemeinsamem Kampfe gegen das deutsche Reich getroffen hatte. Damit hatte es seine Pflicht gegenüber der Vertragsmacht Preußen, in deren Rechte das deutsche Reich eingetreten war, verletzt, so daß es nicht mehr den Anspruch hatte, seine Neutralität von dort beachtet zu sehen.

Aber damit nicht genug!

In den letzten Jahren vor dem Kriege wurde von belgischen, französischen und englischen Militär- und politischen Schriftstellern in aller Offenherzigkeit ausgesprochen, daß Belgiens Platz im vorausgesetzten europäischen Kriege an der Seite der Feinde des deutschen Reiches sei. Ja, es wurde geradezu — und mit vollem Rechte — gesagt, dies Land sei Englands Festung auf dem Festland. Unterrichtete Männer außerhalb der Ämter haben längst gewußt, daß Belgien sich vollständig in den Arm des Dreiverbandes geworfen hatte, also aufgehört hatte neutral zu sein.

Dazu kommt noch eins: am 15. November 1818 hatte der König der Niederlande in Aachen einen Vertrag mit England, Österreich, Preußen und Russland — also ohne Frankreich — geschlossen, wonach im Falle eines Krieges mit Frankreich England und Preußen gewisse feste Plätze besetzen sollten; die Bestimmungen dieses Geheimvertrages waren bei der Anerkennung des belgischen Staats zwischen jenen vier Großmächten ohne Frankreichs Wissen aufrecht erhalten worden. Auch dies ist in Belgien anerkannt und — aufs engste damit zusammenhängend — auch das Recht des friedlichen Durchmarsches für Preußen-Deutschland.

Diese knappe Darlegung ergibt folgendes:

Das deutsche Reich hatte als Rechtsnachfolger Preußens Belgien gegenüber aus dem Aachener Vertrag von 1818 im Falle eines Krieges mit Frankreich das Recht des Durchmarsches und der Besetzung fester Plätze.

Belgien hatte an sich nicht das Recht, gegen das deutsche Reich sich auf seine Neutralität zu berufen — es hatte dies um so weniger, als es seit 1906 in einem neutralitätswidrigen, deutschfeindlichen Verhältnis mit den Dreiverbandsmächten stand.

England war an sich nicht verpflichtet, für Belgiens Neutralität gegen

das deutsche Reich Krieg zu führen — es war eine politische Zwecklüge, wenn die englischen Minister behaupteten, Englands Ehre als gewährleistende Macht von 1831/39 verlange dies.

Über alle diese offenkundigen geschichtlichen Tatsachen setzte sich der deutsche Reichskanzler hinweg, als er das politisch verbrecherische Wort vom deutschen Unrecht gegen Belgien sprach. Was half es gegen die verheerende Wirkung dieses Wortes, daß er vorher gesagt hatte, Frankreich habe zum Einfall bereit gestanden? Die Feinde ließen jenen Satz von dem „deutschen Unrecht“ durch die Welt fliegen, und seine Wirkung auf die öffentliche Meinung war verheerend.

Während der Reichstag dem Reichskanzler zujubelte, wie er es vorher dem Kaiser gegenüber getan hatte, erkannten Tieferblickende, daß mit diesem Worte der Krieg auch außenpolitisch gefährdet sei — wenn anders der Kaiser sich nicht endlich entschließe, einen so belasteten Berater zu beseitigen.

Aber war das von Wilhelm II. zu erwarten?

So begann die politische Kriegsführung nach innen und außen unter schlimmen Vorzeichen.

### Der deutsche Aufmarsch.

Der Kriegsplan des Großen Generalstabs, wie er in seinen Grundzügen von Generaloberst Grafen von Schlieffen festgelegt worden war, beruhte auf der Erkenntnis, daß ein Durchbrechen der mit allen Mitteln neuzeitlicher Festungsbaukunst befestigten Ostgrenze Frankreichs so gut wie ausgeschlossen sei, jedenfalls ungeheure Opfer kostet werde und so lange Zeit beanspruche, daß an anderen Stellen Gefährliches geschehen könne. Eine solche Stelle war nicht nur der ganze dem russischen Angriff ausgesetzte Osten des Reiches und Österreich-Ungarns, sondern auch der Nordwesten, der von den Franzosen und ihren angenommenen Verbündeten auf dem Wege über Belgien erreicht werden konnte. Dieser Teil des Reiches, der nicht nur wegen der Versorgung der Heimat mit Kohlen unter allen Umständen unangetastet bleiben mußte sondern auch für die Herstellung alles Kriegsbedarfes einfach unentbehrlich war, konnte wirksam nur geschützt werden, wenn deutsche Truppen in raschem Anlauf durch Belgien eilten und im Nordosten Frankreichs den Krieg führten. Mit reinem Verteidigungskrieg war das rheinische Industriegebiet nicht zu halten, sondern nur durch den ins Land des Feindes getragenen Angriff. Ein solches Vorgehen entsprach auch den allgemein gültigen Grundsätzen der Kriegsführung. Wenn dabei Belgien durch den deutschen Durchmarsch in Mitleidenschaft gezogen wurde, war auf deutscher Seite nicht daran gedacht, daß dies mit feindlichen Absichten geschehen sollte; es konnte an sich angenommen werden, daß Belgien unter geeigneter

Rechtsverwahrung sich dem deutschen Vorgehen füge — freilich, von dem seit 1906 mit den zukünftigen Feinden des deutschen Reiches in neutralitätswidrigem Einvernehmen stehenden Belgien war dies nicht zu erwarten. Aber die deutsche Heeresleitung konnte und durfte darauf keine Rücksicht nehmen und sie mußte schnell handeln. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte ganz recht, als er am 4. August im Reichstage sagte „Frankreich konnte warten — wir nicht“. Aber nicht nur dies: es mußte unter allen Umständen verhindert werden, daß Belgien von Frankreich und England zum Aufmarsch gegen den deutschen Nordwesten benutzt würde, was mit aller Bestimmtheit in Aussicht stand, wenn es nicht von den Deutschen rechtzeitig besetzt wurde. Unter so zwingenden Notwendigkeiten wurde der Plan des Grafen Schlieffen jetzt im Kriege zur Ausführung gebracht. Das Auswärtige Amt kündigte dies in aller Form der belgischen Regierung an, indem schonende Behandlung der Bevölkerung sowie Vergütung aller dort verursachten Kosten und Schäden zugesagt und eine freundlich neutrale Haltung erbeten wurde. Dies Ansinnen lehnte Belgien schroff ab, indem es sich auf das Völkerrecht und die ihm zustehende Neutralität — beides wahrheitswidrig — stützte und sofort den Schutz Englands anrief. Gleichzeitig rüstete es zum militärischen Widerstand, aber nicht nur dies: Regierung, Selbstverwaltungs-Behörden und Geistlichkeit stachelten die nicht im Heeresdienst stehende Bevölkerung zum bewaffneten Widerstande auf. In der Nacht zum 4. August überschritten die ersten deutschen Truppen die belgische Grenze; ein führer Handstreich auf die starke Maasfestung Lüttich mißlang zunächst, aber am 7. August fiel der wichtige Platz den unter General von Emmich mit rücksichtsloser Tapferkeit vorgehenden Deutschen in die Hände. Bereits bei diesen Kämpfen hatte sich gezeigt, zu welchen Taten die verhetzte belgische Bevölkerung fähig war: Hedschützen (Franktireurs) überfielen aus dem Hinterhalt schwache deutsche Truppenteile; in den Quartieren kamen Meuchelmorde vor; selbst Frauen vergriffen sich an Verwundeten und Versprengten. Dies allem Völkerrecht und aller Menschlichkeit widersprechende Verhalten der belgischen Bevölkerung dehnte sich in den ersten Tagen des Einmarsches auf weitere Teile des besetzten Gebietes aus und zwang die deutschen Befehlshaber zu harten aber unvermeidlichen Gegenmaßregeln. So wurde der Krieg von vornherein vergiftet — nicht durch deutsche Schuld. Noch einmal versuchte, um dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen, die deutsche Regierung eine gütliche Einigung mit der belgischen, indem sie die gemachten Zusicherungen wiederholte. Es war vergeblich; so wurde Belgien Kriegsgebiet und sein Heer mußte aus dem Felde geschlagen werden. Dies geschah in einer Reihe von Schlachten, in denen sich die Überlegenheit der deutschen Führung und Truppen bewährte. Schon am 20. August fiel die Hauptstadt Brüssel in deutsche Hand; dort wurde

eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet. Nach dem Halle von Antwerpen (9. Oktober) war bald das ganze Königreich bis auf die nordwestlichste Ecke von Deutschen besetzt, und so blieb es bis gegen Ende des Krieges.

Die Feinde, die das unselige Wort des deutschen Reichskanzlers vom Unrecht gegen Belgien zu ihren Zwecken ausgenutzt hatten, erfüllten die Welt alsbald mit schwersten Anklagen gegen die deutsche Kriegsführung. Aus den — gewiß harten aber notwendigen — deutschen Vergeltungsmaßregeln gegen den Bandenkrieg, gegen meuchlerische Überfälle und ähnliches machten sie die Lügen von schändlichen Greueln, die Deutsche gegen die harmlose belgische Bevölkerung begangen hätten, und peitschten damit die für die Wahrheit nicht erreichbare Welt zu Haß und Verachtung gegen die Deutschen auf.

Nachdem Lüttich in deutsche Hand gefallen war, vollzog sich der Nordmarsch durch Belgien vom Feinde ungehindert; die militärische Wirkung und der Eindruck der Eroberung dieses wichtigen Platzes, bei der Generalmajor Ludendorff durch seine Entschlossenheit in gefährlicher Lage entscheidend eingegriffen hatte, war sehr groß. Der Aufmarsch der deutschen Heere vollzog sich planmäßig; es wurden deren sieben ins Feld gestellt, deren Führer von Norden nach Süden gehend die Generalobersten von Kluck, von Bülow, von Hausen, Herzog Albrecht von Württemberg, der deutsche Kronprinz Wilhelm, der bayrische Kronprinz Rupprecht und Generaloberst von Heeringen waren.

Abgesehen von den Kämpfen in Belgien fanden im Westen bereits in der zweiten Woche und um die Mitte des August größere Gefechte statt, die den nach Vollendung des beiderseitigen Aufmarsches erwarteten großen Schlachten vorangingen; in ihnen bewährte sich durchweg die drausgeherische Tapferkeit der Deutschen alier Stämme.

Die schwachen deutschen Streitkräfte im Nordosten standen unter dem Befehl des Generalobersten von Prittwitz und Gaffron; ihre Aufgabe war von vornherein sehr schwierig, da die russische Kriegsbereitschaft seit Monaten vorbereitet und die „Kriegs-Vorbereitung“ dort schon am 25. Juli — also eine Woche früher als die deutsche Mobilmachung — angeordnet war. So fielen die Russen schon in der ersten Augustwoche in Ostpreußen ein; Greueltaten aller Art, Mord und Brand bezeichneten ihren Weg. Trotz erfolgreicher Gefechte, die er dem feindlichen Niemen-Heere bei Stallupönen und Gumbinnen lieferte, glaubte der deutsche Oberbefehlshaber vor der ungeheuren Übermacht ausweichen zu müssen und räumte Ostpreußen bis vor Königsberg. Das preisgegebene Land wurde schändlich verwüstet, seine Bewohner unmenschlich mißhandelt; in Massen wurden sie nach Russland verschleppt. Was als Beute nicht mitgenommen werden konnte, verfiel der Vernichtung.

Die Vorgänge auf diesem Kriegsschauplatz ließen einen Wechsel im Oberbefehl angezeigt erscheinen, mit dem General von Benedendorff und von Hindenburg betraut wurde. Eine schwere Aufgabe harrte seiner, als er in der dritten Augustwoche die Fahrt gen Osten antrat.

### Der Siegeslauf im Westen.

Wer die Ruhe und Sicherheit bewundert hatte, mit der sich der Übergang des Heeres vom Friedens- in den Kriegszustand vollzog, und die stürmische Begeisterung des ausrückenden Heeres auf sich wirken ließ, wußte, daß dies Volk in Waffen Heldenataten vollbringen werde. Was nun aber geschah, als die gewaltigen Truppenmassen im Westen dem Kriegsplan gemäß geordnet waren und sich auf den Feind zu in Bewegung setzten, überstieg alle Erwartung; es ist ein Vorgang ohne Beispiel in aller Geschichte, wenn man die Riesenmengen der einander gegenüberstehenden Heere, die Durchbarkeit der neuzeitlichen Kriegsmittel, die Größe der den kämpfenden zuzumutenden Anstrengungen und die Schwere der Verluste in Betracht zieht. Und allen diesen Schwierigkeiten wurden die deutschen Truppen Herr; in einem Siegeslauf sondergleichen stürmten sie voran und trieben die Feinde vor sich her. In den ersten zehn Tagen nach vollendetem Aufmarsch reihte sich Sieg an Sieg und die Heimat folgte solchen Taten des Heeres mit jubelnder Bewunderung. Am 20. und 21. August schlug Kronprinz Rupprecht von Bayern die „Lothringer Schlacht“; er hatte Truppen aller deutschen Stämme unter sich, mit denen er in der Gegend zwischen Meß und den Vogesen gegen acht französische Korps vorstieß; er heftete den ersten großen Erfolg an seine Fahnen und die Heimat sah die ersten Scharen feindlicher Kriegsgefangener. Am folgenden Tage erstritt Kronprinz Wilhelm den Sieg bei der Festung Longwy, die sich alsbald übergeben mußte. Am 23. August schlug Herzog Albrecht von Württemberg die Franzosen am Semois, einem rechten Nebenfluß der Maas, entscheidend, und überschritt die Maas bei Sedan. Inzwischen waren auch die drei deutschen Heere im Nordwesten an den Feind geraten: am 26. August besiegte Generaloberst von Kluck die Engländer bei Maubeuge und Cambrai; am gleichen Tage warfen die Heere der Generalobersten von Bülow und von Hausen die Franzosen und Belgier im Gebiet zwischen Namen (Namur), Sambre und Maas. Die Folge dieser glänzenden Waffentaten war, daß die geschlagenen Gegner sich auf der ganzen Linie zwischen Cambrai und Verdun zurückziehen mußten; sie wichen bis über die Marne. In den Tagen vom 28. bis 30. August schlug Bülow ein französisch=englisches Heer bei St. Quentin. Am 1. September folgte die große Champagne-Schlacht zwischen Reims und Verdun; unter Führung des deutschen Kronprinzen und des württembergischen Thronfolgers griffen

deren beide Heeresgruppen zehn französische Armeekorps auf der Linie Sorges-Malancourt-Varennes an und warfen sie nach Süden zurück.

Die drei deutschen Armeen am rechten Flügel des deutschen Heeres schwenkten nach ihren großen Erfolgen in weitem Bogen nach Süden ein und strebten in stürmischem Vordringen auf die feindliche Hauptstadt zu. Ungeheuer war der Eindruck dieser Vorgänge in der ganzen Welt, niederschmetternd in Frankreich. Die französische Regierung mit dem Präsidenten Poincaré an der Spitze zog sich mit den beiden Kammern der Volksvertretung nach Bordeaux zurück; Paris schien dem Angriff der Deutschen ausgesetzt. Die Absicht der deutschen Heeresleitung ging dahin, den Franzosen ein zweites Sedan in ungeheuer vergrößertem Maße zu bereiten, wobei den siegreichen Heeren des deutschen rechten Flügels die Aufgabe zugedacht war, von Norden kommend die Feinde einzuschließen und sie im Zusammenwirken mit den nach Westen dringenden Heeren zu erdrücken; solch ein Vorhaben entsprach den Anschauungen des verstorbenen Erdenkers des westlichen Kriegsplanes, Grafen von Schlieffen, der in vernichtenden „Umfassungsschlachten“ nach der Art von Cannä, wo der karthagische Feldherr Hannibal im Jahre 216 v. Chr. die Römer vollständig aufrieb, die höchste Aufgabe des Feldherrn erblickte, weil sie zur Zertrümmerung des Feindes führte. Graf Schlieffen hatte alle Gefahren, die ein länger dauernder Krieg für das deutsche Reich in sich barg, klar erkannt; sein Ziel war deshalb, in raschen Füihnen Schlägen den Feind so schnell wie möglich zu vernichten und dadurch den Frieden zu erzwingen.

Aber noch war der Höhepunkt der deutschen Erfolge nicht erreicht: Am Jahrestage der Schlacht von Sedan fielen zahlreiche und wichtige französische Sperrbefestigungen, wie Laon, Hirson und La Fère in deutsche Hand, am 4. September wurde die alte Krönungsstadt Reims besetzt und am 7. die Festung Maubeuge eingenommen; 40000 Kriegsgefangene und 400 Geschütze waren die Beute.

Kein Zweifel: Gewaltiges hatte das deutsche Heer, von unwiderstehlichem Siegeswillen erfüllt, in kürzester Zeitspanne geleistet; als großer Erfolg sprang in die Augen, daß der Krieg weit ins Feindesland vorgetragen war — die Heimat blieb von dem Schicksal verschont, seinen Schauplatz abzugeben. Nun war die Frage, ob die deutsche oberste Führung ihr letztes Ziel in übermächtigem ersten Ausholen erreichen konnte. Hierbei fiel der Zustand des siegreichen Heeres ins Gewicht; die bisherigen Erfolge waren mit sehr schweren Opfern erkauft; die Mannschaften waren durch die ungeheuren Leistungen dieser zwei Wochen stark mitgenommen und der stürmische Vormarsch hatte die Versorgung der Truppen mit Nahrungsmittern, Schießbedarf und sonstigem Heergerät in Frage gestellt. Aber der Geist auch der am meisten angestrengten Heeresteile war glänzend und siegesgewiß.

Auf französischer Seite hatte der oberste Führer General Joffre trotz all dieser Schläge die Ruhe nicht verloren; seine Mitte, gestützt auf die Festung Verdun mit ihren neuzeitlichen Außenwerken, hielt die Heere des Kronprinzen Wilhelm und des Herzogs Albrecht von Württemberg fest; auch Kronprinz Rupprecht von Bayern konnte in Französisch-Lothringen keinen Raum gewinnen, während Generaloberst von Heeringen Einfälle im Elsass abzuwehren hatte. In dieser Zeit zog General Joffre südlich von der Marne neue Kräfte zusammen, die zusammen mit den Heeren der französischen Mitte gleichzeitig diejenige der Deutschen durchbrechen und deren rechten Flügel aufrollen sollten. Begünstigt wurde dies Vorhaben durch das Verhalten der italienischen Politik, die der durch den Dreibund-Vertrag auferlegten Pflicht nicht nachkam: in den Vereinbarungen der Generalstäbe des Dreibundes war vorgesehen, daß das italienische Hauptheer den Südosten von Frankreich bedrohen sollte, und daß einige Armeekorps zur Unterstützung der Deutschen nach dem Elsass gesandt würden. Nun versagte die italienische Regierung nicht nur diese Dienste, sie zog sogar ihre Truppen von der französischen Grenze nach der österreichischen weg. Kein Zweifel, daß die politische und militärische Leitung der Verbündeten über die Absichten Italiens genau unterrichtet war und so konnten die französischen Truppen vom Süden zu den hinter der Marne angesammelten genommen werden. Dort hatte der feindliche Feldherr nun überlegene, zum großen Teile frische und mit allem wohl versessene Kräfte zur Verfügung. Mit ihnen ging er am 5. September zum Angriff über und es entbrannte die mehrjährige schwere „Schlacht an der Marne“, die sich in einer Reihe von großen Gefechtshandlungen abspielte. Sie wurde mit einem starken französischen Ausfall aus der Hauptfestung Paris eingeleitet, an der damals der äußerste rechte Flügel der Deutschen in der Richtung nach Süden vorbeizumarschieren im Begriffe war; die Reiterei der Armee Kluck war bereits seit Anfang des Monats bis dorthin vorgestossen, ja sie hatte ihre Streifzüge bis südlich von Paris ausgedehnt. Der französische Ausfall wurde zurückgeschlagen, aber der geworfene Feind erneuerte den Angriff Tags darauf im Verein mit den bereitgestellten Kräften. Die Lage der weit vorgepreschten deutschen Heere, die geschwächte waren und an Schießbedarf und Nahrung Mangel litten, war schwierig — zudem waren ihnen noch zwei Armeekorps entzogen worden, die im Osten gegen die Übermacht der Russen zu Hilfe gerufen wurden; jetzt fehlten im Westen — abgesehen von der ausgebliebenen italienischen Hilfe im Elsass, welche die jetzt dort festgehaltenen deutschen Truppen zur Verwendung im Norden freigemacht hätte — genau die drei Armeekorps, die der Reichskanzler und das Kriegsministerium dem Generalstab bei der Einbringung der Heeresvorlage verweigert hatten, — eine verhängnisvolle Maßnahme, von der wir wissen,

dass sie durch die Rücksicht auf die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstags bestimmt war.

Die deutschen Heerführer zeigten sich der Aufgabe gewachsen, besonders wird die Führung der Generalobersten von Bülow und von Kluck von Sachverständigen Beurteilern als meisterhaft anerkannt. Alle mit großer Wucht ausgeführten Versuche der Feinde, die deutsche Mitte zu durchbrechen und den rechten Flügel zu umfassen, schieden. Siegreich behaupteten die Deutschen bis zum 9. September das Feld, als starke neue Kräfte aus Paris vorbrachen und eine Umgehung der als Flankenbedeckung wirkenden deutschen Reiterei im Norden zu befürchten stand. Unter dem Eindruck der Meldungen hiervon entschloß sich die Oberste Heeresleitung, die Schlacht nicht durchzukämpfen, sondern abzubrechen und ihre Heere in ein für günstiger gehaltenes Gelände an der Aisne zurückzunehmen. Es war ein weittragender Entschluß der damit gefaßt wurde, begleitet von großen militärischen, aber vielleicht in noch höherem Grade von politischen Folgen. Ob er notwendig war, lässt sich heute noch nicht endgültig entscheiden, doch scheint nach den Feststellungen und Untersuchungen sehr urteilsfähiger Sachverständiger überwiegend viel dafür zu sprechen, daß die Schlacht von deutscher Seite hätte durchgefämpft werden können und sollen. Nach der Meinung dieser Sachverständigen habe alle Aussicht bestanden, daß, wenn die deutschen Heere noch vierundzwanzig Stunden länger standgehalten hätten, der endgültige Sieg erstritten gewesen wäre — und dies Standhalten wäre sehr wohl möglich gewesen. Darüber aber besteht gar kein Zweifel, daß der Sieg gewiß gewesen wäre, wenn nicht jene zwei schmerzlich vermißten Armeekorps nach dem Osten geschafft worden wären — natürlich erst recht, wenn das deutsche Heer um die mehrfach erwähnten drei Armeekorps stärker gewesen wäre.

Befehlgemäß mußten sich die deutschen Heere vom Feinde lösen — bei so verschlungener Schlacht eine schwere Aufgabe. Hart war es für die siegesgewissen Truppen, den Rückzug anzutreten, härter noch für die Heerführer, die die Schlacht glaubten durchzukämpfen zu können, die Anordnungen dazu zu treffen. Bezeichnend für den Geist der unteren Führer und ihrer Truppen war es, daß einzelne Armeekorps trotz des Rückzugsbefehls noch erfolgreiche Vorstöße südlich der Marne gegen den Feind unternahmen; bei einem solchen zeichnete sich besonders das III. Korps aus. Der Soldat verstand nicht, weshalb er zurückgehen mußte; der Feind war so verblüfft von diesem ihm unerwarteten Geschehen, daß er zunächst nur zögernd folgte — ein Glück für die am weitesten vorgepreschten Heeresteile, die nun mitten aus dem Siegeslauf den schnellen Rückzug antreten mußten; die an sich schweren Verluste, die er mit sich brachte, wären sonst noch viel größer geworden. Sobald die französische Heeresleitung merkte,

was vorgegangen war, stieß sie mit aller Kraft nach — aber ein Durchbruch war nirgends zu erzielen. Im Zusammenhang mit dem Zurückgehen im Norden räumte der deutsche Kronprinz Reims und gab den Argonnenwald wieder preis. Von Mitte bis Ende September versuchte Joffre mit Gewalt die deutsche Schlachtreihe zu durchbrechen. Der Hauptkampf tobte zwischen Oise und Maas, wo die Franzosen schwer geschlagen wurden. Im Süden gelang es dem dritten bayrischen Armeekorps des Generals Freiherr von Gebssattel das „Camp des Romains“ zu erobern — ein großer Erfolg, da dies das stärkste Werk zwischen Toul und Verdun war. Auch erzwang der deutsche Kronprinz bei St. Mihiel den Übergang über die Maas. Auf diesem Kriegsschauplatz hat, seitdem die deutschen Heere die von ihrer obersten Leitung vorgesehenen Stellungen an der Aisne bezogen haben, der Kampf auf lange Zeit sein Wesen geändert; aus dem Bewegungskrieg, der die Entscheidung in offener Feldschlacht sucht, war ein Stellungskampf in und um befestigte Plätze und Feldstellungen geworden. Damit war die Gefahr gegeben, daß der Krieg erstarrte — eine Folge, die für die Mittelmächte bedenklich war, da sie nach rascher Entscheidung streben mußten, die zunächst im Westen gewinkt hatte.

So ehrenvoll und glänzend sich die deutschen Heere im Westen bis dahin geschlagen hatten und so wenig der Feind sich, da sie sich an der Aisne festsetzen und nicht durchstoßen werden konnten, von Rechts wegen eines Sieges rühmen konnte — die Wirkungen des deutschen Rückzuges waren groß und verhängnisvoll. Sie waren es in solchem Maße, daß eingeweihte Mitarbeiter des deutschen Obersfeldherrn den 9. September als den ersten schwarzen Tag dieses Krieges für die Deutschen bezeichnen. Militärisch wurde klar, daß der großartige Plan des Grafen Schlieffen nicht mehr ausführbar war. Damit entfiel die Möglichkeit schneller Entscheidung im Westen und die Feinde gewannen Zeit weitere Kräfte heranzuziehen, was besonders bedenklich war, da die Engländer alles aufboten um sich zu verstärken, und als den Franzosen nun Gelegenheit gegeben wurde ihre schwarzen Truppen von Übersee herbeizuschaffen.

Gewaltig war die politische Wirkung dieses Vorganges in bezug auf die Stimmung in Frankreich: bis zum 9. September war das Volk von Schrecken wie gelähmt und der Verzweiflung nahe. Man war im Bewußtsein der großen Überlegenheit, die man zusammen mit den Verbündeten hatte, eines schnellen Sieges sicher gewesen; nun waren nicht nur die eigenen Heere Schlag auf Schlag zurückgetrieben worden, sondern im Osten hatten auch die Russen furchterliche Niederlagen erlitten, von denen wir hören werden. Alle Hoffnungen waren zusehends geworden, Paris in Gefahr, die Regierung geflüchtet — dazu weite Teile von Belgien in Feindeshand und auch die Engländer überall geschlagen, wo sie vor

die Deutschen geraten waren. Ein schlimmes Ende schien nahe bevorzustehen.

Und nun der deutsche Rückzug! Gewiß kein „taktischer“ Sieg des französischen Oberfeldherrn, aber ein strategischer Erfolg zweifellos insofern, als die Deutschen ihr ursprüngliches Ziel nicht erreicht hatten und in die Verteidigung zurückfielen. Alles Betonen der deutschen Heeresleitung, daß sie aus eigenem Entschluß, also ohne feindlichen Zwang, gehandelt habe, änderte nichts an der Tatsache, daß die Stoßkraft des deutschen Heeres nach französischer Auffassung gebrochen war. Es war das gute Recht der militärischen und politischen Leitung Frankreichs, den deutschen Rückzug zu einem ungeheuren Sieg zu stempeln; das leicht erregbare Volk atmete auf, jubelte und gewann sein Selbstbewußtsein wieder; von diesem Augenblick an glaubte es wieder an den Sieg und zog aus diesem Glauben die Kraft, die furchtbar schweren Prüfungen ungebrochen zu überstehen, die es noch durchzumachen hatte. Von der Regierung, von der Volksvertretung, von der Presse geschah alles, um das Volk in diesem Glauben zu bestärken, — ganz anders als auf der deutschen Seite, und der ehrliche Feind muß gestehen, daß die seelische Widerstandskraft der Franzosen in der harten Zeit dieses Krieges bewundernswert war.

Nicht um ein absprechendes Urteil zu fällen, sondern um die Frage anzudeuten, sei erwähnt, daß von militärisch und politisch urteilsfähigen Deutschen die Meinung vertreten wird, der Plan des Grafen Schlieffen sei undurchführbar gewesen, sobald infolge des Versagens von Italien Frankreich mit stärkeren Kräften gegen die Deutschen auftreten konnte, während diese, weil die italienische Hilfe im Elsaß fehlte, zu schwach waren und besonders im Norden, nach dem Meere zu, zu wenig Truppen hatten. Es wird daran erinnert, daß Graf Schlieffen ein Vorgehen, das sich eng an die flandrische und nordfranzösische Küste hielt, und von da ununterbrochen bis ins Elsaß reichte, geplant hatte, so daß jede Gefahr der Überflügelung im Norden ausgeschlossen gewesen wäre. Diese Sachkennner hatten empfohlen, daß die deutschen Nordheere nach ihren großen Anfangserfolgen, statt nach Süden abzuschwenken, in breiter Front vorgehen sollten, so daß Calais genommen und den Engländern der Aufmarsch erschwert worden wäre. Großadmiral von Tirpitz hatte diese Meinung vertreten, war aber damit nicht durchgedrungen.

Abgesehen hiervon wird noch von Sachkennern bedauert, daß nach der Marneschlacht der rechte Flügel der Deutschen in zu weiter Ausdehnung zurückgenommen wurde.

Auch diese Fragen sind noch nicht spruchreif; ihre Entscheidung in einem oder anderem Sinne kann zudem an den geschichtlichen Tatsachen nichts ändern. Bei der schicksals schweren Bedeutung, die jene Maßnahmen der deutschen Obersten Heeresleitung nach der geschichtlichen Entwicklung

gewonnen haben, sei zum möglichsten Verständnis noch hervorgehoben, daß Graf Schlieffens Plan — auf die einfachste Formel gebracht — dahin ging, den linken deutschen Flügel im Süden sich mit schwachen Kräften auf Abwehr beschränken zu lassen, gleichzeitig aber die gegenüberstehenden feindlichen Kräfte festzustellen; indessen sollte der übermächtig gemachte rechte (nördliche) Flügel den linken französischen Flügel eindrücken und dem französischen Heere ein „Cannä“ bereiten. Gefährdet wurde dieser Plan dadurch, daß die mehr erwähnten drei Armeekorps von vornherein fehlten und daß zwei solche vom rechten Flügel nach dem Osten abgegeben wurden — wo sie übrigens gar nicht gebraucht wurden, weil Hindenburg inzwischen die Schlacht bei Tannenberg bereits ohne diese Hilfe gewonnen hatte! Trotz dieser beiden Umstände wäre aber nach der überwiegenden Meinung der Sachverständigen Graf Schlieffens Plan noch durchführbar gewesen, wenn man sich wirklich an ihn gehalten hätte. Leider aber hatte der Chef des Generalstabs des Feldheeres sich dazu bestimmen lassen, von dem Plane abzugehen. Die Befehlsführung der sechsten Armee hatte beantragt, statt sich plangemäß hinter der Saar streng in der Verteidigung zu halten, gegen die im Vormarsch befindlichen Franzosen vorbrechen zu dürfen. Moltke hatte dies zugestanden, und so war es zur „Lothringer Schlacht“ gekommen. Das wäre noch nicht unbedingt fehlerhaft gewesen, da man diesen deutschen Vorstoß als notwendig ansehen konnte, um den Feind festzuhalten. Verhängnisvoll aber wurde es, daß die Befehlsführung der sechsten Armee irrtümlich annahm, die französische „Armee“ geschlagen zu haben, während sie nur mit deren Vortruppen aneinander geraten war, und daß sie in dieser falschen Annahme beantragte, weiter vorgehen zu dürfen. Auch das gewährte Moltke, und nun geriet die sechste Armee, über Lunéville vorbrechend, in das französische Festungsgebiet; dort erlitt sie schwere Verluste und konnte keine Erfolge erringen, verbiß sich vielmehr in nutzlose Kämpfe. Hätte der deutsche Oberfeldherr mit aller Tatkraft darauf bestanden, daß am ursprünglichen Plane festgehalten worden wäre, so hätten die zur Verstärkung des angreifenden in so schwere Kämpfe verstrittenen rechten Flügels notwendigen Armeekorps bei der sechsten Armee frei gemacht und rechtzeitig nach Norden gesandt werden können. In diesem wichtigen Halle hatte die Willenskraft des Generalobersten von Moltke versagt, wie es vorher seine Nerven getan hatten, als er auf die ungünstigen Nachrichten aus dem Osten zwei Armeekorps von den hart kämpfenden Heeren seines rechten Flügels herausgenommen und nach Osten hatte abrollen lassen.

\* \* \*

Nachdem die Deutschen sich an der Aisne festgesetzt hatten, versuchten die Feinde in immer erneuten, aber vergeblichen Anstürmen, ihre Stellung zu durchbrechen. Daneben begann nun der „Wettlauf nach der Küste“, d. h. von beiden Seiten wurden Versuche unternommen, den Feind nach Norden zu überflügeln. Die Absicht der deutschen Heeresleitung dabei war, auf diese Art den Bewegungskrieg wieder zu erzwingen, den Feind von Norden aufzurollen und auf diese Art eine Entscheidung herbeizuführen. Joffre verfolgte den Zweck, durch die Umfassung den deutschen Streitkräften in den Rücken zu kommen, sie so zu zerschmettern und sofort in den deutschen Nordwesten einzufallen. Keiner der Gegner konnte seine Absicht erreichen, da es dem anderen rechtzeitig gelang, an die gefährdete Stelle Truppen zu werfen; so verlängerte sich die Kampfelinie immer mehr nach Norden, bis der Kanal erreicht war. Als die Deutschen den Feind nahe der Küste so schwer bedrängten, daß er fürchtete sich nicht mehr halten zu können, durchstach er die Dämme und ließ das Meer ins Land; die Deutschen mußten aus dem überschwemmten Gebiete zurückgehen. Nun kamen nur noch Durchbruchsangriffe in Betracht. Gegen Ende des Jahres hatte die Kampffront im Westen eine Ausdehnung von 700 km erreicht; sie verlief mit mannigfachen, an manchen Stellen sehr großen Vorsprüngen oder Einbiegungen von Ostende im Norden in der Hauptrichtung südlich bis in den Sundgau im Oberelsäß. Überall standen die Deutschen auf fremdem Boden, während ihre eigene Heimat, abgesehen von der kleinen Ecke des Oberelsasses mit St. Amarin, Thann, Maasmünster und Dammerkirch, vom Feinde frei war. Kein Teil dieser ungeheuren Front blieb von schweren Kämpfen verschont, die sich oft bis zur Wildheit steigerten. Glänzend die Haltung der deutschen Truppen, großartig die Leistungen ihrer Offiziere, bewundernswert der Opfermut, die Tapferkeit und die Seelenstärke, mit denen das deutsche Heer den unvermeidlichen Anstürmen der Feinde standhielt, ja an einzelnen Stellen Raum erzwang. Es geschahen Vorgänge von ergreifendem Heldentum: so als die Blüte deutscher Jugend, in neugebildete Truppenteile zusammengefaßt, am 10. November bei Langemark unter dem Gesange des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ gegen die feindliche Stellung anstürmte und ihre vorderste Linie unter ungeheuren Opfern nahm. So heldenhaft diese Tat, so unverantwortlich war es auf solche Weise, die zu furchtbaren Verlusten führen mußte, die Freiwilligen-Regimenter einzusezen. Es war auch unrichtig, die Gebildeten und Führer-Anwärter in geschlossenen Truppenteilen einzustellen und in den Kampf zu schicken, statt sie als Offiziers-Ersatz zu behandeln und auszubilden. Vieles geschah, was an die lebenverachtenden, stolzverwegenen Taten der Goten erinnerte, und Woche über Woche, Monat über Monat mußte der Großteil des kämpfenden Heeres in Erdhöhlen hausen, steten Angriffen des Feindes und den Unbilden der Witterung ausgesetzt.

Mit unerschütterlicher Standhaftigkeit wurde dies alles ertragen; mit eisernen Nerven hielten Offiziere und Mannschaften aus, indem sie im schönsten Treuverhältnis miteinander lebten.

Wahrlich dies deutsche Heer von 1914 offenbarte alle Tugenden der Deutschen und die Heimat blickte mit Stolz und Vertrauen nach Westen. Inzwischen aber hatten sich auch im Osten Ereignisse von gewaltiger Größe abgespielt, die die Welt zur Bewunderung zwangen. Bevor wir den Blick auf sie lenken, sei, um die Schwierigkeit der Aufgabe der deutschen Heeresleitung klar zu machen, schon hier festgestellt, daß der Krieg von ihr nach keiner Seite mit der Aufbietung der ganzen Kraft geführt werden konnte. Die Stärke der im Westen zur Verfügung stehenden Truppen war von den Vorgängen im Osten bedingt und umgekehrt. Wie die Marne Schlacht nicht durchgefämpft werden konnte, weil die russische Übermacht die Abrollung von zwei Armeekorps nach Ostpreußen veranlaßt hatte, so kam es umgekehrt vor, daß gegen die Russen errungene Vorteile nicht voll ausgenutzt werden konnten, weil im gegebenen Augenblick äußerste Durchbruchgefahr im Westen bestand, die die Heranziehung von Kräften aus dem Osten nötig machte. So wurden abwechselnd die hier errungenen Erfolge durch die dort auftretende Not gehemmt: bewundernswert, wie — trotz aller von Sachkennern behaupteten Fehlgriffe im einzelnen — die deutsche Heeresleitung die furchtbar schwierige Lage meisterte; großartig auch die Sicherheit und Pünktlichkeit, mit der die Eisenbahnen ihre Aufgabe erfüllten.

Bedenklich war, daß die ersten Kriegsmonate einen sehr großen Teil der Offiziere, besonders der jüngeren, aufgebraucht hatten, für die bei längerer Kriegsdauer kaum Ersatz zu beschaffen war — bedenklich weiter, daß es sehr bald an Geschützen und Geschossen (Munition) fehlte, weil die Kriegsverwaltung, unter dem Einfluß der politischen Leitung stehend, einen längeren Krieg für ausgeschlossen hielt, und deshalb für dessen Notwendigkeiten nicht vorgesorgt hatte. Das war für das deutsche Reich um so bedenklicher, als es, von aller Welt abgeschnitten, lediglich auf sich selbst angewiesen war und dabei noch für seinen Bundesgenossen sorgen mußte, der noch weniger vorbereitet war. Die Feinde, die auch sehr bald Mangel an Geschützen und Schießbedarf litten, waren viel besser daran, da ihnen die Werkstätten der ganzen Welt offen standen; vor allem halfen ihnen dabei Japan und die Vereinigten Staaten.

Dass diese Hilfe wirksam werden konnte, ist eine der schweren Folgen des deutschen Rückslages an der Marne — nicht minder aber auch die militärische Zwickmühle, um dies Bild zu gebrauchen, in der sich die deutsche Heeresleitung infolge davon und im Hinblick auf die unerwartet weit vorgeschrittene russische Kriegsbereitschaft bis zur endgültigen Zertrümmerung der russischen Kriegsmacht dauernd befand.

### Die Rettung des deutschen Ostens.

Gegen Ende des ersten Kriegsmonates stand es im Osten schlimm um die deutsche Sache. Weite Teile Ostpreußens waren nach dem Rückzug der Kräfte des Generalobersten von Prittwitz und Gaffron von den Russen überschwemmt; Königsberg selbst war bedroht und der Einfall nach Westpreußen und Posen stand bevor. In solcher Lage übernahm General der Infanterie von Hindenburg, der schon seit Jahren aus dem Dienste ausgeschieden war und zu Hannover im Ruhestand lebte, den Oberbefehl; als Generalstabschef wurde ihm Generalmajor Ludendorff beigegeben, der ihn mit Sonderzug in Hannover abholte. Hier hatten sich die rechten Männer gefunden. Schon in Koblenz hatte der neue Generalstabschef — von der Eisenbahn aus die Befehle erlassen, um Ungeheures vorzubereiten, und dies war mit der Sicherheit und Ruhe überlegener Heldenkunst geschehen.

Hindenburg und Ludendorff! Mit diesen Männern treten zwei Kriegsmeister vor die Welt, die die ragenden Helden — die einzigen — dieses Krieges werden sollten. Als die höchste Not des Vaterlandes nach den Rettern schrie, waren sie da — aus der Dunkelheit tretend, in der sie für die große Öffentlichkeit bis dahin gelebt hatten, und mit einem Schlag zwangen sie das Schicksal, bannten sie die Gefahr und wurden die Retter, die Hoffnung des Vaterlandes.

Ein Heldenpaar, das in der Namenverbindung und Tatenbewertung eine unzertrennliche Einheit bildet, das bei aller Verschiedenartigkeit der Veranlagung und Weltanschauung doch so notwendig zusammengehört, wie es sich gefunden hat.

Beide waren sie Söhne des preußischen Ostens, beide von frühester Jugend an ihrem Beruf zugetan, beide früh von ihren Vorgesetzten als Muster der Pflichterfüllung, aber auch als hervorragende Begabungen erkannt; beide früh in den Generalstab gelangt und dort als Hoffnungen des Heeres gewertet.

Der Oberfeldherr Hindenburg war am 2. Oktober 1847 in Posen geboren; als blutjunger Offizier hatte er die Kriege von 1866 und 1870/71 mitgemacht und sich trefflich bewährt. Er war ein Altpreuße vom Scheitel bis zur Sohle, als Sprosse eines alten Adelsgeschlechtes Anhänger jenes „Royalismus“ im überlieferten Sinne, der durch Kaiser Wilhelms II. Herrschaftstätigkeit die Berechtigung verloren hatte. Dieser altpreußische Offizier war nur Soldat und wollte nichts anderes sein; er entbehrte der politischen Veranlagung, hatte aber auch, als er in dem Generalstab die Zusammenhänge zwischen Staatsleitung und Kriegskunst vor Augen sahen mußte, nicht das Bedürfnis sich in die politischen Dinge einzuleben; er huldigte geradezu der eigentlich überlebten Auffassung, daß der Offizier

sich von aller Politik fernzuhalten habe, wobei er dies Wort, das die Führer des Heeres aller Rangstufen mit Recht dem inneren Parteigetriebe und ihrem Hader fernhalten will, auf die großen politischen Angelegenheiten übertrug, die der Betätigung der Staatskunst auf dem Gebiete der höchsten inneren und äußeren Lebensfragen des Staates warten. Dies ist der Mangel in der Begabung Hindenburgs, die dadurch einseitig erscheint aber in ihrer Einseitigkeit großartig war und eine geschlossene Persönlichkeit hervorbrachte. Stromm, gütig, schlicht und bescheiden schritt dieser Soldat durch das Leben, ein treuester Diener seines Königs; ein Mann ohne Nerven, von unerschütterlicher Ruhe, stets zuversichtlich und die eigene Zuversicht auf seine Umgebung übertragend. Graf Schlieffen hatte den Feldherrn in ihm erkannt — kein Zweifel, daß er alle militärischen Eigenschaften eines solchen hatte. Ein Jammer, daß ihm der politische Instinkt im Sinne des Staatsmännischen fehlte; denn der Feldherr braucht naturnotwendig, weil sein Werk im Ernstfalle Politik „mit anderen Mitteln“ ist, politisches Urteil, er muß politisch treibend und gestaltend eingreifen. Wenn man zwei Männer grundverschiedenen Lebensganges und -werkes vergleichen will, wird man an Martin Luthers Einseitigkeit erinnert — wie bei ihm für seine Befreiertaten auf dem religiösen Gebiete, mag es bei Hindenburg für die Entwicklung seiner militärischen Begabung bis zur Vollkommenheit notwendig gewesen sein, daß er sich unter Abweisung alles anderen auf seinen Beruf beschränkte. Als Soldat, als Feldherr, hat Paul von Hindenburg so Großes geleistet, daß er den ersten Kriegsmeistern aller Zeiten zuzurechnen ist, und er hat aus höchster Kriegsgefahr sein Volk gerettet. Als aber die politische Not erkennbar wurde, wuchs, sich riesengroß türmte und zur Entscheidung drängte, da ist der Soldat Hindenburg dem politischen Amte des Feldherrn Entscheidendes schuldig geblieben, und so hat er schließlich das Schwerste erlebt, was einem ruhmgekrönten Heerführer zustoßen kann, daß sein König fiel, sein Heer zerbrach, sein Volk zu schanden ward.

Im Grunde gehörte der Mann, dem jetzt der Oberste Kriegsherr den Schutz der deutschen Ostmark anvertraute, einer früheren Zeit an; er war Offizier im Sinne Kaiser Wilhelms I. und mag sich fremd genug in diesen Tagen der Unrast, Zersplitterung und Nervenüberreiztheit vorgekommen sein. Ganz anders sein Generalstabschef Erich Ludendorff, der als Kind dieser Zeit ganz in ihr lebt, ganz neuzeitlicher Mensch ist; auch er ein Sohn des preußischen Ostens, geboren am 9. April 1865 in Kruszwica in Posen; auch er Preuße mit Leib und Seele, auch er ein treuester Anhänger seines Kaisers und Königs, auch er leidenschaftlicher Soldat. Aber seine innere Stellung zu seinem Kriegsherrn ist eine wesentlich andere, als die seines Obersfeldherrn; er ist kein „Royalist“ alter Art und steht dem Reichsoberhaupt mit innerer Freiheit gegenüber. Das Verhältnis

zu diesem ist für ihn kein einseitiges des Untertanen, sondern als ein gegenseitiges gedacht; insofern ist Ludendorff gewissermaßen von Grund aus politisch vorbestimmt. Seine Begabung zum Feldherrn weist ins Großartige und ist gepaart mit stärkstem Willen wie genauer Kenntnis aller Hilfsmittel des neuzeitlichen Krieges. Seinen politischen Blick für die entscheidenden Fragen hatte Ludendorff bewiesen, als er im Jahre 1912, damals Abteilungschef im Großen Generalstab, auf wesentliche Verstärkung des deutschen Heeres drang; die Heeresvorlage von 1913 ging ursprünglich auf seine Anregung zurück — ihre Ausführung blieb weit hinter dem von ihm als notwendig Erkannten zurück. Die Feldherrn-Persönlichkeit Ludendorffs ist infolge seines Instinkts für die großen politischen Fragen vielseitiger, umfassender als diejenige Hindenburgs — und dies Urteil wird auch dadurch nicht eingeschränkt, daß dieser glänzende Soldat sich in den Wirren des inneren Parteigetriebes nicht zurecht fand, daß er, als er zu so bedeutsamem Amte berufen wurde und zu Größerem wuchs, nicht die Einzelheiten des, auch so kleinen, diplomatischen Betriebes übersah und daß ihm die ausreichende Kenntnis der Menschen fehlte, die im deutschen Reiche innere und äußere Politik machten, — eine Kenntnis, die er brauchte, als die Not ihn zwang von Hall zu Hall einzugreifen. War Hindenburg nach Herkunft und Denkungsart altkonservativ, so ist Ludendorff von Parteianschauungen kaum berührt gewesen; jedenfalls haben die im Weltkrieg gesammelten Erfahrungen ihn zum nationalen Mann schlechthin gemacht.

Das sind die beiden Feldherren, die nun vereint ans Werk gingen der russischen Übermacht Trotz zu bieten — die, als sie es wunderbar vollbracht hatten, zu größerer Aufgabe im Osten berufen wurden und die schließlich vereint den tatsächlichen Oberbefehl über die Heere ihres Vaterlandes und seiner Verbündeten übernahmen. Müßig die Frage, wer der größere von beiden ist — wahrscheinlich, daß die Gedanken und der Wille von Ludendorff kamen, während Hindenburg sein sicheres Urteil, seine Erfahrung, sein Ansehen beisteuerte und die Verantwortung für ungeheure Entschlüsse übernahm. Ein Stolz, eine Freude für die Deutschen, dies Heldenpaar vor sich zu sehen. Beides eindrucksvolle Erscheinungen: der breite, an der Schwelle des Greisenalters stehende Oberbefehlshaber und sein Stabschef, eine vornehme schlanke Gestalt in bestem Mannesalter. Wundervoll ihr Verhältnis vollkommensten Vertrauens, neidloser Zusammenarbeit — ein Bund, der unzertrennlich erschien, der aber leider in der höchsten Not des Vaterlandes zerbrach.

Sehen wir nun, wie die beiden ihre Aufgabe anfaßten. In Ostpreußen waren zwei russische Heere eingefallen: die Njemen-(Memel-) Armee unter General von Rennenkampf mit fünf Armeekorps und drei Reiterdivisionen und die Narew-Armee unter General Samsonow

in ungefähr gleicher Stärke. Vor dieser gewaltigen Übermacht waren die Deutschen zurückgewichen. Die Russen waren ihnen langsam gefolgt und so in die an Seen, Sümpfen, kleinen Flüssen und Wäldern reichen Gebiete des Landes gekommen; beide russische Heere standen getrennt und waren ohne Verbindung untereinander. Die deutsche Heeresleitung beschloß, diesen Umstand auszunutzen, indem sie unverzüglich den einen Gegner angriff und ihn zu vernichten suchte, um sich dann gegen den anderen zu wenden. Ein Unternehmen von höchster Kühnheit, ja Verwegenheit, da der Zwischenraum zwischen den beiden feindlichen Heeren nur sechs Marschstunden betrug, und da jedes von ihnen allein den deutschen Kräften weit überlegen war. Es konnte nur gelingen, wenn die unteren Führer den schweren Aufgaben gewachsen waren, die der Oberbefehlshaber ihnen stellte, wenn alles zusammengriff und klappte, und wenn es gelang die Russen getrennt zu halten. Der erste Angriff galt der zwischen Hohenstein, Gilgenburg und Ortelsburg stehenden Narew-Armee; er wurde am 26. August mit dem Ziele begonnen, Samsonows Mitte vorzuladen, seine Flügel zu umgehen und ihn dann vollkommen zu umschließen. Der geniale Plan gelang dank der ausgezeichneten Mitwirkung der unteren Führer und der rücksichtslosen Tapferkeit der Truppen, die um den Boden und die Befreiung der Heimat kämpften, vollkommen; das vorbildliche Beispiel einer Umfassungsschlacht wurde geliefert und am 28. August hatte die deutsche Heeresleitung einen strahlenden, einzigartigen Sieg errungen: Das weit überlegene feindliche Heer war vernichtet; 93000 Gefangene fielen in deutsche Hand —; die Kriegsbeute war unermesslich. Der deutsche Oberbefehlshaber taufte die Schlacht auf den Namen der Stadt Tannenberg, die im Gefechtsgebiet lag, und söhnte damit nach Jahrhunderten die Schmach, die einst (1410) dem deutschen Volke durch die Niederlage des Ordensheeres dort angetan worden war. Mit jubelnder Dankbarkeit wurde die Kunde vom Tannenberger Siege überall, wo Deutsche wohnten, aufgenommen, und das Volk hatte sofort das richtige Gefühl, daß die Meister dieser Schlacht die Helden dieses Krieges seien und blieben. Ohne die Einzelheiten des genial erfaßten und mustergültig genau ausgeführten Schlachtplanes zu kennen, ahnte es, daß hier höchste Feldherrenkunst sich bewährt hatte; deren ebenso fähne wie besonnene Träger Besonderes sein müßten. Die aber hatten keine Zeit zur Rast: im Norden der Provinz stand Rennenkampf mit ungeschwächtem Heere und seine Truppen häusten fürchterlich in den heimgesuchten Bezirken. Schnell und sicher nahmen die deutschen Feldherren die Umordnungen vor, die den Angriff gegen die russische Njemen-Armee vorbereiteten; die Gegner trafen sich im Gebiet der masurischen Seen, das den Deutschen für den Fall des Gelingens ihres Planes, der wieder auf die Umstellung zielte, große Vorteile bot. Am 10. September begann

der neue Kampf; in zwei Meldungen von diesem Tage teilte Hindenburg — nun zum Generalobersten ernannt — mit, daß eine Schlacht im Gange sei, in der er den linken (südlichen) Flügel der Njemen-Armee geschlagen und sich damit den Zugang in den Rücken des Feindes geöffnet habe. Diesmal entzogen sich die Russen der tödlichen Umklammerung, indem sie den Rückzug antraten; die Deutschen verfolgten sie nach Nordosten und wiesen in einem Gefecht bei Lyd am 11. September frische Kräfte des Feindes, die Rennenkampf zu Hilfe kamen, zurück. Nun artete der Rückzug der Russen in wilde Flucht aus. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der sich bei der Njemen-Armee befand, rettete sich nur durch eilige Flucht. Der Gegner war zertrümmert, wenn auch nicht, wie bei Tannenberg, vernichtet. Kennzeichnend für die Größe des Erfolges ist die Meldung des Generalobersten von Hindenburg, aus der einige Sätze hier angeführt seien:

„Die Wilnaer (das ist die „Njemen“-)Armee ist durch die Schlacht an den Masurischen Seen und durch die sich daran schließende Verfolgung vollständig geschlagen. Die Grodnoer Reserve-Armee ... hat in besonderem Gefechte bei Lyd schwer gelitten. Der Feind hat starke Verluste, ....; die Zahl der Gefangenen steigert sich. Die Kriegsbeute ist außerordentlich. Bei der Frontbreite der Armee von über 100 km, den ungeheuren Marschleistungen von zum Teil 150 km in vier Tagen, bei den sich auf dieser ganzen Front und Tiefe abspielenden Kämpfen, kann ich den vollen Umfang noch nicht melden ... die Armee war siegreich auf der ganzen Linie gegen einen hartnäckig kämpfenden, aber schließlich flüchtenden Feind.“

Wieder brauste der Jubel durch die deutschen Lande und die Heldenherren von Tannenberg und Masuren waren zu Helden von echtester Vollständigkeit geworden. Ostpreußen war befreit, der russische Vorstoß gegen die deutsche Grenze gescheitert, und sofort wurde der Krieg dem Feinde ins Land getragen.

Inzwischen hatten sich die Dinge im Südosten zum Nachteil der anfangs kühn und erfolgreich in Galizien und Süd-Kongresspolen vorstürmenden Österreicher wesentlich verschlimmert, da die russische Übermacht zu groß war. Deshalb wurde das siegreiche deutsche Heer aus Nordosten zu Hilfe gerufen. Sofort nach der Schlacht an den Masurischen Seen vollzog Hindenburg seinen „Umzug“ nach Südpolen; zum Schutz von Ostpreußen und Polen wurden nur schwache Kräfte zurückgelassen.

Der im Herbst 1914 in Kongress-Polen geführte Feldzug Hindenburgs ist von beispiellosem Kühnheit und Vorsicht zugleich; er zeigt den Heldenherren und seinen Generalstabschef an neuen Gedanken und Aushilfen unerschöpflich. Auch in den gefährlichsten Lagen, die infolge der immer neu aus dem

hinterland zuströmenden Massen russischer Truppen wiederholt entstanden, verloren beide keinen Augenblick Ruhe und Übersicht, und sie hatten Führer und Soldaten unter sich, die schlechthin unübertrefflich waren. Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, den verwinkelten Vorgängen auf diesem Kriegsschauplatz im einzelnen nachzugehen; es genüge die Feststellung, daß das deutsche Ostheer nun die Aufgabe hatte, die Österreicher, die von den Russen einfach erdrückt zu werden drohten, zu entlasten. Zu diesem Zwecke wurde ein führner Stoß in die Flanke des Feindes geführt. Dieser war aber so reich mit Truppen versehen, daß er in der Lage war Hindenburgs rechten Flügel bei Iwangorod festzuhalten, um den linken zu umflammern; Stützpunkt der Russen war die Hauptstadt Warschau. Um der drohenden Gefahr zuvorzukommen, wurde Mitte Oktober ein Vorstoß gegen Warschau unternommen. Dort standen aber vierfach überlegene russische Kräfte. Schnell entschlossen löst sich der deutsche Feldherr nach mehrtägigen Kämpfen, die hauptsächlich den Feind über den beabsichtigten Rückzug täuschen sollten, von den Russen los und geht auf den Fluß Rawla zurück; als dann der Feind in Massen nachrückt, wird ein Ausweichen auf die Grenzlinie Thorn—Czenstochau—Kračau notwendig. Diese schwierigste Maßnahme ward so meisterhaft ausgeführt, daß die Russen nur langsam zu folgen wagten, und weder Gefangene noch Beute in ihre Hände fielen. Trotzdem stieg die Gefahr aufs Höchste: die Russen hatten nun 45 Armeekorps zusammen, die auf Kračau und Breslau marschierten. Die Siegesgewißheit der Verbandsländer äußerte sich in dem Worte von der „russischen Dampfwalze“, die alle Gegenwehr einfach unter sich zerstörmten werde. Die preußischen Provinzen Posen und Schlesien waren aufs Äußerste bedroht; ihr Schutz wurde dem schlesischen Landwehrkorps von Woyrsch und mehreren von Österreich gesandten überlassen. Das ganze übrige Ostheer führte mit der Eisenbahn einen Linksmarsch nach der Linie HohenSalza—Thorn aus und wurde von dieser neuen Grundstellung überraschend gegen die rechte Flanke der russischen Riesenarmee vorgeführt. Dabei zeigte sich die Kriegskunst Hindenburgs und Ludendorffs, die Tüchtigkeit ihrer Unterfeldherren, die Unübertrefflichkeit ihrer Truppen in strahlendstem Lichte. Was dort geleistet wurde, waren so verwinkelte Kriegsvorgänge, daß sie der Laie nicht verstehen und verfolgen konnte — auch waren für ihn die erzielten Erfolge nicht so offensichtlich, wie nach den herrlichen Schlachten von Tannenberg und in Masuren; deshalb haben diese Leistungen des deutschen Heeres und seiner Führer, unter denen sich besonders General von Mackensen auszeichnete, nicht die Volkstümlichkeit erlangt, die jenen anderen Kriegstaten zu Teil wurde. Um so mehr ist es Pflicht darauf hinzuweisen, daß Feldherren und Heer vielleicht zu keiner Zeit und auf keinem Kriegsschauplatz Größeres vollbracht haben, als in jenen polnischen Herbstfeldzügen: was an Marsch-

leistungen und seelischer Widerstandskraft von den deutschen Soldaten hier verlangt werden mußte, ist wahrscheinlich ohne Beispiel in der Geschichte. Der Flankenvorstoß führte zu den blutigen Schlachten um Łódź (Ende November — Anfang Dezember) und schließlich zu der — wenn auch sehr weitläufigen — Einschließung von Warschau. Aus den zahlreichen blutigen Kämpfen dieser Tage sei nur die Heldentat von Brziny erwähnt: dort gelang es den Russen, das 25. Reservekorps und die 3. Gardedivision doppelt zu umflammern, so daß kein Ausweg möglich erschien: Der Befehlshaber jener schwachen Kräfte, General von Scheffer-Boyadel, beschloß den Durchbruch und erzwang ihn, unterstützt von dem Führer der Gardedivision Generalleutnant Litzmann, in dreitägigen schwersten Kämpfen; in der Nacht vom 23. auf 24. November glückte das Wagnis; auf sechstausend Mann war die deutsche Truppe zusammengeschmolzen — und sie brachte zwölftausend Russen als Gefangene mit sich!

Auch die österreichischen Heere leisteten in diesen Kämpfen außerordentliches; von ihren vorangegangenen furchtbar schweren Feldzügen wird noch kurz zu berichten sein.

Ende Dezember 1914 stand das Ergebnis fest: Die Russen waren in Polen überall zurückgeworfen und bezogen auf der Flußlinie Bzura—Pilica—Nida—Dunajec—Biala Verteidigungsstellen; seitdem erstarrte auch dort der Krieg zum Festungs- und Stellungskampf, bis die Russen aus ihrem unerschöpflichen Menschenvorrat wieder so verstärkt waren, daß sie erneut zum Angriff übergingen.

Die Retter Ostpreußens hatten Posen und Schlesien vor dem Einfall der Feinde geschützt; an ihrer überlegenen Kriegskunst und der unerschütterlichen Tapferkeit ihrer Truppen war die russische Dampfwalze zu schanden geworden.

Aber während sie dies Heldenwerk in Kongreß-Polen verrichteten, war neue Gefahr über den Nordosten der Heimat heraufgezogen, deren Abwendung des Zusammenhangs wegen hier sogleich geschildert sei, auch wenn damit zeitlich vorgegriffen wird.

Als Hindenburg seinen „Umzug“ nach Kongreß-Polen ausführen mußte, konnten in Ostpreußen nur schwache Kräfte belassen werden, die dem tüchtigen General Otto von Below unterstellt wurden. Sie mußten sich der Übermacht der Russen gegenüber auf die Verteidigung beschränken und bezogen zu diesem Zwecke starke Stellungen hinter der Angerapp auf der Linie Johannisburg—Gumbinnen und an den masurischen Seen; ihr Stützpunkt war die Feste Boyen bei Lözen. Alles ostpreußische Land vor dieser Verteidigungsstellung lag notgedrungen ungeschützt und mußte noch einmal den Russen preisgegeben werden; wiederum hausten ihre Scharen dort schrecklich. Anfang Februar 1915 schlug die Stunde der Befreiung, als der deutsche Oberbefehlshaber im Osten, seit

27. November 1914 zum Generalfeldmarschall ernannt, in Polen seine Aufgabe gelöst, seine Heere zum Vorstoß nach Ostpreußen zurückgeführt und sie dort neu geordnet hatte. Am 7. Februar begann der neue Feldzug mit dem Übergang über das Flüsschen Pissee südlich von Johannisburg; am Tage darauf wurden diese Stadt und ihre Nachbarorte, mit Lyck, wieder genommen. Damit wurde die neuntägige Winterschlacht in Masuren (8.—16. Februar) eingeleitet. Unter dem Feldmarschall umschlossen die Heere des Generalobersten von Eichhorn und des Generals von Below die zehnte russische Armee des Generals von Sievers östlich der Masurenischen Seen. Unerhörtes mußte den deutschen Soldaten zugemutet werden; durch gewaltige Schneestürme kämpften sie sich durch, und es gelang, den Feind so vernichtend zu schlagen, daß der im Horste von Augustow umstellte Rest der Russen die Waffen streckte. Unermeßlich war die Beute an Kriegsgerät; 7 Generale und über 100 000 Mann fielen in Gefangenschaft.

Und wieder erklangen die Glocken in deutschen Gauen, dem Danke und der Freude für solches Geschehen Ausdruck zu geben.

Aber die Russen ließen nicht nach; bereits Ende Februar warfen sie neue Heeresmassen gegen die Grenzen von Ost- und Westpreußen, die erfolgreich verteidigt wurden. Bei diesen auf russischem Boden ausgetragenen heldenhaften Kämpfen zeichnete sich General von Gallwitz besonders aus. Ihr Ergebnis war, daß die deutsche Ostmark seit Mitte März endgültig gesichert war; abgesehen von einem zweitägigen Raubzug der Russen nach Memel (18. März) hat seitdem kein Feind mehr den Boden des Vaterlandes dort betreten.

Dies hatte die Heimat ihren Helden Hindenburg und Ludendorff, den ihnen unterstellten ausgezeichneten Generälen und der über alles Lob erhabenen Kriegstugend ihrer Offiziere und Soldaten zu danken.

### Die ersten Kämpfe des österreichisch-ungarischen Heeres.

Die Aufgabe der Bundesgenossen war es, mit ihrem Hauptheer die Russen in Südpolen anzufallen und ihren Aufmarsch möglichst zu stören, damit Zeit gewonnen werde, bis die Hauptarbeit der Deutschen im Westen erledigt sei; der Krieg gegen Serbien wurde selbstverständlich Nebensache, nachdem die Dinge diese Entwicklung genommen hatten.

Die gestellte Aufgabe lösten der verbündete Oberfeldherr Erzherzog Friedrich und sein hervorragender Generalstabschef Freiherr Conrad von Höhendorff, indem sie schon in der ersten Augustwoche einen fühenen Vorstoß zwischen Weichsel und Bug unternahmen. Als bald von den Russen gemachte Versuche, in die Bukowina und nach Galizien einzudringen, scheiterten. In der letzten Augustwoche spielten sich Großkämpfe ab, bei denen die Österreicher siegreich blieben: in der

Schlacht bei Krasnî (23.—25. August) brachte General von Danil den Russen eine schwere Niederlage bei, bei Zamośc und Komarow schlug General von Auffenberg ein starkes von Osten vordringendes Heer. Aber der Feind wälzte immer neue Massen heran. Von dem wolhynischen Festungsdreieck Rowno—Luzk—Dubno drang er in die Bukowina und in Galizien ein; Czernowitz und Lemberg mußten ihm überlassen werden. Bei Lemberg nahmen die österreichisch-ungarischen Streitkräfte den Kampf auf; es kam zu einer fünf Tage dauernden schweren und wechselvollen Schlacht, bei der sich die kaiserlichen Truppen mit Ausdauer der weit stärkeren Feinde erwehrten; als die Übermacht erdrückend zu werden droht, ordnet Conrad von Hötzendorff an, daß der Kampf abgebrochen und der allgemeine Rückzug der österreichisch-ungarischen Streitkräfte angetreten wird. Sie wählen Stellungen hinter dem Dunajec und in den Karpathen; alles Vorland ist den Russen überlassen; die Festung Przemysl wird von ihnen eingeschlossen, aber der Einfall nach Ungarn gelingt nicht. Dies war die Lage Mitte September 1914, als Hindenburg seinen Zug nach dem Süden antrat, um den Feind in der Flanke zu fassen und damit den Bundesgenossen zu entlasten. Wir wissen, mit welchem Erfolge dies geschehen ist, wissen auch, daß die Bundesgenossen daran redlichen Anteil hatten. Für das österreichisch-ungarische Heer war das Ergebnis Mitte Dezember so, daß nach der siegreichen Schlacht bei Limanowa (12. Dezember), der Einnahme von Gorlice und Petrikau die ungeheure Gefahr beschworen war; die Russen waren zurückgeworfen. Aber sie sammelten neue Kräfte.

Was hier in allergrößten Umrissen zu schildern versucht wurde, sind Kriegsvorgänge von größter Bewegtheit und Wucht. Kein Zweifel, daß die oberste Heeresleitung des Bundesgenossen alles daran setzte, der verabredeten Aufgabe gerecht zu werden — kein Zweifel auch, daß ihr Vorgehen füne Entschlossenheit und opferbereite Tatkraft zeigte. Wenn der Um- schwung so bald zum Nachteil des österreichisch-ungarischen Heeres eingetreten ist, so lag dies nur zum Teile an der gewaltigen Überlegenheit der Russen, die zudem längst kriegsbereit waren, während die österreichisch-ungarische Streitmacht lange nicht so gerüstet und vor allem an Artillerie unterlegen war. Es kam dazu, daß die ruthenische Bevölkerung Ostgaliziens, wo wichtige Kämpfe spielten, sich in hochverräterschem Einverständnis mit dem Feinde befand und ihm Spionendienste verrichtete, — weiter aber auch, daß das verbündete Heer jetzt die Mängel offenbarte, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Völker ergaben, aus denen es zusammen- gesetzt war; die Verhebung durch den „Nationalitätenstreit“ zeitigte schlimme Früchte an der Kampffront. Unbedingt zuverlässig waren eigentlich nur die Deutschen, Magyaren, Dalmatiner und Kroaten; von letzteren abgesehen waren alle Slawen bedenklich, am unzuverlässigsten Tschechen, Slowaken

und Ruthenen. Die Erfahrungen vor dem Feinde führten dazu, daß die Verwendung der nicht-deutschen oder nicht-madjarischen Truppen nach Möglichkeit so angeordnet werden mußte, daß sie nicht-verwandten Feinden entgegengestellt wurden — eine schwer zu lösende Aufgabe. Ja, man sah sich bald dazu veranlaßt, die Tschechen möglichst von der Front zurückzuhalten und in der Heimat zu verwenden. Als Italien in den Krieg eintrat, bot sich Gelegenheit ihm Truppen entgegenzustellen, die den Russen gegenüber minder verlässlich erschienen.

Alles in allem Umstände, die sich aus dem vor dem Kriege zu äußerster Erbitterung gestiegenen Nationalitätenstreite ergaben und die das österreichisch-ungarische Heer — ganz abgesehen von seiner zahlenmäßigen Schwäche und unzureichenden Kriegsrüstung — als wesentlich gehemmt erscheinen ließen. Wenn man dies in Betracht zieht, muß man bewundern, was der tatsächliche Leiter des Krieges, Freiherr Conrad von Hötzendorff, zu stande brachte, und die Leistungen der treuen Bestandteile des Heeres verdienen höchstes Lob. Unter ihnen hinwiederum steht obenan, was die Deutschen geleistet haben. Mit stürmischer, lebenverachtender Tapferkeit rannten die Söhne der Steiermark, Kärntens und Tirols gegen den Feind. Auf den Schlachtfeldern Galiziens verblutete sich mancher deutsche Truppenteil, indem er so seine Treue gegen den Herrscher, gegen den Staat und gegen die Sache des deutschen Volkes besiegelte. Denn dies wußte der Bauer in den Alpen so gut wie der seefahrende Mann der Waterkant im Norden, daß es jetzt um die Sache des ganzen Deutschtums gehe.

### Die Anfänge des Krieges zur See und in der Luft.

Wenn etwas den Deutschen dieser Zeit ans Herz gewachsen war, so war es die deutsche Flotte; sie war wehrmacht-politische Einrichtung des Reiches, und ihr oberster Kriegsherr hatte, von Großadmiral von Tirpitz wohl beraten, alles für ihren Ausbau getan, was die politische Reichsleitung und der Reichstag zugestanden. Man wußte, daß die Flotte kriegstüchtig war und wartete mit ruhiger Sicherheit auf ihre Taten, obwohl ihre zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber der englischen jedermann bekannt war.

Für die Leistungen der deutschen Seemacht war es von vornherein verhängnisvoll, daß eine wirkliche einheitliche oberste Führung nicht vorhanden war; die Befugnisse lagen zerstückt bei den Chefs des Admiralsstabs, der Hochseeflotte, des Ostseegeschwaders und der Stationen der Nord- und Ostsee — in Wilhelmshaven und Kiel —, abgesehen von den Einflüssen des Marinekabinetts und der Reichskanzlei.

Der tatkräftige Teil der Admirale und der Offiziere war der Meinung, daß die Flotte — wie das Landheer — dazu da sei, um zu kämpfen; die politischen Stellen und die von ihnen beeinflußten hohen Seeoffiziere

dagegen glaubten, daß sie da sei „um da zu sein“, d. h. um durch ihr Vorhandensein beim Ende des Krieges englischen Ansprüchen gegenüber als Machtmittel in die Waagschale geworfen werden zu können — eine Auffassung, die ganz und gar unmilitärisch, noch nicht einmal unbedingt politisch, sondern wesentlich diplomatisch war.

Der Schöpfer der deutschen Flotte, Großadmiral von Tirpitz, war der Meinung, daß die Flotte kämpfen solle und stellte sich dem Obersten Kriegsherrn als ihr Führer zur Verfügung. Kaiser Wilhelm entschied auf den Rat seines Kanzlers und des Marineministerrates anders: Tirpitz blieb im Reichsmarineamt und die Flotte sollte möglichst geschont werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die auf Kampftätigkeit der Seemacht dringenden Offiziere nicht leichtherzig und oberflächlich verfuhrten, sondern ihren Rat mit der schnelleren Kriegsbereitschaft (Mobilmachung) und der Überlegenheit der deutschen schwersten Schußwaffen (Artillerie) und Panzerung begründeten, sowie daß sie entscheidende Kämpfe bei Kriegsbeginn für aussichtsreicher hielten, solange die in Betracht kommenden Gewässer noch nicht mit Minen verseucht waren. So weit man vor Klarlegung aller die Entscheidung des Kaisers beeinflussenden Umstände zu urteilen vermag, gaben ihnen die Erfahrungen Recht, die in allen Fällen gemacht wurden, wo die deutsche Flotte sich mit den Feinden, vor allem mit den Engländern messen konnte.

Auch in diesem Falle kann eine nachträgliche Untersuchung an den geschichtlichen Tatsachen nichts ändern. Wer aber das ruhmlose Ende der deutschen Flotte sieht, wird wünschen, daß sie in höherem Maße als Kampfmittel verwendet worden wäre, um im schlimmsten Falle ehrenvoll zu grunde zu gehen, nachdem sie den Feind möglichst geschädigt hätte, — anstatt daß sie schließlich kampflos und schmachvoll an die Engländer ausgeliefert wurde.

Ein eigenartiger Abschnitt zu der Frage: Staatskunst und Kriegsführung! Zu große Vorsicht ist selten eine gute Beraterin — im Kriege nie.

\* \* \*

Wo immer die deutsche Kriegsflagge sich auf den Meeren zeigte, tat sie es in hohen Ehren, und es ist kein Zweifel, daß Seeoffiziere und Matrosen in Begeisterung, Kampfesmut und Opferwilligkeit den Kameraden vom Lande ebenbürtig waren — ja man kann davon reden, daß sie die Taten des Heeres mit Eifersucht verfolgten und darauf brannten, die eigene Tüchtigkeit voll zu bewähren.

Der Seekrieg wurde erfolgverheißend mit dem schneidigen Husarenstreich der beiden Kreuzer „Göben“ und „Breslau“ eingeleitet, die sich bei Eröffnung der Feindseligkeiten unter dem Befehl des Admirals Souchon im Mittelmeer aufhielten; sie beschossen zunächst einige Häfen-

städte Algiers, dampften nach Messina, um Kohlen einzunehmen und durchbrachen dort die englische Bewachungslinie, um nach den türkischen Gewässern zu gelangen; sie erreichten Konstantinopel und gingen nach einem Übereinkommen der beiderseitigen Regierungen in türkischen Besitz über. So wurden sie der Kern der osmanischen Flotte und leisteten, als die Türkei den Mittelmächten als Bundesgenosse beitrat, im Seekrieg außerordentliches.

In den heimischen Gewässern fand am 28. August ein Seegeschäft zwischen leichteren deutschen Streitkräften und englischen Schlachtfreuzern statt; erstere fochten mit Ehren, wurden aber von der deutschen Schlachtflotte nicht unterstützt; die kleinen Kreuzer „Mainz“, „Köln“ und „Ariadne“ fanden dabei ein ruhmvolles Ende.

Seit September 1914 trat auch die jüngste Waffe des Seekrieges, das Unterseeboot, auf deutscher Seite in Tätigkeit; sie fand sofort fähige Führer, von denen der Held des „U-Bootes 9“ Kapitänleutnant Weddigen sich einen glänzenden Namen erwarb; ihm gelang es am 22. September am hellen Tage angesichts der holländischen Küste drei englische Kreuzer zu versenken.

Es scheint, nachdem diese neueste Waffe und die sich aus ihrer Verwendung ergebenden politischen Fragen im weiteren Verlaufe des Krieges besondere Bedeutung gewannen, angezeigt, auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, die für die Anhänger des Unterseebootes und die rein-militärische, also durch politische Rücksichten nicht gehemmte Verwendung dieser Waffe maßgebend waren.

Dass die Unterseeboote ein neues Kriegsmittel waren, konnte ihre Anwendung ebensowenig hindern wie der Umstand, dass sie bis dahin mangels einer Gelegenheit noch niemals gebraucht worden waren — alle neuen Waffen müssen einmal schließlich zum ersten Male angewandt werden. Dass die völkerrechtlichen Abmachungen über die Unterseeboote nichts bestimmten, konnte gegen ihren Gebrauch nicht geltend gemacht werden, weil sie zur Zeit jener Verhandlungen als Waffe noch zu unentwickelt und deshalb nicht berücksichtigt worden waren. Dass das deutsche Reich kurz vor dem Weltkrieg eine kriegsbrauchbare Art jener Fahrzeuge hergestellt hatte, mit der es seinen Feinden überlegen war, sprach natürlich auch nicht dagegen — auch nicht, dass die neue Waffe bei erfolgreicher Anwendung furchtbare Wirkungen erzielte. Die Feinde haben das Unterseeboot als eine völkerrechtswidrige und unmenschliche Waffe hingestellt, haben selbst aber den Krieg gegen das von allen Seiten umflammerte, von der Welt abgeschnittene deutsche Reich nicht nur mit allen militärischen Mitteln geführt, die ihnen zu Gebote standen, sondern durch völkerrechtswidrige Absperrungsverlärungen (Blokkade), eben solche Maßnahmen über den Begriff der Bannware Kontrebande) und sonstige

wirtschaftliche Zwangsmittel eine Kriegsführung eingeleitet, die gegen alles geläuterte, neuzeitliche Völkerrecht verstieß, weil sie sich gegen die Gesamtbevölkerung richtete, also auch die Nichtkämpfer „Nicht-Kombattanten“) darunter leiden ließ. Es ist erwiesen, daß die Feinde von vornherein sich den Hunger als wichtigsten Bundesgenossen auserwählt haben: Das deutsche Volk sollte dadurch, daß ihm jede Zufuhr von Übersee abgesperrt wurde, und daß seine neutralen europäischen Nachbarn gezwungen wurden, ihm nichts oder möglichst wenig zu liefern, einfach der Hungersnot ausgesetzt und durch ihre Wirkungen zur Unterwerfung gezwungen werden. Man rechnete damit, daß in einem Vierteljahr dieser Zustand erreicht sei, soweit die deutschen Heere nicht durch die ungeheure Übermacht der Feinde zertrümmert würden.

Der Hunger war also die wichtigste Waffe der Feinde — eine Waffe, die bewußt und kaltblütig angewandt wurde. Es war an sich die grausamste, unmenschlichste Kriegsführung, die denkbar war — und Feinde, die sich zu ihr entschlossen, hatten kein Recht, Schonung zu erwarten. Die Frage des U-Bootkrieges liegt genau so, wie jene des deutschen Einmarsches in Belgien: in keinem der beiden Fälle handelte das deutsche Reich völkerrechtswidrig; in beiden lag zudem ein Notstand vor, der zu den Maßnahmen zwang, die allein ihn beseitigen konnten; in beiden war dieser Notstand durch die Feinde geschaffen worden, die es auf die Vernichtung des deutschen Volkes abgesehen hatten. In beiden Fällen gab es nicht nur Deutsche, die die Geschäfte der Feinde im Vaterlande besorgten, sondern es konnte schließlich geschehen, daß die Verblendeten, die beide militärische deutsche Notstandsmaßnahmen verurteilten, die öffentliche Meinung beherrschten.

Um seinen Zweck zu erfüllen, mußte das U-Boot nicht nur gegen feindliche Kriegsschiffe verwendet werden, sondern auch gegen feindliche Handelschiffe und dann auch solche in neutralem Besitz, die sich in Gewässer wagten, die zum Kriegsgebiet erklärt worden waren. Die Einzelheiten dieser verwinkelten Fragen und Vorgänge können in diesem Buche nicht geschildert werden; hier kommt es darauf an, festzustellen, daß das deutsche Reich unter allen Gesichtspunkten berechtigt und dem eigenen Volke gegenüber verpflichtet war, zur Behebung der furchtbaren Gefahr, und um den durch die Feinde geschaffenen schwersten Notstand durch Brechung des feindlichen Vernichtungswillens zu beseitigen, die U-Boote rücksichtslos zu gebrauchen, und zwar nicht nur gegen feindliche Kriegsschiffe, sondern auch gegen feindliche Handelschiffe und solche neutralen, die die vom Reich gegen seine Feinde erklärte Blockade nicht beachtet hatten (sog. „Untersee-Handelskrieg“).

Das deutsche Kreuzergeschwader, das bei Kriegsausbruch in den ostasiatischen Gewässern gelegen hatte, war den überlegenen dort befind-

lichen Streitkräften aus dem Wege gegangen und kreuzte im Stillen Ozean; es bestand aus den großen Kreuzern „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ und aus den kleinen „Leipzig“, „Dresden“ und „Nürnberg“; den Befehl führte Vizeadmiral Graf Spee. Am 1. November 1914 stieß es bei Coronel an der chilenischen Küste auf englische Kräfte, die sofort angegriffen wurden. Bei schwerem Seegang wurde das Feuer aus weiter Entfernung eröffnet; bereits nach 52 Minuten waren die feindlichen Geschütze zum Schweigen gebracht. Der Feind verlor zwei Schiffe; eines entkam schwer beschädigt — auf deutscher Seite entstanden keine Verluste und nur geringe Beschädigungen der Schiffe.

Zum ersten Male hatten sich Deutsche mit Engländern im Kampfe auf hoher See gemessen, und die deutsche Flotte hatte den Sieg davon getragen. Mit Stolz und Hoffnung wurde diese Kunde in der Heimat aufgenommen. Fünf Wochen später traf Graf Spee bei den Falklandsinseln auf weit überlegene englische und japanische Geschwader; trotzdem griff er sie sofort an, und es entspann sich eine Schlacht, bei der sich die deutschen Schiffe mit zähster Tapferkeit wehrten; dabei sanken alle außer der „Dresden“, der es gelang, zu entkommen. Der deutsche Admiral fand mit zwei Söhnen den Helden Tod. Der Verlust des Kreuzergeschwaders war schwer aber unvermeidlich, ein Trost, daß er in höchsten Ehren erfolgt war.

Außer diesem Geschwader waren noch einige kleine Kreuzer in verschiedenen Gewässern tätig; ihre Aufgabe war es die feindliche Handelsfahrt zu schädigen. Bei diesem Kaperkriege haben sich besonders die Kreuzer: „Emden“, „Königsberg“ und „Karlsruhe“ ausgezeichnet; mit verwegendstem Mute führten sie abenteuerliche Taten aus, die auch die Achtung der Feinde erzwangen. Den glänzendsten Namen gewann sich der Kommandant der „Emden“, Fregattenkapitän von Müller, und der ihm zuerst unterstellt, dann als Führer der „Ayesha“ selbständig tätige Kapitänleutnant von Müsse. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß überall die Haltung von Offizieren und Matrosen über alles Lob erhaben war.

In den heimathlichen Gewässern fanden weiterhin häufige Vorstöße schwächerer oder stärkerer deutscher Kräfte statt — abgesehen von den fortgesetzten erfolgreichen Unternehmungen der Unterseeboote. Zu einer größeren Gefechtshandlung kam es infolge der Zurückhaltung der englischen Flotte erst wieder am 24. Januar 1915, als ein deutsches Geschwader von vier Panzer- und vier kleinen Kreuzern in der Nähe von Helgoland mit einem stärkeren englischen Geschwader zusammenstieß. Der Kampf dauerte drei Stunden und wurde von den Engländern abgebrochen, die mindestens ebenso schwere Verluste hatten wie die Deutschen. Beide Teile schrieben sich den Sieg zu — kein Zweifel, daß auch hier wiederum

die deutsche Flotte und alle an dem Kampf Beteiligten in Ehren bestanden hatten.

\* \* \*

Außer den Unterseebooten besaß das deutsche Reich in Luftkreuzern eine Angriffswaffe, der die Feinde nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen hatten. Das vom Grafen Zeppelin hergestellte Luftschiff war so vervollkommenet worden, daß es zu Kriegszwecken nicht nur für die Aufklärung, sondern auch für den Angriff brauchbar wurde; sein Erfinder war überzeugt, daß ihm eine große Rolle zufallen müsse und bemühte sich, die maßgebenden Stellen dafür zu gewinnen, daß man seine Waffe rücksichtslos vor allem gegen England anwende. Hiergegen wurden Bedenken ähnlicher Art geltend gemacht, wie sie wider den Unterseebootkrieg erhoben wurden. Der Hinweis des greisen Grafen, daß England zunächst nur durch diese Waffe im eigenen Lande getroffen werden könne und daß man damit planmäßig und rücksichtslos vorgehen müsse, bevor die Engländer ausreichende Abwehrmittel geschaffen hätten, wurde mit Erwägungen falscher Menschlichkeit abgetan, und man begnügte sich damit, gelegentliche Streifahrten gegen englische Küstenstädte zu unternehmen, auch ein paarmal London anzugreifen — alles Beginnen, die nach Graf Zeppelins Meinung den Feind nur reizten, ohne ihn nachhaltig zu schädigen. Ob das Vorhaben des großen Erfinders in seinem Sinne wirklich durchführbar war, bleibe dahingestellt — jedenfalls war er von der furchtbaren Gefahr, in der sein Vaterland schwelte, und aus der er es durch seine Waffe retten helfen wollte, so überzeugt, daß er, als seine Pläne hartnäckig abgelehnt wurden, davon sprach, daß ihm der Tod willkommen sei, damit er Deutschlands Untergang nicht zu erleben brauche.

Als man sich später dazu entschloß, die „Zeppeline“ in höherem Maße als bisher gegen England zu verwenden, hatten sich dort Abwehrmittel gefunden, die den Erfolg dieser deutschen Waffe sehr beeinträchtigten.

Wo immer aber die deutschen Luftschiffe zur Verwendung kamen — überall wetteiferten Führer und Besatzung in Kühnheit, Kaltblütigkeit und Schneid.

Neben den Luftschiffen gewannen die Flugzeuge schnell eine Bedeutung, die sich im Laufe des Krieges außerordentlich steigerte; sie wurden nicht nur für die Aufklärung und zu Angriffsfahrten weit ins feindliche Land hinein verwendet, sondern auch in der Feldschlacht selbst zu eigenem Angriff, wie zur Leitung der Geschütztätigkeit. In bezug auf diese Verwendung hatten die Franzosen größere Übung und der Zahl nach wird das Flugzeugwesen der Feinde dem deutschen weit überlegen gewesen sein. Was aber die Einzelleistungen betrifft, so haben die deutschen Luftkämpfer die anderen weit hinter sich gelassen: Helden wie Boelde, Im-

melmann, von Richthofen haben Freund und Feind durch ihre Kühnheit in Erstaunen gesetzt und dem deutschen Heere unvergleichliche Dienste geleistet.

### Außropolitische Kriegsführung.

Neue Feinde und Bundesgenossen — die Neutralen.

Als der Krieg für die Reichsleitung über Nacht gekommen war, und mit ihr diejenigen Kreise der Volksvertretung, der Presse und der öffentlichen Meinung, die einen solchen Zusammenstoß für unmöglich gehalten hatten, weil sie ihn selbst von deutscher Seite aus nicht wünschten, ihre ganze Politik zusammenbrechen sahen, hielt man es in allen politisch irgendwie tätigen Kreisen des deutschen Volkes — auch wenn sie bis dahin stets mit dem Reichskanzler gegangen waren — für selbstverständlich, daß Bethmann Hollweg und mit ihm die Bloßgestellten des Auswärtigen Amtes aus dem Dienste ausscheiden müßten. Man nahm an, daß dies nach einer gewissen Anstandsfrist geschehen werde, zumal in der ersten Zeit nach dem Kriegsausbruch der Kaiser sehr abfällig über die Tätigkeit seiner diplomatischen Berater urteilte, so daß der Schritt zu ihrer Be seitigung eigentlich nahegelegen hätte. Aber er wurde nicht getan, ja, es ist sicher, daß der Einfluß des Reichskanzlers wieder wuchs, als der militärische Rückschlag in Frankreich die Hoffnung des Kaisers auf ein rasches Ende enttäuschte.

So blieb Bethmann Hollweg im Amte, und es gelang ihm, die Stimmen zum Schweigen zu bringen, die öffentlich an seiner Tätigkeit vor dem Kriege Urteil übten und verlangten, daß ein Mann von so erwiesener politischer Unfähigkeit durch einen tauglichen ersetzt werde. Zu dem Zwecke, den Widersprechenden jede Meinungsäußerung zu verwehren, wurde die „militärische Zensur“ missbraucht, von der noch zu berichten sein wird.

Mit Bethmann Hollweg blieb sein Geist der Schwäche, Ziellosigkeit und Unentschlossenheit, und er stützte sich auf diejenigen Kreise der Volksvertreter, der Presse und der öffentlichen Meinung, die ihm wesensverwandt waren. In einer Zeit, in der es darauf ankam das deutsche Volksgefühl aufs Äußerste zu entflammen, den „furor teutonicus“, von dem Bismarck so bedeutungsvoll gesprochen, zu entfesseln, geschah von Amts wegen alles, um die in solcher Not schlechthin unentbehrliche Volksleidenschaft zu dämpfen, damit keinem der Feinde zu nahe getreten würde. Der Verständigungswahn lebte im Kopfe dieses Kanzlers und seiner Leute weiter; er suchte auf die Kriegsführung Einfluß zu gewinnen und fand ihn auf dem Umweg über die Person Kaiser Wilhelms. Daß die Feinde die Vernichtung des deutschen Volkes wollten und nicht anderes, hatte der fünfte Reichskanzler nicht begriffen; so steht seine äußere Politik —

wenn man seine Tätigkeit während des Krieges so nennen will — im schärfsten Gegensatz zu derjenigen, die von den Staatsmännern der Feinde, vor allem in England und Frankreich, betrieben wurde. Bei ihnen rücksichtslose Tatkräft und Entschlossenheit — auf deutscher Seite das Gegenteil. Was Wunder, daß das alte Gesetz sich auch diesmal bewährte, daß Stärke anzieht, Schwäche aber abstößt!

Noch vor Eröffnung der großen Schlachthandlungen stellte Japan am 19. August das kurzfristete Ansinnen an das deutsche Reich, ihm das deutsche Pachtgebiet von Kiautschau zu überlassen. Diese Macht, die zur Zeit des Fürsten Bismarck in engen freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reiche gestanden hatte, ihre militärische Entwicklung deutschen Lehrmeistern ganz und ihre wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritte zum guten Teile deutschem Vorbilde verdankte, war durch das Verhalten der deutschen Politik nach dem japanisch-chinesischen Kriege (1894/95) so erbittert worden, daß die alten guten Beziehungen erschüttert wurden; damals war das Auswärtige Amt nach dem Frieden von Schimonoseki zusammen mit Frankreich und Russland den Japanern in den Arm gefallen, um den Russen gefällig zu sein, und es hatte dazu beigetragen, der jungen aufstrebenden Macht die Früchte ihres Sieges zu fürzen. Als zwei Jahre später (1897) die deutsche Besetzung in Kiautschau folgte, erblachte Japan darin eine Bedrohung seiner Ansprüche an die chinesische Erbschaft und wurde in seinem Misstrauen gegen das deutsche Reich bestärkt. Dies war auch der Fall, als die deutsche Politik sich nach dem japanisch-russischen Kriege (1904/05) für den Frieden verwandte, der wiederum Japan — trotz seines militärischen Sieges — nicht das brachte, worauf sein Ehrgeiz ging.

Wir wissen, daß seit 1902 Japan ein Bündnis mit England hatte und gewissermaßen für diesen Bundesgenossen den Krieg gegen die Russen geführt hatte. Gleichwohl soll es unter dem Einfluß seiner Gegensätze wider die Vereinigten Staaten den Anschluß an das deutsche Reich wieder gesucht haben, und es liegen beglaubigte Mitteilungen darüber vor, daß es kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Berlin ein Bündnis angeregt hat. Es ist klar, was ein solches für das deutsche Reich in der furchtbar schweren Lage bedeutet hätte, in die es durch die englische Einfreibungspolitik geraten war: zu Lande wären die Russen gezwungen gewesen, einen so starken Teil ihrer Truppen für den Osten bereit zu halten, daß sie sich den Krieg nach Westen wohl sehr überlegt hätten, und die rasch gewachsene japanische Seemacht hätte die Vereinigten Staaten im Schach gehalten. In Berlin ging man auf die japanische Anregung nicht ein und nun stellte sich dies Kaiserreich auf die Seite der Feinde. Damit war Kiautschau, die Mustersiedlung der ganzen europäischen überseeischen Kolonialpolitik verloren: am 7. November 1914 streckte die deutsche Besatzung die

Waffen, nachdem sie sechs Wochen lang dem mehr als zehnmal stärkeren Feinde tapfersten Widerstand geleistet hatte.

Viel schwerer als dieser Verlust fielen die anderen Folgen der japanischen Feindschaft ins Gewicht: nicht nur, daß Russland seine ganze Macht gegen Westen lehren konnte — Japan, das sich sonst am Kriege kaum beteiligte, stellte seine schnell geschaffene Rüstungsindustrie in den Dienst seiner Verbündeten und versorgte sie in größtem Maße mit Geschützen, Schießbedarf und sonstigem Kriegsgerät.

Abgesehen davon erhielten die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika freie Hand für ihr Verhalten während des Krieges. Daß diese bedeutendste unter den neutralen Mächten vom ersten Tage an innerlich auf der Seite der Feinde des deutschen Reiches stand, wurde klar, als Kaiser Wilhelm ganz im Anfang des Krieges das Eingreifen des Präsidenten Wilson gegen völkerrechtswidrige Maßnahmen im Waffengebrauch der Feinde erbat — war für denjenigen, der die Stimmung der Amerikaner englischer Abstammung und die Politik der Washingtoner Regierung beobachtet hatte, auch nicht anders zu erwarten. Die Bevölkerung stand, abgesehen von den Deutschen und Iren, ganz auf der feindlichen Seite; sie war seit Jahren von der ganz im englischen Fahrwasser befindlichen Presse in diesem Sinne bearbeitet, und die Politik wurde von den maßgebenden Geldleuten jüdischer und angelsächsischer Herkunft bestimmt, die von vornherein einen Sieg der Mittelmächte nicht zulassen wollten. Es kann gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten trotz aller scheinheiligen und verlogenen Versicherungen von Kriegsbeginn an gegen die Mittelmächte ehrliche Neutralität nicht einhielten; ihre Industrie versorgte die Feinde mit Massen alles Kriegsgeräts und -bedarfs, sowie mit Geld, und politisch war dieser stärkste Neutrale stets auf der anderen Seite zu finden, bis er sich schließlich zur Teilnahme am Kriege entschloß.

Von den europäischen Staaten waren die Schweiz, Schweden und die Niederlande, sowie Spanien gewillt, freundliche Neutralität zu wahren, soweit die Regierungen in Betracht kamen; die Stimmung der Bevölkerungen war ungleich — in der welschen Schweiz offen feindlich; ebenso unter dem Einfluß des angeblichen deutschen Unrechts an Belgien und der erlogenen deutschen Greueltaten daselbst diejenige der unteren Schichten in Holland. Unfreundlich war die Haltung Dänemarks, Norwegens und Griechenlands, wo überall Englands Einfluß und Geld maßgebend war.

Italien und Rumänien hatten sich der nicht nach dem Wortlaut, wohl aber nach dem Sinne der Verträge unbestreitbaren Bundespflicht entzogen, der gemäß sie mit den Mittelmächten hätten zu Felde ziehen müssen; dabei half ihnen der Umstand, daß das deutsche Reich auf

Bethmann Hollwigs Betreiben an Russland und Frankreich förmlich den Krieg erklärt hatte. Trotz aller fadenscheinigen Begründungen für ihr Verhalten war es klar, daß beide entschlossen waren, auf die Seite der voraussichtlichen Sieger zu treten — in Italien wurde dies ungescheut mit der Redensart ausgesprochen „gebt uns einen Sieg“, d. h. erstreitet ihr Deutschen einen so großen militärischen Erfolg, daß der Kriegsausgang nicht mehr zweifelhaft ist. Die Gerechtigkeit gebietet es anzuerkennen, daß beide Länder in schwieriger Lage waren: Italien fand sich von der See her dem Angriff feindlicher Flotten ausgesetzt, und Rumänien fürchtete die Überflutung durch russische Heere, so lange die Übermacht dieses Gegners nicht gebrochen war. Dazu kamen die politischen Gegensätze beider zum habsburger Reich, die zu „irredentistischen“ Strömungen geführt hatten: die in Ungarn lebenden Rumänen wurden von den im Besitze der Staatsgewalt befindlichen Magyaren hart bedrückt und strebten aus diesem Staate hinaus und zu ihren Landsleuten im Königreich Rumänien hinüber. Die in Südtirol und an der Adria lebenden italienischen Untertanen Österreichs hatten über keine Zurücksetzung zu klagen — im Gegenteil; weder in Südtirol noch viel weniger an der Adria war der Wunsch, mit Reichs-Italien vereinigt zu werden, in nennenswertem Umfange vorhanden. Auf dem platten Lande war man von solchem Wunsche ganz entfernt; in den Städten handelte es sich nur um verhältnismäßig wenige Heizer, die aber in engster Fühlung mit den Gesinnungsgenossen des Königreichs standen und eine lebhafte, lärmende Tätigkeit ausübten — durchweg waren es Angehörige der italienischen Freimaurer-Logen. So wurde die „irredentistische“ Bewegung doch zu einer gefährlichen Klippe im Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Dazu kam noch der Gegensatz zwischen beiden in der sog. „albanischen Frage“, der mit der habsburgischen Balkan- und der italienischen Adria-Politik zusammenhang: Italien dachte daran, auf der anderen Seite der Adria in Valona Fuß zu fassen, was Österreich-Ungarn nicht zulassen wollte. Die Mächte des Vielverbandes verstanden es, all diese Bestrebungen zu fördern und für ihre Zwecke auszunutzen.

Lagen die Dinge infolge dieser Umstände für die Mittelmächte diesen Bundesgenossen gegenüber von vornherein ungünstig, so daß eine Erfüllung der Bundespflicht an der Seite Österreich-Ungarns sowohl in Italien wie in Rumänien mindestens unvollständig gewesen wäre, so wurde die Lage noch schwieriger, als der entscheidende Waffenerfolg des deutschen Heeres bei Kriegsbeginn ausblieb. Der Rückschlag an der Marne hatte auch dort weittragende politische Folgen, indem die zögernden Bundesgenossen nun noch weniger bereit waren, den Vertrag zu erfüllen. Es soll aber festgehalten werden, daß das deutsche Reich der Hilfe dieser Bundesgenossen wesentlich mit deshalb entraten mußte, weil die Rumänen Un-

garns wegen der Bedrückung durch die Magyaren, und weil — von der Regierung nicht gehindert — ein struppenlos vorgehender Teil der städtischen italienischen Bevölkerung Österreichs von Habsburg wegstrebten, während die Regierungen Rumäniens und Italiens die „irredentistische“ Bewegung des eigenen Landes glaubten berücksichtigen zu müssen.

Dies alles zugegeben, bleibt das Verhalten der Regierungen in Rom und Bukarest widerwärtig, ja ehrlos. Die Verbundsmächte ließen alle Künste der Überredung, Drohung und Bestechung spielen, um die beiden Verbündeten der Mittelmächte zu sich herüberzuziehen und wurden durch die Freimaurer beider Länder entscheidend unterstützt. Das Auswärtige Amt in Berlin dagegen, dem von Rechts wegen entsprechend der ungeheuren Kriegsleistung des deutschen Reiches die politische Führung der Mittelmächte zugekommen wäre, war hilflos und schwach. In Rom und Bukarest wußte man, daß der stärkere Wille bei den Verbundsmächten, jedenfalls in London, sei und rechnete damit, daß die Politik des stärkeren Willens zuletzt den Sieg davontragen werde.

Bis beide Staaten schließlich ihren Entschluß faßten, gegen die Mittelmächte loszuschlagen, wurde ein häßlicher diplomatischer Kampf geführt, in dem aus den angegebenen Gründen die Mittelmächte den kürzeren zogen. Ihre Heere hatten die schwere Aufgabe mit Blutopfern gut zu machen, was die politische Leitung versäumte, und wirklich ist es ihnen bis zum Ende des Krieges gelungen, die militärische Kraft der abtrünnigen Bundesgenossen lähm zu legen. Davon wird noch zu reden sein; hier sei aber erwähnt, daß selbstverständlich die Kräfte, die gegenüber Italien und Rumänien zuerst zur Beobachtung, dann zur Bekämpfung notwendig waren, an anderen Stellen fehlten, so daß die Verbundsmächte den militärischen Vorteil davon hatten.

In der Türkei hatten die jungtürkischen Machthaber, an der Spitze der tatkräftige Enver Pascha, sofort erkannt, daß ihr Vaterland in diesem Kriege nicht neutral bleiben könne; die Überlegung, daß die Russen den Besitz Konstantinopels und der Meerengen erstrebten, während die Mittelmächte, besonders das deutsche Reich, seitdem es Ballanpolitik überhaupt zu treiben begonnen hatte, stets für die Erhaltung der Türkei eingetreten war, führte zu dem begreiflichen Entschlusse, sich mit den Mittelmächten zu verbünden. Freilich war das Land von den Kriegen der letzten Jahre so geschwächt, daß seine militärische Leistung nicht sehr groß werden konnte; zudem mußte Zeit gewonnen werden, um die Kriegsbereitschaft einigermaßen zu sichern und aus dem deutschen Reiche Führerkräfte und Hilfsmittel heranzuschaffen, die das Rückgrat der türkischen Leistung bilden konnten. Dabei kam es der deutschen Heeresleitung hauptsächlich darauf an, die Meerengen gesperrt zu halten, damit von Süden her keine Verbindung zwischen Rußland und seinen Verbündeten hergestellt werde:

jenem sollte die Zufuhr von Kriegsbedarf aller Art, diesen die Lieferung russischer Lebensmittel abgeschnitten bleiben.

Mit der Übernahme der deutschen Kriegsschiffe „Goeben“ und „Breslau“ in den türkischen Dienst, war in der Sache eigentlich die Stellungnahme des Osmanenreiches entschieden; Ende Oktober 1914 waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Türkei Harbe bekannte und Anfang November 1914 erklärten die Mächte des Vierverbandes ihr den Krieg.

Die wesentliche Aufgabe des türkischen Bündnisses, Rußland vom Mittelmeer abzusperren, wurde erfüllt, sonst aber blieb dieser Bundesgenosse weit hinter den auf ihn gestellten Erwartungen zurück. Wo militärisch Bedeutendes geleistet wurde, war deutsche Führung und Hilfe entscheidend.

Länger dauerte es, bis das Zartum Bulgarien sich entschied, ob und auf welcher Seite es am Kriege teilnehmen werde; dies geschah erst im Oktober 1915, doch soll der Vorgang des Zusammenhanges halber hier geschildert werden. Bulgarien war trotz großer Erfolge und Leistungen im ersten Balkantriege (1912/13), als es sich mit seinen Verbündeten Serbien, Griechenland und Montenegro wegen der Teilung der türkischen Beute entzweit hatte, im zweiten Kriege unterlegen; es hatte den ungünstigen Frieden von Bukarest (August 1913) schließen müssen und war geschwächt und gedemütiigt aus dem Felde zurückgekehrt. Der Haß gegen Serben und Rumänen war groß — nicht minder das Verlangen, den Gebietverlust des Bukarester Friedens wieder gut zu machen. So wurde das Zartum von vornherein an die Seite der Mittelmächte gewiesen — aber ehe es zu einem klaren Entschluß kam, verhandelte Zar Ferdinand nach allen Seiten, um seinem Lande Vorteile zu sichern. Ein Versuch, der nach der Niederlage Bulgariens und ihren Folgen begreiflich war und durch den zur Vorbereitung für alle Hölle Zeit gewonnen wurde.

Die Obersten Heeresleitungen der Mittelmächte mußten auf die Bundesgenossenschaft Bulgariens Wert legen, weil dadurch die Verbindung mit der Türkei hergestellt wurde; diese wurde je länger je mehr nötig, um den Osmanen alles zuzuführen, was im Südosten zur erfolgreichen Kriegsführung notwendig war.

Am 14. Oktober 1915 war die Lage für Bulgarien zur Entscheidung reif; es erklärte an Serbien den Krieg und zog mit den Heeren der Mittelmächte zu einem glänzenden Feldzuge aus, von dem später zu berichten ist.

Mit der Gewinnung dieses Bundesgenossen war die politische Anziehungskraft der Mittelmächte erschöpft.

Betrachtete man dies Ergebnis vom reichsdeutschen Standpunkt, so war es höchst unerfreulich: das deutsche Reich hatte nur „franke“ Bundesgenossen gefunden, über deren Schwäche sich niemand einer Täuschung hingeben konnte. Ein verzweifeltes Ergebnis der deutschen Politik.

Die rücksichtslos entschlossene Staatskunst Englands ging zielbewußt ihres Weges weiter und verband sich schließlich neben den ursprünglichen Verschworenen noch weitere Staaten. Aus den Mittelmächten war der Dierbund geworden. Im Dierbund aber hatte das deutsche Reich die Hauptlast zu tragen.

### Die Vorgänge in der Heimat.

In den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch hielt die begeisterte und entschlossene Stimmung an, die in den letzten Julitagen aufgeflammt war. Was Wunder, da ein strahlender Sieg nach dem anderen gemeldet wurde und alles mit Stolz auf die Taten des unvergleichlichen Heeres blickte. Man rechnete mit einem baldigen günstigen Ende des Kampfes und ließ sich in dieser Hoffnung auch durch den Rückzug nach der Marne-schlacht nicht irre machen. Freilich über dieses Ereignis wurde die deutsche Öffentlichkeit sehr mangelhaft unterrichtet, so daß nur wenige über seine voraussichtlichen Folgen klar sahen. So sehr es geboten war, alle sich auf die Kriegsführung beziehenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Nachrichten sorgfältig zu sichten, um dem Feinde keine Fingerzeige zu geben, so unflug war es, die Nachrichtenprüfung und -überwachung von vornherein so anzulegen, daß dem Volke minder günstige oder ungünstige Vorgänge ganz vorenthalten wurden, als wäre es unfähig sie zu ertragen. Aber nicht nur das geschah; die „Zensur“ genannte Überwachung aller durch Wort und Schrift ins Volk gelangenden Mitteilungen wurde auch auf politische Vorgänge vor dem Kriege, sowie auf Urteile und Meinungen ausgedehnt, die Bethmann Hollwegs Politik nicht billigten; schließlich mußte die Zensur dazu dienen, alle und alles zu unterdrücken, was sich — wenn auch aus ernster vaterländischer Besorgnis — gegen politische und wirtschaftliche Maßnahmen dieses Reichskanzlers wandte, einerlei ob das Urteil sich auf Vorgänge in oder vor dem Kriege bezog.

Auf diese Art beherrschte die Zensur jahrelang die öffentliche Meinung; sie schützte ihren Herrn und Meister vor unbequemen Angriffen und hielt das Volk im Dunkeln über die wahre Bedeutung dieses Kampfes ums Dasein, sowie über die vollkommene Unzulänglichkeit der politischen deutschen Kriegsführung nach außen und im Innern. Es war, als ob die Machthaber den in der Heimat gebliebenen Deutschen weder die seelische Kraft, noch die Nervenstärke zutrauten, die ein derartiger Krieg erfordert, und als ob sie wie Kranke oder Kinder vor der Berühring mit der Wirklichkeit verschont bleiben sollten. Ein Verfahren, das sich bitter rächtet und auf das in solcher Zeit nur Menschen verfallen konnten, denen es selbst an seelischer Widerstandskraft und Nervenstärke gebrach und die zudem dem Seelenleben ihres Volkes ganz verständnislos gegenüberstanden. Die Zensur hatte noch den Zweck, den unmöglich gewordenen

Reichskanzler und seine Leute vor den allzu berechtigten Angriffen der Gegner ihrer äusseren und inneren Politik sicher zu stellen, und für die sorgfältigste Erfüllung dieser Aufgabe sorgte die Reichskanzlei durch Vermittlung des sog. Kriegspresseamtes auf das Peinlichste. Wurde die Regierung wegen des unerträglichen, durch die Zensur geschaffenen Zustandes zur Rede gestellt, so erwiderte sie, daß sie darauf keinen Einfluß habe, da dies eine militärische Angelegenheit sei. An sich eine Halbwahrheit — in Wirklichkeit eine Lüge, da die politische Beeinflussung der Zensur von den politischen Stellen ausging und von den militärischen nur ausgeführt und gedeckt wurde. Die Zensur war nämlich den für die Heimat geschaffenen „stellvertretenden Generalkommandos“ übertragen worden die — aus Offizieren bestehend — in politischen Dingen fast durchweg ohne Erfahrung und Urteil waren und in allen politischen Fragen nach den Anordnungen der politischen Stellen vorgingen. Ein Zustand, wie er für eine Regierung ohne Mut und Kraft gar nicht bequemer gedacht werden konnte: auf diese Art vermochte sie alle politischen Gegner munter zu machen, die Verantwortung dafür aber unter Hinweis auf den militärischen Charakter der Zensur abzulehnen. Dies üble Spiel wurde bis gegen das Ende des Krieges getrieben und vergiftete die öffentliche Meinung des Landes. Ein Jammer, daß sich die Generale in der Heimat — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — zu so schädlichem und unwahrhaftigem Treiben hergaben, dessen aufreizende Folgen sich dann am Heere selbst rächteten, weil all dieses von den inneren Gegnern des Heeres als Auswüchse eines unterdrückungswütigen „Militarismus“ hingestellt wurde.

Aber dieses Treiben wäre nicht möglich gewesen, wenn es die Parteien des Reichstages, die mit dem Kanzler zusammengingen, und ihre Presse im Lande nicht zugelassen hätten. Daß dies geschah, war die Folge eines — sei es stillschweigenden, sei es ausgesprochenen — Übereinkommens zwischen Bethmann Hollweg und jenen Kreisen. Kein Wunder: die äußere Politik dieses Kanzlers einschließlich der mangelhaften Ausgestaltung von Heer und Flotte für den Kriegsfall war stets von den Parteien des Zentrums, der bürgerlichen Demokratie und der Sozialisten gebilligt worden; sie waren von Rechts wegen für deren unglückliche Folgen mitverantwortlich; dasselbe galt von ihrer Presse. Sie schützten sich selbst, wenn sie zuließen, daß der Kanzler sich durch eine verlogene Anwendung der Zensur sicherte. Das Wort vom „Burgfrieden“, das seine Berechtigung hatte, wenn es ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller nützlichen Kräfte unter Zurückstellung von Meinungsverschiedenheiten zum Zwecke des inneren Zusammenhaltens während der Kriegsnot forderte, wurde dahin verschärfzt, daß auch die großen, entscheidenden Fragen sachlicher und persönlicher Art unerörtert bleiben sollten — zum Vorteil

der Unfähigen, Schwachen, Böswilligen. Was Bethmann Hollweg und sein Anhang im Reichstag und in der Presse unter Burgfrieden verstanden, war nichts anderes als der bedingungslose Schutz ihrer früheren und gegenwärtigen Politik; wer dagegen anzukämpfen suchte, und sei es aus stärksten Gründen vaterländischer Sorge und Not, wurde bezichtigt, den Burgfrieden brechen zu wollen oder gebrochen zu haben, und verfiel der Zensur.

Es bezeichnet den Tiefstand des deutschen öffentlichen Lebens sowie die innere Unfreiheit und mangelnde politische Schulung seiner Träger in der Presse und im Reichstag, soweit sie mit einem solchen durch die Ereignisse als unbrauchbar gekennzeichneten Kanzler gingen, daß ein derartiges Treiben möglich war. Draußen im Felde die furchtbare Wahrhaftigkeit des Krieges — zu Hause die Herrschaft der Lüge, ausgeübt von ebenso fleimütigen wie unsäglichen Menschen. Wiederholte Versuche unabhängiger Männer, die das Vaterland und die Krone retten wollten, den Kaiser über das Wesen seiner nächsten Ratgeber und den wahren Zustand der Heimat aufzuklären, scheiterten an der Unmöglichkeit die Mauer zu durchbrechen, die um den Herrscher errichtet war. Es liegen Beweise dafür vor, daß der Kaiser gar nicht die Fühlung mit seinen Getreuesten wünschte, sei es, weil er die Wahrheit fürchtete, sei es, weil er über die Absichten jener falsch unterrichtet war.

Als die Engländer auch Nahrungsmittel, die — über See kommend — für die Bevölkerung des deutschen Reiches bestimmt waren, für „Bannware“ erklärten, wurde klar, daß alles darauf ankomme die Ernährung zu sichern; denn was half aller erfolgreiche Widerstand im Felde, wenn die Heimat am Hunger zusammenbrach? Diese Aufgabe erschien den Sachverständigen, so schwierig sie war, nicht unlösbar, da die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege so hoch entwickelt worden war, daß noch nicht ganz ein Fünftel des Gesamtbedarfs an Lebensmitteln aus dem Auslande bezogen wurde, freilich auch die für die Viehhaltung wichtigen Futtermittel in großen Mengen. Man hatte bald nach den ersten Kampfhandlungen weite feindliche Gebiete besetzt, die jedenfalls zur Ernährung des Heeres herangezogen werden konnten und später die Heimat versorgen halfen. Die führenden Männer der deutschen Landwirtschaft und des Handels waren überzeugt, daß die Aufgabe gelöst werden konnte, und sie unterbreiteten der Regierung Vorschläge, die auf ihrer Erfahrung beruhten. Aber diese ging den Weg, den ihr Unverantwortliche rieten, indem sie sog. Kriegsgesellschaften gründete, denen die Beschaffung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe übertragen wurde — Einrichtungen zwar kaufmännischer Art, aber mit amtlichen Befugnissen, bei denen sich bald die Schattenseiten sowohl der Bürokratie wie des Handels herausstellten.

Ausgegangen waren diese Gesellschaften von dem Bedürfnis, alle für die Ausrüstung des Heeres notwendigen Dinge in die Hand zu bekommen; zu diesem Zwecke wurde ihre Beschlagnahme von Amts wegen verfügt und sie sollten an gewissen Stellen zusammenströmen, um von da zur Verwendung verteilt zu werden; diese Stellen waren die ersten „Kriegsgesellschaften“. Man brachte der Regierung und der Heeresverwaltung die Ansicht bei, daß dies Verfahren sich bewährt habe, und so entstand Gesellschaft auf Gesellschaft, um so ziemlich alles zu erfassen, was für den Bedarf des Heeres und der Heimat notwendig war. Der freie Handel wurde vollkommen ausgeschaltet — damit verschwanden manche Waren aus dem Verkehr oder waren nur gegen Wucherpreise zu haben.

Es bleibe dahingestellt, ob der freie Handel im Kriege aufrecht zu erhalten war — jedenfalls steht fest, daß das Treiben der Kriegsgesellschaften sich als gemeinschädlich erwies, und daß die Regierenden auf alle Ratschläge wirklich Sachverständiger nicht hörten. Die Folgen waren verheerend: Mangel an allen Enden, auch wenn an sich hinreichende Vorräte vorhanden waren; ein unehrlicher Handel entstand, der das Bedürfnis der Bevölkerung auf Schleichwegen zu befriedigen wußte und dafür Wucherpreise nahm. Durch nichts wurde die allgemeine Stimmung im Lande, besonders der Frauen, so gedrückt, später erbittert und endlich aufgereizt, wie durch das Treiben der Kriegsgesellschaften und seine Folgen.

Diese Einrichtung ist, was ausgesprochen werden muß, eine jüdische Erfindung; sie geriet von Anfang an zum weitaus größten Teile in die Hand von Juden, die, infolge ihrer von den Behörden als gemeinnützig angesehenen Tätigkeit, einerseits vom Heeresdienste verschont blieben andererseits Gelegenheit hatten, das gesamte wirtschaftliche Leben des Volkes in ihre Hand zu bekommen und ungeheure Gewinne zu machen.

Die Geduld der Heimat wurde durch diese Maßnahmen einer weltfremden und geschäftsunerfahrenen Bürokratie — auch der militärischen — auf eine harte Probe gestellt, und bei längerer Dauer des Krieges und wachsenden Entbehrungen war zu erwarten, daß die Hochstimmung der ersten Kriegswochen verschwinden werde. Es durfte auch nicht außer acht gelassen werden, daß die schweren Verluste im Felde, die bald kein Haus mehr ungetroffen ließen, und die Zerreißung des Familienlebens, die durch die längere Dauer des Krieges in Millionen von Häusern eintrat, ihre Wirkung auf die Seelen der Zurückgebliebenen nicht verfehlten würden.

Es mußte ein Mittel gefunden und angewendet werden, das die Stimmung der Heimat zu ruhiger, starker Entschlossenheit festigte, um die Zermürbung der Seelen zu verhüten. Dies erblickten Männer, die ihr Volk kannten, die mit ihm zu leben gewohnt waren und die ganz in seinem Dienste aufgingen, darin, daß man der Öffentlichkeit klar mache, worum es in Wahrheit in diesem Kriege gehe, daß es ein

Kampf auf Leben und Tod sei, der angesichts des Vernichtungswillens der Feinde nur mit dem deutschen Siege enden dürfe, wenn anders das deutsche Volk nicht einem Sklaven-  
dasein versallen solle — daß endlich im Halle dieses Sieges das deutsche Reich sich von den Feinden diejenigen Sicherheiten erzwingen müsse, die eine Wiederkehr so ungeheurer Gefahr ausschließen. Nach den Ansichten jener Männer sollte das Volk sonach in gleicher Weise über die Größe der Gefahr wie über Art und Umfang des Siegespreises aufgeklärt werden — beides mit der Absicht, den Willen zum Durchhalten so zu festigen, daß er jeder Belastungsprobe gewachsen sei.

Dieser doppelten Absicht entsprang die sog. „Kriegsziel-Bewegung“; sie hatte nichts gemein mit großenwahnsmüglichen Weltmachtplänen, sondern befaßte sich mit den durch den Lauf der Geschichte erwiesenen Notwendigkeiten, die zur Sicherung der deutschen Zukunft erfüllt werden mußten; dabei wollte sie zeigen, daß schließlich jeder Volksgenosse am Ausgang des Krieges beteiligt sei, indem der Sieg einem jeden Besserung seiner Lage, die Niederlage aber Schaden, ja Untergang bringe.

Man hätte denken sollen, daß jeder Regierung eine solche Bewegung, die von unabhängigen Männern im Volke ausging, willkommen gewesen wäre, daß sie in ihr eine Förderung ihrer eigenen auf die innere Festigung der Heimat wie der kämpfenden zielenden Absichten erblickt hätte. Aber der fünfte Reichskanzler war anderer Meinung, mit ihm seine Leute, die klein dachten und instinktlos waren, wie er selbst. Bethmann Hollweg sah in den Vertretern des „deutschen Kriegsziels“ — wie das in Übung gekommene Schlagwort lautete — nur unbequeme Störer seiner eigenen Politik, und zwar sowohl der äußeren wie der inneren. Den Feinden stand er noch immer ahnungslos gegenüber, indem er, von seiner eigenen Willensschwäche schließend, bei ihnen die Absicht baldiger Verständigung annahm und eine solche durch das Bekanntwerden der deutschen Kriegszielpläne gefährdet glaubte. Denn in ihnen war die Angliederung Belgiens an das deutsche Reich, die Vorschreibung der deutschen Grenzen im Westen und Osten nach Maßgabe des deutschen Schutzbedürfnisses, sowie eine Kriegsentschädigung vorgesehen — alles Dinge, die im Vergleiche mit den Absichten der Feinde äußerst maßvoll waren, die aber der Reichskanzler als Ausfluss eines auf deutschem Boden einfach unmöglichen „Chauvinismus“ ansah. Eine politische Ausnutzung des etwa erstrittenen militärischen Sieges entsprach den Anschauungen Bethmann Hollwegs nicht.

Darin traf er sich mit den Führern der Sozialdemokratie im Reichstag und ihren Wortführern in der Presse: sie hatten bei Kriegsausbruch den Einfluß über ihre Gesellschaft verloren, in der die eingeborene Vaterlandsliebe stürmisch aufgeflammmt war, und sie hatten sich, um ihre Vereinsamung nicht zu offenbaren, veranlaßt gesehen, mit Ausnahme einer

kleinen Minderheit, am 4. August die „Kriegskredite“ zu bewilligen; dies geschah mit der Begründung, daß die zur Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Mittel nicht versagt werden sollten. Seitdem beherrschte das Schlagwort vom „Verteidigungskrieg“ die parteiamtliche Haltung der Sozialdemokratie; ein solcher erlaube keine Eroberungen, keine „Annexionen“; die Führer ließen dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber, daß das weitere Verhalten der Partei im Kriege davon abhänge, daß der Krieg den Charakter des Verteidigungskampfes nicht verliere. Bethmann Hollweg zog daraus den Schluß, daß die Sozialdemokratie durch öffentliche Kriegsziel-Erörterung nicht gereizt werden dürfe, und diese innerpolitische Rücksicht stimmte mit seiner außerpolitischen überein, da er die Kriegsziel-Erörterung als störend für seine äußere Politik ansah.

Aus solchen Erwägungen kam er dazu, jede Kriegsziel-Erörterung in Wort und Schrift durch die stellvertretenden Generalkommandos unterdrücken zu lassen; dabei wurde mit allen kleinen Künsten polizeilicher Willkür verfahren, die bewiesen, wie wenig die Inhaber der Staatsgewalt vom Geiste der Zeit begriffen hatten.

In nichts nun offenbarte sich die politische Instinktlosigkeit des Reichskanzlers deutlicher, als in seinem Abhängigkeitsverhältnis von den sozialistischen Führern: sie glaubte er wegen des „Eindrudes auf das Ausland“ bei guter Laune erhalten zu müssen, damit sie ihm im Reichstag nicht die Gefolgschaft versagten; in ihnen erblickte er eine Macht, wider deren Stachel er nicht lösen dürfe. Deshalb war er — abgesehen von seiner eigenen Veranlagung — ängstlich bestrebt, seine ganze äußere und innere Politik während des Krieges danach einzurichten, daß sie bei der Sozialdemokratie keinen Anstoß erregte. Ohne Verbindung mit dem Volke, sah Bethmann Hollweg in den sozialistischen Führern allein die Angehörigen der stärksten Partei im Reichstage und deshalb waren sie eine Macht für ihn, nach deren lauten oder stillen Wünschen er sich richtete. Daß diese Führer in Wahrheit machtlos geworden waren, weil ihre Gefolgschaft sich, durch die Ereignisse aufgerüttelt, zum Vaterlande und zur Volksgesamtheit zurückgefunden hatte, erkannte der lebensfremde Bureaufrat nicht und er sah deshalb auch nicht, daß nun der Augenblick gekommen war, wo die großstädtische Arbeiterschaft anders fühlte und dachte als ihre Vertreter im Reichstag. Für einen schöpferischen Staatsmann stieg die glückverheißende Gelegenheit auf, wo die Arbeiterschaft von ihren „international“, staats- und gesellschaftsfeindlich gerichteten Verführern befreit werden, wo eine auf dem Boden des eigenen Volkes, seines Staates und seiner Gesellschafts-Ordnung stehende völkische Arbeiterbewegung ins Leben gerufen werden konnte. Von alledem fühlte und sah Bethmann Hollweg nichts; seine Art Politik zu machen, wies ihn auch auf die innerpolitische „Verständigung“, d. h. auf die Berücksichtigung und Anerkennung jener Partei-

häuptlinge, die im Reichstag über die meisten Sitze verfügten. Durch sein Verhalten hat er recht eigentlich den sozialdemokratischen Führern wieder zur Macht verholfen, er hat ihnen geradezu die verloren gegangene Gefolgschaft wieder zugetrieben und weiterhin in den wieder machtbewußt gewordenen Führern jene Herrschaftsucht groß gezogen, deren rücksichtsloser Betätigung schließlich das deutsche Reich zum Opfer gefallen ist.

Was von den sozialistischen Führern gesagt ist, gilt auch von ihrer Presse: bei Kriegsbeginn fügte sie sich der Volksstimmung und hielt sich in gewissen Grenzen; sobald die Partei im Reichstage wieder ihr Selbstbewußtsein gewonnen hatte, fiel die Presse, zum größten Teile von volksfremden Juden geschrieben, in die alte zerstörende und verheizende Weise zurück. Wenn die stellvertretenden Generalkommandos dies durch die Zensurmaßnahmen verhinderten, wurde es als eine Gefährdung des Burgfriedens hingestellt, indem man ihnen „reactionär-militaristische“ Bestrebungen andichtete. Da Bethmann Hollweg und seine Leute unter allen Umständen Zusammenstöße mit den Sozialisten vermeiden wollten, wurde ihre Presse äußerst nachgiebig behandelt: so gewann sie eine Bewegungsfreiheit, die viel größer war als die der staatstreuen Zeitungen; das hinderte sie aber nicht fortgesetzt auf Täuschung und Einschüchterung berechnete Beschwerden über angebliche Knebelung vorzubringen.

Die Haltung der übrigen Parteien war zweifellos bei Kriegsbeginn und in den ersten Kriegsjahren aufrichtig volks- und reichstreu; dies war bei den Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und dem rechten Flügel des Zentrums und der Freisinnigen selbstverständlich; aber der völkische Schwung jener Zeit war so hinreißend, daß er auch auf die nur bedingt völkisch-zuverlässigen Angehörigen der beiden zuletzt genannten Parteien wirkte.

Die Presse all dieser Gruppen verhielt sich entsprechend dem Verfahren der Parteileitungen, so daß in der ersten Kriegszeit wirklich von einer geschlossenen, stark völkisch-gestimmt öffentlichen Meinung geredet werden konnte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die unabhängige völkische Presse am meisten unter der Zensur zu leiden hatte, da sie sich durch derartige Vorkommnisse nicht in der begeisterten Vertretung des völkischen Gedankens beeinflussen ließ.

Ein folgenschweres Versäumnis aber war es, daß sich die stark völkisch gerichteten Parteien des Reichstags aus falsch verstandenen Rücksichten auf die Wirkung im Ausland — ihrer besseren Erkenntnis und Neigung zuwider — davon abhalten ließen im Reichstag den rücksichtslosen Kampf gegen den Reichskanzler aufzunehmen und damit das Vaterland in seiner schwersten Not von einem so unbrauchbaren Leiter seiner politischen Geschicke zu befreien. Das Urteil aller einsichtigen Angehörigen dieser Reichstagsgruppen über Bethmann Hollweg war vernichtend, aber es kam nicht zum öffentlichen Ausdruck.

So konnte der Unselige sich im Amte halten, ja es hatte den Anschein, daß er der Vertrauensmann des ganzen Volkes sei, da er bei allen wichtigen Gelegenheiten im Reichstag in den ersten Jahren fast allgemeine Zustimmung fand. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die bedingungslose Gefolgschaft der sog. großen Presse, die, fast ganz in jüdischen Händen befindlich, in Bethmann Hollweg den Geistesverwandten erblickte und verteidigte. Wie sehr indes das dem Reichskanzler in den Tagen seines Kampfes gegen die völkischen Kreise gespendete Lob zweckdienliche Mache war, zeigte sich nach seinem Sturze und später um die Zeit des Zusammenbruches, als dieselben Blätter, die ihn damals als weisen und großen Staatsmann gepriesen hatten, ihn nun fallen ließen, ja verunglimpften.

Lediglich die zunächst kleine Gruppe des äußersten linken sozialistischen Flügels versagte ihm die Gefolgschaft. Sie hatte sich anlässlich der Haltung der Parteimehrheit in den Kriegsfragen abgesplittet und vertrat, trotzdem in allen am Kriege beteiligten Ländern der Wahngedanke der „Internationalen“ flächig und vollkommen an den nationalen Instinkten zerbrochen war, auf deutschem Boden nach wie vor dies Zerrbild einer Weltanschauung; bezeichnend, daß in dieser „Arbeitsgemeinschaft“ — wie das anfangs kleine Häuflein sich nannte — die Juden ganz die Führung hatten; im Frühjahr 1917 bildete sie sich, durch großen Zulauf verstärkt, zur neuen Partei der „unabhängigen Sozialdemokratie“ aus.

Der Reichskanzler tat nichts, um dieser Schlange den Kopf zu zertragen; so konnte sie wachsen, bis sie das Reich erwürgte.

### Der Fortgang der Kriegshandlungen.

Nachdem im Westen das „Wettrennen nach dem Kanal“ für keinen der Gegner das erstrebte Ergebnis einer Überflügelung des Feindes gehabt hatte und die Kämpfe in der Hauptsache zum Stellungskrieg erstarrt waren, mußte sich die deutsche Oberste Heeresleitung auf einen längeren Krieg einrichten. Was immer an großen und hohen Taten da oder dort geschah, konnte nicht eher eine Entscheidung bringen, als bis in zähem Ringen einer der Feinde nach dem anderen so geschlagen wurde, daß er ausschied, und die deutsche Heeresleitung in die Lage kam, gegen die übrig gebliebenen nun mit so starken Kräften aufzutreten, daß auch sie niedergeschlagen werden konnten. Da die Feinde über viel größere Heere verfügten und zum Teil unerschöpflichen Menschenersatz hatten, ergab sich für die deutsche Leitung die Aufgabe, die eigenen Truppen möglichst zu schonen, damit das Heer nicht vor der Zeit zusammenschmolz, sich im allgemeinen in der Verteidigung zu halten und Angriffe nur da zu unternehmen, wo sie entweder durch feindliche Maßnahmen unbedingt geboten oder besonders aussichtsreich erschienen. Die Feinde machten begreiflicherweise von ihrer Überlegenheit Gebrauch, indem sie sowohl im Osten

wie im Westen immer von neuem angriffen; wo sie mit gefährdrohenden Stößen vorgingen, mußten deutsche Truppen von anderen Stellen zur Hilfe herangezogen werden. Die deutsche Heeresleitung nutzte den Vorteil der „inneren Linie“ gewandt und findig aus, und fast fortgesetzt rollten stärkere oder schwächere Teile des deutschen Heeres von einem Kriegsschauplatz zum anderen, um die Reise fortzusetzen, sobald sie ihre letzte Aufgabe gelöst hatten. Der Erfolg dieses Verfahrens war, daß die Feinde überall im Schach gehalten, auf manchen Kriegsschauplätzen sogar schwer geschlagen wurden; aber eine Entscheidung konnte infolge der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Mittelmächte vorläufig nirgends erzwungen werden.

Saßt man die Schwierigkeiten ins Auge, mit denen die deutsche Heeresleitung infolge der feindlichen Übermacht auf allen Kriegsschauplätzen zu kämpfen hatte, so ist es bewundernswert, was sie zustande brachte — bewundernswert auch, was die Offiziere und Soldaten leisteten.

Nach der Schlacht an der Marne war auf der deutschen Seite ein Wechsel in der obersten Heeresleitung notwendig geworden, da der frische Generaloberst von Moltke den außerordentlichen körperlichen und geistigen Anstrengungen, die sein Amt an ihn stellte, nicht mehr gewachsen war; er erhielt in dem bisherigen Kriegsminister General Erich von Falkenhayn, der ihm längere Zeit zur Unterstützung beigeordnet war, Anfang Dezember 1914 seinen Nachfolger. Der war zweifellos ein fähiger, an Gedanken und Aushilfen reicher Mann — aber es fehlte ihm die überlegene Ruhe des geborenen Feldherrn; seine Tätigkeit erscheint manchmal planlos und nicht bis ins Letzte durchdacht; auch besaß er gegenüber den Heerführern nicht jenes Ansehen, das ein Zusammenarbeiten im Kriege zur Voraussetzung hat. Als jener Wechsel in der obersten Führung nicht mehr vermeidbar erschien, richteten sich die Augen und Wünsche des Heeres auf die Männer, die inzwischen im Osten so Ungeheures vollbracht hatten — und im Volke fragte man sich, als die Ernennung Falkenhayns bekannt wurde, weshalb nicht Generalfeldmarschall von Hindenburg mit seinem Ludendorff an die ihm zukommende Stelle berufen worden sei. Es wird wahrscheinlich einmal als eine der am wenigsten begreiflichen Maßnahmen Kaiser Wilhelms II. angesehen werden, daß er damals die so bewährten Kriegsmeister des Ostens nicht in die Oberste Heeresleitung berief. Als dies fast zwei Jahre später geschah, war viel, viel Zeit verloren, viel versäumt, viel kostbares Blut geopfert worden.

Es ist zweckmäßig, den Gang der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen während der Zeitspanne, in der Falkenhayn Generalstabschef war, im Zusammenhang zu verfolgen; sie umfaßt die Zeit bis zum Hochsommer 1916.

\* \* \*

Im Westen haben wir die Kriegshandlungen bis zum Spätherbst 1914 geschildert; ihr Charakter änderte sich bis ins letzte Kriegsjahr kaum mehr.

Noch Ende Dezember unternahmen die verbündeten Feinde einen allgemeinen Angriff auf der ganzen Front von der See bis nach Verdun; er scheiterte an der unerschütterlichen Tapferkeit der Deutschen, denen es gelang während dieser Kämpfe den Engländern bei Givenchy eine schwere Niederlage zu bereiten.

Das Jahr 1915 begann mit blutigen Kämpfen am Kanal von La Bassée; Mitte März versuchten die Engländer in der Nähe davon den Durchbruch — vergeblich. Die Deutschen hielten nicht nur in Belgien und Nordfrankreich allgemein ihre Stellungen, sondern trugen sie an manchen Orten noch weiter vor.

Die Argonnen, bei dem Vormarsch von dem Heere des deutschen Kronprinzen genommen und nach der Marneschlacht wieder geräumt, wurden im Anschluß daran der Schauplatz schwieriger und blutiger Kämpfe, die sich mit Unterbrechungen die ganzen Kriegsjahre hindurch fortsetzten und die Überlegenheit der deutschen Truppen bewährten; es gelang, an wichtigen Stellen die deutsche Front zu verbessern.

In den Vogesen, besonders im Süden, wo die Franzosen bei Kriegsbeginn eingedrungen waren, rissen erbitterte Gefechte nicht ab. Zweimal hatte der Feind sich mit starker Übermacht Mülhausens bemächtigt gehabt, war aber bald wieder vertrieben worden. Nun drehten sich in der Folge die Kämpfe um den Hartmannswälerkopf, den Reichsäckerkopf, die Höhe von Bau de Sapt, das Schräzmännle und andere wichtige Punkte. Unter General Gaede hielt deutscher Landsturm dort so treue Wacht, daß dem Feinde kein Fortschritt gelang. Er blieb bis zum Ende des Krieges auf die Vorteile beschränkt, die er ganz im Anfang, als nur Grenzwachen in der Südwestecke des Reiches standen, dort errungen hatte.

Das Flußgebiet der Aisne sah im Herbst noch fortgesetzte Schlachten, die für die Deutschen durchweg günstig verließen. Anfangs Januar 1915 gelang den Franzosen die Einnahme einer starken Stellung nordöstlich von Soissons; daraus entwickelte sich, da sie dem Feinde nicht belassen werden durste, die dreitägige Schlacht bei Soissons (12. bis 14. Januar 1915), in der die Truppen der Generale von Loßow und Michura sich glänzend hielten.

Mitte Februar entbrannte schwerster Kampf in der Champagne; über einen Monat hindurch rannten die Franzosen mit mehr als doppelter Übermacht gegen die deutsche Linie zwischen Souain—Perthes—Massiges an, um den Durchbruch zu erzwingen; heldenhaft hielten ihnen zwei rheinische Armeekorps, verstärkt durch einige Brigaden Bayern und Garde, Stand.

Auch in dem schwierigen Gelände zwischen Maas und Mosel tobte der Kampf; der Priesterwald, St. Mihiel und die Combres-höhe waren seit Herbst 1914 heiß umstritten und den deutschen Truppen mußte in der Abwehr Unerhörtes zugemutet werden; aber sie wankten nicht. Im April und Mai 1915, ja bis in den Sommer hinein erneuerte sich der Ansturm der Feinde; hier und da gelang ihnen ein Vorteil, wurde ihnen aber bald wieder entrissen. Was dort besonders von den Bayern geleistet wurde, ist höchsten Ruhmes wert; es kann als eine Art Gesamtheldentat bezeichnet werden, die nur möglich war, weil Offiziere und Soldaten zu engster Gemeinschaft verbunden waren.

Der Feind ließ nicht nach: im Mai und Juni 1915 versuchte er an anderer Stelle den Durchbruch. Um die Russen, denen damals furchtbare Schläge versetzt wurden, zu entlasten, griff der französische Oberbefehlshaber Joffre den bayrischen Kronprinzen Rupprecht mit erdrückender Übermacht zwischen Lille und Arras an; unter ihm standen die Engländer unter General French. Sieben Wochen lang rannten die Feinde in ununterbrochenen Stürmen wider die deutschen Linien an; die Loretto-höhe, Loos, Lens, Festubert, Neuve Chapelle u. a. waren die umstrittensten Stellen. Der Kampf steigerte sich zur Entscheidungsschlacht in den Tagen vom 9.—21. Mai: mit der Hartnädigkeit des Verzweifelten ließ Joffre seine Heere zu ununterbrochenen Angriffen vorgehen; Kronprinz Rupprecht hielt ihm Stand. Sein Heer, das aus Truppen aller deutschen Stämme zusammengesetzt war, schlug sich heldhaft und vereitelte den groß angelegten Durchbruchsversuch, bei dem die Franzosen rund 80000 Tote und Verwundete verloren.

Aber dies war noch nicht das Härteste, was den Deutschen in diesem Jahre zugemutet wurde; ärgeres stand ihnen bevor. Im Osten waren die Russen weiter bedrängt worden und Bulgarien schien im Begriffe, sich auf die Seite der Mittelmächte zu schlagen. Um das zu verhindern und die Russen zu entlasten, unternahm Joffre im Herbst 1915 einen neuen Gewaltangriff, als dessen Haupt Schauplatz er die Champagne ausgewählt hatte; das offen verkündete Ziel war, die Deutschen aus Belgien und Frankreich hinauszuwerfen und die letzte Entscheidung auf deutschem Boden zu suchen. Den Engländern war dabei die Aufgabe gestellt, den deutschen Flankenschutz an der belgischen Küste mit ihrer Flotte niederzukämpfen und in der Nähe von Ypern vorzustoßen; die Franzosen sollten im Artois angreifen und den Hauptschlag in der Champagne führen. Vom 23. September bis Ende Oktober wütete der Kampf, das erste Beispiel der in diesem Kriege weiterhin in Übung gekommenen „Materialschlachten“. Ungeheure Übermacht von Geschützen, mit unerschöpflichem Schießvorrat versehen, war auf der ganzen Angriffsfront zur Stelle gebracht; durch tagelanges, ununterbrochenes „Trommelfeuer“ wurde

der Kampf eingeleitet, um die Deutschen, deren Artillerie einfach machtlos war, zu erschüttern — und dann im Sturm zu überrennen. Dies Verfahren war auch in diesem Kriege etwas ganz Neues, da das schon vorher verwendete „Trommelfeuer“ hier von Geschüßen schwersten Kalibers ausgeführt wurde, die mit der Geschwindigkeit des Gewehrfeuers ihre Eisenmassen schleuderten. An einzelnen Stellen kommt der Feind voran, nirgends gelingt ihm der Durchbruch. Trotz des wahnsinnigen mörderischen Feuers halten die Deutschen in der Haupthschlacht ihre Stellungen; wohl überrannte der Feind, als er am 25. September mit 27 Divisionen gegen vier deutsche nach solcher Vorbereitung überraschend vorbrach, unsere dünne vorderste Linie und machte durch Umfassung viel Gefangene; die zweite Linie aber wurde behauptet und die Franzosen hatten nur einen schmalen Geländeabschnitt voll Schutt und Trümmer gewonnen. Wahrlich, hier bewährten die Deutschen ein Heldentum eigener Art, indem sie die nerven-zerrüttende Wirkung dieses Feuers überstanden und die folgenden Massenangriffe unerschütterter feindlicher Truppen auffingen. Als der Kampf abflaut und einschläft, hat Joffre nichts Wesentliches erreicht, aber ungeheure Verluste erlitten; nach feindlichen Angaben liegen die Engländer an 60000, die Franzosen gegen 130000 Tote und Verwundete liegen, während die so schwer bedrängten Deutschen kaum ein Fünftel dieser Gesamtverluste zu beklagen hatten.

Die feindliche Niederlage war so schwer, daß der Rest des Jahres 1915 verhältnismäßig ruhig verlief; es mußte damit gerechnet werden, daß Joffre neue Kräfte sammle und erneut vorgehen werde. Die Oberste Heeresleitung der Deutschen war leider nicht in der Lage nach dieser Niederlage der Feinde im Herbst 1915 im Westen die Entscheidung zu suchen, weil ihre Kräfte im Osten noch zu stark eingesetzt waren.

Es wurde bekannt, daß ein neuer Hauptangriff der Franzosen und Engländer mit noch größerem Einsatz von Truppen und Artillerie im Frühjahr 1916 geplant und vorbereitet werde. Um, ihm zuvorkommend, die Entscheidung herbeizuführen, empfahl General von Falkenhayn dem obersten Kriegsherrn den Angriff auf Verdun, um dort die feindliche Front an wichtigster Stelle zu durchstoßen. Die Ausführung dieses Planes wurde beschlossen und dem deutschen Kronprinzen übertragen. Dieser selbst riet davon ab, den Feind an seiner stärksten Stelle anzupaden — abgesehen davon bemängeln Sachverständige, daß das Unternehmen in bezug auf Artillerie und Truppen nicht hinreichend vorbereitet gewesen sei und daß man, wenn es gewagt werden sollte, die Festung nicht gleichzeitig auf beiden Ufern der Maas angriff. Am 21. Februar 1916 begann der Sturm. Mit wuchtigen Stößen gingen die Deutschen unter todesverachtender Tapferkeit vor; sie eroberten in den ersten Tagen die Außenwerke und nahmen am 25. Februar die Panzerfesten Douaumont und

Hardaumont. Am 26. hatte der französische Befehlshaber beschlossen, die Festung zu räumen — aber an diesem Tage stöckte der deutsche Angriff. In Verdun übernahm der unerschütterlich-willensstarke General Pétain die Leitung; er setzte sich dafür ein, den Platz unter allen Umständen zu halten, und nun wurde Verdun zu einem Ehrenpunkte für Frankreich. Ein gewaltiges Ringen hob an, mörderisch für die Angreifer, wie für die Verteidiger. Anfangs März riet der deutsche Oberfeldherr Kronprinz Wilhelm zur Einstellung des Angriffes, nachdem die Eroberung in der Überraschung nicht gelungen sei; ihm widerstrebt es an falscher Stelle seine Truppen zu opfern. Aber General von Falkenhayn bestand auf Fortführung des Unternehmens, dessen Bedeutung, nachdem die rasche Einnahme des französischen Hauptplatzes nicht gelungen war, der deutschen Öffentlichkeit nun so beschrieben wurde, daß es den geplanten neuen Großangriff gestört und die für diesen verfügbaren feindlichen Kräfte auf sich gezogen und zum großen Teile verbraucht habe. Dies ist sicherlich der Fall gewesen; im März allein mußten die Franzosen in dem engen Raum um Verdun 28 Divisionen einsetzen und ihre Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen waren schwer. Aber sie wehrten sich mit zähster Entschlossenheit, indem sie ihre Geschicklichkeit bewährten, sich als Verteidiger dem Gelände anzupassen. Man weiß nicht, was größere Bewunderung verdient: die nicht entmutigte Angriffskraft der Deutschen oder die verbissene Abwehr der Franzosen. Um jeden Schritt wurde gekämpft; langsam kamen die Deutschen voran; unter ungeheuren Opfern hatten sie ein Außenwerk nach dem anderen genommen — aber die Franzosen nisteten sich von neuem im Gelände fest und als der Hochsommer gekommen war, ließ sich noch nicht absehen, wann das unerhörte Ringen den von Falkenhayn erstrebten Erfolg haben werde.

Als Ende August 1916 Generalfeldmarschall von Hindenburg Generalstabschef und Ludendorff erster Generalquartiermeister wurden, war ihr erster Befehl, die Angriffe auf Verdun einzustellen; sie wollten es nicht verantworten, an dieser Stelle das deutsche Heer sich verbluten zu lassen. Von da ab beschränkten die Deutschen sich darauf, zu halten, was sie gewonnen hatten; im Dezember 1916 aber gelang es dem Feind, sie aus wichtigsten Stellungen durch Überraschungsangriffe herauszuwerfen.

So endete dies mit großen Erwartungen begonnene Unternehmen, das furchtbare, blutige Verluste geföltet hatte, mit einem Sehnschlag und sein Erfolg beschränkte sich darauf, den Großangriff des Feindes verzögert und auch von ihm starke Kräfte verbraucht zu haben. Es wiederholte sich die politische Nebenwirkung, die nach der Marneschlacht in Frankreich und bei seinen Bundesgenossen eingetreten war: der militärische Misserfolg der Deutschen war ein französischer Erfolg, also ein Sieg. Als solcher wurde er überschwänglich gefeiert und stärkte die französische Sieges-

gewißheit, den Willen zum Durchhalten, von neuem, indem dem Volke die in der Tat rühmliche Leistung der Verteidigung von Verdun als Pfand des Endsieges dargestellt wurde.

Nachdem die deutschen Fortschritte vor Verdun sich verlangsamt hatten, konnte Joffre zur Ausführung des angekündigten Großangriffes schreiten, der mit größter Sorgfalt vorbereitet war und durch die Vorgänge auf anderen Kriegsschauplätzen zur Entlastung notwendig wurde. Für die neue Schlacht hatte der feindliche Oberfeldherr das Flußgebiet der Somme ober- und unterhalb Péronne ausgewählt, wo ihm wiederum der bayrische Kronprinz gegenüberstand. Anfang Juli wurde der Kampf mit tagelangem Trommelfeuer von unerhörter Hestigkeit eingeleitet; künstlich erzeugter Rauch und giftige Gase wurden ausgiebig angewandt. In allen Truppengattungen den Deutschen wesentlich überlegen, brachen die Franzosen nach solcher Vorbereitung auf der 50 km langen Linie Vermandouvillers—Gommecourt vor und warfen die zusammengeschossenen deutschen Verteidiger aus etwa 20 zerstörten Dörfern heraus. Aber so fest war trotz der höllischen Wildheit dieses Massenangriffes der deutsche Widerstand, daß auch diesmal ein Durchbruch an keiner Stelle der Schlachtfteile gelang. Am 20. Juli steigert sich der Kampf zur Entscheidung, nachdem die Engländer zum Angriff herangezogen sind; alles bisher an Wucht und Nachdruck Geleistete wird überboten; der Geschützkampf wird weiter gesteigert. Und trotzdem halten die wundervollen deutschen Kämpfer Stand — nur die Engländer vermögen einige Fortschritte zu erzielen, die Franzosen werden ganz zurückgewiesen. So ging es weiter bis in den Hochsommer hinein: fast täglich werden die Stürme erneuert; im günstigsten Halle gewinnt der überlegene Feind etwas Boden, aber nirgends durchstößt er den eisernen Wall der Deutschen. Wieder bewähren sich alle deutschen Stämme in dieser furchtbaren harten Dauerschlacht an der Somme, die bis tief in den Winter hinein anhält und erst ein eigenartiges Ende findet, als die neue Oberste Heeresleitung ihre Maßnahmen auf diesem Kriegsschauplatz getroffen hat. Die feindlichen Verluste gingen ins Riesenhafte; die gesuchte Entscheidung hatte Joffre aber auch diesmal nicht erzielt. Sein Wille war an dem Heldenmut der deutschen Verteidiger zuschanden geworden.

Wo hat ein anderes Volk derartiges geleistet!

Und doch war dies alles nur, was auf einem Kriegsschauplatz getan wurde, während der Kampf auf allen anderen weitertobte.

Im Osten war der Bundesgenosse noch Ende des Jahres 1914 von neuem schwer bedroht worden, nachdem es im erfolgreichen Zusammenwirken der verbündeten Heere gelungen war, die Russen zurückzuwerfen. Nun brachen sie wiederum gegen West-Galizien vor und griffen auch in der Bukowina an. Militärisch ging ihre Absicht dahin, über Krakau

nach Schlesien einzudringen, politisch: das schwankende Rumänien zum Anschluß an die Verbandsmächte zu bestimmen. Die viel schwächeren österreichisch-ungarischen Streitkräfte mußten sich zurückziehen; ihnen kommt der deutsche Bundesgenosse zu Hilfe und aus deutschen wie österreichisch-ungarischen Truppen wird unter dem Oberbefehl des Generals von Linsingen eine „deutsche Südarmee“ gebildet, der die Aufgabe gestellt ist, die Russen aus den Karpathen und den von ihnen besetzten Gebieten von Nord-Ungarn hinauszuwerfen. Mitte Januar 1915 entbrennt die Karpathen-Schlacht; sie dauert bis Ende April und gehört zu den größten Kriegshandlungen aller Zeiten. Zunächst nehmen die Verbündeten dem Feinde einen Gebirgskamm nach dem anderen ab; Unerhörtes hatten ihre Truppen zu leisten, aber weder die grimme Kälte noch Glatteis und Schneestürme vermögen sie am siegreichen Vorgehen zu hindern. Die Russen werden verstärkt und gehen von neuem vor, nachdem sich die Festung Przemyßl ihnen, durch Hunger bezwungen, hatte ergeben müssen und das Belagerungsheer frei geworden war. Mit der ganzen Gewaltsamkeit seiner Kriegsführung treibt der russische Oberbefehlshaber Sturmwelle auf Sturmwelle vor: die Angriffe des weit überlegenen Gegners scheitern an der Tapferkeit der Verteidiger. Es seien aus diesen Kämpfen nur die umstrittensten Stellungen genannt, wie der Dußla-, Lupkow- und Uszokpaß, aber auch die glänzende Eroberung des Zwinnin unter dem bayrischen General Grafen Bothmer erwähnt, der für uneinnehmbar gehaltene Berggrüden wurde am 9. April erstürmt. Als der Monat zu Ende ging, hatte Linsingens Süd-Armee ihre Aufgabe gelöst: Ungarn war von Russen befreit.

Inzwischen waren in Westgalizien die Vorbereitungen zu einem großen Schlag getroffen worden, deren Ziel es war, auch dies Kronland von den Russen zu säubern. Unter Generaloberst von Mackensen war ein starkes Heer gebildet worden, das aus sieben Armeen bestand; unter den deutschen Führern finden wir die Generale von Woyrsch und von Linsingen, unter den österreichischen Böhm-Ermolli, Boroevic und Pflanzer-Baltin. Am 2. Mai kam es im Raum von Gorlice-Tarnow zum Kampf, der die russischen Linien durchstoßen sollte, die sich dort in stark befestigten Stellungen gebildet hatten. Nach Plänen, die ihren Ursprung im Haupte des österreichischen Generalstabschefs Freiherrn von Conrad hatten, wurde die gewaltige Schlacht unternommen; ihr Ausgang war für die Verbündeten ein voller Sieg: die russische Front wurde an mehreren Stellen durchbrochen, so daß der Feind sich eiligst zurückziehen und, um nicht abgeschnitten zu werden, die noch gehaltenen Stellungen in den Karpathen räumen mußte. An 150000 Gefangene und 1000 Geschütze fielen in die Hand der Verbündeten. Der hart bedrängte Bundesgenosse war gründlich entlastet, die russische Front

in Bewegung gebracht, und damit der Bann des Stellungskrieges im Osten gebrochen. Es begann eine Zeitspanne großartiger Bewegungskämpfe, wie sie in diesem Umfange und in solcher Dauer in diesem Kriege, ja in der ganzen Weltgeschichte nicht vorgekommen sind. Fast ganz Galizien, Kongresspolen, Kurland, West-Wolhynien wurde dem Feinde entrissen — von der Ostsee bis zu den Karpathen war alles in Bewegung, für die Verbündeten ein einziger Siegeszug. Es ist im Rahmen dieses Buches unmöglich, die Fülle der Kriegshandlungen, auch die sich im Osten bis zum Ende des Jahres 1915 abspielten, im einzelnen zu schildern, da sich bei der hier gebotenen Kürze ein Überblick über sie nicht geben lässt. Es sei nur erwähnt, daß anfangs Juli der Hauptangriff von der Ostsee bis zum San und Bug aufgenommen wurde; nicht weniger als elf Armeen mit einer für östliche Verhältnisse bis dahin zahlreichen Artillerie waren dazu bereitgestellt, und zwar sieben deutsche und vier österreichisch-ungarische. Die Aufgabe bestand in der Eroberung Kurlands, der Einnahme der russischen Festungen am Narew und Niemen, dem Vorstoß über die Weichsel mit dem Ziele Warschau und der Bezungung des wolhynischen Festungsdreiecks Luzz—Dubno—Rowno. Die gewaltige Aufgabe wurde gelöst.

Höhepunkt dieser unvergleichlichen Feldzüge sind: die Einnahme von Mitau, wo die Sieger am 1. August 1915, von den baltischen Deutschen als Befreier jubelnd begrüßt, einzogen; die Bezungung von Warschau am 5. August; der Fall von Litauisch-Brest (Brest-Litowst) am 26. August, von Grodno am 3. September, von Wilna am 19. September.

Infolge der ununterbrochenen Niederlagen wurde Großfürst Nikolai Nikolajewitsch seines Amtes entsezt und der Zar übernahm den Oberbefehl selbst.

Als Ende September starke Kräfte der Verbündeten von diesem Kriegsschauplatz weggezogen werden, um unter dem zum Generalfeldmarschall ernannten Heerführer von Mackensen den Kampf gegen Serbien zu führen und um im Westen den durch den Hauptangriff Joffres hart bedrängten Heeren Hilfe zu bringen, versuchen die Russen erneut, unter Einsatz gewaltiger Massen das Glück zu zwingen, indem sie auf der ganzen Front vom Pripjet bis zur rumänischen Grenze vorstoßen. Es entbrennt die Dauerschlacht am Styr, die von Anfang Oktober bis Mitte November 1915 wütet und nach schwersten wechselvollen Kämpfen die Verbündeten als Sieger sieht. In ihnen hatte die Armee des Grafen von Bothmer die schwere Aufgabe, die in Galizien eingenommenen Stellungen gegen die russische Übermacht zu halten; dies gelingt nach mannigfachen Wechselseitigkeiten.

Anfang November ließ sich das Ergebnis der bewundernswürdigen Kriegstaten der verbündeten Heere dahin feststellen, daß sie von der

Düna im Norden bis nach der ostgalizischen Stadt Tarnopol im Süden eine in der Hauptrichtung südlich verlaufende Linie einnahmen; unermessliche Gebiete des Feindes waren von ihnen besetzt, während die Russen — abgesehen von der letzten Ecke Ostgaliziens mit Tarnopol — überall aus den Grenzen der Verbündeten herausgeworfen waren.

Wahrlich eine Leistung, die zu höchster Bewunderung zwingt. Und doch war auch sie nur diejenige eines Kriegsschauplatzes! Seinen Hauptkampf focht dies Volk doch im Westen. Welch anderes Volk hätte je ähnliches geleistet! Soweit deutsche Truppen in Feindesland standen, wurden der militärischen höchsten Befehlsstelle „Oberost“ unterstellte Zivilverwaltungen eingerichtet, deren Hauptstädte in Mitau, Wilna und Warschau waren; sie verrichteten vielfältige Kulturarbeit, stellten Ruhe und Ordnung her, sorgten für die Gesundheit der Bewohner und wiesen der deutschen Kriegsführung aus den Landeserzeugnissen zu, woran sie Bedarf hatte.

Von diesem Zeitpunkt an erstarrte der Kampf im Osten wieder zum Stellungskriege, in dem sich die Verbündeten, die auf anderen Kriegsschauplätzen beschäftigt waren, in der Hauptsache auf die Verteidigung beschränkten.

Es sei erwähnt, daß politisch urteilsfähige Kreise nach dem Eindringen der Deutschen in Kurland die Eroberung der ganzen baltischen Provinzen und den Vorstoß auf Petersburg aus politischen Erwägungen gewünscht haben; ein Unternehmen, das militärisch ohne großen Kraftaufwand wohl ausführbar gewesen wäre. Weshalb es damals unterblieb, ist noch nicht vollkommen geklärt.

Der Stellungskrieg bedeutete im Osten so wenig wie im Westen ein Ruhen der Kampfhandlungen. Kein Tag verging, ohne daß hier oder dort die Russen angegriffen hätten; sie erlitten dabei fortgesetzte schwere Verluste.

Noch vor Ablauf des für sie so unheilvollen Jahres begannen sie neue Durchbruchskämpfe, die von Mitte Dezember 1915 bis Mitte Januar 1916 dauerten und sich auf der ganzen Front vom Pripjet nördlich über Styr, Strypa, Sereth, Dniestr und Pruth im Süden bis zur rumänischen Grenze abspielten. Nach sorgsamster Vorbereitung eröffnete der Feind den Hauptangriff; mit aller Gewalt wollte er die Stellung der Verbündeten durchstoßen, um durch einen großen Erfolg Rumänien zum Loschlagen auf der Seite der Verbündeten zu veranlassen. Auch diesmal gelang der Durchbruch nirgends — auch dies gewaltsame Unternehmen kostete ungeheure Menschenopfer.

Als kurze Zeit später im Westen der deutsche Sturm auf Verdun erfolgversprechend eingesetzt hatte und die Franzosen dort in Gefahr waren, unternahm das immer noch an Truppen nicht erschöpfte Russland Mitte bis Ende März 1916 einen Entlastungsfeldzug im Norden, und zwar bei

Jakobstadt an der Düna, der sich dann weiter südlich ausdehnte und restlos ungünstig verließ.

Nach einer Atempause, die der neue russische Oberst-Befehlshaber General Brussilow zur Heranziehung weiterer Truppenmassen und zur Beschaffung alles Kriegsbedarfes ausnützte, begann Anfang Juni auf der Front von der Beresina bis nach Ostgalizien ein neuer Gewaltangriff. Trotz grösster Anstrengungen wurde er — abgesehen von einer Stelle — überall abgewiesen; daß er an einer Stelle gelang, war verhängnisvoll und für den ganzen weiteren Verlauf des Krieges von weittragenden Folgen begleitet.

Wir werden im Zusammenhang zu schildern haben, daß Italien sich seit 23. Mai 1915 gegen Österreich-Ungarn im Kriege befand und daß es ihm nicht gelang, wesentliche Vorteile gegen die ihm gegenüberstehenden viel schwächeren Kräfte der Monarchie zu erzwingen. Der verbündete Generalstabschef Freiherr Conrad kam Anfang 1916 auf seinen Lieblingsgedanken zurück, Italien, in dem er längst vor dem Kriegsausbruch den sicheren zukünftigen Feind seines Vaterlandes erkannt hatte, durch den Vorstoß von Süd-Tirol aus vernichtend zu treffen und damit eine Entscheidung zu erzwingen, die nach seiner Überzeugung für den ganzen Ausgang des Krieges maßgebend sein würde. Nachdem im Osten der Stellungskrieg wieder eingetreten war, in dem sich die Verbündeten in Verteidigung hielten, sah er sich in der Lage, hinreichende Kräfte aus seinen Frontabschnitten herauszuziehen, um sie zum Angriff gegen Italien zu verwenden. Nach sorgsamsten Vorbereitungen wurde dieser Mitte Mai 1916 begonnen und in glänzendem Anlauf in das italienische Gebiet der sog. „Sieben Gemeinden“ getragen. Conrad sah sich dem Ziele nah — schon glaubte er zum entscheidenden Schlag gegen die ihm verhassten Italiener ausholen zu können, als im Osten das Ereignis eintrat, das seinen großgedachten und aussichtsreichen Plan erstickte.

Der wohynische Abschnitt war der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand überwiesen, eines Führers, der sich bis dahin bewährt hatte; nun lag er seit Monaten in verhältnismässiger Ruhe, von russischen Angriffen kaum behelligt und dadurch in sträfliche Sicherheit gewiegt. In dieser Armee waren Nachlässigkeit und Pflichtvergessenheit eingerissen, die sich vom obersten Führer bis auf die Mannschaften ausdehnten — ein Zustand schlimmer Verwahrlosung. Diese Stelle wählte sich Brussilow, wohl unterrichtet wie es dort aussah, für den beabsichtigten Durchbruch aus und stieß am 4. Juni 1916 gegen sie vor. Josef Ferdinand wurde einfach überrannt; die Rücktruppen (Reserven), über die er verfügte, griffen nicht ein, und der Durchbruch gelang. Der Erzherzog ging auf die Festung Luzz (am Styr) zurück; sein in Unordnung geratenes, um die innere Widerstandskraft gebrachtes Heer vermochte sie nicht zu halten

und flutete weiter zurück. Die österreichisch-ungarische Front brach an dieser wichtigen Stelle zusammen; eine Woche lang war sie in Gefahr ganz aufgerollt zu werden, bis deutsche westlich von Luzzo einschlagende Gewaltstöße den Feind zum Halten zwangen. Es entwickelten sich schwerste Kämpfe, bei denen insbesondere Graf Bothmer sich durch unbeugsame Entschlossenheit und Zähigkeit auszeichnete. Mit wilder Rücksichtslosigkeit wirft Brusilow seine Massen vor, aber die Lage ist wieder hergestellt; ein Durchbruch gelingt ihm nicht mehr.

Dagegen hat er auch in der Bukowina Erfolg; gleichfalls im Juni 1916 gelang es den Russen dort vorwärts zu kommen; die Österreicher müssen ausweichen, bis Graf Bothmer auch hier eingreift.

In der zweiten Juni-hälfte steht nahezu die ganze OÖffront in hartem Ringen; die deutschen Heerführer bleiben überall Herren der Lage, aber Conrad von Hötzendorff muß alles aufbieten, um seine Abschnitte zu verstärken; er kann es nur, indem er im Raum der „Sieben Gemeinden“ Halt macht und sich feste Stellungen sucht — unter Verzicht auf die Fortführung seines Stoßes gegen Ober-Italien.

So hat die unerhörte Pflichtvergessenheit des Erzherzogs Josef Ferdinand weittragende Folgen gehabt — sie beschränken sich nicht auf den militärischen Schaden: die schwere Erschütterung der österreichisch-ungarischen Streitmacht treibt Rumänien zur Entscheidung und das Gespenst eines neuen Feindes erscheint im Südosten.

Wirklich erklärt dies Königreich Ende August 1916 der Monarchie den Krieg.

\* \* \*

Das Verhalten Italiens beim Ausbruch des Krieges ist uns bekannt. Im Herbst 1914, als klar wurde, daß die Mittelmächte den Erfolg nicht nach ihren dem italienischen Generalstab bekannten Plänen so schnell erzwingen konnten, als es für die baldige Beendigung des Krieges nötig gewesen wäre, steigerte sich die Hebe gegen Österreich und die Begehrlichkeit. Das Schlagwort vom „sacro egoismo“, von der „heiligen Selbstsucht“ des italienischen Volkes kommt in Schwung, und die römische Regierung stellt als Entgelt für ihre wohlwollende Neutralität weitgehende Forderungen an Österreich-Ungarn. Das hin und her der Verhandlungen, die den früheren Bundesgenossen in schamloser Raffgier zeigen, können wir nicht verfolgen, wollen nur feststellen, daß es für einen Staat, der sich nicht selbst aufgeben wollte, einfach unmöglich war, die italienischen Forderungen zu erfüllen. Kaiser Franz Josef gab so weit nach, wie er konnte; die deutschen Bemühungen, zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu vermitteln, hatten keinen Erfolg, und am 23. Mai 1915 erklärte Italien den Krieg. Des Zusammenhangs halber

sei erwähnt, daß es zwischen dem deutschen Reiche und Italien zunächst noch nicht zum Kriege kam; beide Regierungen vermieden den sofortigen Bruch. Es entstand ein geschickt beispielloses Verhältnis, das durch die Nachgiebigkeit des deutschen Reiches trotz mannigfachster Herausforderungen Italiens länger als  $\frac{5}{4}$  Jahr dauerte. Ihm wurde am 28. August 1916 ein Ende bereitet; von diesem Tage an befanden sich die beiden alten Bundesgenossen im Kriegszustand.

Trotzdem die Italiener über zehn Monate Zeit gehabt hatten, um sich vorzubereiten, und obwohl sie mit ihrer ganzen Streitmacht auftreten konnten, während die Monarchie nur den kleineren Teil für den neuen Kriegsschauplatz zur Verfügung hatte, gingen sie behutsam, ja ängstlich vor, und von dem angekündigten „Spaziergang nach Wien“ war keine Rede. Auf österreichisch-ungarischer Seite führte der kluge und tüchtige Erzherzog Eugen den Oberbefehl, auf italienischer der Generalstabschef Graf Cadorna. Der Erzherzog war bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit seiner Kräfte von vornherein auf die Verteidigung angewiesen; schlimm war noch, daß die italienische Artillerie wesentlich besser war.

Aus den Grenzen der beiden neuen Feinde ergaben sich von selbst drei Kampfgebiete: im Norden die Tiroler, im Nordosten die Kärntner, im Osten und zwar ziemlich von Norden nach Süden verlaufend, die Isonzo-Grenzlinie. Die hauptsächlichsten Kämpfe spielten sich am Isonzo ab; bis Ende des jetzt behandelten Zeitabschnittes rannten die Italiener in vier Dauerschlachten gegen die Österreicher an, die hier dem zähen General Boroëvic unterstellt waren. Allen Anstrengungen und Verlusten zum Trotz kommen die Italiener nicht vom Flede; sie waren anfangs 1916 so geschwächt, daß Conrad von Hößendorff auf dem Südtiroler Kriegsschauplatz zu seinem groß angelegten Unternehmen vorgehen konnte, dessen Ziel, Einleitung und Abbruch uns bekannt ist.

War die verbündete Oberste Heeresleitung gegenüber Italien auf die eigenen Kräfte angewiesen und beschränkt, so ging sie gegen Serbien und Montenegro mit denen des deutschen Reiches zusammen.

Dieser Kriegsschauplatz war, obwohl der ganze Krieg von dem serbischen Streitfall seinen Ausgang genommen hatte, nebensächlich geworden, als die Weltmächte Russland, Frankreich und England gegen die Mittelmächte zu den Waffen griffen. Der erste Feldzug Österreich-Ungarns, der zur Besetzung von Belgrad und anderer Teile Serbiens geführt hatte, nahm durch den sträflichen Leichtsinn des Feldzeugmeisters Potiorek, der dort befehligte, im Dezember 1914 ein Ende mit Schrecken. Seitdem beschränkte sich die Oberste Heeresleitung auf kleine Unternehmungen, die der Abwehr der in Südungarn eingedrungenen Serben dienten.

Der Verlauf der Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli, die infolge

des Eintretens der Türkei in den Krieg auf der Seite der Mittelmächte entbrannt waren, sowie die allgemeine militärische Lage dieses Bundesgenossen, machten es notwendig eine sichere Verbindung zwischen der ungarischen Grenze und Konstantinopel herzustellen; sie ging durch Serbien. Deshalb beschlossen die Heeresleitungen der Mittelmächte den Angriff gegen das Königreich, der durch General von Falkenhayn politisch und militärisch durch den Abschluß des Bündnisses mit Bulgarien vorbereitet worden war.

General-Feldmarschall von Mackensen verließ Wolhynien, den Schauplatz seiner letzten Siege, um den Oberbefehl über das neu gebildete Heer der Mittelmächte zu übernehmen; ihm waren als Armeeführer die Generale von Gallwitz und von Kövesz unterstellt. In der zweiten Hälfte des September 1915 wurde der Kampf um den Übergang über die Donau mit der Beschießung von Belgrad eingeleitet; am 6. Oktober wurde die serbische Hauptstadt gestürmt, und am 9. Oktober erzwang Gallwitz den glänzend ausgeführten Übergang über die Donau. Nun war die Lage für Bulgarien so weit gediehen, daß es Harbe bekennen konnte; am 14. Oktober erklärte es den Krieg an Serbien und trat sofort in den Kampf ein. In kurzem, schneidig durchgeführten Feldzug der drei Verbündeten werden die Serben zu Paaren getrieben; die Reste ihres furchtbar mitgenommenen Heeres fliehen nach Westen, um sich durch Albanien und Montenegro nach der adriatischen Küste zu retten.

Der Siegeszug führt die Verbündeten weiter; die Bulgaren und Deutschen stoßen nach Süden gegen das ägäische Meer vor — die Armee Kövesz bezwingt Montenegro und rüdt in Albanien ein.

Nach weit ausschauendem Plane hatten Engländer und Franzosen unter dem Befehl des Generals Sarrail in der griechischen Hafenstadt Saloniki Truppen gelandet und sich einen Stützpunkt geschaffen, von dem sie bei gegebener Gelegenheit nach Osten gegen die Türkei und nach Norden gegen Bulgarien und Südungarn vorstoßen konnten. Während des serbischen Krieges griff das englisch-französische Heer zur Unterstützung Serbiens in den Kampf ein, wurde aber, wo es sich zeigte, von den Deutschen und Bulgaren geworfen; Mitte Dezember 1915 floh es nach verlustreichen Kämpfen über die griechisch-mazedonische Grenze in Unordnung auf Saloniki zu. Die Lage war so, daß die dort befehligenen Truppenführer überzeugt waren, die Feinde bei weiterer Verfolgung über die griechische Grenze einfach ins Meer zu werfen; sowohl Zar Ferdinand von Bulgarien wie Conrad von Höhendorff empfahlen, ja verlangten dies. Die deutsche oberste Heeresleitung jedoch versagte aus politischen Erwägungen die Zustimmung, indem sie vorgab, daß Griechenland in diesem Falle aus der Neutralität in Feindschaft gegen den Vierverband übergehen werde. Das war ein Vorwand; bestimmend war die persönliche Rücksicht Kaiser Wilhelms II. auf seinen Schwager König Konstantin von Griechenland.

So wurde — zur Verstimmung der Bulgaren — das englisch-französische Heer vor der Vernichtung gerettet und richtete sich in Saloniki wieder ein, um zur gegebenen Zeit vorzustoßen. Durch die falsche deutsche Politik wurde den Feinden eine Waffe gelassen, die unter Umständen nicht nur gefährlich werden konnte, sondern die auf den ganzen Gang des Krieges einen bestimmenden Einfluß gewinnen sollte. Das in Saloniki verbleibende Verbandsheer wurde allmählich so verstärkt, daß es im Herbst 1918 imstande war mit Übermacht zum Angriff auf die kriegsmüden Bulgaren vorzugehen — ein Umstand, der den Absall Bulgariens vom Dierbund und damit schwerwiegende Folgen für das Ende des ganzen Krieges veranlaßt hat.

So hatte sich deutsche Feldherrenkunst und Waffentüchtigkeit am Balkan bewährt; ihrem Siegeslauf war fast im Angesicht des ägäischen Meeres ein vorzeitiges Ende bereitet worden. Aber auch damit sind die Taten des deutschen Heeres noch nicht aufgezählt; auch auf dem türkischen Kriegsschauplatz leistete es Großes und half dem Verbündeten wirksam die Gefahren bestehen. Bei allem guten Willen der türkischen Machthaber war es klar, daß ihr Land — zumal nach den Leiden seiner letzten Kriege — für den Kampf mit Großmächten nicht gerüstet war, daß ihm nicht nur für die neuzeitliche Kriegsweise vorgebildete Führer zu Lande und zu Wasser fehlten, sondern auch die Kriegsmittel aller Art. Hier mußte das deutsche Reich helfen; es stellte in Feldmarschall von der Goltz den Feldherrn, in Admiral Souchon den Flottenführer; es lieferte Geschütze und Schießbedarf, sowie alles übrige Kriegsgerät eines neuzeitlichen Krieges. Unternehmende Offiziere aller Grade und Mannschaften kamen auf dem Landwege, Unterseeboote durch die Meerenge von Gibraltar und das Mittelmeer. Auch für die Geldmittel sorgte das deutsche Reich.

Kein Zweifel, daß in den ersten Kriegsjahren die türkischen Truppen ihren alten Ruf neu bewährten und die Hauptlast des Kampfes trugen — zweifellos aber auch, daß sie dies nur durch die deutsche Unterstützung und Führung konnten.

Die Vorgänge auf den entlegenen türkischen Kriegsschauplätzen, die das schwarze Meer und die Dardanellen, den Kaukasus und Armenien, Mesopotamien und die Gebiete am Persischen Meerbusen, die Küste von Arabien und den Suezkanal umfaßten, können uns nicht beschäftigen. Es genügt die Feststellung daß bei ihnen allen deutsche Offiziere, Soldaten und Matrosen ruhmreichen Anteil hatten; in den Märchenlanden des Orient legten sie Zeugnis ab von deutschem Heldenmut.

Am Ende des jetzt behandelten Abschnittes (Sommer 1916) hatte sich die Türkei all ihrer Feinde erfolgreich erwehrt; durch die Niederwerfung Serbiens war die Verbindung zwischen ihr und den Bundes-

genossen geschaffen, den Feinden aber durch die ruhmvollen Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli der Weg nach Russland versperrt geblieben.

Der Seekrieg litt weiterhin unter dem Fehlen einheitlicher straffer Führung; nach dem oben berichteten Kampfe bei Helgoland (24. Januar 1915) wurde längere Zeit nichts größeres unternommen. Um so eifriger betätigten sich die Unterseeboote, die bald so ausgebaut wurden, daß sie die weite Fahrt ins Mittelmeer unternehmen konnten. Die Flottenverwaltung war darauf bedacht, alle im Kriege gesammelten Erfahrungen zu verwerten und immer vollkommenere Schiffe zu bauen, gab leider nur zu wenige in Auftrag.

Neben den U-Booten führten einige Hilfskreuzer auf allen Meeren verwegenen Kreuzerkrieg, der es hauptsächlich auf die Vernichtung feindlicher Handelschiffe abgesehen hatte; unter ihnen ist besonders die „Möwe“ unter dem fühnen und verschlagenen Grafen Dohna-Schlodien und später der „Wolf“ des ausgezeichneten Korvetten-Kapitäns Nerger berühmt geworden.

Bis Anfang 1915 richtete sich der Unterseebootkrieg allein gegen feindliche Kriegs- und Handelschiffe. Als die englische und französische Regierung am 31. Januar 1915 anordneten, daß ihre Handelschiffe, um die deutschen U-Boote zu täuschen, neutrale Flagge führen sollten, sah sich das deutsche Reich zu einer entschiedenen Gegenmaßregel veranlaßt: am 4. Februar 1915 wurden mit Wirkung vom 18. desselben Monates die Gewässer um England und Irland herum für Kriegsgebiet erklärt und angeordnet, daß jedes feindliche Handelschiff, das von deutschen U-Booten in den bezeichneten Gewässern betroffen werde, ohne weiteres angegriffen werden sollte; den neutralen Schiffen wurde bekanntgegeben, daß sie innerhalb des Kriegsgebietes infolge des Mißbrauches neutraler Flaggen auch Gefahr liefern, angegriffen zu werden, und es wurde ihnen eine bestimmte Fahrstraße vorgeschrieben, auf der sie ungefährdet verkehren konnten — Bannware, die für den Feind bestimmt war, durften sie selbstverständlich auch dort nicht befördern.

Mit dieser Maßnahme war der eigentliche Unterseeboot-Handelskrieg eröffnet; er war — abgesehen davon, daß England die wider Menschlichkeit und Völkerrecht verstörende „Hungerblockade“ über Deutschland verhängt hatte — durch den amtlich von den feindlichen Regierungen angeordneten Mißbrauch neutraler Flaggen notwendig geworden, wenn die deutsche Waffe des U-Bootes nicht wesentlich entwertet werden sollte. Denn es kam darauf an nicht nur gegen England Vergeltung zu üben, sondern seine Kriegsführung durch die Verringerung des Frachtraumes zu schädigen. Wie aber sollte das ausgeführt werden, wenn sich feindliche Schiffe einfach durch den Gebrauch neutraler Flaggen schützen konnten?

Die neue Kampfesweise setzte sofort mit Erfolg ein. In England

erweckte dies maßlose Wut und man verstand es wiederum, die öffentliche Meinung außerhalb der Mittelmächte gegen das als barbarisch und grausam gebrandmarkte deutsche Volk zu erregen. Dies Verfahren wurde mit um so größerer Wirkung angewandt, als am 7. Mai 1915 ein deutsches U-Boot den englischen Riesendampfer „Lusitania“ versenkte, der von New York kam, amerikanische Bürger an Bord hatte, aber auch Schieß- und sonstigen Kriegsbedarf amerikanischer Herkunft, für England bestimmt, beförderte, und selbst bewaffnet war. Dies alles, obwohl der Kapitän des Schiffes von deutscher Seite vor der Abreise gewarnt worden war. Dasselbe Schiff war bei der Rückkehr von seiner vorletzten Reise unter amerikanischer Flagge in den Heimathafen eingelaufen. Bei dem Untergang der „Lusitania“ fanden über 1500 Menschen den Tod, unter ihnen an 100 Amerikaner, und dies veranlaßte die Vereinigten Staaten zu dem Verlangen, den U-Bootkrieg so zu führen, daß ihre Bürger dabei nicht gefährdet würden. Derselbe Wilson, der sich in jener Zeit von Mexiko eine geradezu verächtliche Behandlung gefallen und die Bürger der Vereinigten Staaten warnen ließ, sich in diesem Lande in Gefahr zu begeben, hatte gar nichts getan um seine Landsleute von der gefährlichen Schiffssreise ins Sperrgebiet zurückzuhalten; es ist kennzeichnend für seine bösen Absichten gegen das deutsche Reich, daß er sie ungehindert als „Schuhengel“ für England auf englischen Schiffen fahren ließ und dem Tode aussetzte. Die Sprache der Washingtoner Regierung war anmaßend, die Begründung ihrer Forderungen verlogen und scheinheilig — an der entscheidenden Tatsache, daß die Amerikaner den Feinden des deutschen Reiches Waffen und sonstiges Kriegsgerät, sowie Nahrungsmittel in Massen lieferten und daß auch dieses Schiff solchen Kriegsbedarf nach England befördert hatte, ging sie vorbei. Das deutsche Auswärtige Amt zeigte zunächst eine feste Haltung. Als die diplomatischen Noten aus Washington immer drohender wurden, gestand die deutsche Regierung Anfang September 1915 zu, daß U-Bootangriffe auf Handelschiffe erst nach Warnung und unter Gewährung von Rettungsmöglichkeiten erfolgen sollten. Damit war diese neue furchtbare Waffe zum guten Teile wirkungslos gemacht — das amerikanische Auftreten gereichte vor allem England zum Nutzen. Aber mit diesem Zugeständnis begnügte sich Präsident Wilson nicht, der sich immer offener als Begünstiger der Verbundsmächte zeigte. Neue Zwischenfälle führten zur Fortsetzung des Notenkampfes, bei dem Amerika schließlich das unverschämte Verlangen stellte, das deutsche Reich solle den Unterseebootkrieg nach den Regeln des Kreuzerrieges führen. Während dieser Verhandlungen erbat und erhielt Großadmiral von Tirpitz am 15. März 1916 den Abschied, da er für die Durchführung des durch politische Rücksichten nicht gehemmten U-Bootkrieges eintrat, wogegen der Reichskanzler dem amerikanischen Verlangen aus Furcht vor dem Eintritt

der Vereinigten Staaten in den Krieg nachgeben wollte. Anfang Mai ließ er auf neue diplomatische Schritte Wilsons, die sich zu einem unerhört anmaßenden „Ultimatum“ gesteigert hatten, erklären, daß das deutsche Reich sich der Forderung füge. Das war eine furchtbare politische Niederlage, die von den ehrliebenden Deutschen als Schmach empfunden wurde.

Damit war das U-Boot bis auf weiteres entwertet, da ein Vorgehen „nach den Regeln des Kreuzerkrieges“ die Boote dem Verderben ausgesetzt hätte.

In der Flotte und in dem völkisch gerichteten Teile der öffentlichen Meinung entstand über diese Vorgänge tiefe und berechtigte Erbitterung.

Sie wurde fürs Erste gebannt, als am 2. Juni 1916 bekannt wurde, daß die deutsche Hochseeflotte unter ihrem Führer Vizeadmiral Scheer und unter rühmlicher Mitwirkung des Befehlshabers der Aufklärungsschiffe, Vizeadmiral Hipper einen herrlichen Sieg über weit überlegene englische Streitkräfte erstritten hatte. Die gesamte englische Kriegsflotte war am 31. Mai unter Admiral Jellicoe vor dem Skagerrak auf die deutsche Flotte gestoßen; der Kampf zog sich bis in den folgenden Tag hin und endete mit dem Rückzug der Engländer. Ihr Verlust stellte sich auf 9000 Tote und rund 170000 Tonnen, während die Deutschen nur 2500 Tote und 60000 Tonnen eingebüßt hatten. Der deutsche Sieg war zweifellos, wurde aber von den Engländern doch bestritten — zweifellos auch die Überlegenheit der deutschen Führung. Alles bei der deutschen Flotte hatte sich bewährt: die Schiffe selbst, ihre Offiziere, die Matrosen — glänzend ihr Geist, unvergleichlich ihr Todesmut, ja ihre Todesfreudigkeit.

Der große Tag erfüllte das Volk mit gerechtem Stolze auf seine junge so bewährte Seemacht, und wo „blaue Jungen“ sich im Lande zeigten, flogen ihnen die Herzen zu; die siegreichen Admirale Scheer und Hipper waren die Helden des Tages.

Auch im Luftkrieg zeigte sich weiterhin die verwegene Unternehmungslust der deutschen Flieger und Luftkreuzer-Führer; ihre Einzel-Leistungen wurden von den Feinden nicht annähernd erreicht.

Von den überseeischen Besitzungen wissen wir, daß Kiautschau gegen Ende des Jahres 1914 an die Japaner verloren ging. Auch diejenigen in der Südsee und in Afrika waren nicht zu halten. In Deutsch-Südwest- und Ost-Afrika rächte sich, daß die dortige deutsche Wehrmacht viel zu schwach war. So fiel Südwest schnell in englische Hand, nachdem die Reste der deutschen Streitmacht am 9. Juli 1915 bei Otavi die Waffen gestreckt hatten, in Ostafrika aber führte der Befehlshaber der Schutztruppe von Lettow-Vorbeck einen heldenmütigen Kampf gegen vielfache feindliche Übermacht, der er nicht unterlag; wo immer er die Waffen mit ihr maß, blieb er siegreich, und trat, als er sich auf deutschem Gebiet nicht mehr halten konnte, auf portugiesisches über. Er stand bis zum Ende

des Krieges unbesiegt im Felde, und seine farbigen Truppen bewährten die Treue gegen das Reich bis zum Letzten.

Als das zweite Kriegsjahr zu Ende ging, schien die Sache der Mächte des Vierbundes glänzend zu stehen, wenn man nach dem äußeren Ergebnis urteilte. Hatten sie doch fast ganz Belgien, weite Teile Nordfrankreichs, fast 300000 qkm Russlands und außerdem ganz Serbien und Montenegro besetzt — alles in allem rund 430000 qkm feindlichen Landes, denen gegenüber die von den Franzosen gehaltene Ede im Oberelsaß und die von den Russen besetzten Teile von Galizien und der Bukowina verschwanden. Und doch war die Lage des Vierbundes sehr ernst. Die ungeheure Überlegenheit der Feinde konnte noch nicht gebrochen werden: im Westen war das Unternehmen gegen Verdun gescheitert und an der Somme rannten Franzosen und Engländer mit furchtbare Übermacht an; im Süden hatte Conrad seinen Vorstoß gegen Oberitalien einstellen müssen, weil auf dem östlichen Kriegsschauplatz in Wolhynien und in der Bukowina die Russen vorgedrungen waren. Politisch war Rumänien im Begriffe, sich auf die Seite der Verbündeten zu schlagen und die Vereinigten Staaten hatten ihre offene Deutschfeindlichkeit befunden. Die Gefahr lag vor, daß die Deutschen sich „totsiegen“ würden. Was konnte geschehen, ihr wirksam zu begegnen?

### Innenpolitische Entwicklung.

Noch im Spätjahr 1914 wurden für den aufmerksamen Beobachter die ersten Anzeichen bemerkbar, daß der Siegeswille der deutschen Heimat ins Wanken gerate. Dies war kein Wunder in einem Staatswesen, dessen politische Spitzen offensichtlich von vornherein nicht an den Sieg glaubten, weil sie nach ihrer ganzen Veranlagung nicht daran glauben konnten. Schwäche in sich selbst, Schwäche nach außen, Schwäche nach innen war das Wesen dieser Regierung Bethmann Hollwegs.

Wie weit er der Sozialdemokratie entgegenkam, wissen wir, wissen auch, daß er recht eigentlich dadurch ihren Führern wieder zu Ansehen und Macht verhalf. Dieselbe Schwäche bewies er gegenüber den deutschfeindlichen Machenschaften im Reichsland, in der Ostmark und in Nordschleswig — als gewahre die Tatsache, daß auch die Söhne dieser Landesteile ihre Kriegspflicht erfüllten den daheimgebliebenen Stammsgenossen den Freibrief für Zettelungen gegen den Bestand des Reiches. Besonders im Elsaß und in Posen lag gehäufster Beweisstoff für die gefährliche, ja hochverräterische Tätigkeit der welschgesinnten und polnischen Führer vor, und die Militärbefehlshaber drängten darauf, gegen solche Wühler vorzugehen, taten es auch in den schlimmsten Fällen; aber Durchgreifendes ließ die Reichsleitung nicht zu und die landansässigen Altdeutschen im Reichsland und die treuen Preußen in Posen mußten mit Grimm zusehen,

wie Ansehen und Sicherheit des Reiches von den Verrätern untergraben wurden.

Bei dem Verhalten der Regierung in diesen Dingen, die zum Teil das Gebiet der äußeren Politik berührten, waren — abgesehen vom angeborenen Mangel an Mut und Entschlussfähigkeit — törichte Rücksichten auf das Urteil des Auslandes mitbestimmend; dort sollte nichts von der unsicheren Haltung nicht unbeträchtlicher Teile der Bevölkerung Posens und des Reichslandes bekannt werden. Als ob nicht insbesondere die Feinde durch ihren Späherdienst genau über diese Dinge unterrichtet gewesen wären.

In den Fragen der eigentlichen inneren Politik wurde es von Tag zu Tag klarer, daß Bethmann Hollweg und seine Leute, indem sie allein die gute Stimmung der großstädtischen Massen und die Billigung der Reichstagsmehrheit zur Richtschnur ihrer Maßnahmen machten, sich innerlich und politisch immer mehr von den Grundsätzen erhaltender Staatskunst und von den unbedingt staatstreuen Schichten und ihren Volksvertretern entfernten — ein an sich bedenkliches Vorgehen, das im Daseinskriege geradezu lebensgefährlich war. Aus diesem hemmungslosen Hinübergleiten ergab sich die Haltung dieser Regierung in allen wichtigen Einzelfragen.

Die Volksernährung richtete sich nach den Wünschen der großstädtischen Massen, deren Wortführer sozialistisch verbildete Gewerkschaftsführer und sonstige Parteiangestellte waren, deren Kenntnisse des wirklichen wirtschaftlichen Lebens aber bei weitem nicht ausreichten, um sie zu vernünftigen und brauchbaren Vorschlägen zu befähigen. Das gesamte Wirtschaftsleben entartete, und besonders zeigten sich die Folgen der „Zwangswirtschaft“ in einer immer gefährlicher werdenden Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung („Produktion“), da bei den wichtigsten zur Volksernährung nötigen Erzeugnissen die behördlich festgesetzten Preise die Selbstkosten der Landwirte nicht deckten. Als die Volksernährung sich nach den sozialistischen Falschgesetzen als unausführbar herausstellte, und als trotzdem die Behörden an der Zwangswirtschaft festhielten, wurde der Schleichhandel zu dem Mittel, durch das jeder, der Geld hatte, sich neben dem behördlich Zugeteilten durchhalf — die Mittellosen mussten hungern, und zu ihnen gehörten alle, die nicht an sich wohlhabend oder „Kriegsgewinner“ oder „Munitionsarbeiter“ waren — besonders aber weite Kreise des Mittelstandes. Als die Erbitterung über diesen Zustand immer lauter wurde, suchten die Mächthaber und die sozialistischen Wortführer die Ursachen nicht da, wo sie waren, sondern beschuldigten die Landwirtschaft wucherischer Ausbeutung der Kriegsnot — ein Verfahren, das schließlich zu schlimmer Entfremdung zwischen Stadt und Land führte.

Die Finanzpolitik war rein bankenmäßig gerichtet und ging viel zu spät — erst Ende 1916 — an die Sicherung des durch den Krieg angespannten Reichs-Geldwesens, indem sie die wucherischen Kriegsgewinne zur Besteuerung heranzog.

Für die innere Politik in engerem Sinne wurde ebenso leichtfertig wie gedankenlos für die Zeit nach dem Kriege die „Neuorientierung“ in Aussicht gestellt: damit wurde angekündigt, daß die politischen Befugnisse des Volkes erweitert werden sollten — was der Sache nach auf die Machterweiterung der Massen und ihrer Führer herauskam und den Übergang von der „konstitutionellen“ Staatsform Bismarckischer Prägung zum „parlamentarischen System“ nach französisch-englischem Muster vorbereiten sollte, in Wahrheit aber die Saat zu ganz anderer Ernte sät.

Je schonungsbedürftiger diese Regierung war und je schwächer sie sich zeigte, um so anspruchsvoller traten die Wortführer der Parteien auf, die Bethmann Hollweg stützten, weil er ihnen bequem war; es waren dies Sozialdemokratie, Zentrum und Freisinn, und die Presse dieser Parteien tat das Gleiche. Nationalliberale und Konservative traten immer mehr in Gegnerschaft zu Bethmann Hollweg, entschlossen sich aber nicht rechtzeitig zu rücksichtslosem Kampf gegen ihn, den sie längst als Reichsverderber erkannt hatten.

Die versprochene „Neuorientierung“ ging von dem Fehlgedanken aus, daß das opferwillige Volk und seine Vertreter für die vaterländische Bewährung im Kriege belohnt werden müßten, und der Einwand, daß ein politisch so ungeschultes Volk wie das deutsche, gar nicht über die Kräfte verfüge, um im „parlamentarischen System“ gut geführt zu werden, wurde in grenzenloser Oberflächlichkeit mit dem Schlagworte abgetan, daß der „gute Durchschnitt“ genüge, um das deutsche Volk zu regieren — starke Begabungen oder gar das Genie seien dazu nicht nötig. Und dies zu einer Zeit, wo im Felde jeder Augenblick im Größten und Kleinsten zeigte, daß auf den Führer alles ankommt — wo die deutsche Industrie und Landwirtschaft unter starken Führern, unterstützt durch den „Durchschnitt“ weit überragender Hörcher und Erfinder, für unmöglich Gehaltenes leisteten.

Dieser Abkehr vom Führergedanken entsprach diejenige vom Machtgedanken, d. h. von der seit den ersten Anfängen aller Geschichte bestätigten Lehre, daß der Staat Macht ist, daß seine innere und äußere Sicherheit nur so lange gewährleistet ist, als er Macht bleibt. Diese Auffassung sollte nun auf einmal veraltet, kultur- und freiheitwidrig sein und der richtigen Einschätzung des deutschen Volkes durch das feindliche und neutrale Ausland im Wege stehen. Und dies alles ausgerechnet in einer Zeit, wo das feindliche Ausland das Äußerste aufbot, um ausgesprochenste Machtpolitik zu betreiben! „Recht und Kultur“ sollten die Wegweiser

der Staatsleitung nach den Lehren dieser Schwarmgeister sein, als ob Recht und Kultur nicht erst dem durch die Macht bereiteten Mutterboden entsprechen könnten!

Diesen krausen Gedankengängen entsprang auch die Stellung ihrer Verkünder zum Kriegsziel. Sie wiesen darauf hin, daß dieser Krieg als ein solcher der Verteidigung für das deutsche Volk begonnen worden sei, der nicht zum Eroberungskriege „entwürdigt“ werden dürfe; demgemäß empfahlen sie eine Politik „weiser Mäßigung“ und hatten in Verfennung der geschichtlichen Zusammenhänge von damals und heute den Mut, Bismarcks Verhalten gegenüber dem besieгten Österreich nach der Schlacht von Königgrätz als Beispiel hinzustellen — als ob nicht derselbe Bismarck Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt für sein Preußen gewonnen hätte! In Wahrheit war die Politik „weiser Mäßigung“ nichts anderes als eine solche des Verzichts auf Erweiterung der deutschen Macht und auf Ersatz der Kriegskosten — beides für den Fall des deutschen Endsieges. Ein derartiger Verzicht ging — leicht begreiflich — bis gegen das Ende des Krieges, als die Verhetzung jede Vernunft unterdrückt hatte, wider den gesunden Sinn des Volkes, das, soweit es nicht durch Wort und Schrift der Verzichtleute beeinflußt war, als selbstverständlich annahm, daß das Vaterland vergrößert und ohne wirtschaftlichen Schaden aus dem Kriege hervorgehen müsse. Da seit dem Spätjahr 1914 die Prediger des Verzichts, ungehemmt von der Zensur, immer offener und lauter hervortraten, konnten die Vorkämpfer für ein den Notwendigkeiten der deutschen Zukunft entsprechendes Kriegsziel nicht schweigen, zumal da sie die begründete Besorgnis hegten, daß der Verzicht dem Volke jedes große Ziel nehmen und damit seine Ermüdung fördern werde. Die Feinde kannten ihr Kriegsziel, ihre Staatsmänner, ihre Volksvertreter, ihre Presse — alle sprachen es unverhohlen aus: es war die Vernichtung des deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und der Türkei, für das deutsche Volk ganz eindeutig gesprochen: die Vernichtung des verhafteten deutschen Menschen. Und diesem wahrhaftig aufs Ganze gehenden Kriegsziel der Engländer, Franzosen, Russen und Italiener trachteten ihre Volksgesamtheiten — von verschwindenden Minderheiten abgesehen — mit Leidenschaftlichkeit nach. Sie wußten, was sie wollten. Sie wußten, daß solch ein Krieg nur mit Sieg oder Niederlage enden konnte, daß also die ganze Volkskraft rücksichtslos für den Kriegszweck eingesetzt werden müsse. Wie anders auf deutscher Seite: da sollte der „Zustand vor dem Kriege“ der höchste der Wünsche sein!

Weil die Völkischgesinnten, unbedingt Reichstreuen, wußten, daß sich mit solcher Entzagung ein Volk, das durch die Härte seiner Feinde hungern und frieren mußte, nicht Jahre hindurch seelisch widerstandsfähig erhalten lasse, deshalb beschlossen sie, ihr Kriegsziel zu enthüllen und zu verfechten.

Der Reihe nach traten der Alldeutsche Verband, die sechs größten wirtschaftlichen Verbände und der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ in den Kampf ein — aber die Regierung hinderte sie daran, dies öffentlich zu tun. Vertrauliche Denkschriften, geschlossene Versammlungen wurden ihnen zugestanden, aber auch diese wurden mit kleinem Geiste überwacht und von der Zensur schikaniert. Und dies Verhalten entsprang der doppelten Rücksicht auf die immer anmaßender auftretende Gefolgschaft des Kanzlers im Reichstag und auf die irrtümlich angenommene Friedensbereitschaft eines oder des anderen Feindes, die nicht durch angeblich „annexionistische“ Kriegsziele verscherzt werden sollte. Es war eine Todsünde gegen deutsche Staatskunst, die da begangen wurde, als die Regierung die Kriegszielbewegung unterdrücken ließ: denn nun blieb das Volk in der Heimat seinen wachsenden Nöten und Leiden überlassen und seine Frage, weshalb draußen all das Blut fließen, weshalb es zu Hause Entbehrungen aller Art erdulden müsse, blieb ohne eine stärkende, glückverheißende Antwort. Die Verteidigung schlechthin ist für ein Volk, von dem das Äußerste verlangt werden muß, kein Hochgedanke, der es fortreibt — was Wunder, wenn die Heimat mit zunehmender Not jenen anheimfiel, die die Zersetzung des Bestehenden erstrebten und die man dies Geschäft betreiben ließ.

Die Frage des Kriegsziels war nicht die einzige, in der die völkischen und staatserhaltenden Kreise in schroffster Kampfesstellung gegen die Regierung stehen mußten; auch die Kriegsführung selbst, soweit sie von den politischen Stellen beeinflußt war, wurde Gegenstand ihrer Sorgen, Vorschläge und schließlich Angriffe. Dies bezog sich vor allem auf die Anwendung der Unterseeboote und der Luftkreuzer („Zeppeline“); wir erinnern uns, was darüber berichtet wurde. Je mehr sich nun zeigte, in welchem Maße der feindliche Vielverband dem Vierbunde an Menschen und allem Kriegsgerät überlegen war, um so mehr drängten dieselben Kreise, die für das Kriegsziel der Notwendigkeiten eintraten, darauf, daß das deutsche Reich von denjenigen Waffen, in denen es den Feinden überlegen war, rücksichtslosen Gebrauch mache; die Regierung und ihre Anhänger schützen Rücksichten auf Menschlichkeit, auf das Urteil des Auslandes, auf die Friedensneigungen der Feinde vor und scheute sich nicht wahrheitswidrig behaupten zu lassen, daß militärisch-technische Umstände den ungehemmten Unterseebootkrieg gar nicht gestatteten. Es kam zu jenem hin und her bei der Anwendung der beiden furchtbaren Waffen, das wir teils kennen, teils noch kennen lernen werden; die Besorgnis, daß einer oder mehrere der Neutralen alsdann gegen das deutsche Reich auftreten werde, spielte eine Rolle und wurde insbesondere hinsichtlich der Vereinigten Staaten geltend gemacht. Der Streit der Meinungen um den Unterseebootkrieg nahm leidenschaftliche Formen in und außer-

halb des Reichstags an. Die Verteidiger dieses Kriegsmittels wurden von der Zensur gehindert öffentlich aufzutreten; geheime Schriften, mit und ohne Verfasserangaben, erschienen und rückten dem Kanzler zu Leibe.

Auch die Gesamtpolitik Bethmanns wurde in dieser Art bekämpft, und der Kanzler wendete sich im Reichstag in maßloser Heftigkeit gegen jene, die in namenlosen Schriften oder unter ihrem Namen gegen ihn aufräten; er prägte für diese Gegner das ungerechte Wort, sie seien „Piraten der öffentlichen Meinung“.

Damit ist schon gekennzeichnet, bis zu welchem Maße die Gegensätze das öffentliche Leben dieses um sein Dasein ringenden Volkes vergiftet hatten — in der Hauptsache, weil ein unfähiger Kanzler sich mit allen Mitteln, die ihm der Besitz der Staatsmacht und die Gesellschaft der Wurführer der Massen zur Verfügung stellten, sich in der Macht erhalten und als im Besitze der höheren staatsmännischen Voraussicht erweisen wollte.

Gegenüber dem vaterländischen Drängen auf Anwendung aller deutschen Kriegsmittel wurde von den Vertretern der Vorsicht behauptet, die „Zeit arbeite für uns“ — eine offensichtliche Torheit, da die Feinde den Menschenvorrat fast der ganzen Erde und ihren Reichtum an allem, was für die Kriegsführung nötig war, zur Verfügung hatten, während der Dierbund abgeschlossen war und auf die unmittelbar greifbaren Menschen angewiesen blieb: die Zeit arbeitete also für die Feinde.

Je erfolgreicher das Heer im Westen die Abwehr, im Osten den Angriff betrieb, um so mehr Anhänger fand die Kriegzielbewegung außerhalb der Kreise, von denen sie zunächst getragen wurde, und es kam die Zeit, da die sämtlichen Reichstagsparteien außer der Sozialdemokratie sich in mehr oder minder entschiedenen Erklärungen dazu bekannten, daß im Halle des deutschen Sieges die Zukunft des deutschen Volkes durch Erweiterung seiner Macht, Gewinnung von Siedlungsland, Ausbau seiner wirtschaftlichen Grundlagen und Entschädigungen durch die Feinde gesichert werden müsse. Insbesondere wurde verlangt, daß Belgien in geeigneten Formen unter deutschem Einfluß bleiben müsse, daß die Kohlen- und Erzlager der östlichen Grenzgebiete Frankreichs abgetreten und daß die bisher russischen Ostseeprovinzen an das deutsche Reich angegliedert werden sollten. Aber auch da war der Reichskanzler nicht zu unzweideutigen Erklärungen zu bewegen; er sprach von „realen Garantien“, von „Haupfpändern“ — Wendungen, die niemanden befriedigten.

Eine häßliche Erscheinung war es, daß die sozialistische und der kriegszielfeindliche Teil der bürgerlichen Presse — fast nur jüdische oder jüdisch gerichtete Blätter — im Kampfe gegen die Vertreter des Kriegsziels die verleumderische Behauptung aufstellten, jene wollten den Krieg nur verlängern, weil sie ungeheuren Verdienst aus ihm zögen — einerlei

ob sie zur Industrie oder zur Landwirtschaft gehörten. Auch in den Reichstag wagten sich solche Verdächtigungen.

So weit war es gefommen! Noch ehe das zweite Kriegsjahr zu Ende ging, war die innere Einheit im Vaterlande zerstört. Dazu rissen die berechtigten Klagen über den immer drückender werdenden Kohlenmangel nicht ab, unter dem besonders in den kalten Jahreszeiten die Bevölkerung sehr litt. Die Beschwerden über die Teuerung waren nur zu begründet, wurden aber gerade von denen in heiterischer Weise übertrieben, die sie mit verursacht hatten: Denn die rasch zunehmende Teuerung war nur zum Teil eine Wirkung des Warenmangels aller Art — in höherem Maße war sie durch jene verfehlte Ernährungs- und Wirtschaftspolitik veranlaßt, die auf sozialistische Vorschläge hin oder mit Rücksicht auf die Massen eingeschlagen worden war.

Jene, sei es berechtigten, sei es übertriebenen Beschwerden über die Teuerung drangen von der Heimat an die Front und verfehlten dort ihre Wirkung nicht.

Die Verhetzung nahm überhand; ihre hauptsächlichsten Förderer waren jene Blätter, die in jüdischem Besitz oder jüdisch bestimmt und geleitet waren.

Auch dieses Treiben setzte das Ansehen der Staatsgewalt herab, zumal da sich nicht bestreiten ließ, daß die Behörden den besonderen Aufgaben, die der Krieg an sie stellte, nicht gewachsen waren. Die abfälligen Urteile, die aus diesem Anlaß ausgesprochen wurden, färmten jenen Bestrebungen zu gute, die das Schlagwort der „Neuorientierung“ so verstanden, daß der Einfluß der Krone und des von ihr berufenen Beamtentums zurückgedrängt werden sollte.

Das öffentliche Leben des deutschen Volkes bot um die Mitte des Jahres 1916 ein tief betrübendes Bild, und die Vaterlandsfreunde fragten sich besorgt, wohin das führerlose Schiff der deutschen Heimat treibe.

Wenn sich nicht bei den Kriegsanleihen und bei freiwilligen Gaben für Kriegszwecke die Opferwilligkeit der Heimat gezeigt hätte, hätte man glauben können, daß jeder Gemeinsinn in diesem Volke erstorben wäre und daß der Streit aller gegen alle bevorstehe.

Litt die innere Politik des Kanzlers — abgesehen von den Mängeln, die sich aus der Veranlagung ihres Trägers ergaben — unter der Unfreiheit, in der er sich gegenüber den Massen und ihren Wortführern befand, so war dasselbe bei seiner äußeren Politik der Fall und gewann Einfluß auf die Kriegsführung. Weil die äußerste Linke den Krieg nur als solchen der Verteidigung gewissermaßen anerkannte, weil sie an die Verständigungsbereitschaft der demokratisch-parlamentarisch geleiteten feindlichen Völker glaubte oder zu glauben vorgab, weil ihr die Zarenherrschaft in Russland verhaßt war: deshalb richtete Bethmann Hollweg seine Politik

so ein, daß sie links keinen Widerspruch erfuhr, wobei wiederholt betont sei, daß sie auch seinen eigenen Anschauungen entsprach. Als in Russland das Ministerium Stürmer in vorbereitenden außeramtlichen Schritten die Geneigtheit zu Friedensverhandlungen dartat, glaubte Bethmann Hollweg darauf nicht eingehen zu können, und wenn er bei Reichstagsreden im Gegensatz zu Ratschlägen, die ihm von Sachkennern erteilt wurden, die russische Regierung besonders schroff angriff, so begründete er dies unter vier Augen mit der gebotenen Rücksicht „auf die Linke“. Damit war zugegeben, daß der Kanzler — wie er im Innern die Zügel aus der Hand gegeben hatte — so auch in der äußeren Politik auf die Führung verzichtete. Er schwankte zwischen den Rücksichten auf seine in allen Grundfragen jeder Staatskunst instinktlose Gefolgschaft und denen auf die Stimmung und das Urteil des Auslandes, zwischen den Hoffnungen auf die Verständigung mit England oder Frankreich und in der Furcht vor dem etwaigen Eintritt anderer Mächte in den Krieg einerseits — und den harten Notwendigkeiten des Krieges und den Forderungen, die von Heer- und Flottenleitung erhoben wurden, hin und her. So zeigte er sich ohne Entschlossenheit gegen die Feinde, schlaff gegen Amerika, nachgiebig gegen Rumänien, Griechenland und andere Staaten. Von Zuversicht merkten die Neutralen bei diesem Kanzler nichts und sie zogen ihre Schlüsse daraus. Er seinerseits wußte nichts damit anzufangen, als der deutsche Nationalbund in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1915 vom amerikanischen Kongreß strengste Neutralität und Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Waffen und Schießbedarf verlangte — er erkannte auch Englands letzte Absichten in diesem Kriege noch nicht, als dort Anfang 1916 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde.

Die ganze Schwäche und Haltlosigkeit der Bethmannschen Politik zeigte sich in der U-Bootfrage und in derjenigen nach der Zukunft des befreiten Kongreßpolen; auf beide sei daher in aller Kürze hier hingewiesen.

Seit September 1915 war, wie wir wissen, der U-Bootkrieg auf amerikanischen Einspruch hin wesentlich abgeschwächt, seit Mai 1916 weiter beschränkt worden — letzteres obwohl nicht nur Großadmiral von Tirpitz für die ungehemmte Anwendung der neuen Waffe eintrat, sondern obwohl auch der Admiralstab eine Denkschrift eingereicht hatte, in der er das Gleiche befürwortete und begründete. Der wichtigste Satz besagte: „Wird der neue U-Bootkrieg uneingeschränkt, d. h. mit der Maßgabe geführt, daß im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr verhindert werden darf, dann steht in sicherer Aussicht, daß England sich infolge unerträglicher Beengung des Frachtraumes und damit der Zu- und Ausfuhren und folgeweise gesteigerter Teuerung, unterstützt durch schwere finanzielle Bedrohung, in absehbarer Zeit, längstens in sechs Monaten, zum Friedens-

schluß gezwungen seien wird.“ Dieser Denkschrift waren Gutachten angesehenster Sachverständiger des wirtschaftlichen Lebens beigegeben, die alle den sofortigen ungehemmten U-Bootkrieg befürworteten. Von allen für die Anwendung der neuen Waffe maßgebenden Stellen wurde betont, daß zur Zeit England wirksame Mittel zur Bekämpfung der U-Bootgefahr noch nicht besitze, daß es sich solche aber beschaffen könne, wenn man weiter zögere.

„Um England nicht zum Äußersten zu reizen“ — dies England, das durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Entschluß dargestellt hatte, den Krieg bis zur letzten Entscheidung rücksichtslos durchzufämpfen, und aus Furcht vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, die mit der Hoffnung bemächtigt wurde, daß Präsident Wilson nach etwaiger Wiederwahl sich um die Friedensvermittlung bemühen wolle, nahmen Bethmann Hollweg und seine Berater die Verantwortung auf sich, dem amerikanischen Ansinnen nachzugeben und die deutsche, England gegenüber, gefährlichste Waffe unwirksam zu machen; sie begründeten dies nach außen damit, daß die deutsche Flotte nicht über hinreichend zahlreiche Unterseeschiffe verfüge, was von dem Admiralstab bestritten wurde.

So gewährte der deutsche Reichskanzler dem entschlossensten Feinde seines Landes ein Jahr Schonzeit, in dem er die Mittel zur Abwehr der Unterseeboote entwickeln und mit gesteigerter Anstrengung Frachtraum schaffen konnte!

Vorgreifend sei hier bemerkt, daß später, als der uneingeschränkte U-Bootkrieg zugelassen wurde und England trotzdem nicht in sechs Monaten zum Frieden genötigt war, der Vorwurf erhoben wurde, der Admiralstab habe mit seinem Sezen so kurzer Frist die politische Leitung und den Reichstag täuschen wollen.

Es bleibe dahingestellt, ob jene Frist für den Fall des sofortigen uneingeschränkten U-Bootkrieges richtig bemessen, und ob es angebracht war, überhaupt eine solche zu setzen und allmählich bekannt werden zu lassen — jedenfalls liegt es auf der Hand, daß die Anlage der Täuschungsabsicht ein Fälscherstück ist: der uneingeschränkte U-Bootkrieg, im Frühjahr 1916 begonnen, als England an Frachtraum Mangel litt und noch keine wirksamen Abwehrmittel gegen das U-Boot hatte, mußte ganz andere militärische, politische und wirtschaftliche Folgen haben, als der ein Jahr später begonnene, nachdem England unvergleichlich viel besser darauf vorbereitet war.

Als sofort wahrnehmbare politische Wirkung der deutschen Nachgiebigkeit, ja Unterwerfung unter den Willen der Vereinigten Staaten, zeigte sich ein Sinken des deutschen Ansehens in den wohlwollend neutralen Staaten und eine Ermutigung der deutsch-feindlichen Machenschaften bei den unfreundlich Neutralen, wie vor allem in Rumänien. So wurde die

Preisgabe des U-Bootkrieges zu einer furchtbaren politischen Niederlage des deutschen Reiches; sie wurde von allen Volksbewußten als eine Schmach empfunden und steigerte die Erbitterung gegen den Kanzler, der sie verschuldet hatte.

Nach der Eroberung Kongresspolens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die recht eigentlich das Land von der russischen Herrschaft befreiten, wurden von den Verbündeten Militärverwaltungen eingerichtet, von denen die deutsche ihren Sitz in Warschau hatte und dem General von Beseler unterstellt wurde. Neben den Wohltaten, die sie dem Lande durch Wiederherstellung der Ordnung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und Dienstes erwies, ging sie daran zu ergründen, wie Polens Zukunft gestaltet werden sollte. Die Einzelheiten und Handlungen der Absichten und Pläne der verbündeten Regierungen, die sich in wichtigsten Fragen widersprachen, können nicht geschildert werden; festzuhalten ist, daß der selbstverständliche Gesichtspunkt des deutschen Vorteils, der deutschen Sicherheit, dabei viel zu wenig beachtet wurde. In unfaßbarer Verblendung glaubte man ein starkes Polen schaffen zu sollen; harmlos nahm man an, ein solches werde einen Wall gegen Russland aufrichten und selbstlos mit seiner Wehrmacht „die historische Mission“ erfüllen, Mitteleuropa und seine Kultur gegen Russland zu verteidigen. Daraus ergab sich eine Umwerbung der Polen, die sehr bald ihre Früchte zeitigte. Als die Deutschen im August 1915 in Warschau einzogen, wurden sie als Befreier jubelnd begrüßt und der Generalgouverneur von Beseler wurde überschwenglich gefeiert. Sobald die Polen merkten, wie falsch die Berliner Regierung und die politische Leitung in Warschau sie einschätzte, schwoll ihnen der Hamm; sie wurden übermäßig und verlangten noch während des Krieges vollkommene Selbstherrlichkeit. Bereits im Spätjahr 1915 kam es zu umstürzlerischen Umtrieben und je gründlicher die polnischen Führer die Schwäche der deutschen Regierung erkannten, um so anmaßender traten sie auf, dazu noch durch die Uneinigkeit zwischen Berlin und Wien ermutigt.

Der Reichskanzler lernte aus diesen Erfahrungen nichts. Als er im Frühjahr 1916 vor dem deutschen Reichstag über seine Politik Auskunft zu geben hatte, schwieg er zwar über das deutsche Kriegziel in bezug auf den Osten, aber sprach es aus, daß die nicht-russischen Völker zwischen dem Peipus-See und dem Schwarzen Meere befreit werden sollten.

Nach manchem hin und her, und trotz der immer offener zu Tage tretenden Deutschfeindlichkeit der Polen, kam es am 12. August 1916 in Wien zu einer Verständigung zwischen Bethmann Hollweg und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Baron Burian, in der die Gründung eines selbständigen Königreichs Polen vereinbart wurde. Dieses solle ein eigenes Heer haben, das sofort ins Leben gerufen werden müsse;

man schmeichelte sich dabei — unter dem Einfluß polnischer Versprechungen stehend —, daß dies Heer alsbald auf der Seite der Verbündeten gegen Rußland kämpfen werde. Der Reichskanzler wurde rechtzeitig darauf hingewiesen, daß er mit der Verwirklichung seiner Pläne eine damals mögliche Verständigung mit Rußland verbaue; er beharrte auf ihnen. Als die Männer der neuen deutschen Obersten Heeresleitung zu ihren Ämtern berufen wurden, waren die entscheidenden Entschlüsse über Polens Schicksal gefallen; gleichwohl wurden sie von dem Kanzler Nahestehenden später dafür verantwortlich gemacht — ein Verfahren, das die geschichtlichen Tatsachen zu fälschen versuchte.

Das bundesbrüchige Rumänien setzte seine wahrhaft schmußige Schaukelpolitik bis Ende August 1916 fort, wobei es die Not der Mittelmächte, besonders des deutschen Reiches, an Nahrungsmitteln und Erdöl erpresserisch ausnutzte. Die Vertreter des Vielverbandes betrieben offen schamlose Bestechungen rumänischer Politiker, und die Heze gegen die Mittelmächte nahm zu; die bestochene Presse führte eine wüste Sprache und wies insbesondere darauf hin, daß die Magyaren jedes Zugeständnis in bezug auf die ungarländischen Rumänen verweigerten. Die deutsche Politik war dem allem gegenüber hilflos; als sie in Bukarest den Versuch machte, die öffentliche Meinung mit den landesüblichen Mitteln zu beeinflussen, geschah es so ungeschickt, daß ein großer Skandal entstand. Trotz aller Anzeichen, die auf den offenen Übertritt Rumäniens zu den Feinden deuteten, wollte man in Berlin nicht glauben, daß dies geschehen werde, und war schmerzlich überrascht, als es doch geschah. Von Landeskennern wird behauptet, daß das schmähliche Zurückweichen des Auswärtigen Amtes vor Wilson die Achtung vor dem deutschen Reiche und den Glauben an seinen Sieg untergraben und die Neigung, sich den Feinden anzuschließen, verstärkt hätte; den Ausschlag gab schließlich der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Front nach dem Ungluß bei Luzz, und Ende August sahen die Mächte des Dreibundes einen neuen Feind vor sich, dessen ungeschwächtes, frisches und wohl ausgerüstetes Heer von etwa einer halben Million in so bedrängter Lage eine schwere Bedrohung bildete.

Durch das deutsche Volk ging ein jähes Aufzuden, als Rumänien in den Krieg eintrat, und diese Tatsache wurde als eine neue Niederlage der auswärtigen Politik empfunden.

Wahrlich, bei Beginn des dritten Kriegsjahres lagen die Dinge ernst genug für das deutsche Volk, und es war zu begreifen, daß gerade die treuesten Vaterlandsfreunde voll Sorge fragten, ob nicht die inneren Zustände den Sieg gegen die Feinde gefährden müßten.

Zwei Erscheinungen steigerten diese Sorge noch besonders, weil sie

die überlieferte Ordnung zu stören drohten: die eine, daß Bethmann Hollweg, wenn ihm die Angriffe der Gegner seiner Politik zu bedrohlich wurden, sich auf Anordnungen des Kaisers berief. So zog er die Krone in den Streit der Meinungen und, statt ihren Träger zu decken, versteckte er sich hinter ihm — ein unverantwortliches Verfahren. Zum anderen trat je länger je mehr bei der Linken, zu der sich nun auch die „Zentrumsdemagogien“ schlugen, die Absicht zu Tage, die durch den Krieg in der Heimat geschaffene Lage zur Erweiterung der Volksrechte, in Wahrheit zur Stärkung des Einflusses der Parteiführer, zu benutzen. Die gewissenlosen Menschen, die in solcher Zeit als Parteiführer dieser Art eine Rolle spielen konnten, weil der traurige Reichstag vom Januar 1912 seine Amtszeit verlängert hatte, vergaßen den Krieg und seinen Sinn — viel wichtiger wurde ihnen, was sie zur Befriedigung ihrer persönlichen Macht- und Eitelkeitsansprüche durchsetzen könnten. Es begann ein Spiel, das nicht anders als verbrecherisch genannt werden kann: wie Erpresser suchten sie der schwachen Regierung, dem schlecht beratenen Herrscher Maßnahmen abzunötigen, die, dem Gesamtwohl schädlich, ihren eigenen Machthunger, ihre Eitelkeit befriedigen sollten.

Die Gutgesinnten, allein das Volkswohl Bedenkenden, fanden sich im Reichstag, in der Presse, im öffentlichen Leben vereinsamt; ihre Warnungen, so weit die Zensur sie öffentlich durchließ, wurden nicht gehört, ja als Rücksichtigkeit verspottet und verleumdet. Was Wunder, wenn ihre Vorkämpfer sich im Hinblick auf die Besorgnis erweckende Gesamtlage des Vaterlandes für verpflichtet hielten, den Kaiser über die Gefahren aufzuklären, die über ihm und dem deutschen Volke hingen. Aber der Kaiser wollte sie nicht hören — ja er empfand diese treu gemeinten Versuche als Beeinträchtigung seiner Herrscherrechte und so wies er sie unwillig zurück.

Ebenso erfolglos blieben die Schritte, die bei den Bundesfürsten unternommen wurden, um sie auf die innere Not des Reiches aufmerksam zu machen und sie zu rettenden Maßnahmen zu veranlassen. Manche von ihnen erkannten die Gefahr, weigerten sich aber aus falsch verstandenen Rücksichten auf den Kaiser und Kanzler, etwas zu tun. In Bayern, das berufen war den Widerstand gegen Bethmann Hollwegs Politik zu führen, lagen die Dinge so, daß König Ludwig III. das richtige Urteil hatte — aber weder er noch seine Minister unternahmen etwas, weil dem Hause Wittelsbach Landzuwachs durch Angliederung des Elsasses an die bayrische Pfalz in Aussicht gestellt war. Auch sämtliche anderen bundesstaatlichen Regierungen versagten — abgesehen von Sachsen, das hier und da Ansätze zum Widerstand machte aber allein blieb; und der Bundesrat, der doch über geistige Kräfte verfügte, war mit Bethmann Hollweg stets einig.

Es war, als ob sich die zuerst zur Führung des Volkes Berufenen mit Gewalt der Wahrheit verschließen wollten! Und diese traurige Wahrheit lautete so: der Siegeswille des deutschen Volkes in der Heimat begann mürbe zu werden — wurde er nicht von neuem gehärtet und gestählt, so war das Ende dieses Kampfes ums Dasein gefährdet.

Mit Aufrüstung aller Kraft mußte die äußerste Entschlossenheit zum Durchhalten wieder hergestellt werden, indem der Wahrheit vor dem Kaiser, wie vor dem Volke, freie Bahn geschaffen wurde. Aber zu diesem Dienste waren zu wenige bereit; Bismarcks herbes Wort von der fehlenden „Zivilcourage“ der Deutschen bewahrheitete sich, und es zeigte sich nun auch, daß Wilhelms II. Herrscherweise es fertig gebracht hat, die Charaktere aus dem öffentlichen Leben zu vertreiben.

Surdhaftbar stand die Gefahr vor den Augen der Erkennenden. Da wirkte die Hoffnung auf Rettung, als Hindenburg und Ludendorff in die Oberste Heeresleitung berufen wurden.

### Neue Siegeszeit.

Die Unterrichteten im Volke atmeten auf, als die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung bekannt wurde — im Heere wurde sie mit Begeisterung aufgenommen. Seine besten Köpfe hatten die Kriegsführung des Generals von Falkenhayn mit Sorgen beobachtet; sie vermißten Ruhe und Stetigkeit in ihr und sahen mit Schrecken, wie das deutsche Heer zusammenschmolz, fürchteten auch die Folgen der unzureichenden Rüstung für den weiteren Kampf, da die Kriegsverwaltung — unter politischen Einflüssen stehend — mit dem baldigen Ende des Krieges rechnete und deshalb nicht tat, was für die Bedürfnisse eines längeren Krieges notwendig war.

Mit den neuen Männern kam Plan und Ruhe in die Kriegsführung. Oberstes Gesetz wurde: Menschen sparen; zweites: für ausreichende Rüstung sorgen. Daß die Angriffe bei Verdun sofort eingestellt wurden, wissen wir. Sonst tobte im Westen auch nach Übernahme des Oberbefehls durch Hindenburg und Ludendorff die Riesenschlacht zu beiden Seiten der Somme weiter; sie dauerte durch den ganzen September und Oktober bis in die Mitte des Novembers, wo sie allmählich erlosch. Die Feinde hatten ihren Zweck nicht einmal annähernd erreichen können. Die deutschen Verluste an Land waren unbedeutend, größer jene an Gefangenen und Geschützen, die in den vordersten Linien aufgegeben werden mußten, wenn die Verteidiger vorübergehend zurückgedrängt wurden; sie standen aber in keinem Verhältnis zu dem auf 800000 Mann geschätzten Verluste der Feinde.

Im Osten hatten die Russen keineswegs zu unterschätzende Erfolge erzielt. Die Zahl der österreichischen Gefangenen und der slawischen Überläufer war bedeutend; vor allem hatten die Brusilowschen Angriffe den

General von Conrad genötigt alle verfügbaren Kräfte dagegen einzusetzen und den so erfolgreich von der Hochfläche der sieben Gemeinden aus begonnenen Angriff auf die Italiener einzustellen. Das war um so mehr zu bedauern, als begründete Hoffnung bestanden hatte, daß dieser Angriff die Ausschaltung Italiens aus der Reihe der Feinde zur Folge haben würde.

Im August hatte der russische Angriff aber bereits seinen Höhepunkt überschritten und brach im Laufe des September unter den Schlägen des württembergischen Generals von Gerod und des bayrischen Generals Graf Bothmer völlig zusammen.

Unterdessen war den Mittelmächten in Rumänien, das am 27. August an Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, ein neuer Gegner entstanden, der sich mit seinen gut ausgebildeten und gerüsteten 600 000 Mann zu einer tödlichen Gefahr für sie auswachsen konnte.

Die Rumänen brachen mit drei Heeren gegen die siebenbürgische Grenze vor, während ein vierter Heer von der Dobrußcha aus in Bulgarien eindringen sollte. Ein Teil Siebenbürgens mit Kronstadt und Herrmannstadt mußte zunächst preisgegeben werden. Dagegen sammelten sich die Heere des Vierbundes unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Mackensen in zwei Gruppen: südlich der Donau ein aus Truppen aller vier Verbündeten bestehendes Heer, bei dem sich der Feldmarschall selbst befand; es sperrte in raschem Anlauf den Einfallweg aus der Dobrußcha durch Wegnahme der Stadt Dobritsch und bemächtigte sich der festigten Brückenköpfe von Tuteakan und Silistria; die zweite, die Nordgruppe, wurde unter dem Befehl des bisherigen Chefs des Generalstabes von Falkenhayn gegenüber den in Siebenbürgen eingebrochenen rumänischen Armeen zusammengezogen. Am 26. September war Falkenhayn so weit, die erste rumänische Armee angreifen zu können. In drei Tagen brachte er ihr eine vernichtende Niederlage bei und verfolgte seinen Sieg mit allem Nachdruck; er wandte sich gegen das zweite rumänische Heer, warf es auf Kronstadt zurück und eroberte am 8. Oktober Kronstadt selbst. Am 24. Oktober nahm er den Vulkan-Paß und schob sein Heer über Schnee und Eis durch die engen Täler der transsilvanischen Alpen vor. Am 18. November schlug er dann in der Schlacht von Tarfu Jiu die Rumänen neuerdings, drang in die walachische Ebene vor und eroberte Krajowa.

Es war dies der Augenblick in dem auch Mackensen eingriff. Der große österreichische Donaubrücken-Train und die gepanzerten Donau-Monitoren waren rechtzeitig von General Conrad bereitgesetzt worden; die Donau, die in der dortigen Gegend an 1000 m breit und vielfach von Sumpfen begleitet ist, wurde an mehreren Stellen überschritten. Die Hauptmacht führte den Übergang bei Giurgiu aus und wirkte von Osten

her mit dem von Norden vorgehenden General von Falkenhayn zusammen. Am Abend des 6. Dezember zog Mackensen in Bukarest ein. Das rumänische Heer war auf die Hälfte zusammengeschmolzen und hatte mehr als die Hälfte seiner Geschütze verloren, während die deutsche Front, die ursprünglich 700 km lang war sich auf 100 km verkürzt hatte. In einer fünfjährigen Schlacht wurden die von den Russen unterstützten Rumänen nordöstlich Buzeu nochmals geschlagen, und als das Jahr zu Ende ging, lag auch dieser Gegner am Boden; ungefähr 100000 qkm seines Landes waren im Besitz des Viertverbandes.

Ein glänzender Feldzug war zum Abschluß gebracht; so weit das deutsche Heer dabei beteiligt war, hatten sich Führer und Truppen mit Ruhm bedeckt, und wieder waren die Leistungen der Truppen im Gebirgskampf bewundernswert gewesen.

Eine erfreuliche Nebenfolge dieses Feldzuges war es, daß die Angehörigen des deutschen Heeres, als sie nach Siebenbürgen kamen, mit Staunen die deutsche Art dieses im fernen Südosten liegenden Landes erkannten, Städte und Dörfer von deutscher Bauweise fanden und den Klang ihrer Muttersprache vernahmen. Im Verkehr mit den wackeren Siebenbürgen Sachsen lernten sie schätzen, was dieser Vorposten ihres Volkes dort unten geleistet hatte und leistet.

Ahnlich war es jenen deutschen Truppen ergangen, die im Jahre zuvor den Feldzug gegen Serbien mitgemacht und im Süden Ungarns, im Banat, das kräftige Leben der Schwaben kennen gelernt hatten. So erteilte der Krieg den Angehörigen der deutschen Heere eine Art von völkischem Anschauungsunterricht, der sehr wirksam war.

In Italien hatte, wie erwähnt, der große erfolgreich eingeleitete Vorstoß, infolge der Niederlage der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand, eingestellt werden müssen. Infolgedessen unternahm Cadorna im Laufe des Herbstes noch vier weitere heftige Angriffe auf die Isonzolinie, deren einziger Erfolg die Einnahme der gänzlich zusammengeschossenen Stadt Görz war.

So schloß das Jahr 1916 auf allen Kriegsschauplätzen in hohem Grade erfolgreich für die deutschen Waffen und für den Viertbund wenigstens befriedigend ab.

Die Kämpfe des Jahres 1917 trugen im allgemeinen im Westen die Merkmale des Abwehrkrieges und zeigen im Osten das Bestreben, den russischen Feind vollkommen niederzufümpfen und lahmzulegen.

An der Westfront fanden im Januar nur Kriegshandlungen geringeren Umsanges statt. Vom 24. Februar ab und in der Zeit vom 15. bis 17. März ordnete dagegen die deutsche oberste Heeresleitung eine Maßregel an, die nur durchgeführt werden kann, wenn der Feldherr eiserne Nerven besitzt und seiner Truppen unbedingt sicher ist: Die gesamte deutsche Front zu beiden Seiten der Aare und weiter im Süden von Bapaume

bis Peronne, Roye und Noyon wurde in eine vorbereitete feste Stellung zurückgenommen. Dies geschah in wohl überlegter Weise ohne dem Gegner auch nur das Geringste an Kriegsgerät zu überlassen, und unter vollständiger Zerstörung aller Gegenstände, die ihm den Vormarsch durch das geräumte Gebiet erleichtern konnten. Diese Maßregel hatte den Vorteil, die deutsche Linie bedeutend zu verkürzen und dadurch in erheblichem Maße Kräfte zu sparen, sowie den Gegner zu völlig neuen Vorbereitungen zu nötigen, wenn er die neue Stellung angreifen wollte.

Der englische Oberbefehlshaber erhielt, wohl mit Rücksicht auf die Gefahr, die der nunmehr eingesetzte „rücksichtslose“ Unterseebootkrieg der Verpflegung Englands brachte, den Befehl, um jeden Preis die flandrische Küste zurückzunehmen. Seine Angriffe begannen am Ostermontag, den 9. April, mit einem mächtigen Vorstoß bei Arras, dem sich acht Tage später, nach einem zehntägigem Trommelfeuer, ein französischer Angriff an der Aisne anschloß. Der deutsche Heeresbericht hat diesen Angriff, der mit ungeheuren Massen, in einer Breite von 40 km, unter dem an Marshall Joffres Stelle berufenen neuen Oberbefehlshaber General Nivelle unternommen wurde, eine der größten Schlachten der Weltgeschichte genannt. Die ersten Angriffe brachten den Gegnern zwar kleine Erfolge, kamen aber bald ins Stocken. Sie kosteten die Franzosen so ungeheure Opfer, daß sich allgemeiner Unwille gegen General Nivelle erhob, der wegen seines rücksichtslosen Menschenverbrauches den Namen „Buveur de sang“ — „Blutsäufer“ erhalten hatte. Er wurde abberufen und an seine Stelle trat als Oberfeldherr General Pétain, der Retter Verduns. Aber auch unter ihm scheiterten weitere französische Angriffe am 18. April in der Champagne und stärkste englische Vorstöße bei Arras und am 28. April an der Straße von Arras nach Cambrai völlig. Dieser letzte Angriff soll mit 700000 Mann unternommen worden sein. Mit 400000 Mann versuchten die Franzosen Anfang Mai an der Aisne durchzubrechen. Aber auch hier hatten sie nur am ersten Tage Erfolge, die sie am zweiten und den folgenden Tagen wieder aufgeben mußten. Nach siebenwöchentlicher Dauer erkannten unsere Gegner, daß auch diese Großangriffe gescheitert seien.

Im Juni wagten die Engländer nach langen Vorbereitungen südlich Ypern neue Vorstöße, nachdem sie zahlreiche Minengänge vorgetrieben hatten. Es gelang ihnen, den Wytschaetebogen und das Dorf Messines zu erstmürmen: dann aber waren sie dermaßen abgefämpft, daß ihnen weitere Erfolge versagt blieben.

Nachdem nunmehr auch die Landung der ersten amerikanischen Truppen in Aussicht stand — am 30. Juni 1917 betraten die ersten Abteilungen den französischen Boden — wurde am 26. in einer Gesamtberatung der Verbündeten zu St. Jean de Maurienne in Savoyen ein neuer einheit-

licher Gesamtangriff beschlossen. Die Engländer stürmten am 30. Juni mit dichtesten Massen, dichter als sie bisher je auch von den Russen eingesetzt worden waren, beiderseits von Ypern vor, gewannen aber nur deutsche Trichterstellungen, aus denen sie in ungestümem Gegenangriff alsbald wieder hinausgeworfen wurden. Auch am „Damenweg“ nördlich Sippe, waren die deutschen Gegenangriffe gegen den gleichzeitigen französischen Angriff erfolgreich.

Im Osten hatte nach der inneren Umwälzung, die sich im Frühjahr 1917 in Russland vollzogen hatte — es wird darüber bei der Schilderung der politischen Entwicklung zu berichten sein — zunächst einige Zeit lang jede größere kriegerische Tätigkeit geruht; es hatte den Anschein, als ob die russische Angriffsstärke gebrochen sei. Wo allenfalls kleinere deutsche Vorstöße stattfanden, hatten sie die besten Erfolge. Allgemein war man der Ansicht, daß die Friedensunterhandlungen in bezug auf den Osten bald eingeleitet werden würden.

Aber es war dem Vielverbande gelungen, den Führer der russischen Sozialisten, Kerensky, der sich zum nahezu alleinigen, unbeschränkten Machthaber Russlands aufgeworfen hatte, zu einem erneuten heftigen Angriff auf die, wie man glaubte, geschwächten deutschen und österreichischen Linien zu veranlassen. Noch vor Ende des dritten Kriegsjahres, am 1. Juli 1917, hatte nach heftigem Trommelfeuer General Brussilow mit 20 Divisionen einen gewaltigen Angriff bei Breczany ausgeführt; er verfolgte die Absicht, Lemberg zu nehmen, war aber von den unter deutschem Befehl stehenden Truppen zurückgeschlagen worden. Ebenso mißlang ein neuer Vorstoß am 6. Juli; dagegen wurden die Österreicher am 8. und 9. Juli bei Stanislau zurückgedrängt und die Russen besetzten am 8. Juli Halicz, am 11. Kalusz.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz hatte am 14. Mai 1917 die zehnte Isonzschlacht mit einem italienischen Angriff von 40 km Breite begonnen; es war den Italienern gelungen, die Hochfläche von Kuč zu gewinnen. Weiter hatten sie nicht vordringen können; im Gegenteil: die Österreicher hatten bei ihren Gegenangriffen am 4. Juni das vorher verlorene Jamiano wieder zurückgewonnen und mehrere italienische Regimenter fast ganz gesangen genommen. Die neue Schlacht hatte mit einem Verlust von 160000 Mann an Toten und Verwundeten und 22000 Gefangenen nur kleine örtliche Erfolge für Italien eingebracht.

Am Ende des dritten Kriegsjahres hatten die deutschen Heere und ihre Verbündeten 548700 qkm feindlichen Landes besetzt, also ein um 8000 größeres Gebiet als das deutsche Reich. An Gefangenen waren bis dahin 3 Millionen gemacht worden, 12000 Kanonen, 5000 Maschinengewehre waren genommen. An feindlichen Kriegsschiffen waren 930000 Tonnen versenkt worden, an Handelsschiffen gegen 10 Millionen Tonnen.

Was liegt in diesen Feststellungen eingeschlossen! Wo hat in aller Geschichte ein anderes Volk Ähnliches geleistet? Und welches heldentum bewährten Offiziere und Mannschaften in den furchtbar schweren Abwehrschlachten des Westens, die an die Nerven, an Mut und Ausdauer unerhörte Anforderungen stellten. Wer sich in der Heimat einen Begriff von alledem machen konnte, war ergrissen von dem Opferwillen an der Front, und beschämmt, wenn er den Zustand zu Hause betrachtete.

### Bethmanns Ende.

Die äußere Gefahr, in der sich das Vaterland bei Beginn des dritten Kriegsjahres befand, blieb auf die Kreise, die seine innere Not auf dem Gewissen hatten, ohne Eindruck. Im Gegenteil: ihre Parteiführer, ihre Presse setzten das schändliche Treiben fort, die Willensschwäche und Hilflosigkeit der Regierung zum Vorteil ihrer reichsschädlichen Machtgelüste auszunutzen — und kein Kaiser und Kanzler, kein Bundesfürst oder einzelstaatliches Ministerium fand den Entschluß, solchem Tun entgegenzuwirken; einzige die in der Minderheit befindlichen staatstreuen Parteien, die Völkischgesinnten im Lande und ihre Presse taten ihre Pflicht, fanden aber kein Gehör — auch wo einer oder der andere tüchtige Minister in den Bundesstaaten zum Widerstand mahnte, scheiterte er an der Entschlußlosigkeit seiner Amtsgenossen.

Durch den Fehlschlag des deutschen Unternehmens gegen Verdun war das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung, deren Haupt damals Falkenhayn war, schwer erschüttert worden, und die Kriegserklärung Rumäniens hatte auf die deutsche Öffentlichkeit tief gewirkt. Gegen Falkenhayn bestand beim Kanzler schon lange Groll und Misstrauen, aber solange er der Bevorzugte des Kaisers war, hatte er nicht gewagt, auf seine Abberufung zu dringen. Erst als auch die kaiserliche Gunst sich wandte, hatte er es durchgesetzt, daß dieser General von der Stellung als Chef des Generalstabs des Feldheeres enthoben und durch die vom unbegrenzten Vertrauen des Volkes getragenen siegreichen Feldherren des Ostens ersetzt wurde.

Schon Ende 1914 waren Verdienst und Fehler des Generals Falkenhayn Unterrichteten kein Geheimnis mehr. Sein Verdienst bestand darin, daß er nach der Marneschlacht, als im großen Hauptquartier alles den Kopf verloren hatte, sich dem Kaiser mutig zur Verfügung stellte und auch wirklich die Zügel mit fester Hand ergriff. Seine Fehler zeigten sich, indem er, der als Kriegsminister aushilfsweise auch den Posten des Generalstabschefs übernommen hatte, nicht nur beide Posten in der Hand behielt, sondern auch die ihm so verliehene Macht dazu ausnützte, um die Entfaltung der überragenden Feldherrschaft Hindenburgs und Ludendorffs zu verhindern. Die besten Köpfe des Heeres erkannten es schon im Hinblick auf die neuzeitlichen Verkehrsverhältnisse und auf die technische Ent-

widlung, durch welche die Kriegsführung weit über die Maße von 1870 hinausgewachsen war, als unmöglich, daß in diesem Kriege die Arbeit, die damals zwei Männer von der Größe Roos und Moltkes ausgefüllt hatte, von Falkenhayn allein geleistet werden könne, zumal da der Generalstabschef bei der Unzulänglichkeit der politischen Leiter sich notgedrungen um politische Angelegenheiten kümmern mußte — wofür gerade General von Falkenhayn ausgesprochene Eignung besaß. Trotz der offenkundigen Unvereinbarkeit der beiden Ämter, erreichte der Kanzler es erst im Januar 1915, daß der Generalstabschef das Kriegsministerium abgab. Gegen das Verbleiben des Generals in der Obersten Heeresleitung unternahm er nichts, obwohl er darüber im Klaren war, daß die Art der Begabung und der Charakter dieses Mannes für die Kriegsführung verhängnisvoll werden müsse. Alles Drängen Unterrichteter und Wohlmeinender vermochte ihn nicht dazu, beim Kaiser die Abberufung Falkenhayns zu beantragen, solange er ihn in der Gunst des obersten Kriegsherrn wußte — dagegen wurde halbamtlich und von derart beeinflußten Stellen ein häßlicher unterirdischer Zeitungskrieg gegen den Generalstabschef geführt. Als dieser nach dem Mißerfolg von Verdun seines Postens enthoben wurde, wußten Bethmann Hollweg und seine Anhänger gegenüber den Männern, die doch allein für die Oberste Heeresleitung in Betracht kamen, einen Anspruch auf Dankbarkeit damit zu begründen, daß er den Wechsel veranlaßt habe. Wirklich gelang es ihm — besonders durch die Beeinflussung der gesamten öffentlichen Meinung — bei vielen Gutgesinnten, die von dem wahren Sachverhalt keine Ahnung hatten, den Schein des Verdienstes zu erwedden.

Wie die neuen Männer der Obersten Heeresleitung ihre Aufgabe anfaßten, und durchführten, haben wir gehört und wissen, daß es ihnen gelang die kriegerische Gefahr zu bannen. Was wunder, wenn die Vaterlandsfreunde aufatmeten und hofften daß sie auch mit starker, rettender Hand in die politische Geschäftsführung eingreifen und der inneren Not ein Ende bereiten würden.

War dieser Glaube sachlich ungerechtfertigt? Die ihn hegten, wußten, daß der Krieg „Politik mit anderen Mitteln“ ist; sie fanden deshalb, daß ihm als der folgenschwersten Art von Politik alle inner- und außerpolitischen Einzelmaßnahmen unterzuordnen seien, und trauten Hindenburg und Ludendorff die Erkenntnis und Entschlußkraft zu, sich als oberste Leiter des Krieges in den damit verbundenen Fragen der inneren und äußeren Politik zurechtzufinden und in beide nach den Notwendigkeiten der Kriegsführung einzugreifen. Die Hoffnung dieser Kreise ging, kurz gesagt, dahin, daß die beiden Feldherren, die recht eigentlich erst festen Plan in die deutsche Heeresleitung gebracht hatten, je länger je mehr die staatsmännische Führung des Krieges übernehmen würden.

Es ist zum Schicksal des deutschen Volkes geworden, daß sie das nicht taten. Angesichts dieser verhängnisvollen Tatsache muß auf die Umstände hingewiesen werden, durch die diese Hoffnung der Reichstreuen vernichtet wurde. Aus der Kennzeichnung der Persönlichkeiten Hindenburghs und Ludendorffs wissen wir, daß der Feldmarschall nach der preußischen Offiziersüberlieferung — abgesehen davon, daß er ganz im alten Royalismus wurzelte — unpolitisch war, während sein erster Generalquartiermeister vor Jahren bei der Bearbeitung der Frage, ob die Stärke des deutschen Heeres gegenüber derjenigen der voraussichtlichen Feinde genüge, macht- und außerpolitisches Verständnis bewiesen hatte. Nun mußte sich zeigen, ob die royalistische Grundrichtung des Feldmarschalls ihm die Witterung für die Gefahren gab, die eine falsche Leitung der Staatsgeschäfte dem preußischen Königtum und gleichzeitig dem mit ihm durch das Kaiserthum verbundenen deutschen Reich und Volk bereitete, und ob aus dieser Witterung eine einheitliche Auffassung der Lage, ein großer Entschluß zu ihrer Rettung sich ergäbe. Bei Ludendorff war abzuwarten, ob sein politischer Instinkt die Gestalt staatsmännischen Erfassens, Durchdenkens und Gestaltens der unendlich schweren Aufgabe, die der politische Retter des Vaterlandes zu lösen hatte, annehmen werde. Bei beiden endlich war die Frage, ob sie — von den Geschäften der Obersten Heeresleitung in einem solchen über zwei Weltteile ausgedehnten Kriege in Anspruch genommen — die Berater suchen und finden würden, welche die für die Feldherrn notwendigen staatsmännischen Entschlüsse auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik mit Sachkunde und Weitblick vorzubereiten hätten, denen insbesondere auch die verschlungenen innerpolitischen Vorgänge vertraut waren und die über hinreichende Kenntnis der in der Heimat politisch tätigen Personen verfügten.

Die Entwicklung zeigte, daß diese drei bedeutsamen Fragen nicht restlos günstig für das deutsche Volk beantwortet wurden — der Rest war so groß, daß er den Ausgang des Krieges unheilvoll beeinflußte. Der Feldmarschall wurde, als der Royalist in ihm erkannte, daß Bethmann Hollweg die Krone gefährde, politisch, indem er in scharfe Gegnerschaft zu dem Kanzler geriet; zu einer staatsmännischen Gesamtbetrachtung der Lage des Vaterlandes gelangte er nicht — leider auch nicht zu der Erkenntnis, daß ein Royalist in so entscheidungsvollem Amte, wie er es bekleidete, gegebenenfalls mit stärksten Mitteln auf seinen König einwirken muß, um ihn vor Schaden zu bewahren. Auf Ludendorff lag ohne Zweifel die Hauptlast der Kriegsleitung; je länger je mehr ging die Feldherrnschaft auf ihn allein über, und es ist zu begreifen, daß er nicht dazu kam, sich bei währenden Kriegsgeschäften die gebotene einheitliche Anschauung der daneben zu lösenden staatsmännischen Aufgaben zu erarbeiten, ja daß er sich grundsätzlich von den politischen Dingen fernhalten wollte. So griff

er nur ein, wenn er besonders zwingenden Anlaß zu haben glaubte, also von Fall zu Fall — ein Verfahren, das in seiner Lage verständlich, für die große Sache, die auf dem Spiele stand, aber gefährlich war. Unter solchen Umständen war es ein Verhängnis, daß beide Feldherren nicht das Bedürfnis hatten — es jedenfalls nicht befriedigten — sich staatsmännisch geschulte Berater zur Seite zu stellen, die eine der Bedeutung dieses Krieges entsprechende dauernde und günstige Einwirkung der Obersten Heeresleitung auf die politischen Maßnahmen der Regierung durchzuführen fähig waren. Es blieb bis zuletzt bei dem unter den gegebenen Umständen unhaltbaren Zustande, daß sie — sei es der Feldmarschall, sei es der erste Generalquartiermeister — nur eingriffen, wenn es einfach nicht mehr anders ging; und dann war es zu spät. Der Rat Wohlmeinender, daß sie sich unbedingt den notwendigen politischen Einfluß erzwingen müßten, wurde nicht gehört, und der besondere Hinweis darauf, daß die inneren Zustände des Reichs das Eingreifen einer starken Hand gebieterisch forderten, wurde mit der Antwort abgetan, man wolle den Krieg gewinnen und müsse deshalb „innere Krisen“ vermeiden — als ob der Ausgang des Krieges nicht im engsten Zusammenhange mit der innerpolitischen Entwicklung der Heimat gestanden hätte!

Wenn sonach die Feldherren politisch versagten, so gebietet die Rechtigkeit zu ihrer Entschuldigung anzuführen, daß sie — abgesehen davon, daß sie nicht politisch vorgebildet waren — mit den Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich aus der Persönlichkeit und Art des Kaisers ergaben: dieser hatte das richtige Gefühl, daß er durch die Berufung der beiden Volkshelden als oberster Kriegsherr tatsächlich abgedankt habe, und suchte mit um so größerem Nachdruck gerade ihnen gegenüber den Schein seines maßgebenden politischen Einflusses aufrecht zu erhalten, indem er angebliche Einmischungsversuche der Obersten Heeresleitung in die politischen Dinge zurückwies — in Wahrheit freilich hatte Wilhelm II. sich längst auch der politischen Macht begeben, und sein Kanzler richtete sich in allen Maßnahmen so ein, daß er es mit den Wortführern der Masse nicht verdarb. Es geriet zum Unheil, daß Hindenburg und Ludendorff den Kaiser nicht zu jenen Handlungen zu bestimmen wußten, die ihn und das Vaterland retten konnten: die tatsächliche Macht dazu besaßen sie; denn der Feldmarschall nahm nun eine Stellung ein, vergleichbar derjenigen Kaiser Wilhelms des Ersten im deutsch-französischen Kriege, während Ludendorff diejenige inne hatte, die damals Hellmut von Moltke bekleidete.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß beide Feldherren, als sie ihr neues Amt antraten, durchaus keine Gegner des Reichskanzlers waren sondern mit dem Entschluß kamen, mit ihm friedlich zusammenzuarbeiten. Wenn sie je länger je mehr wider ihn ankämpfen mußten und schließlich seine Beseitigung durchsetzen, so geschah dies in der zunehmenden Er-

kenntnis der Verderblichkeit seiner Unpolitit. Ein Unglück, daß sie nach Bethmann Hollwegs Sturz den großen politischen Fragen gegenüber wieder in ihre politische Enthaltsamkeit zurückfielen und die verheerende Tätigkeit seiner Nachfolger nicht verhinderten!

\* \* \*

Wohin die Fahrt in der Heimat ging, zeigte sich noch im Frühherbst 1916, als die Reichstagsmehrheit, zu der sich nun das Zentrum unter dem Einflusse seiner demagogischen Führer geschlagen hatte, die Einführung eines ständigen Ausschusses für die auswärtige Politik durchsetzte. Damit war ein weiterer Schritt zum parlamentarischen System getan und dem Machthunger eitler, ehrgeiziger Volksführer eine Mitwirkung gewährt, die — so unsachlichen und politisch so unbrauchbaren Menschen zugestanden — nicht anders als unheilvoll werden konnte.

Indes erklärte der Wortführer der Sozialdemokratie im Reichstage es als Ansicht und Wille seiner Gesellschaft, daß der Krieg ohne Machtweiterung der einen oder anderen Mächtegruppe ausgehen solle; er prägte das Schlagwort: „was deutsch war, soll deutsch bleiben, was französisch war, französisch.“ In jedem anderen Lande hätte ein Politiker, der eine solche Unkenntnis vom Wesen und den Absichten der anderen Seite geoffenbart hätte, ausgespielt gehabt — im deutschen Reiche wurde derartiges ernst genommen, und die Regierenden wagten solcher Afferweisheit nicht entgegenzutreten, weil sie in den Banden der Sozialdemokratie lagen. Aber nicht genug damit: die Sozialdemokraten und ihre Presse betonten fortgesetzt die deutsche Sehnsucht nach dem Frieden, ohne zu begreifen, daß die Feinde daraus das Bekenntnis deutscher Schwäche lesen würden, und ihr Führer zog im Lande herum und verkündete unter Berufung auf den Reichskanzler, daß das amtliche deutsche Kriegsziel nichts von Landserwerb und Entschädigungen wisse, sondern den Zustand vor dem Kriege anstrebe. Immer maßloser wurde der Kampf gegen die „Alldeutschen“, womit alle diejenigen getroffen werden sollten, die bei siegreichem Ausgang des Krieges das deutsche Volk vor der Wiederkehr solcher Gefahr behüten wollten; das Wort „alldeutsch“ mit dem nach Belieben der „Verzichtler“ die Konservativen und Nationalliberalen, die Landwirtschaft und Industrie, die freien Berufe und Handwerkerverbände gekennzeichnet wurden, sobald sie sich im Sinne der Erfüllung deutscher Daseinsnotwendigkeiten im Halle des Sieges aussprachen, wurde geradezu zum Schmähwort, und es beleuchtet die Lage, daß die also Angegriffenen ihre Gegner als „Alljuden“ oder alljüdisch beeinflußt hinstellten. Hiermit sollte der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß jüdische Politiker, jüdische Zeitungen es sich anmaßen, der deutschen Zukunft in der Richtung des Verzichts die Bahn vorzuschreiben, was im günstigsten Halle mit dem

Stillstand, wahrscheinlich aber mit dem Untergang des deutschen Volkes gleichbedeutend war.

Neben solchem das öffentliche Leben vergiftenden Streite, ging derjenige um den Unterseebootkrieg weiter; seine Verteidiger erkannten den Ernst der Lage des Vaterlandes in voller Klarheit und verlangten die dem Wesen des Krieges entsprechende Anwendung aller Kampfmittel, die den Feind zum Frieden zwingen konnten. Aber auch diesmal — im Herbst 1916 — drangen sie nicht durch; ihre Hoffnung auf ein entscheidendes Eingreifen der Obersten Heeresleitung erfüllte sich nicht, da man diese glauben machte, daß Holland und Dänemark sich zu den Feinden schlagen würden, und die Feldherren — dies als richtig annehmend — im Hinblick auf Rumänien keinen weiteren Feind mehr brauchen zu können erklärten. So unterblieb auch jetzt die Wiederanwendung der England gegenüber wirksamsten Waffe.

Die innere Lage, wie sie die neuen Herren der Obersten Heeresleitung vorgefunden hatten, wurde durch ein Schreiben, das der Feldmarschall am 27. September an den Reichskanzler richtete unzweideutig gekennzeichnet; darin beklagte er sich, daß offenbar amtliche Stellen den Ernst der Zeit noch nicht begriffen hätten und nicht bestrebt seien ihm genug zu tun; vom Kanzler verlangte er, daß er diesen Leuten ihre Pflicht klar mache, daß er „starke Männer“ zur Arbeit in der Heimat berufe und dafür sorge, daß der „furor teutonicus“ entfesselt werde. Und wiederum bemerkenswert: diese Kundgebung des Oberfeldherrn wurde der deutschen Öffentlichkeit von der Reichskanzlei vorenthalten; sie wurde erst später auf nichtamtlichem Wege bekannt — eine Tatsache, die bewies, daß schon nach kurzer Zeit die Wege der Obersten Heeresleitung sich von denen der Regierung schieden.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik führte die falsche Beurteilung der polnischen Frage durch Bethmann Hollweg und seine Berater zu dem Entschluß, im Einverständnis mit Wien ein selbständiges Königreich Polen zu schaffen; der bereits im August ins Auge gefaßte Schritt wurde vor der Öffentlichkeit getan, indem am 5. November 1916 die verbündeten Kaiserstände eine feierliche Kundgebung erließen, durch welche die Wiedererrichtung des Polenstaates verheißen wurde.

Damit war — vom deutschen Standpunkte betrachtet — ein Fehler begangen worden, der ein doppeltes Gesicht hatte, indem eine Verständigung mit der Regierung des Zaren nun einfach unmöglich war, und indem andererseits dem Deutschtum für die Zukunft ein neuer Feind geradezu geschaffen wurde. Leidenschaftlich bäumten die Völkischgesinnten sich gegen diese Maßnahme auf, die ihnen um so unverantwortlicher schien, als der Reichskanzler versprochen hatte, daß keine große politische Entscheidung ohne Wissen des Volkes getroffen werden solle, diesen Schritt aber insgeheim mit Habsburg verabredet hatte. Eine bittere Enttäuschung

war es für diese Kreise, daß die Oberste Heeresleitung dies Verhängnis nicht abgewandt hatte; es verlautete sogar, daß sie ausdrücklich einverstanden gewesen sei. In Wahrheit aber lag die Sache so, daß die bereits vor Hindenburgs und Ludendorffs Berufung entschiedene Maßnahme der Obersten Heeresleitung mit der Aussicht begründet wurde, alsbald polnische Hilfstruppen zu erhalten, worauf sie im Hinblick auf die gespannte militärische Lage erklärt hatte, polnische Truppen gebrauchen zu können. Sie erhob also nach solcher Vorspiegelung keinen Einwand mehr gegen eine fest entschiedene Sache. Daß es sich um eine Täuschung der Obersten Heeresleitung handelte, wurde alsbald offenbar; das in Aussicht gestellte polnische Heer fand sich niemals zusammen; lägliche Anfänge blieben stecken, was bei dem bösen Willen der Polen begreiflich ist, und das Ergebnis dieser Politik war — abgesehen von der dauernden Schädigung des deutschen Reiches — eine arge Bloßstellung seiner Regierung. Es verdient festgehalten zu werden, daß der österreichisch-ungarische Generalstabschef von Conrad dringend davor warnte, den polnischen Versprechungen militärischer Hilfe Glauben zu schenken, während der deutsche Generalgouverneur von Beseler, ganz von den Polen hinters Licht geführt, für den Ernst ihrer Zusagen eintrat. Weiter muß betont werden, daß Bethmann Hollweg von allen Kennern der polnischen Geschichte und der polnischen Bestrebungen dieser Zeit nachdrücklich gewarnt worden war — vergeblich. So schuf dieser Kanzler während des Weltkrieges seinem Volke in der gefährlichen Ostflanke einen neuen Feind, von dem zu erwarten war, daß er bei erster Gelegenheit die Hände gierig nach den deutsch-polnisch gemischten Gebieten Preußens ausstrecken werde!

Es kann schon hier des Zusammenhangs halber gesagt werden, daß die wahre Meinung der Polen, die nur so unpolitische Männer wie der Kanzler und der Generalgouverneur verkennen konnten, sich sehr bald enthüllte. Ihre Ansprüche auf vollkommene Bewegungsfreiheit noch während des Krieges wurden angemeldet; als sie nicht befriedigt wurden, weil dies aus militärischen Gründen einfach nicht geschehen konnte, entstanden verschwörung-artige Machenschaften. Noch war kein halbes Jahr nach der „November-Proklamation“ verflossen, als die Polengefahr drohende Formen annahm; eine Folge davon war, daß die alsbald nach der deutschen Besetzung von Warschau eröffnete polnische Hochschule wegen der Umtreibe der Studentenschaft wieder geschlossen werden mußte. Das erste Wetterzeichen, das im Osten aufleuchtete!

Und eine solche Unpolitik hatte nicht nur die Krone gebilligt — auch die Reichstagsmehrheit und die ihr ergebene Presse hatte sie unbedenklich mitgemacht!

Hiermit aber war Bethmann Hollwigs Tätigkeit für das Jahr 1916 noch nicht abgeschlossen.

Hindenburg und Ludendorff erkannten in ihrer neuen Stellung sofort, wie unzureichend ihr Vorgänger und das Kriegsministerium für die Weiterführung des Krieges gesorgt hatten, soweit der nötigste Kriegsbedarf — besonders an Geschüßen und Geschossen — in Frage kam. Sie verlangten, daß so gefährlichem Mangel schleunigst abgeholfen werde, und begegneten dem Einwand, daß der Industrie die nötigen Menschen nicht zur Verfügung ständen, mit dem Verlangen, daß alle Kräfte der Heimat für die Beschaffung des notwendigen Heeresbedarfes herangezogen werden müßten — ein großartiger, solcher Zeit würdiger Gedanke. Die Oberste Heeresleitung forderte die Einführung einer „vaterländischen Hilfsdienstpflicht“, durch die den Behörden und der Industrie die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollten, deren sie zur Bewältigung der ungeheuren Aufgaben bedurften. Nun wäre die Regierung in der Lage gewesen eine solche Hilfsdienstpflicht im Verordnungswege einzuführen, da sie bei Kriegsbeginn vom Reichstag allgemein zu weitgehenden Anordnungen wirtschaftlicher Art ermächtigt worden war; die Oberste Heeresleitung war aber der Meinung, daß eine so einschneidende Maßregel, die das ganze Volk der Heimat für die Zwecke der Kriegsrüstung in Anspruch nahm, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichstags — als der berufenen Vertretung des ganzen Volkes — getroffen werden sollte, um den notwendigen Eindruck auf die Bevölkerung zu machen. Das war an sich schön und richtig gedacht, ließ jedoch die Kenntnis dieses Reichstags, d. h. seiner machthungrigen, durch gewissenlose Volksverführer geleiteten Mehrheit vermissen. Leider bestand die Oberste Heeresleitung, schlecht beraten, auf diesem einer solchen Volksvertretung gegenüber unangebrachtem Verlangen, und die Gesetzesvorlage für die Hilfsdienstpflicht wurde von der Regierung eingebracht. Was die Kenner des Reichstags vorhergesehen hatten, trat ein: die Not des Vaterlandes, die aus solcher Maßnahme sprach, wurde von der Sozialdemokratie ausgebeutet, um längst aufgestellte, bisher aber unerfüllt gebliebene politische Forderungen durchzusetzen. Gewiß war es ein politischer Fehler der Obersten Heeresleitung die gesetzliche Einführung der Hilfsdienstpflicht verlangt zu haben — aber die Verantwortung dafür, daß die Gesetzesvorlage eingebracht wurde, trifft deshalb doch den Reichskanzler, und er, wie seine politischen Mitarbeiter, sind verantwortlich für die Behandlung, die einem so groß gedachten Plane durch die kleinen Menschen des Reichstags zu Teil wurde, weil die Regierung in fortgesetzter Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen sie duldet. Der Gesetzentwurf erlitt solche Veränderungen, daß sein Sinn entstellt ward; die feste und bewährte Gliederung der deutschen Industrie wurde im selben Augenblick in Frage gestellt, wo England und Frankreich ihrer Arbeiterschaft Einrichtungen aufzwangen, die in Deutschland die hohe

Leistungsfähigkeit der Werke ermöglicht hatten. Im deutschen Reich geschah das Umgekehrte, indem in solcher Zeit, wo alle Machtämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern ruhen sollten, dem Verlangen der Reichstagsmehrheit entsprechend in allen größeren Betrieben mit Gesetzeszwang Arbeiterausschüsse eingeführt wurden, die von Hezern leicht zu politischen Zwecken missbraucht werden konnten; so wurde die Stetigkeit der Arbeitsleistung gefährdet. Obwohl der weitaus größte Teil der Hilfsdienstpflchtigen zum Zwecke der Arbeit in der Kriegsindustrie vom Heeresdienst Beurlaubt („Reklamierte“) waren, die von Rechts wegen als unter den Kriegsgesetzen stehend zu betrachten waren, wurden ihnen die politischen Rechte ausdrücklich verbürgt; auch hierdurch war die Gefahr der Verhetzung vergrößert. Als der Entwurf Gesetz wurde, konnte von ihm gesagt werden, daß von dem ursprünglich Geplanten nicht viel mehr als der Name übrig geblieben sei.

Mit dem Hilfsdienstpflchtgesetz, wie es vom Reichstag gestaltet worden war, geschah ein Schritt auf sehr abschüssiger Bahn; sie führte zum Umsturz.

Die Kriegserklärung Rumäniens hatte den Kanzler so tief erschüttert, daß er den Plan fasste, durch Vermittlung des Präsidenten Wilson Schritte zu tun, die eine Versöhnung mit den Feinden anbahnen sollten. Der deutsche Botschafter in Washington wurde Anfang September 1916 angewiesen, deshalb bei Wilson anzusprechen, antwortete aber, daß dieser, der damals den Wahlfeldzug für seine Wiederwahl als Präsident zu führen hatte, vor dessen Abschluß derartiges nicht tun werde. Da es darüber jedenfalls November werden und niemand bestimmt sagen konnte, was Wilson dann tun werde, und da Bethmann Hollweg es eilig hatte, trat er auf den Rat seiner Mitarbeiter dem Gedanken näher, ohne fremde Vermittlung den Feinden ein Friedensangebot zu machen. Der Kaiser wurde für das Vorhaben gewonnen, und es wurde beschlossen, einen günstigen Zeitpunkt für einen solchen Schritt abzuwarten, damit das deutsche Reich nicht als Bittsteller erscheine. Diesen Augenblick sah der Kanzler gekommen, als der Feldzug gegen Rumänien zu glänzendem Ende geführt und am 6. Dezember Bukarest von den Truppen des Dierbundes besetzt worden war. Am 12. Dezember 1916 übergab er im Einverständnis mit den Verbündeten den in Berlin beglaubigten Vertretern der neutralen Mächte, die den Schutz der Deutschen in den feindlichen Ländern übernommen hatten, eine Kundgebung, die für jene bestimmt war. In ihr wurden die Feinde unter Berufung auf die „Kultur- und Menschheitsinteressen“ und mit einer Begründung, die schlechthin „mystisch-sentimental“ genannt werden darf, zu Friedensverhandlungen aufgefordert; dabei wurde in Aussicht gestellt, daß die vier Verbündeten Vorschläge unterbreiten würden, die nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage zur Versöhnung

böten. Bemerkenswert war, daß bereits einige Tage vor diesem Schritt die führenden Blätter der Sozialisten und der bürgerlich-jüdischen Demokratie auf das bevorstehende große Ereignis hinweisen konnten und daß weiter von ihnen angekündigt wurde, der Kanzler habe dem Reichstag Bedeutungsvolles mitzuteilen. Am Tage der sog. „Friedensnote“, an jenem 12. Dezember, trat Bethmann Hollweg wirklich vor die Volksvertretung und machte sie mit dem Geschehenen bekannt; die Mehrheit war natürlich damit einverstanden — zweifellos war sie vorher unterrichtet; der beabsichtigte Widerspruch der Konservativen und Nationalliberalen konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, da eine Erörterung von der Mehrheit nicht zugelassen wurde.

Auch in diesem Halle hatte der Kanzler seinem Versprechen zuwider gehandelt, das Volk vor wichtigen Maßnahmen zu hören — aber nicht nur das: er hatte offenbar mit den Verbündeten die Friedensbedingungen fest verabredet, die den Feinden unterbreitet werden sollten, falls sie sich zu Verhandlungen herbeiließen. Kein Zweifel, daß diese im wesentlichen den Verzicht auf Machtweiterleitung enthielten; überdies vermochte das führende sozialistische Blatt das vorher schon anzukündigen.

Für die völkischen Kreise kam dies Friedensangebot ganz überraschend und sie waren darüber bestürzt; sie kannten das feindliche Ausland genug, um zu wissen, daß es in diesem Schritte ein weiteres Zeichen der Schwäche, ja der Verzweiflung der Mächte des Vierbundes erblicken werde, das die Feinde erst recht zu äußerstem Widerstand anstacheln werde; ließen die Feinde sich aber aller Erwartung zum Trotz auf Verhandlungen ein, so war zu befürchten, daß die militärischen Vorteile aus den letzten Siegen des Vierbundes bei etwaiger Waffenruhe verloren gingen, ganz abgesehen davon, daß von ihnen wirklich ernsthaft gemeinte Verhandlungen sicherlich für das deutsche Reich mit einem „Verzichtfrieden“ enden würden: war doch der Kanzler nach den Mitteilungen seiner sozialistischen Vertrauten zu einem solchen bereit.

Man kann sich denken, daß alle, die an den deutschen Sieg glaubten und die ihn zur Sicherung der deutschen Zukunft ausgenutzt sehen wollten, jäh auffuhren. Ein leidenschaftlicher Zeitungskampf brach aus; die Presse gefolgschaft der Regierung pries die Weisheit des Kaisers und seines Kanzlers, die sich in dem Friedensangebot fandgebe, in höchsten Tönen, während die völkische Presse es scharf verurteilte. Bei diesen Erörterungen wurde bekannt, daß die Oberste Heeresleitung mit der „Friedensnote“ ausdrücklich einverstanden gewesen sei — ein Umstand, der von den Verteidigern Bethmann Hollwegs mit Genugtuung festgestellt wurde, und der den Völkischen eine neue Enttäuschung bereitete, weil er ihnen wiederum bewies, wie wenig sachgemäß die Oberste Heeresleitung in politischen Fragen unterrichtet war.

Die feindlichen Regierungen antworteten zunächst nicht; ihre Presse wies jedoch das Anerbieten der Vierbundmächte mit Hohn zurück.

Als das ereignisreiche Jahr 1916 zu Ende ging, war für die politisch Urteilsfähigen klar, daß die Schwäche der Regierung das Vaterland nach innen und außen in schwerste Gefahr gebracht hatte; das Ansehen der Staatsgewalt war unterwühlt, das der Krone und des Kanzlers vernichtet. Es gab nur einen Halt noch; ihn bot die Oberste Heeresleitung.

Doppelt begreiflich die Sorge der Reichstreuen, daß auch sie in so wichtigen politischen Fragen, wie den geschilderten, irrte oder versagte.

Während im Reiche die Zügel der Regierung am Boden schleiften und die Zermürbung der Geister fortschritt, vollzog sich in England ein Personenwechsel von großer Bedeutung: an die Spitze des Ministeriums trat der bisherige Munitionsminister Lloyd George, ein Mann von rücksichtslosem Willen und unbeugsamer Tatkraft. Lloyd Georges Ernennung zum Ersten Minister tat dar, daß England den Kampf bis zum Äußersten fortzuführen entschlossen war, und bestätigte die Auffassung derer, die auf Grund ihrer Kenntnis der englischen Politik niemals etwas anderes erwartet hatten. Und Bethmann Hollweg war noch immer Kanzler des deutschen Reiches! Die starken Männer, nach denen Hindenburg gerufen hatte, wurden auch im Jahre 1917 nicht zur Leitung der Reichsgeschäfte herangezogen. Alles ging im Innern seinen alten Gang weiter: die alljüdische Presse und die ihr gesinnungsverwandten politischen Kreise predigten den Verzicht, wetterten gegen den U-Bootkrieg und bezichtigten alle, die anderes wollten, der eigennützigen Kriegsverlängerung. Immer klarer trat zu Tage, daß auch die lautesten Lobredner Bethmann Hollwegs infolge der nicht abreißenden Kette inner- und außenpolitischer Misserfolge an diesem ihrem Meister irre geworden waren — eigentlich war es nur noch die ausgesprochene Judenpresse, die zu ihm hielt. Auch ein Ergebnis für den obersten Beamten des deutschen Reiches!

Die völkischen Kreise ließen sich durch alle Verleumdungen nicht irre machen und führten den Kampf in Wort und Schrift — soweit die Zensur dies zuließ — für den Unterseebootkrieg weiter, und die völkischen Parteien boten alles, was in ihrer Macht stand, in der gleichen Richtung auf. Die Flottenführer waren längst von der Notwendigkeit überzeugt, die neue Waffe rücksichtslos anwenden zu müssen und auch die Oberste Heeresleitung bekannte sich zu dieser Ansicht, als sie nach der Niederwerfung Rumäniens militärisch die Arme frei bekam und als das Friedensangebot des Vierbundes Mitte Januar von dem Vielverband mit einer ebenso verlogenen wie unverschämten Erklärung abgelehnt wurde. Nun mußte es auch dem Kanzler und seinen Leuten klar sein, daß die Feinde es auf Deutschlands Vernichtung abgesehen hatten — und wirklich sprach dies

der Kaiser als seine Meinung in einer Kundgebung an Heer und Flotte aus. Endlich reiste der Entschluß, der längst hätte gefaßt und ohne politische Hemmungen durchgeführt werden müssen: mit dem 1. Februar 1917 sollte der uneingeschränkte U-Bootkrieg einsetzen.

Den Vaterlandstreunden fiel eine Last vom Herzen. Die deutsche Öffentlichkeit erkannte trotz der maßlosen Verhetzung durch die alljüdische Presse, daß diese Maßregel geboten sei und vertraute dem Urteil der Männer der Obersten Heeres- und Flottenleitung; als der Feldmarschall offen davon sprach, daß das deutsche Reich auf alle Folgen eingerichtet sei, die aus diesem Entschluß entstehen könnten, und ihnen gewachsen sei, verstummte der Widerspruch. Hindenburgs Worte bezogen sich auf die Vereinigten Staaten, deren feindselige Haltung längst offenkundig war und von denen erwartet wurde, daß sie nun in den Krieg eintreten würden. Mit größten Erfolgen verrichteten die nun von den unerträglichen Fesseln befreiten Unterseeboote ihre schwere Arbeit; ihre schneidigen Führer und trefflichen Helfer und Mannschaften bewährten sich glänzend.

So wurde die Hoffnung auf ein gutes Kriegsende wieder belebt, zumal da das vorwurfsvolle, aber doch auch zuversichtliche Wort des Generalstabschefs von Conrad bekannt wurde, der Krieg wäre längst siegreich beendigt, wenn man die U-Boote rechtzeitig hätte arbeiten lassen. Sonst aber konnte kein Ernstler die inneren Zustände in der Heimat und ihre Entwicklung mit Ruhe ansehen.

Als Anfang des Jahres 1917 der längst als Deutschenfeind erkannte amerikanische Botschafter aus Amerika nach Deutschland zurückkehrte, wurde er in Berlin in würdevoller und geschmackloser Weise gefeiert — derselbe Gérard, der durch die Förderung des feindlichen Späherdienstes Deutschlands Feinde offenkundig unterstützt hatte und dessen Treiben das in Sorge vor den Vereinigten Staaten ersterbende Auswärtige Amt geduldet hatte.

Dieses Amt beging, als die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beschlossene Sache war, die unbegreifliche Torheit, die Bundesgenossenschaft Mexikos nachzusuchen und ihm als Lohn dafür Gebietsteile der Vereinigten Staaten zu versprechen — die betreffende Drahtung an den deutschen Gesandten in Mexiko wurde von den Amerikanern entziffert und unter entrüsteten Kundgebungen über die Verwerflichkeit der deutschen Politik veröffentlicht.

Am 2. April 1917 erklärte Präsident Wilson, der die Beziehungen zwischen Berlin und Washington schon vorher hatte abbrechen lassen, dem deutschen Reiche den Krieg, indem er dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft zugehen ließ, in der er behauptete, daß die U-Bootwaffe außerhalb des Rechtes stehe, daß ihre Anwendung ein Krieg gegen die Menschheit sei, daß der Kampf gegen das deutsche Reich nicht nur der Welt den Frieden schenken sondern auch die Herrschaft

des Rechts wiederherstellen solle; schließlich erdriestete er sich zu sagen, daß er dem deutschen Volke die Freiheit bringen werde — alles in allem eine Urkunde von verlogener Salbung, die nur durch spätere Handlungen dieses größten und widerwärtigsten Heuchlers der Geschichte an Unwahrhaftigkeit übertroffen werden konnte. Der amerikanischen Kriegserklärung folgte diejenige von China, das den Worten nach das Bedürfnis hatte, sich zum Heile der Menschheit am Kampf gegen die barbarischen Deutschen zu beteiligen — in Wirklichkeit wurde niemand weniger vom Unterseebootkrieg betroffen, als dies Land, das keine Handelsflotte hatte, die unter ihm leiden konnte; es handelte unter englischem Zwange, und die Engländer beseitigten die letzten Zweifel über ihre Absichten, als sie veranlaßten, daß alle deutschen Handelsniederlassungen in China vernichtet, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Bücher und sonstigen geschäftlichen Urkunden weggenommen und die deutschen Bürger rechtlos gemacht wurden: es war auf die Vernichtung des deutschen Handels, auf die Ausschaltung jedes deutschen Wettbewerbes abgesehen.

Dem Beispiel von China und gleichem Zwange — sei es von England oder den Vereinigten Staaten ausgehend — folgten, mit Brasilien beginnend, nach und nach die meisten mittel- und südamerikanischen Freistaaten, und die unter englischer oder französischer Oberherrschaft stehenden Länder Asiens wie Siam, so daß beinahe die ganze bewohnte Erde gegen das deutsche Reich und seine Verbündeten im Felde stand. Ihr Menschenvorrat, ihre Rohstoffe und Erzeugnisse — alles wurde aufgeboten, um die verhassten Deutschen auf die Knie zu zwingen, die erbarmungslos von ausländischer Zufuhr abgeschnitten waren. Es kamen harte Tage für das Deutschtum jener englisch-französisch-amerikanischer Gewalt weichenden Länder, und nichts in der Geschichte gleicht der kalten Grausamkeit, mit der die Engländer, nichts dem wollustartigen Peinigergeiste, mit dem die Franzosen die unglücklichen Deutschen mißhandelten, die ihnen im Ausland in die Hände fielen.

Und doch sollten die Deutschen die Barbaren, die Hunnen, die Knechte der Menschheit sein!

\* \* \*

Im Frühsommer folgten Schlag auf Schlag Ereignisse, die der deutschen Außenpolitik ihre Unfähigkeit bezeugten: die Entwicklung in Polen kennen wir — in Griechenland sah sich der deutschfreundliche König Konstantin, ein Schwager Kaiser Wilhelms II. zur Abdankung gezwungen, obwohl ein großer Teil des Heeres und der Offiziere treu zu ihm hielt; er unterlag der gewalttätigen Einwirkung Englands und Frankreichs, die längst Truppen auf griechischem Boden gelandet und Helfershelfer unter den Politikern des Landes gefunden hatten. Das war die Quittung dafür,

dass nach Serbiens Niederwerfung die vereinigten deutsch-bulgarisch-österreichisch-ungarischen Heere an der griechischen Grenze Halt gemacht hatten, statt die vom griechischen Saloniki aus vorgebrochenen, aber in die Flucht geschlagenen englischen und französischen Truppen des Generals Sarrail ins Meer zu jagen und diesen Angriffsherd endgültig auszubrennen. Kaiser Wilhelm hatte aus falscher Rücksicht auf seinen Schwager diese militärisch und politisch gleich verkehrte Unterlassung gegen den Widerspruch des Zaren Ferdinand von Bulgarien und des Generalstabschefs von Conrad durchgesetzt — und nun ging Griechenland, nachdem sein König abgedankt hatte, offen zu den Feinden über und stellte ihnen Mazedonien zum Aufmarsch von Südosten zur Verfügung.

Es sollte sich bitter rächen, dass Bethmann Hollweg und General Falkenhayn diesem Ansinnen des Kaisers nachgegeben hatten.

Auch in der Schweiz erlebte das Reich durch die Ungeschicklichkeit seiner äusseren Politik eine Demütigung, indem der deutschfreundliche Bundesrat Hofmann, dem die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft anvertraut war, seine Hand dazu lieh, einen nichtamtlichen aber mit Wissen amtlicher Stellen gemachten deutschen Friedensführer an die russischen Umstürzler gelangen zu lassen; dieser Zusammenhang wurde offenbar, worauf der tüchtige Mann von den deutschfeindlichen Kreisen der Schweiz so wütend angefallen wurde, dass die oberste Bundesbehörde ihn preisgab; an seine Stelle trat ein ganz im Fahrwasser des Vielverbandes befindlicher Welsch-Schweizer.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Russlands aber beantworteten die deutsche Friedensanfrage ablehnend.

Als die „Internationale“ die sozialistischen Führer der ihr ange schlossenen Staaten zu einer Beratung über die Kriegs- und Friedensfragen nach Stockholm eingeladen hatte, ermöglichte Bethmann Hollweg gegen den Willen und die Absichten der militärischen Stellen reichsdeutschen Abgeordneten die Teilnahme. Diese bekannten sich auf der im Juni 1917 abgehaltenen Tagung zu dem Vorschlage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, den Frieden unter Verzicht auf Landerwerb und Entschädigungen und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker herzustellen; in der Frage der „deutschen Schuld am Kriege“ dagegen wahrten sie den Standpunkt, dass ihr Vaterland durch die Machenschaften seiner Feinde, vor allem Russlands, gegen seinen Willen in den Weltkrieg hineingerissen worden sei. Bezeichnend war, dass die wichtigsten feindlichen Regierungen den Sozialisten ihrer Länder die Teilnahme an den Stockholmer Verhandlungen nicht erlaubten. Die Behandlung, die den deutschen Vertretern dort zu teil wurde, ließ jede Gerechtigkeit, jedes Verständnis für die Lage des deutschen Reiches vermissen und bewies, dass die neutralen Sozialisten dem deutschen Reiche feindlich gegenüber-

standen. Das Auftreten der deutschen Sozialisten in Stockholm endete mit einer Niederlage, die der Sache ihres Vaterlandes schädlich war.

Damit gelangen wir zu dem Punkte, an dem in aller Kürze auf die innerpolitischen Ereignisse in Russland einzugehen ist, die sich an die fortgesetzten äußerlichen Niederlagen seiner Heere knüpfsten.

Seit Ende Februar 1917 war es in Petersburg und anderen Städten Russlands infolge der Lebensmittelnot und der Teuerung zu Unruhen und Ausständen gekommen. Zuerst niedergeworfen, lebte die Bewegung im März wieder auf und am 14. dieses Monats folgte der offene Umsturz. Es bildete sich eine Regierung, in der freiheitlich gesinnte Männer von Bildung und Besitz die Oberhand hatten, der aber auch einige Sozialisten angehörten; die Absicht ging dahin eine bürgerlich-parlamentarische Republik zu gründen. Der schwache, hilflose Zar Nikolaus dankte in der Nacht zum 15. ab und es zeigte sich schnell, daß die neue Regierung der auf den Umsturz aller Ordnung drängenden Masse, die von Juden verhetzt und geführt wurde, nicht Herr werden konnte. Es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die — unter jüdischem Einfluß stehend — sich zunächst in alle Fragen der Staatsleitung, der allgemeinen und örtlichen Gewalt einmischten, schließlich die Gewalt an sich rissen und jede Ordnung auflösten. Die vorläufige Regierung, an deren Spitze im Anfang noch Bürgerliche standen betrieb mit allem Eifer die Fortsetzung des Krieges; es kam deshalb die Meinung auf, daß die Beseitigung des Zaren Nikolaus unter Mitwissen Englands veranlaßt worden sei, weil jener einen Sieg des Vielverbandes als aussichtslos erkannt habe und zum Frieden mit dem Dierbund geneigt gewesen sei. Ob dies richtig, ist heute noch unklärt. Jedenfalls traten in den ersten Monaten nach der Umwälzung auch die umstürzlerischen Arbeiter- und Soldatenräte für die Weiterführung des Krieges ein, weil er die Verteidigung gegen den deutschen Angriff bezwecke. Die erwähnte, aus der Schweiz kommende Anregung zu einem Sonderfrieden mit dem Dierbunde, die von einem der Führer der Schweizer Sozialdemokratie persönlich in Petersburg unterbreitet worden war, wurde im Juni nicht nur von der vorläufigen Regierung, sondern auch von den Arbeiter- und Soldatenräten förmlich abgelehnt: ein neuer Beweis dafür, daß die sog. „Internationale“, zu der doch die Sozial-Revolutionäre Russlands gehörten, ganz und gar nicht als unbedingt friedensfreudlich angesehen werden konnte, wie dies die Parteilehre behauptete.

Freilich, daß die sogenannten deutschen Sozialisten aus diesem Vorgang etwas lernen würden, konnte bei ihrer Verirrtheit nicht erwartet werden.

Wozu diese, die Not des Vaterlandes Vergessenden, selbst unter jüdischer Führung Stehenden, im Bunde mit der jüdischen Falsch-Demokratie und ihrer strupelloß hezenden Presse imstande waren, wurde bei Beginn des Jahres 1917 bekannt, als wie auf Verabredung der Ruf nach Ände-

rung des preußischen Wahlrechts erhoben wurde. Als wären der inneren Wirren noch nicht genug, verlangten diese Gewissenlosen das allgemeine gleiche Wahlrecht für den führenden Bundesstaat und ließen erkennen, daß sie die inneren Schwierigkeiten des Reiches, die der Krieg zum Gefolge hatte: die Verstimmung der Massen über schlechte Ernährung, Teuerung und sonstige Mißstände, rücksichtslos auszuheben wollten, um auf dem Wege des allgemeinen gleichen Wahlrechts Preußen unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen, wie sie infolge der Unfähigkeit und Nutzlosigkeit des Kanzlers schon die Herren über das Reich geworden waren. Bethmann Hollweg lehnte es zunächst ab, auf dies Ansinnen einzugehen; er erklärte selbst und ließ seinen Beauftragten mit Recht erklären, daß eine solche Frage in solcher Zeit nicht entschieden werden könne — damit müsse bis nach dem Ende des Krieges gewartet werden. Eine gleiche Haltung nahm die Rechte — aus den Konservativen, den meisten Nationalliberalen und Freikonservativen, sowie dem größeren Teile des Zentrums bestehend — mit ihrer Presse ein, und nun entbrannte ein wüster, nichts würdiger Zeitungskampf. Weil die Rechte, die jetzt die Wahlrechtsfrage verschoben haben wollten, für die deutsche Daseinsnotwendigkeiten sicherstellende Erweiterung der deutschen Macht im Halle des Sieges eintrat und den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gefordert hatte, behauptete die jüdische Presse, daß die Kriegszielpolitik „reactionären Interessen“ entspringe und ihnen diene; sie fälschte das Bestreben ernster, selbstloser Vaterlandsfreunde, gerade durch einen guten Frieden die Zukunft der arbeitenden Volksgenossen zu sichern, in faltherzige Selbstsucht um, die dem Vorteil der Besitzenden dienen wolle und ihm das Blut der Kämpfenden opfere. Ein schändliches Treiben! Wie weit seine Urheber sich von der Wahrheit und dem Gesamtwohl entfernt hatten, ergab sich aus dem Worte, das nun auffam und bald im ganzen Lande umging: „ein deutscher Sieg sei nicht zu wünschen, da er die Reaktion fördern würde.“

So sehr hatte das Gift schon gewirkt. Die Vaterlandsfreunde möchten sich fragen, was größer sei: die Verblendung oder die Niedertracht dieses Treibens — ändern konnten sie daran nichts, weil die Massen auf jene Verführer hörten und die Regierung tatenlos zuschaute.

Immer drohender wurde die Wahlrechtsforderung erhoben; da tat Bethmann Hollweg — wie immer — das Verkehrteste, was getan werden konnte, indem er Wilhelm II. zu halbem Entgegenkommen veranlaßte: in der sog. „Öster-Botschaft“ vom 7. April 1917 sprach der König von Preußen sich für die Umbildung des preußischen Landtags aus und sagte hinsichtlich des strittigen Punktes, daß „nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei.“ Der Kanzler wurde als Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums beauftragt, eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, welche

die unmittelbare und geheime Wahl vorsehe, damit der Entwurf bei der Rückkehr der Krieger rasch erledigt werden könne.

Mit diesen Versprechungen gaben sich die Volksführer nicht zufrieden; der Kaiser wollte die Wahlrechtsfrage bis nach dem Kriege vertagt haben und er sprach nicht vom gleichen Wahlrecht; sie aber wollten Preußen sofort, also noch während des Krieges in die Hand bekommen, indem sie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht — wie im Reiche — ertrößten.

So ging dieser Kampf weiter, von der jüdischen Linken und ihrer Presse mit allen Mitteln der Aufpeitschung der Leidenschaften geführt. Nach der Österbotschaft kam es in Berlin zu einem großen Ausstand der Arbeiter von Geschäftsfabriken, der aber rasch beendet wurde; er zeigte, bis zu welchem Grade die Massen verheizt waren, daß in solcher Zeit in solchen Betrieben die Arbeiter feierten. Der Feldmarschall fand zornige Worte, um diese Gewissenlosigkeit zu brandmarken, der Kanzler aber wich wiederum zurück.

Am 6. Juli 1917 traten die sozialdemokratischen Führer vor ihn und verlangten neben der Einführung des „parlamentarischen Systems“ die sofortige Ernennung von Volksvertretern zu Ministern und Staatssekretären, sowie die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen; gleichzeitig wurde ihm eröffnet, daß die Sozialdemokratie noch jetzt für den Verteidigungskrieg eintrete und einen Frieden auf Grund des Zustandes vor dem Krieg verlange.

Wie die Dinge lagen, war dies Erpressung in aller Form. So weit war es gekommen, daß der vierte Nachfolger Bismarcks in solcher Weise mit sich reden ließ!

Das preußische Staatsministerium blieb fest und lehnte die unverschämte Zumutung der Sozialisten ab; in seinem Namen hielt der Minister des Innern dem Kaiser Vortrag und empfahl ihm das gleiche Verfahren. Der Kaiser sagte dies zu, wurde aber vom Reichskanzler, der über den Kopf des Staatsministeriums hinaus handelte, umgestimmt, und erließ als König von Preußen am 11. Juli die Anordnung, daß dem Landtage alsbald eine Vorlage unterbreitet werden solle, die das gleiche Wahlrecht bringe.

So hatte sich der König von Preußen dem Drohen der mächtgierigen, jüdisch geleiteten Sozialdemokratie unterworfen — unterworfen wider den Rat seines verantwortlichen Ministeriums, mißleitet von dem Berater, dessen politische Sünden sich so gehäuft hatten, daß endlich, endlich — viel zu spät — sein Sturz unmittelbar bevorstand. Jetzt waren doch auch seine eifrigsten „Getreuen auf Kündigung“ von der sozialistischen, jüdisch-bürgerlichen und ultramontanen Demagogie an ihm irre geworden, während Hindenburg und Ludendorff die Reichsgefährlichkeit eines solchen leitenden

Ministers in vollem Umfange erkannt hatten. Die besten Freunde des Kaiseriums drangen in Wilhelm II., sich von einem solchen längst unmöglich gewordenen Berater zu trennen — er aber kam zu keinem Entschluß.

Abgesehen von den inner- und außerpolitischen Vorgängen, die bis jetzt geschildert wurden, gab es noch zahlreiche andere, die zeigten, wohin die Fahrt ging und wie weit sich der Reichswagen dem Abgrund genähert hatte. So hatte die zur ausschlaggebenden Partei gewordene Sozialdemokratie wiederholt im Laufe des Frühjahrs 1917 den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“ verlangt; ja ihr Wurführer hatte am 15. Mai im Reichstag mit dem Umsturz gedroht, falls der Krieg zum Zwecke von Eroberungen über die notwendige Verteidigung hinaus fortgesetzt werde. Unter dem Vorsitz dieses Volksvergessenen tagte der Verfassungsausschuß des Reichstags und beschäftigte sich mit der Frage der militärischen Befehlsgewalt in einer Weise, die keinen Zweifel darüber ließ, daß die oberste Verfügung über das Heer dem Kaiser entzogen und dem Reichstag, d. h. den machthungrigen Führern der Mehrheitsparteien, übertragen werden sollte. Etwas derartiges konnten die Männer der Obersten Heeresleitung nicht mit ansehen.

Die Lage wurde weiter dadurch verwirrt, daß in der Frage des Kriegszieles das Zentrum, dessen Mehrheit sich bis dahin für den Fall des deutschen Sieges für eine Erweiterung der deutschen Macht ausgesprochen hatte, unter dem Einfluß seines linken Flügels von der Rechten getrennt hatte und in die alte Unzuverlässigkeit zurückgefallen war. Damit war eine politische Entwicklung eingeleitet, die verhängnisvoll wurde; es ist notwendig, sie kurz im Zusammenhang zu schildern.

Bisher ist es mit Absicht vermieden worden, die Namen reichsschädlicher Volksvertreter zu nennen — nun aber läßt es sich nicht vermeiden; abgesehen davon, scheint es auch notwendig, die Menschen, die den Zusammenbruch ihres Vaterlandes auf dem Gewissen, die ihr Volk in der Heimat vergiftet und zugrunde gerichtet haben, dem Urteil preiszugeben, das sie verdienen.

Das Zentrum ist niemals eine wirklich einheitliche Partei gewesen; in ihm fanden sich seit je von der äußersten Linken, die von den sozialgerichteten christlichen Gewerkschaftlern gebildet wird, bis zur äußersten Rechten, die aus dem westfälischen und schlesischen Adel und Großgrundbesitz besteht, alle politischen Meinungen vertreten, die sonst in verschiedenen Parteibildungen zum Ausdruck kommen; das einigende Band in dieser nur auf deutschem Boden denkbaren Partei bildet die angebliche Gefährdung des katholischen Glaubens, die nach der Behauptung der Partei — sei es der Staat, sei es die evangelische Mehrheit der Bevölkerung — im Schilde führen sollen. Innerhalb des Zentrums rangen die verschiedenen Rich-

tungen um die Führung, und der Grad seiner politischen Brauchbarkeit hing davon ab, welche von ihnen die Oberhand behielt. Als der Krieg ausbrach, war die ganze Partei, die Bethmann Hollwegs äußere Politik bis dahin mitgemacht hatte, ohne Frage von dem inneren Schwunge mitgerissen, der das deutsche Volk ergriffen hatte, und Hoffnungsvolle wagten zu glauben, daß dies ungeheure Erleben die Kluft zwischen den christlichen Bekennissen dauernd und endgültig überbrücken werde. Als die deutschen Heere siegreich in Belgien und Frankreich vorgedrungen waren, und nachher auch weite Teile Russlands besetzt hielten, waren auch die führenden Männer des Zentrums der Meinung, daß der Friede eine Erweiterung der deutschen Macht bringen müsse, und sie waren mit den Wortführern der Kriegzielbewegung darin einig, daß nach Ost und West die deutsche Grenze vorgeschoben werden müsse, um die militärische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes zu sichern, besonders um ihm den Boden für die innere ländliche Siedlung zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne machte das Zentrum die Kriegzielbewegung mit; die Partei fasste entsprechende Entschlüsse und die führenden Blätter versuchten mit Entschiedenheit solche Pläne. Am weitesten ging hierin bei Kriegsbeginn der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger, Vertreter eines südwürttembergischen Wahlkreises, seit langem der Führer des linken Flügels, von den schlechtthin Vaterländischen ebenso lange als Demagoge unerfreulichster Art erkannt. Dieser weder durch Charakter, noch durch Begabung, weder durch Wissen, noch durch Leistungen ausgezeichnete Mensch hatte sich zuerst durch dreistes Draufgängertum, dann durch einen gewissen Fleiß in kleinen Dingen, und weiterhin durch die Kenntnisse, die er diesem untergeordneten Fleische verdankte, im Reichstag einen Namen gemacht und die Regierungsvertreter fürchteten ihn, weil sie fast stets ein schlechtes Gewissen hatten und wußten, daß von diesem Skrupellosen überraschende Angriffe zu gewärtigen seien. Obwohl seine eigenen Parteifreunde den Unwert dieses Menschen erkannten, war er — in einer solchen Volksvertretung und einer solchen Regierung gegenüber kein Wunder — zu einer gewissen Macht gekommen, die er selbstgefällig und ehrfurchtig ausübte. Bei Kriegsbeginn zog Bethmann Hollweg diesen nur für Unfähige und Charakterlose erträglichen Menschen in den Kreis seiner nächsten Vertrauten, beauftragte ihn mit allerhand halb- und ganzamtlichen Aufgaben und steigerte damit sowohl die Eitelkeit wie den Einfluß dieses politischen Gernegroß. Wo immer er seine Hände im Spiele hatte, sei es in Italien, sei es in der Schweiz oder in Österreich und Rumänien, gab es ein Unglück — aber Erzberger war eine Macht geworden, der sich die kleinen Menschen dieser Regierung und dieses Reichstags beugten. Man glaubte zu wissen, daß dieser Volksvertreter geheimnisvolle Beziehungen zur römischen Kurie, zum österreichischen Feudaladel und zu den klerikalischen Kreisen Italiens

habe und daß er mit den führenden Köpfen der wichtigsten Orden in Verbindung stehe. Dieser Mann war in der ersten Kriegszeit ausgesprochenster „Annexionist“; als der Sieg nicht so schnell kam, wie er erwartet hatte, wurde er ebenso entschiedener Vertreter des Verzichts und fand sich mit dem Reichskanzler in der Ansicht zusammen, daß ein Verständigungsfriede anzustreben sei. Seitdem dieser keines großen Gedankens Fähige auf Grund seiner von deutschen Rücksichten freien Erkenntnisquellen zum „Verzichtler“ geworden war, wurde er eine Gefahr für die Kriegsführung, soweit die Stimmung in der Heimat und die Haltung des Reichstags in Betracht kam. Denn Erzberger war so etwas wie der Beherrschende der öffentlichen Meinung der Zentrums presse geworden; die kleinen Leute in der Partei, die fast nur aus solchen bestand, schauten und hörten auf ihn; er war mit dem Ansehen bekleidet, das das Vertrauen des Kanzlers, seine Beziehungen zum deutschen Auswärtigen Amt, zu Rom und Wien — auch wenn sie zum Teil nur vorgetäuscht waren — ihm verliehen: kurz, er war der politische Wettermacher des ultramontan-demagogischen Flügels seiner Partei. Als solcher hat er alles getan, was ein Einzelner vermag, um den Glauben an den Sieg zu untergraben, um den Geist der Heimat zu zermürben. Wo immer der Reichskanzler Verderbliches tat, war Erzberger seine Stütze — wo immer die Völkischen im Reichstag und im Lande Starkes wollten, begegneten sie seinem Widerstande. Es war ein trauriges Zeichen für die politische Unbrauchbarkeit der Deutschen, daß in solcher Zeit ein solcher Mensch eine solche Rolle spielen konnte! Aber er fand einen Genossen, der mit ihm um die Palme des Unwertes und der Verderblichkeit rang: dies war der Abgeordnete Philipp Scheidemann, der Führer der Sozialdemokraten. Auch er ein Mensch ohne eigene Gedanken, ja ohne Denkfähigkeit, auch er gebläßt von Eitelkeit und Ehrsucht, auch er ohne das Gefühl für Pflicht und Verantwortung; ein Kleinbürger, der sich das Scheinwissen seiner Parteilehre zu eigen gemacht hatte und der, mit unbestreitbarer Redegewandtheit begabt, mit der stärksten Partei hinter sich und eine solche Regierung sich gegenüber, ohne Schwierigkeit ein „großer Mann“ werden konnte, vor dem sich der Kanzler wie der Reichstag beugten. Daß aus seinem Munde niemals ein Wort kam, das von selbständigm Denken zeugte, tat nichts — auch darin war er seinem Strebensgefährten Erzberger verwandt. Auch er wurde Vertrauter des Reichskanzlers; auch er war auf den Verzicht gestimmt; auch er wollte den Frieden ohne Landerwerb und Entschädigung im Wege der Verständigung — auch er stand im Ruf, daß, was er schrieb und sprach, im Einverständnis mit Bethmann Hollweg hinausgehe. Mit Erzberger hatte er auch die grenzenlose Unwahrhaftigkeit gemein — in einem freilich war er ihm unterlegen: wurde jener je länger um so mehr der Gebieter seiner Partei, der herrisch auftreten konnte, so war Scheidemann, in dessen Banden

Bismarck's vierter Nachfolger lag, selbst ein Unfreier, Getriebener. Dieser sogenannte Führer der Regierungs-Sozialdemokratie war in allem, was er tat, abhängig von der Rücksicht auf die äußerste Linke, auf jene sozialistische Gruppe, die auch äußerlich „gegen den Krieg“ war, dem Vaterlande die zu seiner Führung notwendigen Mittel versagte und am Wahngedanken der „Solidarität des internationalen Proletariats“ festhielt. Die so Ge-sinnnten waren Ende März 1916 aus der „Reichstagsfraktion“ ausgetreten und hatten sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Als die Gegensätze zu den „Regierungs-Sozialisten“ sich verstärkten, und ihr Zulauf sich vergrößerte, verließen diese „Radikalen“ ihre Partei ganz und gründeten Ostern 1917 eine neue, diejenige der „Unabhängigen“. Kein Zweifel: wenn man die wissenschaftlich und tatsächlich unhaltbaren Lehren des Sozialismus einmal als politisches Glaubensbekenntnis angenommen hatte, waren die Unabhängigen die folgerichtigen und ehrlichen Sozialisten, während Scheidemann und seine Leute nicht Fisch nicht Fleisch waren. Die unter den Kriegsnöten leidenden Massen waren, als die vaterländische Hochstimmung erst einmal verflogen war und die Nachwirkung der Jahrzehntelangen Verhetzung vor dem Kriege wieder zu wirken begann, für die bedingungslos sozialistischen Unabhängigen mehr eingenommen als für die lauen Gefolgsleute Scheidemanns, und es vollzog sich ein Massenabfall von der alten Partei zur neuen. Deren Führer wurden rasch die Vertrauensleute des großstädtischen Proletariats, und die alte Partei fühlte, wie ihr der Boden unter den Füßen schwand. Um sich einigermaßen zu halten und wenigstens den Anschein der Massengeförschaft zu retten, mußte sie in demagogischen Wettbewerb mit den Unabhängigen treten. So wurden ihr die Gesetze ihres politischen Handelns von jenen vorgeschrieben und besonders Scheidemann tat nichts, ohne nach den gefährlichen Nebenbuhlern von der alleräußersten Linken zu schielen. Hierdurch wurde dieser an sich Unwahrhaftige doppelt unwahrhaftig — ein Führer, der gar nicht nach eigenen Überzeugungen handeln konnte sondern sich den Rücksichten unterwarf, die ihm die gefürchtete Nebenbuhlerschaft der Unabhängigen aufzwang. In welcher Richtung dies wirkte, kann man ermessen, sobald man hört, daß die neue Partei schlecht-hin von Juden geleitet wurde.

Draußen im Felde Heldentum über alles geschichtlich überlieferte Heldentum — in der Heimat aber erbärmliche Kleinheit; draußen Führer von überragender Größe — in der Heimat aber ein Bethmann Hollweg im Bunde mit Erzberger und Scheidemann, in Wahrheit in ihren Banden!

Das Zusammenwirken dieser drei Reichsverderber spann sich, von freundlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfällen abgesehen, bis ins Frühjahr 1917 weiter, was bei der Nachgiebigkeit des Reichskanzlers nicht erstaunlich ist. Allmählich aber wurde den beiden

Demagogen die Verbindung mit einem von so ausgesprochenem und fortgesetzten Mißgeschick verfolgten Kanzler unheimlich; was er zu vergeben hatte, hatte er vergeben, und in der U-Bootfrage hatte er sich den Sordungen der militärischen Führer und der völkischen Kreise gefügt. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten war erfolgt; außenpolitisch hatten sich die Nachschläge gehäuft; in den Zensurfragen konnte Bethmann Hollweg der Sozialdemokratie nicht ganz nach Willen sein, weil dies am Widerstand der militärischen Stellen scheiterte, und das „parlamentarische System“ durfte er auch nicht zugestehen. So wurde er den Sozialdemokraten gleichgültig — Erzberger aber erblickte in ihm sogar ein Hindernis für den von ihm erstrebten Frieden, weil Bethmann Hollweg mit den Kriegserklärungen an Russland und Frankreich und mit dem „Unrecht an Belgien“ belastet erschien. Auf diese Art geriet der Kanzler in Gefahr, zumal da der Zentrumsdemagog mit der ganzen Skrupellosigkeit, die solchen Menschen eigen ist, an die Ausführung seines Planes ging; der spätere Versuch des Kanzlers, sich durch das dem Kaiser abgerungene Zugeständnis des gleichen Wahlrechts für Preußen zu halten, konnte ihn nicht retten, da die Führer der Massenparteien keinen Grund mehr hatten sich für ihn zu bemühen, nachdem er mit dem Wahlrechtserlaß das letzte aus der Hand gegeben hatte.

So lagen die Dinge, als Erzbergers Plan, eine große politische Unternehmung einzuleiten, zur Verwirklichung reiste. Daß er seit langem auf den Verzicht gestimmt war, ist oben gesagt. Nun wollte er durch seine Verbindungen in Österreich die Überzeugung gewonnen haben, daß dieser Bundesgenosse vor dem Zusammenbruch stehe; er schloß, daß dies den Zusammenbruch des Vierbundes nach sich ziehen werde und übernahm vordringlich, eitel und verbündet das Amt eines Retters des Vaterlandes. Im April 1917 hatte er in Wien auf unrechtmäßige Weise ein geheimes Schreiben des Außenministers Grafen Ottokar Czernin an seinen Herrscher kennen gelernt, in dem dieser die innere Lage Österreich-Ungarns als sehr ernst, ja verzweifelt schilderte; inhaltlich war dieses Schreiben, das den Zusammenbruch der Monarchie ankündigte, falls nicht vor dem Winter der Krieg beendet sei, für die deutsche Oberste Heeresleitung bestimmt, machte auf sie aber nicht den vom Verfasser beabsichtigten Eindruck. Denn man erkannte seine Ausführungen als übertrieben und hielt an der Meinung fest, daß der Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden könne. Anders aber Erzberger. Er nahm nicht nur den Inhalt jenes Geheimschreibens als durchaus zutreffend an, sondern er benutzte ihn ohne Wissen des Grafen Czernin und unter Bruch des Geheimnisses für seinen Zweck der Friedensstiftung, der in Wahrheit auf hochverräterische Wichtigtuerei hinauslief. Zunächst gab er von dem Inhalt bei der ersten Gelegenheit seinen Parteifreunden Kenntnis, dann benutzte er ihn im Reichstag anderen Abgeordneten gegen-

über und schließlich im Hauptausschuß des Reichstags: überall erzielte er bei Urteilslosen den Erfolg tiefer Entmutigung; wer freilich die Lage in Österreich wirklich kannte und kaltblütig urteilte, ließ sich nicht verblüffen. Über dies in solcher Zeit hochverräterische Treiben hinaus wird Erzberger ernsthaft beschuldigt, dem Ausland auf dem Umweg über seine klerikalen Beziehungen in der Schweiz Gelegenheit geboten zu haben, das Czerninsche Geheimschreiben kennen zu lernen, und bei den Feinden wirkte es, spätestens im Juni 1917 bekannt geworden — leicht begreiflich — ermutigend und anfeuernd. In England und Frankreich war man durch die von ungeheuren Verlusten begleiteten militärischen Misserfolge schwankend geworden, und in London wie in Paris kam die Neigung auf, die ersten Schritte wegen der Beendigung des Krieges zu tun. Da erhielt man Kenntnis von dem Inhalt des Czerninschen Schreibens — und die Zuversicht war wieder hergestellt, der Wille zur Fortführung des Krieges neu gestärkt.

Der vielgeschäftige Erzberger spann seine Fäden; zur selben Zeit ließ er der römischen Kurie den Vorschlag vermitteln, der Papst möge eine Friedensbotschaft an die kämpfenden Mächte erlassen, in der er eine Verständigung „ohne Landerwerb und Entschädigungen“ empfahl, und nun bearbeitete er selbst die seinen Machenschaften zugänglichen Parteien des Reichstags dahin, die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Verzichts in feierlicher Entschließung kundzugeben. Anfangs Juli hatten sich diese Bemühungen den Volksvertretern gegenüber so weit verdichtet, daß der Reichstagsausschuß damit besetzt wurde; die Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen verhielten sich — von geringen Ausnahmen abgesehen — selbstverständlich ablehnend und erkannten die Gefahr, in die das Vaterland im Halle der Annahme des Erzbergerschen Vorschlags gebracht werde; auch die Regierung bekämpfte den Vorschlag; die Mehrheitsparteien stimmten ihm zu, nachdem sein Urheber den größeren Teil des Zentrums für sich gewonnen hatte. Damals glich der Reichstag einer politischen Hexenküche — man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Sozialdemokraten um diese Zeit die Einführung des „parlamentarischen Systems“ verlangten, daß ihr Führer Scheidemann im Halle der Fortführung des Krieges über die Verteidigung hinaus den Umsturz ankündigte, und daß der unter seinem Vorsitz tagende Verfassungsausschuß gegen die Befehlsgewalt Sturm lief. Seit dem 15. Mai, wo Bethmann Hollweg sich zuletzt über das Kriegsziel der Regierung — zweideutig wie immer — geäußert hatte, war auch die bürgerliche Mehrheit für das Verlangen der Machtweiterleitung im Halle des deutschen Sieges auseinandergefallen, weil die Zentrumsmehrheit unter Erzbergers Führung geraten war — die erste greifbare Folge des Missbrauches, den er mit Czernins Geheimschreiben getrieben hatte.

Man kann sich schwer einen Begriff von der Zerfahrenheit und Überreizung der Volksvertreter machen; ihre an sich unzulängliche politische Urteilsfähigkeit war ganz aufgehoben, nicht aber ihr Machthunger. Und dieses Durcheinander wurde noch gesteigert durch den gleichzeitig tobenden Kampf um die Person des Kanzlers, der an alledem die Hauptschuld trug. Die Oberste Heeresleitung hatte sehr bald, nachdem Hindenburg und Ludendorff ihre Ämter angetreten hatten, erkannt, daß Bethmann Hollweg ein Hindernis des deutschen Endsieges sei; sie, die mit dem besten Willen gekommen waren mit ihm in Frieden zusammenzuarbeiten, hatten einsehen müssen, daß dies unmöglich sei. Der unhaltbar gewordene Zustand der Heimat, die Erfahrungen, die sie in so wichtigen Fragen wie derjenigen der Polenpolitik, des Unterseebootkrieges, des Hilfsdienstgesetzes gemacht hatten, die Rüdwirkungen, die von der zermürbten Heimat nach der Front gingen — alles dies brachte sie zu dem Entschluß, den Kaiser vor die Wahl zu stellen, entweder Bethmann Hollweg zu entlassen oder auf ihre Dienste zu verzichten. In diesem Sinne wurden sie beim Obersten Kriegsherrn vorstellig; ihnen schloß sich der Kriegsminister von Stein an. Die Parteien der Rechten waren längst überzeugt, daß dieser Kanzler dre Totengräber des Reiches und des Kaiserthums sei; leider hatten sie ihn nicht mit der Rücksichtslosigkeit bekämpft, die die Not des Vaterlandes gebot. Jetzt erklärten sie dem Vorsteher des Zivilkabinetts, der als Vertrauensmann des Kaisers die Meinung der Parteien erfragte, daß der Rücktritt Bethmann Hollwegs unvermeidbar sei. Und nun geschah das Eigenartige: das Zentrum, bisher des Kanzlers festste Stütze, schloß sich dieser Ansicht an — aus anderen Gründen freilich; aber auch es verlangte seine Beseitigung. Erzbergers Weisheit erblickte in der Person Bethmann Hollwegs ein Friedenshindernis, weil die Feinde mit dem Urheber der Kriegserklärungen an Russland und Frankreich nicht würden verhandeln wollen. So gab er faltherzig, ja heimtückisch den Mann preis, der ihn hatte groß werden lassen. Die Freisinnigen hielten an Bethmann Hollweg fest, die Sozialdemokraten taten weder etwas für noch gegen ihn.

In solchem Wirrwarr berief der Kaiser einen Kronrat; Kronprinz Wilhelm, der Feldmarschall und der erste Generalquartiermeister kamen nach Berlin. Unzweideutig beharrten Hindenburg, Ludendorff und Stein auf ihrem Vorschlag, der auch der Ansicht des Thronerben entsprach; dieser hatte längst die Gefährlichkeit des Kanzlers erkannt und bei seinem Vater wiederholt, aber erfolglos dessen Entlassung erbeten. In seinertranhaft gewordenen Entschlußlosigkeit hoffte der Kaiser, Bethmann Hollweg halten zu können — aber die Bestimmtheit der drei Generale, die Kundgebungen der Parteien ließen keinen anderen Ausweg mehr zu: der Kanzler reichte sein Entlassungsgesuch ein, das am 14. Juli 1917 unter sehr unverdientem wärmsten Danke Wilhelms des Zweiten bewilligt wurde.

Drei Tage vorher noch hatte der Unselige seinen König zum Versprechen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu bestimmen gewußt — nun war er endlich, endlich von der Stelle verdrängt, an die ihn des Kaisers mangelnde Menschenkenntnis berufen und unverantwortlich lange gehalten hatte.

Auf den Tag acht Jahre lang war Theobald von Bethmann Hollweg deutscher Reichskanzler gewesen, und er hat es fertig gebracht, diese lange für das deutsche Volk entscheidend gewordene Zeit zu einer einzigen Kette schwerster Fehler und Misserfolge zu gestalten. Von der reichsländischen Verfassungsvorlage, die die deutschfeindlichen Bestrebungen in Elsaß-Lothringen und die Rachelust Frankreichs von neuem belebte, bis zum Wahlrechtsversprechen vom 11. Juli 1917 —: ein Weg immer- und außerpolitischer Niederlagen. Er führte über das marokkanische Abenteuer, das die Franzosen der englischen Bundesgenossenschaft versicherte und geradezu eine Aufforderung zum Kriege wurde, über die Verständigungsverhandlungen mit England und die ihnen folgende Einschränkung der Slottenvorlage, über den unzureichenden Ausbau des deutschen Heeres in höchst gefährdrohender Zeit, zum Kriege, der das deutsche Reich politisch vollkommen unvorbereitet, militärisch und wirtschaftlich aber unzulänglich gerüstet fand. Der Mann, der dies alles zu verantworten hatte, verzögerte die deutsche Mobilisierung um kostbare Tage, gab schwankenden Bundesgenossen die Möglichkeit sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, indem er ganz ohne Not den Kaiser zur Kriegserklärung an Russland und Frankreich veranlaßte, und eröffnete die politische Kriegsführung seines Vaterlandes mit dem verderblichen Worte von dem deutschen Unrecht gegen Belgien.

Im Kriege selbst war er es, der den vaterländischen Auffschwung dämpfte, den Siegeswillen erstürzte, die staatsfeindlichen Richtungen stärkte. Seine Tätigkeit haben wir in den großen Umrissen verfolgt, die dies Buch erlaubt, und kommen zu dem Schluße, daß niemals ein großes Volk in entscheidungsvoller Zeit so unglückselig mißleitet wurde, wie das deutsche von Bismarcks viertem Nachfolger.

Läßt man alles beiseite, was er vor dem Kriege gescheit und versäumt hatte — der Krieg machte ihm die Hände frei von der Vergangenheit. Der durch das Kriegsrecht geschaffene Zustand bot ihm Gelegenheit immerpolitisch gut zu machen, was in der nachbismarckischen Zeit verfehlt worden war. Der Mann, der das deutsche Reich in solcher Zeit, unter solchen Umständen zu betreuen hatte, konnte selbstherrlich schalten und walten, wie es ein Bismarck niemals gekonnt hatte. Der Krieg hatte alle guten Kräfte der Volksseele wieder geweckt. In stürmischer Begeisterung bekannten sich die Deutschen dieser Tage zu Volk und Vaterland, zu Kaiser und Reich.

Und was ist aus alledem geworden?

Zur Erklärung dieses Hurchtbaren reicht der Satz nicht aus, der aus

Bethmann Hollwegs Umgebung stammt, daß das gute Mittelmaß das Schicksal der Völker zu bestimmen habe, daß die deutsche Reichsleitung danach eingerichtet gewesen sei und daß sie an der ungeheuren Größe der Arbeit Schiffbruch gelitten habe. Ein mittelmäßiger Kanzler von Instinkt, Willen und Ausdauer hätte wahrscheinlich das Letzte nicht herausholen können, was die Zeit für das deutsche Volk bereit hielt — aber er hätte es nach außen zum Sieg geführt. Diesem Kanzler aber fehlte nicht nur alles zur Größe — es mangelte ihm an den grundlegenden Eigenschaften politischer Begabung, und so mußte er unheilvoll wirken.

Dass der jeder Einwirkung durch Einsichtige unzugängliche Mann nicht von selbst erkannte, wie ungeeignet er an sich und zumal in solcher Zeit zu seinem Amte war, ist schwere persönliche Schuld. Aber wer gerecht ist, wird erkennen, daß die Schuld derer, die ihn im Amte hielten oder sein Verbleiben zuließen, noch größer ist. In sie teilen sich der Kaiser, der mit unfaßbarer Verblendung an diesem Berater festhielt; die Bundesfürsten, von denen mindestens einige die Verderblichkeit Bethmann Hollwegs erkannten, ohne Ernstes dagegen zu unternehmen; die einzelstaatlichen Regierungen, die stumpf und willenlos dem Verhängnis zuschauten; die Volksvertreter, die ihm teils aus Eigensucht, teils aus ihrer Unzulänglichkeit heraus folgten, oder die, soweit sie klar sahen, nicht den Entschluß zu rücksichtsloser Befämpfung aufbrachten; endlich die Presse aller Schattierungen, die ihn aus den verschiedensten Beweggründen verteidigte, und das Bürgertum, das ohne Meinung und Rüdgut dem Inhaber der Macht nachhetete. Alles, was Bethmann Hollwegs sachliche Gegner wider ihn vorgebracht haben, ist durch die Entwicklung bestätigt worden — es ist damals ohne Wirkung geblieben, und der Kampf um seine Person nahm durch die Schuld seiner Verteidiger einen Verlauf, der die innere Einheit der Deutschen in schwerster Zeit zerriß. Es war schlimm, daß sie dabei gewohnheitsmäßig mit allen Mitteln der Unwahrhaftigkeit verfuhrten — schlimm auch, daß sich in der nächsten Umgebung des Kaisers Leute fanden, die die Wahrheit von ihm fernhielten.

Trostlos schließlich war das Verhalten des Volkes, wenn man für das öffentliche Urteil das Verhalten der Reichstagsmehrheit zum Kanzler maßgebend sein lassen will: wenn immer er eine seiner „großen“ Reden hielt, jubelten ihm diese Leute zu; keine platte Alltäglichkeit, die nicht als Richtschnur der „Neuorientierung“, keine Kundgebung von Willenschwäche und Unentschlossenheit, die nicht als weises staatsmännisches Maßhalten gepriesen wurde. Jeder Reichstagsieg des Kanzlers war eine Niederlage der vaterländischen Sache, wurde aber dem Kaiser gegenüber als Beweis der Volkstümlichkeit seines ersten Beraters hingestellt.

So wurde es möglich, daß Bethmann Hollweg bis unmittelbar vor der

Erzberger-Entschließung im Amte bleiben konnte. Als er schied, hinterließ er das Vaterland in trostlosem Zustande der Auflösung, soweit die Heimat in Betracht kam. Nach außen aber standen seine Heere an allen Fronten siegreich und siegesgewiß.

Noch konnte das deutsche Reich gerettet werden, wenn ein starker Mann berufen wurde, dieses Kanzlers Erbschaft zu bereinigen.

### Ins vierte Kriegsjahr.

Während in der Heimat die kleinen Menschen in der Regierung, im Reichstag und in der ihnen gesinnungsverwandten Presse — immer noch über den wahren Willen der Feinde ihres Vaterlandes im Unklaren — von Verständigung sprachen und schrieben, ging im Westen der Kampf mit einer Zäiglichkeit und Opferbereitschaft der Franzosen und Engländer weiter, die eigentlich jeden nicht ganz Verblendeten endlich darüber hätten aufklären müssen, daß jene die rücksichtslose Durchführung des Krieges planten, die Vernichtung des deutschen Reiches erstrebten und von Verständigung nichts, aber auch gar nichts wissen wollten. Unermüdlich folgte nach Beginn des vierten Kriegsjahrs ein feindlicher Angriff dem anderen. Am 15. August begann die zweite große Schlacht in Flandern; am 20. griffen die Franzosen bei Verdun an. Diese Kämpfe gingen auch durch den Oktober und November fort. Einen größeren Erfolg erzielte Heldenmarschall Haig bei Cambrai, indem er die Deutschen dadurch überraschte, daß er nicht nach langem Trommelfeuer sondern in schnellem Vorgehen angriff; doch auch diese Erfolge gingen bei dem deutschen Gegenstoß am 30. November und 1. und 2. Dezember wieder verloren. Am 15. Dezember stellte der amtliche deutsche Bericht fest, daß nach viermonatlicher Dauer und 16 Schlachten die Angriffe der Engländer in Flandern als gescheitert betrachtet werden könnten.

Wiederum hatten die deutschen Kämpfer Unvergleichliches geleistet.

General Brussilows erneute Angriffe im Frühsommer 1917 hatten die deutsche Oberste Heeresleitung zu dem Entschluß gebracht, sich im Osten durch volle Zertrümmerung der russischen Macht freie Hand zu schaffen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Leopold von Bayern hatte am 19. Juli ein kräftiger Angriff bei Zloczow stattgefunden, der die russischen Linien zerschlagen und durchbrochen hatte. Schon nach drei Tagen war das 35 km hinter der Front befindliche Tarnopol genommen. Der enttäuschte Machthaber Kerensky setzte den bisherigen Oberfeldherrn Brusilow ab und berief General Kornilow an seine Stelle. Dieser versuchte vergebens noch einmal einen Angriff auf der ganzen Front. Bei Dünaburg wurden sechs russische Divisionen, bei Smorgon deren acht, welche die Deutschen angriffen, vollkommen zertrümmert und am 26. Juli fiel

Kolomea; am 31. überschritten die Österreicher den russischen Grenzfluß Zbrucz und besetzten Czernowiz, die Hauptstadt der Bułowina, am 3. August nach hartem Kampfe. So hatte das vierte Kriegsjahr im Osten angefangen, und nun begann auch der deutsche Vormarsch im Norden Russlands. Am 3. September nahm ein neugebildetes Heer unter General von Hutier Riga und am folgenden Tage dessen Hafen Dünamünde. Unaufhaltlich drangen die Deutschen vor; am 22. September besetzte General Graf Schmettau den großen Brückenkopf von Jakobstadt, und am 12. Oktober landeten deutsche Truppen auf der Insel Oesel, die nach einigen Tagen ganz in ihrer Hand war. Dem folgte die Besetzung der Inseln Dagö und Moon, womit für Deutschland die Herrschaft auf der Ostsee erkämpft und der finnische Meerbusen verriegelt war. Ausgezeichnetes hatte bei diesen Unternehmungen die Flotte in der Zusammenarbeit mit dem Heere geleistet; die von ihr für die schwierigen Unternehmungen getroffenen Vorbereitungen hatten sich trefflich bewährt.

Nun war die militärische Macht Russlands zertrümmert; jede Aussicht, daß das Heer sich wieder erholen könne, war ausgeschlossen, zumal da auch der innere Zerfall des ehemaligen Zarenreiches mit raschen Schritten und furchtbarem Erfolge sich vollzogen hatte. Waren die Machthaber der bürgerlichen Republik von dem Sozialisten Kerensky gestürzt worden, so wurde seine Herrschaft von den vorgeschrittenen Umstürzern, den sog. „Bolschewisten“, abgelöst. Diese Gruppe führte in den Tagen vom 7. bis 12. November unter der Leitung von Lenin eine neue Umwälzung herbei und bemächtigte sich der öffentlichen Gewalt. Sie bildete eine neue Regierung, die alsbald mit dem deutschen Reich Verhandlungen anknüpfte. Am 7. und 15. Dezember wurde mit den Mittelmächten ein Waffenstillstand geschlossen, dem auch Rumänien beitrat; die Friedensverhandlungen sollten alsbald beginnen.

Seit Anfang September 1917 war ein deutsches Gouvernement in Riga eingerichtet worden. Die eingeborenen Deutschen dieser Hauptstadt Livlands hatten den Einzug ihrer siegreichen Landsleute mit überströmender Begeisterung begrüßt und sie glaubten, daß ihnen die langersehnte, aber für unmöglich gehaltene Befreiung vom russischen Joch endlich und endgültig geschenkt sei. Für sie kam die Zeit der stolzen Hoffnung, als äußerster Vorposten im Nordosten mit dem Mutterlande vereinigt zu werden, und ihre Führer suchten nach der staatsrechtlichen Form, in der dies am besten geschehen könne. Mit Staunen entdeckten die reichsdeutschen Truppen das Deutschtum der mächtigen baltischen Stadt, die sie heimatisch annahmen, und sie bekamen einen Begriff von der Kühnheit und den Leistungen ihrer Ahnen, die dort oben vor 700 Jahren Fuß gefaßt hatten; sie sahen auch, was es bedeutete, daß die baltischen Volksgenossen so lange treu und zäh ihr Volkstum bewahrt hatten. Das waren die glücklichsten Tage

Rigas und der Vorkämpfer der deutschen Sache im Baltenlande, die sich dort zusammengefunden hatten. In einem freilich wurden sie sofort enttäuscht; sie hatten es als selbstverständlich angenommen, daß die Sieger nicht bei Riga halt machen, sondern daß sie Livland und Estland von den russischen Horden reinigen und somit die ganzen baltischen Provinzen besetzen würden. Der Feind war gar nicht mehr in der Lage Widerstand zu leisten; der Vormarsch hätte die Deutschen Livlands und Estlands von der schrecklichen Gewaltherrschaft der bolschewistischen Mordbrenner befreit und den Weg auf Petersburg selbst offen gefunden. Alle Kenner Russlands und seines Volkes empfahlen ein solches Vorgehen. Aber die Berliner Stellen waren anderer Meinung; sie wollten die Verhandlungsbereitschaft der bolschewistischen Regierung durch den weiteren Vormarsch nicht gefährden und überließen aus dieser politischen Rücksicht die unglücklichen Gebiete noch monatelang ihren Peinigern; daß sie damit wieder eine große politische Gelegenheit versäumten, wollten sie nicht erkennen.

Im Süden wurde das neue Kriegsjahr mit einem italienischen Angriff auf Asiago eingeleitet, der aber ohne Erfolg blieb, und nun zog Cadorna alle Kräfte für die elfte Isonzschlacht zusammen, die am 18. August 1917 mit 48 Divisionen in einer Breite von 70 km einzog. Die Italiener erstürmten auf dem Karst das Dorf Selo und drangen auf der Hochfläche von Bainsizza in einer Breite von 15 km in die Verteidigungsstellung der Österreicher ein. Der ersehnte Durchbruch auf Triest gelang aber auch diesmal nicht.

Obwohl das italienische Heer in der elften Isonzschlacht über 200 000 Mann verloren hatte, rüstete Cadorna doch zu einer zwölften Schlacht, die zum völligen Siege führen sollte. Da geschah das Unerwartete, daß die Verbündeten selbst zum Angriff vorgingen. Hierbei wurden die Österreicher durch ein deutsches Heer unter dem auf allen Kriegsschauplätzen rühmlichst bewährten General Otto von Below unterstützt, das von Klagenfurt und Villach her ins Isonzogebiet rückte. Am 24. Oktober brach der Angriff los. In einer Breite von 30 km wurden die ausgebauten feindlichen Stellungen durchstoßen; am 27. Oktober mußten die Italiener Görz wieder preisgeben und am 29. rückten die Deutschen in Udine, dem bisherigen Hauptquartier Cadornas ein. Am 4. November wurde der Tagliamento überschritten, am 9. stand Below an der Piave, am 10. fiel Belluno, am 15. Primolano und Feltre: die Zahl der Gefangenen überstieg 250 000, die der erbeuteten Geschütze mehr als 2300.

Die Sieger drangen bis in die nächste Nähe von Venedig vor — dann trat Kampfesruhe ein. Durch österreichische Veröffentlichungen ist bekannt geworden, daß dieser Feldzug nur die beschränkte Absicht verfolgte, Triest zu sichern.

Es ist nicht einzusehen, warum dieser gewaltige Stoß frontal vom

Isonzo weg, nicht flankierend aus Südtirol, erfolgte, wo auf der Hochfläche der sieben Gemeinden die Ausfalltore in österreichischer Hand waren. Der frontale Stoß vermochte auch bei höchstem Gelingen nur ein erfolgreiches Zurückdrücken der italienischen Linie zu erzielen, während der Flankenstoß die Vernichtung der italienischen Streitmacht und damit die Beendigung des italienischen Krieges zur Folge haben konnte. Diese Art des Angriffes hatte der neue österreichische Generalstabschef Freiherr Arz von Straußenberg, der an die Stelle des zum Führer einer Armee in Tirol ernannten Feldmarschalls von Conrad getreten war, ganz gegen Rat und Wunsch des letzteren, so angesezt; dieser mußte zusehen, wie sein groß gedachter Plan der militärischen Zertrümmerung Italiens verdorben wurde.

Die Außenstehenden ahnten dies nicht, sie merkten auch nichts davon, daß die deutsche Oberste Heeresleitung zu Conrads Bedauern nur mit halbem Herzen bei diesem Unternehmen war, da sie stets an ihren Hauptkriegsschauplatz im Westen dachte. Die öffentliche Meinung der Mittelmächte hatte stolze Freude an dem, was die verbündeten Heere in kurzem, glänzendem Feldzuge geleistet hatten; freilich verstand man es nicht, daß nach solchen Siegen planmäßig Halt gemacht wurde, anstatt die geschlagenen Italiener nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Im deutschen Reiche hatte man allen Anlaß, die Taten Otto von Belows, seiner Unterführer und Truppen zu bewundern und sich über den entscheidenden Anteil zu freuen, den sie an den errungenen Siegen hatten. Auch in diesem Feldzug bewährte sich die kriegerische Tüchtigkeit des deutschen Heeres wunderbar, und die Welt staunte über diese neue Kraftleistung der Deutschen und ihre Unermüdlichkeit.

Es kläng doch auch märchenhaft, daß das deutsche Heer, dessen Truppen auf allen Kriegsschauplätzen gebraucht wurden, noch so viel Kräfte abgeben konnte, daß es in den Alpen mit starken Verbänden auftrat.

So hatte das Jahr 1917 in militärischer Hinsicht befriedigend geendet. Der Frieden mit Russland stand in naher Aussicht, jedenfalls war dessen Widerstandskraft endgültig gebrochen. Rumänien konnte den Kampf gegen die Mittelmächte nicht allein weiterführen, war also ebenfalls gezwungen Frieden zu schließen, und Bulgarien schien imstande zu sein, dem englisch-französischen Heere in Saloniki und mit Hilfe Österreichs auch den in Albanien eingedrungenen Italienern erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Die Italiener hatten statt des in der zwölften Isonzschlacht erhofften Sieges durch die vereinigten deutsch-österreichischen Heere eine schwere Niederlage erlitten und waren für längere Zeit ausgeschaltet.

Weniger günstig stand es auf dem Kriegsschauplatz in Kleinasien, wo die Türkei Bagdad an die Engländer verloren hatte, und diese sich anschickten vom Süden her sich auch Palästinas zu bemächtigen.

Doch war das immerhin nur ein Nebenkriegsschauplatz — die Entscheidung lag nach wie vor im Westen und nach dem erfolgreichen Widerstand, der im Jahre 1917 geleistet worden, war das Vertrauen der Obersten Heeresleitung und der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes berechtigt, daß man nunmehr nach Ausschaltung des russischen Feindes endgültig mit den Franzosen, Engländern und Amerikanern abrechnen könne.

Bei der Besprechung der Vorgänge auf den einzelnen Kriegsschauplätzen sei diesmal mit dem Osten begonnen.

Die Friedensverhandlungen, die in Litauisch Brest mit der russischen „Sowjet-Republik“ eingeleitet worden waren, hatten sich infolge des Verhaltens ihrer Vertreter zerschlagen; wir werden darüber bei der Schilderung der politischen Vorgänge Näheres hören und stellen hier fest, daß die deutsche Regierung am 16. Februar 1918 bekannt gab, sie erblicke im russischen Vorgehen eine vom 10. Februar wirksame Kündigung des Waffenstillstandes. Infolge davon begann am 18. Februar der deutsche Vormarsch auf der ganzen Ostfront; am 19. wurde Dünaburg, am 20. Minst und Rowno, am 23. Dubno und am 1. März Kiew besetzt; auch der Hafen von Odessa wurde von den Deutschen genommen.

Daraufhin beschloß die russische Regierung am 24. Februar die deutschen Bedingungen anzunehmen, am 3. März wurde in Litauisch Brest der Frieden unterschrieben und am 15. von der bolschewistischen Versammlung in Moskau genehmigt.

Die Abtrennung der Randstaaten vom grokrussischen Reiche hatte zur Folge, daß diese sich um Hilfe gegen die bolschewistischen Banden an das deutsche Reich wandten. Dort fühlte man sich in ritterlicher Weise verpflichtet den neuen Schutzstaaten: Finnland, den Ostseeprovinzen und der Ukraine diese Hilfe zu gewähren. Deutsche Truppen unterstützten den Kampf der Ordnung gegen die kommunistische Revolution in diesen Ländern. Eine Reihe glänzender, leicht errungener Erfolge war das Ergebnis, gleichzeitig aber auch eine Bindung und große Zersplitterung deutscher Kräfte, die namentlich im Südosten bis nach Odessa, auf die Halbinsel Krim, ja bis Tiflis in Transkaukasien sich ausdehnen mußten.

Im Westen herrschte in den ersten Wochen des Jahres 1918 verhältnismäßige Ruhe; auf beiden Seiten bereitete man sich für den letzten Entscheidungskampf vor. Die Feinde sahen sich durch die Amerikaner verstärkt, die in viel größerer Zahl, als man in Deutschland erwartet und für möglich gehalten hatte, an der Westküste Frankreichs landeten und von da planmäßig gegliedert und zunächst hinter die Kampffront befördert wurden, um nach hinreichender Vorbereitung eingesetzt zu werden. Dies neue Heer, das anfangs 1918 gegen 300000 Mann betrug und im Sommer eine Million Streiter überschritten hatte, war glänzend ausgerüstet — mit

allem versehen, was die unerschöpfliche Heimat ihm mit auf den Weg geben konnte. Freilich fehlte ihm alle Kriegserfahrung und seine Verwendbarkeit in einem solchen Kriege war fraglich. Gewiß aber war von vornherein, nachdem einmal solche Massen von Amerikanern nach Frankreich gekommen waren, daß sie durch ihr Vorhandensein die Franzosen und Engländer zunächst hinter der Front entlasteten und dort gebundene Kräfte für andere Zwecke freimachten.

Die Auffstellung, Ausrüstung und Beförderung dieses Heeres ist eine gewaltige Leistung, die auch die Anerkennung des Feindes erzwingt.

In Deutschland enttäuschte es, daß es den deutschen Unterseebooten so selten gelang amerikanische Truppenschiffe zu fassen — aber die Feinde hatten ein Verfahren gefunden, das diese Schiffe so sicherte, daß sie selten angreifbar waren. Hatte man doch durch den verspäteten Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges den Feinden Zeit gelassen, Abwehrmittel aller Art zu suchen und zu erproben.

Trotz der Verstärkung, die der Vielverband im Westen durch die Amerikaner erwartete, war man auf deutscher Seite voller Zuversicht. Man wußte sich unter Hindenburgs und Ludendorffs Feldherrnschaft geborgen und hatte soeben noch im Alpen-Feldzug gesehen, daß die Schlagkraft des deutschen Heeres ungebrochen war.

Die Oberste Heeresleitung war entschlossen, bei dem Schlukampf im Westen von sich aus dem Feinde das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, also ihn anzugreifen.

### Die Kanzlerschaft von Michaelis und Graf Hertling.

Als bei Beginn des zweiten Juli-Drittels 1917 der Streit um die Person von Bethmann Hollweg den Höhepunkt erreicht hatte und klar war, daß er nicht mehr länger Reichskanzler bleiben konnte, begann das Raten, wer der Nachfolger sein werde und mit allgemeiner Spannung wurde die Entscheidung des Kaisers erwartet. Seine Wahl fiel auf Dr. Georg Michaelis, bisher Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium und seit kurzem Staatskommissar für das gesamte Ernährungswesen in Preußen. In diesem Amte hatte sich der neue Mann mehr durch entschiedene Worte, die er gelegentlich gebrauchte, als durch Taten bei der Linken einen Namen gemacht; Sachverständnis hatte er weder mitgebracht noch bewiesen; doch galt er von seiner Tätigkeit im Finanzministerium als tüchtiger Beamter. Welche Erwägungen den Kaiser bestimmt haben, einen in den Geschäften der großen Politik ganz Fremden zu dem Amte zu berufen, das an sich, erst recht in solcher Zeit und nun gar nach den Fehlern seines Vorgängers, von entscheidender Wichtigkeit war, ist noch nicht geklärt. Die Öffentlichkeit sah sich einem politisch Unbekannten gegenüber und erwartete sein erstes Auftreten mit Spannung. Am 19. Juli

stand Dr. Michaelis zum ersten Male als Reichskanzler vor dem Reichstag. In seiner Einführungsrede gab er einen Überblick über die politische und militärische Lage, setzte sich kurz mit dem Antrage des Abgeordneten Erzberger auseinander, der mit Unterstützung der Mehrheitsparteien eine die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege aussprechende Kundgebung vorschlug. Dabei betonte der Kanzler, daß das deutsche Reich ein neues Friedensangebot nicht machen könne, sondern den Krieg zum siegreichen Ende führen müsse und versicherte zum Schluß, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde. Erschien die Stellungnahme des neuen Kanzlers zu dem Antrag Erzberger, mit dem er sich absindern zu können glaubte, den Vaterlandsfreunden bedenklich, so hatten sie doch den Eindruck, daß diese Rede den Weg zu einer brauchbaren Politik noch offen lasse, und die Versicherung des Kanzlers, daß er führen wolle, erweckte Hoffnungen. Sie wurden — wie fast alle in der nachbismarckischen Zeit gehegten — schwer getäuscht. Schon in den nächsten Tagen zeigte sich, daß der Kanzler die Führung überhaupt nicht angetreten hatte und das Wesen dieses fünften Nachfolgers Bismarcks wurde offenbar.

Georg Michaelis war kein Mann von Führereigenschaften; er kam politisch nach jeder wesentlichen Richtung durchaus unvorbereitet in dieses Amt, das politisch mehr von seinem Inhaber verlangt — als irgend ein anderes auf der Erde. Aber er besaß auch keinen Instinkt, keine Personenkenntnis und nicht die Gabe, sich in schwierigen Lagen zurechtzufinden. So stand er sehr bald den Dingen hilflos und ohnmächtig gegenüber und vermochte eigentlich nicht einmal einen Tag lang sich vor dem Reichstag Geltung zu verschaffen — ja man kann sagen, daß seine Stellung bereits seit seinem ersten Aufreten untergraben war. Das starke Wort vom Führenwollen wurde nicht erfüllt, weil es von seinem Sprecher nicht erfüllt werden konnte, und nach Kurzem war dieser Kanzler einfach die Zielscheibe schändester Angriffe der Reichstagsmehrheit, gegen die er sich wehrlos erwies; im Spätherbst bereits erlag er ihnen und trat von der politischen Bühne zurück. Bedauerlich für den Mann, der an dritter Stelle gut brauchbar sein mochte, an der ersten aber vollkommen fehl am Orte war. Den Wirklichkeiten der politischen Gegenwart fremd, von vorgefaßten Meinungen erfüllt, ohne die Schlagsfertigkeit des Geistes und der Rede, die dem verwilderten Reichstag gegenüber nun einmal notwendig geworden war, wurde dieser Kanzler ein Opfer seines Amtes, das ihm der Kaiser nie hätte antragen, das er nie hätte annehmen dürfen.

Als Bethmann Hollweg zurücktrat, stand Erzbergers Unternehmen, den Feinden über den Kopf der Reichsregierung hinaus durch den Mund des Reichstags die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes ohne Landesverlust und Entschädigungen fundzutun, nahe vor dem Ziele. Der regie-

rungssozialistische Führer Scheidemann war von vornherein eingeweiht, hatte die ganze Sache mit eingefädelt und betrieb sie mit der ihm eigenen Gewissenlosigkeit; seine Partei machte selbstverständlich mit. Dasselbe taten die jüdisch geführten Freisinnigen, und Erzberger hatte zuerst den linken Flügel und schließlich fast das ganze Zentrum für seinen Plan gewonnen — also war ihm eine große Mehrheit im Reichstag sicher. Bethmann Hollweg und seine nächsten Berater hatten, was zu ihrer Ehre festgestellt werden muß, den Entwurf der Erzbergerschen „Verzichtentschließung“ für unannehmbar erklärt; das gleiche hatte die Oberste Heeresleitung getan. Da die Führer der Reichstagsmehrheit trotzdem an ihrem Vorhaben festhielten, war mit einem Zusammenstoß zwischen Reichsgewalt und Volksvertretung zu rechnen, eine Aussicht, der ein wirklicher Staatsmann mit Ruhe entgegengesehen hätte, weil sie ihm bei der zu Tage liegenden Leichtfertigkeit der Reichstagsmehrheit die Gelegenheit geboten hätte, diese Art von Volksvertretern in die Schranken zu weisen und das staatliche Ansehen wieder herzustellen. Daß der wankende Bethmann Hollweg dafür nicht in Betracht kam, war klar — würde sein Nachfolger die Machtprobe wagen?

Er tat es nicht nur nicht, sondern erklärte seinen Beratern, er glaube sich mit dem Entwurfe abfinden zu können. Am 19. Juli 1917 — am selben Tage, wo Dr. Michaelis zum ersten Male vor dem Reichstag stand — brachten Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei den Antrag ein, den Entwurf Erzbergers zum Beschuß zu erheben. Die entscheidenden Stellen in ihm lauteten:

„... der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernder Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar ...“

Die Freiheit der Meere muß sicher gestellt werden. Nur ein Wirtschaftsfrieden wird dem freundlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern ...“

Die Mehrheitsparteien bekannten sich zu diesem Antrag; die Rechte lehnte ihn ab. Der neue Reichskanzler aber sagte mit Bezug auf ihn in seiner Jungfernrede wörtlich: „Diese Ziele (des zu erstrebenden Friedens, die er vorher dargelegt hatte) lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen.“

Mit diesem Zugeständnis wollte der Kanzler ein Auskommen mit den Mehrheitsparteien anbahnen, aber er hatte sich mit der durch den Zwischenfaß gegebenen Beschränkung sofort das Grab gegraben.

Mit 214 gegen 116 Stimmen und bei 17 Enthaltungen wurde von der deutschen Volksvertretung der Antrag Erzbergers angenommen.

Damit hatte das deutsche Volk in aller Form durch seine gewählten Abgeordneten das politische Gift mischen lassen, an dem das Reich zu grunde gehen sollte.

Die Annahme dieser Entschließung bedeutete politisch mehr als eine verlorene Schlacht — sie stellte das Kriegsergebnis militärisch in Frage und erschütterte den Geist der Besten und Zuverlässigsten an der Front. Vom Feinde aber wurde sie aufgefaßt als das Zugeständnis des deutschen Reichstags, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, und so belebte sie den feindlichen Kriegswillen aufs Äußerste.

Es scheint unsfassbar, daß deutsche Volksvertreter das Seelenleben der feindlichen Völker so wenig verstanden, daß sie die Wirkung dieses Schrittes nicht vorherzusehen vermochten. Aber der Reichstag war ja in solcher Zeit der Tummelplatz der geistig Armen und Gewissenlosen geworden!

So wurde ein politisches Gesamtverbrechen begangen, das einzig in der Geschichte dasteht; seine Urheber werden in Zukunft als Verderber des deutschen Volkes gerichtet sein.

Aber mitschuldig wurden der neue Kanzler, mitschuldig seine Berater. Abgesehen davon, daß sie den Kampf mit einer so reichsgefährlich gewordenen Volksvertretung aufnehmen mußten — wie ist es zu verzeihen, daß sie den Urheber dieser verderblichen Machenschaften nicht vernichteten und damit für die Zukunft ausschalteten! Es ist seitdem durch die Veröffentlichungen von Männern, die sich damals in verantwortlichen Stellen befanden, dargetan worden, daß sie die hochverräterischen Zusammenhänge des Erzberger-Antrages kannten und wußten, daß er unverantwortlichem Missbrauch des Czerninschen Geheimschreibens entstammte, daß dessen Inhalt durch Erzbergers Schuld dem feindlichen Ausland bekannt geworden war. Dies hätte genügt, den Gewissenlosen vor Gericht zu stellen — zu seiner politischen Vernichtung hätte es damals mehr als ausgereicht.

Und nichts dergleichen geschah — genau zwei Jahre nach jenem Verbrechen, als das Unheil über das Vaterland hereingebrochen war, unterbreiteten die amtlichen Mitwisser von 1917 erst ihre Behauptungen und Beweise der Öffentlichkeit.

Während der Reichstag in seiner politischen Verblendung von Verständigung, von Wirtschaftsfrieden, von der Freiheit der Meere, von „internationalen Rechtsorganisationen“ sprach und das „freundschaftliche Zusammenarbeiten der Völker“ durch seine Entschließung vorbereiten wollte, wirkte im feindlichen und neutralen Ausland jene Einrichtung, die England geschaffen hatte, um den Haß gegen alles Deutsche in der ganzen Welt aufs Äußerste zu reizen, es der Verachtung preiszugeben. Ein besonderes „Propaganda-Ministerium“ war gebildet worden, das mit den handgreiflichsten Lügen und Verleumdungen arbeitete; wo immer

Zeitungen läufiglich waren, wurden sie für den schändlichen Zweck der Vernichtung der deutschen Ehre gewonnen, und diese — nach dem Leiter eines solchen Feldzuges genannte — „Northcliffe-Presse“ lieferte Tag für Tag den Beweis, wie weltenweit entfernt die Feinde von der Absicht „friedlichen Zusammenarbeitens“ mit den Deutschen waren.

Trotzdem jene Entschließung vom 19. Juli!

Ihre sofort fühlbare Wirkung bestand darin, daß vor allem die Franzosen neuen Mut faßten. Ihr Heer war nach den furchtbar blutigen, aber erfolglosen Angriffen Nivelles im April an der Aisne und Pétains im Mai in der Champagne schwer erschüttert; die Manneszucht war gelockert, ganze Truppenteile hatten gemeutert und die Stimmung des Landes geriet ins Schwanken. Da kamen die Nachrichten von Erzbergers Machenschaften, dann die von der Annahme seiner Entschließung, und die ganze französische Presse benutzte dies Vorkommnis, um die Widerstandskraft des Volkes und die Haltung des Heeres wieder zu beleben. Beides mit durchschlagendem Erfolge.

So war die Wirkung der Erzberger-Entschließung nach außen verhängnisvoll; im Innern steigerte sie den Gegensatz zwischen den völkischen Kreisen und den in ihre internationale Neigung Zurückgesunkenen bis zur Unerträglichkeit, zumal da die Verzichtleute mit vergifteten Waffen kämpften. Zum alten Unsinn kam neuer; Schlagworte, wie das vom „Selbstbestimmungsrecht der befreiten Völker“, drohten das Reich um die Früchte der doch schließlich mit deutschem Blute erkaufsten Waffen-erfolge im Osten zu bringen.

Kurze Zeit nach dem 19. Juli ließ der Papst eine Friedensnote an die kriegsführenden Mächte ergehen, in der er sie zur Verständigung ermahnte und zu diesem Zwecke Vorschläge machte, die mit denjenigen Erzbergers inhaltlich übereinstimmen. Der Zusammenhang lag am Tage.

Während nun die Feinde die Reichstagsentschließung durch ihre Presse mit kaltem, höhnischem Nein abtun ließen, beantwortete die deutsche Regierung den päpstlichen Vorschlag, der für ein unbesiegtes Volk unannehmbar war und zudem bewies, daß sein Urheber sich gar nicht in die Not des deutschen Reiches versetzen konnte, mit gesillentlichem Eifer zustimmend.

Der Kanzler befand sich in den Banden der Reichstagsentschließung und hatte im neuen Staatssekretär von Kühlmann einen Berater in den Fragen der äußeren Politik, der ihn trotz seiner Fähigkeiten nicht gut beraten konnte, weil er — ganz von dem Gedanken der Verständigung mit England erfüllt — für die Aufgaben dieser Kriegszeit ungeeignet war.

Den Mehrheitsparteien gegenüber hatte der Kanzler trotz aller Nachgiebigkeit einen schweren Stand; sie vergaßen es ihm nicht, daß er am 19. Juli seine Stellungnahme zur Erzberger-Entschließung mit dem Zwi-

schensache „wie ich sie verstehe“ eingeschränkt hatte und warfen ihm Hinterhältigkeit vor. Im Oktober geriet er in harten Streit mit der Mehrheit: auf seine Veranlassung berichtete der Staatssekretär des Reichsmarineamts über Meutereien, die im Mai 1917 bei der Hochseeflotte vorgekommen waren, und beschuldigte die unabhängigen Sozialdemokraten, die Hand dabei im Spiele gehabt zu haben. Diese leugneten damals ihre später festgestellte Mitwirkung bei jenen Vorgängen, und die Führer der Mehrheitsparteien stellten sich auf ihre Seite, indem sie mit Entrüstung gegen den Kanzler und den Staatssekretär vorgingen. Und wieder wlich dieser mutlos dem notwendigen Kampfe aus; wenn er jene Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit ziehen und den Unabhängigen die sittliche Verantwortung zuschieben ließ, mußte der Kampf durchgeführt werden. So endete er mit einer Niederlage der Regierung.

Für die Vaterlandsfreunde war es bitter, auf diese Weise erfahren zu müssen, daß noch nicht ein volles Jahr nach dem glorreichen Tage von Skagerrak der Geist des Hochverrats sich in die deutsche Flotte eingeschlichen hatte; das Gift des russischen Bolschewismus und der jüdischen Verhetzung hatte im Bunde mit dem Gelde der Feinde seine erste Wirkung getan. Wohl war die Meuterei niedergeschlagen worden — aber wer bürgte dafür, daß nicht neue Verräter am Werke seien? Der Verlauf der Reichstagsverhandlung vom 9. Oktober konnte solche jedenfalls von ihrem Vorhaben nicht abschrecken.

Die Reichstagsmehrheit, die nun geradenwegs auf die Parlamentsherrschaft losging, hatte schon kurz nach Michaelis Amtsantritt die Einsetzung eines „Siebener-Ausschusses“ durchgesetzt, dem alle wichtigen Fragen der äußeren Politik vorgelegt werden sollten. Ein weiterer Schritt, der von der durch Bismarcks Reichsverfassung vorgezeichneten Bahn abführte. Aber diese Einrichtung genügte den durch die Schwäche und Hilflosigkeit des Kanzlers übermäßig gemachten Volksführern nicht. In der jüdisch bestimmten und geleiteten Presse wurde ein mit allen Mitteln der Demagogie betriebener Kampf für das „parlamentarische System“ eröffnet und die Linke verlangte von Michaelis, daß er dieses bei der Krone durchsetze. In allem hatte der Kanzler nachgegeben — hier blieb er fest und erklärte den drängenden Parteiführern, daß er dafür nicht zu haben sei. Damit war sein politisches Todesurteil gesprochen. Nun wurde der hilflose Mann in aller Form totgehext; Gerüchte von seiner Entlassung oder seinen Abschiedsgesuchen wurden aufgebracht — kurz, es geschah mit frevelhaftem Eifer alles, um die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das Reich glich einem Tollhaus; die geistige Erkrankung der Volksvertretung, die sich am 19. Juli angekündigt hatte, war zum Ausbruch gekommen. Die Lage war unhaltbar; der Kanzler sah ein, daß er ihr nicht gewachsen war und reichte am 26. Oktober seine Entlassung ein.

Wie vorher in allen politischen Nöten richteten sich die Augen der Vaterlandsfreunde auch jetzt auf die Oberste Heeresleitung und man drang in sie, beim Kaiser dahin zu wirken, daß er Männer in die entscheidenden Ämter berufe. Man sagte sich, daß diese Führer des Heeres doch erkennen müßten, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, wenn die Heimat politisch zusammenbreche.

Hatten sie beim Sturze Bethmann Hollwegs mitgewirkt — diesmal handelten sie nicht. Das Feld wurde den Parteihäuptlingen und den ihnen wesensverwandten Staatssekretären überlassen; sie trieben mit dem willenlos gewordenen Kaiser ihr Spiel, und am 1. November erhielt Michaelis seine Entlassung, während der bisherige bayrische Ministerpräsident Dr. Graf von Hertling zum Reichskanzler ernannt wurde.

So hatte in dem deutschen Trauerspiel nach 3½ monatlicher Dauer der Zwischenauftritt geendet, dessen leidender Held Dr. Michaelis geworden war.

Als er schied, ließ er das Reich noch zerrütteter zurück, als Bethmann Hollweg es ihm überliefert hatte.

In seine Kanzlerschaft fällt die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die so recht ein Kind der Not dieser Zeit war. Am Sedantage 1917 hatten sich im Yordesaale des Landeshauses zu Königsberg rechtsstreue Männer von der konservativen bis zur Volkspartei zusammengetan, um eine Stätte zu schaffen, an der sie gemeinsam für die Rettung des Vaterlandes wirken könnten. In ergreifendem Aufruf hatten sie sich an alle Gutgesinnten gewandt und gemahnt, alle inneren Fragen ruhen zu lassen, bis die äußere Sicherheit des Vaterlandes erstritten sei. Ihr Ruf fand begeisterten Widerhall bei denen, die nicht durch die Verhetzung vergiftet waren — die anderen aber erblickten in der Vaterlandspartei den neuen inneren Feind, auf den sie sich mit leidenschaftlicher, gehässiger Wut stürzten. Kennzeichnend für Michaelis und seine Leute ist, daß er mit seinen Beratern der Vaterlandspartei fühl, ja ablehnend gegenüberstand.

Erwähnt sei noch, daß in seiner Zeit die Polenpolitik Bethmann Hollwegs nach innen und außen neue Früchte zeitigte: am 12. September wurde durch gemeinsame Kundgebung der verbündeten Kaiser dem neuen Polenstaate die uneingeschränkte Selbstherrlichkeit (Souveränität) einschließlich eigener Außenpolitik zugestanden, und in Posen hatten sich beim hundertjährigen Todestag Kosziuskos Vorgänge abgespielt, die bewiesen, daß die preußischen Polen die Achtung vor der stets nachgiebigen Staatsgewalt verloren hatten und die Masken fallen ließen.

\* \* \*

Die Zeit schrie förmlich nach ihrem Meister, nach dem deutschen Staatsmann, der sie gestalte, nach dem politischen Helden, der furchtlos den Scheingrößen des Reichstages zu Leibe rücke und sie in ihr Nichts zurück schleudere, der — ebenbürtig den Feldherren der Obersten Heeresleitung — der Heimat die Ruhe wiedergäbe. Denn diese war verloren gegangen. Die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse hatte es unter der Führung der Frankfurter Zeitung, des Berliner Tageblattes und des Vorwärts durch ihr unablässiges Hetzen dahin gebracht, daß das ganze öffentliche Leben in den Zustand der Gärung geraten war. Dazu waren die Wirkungen der inneren Not gekommen: Lebensmittelangst, Knappheit an Waren und Rohstoffen, das Treiben der Kriegsgesellschaften, der Wucher der Nahrungsmittel- und Warenchieber, der Geldüberschuß der Kriegsgewinner von den Munitionsarbeitern herauf bis zu den Großspekulanten — das alles hatte einen Zustand erzeugt, der für jeden Ernst und Sittlichen unerträglich war. Nicht allgemein, aber doch in vielen Orten trug der Unverständ der Kleinbureaucratie, ihre durch die Kriegsbefugnisse gesteigerte Hochmütigkeit, nicht wenig dazu bei, gerade bei den kleinen Leuten die Vorstellung zu erwecken, daß man für allen aufgewandten Opferjamm auch noch rechtlos sei. Was war aus dem deutschen Volke nach drei Jahren unverantwortlicher Misshandlung geworden? Die Preszensur verhinderte dabei die Darlegung der inneren Schäden durch die Reichstreuen — die Schädlingspresse ließ sie dagegen gewähren und dieführerlosen Massen weiter verwirren. Dazu kamen die Einwirkungen der feindlichen „Propaganda-Presse“ auf die Urteilslosen. In ihrem Unverständ brachten die deutschgeschriebenen Zeitungen nach amtlichem Beispiel tagaus tagein Auszüge aus feindlichen Blättern, die von der deutschen Schuld, von deutschen Greueln, von deutscher Raubgier schrieben, die den preußischen Militarismus als Urheber des Weltkrieges verdammten, die freiheitfeindliche Gesinnung der angeblichen Machthaber geißelten und sagten, mit einem von der durch und durch rücksichtlichen Militär- und Junkerklasse geleiteten Deutschland sei kein Friede möglich — dem gebühre Haß und Verachtung der freien Völker und die sichere Niederlage; ein freies Deutschland sei den schon befreiten Völkern willkommen, denn sie hätten keine Feindschaft gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Hohenzollern und die „reaktionären“ Kästen, die mit ihnen das Volk unterdrückten und der ganzen Welt ihre Gewaltherrschaft aufzwingen wollten.

Hatte der Leser, der doch schließlich im Lande des freisten Wahlrechtes der Welt lebte, zuerst über solche Auslassungen gelacht — als er durch seine Zeitungen derartiges Tag für Tag aus Feindesmund zu hören bekam, als ihm die teuflisch klug nach der Wirkung auf die Deutschen berechneten Reden feindlicher Staatslenker mit instinktloser Besessenheit übermittelt wurden: da begann allmählich von alledem in den Hirnen

etwas zu haften; — da fassten solche und ähnliche Gedankengänge Fuß und schließlich beherrschten sie allzu viele Geister. Das feindliche Gift hatte seine Wirkung getan, und die deutschgeschriebene Presse hatte es unter Vortritt der halbamtlchen dem harmlosen, weltfremden deutschen Volke vorgesetzt.

Ein Vorgang ohne Beispiel!

So vereinigten sich die daraus entstehende Zermürbung der Geister mit der Unzufriedenheit über die inneren Zustände und der Unruhe, die das politische Treiben der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse erzeugt hatte, zu einer verderblichen Gesamtwirkung. Es lagen Schwaden giftigen Nebels über dem öffentlichen Leben dieser Tage und die von ihm geistig noch freigebliebenen riefen nach dem reinigenden Gewitter.

Wer würde mit gewaltiger Hand Thors Hammer in diese Stidluft werfen? Noch einmal: die Zeit schrie nach dem rettenden deutschen Staatsmann von Schöpferkraft und Bändigerwillen.

Statt seiner gab der Kaiser dem Reiche in dieser Zeit den Grafen Hertling zum Kanzler, an den er sich seit Jahren im Geiste schon geflammert hatte, wenn Bethmann Hollweg gefährdet erschien. Wenn irgend etwas die Menschenkenntnis Wilhelms II. verneinte, so war es diese Wahl. In solcher Zeit, wo alles auf dem Spiele stand, einen solchen Mann an die oberste verantwortliche Stelle zu berufen, war gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Selbstbehauptung nach innen und außen. Denn Graf Hertling war ein Greis von 74 Jahren, der Körperlich den Aufgaben nicht gewachsen war, die sein neues Amt an ihn stellte; in Bayern hatte er die kleinen Nöte dieses Mittelstaates nicht überwinden können — und nun sollte er die Todesnot des Reiches bannen! Dieser Zentrumsaristokrat, der lange Jahre hindurch Führer des rechten Flügels seiner Partei gewesen war, hatte niemals etwas Schöpferisches, nichts machtvoll Drängendes in sich gehabt; er war behutsam und leise, ein Politiker der Umwege, der Diplomat des Zentrums. In der äußeren Politik, die er für seine Partei gewissermaßen überwachte und bearbeitete, war er mit Bülow und Bethmann Hollweg gegangen, so lange er Reichstagsabgeordneter gewesen war, und noch später, als ihn König Ludwig III. von Bayern zum Ministerpräsidenten seines Landes gemacht hatte, wußte er die Weisheit der Bethmannschen Marocco-Politik zu rühmen, nachdem für jeden Einsichtigen deren Folgen klar waren; insbesondere rechnete er darauf, daß Frankreich sich im Scherifen-Reiche in steten Kämpfen mit den Berberstämmen militärisch verbluten werde. Während des Krieges war er der dienstwillige Helfer Bethmann Hollwegs, der besonders als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dessen Fehler sämtlich mitmachte und deckte; mehr als einmal hatte er den wankenden Kanzler durch seine Hilfe gerettet und besonders hatte er ihn bei der Verhinderung des

rechtzeitigen uneingeschränkten Unterseebootkrieges unterstützt. Demnach ein Mann, der von seiner Tätigkeit als Parteiführer und als Minister des zweitgrößten Bundesstaates mit der Mitschuld an dem Schlimmen belastet war, das jetzt auf dem Vaterlande lag.

Schon die Art, wie die Mehrheitsparteien sich in den Tagen zwischen dem Abschiedsgesuch des letzten und der Ernennung des neuen Kanzlers betrugen, zeigte, daß sie sich als Herren fühlten und gewillt waren ihre Macht zu gebrauchen; das nahm solche Formen an, daß Graf Hertling im Begriffe war, das Amt abzulehnen. Von seinen Verehrern wurde verbreitet, er habe es nur auf dringendes Bitten des Kaisers und aus Pflichtgefühl übernommen, um sein Vaterland nicht im Stiche zu lassen; wenn dies zutrifft, hat er sein Pflichtgefühl in einer Weise betätigt, die für Kaiser und Reich zu schwerstem Schaden ausschlug.

Nach dem Wortlaut und dem Geiste der Reichsverfassung hatte der Kaiser den Kanzler zu bestimmen; der Kanzler hatte den Kaiser verantwortlich zu beraten und hatte dessen Zustimmung einzuholen. Jetzt aber vergewisserte sich der Kanzler zunächst der Zustimmung der Mehrheitsparteien — eine ganz neue Einrichtung und ein weiterer Schritt zur Parlamentsherrschaft; seinen Stellvertreter im Reich ließ er sich von der Mehrheit auswählen. Das war der süddeutsche Demokrat Dr. von Payer, jetzt einer der Führer der Freisinnigen Volkspartei — ein Mann vom kleinsten Zuschnitt, ganz in jüdisch-demokratischen Gedankengängen verannt, den Wirklichkeiten der großen Politik fernstehend, ein abgesagter Heino Bismarckischer Überlieferung. Kennzeichnend für ihn, daß er bis zu seiner Berufung zu dem neugeschaffenen Amte des „Vizekanzlers“ im Aufsichtsrat der jüdischen Frankfurter Zeitung gesessen hatte. Für Preußen wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsministeriums der bisherige Führer der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus Dr. Friedberg bestimmt, ein Jude, der seine Eignung zu seinem Amte sofort mit einem jähnen Gesinnungswechsel bewies. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Kühlmann, ein Liebling der Linken, blieb an seiner Stelle, und die Presse der Mehrheit, die sich dem Ziele der unbedingten Parlamentsherrschaft wesentlich näher sah, begrüßte das „große Kabinett Hertling-Payer-Kühlmann“ in Jubeltonen, als ob nun eine neue glückliche Zeit anbreche.

„Das große Kabinett“ der an Ziel und Willen Kleinen hatte sich, um die Genehmigung der Mehrheit zu erlangen, zu vierlei verpflichten müssen: mit den Feinden eine Verständigung auf der Grundlage der päpstlichen Friedensnote anzustreben, in Preußen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht durchzusetzen, im Reiche die Aufhebung der politischen Zensur herbeizuführen und schließlich eine Abgrenzung der Zuständigkeit der militärischen Befehlsgewalt zu erreichen — alles in der Hauptsache

Horderungen der äußersten Linken, die insbesondere mit ihrem Begehrn nach Beseitigung der Zensur die schrankenlose Presß- und Versammlungsfreiheit haben wollte, um gegen die Oberste Heeresleitung und die unter dem Sammelnamen „Alldeutsche“ zusammengefaßten vaterländischen Kreise politisch ungehindert Sturm laufen zu können.

Die Oberste Heeresleitung, den Leuten der Mehrheit längst verdächtig, wurde seit ihrem Eingreifen beim Sturze Bethmann Hollwegs von ihnen geradezu mit Haß verfolgt; sie wurde beschuldigt, sich die politische Macht im Reiche angemaßt zu haben und im geheimen Bunde mit den Alldeutschen dem Frieden zu widerstreben; beiden wurde zur Last gelegt, daß sie den Krieg selbstsüchtig verlängerten; die Vaterlandspartei wurde in diesen Haß mit einbezogen, den Tatsachen zuwider als „alldeutsch“ gekennzeichnet, und mit wüsten Angriffen verfolgt.

Graf Hertling ließ versichern, daß er mit der Übernahme des Reichskanzleramtes, neben dem ihm auch dasjenige des preußischen Ministerpräsidenten übertragen wurde, ein hartes Opfer bringe; man kann dies in dem Sinne gelten lassen, daß der „Zentrums-Aristokrat“ sich so ziemlich bedingungslos den verbündeten Demagogen des Zentrums, der Sozialdemokratie und des jüdischen Freisinns unterwarf. Eine Tatsache, die um so mehr gegen ihn spricht, als er es liebte sich als Mann von konservativer Weltanschauung zu bezeichnen. Hart war es für alle bewußten Preußen, daß der bisherige süddeutsche Minister auch an die Spitze der preußischen Staatsgeschäfte berufen wurde, denen er ganz fremd war und in die er sich in seinem Alter sicherlich nicht mehr einarbeiten konnte; der führende Bundesstaat war also in Wirklichkeit ohne Regierungsoberhaupt.

Kurz nachdem im Reiche der Personenwechsel stattgefunden hatte, der an die Stelle eines hilflosen, unpolitischen Bureaukraten einen altersmüden und zu staatsmännischer Arbeit von je untauglichen Parteimann gebracht hatte, kam es auch in Frankreich zu einem solchen; auch dort übernahm ein Greis die Leitung der Regierung, Georges Clémenceau, der noch dem Parlament zu Bordeaux angehört und damals (1871) gegen den Frankfurter Frieden gestimmt hatte.

Aber welch ein Gegensatz! Dieser fünfundsezigjährige ganz Feuer, Wille, Tatkraft — ja wilde Entschlossenheit. Im parlamentarischen Frankreich schob dieser alte Parlamentarier das Parlament auf die Seite, weil er sein Vaterland retten wollte und wußte, daß das auf parlamentarische Art nicht gemacht werden konnte. Ein gehässiger Feind Deutschlands, ein unedler Mensch mit vielen Mängeln des Charakters, vielen Sleden in seiner Vergangenheit — aber ein leidenschaftlicher Sohn Frankreichs, von Rachendurst getrieben, der verführte rücksichtslose Siegeswille. Und im Reiche der vorsichtig tastende, stets verschleierte, ruhebedürftige Mann,

der die Herrschaft einer Reichstagsmehrheit ausgeliefert hatte, die teils den Sieg nicht wollte, teils nicht an ihn glaubte!

Der neue französische Ministerpräsident nahm sofort die Zügel fest in die Hand, riß sein Volk zusammen und forderte das Letzte von ihm unter gewalttätigem Zwange — sein deutscher Gegenspieler gab die Leitung ganz ab, suchte mit den Leuten des Verzichtes in Frieden zu leben und beugte sich unter ihren kleinen Ehrgeiz nach innerer Macht. Denn dies war weiterhin das Zeichen der Zeit, daß die demagogischen Wortführer den Krieg unter dem Gesichtspunkte ihres innerpolitischen Machtstrebens betrachteten — verkennd, daß der Krieg der letzte, äußerste Ausdruck der äußeren Politik ist, dem alles andere zu dienen hat, damit das Vaterland gerettet werde.

Diese deutsche Volksvertretung hatte das Selbstbestimmungsrecht der durch deutsche Blutopfer befreiten Völker ausgerufen, so daß Polen, Litauer, Letten — des Reiches ungefragt — ihre Zukunft sollten bestimmen dürfen — Graf Hertling erkannte dies an.

Die Mehrheit verlangte tätige Einwirkung auf etwaige Friedensverhandlungen, wie sie jetzt nach dem vollkommenen militärischen Zusammenbruch Russlands in Aussicht standen — Graf Hertling gestand dies zu.

Dieselben Leute wollten Elsaß=Lothringen trotz der gehäuften Beweise der Unzuverlässigkeit eines Teiles seiner Bevölkerung die „Autonomie“, d. h. die Rechte eines selbständigen Bundesstaates verleihen — Graf Hertling war dazu bereit, obwohl er als bayrischer Ministerpräsident von Bethmann Hollweg das Versprechen erwirkt hatte, daß das Elsaß dem Hause Wittelsbach zufallen sollte.

Schwäche und Nachgiebigkeit, wohin man schaute.

Dabei das Treiben der Kriegsgesellschaften so, daß alle wirtschaftlichen Gesetze auf den Kopf gestellt waren. Die Entzweiung zwischen Stadt und Land fortgeschritten. Die Steigerung der Löhne, die das „Hindenburg=Programm“ mit seiner Forderung, den Heeresbedarf um jeden Preis zu befriedigen, nach sich gezogen hatte, maßlos. Das Geld verlor den Wert — der Tanz ums goldene Kalb wurde schamloser und wüster als in der Gründerzeit, weil er im Kriege vor sich ging. Maßlose Genußsucht, freche Raffgier nahmen überhand und wirkten um so aufreizender, als sie sich ohne Scheu breit machten, während Entbehrung und Not, Sorgen und Trauer in ungezählten Häusern herrschten.

Die Heimat bot ein Bild politischer Führerlosigkeit und sittlicher Verwilderung. Der Wunsch nach dem Frieden steigerte sich zu dem Verlangen nach Frieden um jeden Preis; der Hinweis der Vaterlandsfreunde, daß die Feinde den Krieg durchfechten wollten, daß eine Verständigung nach dem Willen der Mehrheit einen „hungerfrieden“ bringen werde,

wurde als „nationalistische Kriegsheze“, als „alldeutliche Demagogie“ verlästert.

Kurz, und alles in allem: ein Treiben, ein Zustand, der die Vaterlandsfreunde erschüttern mußte. Und wieder erging ihr Ruf an den Kaiser, in höchster Not dem Verderben durch die Berufung von Männern, die Männer waren, Einhalt zu gebieten — und wieder kein Gehör!

Während das alles in der politisch und sittlich verwahrlosten Heimat vor sich ging, verrichtete das kämpfende Heer seine Wunder: im Westen hielt es mit unerschütterlichem Heldenmute den überlegenen Feinden Stand; im Süden hatte es den glorreichen Feldzug gegen Italien geführt; im Osten waren die letzten russischen Heere zertrümmert worden und die Friedensverhandlungen standen bevor. Also überall an der Front die Bewährung des Führergedankens — die Heimat aber führerlos. Aber je länger, je mehr wirkte die dortige Verwahrlosung auf die Front. Mit Sorgen sahen die Truppenführer, wie verändert ihre Leute aus dem Urlaub zurückkehrten; die brieflichen Berichte der Angehörigen taten das ihre — kurz: der Heldengeist begann zu kränkeln, und die Versuche, ihn durch „vaterländischen Unterricht“ zu heben, erwiesen sich in den meisten Fällen als erfolglos, weil es an genügend vorgebildeten und der Aufgabe geistig-sittlich gewachsenen Männern fehlte, die derartiges hätten ausführen können. Übrigens wurde das Bestreben der Obersten Heeresleitung, das Heer durch die Auffklärung über die Bedeutung dieses Krieges innerlich auf der Höhe zu halten, von der Reichstagsmehrheit argwohnisch verfolgt und sehr bald als alldeutliche oder vaterlandsparteiliche Machenschaft hingestellt. Der „Vorwärts“ freilich, das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ und ähnliche zerstörende Blätter kamen überall hin an die Front, in alle Lazarette, und sie vergifteten die Gemüter dort, wie sie es in der Heimat getan hatten. Dazu kamen noch verheizende Flugblätter, die in Massen verbreitet wurden und allmählich ihre Wirkung taten.

Der Begeisterung der Reichstagsmehrheit über das „starke Kabinett“ folgte sehr bald die Ernüchterung, weil der müde Graf Hertling die „Neuorientierung“ den drängenden Volksverführern zu langsam betrieb und insbesondere die preußische Wahlrechtsfrage verfassungsmäßig erledigen wollte. Innerpolitisch beherrschte diese Angelegenheit das öffentliche Leben, wobei die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse alles tat, um die Gegensätze aufs Äußerste zu verschärfen, jeder noch so berechtigte Widerstand im preußischen Landtag gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wurde als Ausfluß jungerlicher oder schwer-industrieller Selbstsucht verdächtigt. Verlogen und gewissenlos wurde es so hingestellt, als ob in Preußen, dessen Bürger doch im Reiche das freieste Wahlrecht der Welt besaßen, der Zustand der Sklaverei herrschte, so lange

die Wahlrechtsänderung nicht durchgesetzt sei, und man wagte zu behaupten, es sei kein Wunder, daß die Deutschen von den Feinden gehaßt und verachtet würden; dies geschehe, weil sie das Joch des Militarismus, der Junker und der reaktionären Bureaucratie erträgen.

Mit dem endgültigen Zusammenbrechen Russlands traten die Fragen der äußeren Politik in den Vordergrund. Freilich für die ungeheure Bedeutung dieses weltgeschichtlichen Vorganges hatten nur wenige Verständnis. Über dem inneren Zwist und den kleinlichen, wichtigtuerischen Machenschaften zur Beglückung der vom russischen Joch befreiten Gebiete wurde vergessen, was die Zerstörung des gewaltigen russischen Weltreiches für das Deutschtum bedeutete.

Von allen Gefahren, die das deutsche Reich bedroht hatten, war diejenige in seiner Ostflanke die schwerste gewesen; denn sie ging von einem Staate aus, der über eine Bevölkerung von 180 Millionen verfügte, der jährlich einen gewaltigen Bevölkerungsüberschuss aufwies, dessen Heer wesentlich stärker war als das deutsche, dessen führende Bevölkerungsschicht von Haß gegen alles Deutsche erfüllt war, sich als Träger des allrussischen („panslawistischen“) Gedankens betrachtete und seit Jahren auf den Krieg hinwirkte. So sah sich das deutsche Reich an der Ostflanke, die zudem jedem feindlichen Angriff ungeschützt offen lag, lebensgefährlich bedroht — ein Umstand, der in Verbindung mit der steten Kriegsbereitschaft der Franzosen auf die Dauer unerträglich war. Vom Feinde im Westen unterschied sich derjenige im Osten nicht durch minder bösen Willen sondern durch seine gewaltig anwachsende Volkstracht, während die der Franzosen infolge des Geburtenrückgangs abnahm.

Und nun war das militärisch Ungeheure geschehen, daß das Riesenheer des russischen Weltreiches unter den deutschen Schlägen zerfallen, auseinandergefahren war — mit der politisch ebenso ungeheuren Wirkung, daß dies Weltreich selbst in Trümmer fiel. Seit dem Eintritt Russlands in die europäische Staatengesellschaft war jetzt zum ersten Male der Druck im Osten beseitigt und es konnte, wenn man den inneren Zustand der bisher im Zarenreiche zusammengefaßten Völker betrachtete, damit gerechnet werden, daß auf Jahrzehnte hinaus diese Entlastung dauern werde. Diese Frist konnte und mußte benutzt werden, um die Zukunft des Deutschtums in Mitteleuropa endgültig zu sichern: indem man die westlichen Randgebiete mit nichtrussischer Bevölkerung vom russischen Reiche löste, konnte man der ländlichen Siedlung weite Landstreifen zur Verfügung stellen und das deutsche Reich durch eine — wie immer genannte — Angliederung der baltischen Gebiete an der Ostsee ausdehnen.

Alles in allem besagte dies, daß durch den Sieg der deutschen Waffen Bewegungsfreiheit nach Osten gewonnen war, deren politische und wirtschaftliche Ausnutzung wünste, wenn der militärische Gesamtsieg durch die

Leistungen der Truppen im Westen und die Standhaftigkeit der Heimat erstritten würde.

Glückverheißende Ausichten, die sich hier eröffneten — ein Ereignis, das jedes andere Volk zu stolzem Selbstbewußtsein gebracht, zu äußerstem Aushalten angetrieben hätte!

Anders in Deutschland, das acht Jahre lang von Bethmann Hollweg regiert, dessen öffentliche Meinung, so weit sie sich um politische Dinge überhaupt kümmerte, durch die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse verfälscht und durch das Treiben der Reichstagsmehrheit gleichzeitig verhebelt und zermürbt war. Man hatte gar keine Zeit geistig-politisch zu durchdringen, was im Osten geschehen war und sich aufstat — man war ja damit beschäftigt, den verhassten Militarismus der Obersten Heeresleitung, die Kriegsverlängernden (angeblichen) Umtriebe der Alldeutschen unschädlich zu machen, das preußische Sklavenvolk durch die Erpressung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zu befreien und die vom russischen Joch geretteten kleinen Völker zu beglücken. Da hatte man freilich keine Zeit, an das Wohl des deutschen Volkes zu denken.

Eine Verblendung voll von Bitternissen für die, die ihre Folgen vorhersahen.

Den Regierungen des Vierbundes lag es ob, nach dem am 17. Dezember 1917 geschlossenen Waffenstillstand mit den russischen Machthabern zu verhandeln, um zum Frieden zu gelangen. Noch im Dezember traten die hierzu Abgeordneten in Litauisch Brest (Brest-Litowsk) zusammen, wobei das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kühlmann und Österreich-Ungarn durch Graf Czernin als führenden Beauftragten vertreten war; die Russen hatten eine Abordnung von jüdischen Revolutionären entsandt, deren Wortführer Trotzky ursprünglich Bronstein geheißen hatte. Es begannen die eigenartigsten Verhandlungen der Geschichte: Trotzky und seine Gehilfen dachten gar nicht daran, sich sachlich mit den Vertretern des Vierbundes auseinanderzusetzen; zunächst zogen sie die Aussprache durch endlose Erörterungen über das Verhältnis der von Russland losgerissenen Randgebiete zur sog. „Sowjet-Republik“ hin und beanspruchten, daß diese so lange zu der von ihnen vertretenen Republik gehörten, als sie nicht ausdrücklich freigegeben seien. Um die Jahreswende wurden die Verhandlungen vertagt und am 10. Januar 1918 wieder aufgenommen. Als die jüdischen Wortführer Sowjet-Russlands das alte Spiel fortsetzen wollten und die diplomatischen Vertreter des Vierbundes nicht tatkräftig gegen dies Treiben einschritten, riß der Obersten Heeresleitung die Geduld und ihr Beauftragter, Generalmajor Hoffmann, wies darauf hin, daß nicht Russland der Sieger sei sondern der Vierbund; er tat dar, daß die Randgebiete sich rechtsgültig von Russland losgetrennt hätten, während die Macht der derzeitigen Wortführer der Sowjet-Re-

publiz auf hoher Gewalt beruhe. Diese Erklärung des Generals, die notwendig war, ja eigentlich reichlich spät kam, wurde nur in den völkisch gesinnten Kreisen des deutschen Reiches mit Genugtuung aufgenommen — die Leute der Mehrheit erblickten darin ein ungebührliches Pochen auf die Macht, das dem Vierbund im feindlichen und neutralen Ausland übel genommen werde.

Nun verlegten sich die jüdisch-bolschewistischen Wortführer auf ein anderes Verfahren; sie hielten den lammesgeduldigen Vertretern des Vierbundes endlose Vorlesungen über ihre politischen Anschauungen und zwar in der offenkundigen Absicht, damit zu ihren Gesinnungsverwandten unter den Völkern des Vierbundes, besonders im deutschen Reich und Österreich-Ungarn zu reden. Sie verkündeten die Notwendigkeit der Weltrevolution, die den Völkern den Frieden bringen werde, und zielten damit auf die politische Zersetzung des deutschen Volkes ab, das diese Juden tödlich haßten. Und dies wurde zugelassen, statt daß den Frechen die Kündigung des Waffenstillstandes angedroht und sachliches Verhandeln gefordert worden wäre — ja, nicht nur dies: die halbamtliche und die übrige Presse im deutschen Reich und in Österreich-Ungarn berichtete lang und breit über die krausen sozial-revolutionären Reden eines Trotzky und machte sie damit unter ihrer schon zermürbten und vergifteten Bevölkerung bekannt.

Nachdem diese Sowjet-Juden ihre endlosen Hetzreden hatten halten dürfen und endlich auf Schluß der Verhandlungen gedrungen wurde, verließ Trotzky Litauisch Brest und erklärte am 10. Februar 1918 von Moskau aus den Kriegszustand für beendet; gleichzeitig ordnete er die Auflösung des Restes der russischen Wehrmacht an, die sich übrigens von selbst vollzogen hatte. Der Vierbund konnte sich mit dieser selbstherrlichen Lösung nicht zufrieden geben, da sie eine Fülle von Zweideutigkeiten in sich schloß, und stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß Trotzky die Verhandlungen abgebrochen und damit den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt habe. Aus den noch nicht befreiten baltischen Gebieten Livland und Estland, sowie aus der Ukraine kamen Russen nach Hilfe gegen die bolschewistischen Greuel. In Berlin beschloß man endlich, diese Bitten zu erhören und gleichzeitig durch militärische Maßnahmen die Sowjet-Republik zum Frieden zu zwingen. So wurde von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere der allgemeine Vormarsch angeordnet, der in der zweiten Februar-Hälfte angetreten wurde; über ihn ist im Zusammenhang bei der Schilderung der Kriegsvorgänge die Rede. Das Ergebnis war, daß die weiten russischen Gebiete vom Peipussee im Norden bis zur Halbinsel Krim im Süden besetzt wurden. Endlich hatte für das Deutschtum Livlands und Estlands die Stunde der Befreiung geschlagen, nachdem die unglücklichen Provinzen durch bolschewistische Mordbrenner schändlich ge-

peinigt worden waren. Wohin die deutschen Truppen kamen würden sie mit überschwänglichem Danke als Retter begrüßt; mit allem Eifer sorgten die deutschen Befehlshaber für Ordnung; Landesvertretungen wurden gebildet und die alte deutsche Hochschule zu Dorpat wurde wieder hergestellt.

Die Ukraine war, nachdem Trotzky Litausisch Brest verlassen hatte, selbständig in Verhandlungen mit dem Dierbund getreten und am 9. Februar bereits war der Friedensvertrag zustande gekommen.

Das politische Ergebnis des deutschen Vormarsches, dem die Österreicher sich nachträglich anschlossen, war außerordentlich und bot, wenn der Dierbund endgültig Sieger wurde, die günstigsten Ausichten für die weitere Zukunft. Fürs nächste rechnete man, da auch die reiche Ukraine von den Bolschewisten gesäubert war — in Kiew wurde ein deutsches, in Odessa ein österreichisch-ungarisches General-Gouvernement gebildet — daß von dort Lebensmittel an die ausgehungerten Mittelmächte geliefert würden, eine Erwartung, die freilich nur sehr spärlich verwirklicht wurde.

Durch diese Vorgänge waren die Machthaber der Sowjet-Republik gefügig geworden, und so wurde am 3. März zu Litausisch Brest der Friede geschlossen; seine Festsetzungen brauchen hier nicht wiedergegeben zu werden, da sie durch die weiteren Ereignisse hinfällig wurden.

Schon damals entstand die Frage, ob es militärisch richtig war, die Kriegshandlungen durch den weiteren Vormarsch nach Osten zu „überdehnen“. Sechs Wochen nachdem der Brester Frieden geschlossen war, landete eine deutsche Division unter dem General Grafen von der Goltz an der Küste Finnlands; sie folgte auf Anordnung der Reichsregierung dem Hilferuf der bürgerlichen Regierung dieses neuen Staates, der sich vom russischen Reiche losgesagt, nun aber aus eigener Kraft nicht mit den schändlich hausenden Bolschewisten fertig werden konnte. Im Laufe eines Monats hatte der schneidige General seine Aufgabe gelöst. Nun standen deutsche Truppen von Finnland im äußersten Norden, über die Inseln Åland, Oesel und Dagö, in den baltischen Landen bis nahe vor Petersburg, auf der Linie Peipussee—Krim verteilt, ja sie hielten die wichtigsten Teile des Kaukasus besetzt, leisteten Hilfe in Syrien, Mesopotamien, Palästina und Mazedonien und hatten den Hauptteil der zwischen der deutsch-österreichisch-ungarischen Grenze und der Linie Peipussee—Kaukasus liegenden Gebiete, vor allem Litauen, Weißrussland, die Ukraine und Kongress-Polen, sowie außerdem das besetzte Rumänien zu halten. Hierzu war beinahe eine Million Leute nötig — und sie wurde nach dem vollständigen militärischen Zusammenbruch Russlands mindestens zum guten Teile dort belassen, um zum Vorteil der Bewohner die Ruhe zu sichern. Sehr ernste, politisch und militärisch geschulte Männer meinen nun, es wäre richtig gewesen sich im Osten auf die Sicherung der Ostsee-

provinzen und derjenigen benachbarten Gebiete zu beschränken, die mit dem deutschen Reiche nach dem Kriege in engere Verbindung gebracht werden sollten, sonst aber sich in eine gut zu verteidigende Linie zurückzuziehen und das geräumte Land sich selbst zu überlassen. Bei dieser Meinung wird davon ausgegangen, daß die letzte Entscheidung im Westen fallen mußte, daß wir also dort gar nicht stark genug sein könnten, und es wird behauptet, daß ein erheblicher Teil der auf dem überdehnten Besitzungsgebiet im Osten stehenden Truppen für den Westen nötig und verwendbar gewesen sei. Dem wird entgegengehalten, daß im Osten fast nur Landsturm verwendet worden sei, und man wird mit dem Urteil zurückhalten müssen, bis klargestellt ist, in welchem Umfange zum Kampf in der Feldschlacht geeignete Truppen im Osten belassen wurden. Eines kann freilich jetzt schon gesagt werden: daß nicht einzusehen ist, weshalb die Deutschen so widerspenstigen Befreiten wie etwa den Polen Polizeidienste leisten sollten.

Mit Rumänien wurden die Friedensverhandlungen Ende Februar in Bukarest begonnen; auch hierbei war das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kühlmann vertreten, dem vorgeworfen wurde, daß er diese politisch und wirtschaftlich gleich bedeutsame Aufgabe ganz unzulänglich behandelte. Am 7. Mai 1918 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet; von ihm wurde später festgestellt, daß er die großen Hoffnungen, die man in Deutschland auf die wirtschaftliche Erschließung Rumäniens setzte, vernichtet habe. Es erübrigt sich auch in diesem Halle auf den Inhalt des „Bukarester Friedens“ einzugehen, weil er hinfällig geworden ist.

\* \* \*

So war der Osten befriedet und alles hing davon ab, wie die Deutschen sich auf dem Hauptkriegsschauplatz im Westen behaupten würden und wie die Bundesgenossen noch die schwere Kriegslast tragen könnten. Dies war sehr wesentlich von dem inneren Zustande der Dreibundvölker bedingt.

Im deutschen Reiche ließ der müde Greis, dem der Kaiser das Kanzleramt in solcher Zeit anvertraut hatte, die Zügel ganz aus der Hand fallen. Zu dem unseligen Wahlrechtsstreit und dem Kampf gegen die angeblich politisch herrschsüchtige Oberste Heeresleitung kamen neue Schlagworte, die die Geister verwirrten. Man entdeckte, daß das Reich und die Gliedstaaten bisher „Obrigkeitstaaten“ gewesen seien, in denen das Volk als unmündig behandelt worden sei; es habe aber während des Krieges eine solche politische Reife bewiesen, daß es mündig gemacht werden müsse, und deshalb sei die rechte Staatsform für ein so bewährtes Volk diejenige des „Volksstaats“, der auch im Ausland mit mehr Vertrauen betrachtet werde als der bisherige auf der Macht beruhende Obrigkeitstaat.

Daneben empfahlen gleichgerichtete Menschen die „Abrüstung der Geister“ als die Vorstufe zum Frieden und die Einleitung zum Bunde der Völker, der allgemeinen Abrüstung und dem ewigen Frieden!

In Frankreich aber peitschten Clémenceau, in England Lloyd George, in den Vereinigten Staaten Wilson ihre Völker zur äußersten Kraftanstrengung auf, um die verhassten Deutschen zu vernichten.

Während die Oberste Heeresleitung ihre Vorbereitungen traf, um die entscheidenden Schläge im Westen zu führen, zu denen sie sich nach der Beendigung der Kriegshandlungen im Osten fähig fühlte, wurde eine Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London Fürsten Lichnowsky bekannt, die neben anderen Vorwürfen gegen die Reichsleitung deren Schuld am Kriege behauptete und sich ganz auf den Boden des Verzichtes stellte. Die Kenner der Verhältnisse wunderte es gar nicht, daß solche Menschen unter Bethmann Hollweg entscheidend wichtige Posten inne haben konnten — sie sahen mit Bedauern, wie zerstörend eine solche Veröffentlichung im Inland, wie reichsschädigend sie im Ausland wirkte, und wußten, daß ähnliche Menschen wie dieser entamtete Diplomat noch in der Zeit der höchsten Not an maßgebenden Stellen belassen wurden.

In der Schweiz hatte sich eine Niederlassung volksvergessener Reichsdeutscher gebildet, die mit allen Mitteln der Lüge gegen das eigene Vaterland im feindlichen und neutralen Ausland hetzten und ihre Schriften und Zeitungen auch in der Heimat und an der Front verbreiteten; auch die Arbeit dieser Bundesgenossen des Auslandes blieb nicht ohne schädliche Folgen auf Urteilslose und Schwankende.

Immer furchtbarer wuchs die Frage: ist das deutsche Volk dazu verurteilt sich tot zu siegen?

### Die Entwicklung in Österreich-Ungarn und das Verhältnis des deutschen Reiches zu seinen Bundesgenossen.

Franz Josefs Reich trachte in allen Fugen, als es den Kampf ums Dasein auf sich nehmen mußte. In Österreich hatten die slawischen Völkerschaften gegen die Krone, den Staat und die Deutschen eine so feindselige Haltung eingenommen, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der großen öffentlichen Geschäfte unter Mitwirkung des Reichsrates unmöglich geworden war; daher ließ die Regierung seit Frühjahr 1914 diese Volksvertretung nicht mehr tagen. In den einzelnen Kronländern lagen die Dinge ähnlich; besonders hatte in Böhmen der Landtag ausgeschaltet werden müssen; dort war die Verwaltung einer besonderen, vom Kaiser berufenen Behörde übertragen worden. In Ungarn war die Machtgier der Magyaren bis zum Unerträglichen gestiegen; sie richtete sich sowohl gegen die Nicht-Magyaren des Landes, wie gegen die Krone und Österreich.

Da kam der Weltkrieg und zwang den Gesamtstaat, das Äußerste zu leisten, was er bieten konnte. Die militärische Leistung bis zum Frühjahr 1918 haben wir kennen gelernt; es muß anerkannt werden, daß sie in Anbetracht der verzweifelten inneren Verhältnisse des Reichs über alle Erwartung ging. Dabei ist nochmals festzuhalten, daß den deutschen Truppen jeweils die schwersten Aufgaben gestellt wurden, und daß sie demgemäß die größten Opfer bringen mußten.

Wer die Entwicklung des Habsburger Reiches verfolgt hatte, wußte, daß eine Gesundung dieses Staates von sich aus und im verfassungsmäßigen Wege ausgeschlossen war; dies erkannten auch die besten Köpfe unter den Beamten sowie die Führer der deutschen Bewegung außerhalb des Reichsrates. Es entstand die Überzeugung, daß vom deutschen Reiche die Rettung kommen müsse, und man dachte sich dies so, daß die Berliner Regierung einen Druck auf die Wiener ausüben werde, um die als notwendig erkannten Besserungen einzuführen; in gleicher Weise wurde die Geltendmachung reichsdeutschen Einflusses erwartet, um das Los der Nicht-Madjaren in Ungarn erträglich zu gestalten.

Was insbesondere die Reichshälfte diesseits der Leitha betrifft, die vom Kaiser im zweiten Kriegsjahre durch Verordnung den Namen „Österreich“ verliehen bekam, so gingen die auf langer Erfahrung beruhenden Vorschläge der deutschen Führer dahin, Galizien aus Österreich auszuscheiden — wie dies schon im „Linzer Programm“ vorgesehen war — und damit innerhalb dieser Reichshälfte eine deutsche Mehrheit zu sichern. In Böhmen sollte das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, in der Steiermark, in Krain und im Küstenlande dasjenige zwischen ihnen und den Slowenen in einer das Gemeinwohl fördernden Weise festgelegt werden, wobei an eine Sonderstellung der wichtigen Hafenstadt Triest gedacht wurde, die das Heer so zäh und mit gewaltigen Opfern verteidigte. Alle diese Maßnahmen — also sowohl in „Österreich“ wie in den einzelnen Kronländern, aus denen es bestand — sollten im Wege der Anordnung durch die Krone durch „Oktroi“ eingeführt werden, da die ordnungsmäßige Erledigung im Einverständnis mit dem Reichsrat und mit den Landtagen ganz ausgeschlossen erschien. Auch die Gestaltung der Beziehungen zum deutschen Reiche beschäftigte die geistigen Führer des Deutschtums und auch hierfür wurden brauchbare, ernster Prüfung würdige Pläne entworfen, die ein untrennbar enges Bündnis, gemeinsame Einrichtungen vor allem für Heer, Flotte und Festungen vorsahen und auch den engsten wirtschaftlichen Bund anstrebten.

Unter den Deutschen des Gesamtstaates herrschte in der ersten Kriegszeit eine gehobene Stimmung, die von den eigenen Leistungen, noch mehr aber durch die Bewunderung der Taten des reichsdeutschen Heeres hervorgerufen war. Man sah im Reiche Begeisterung, Siegeswille, Opfer-

bereitschaft, Zucht, Ordnung und Voraussicht, und fühlte sich voller Stolz und Zuversicht als Glied der großen deutschen Volksgemeinschaft. Im Gegensatz dazu waren die Tschechen und Slowenen ganz niedergeschlagen; die erwarteten Siege der Verbandsmächte waren ausgeblieben, zahllose Verrätereien entdeckt und bestraft, und das Kriegsrecht hielt mit gebotener Härte die Ordnung aufrecht. Besonders schwer wurden die Tschechen durch das Strafverfahren gegen ihren Führer Kramarsch und Genossen getroffen, in dem die Hauptbelasteten Anfang Juni 1916 vom Kriegsgericht in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden. Das Kriegsgericht hatte in musterhafter Sorgfalt die Schuld Kramarschs und seiner Gehilfen festgestellt; es hatte die Verbindungen offen gelegt, die dieser bei der obersten Bureaucratie in Wien in höchstem Ansehen stehende Tschechensführer vor und in dem Kriege mit Serbien, Russland, Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten unterhalten hatte: sie erstrebten die Gründung eines selbständigen Tschechenreiches, was die Zertrümmerung der Habsburger Monarchie voraussetzte. Durch das Verfahren gegen Kramarsch war die Bahn für eine rettende Staatskunst gegenüber den slawischen Völkern freigemacht — aber Franz Josef entschloß sich nicht, sie zu beschreiten.

Alles sprach dafür, daß die Spitzen des Staates den Wert des Deutschstums erkennen und nun sehn müssen, wie dessen Stellung sich festigen lasse, damit die Zukunft des Reiches gesichert werde; es sei nur darauf hingewiesen, daß die Deutschen sich mit großer Bereitwilligkeit der Kriegsanleihen annahmen, während die Slawen, besonders die Tschechen, sich sehr zurückhielten.

Der Ministerpräsident Graf Stürgkh, der in solcher Zeit die Staatsgeschäfte leitete, war nicht der Mann, die vom Schicksal gebotene Gelegenheit auszunutzen, um die ihm anvertraute Reichshälfte innerlich gesund zu machen. Ohne Gedanken, ohne Kraft und Entschluß, suchte er die Verwaltung in der alten Art fortzuführen: dabei kam ihm das straffe Regiment der Generale zu Hilfe, die in den zweifelhaften Bezirken mit dem Standrecht Ordnung hielten. Den Reichsrat berief er gar nicht erst ein, sondern erledigte alles notwendige durch Verordnungen. Nachdem dieser Weg beschritten war, hätte es nahe gelegen, den allgemeinen inneren Aufbau Österreichs auf diese Weise zu betreiben, wie das die geistigen Führer der Deutschen wollten. Aber dazu konnte sich der leitende Minister, dem im „Kramarsch-Prozeß“ engste Beziehungen zu diesem tschechischen Hochverräter nachgewiesen wurden, nicht aufraffen — jedenfalls nicht zu rechter Zeit. Als er angeblich dazu bereit war — nach Versprechungen, die er deutschböhmischen Abgeordneten im Herbst 1916 gemacht hatte — fiel er (am 21. Oktober 1916) einem Meuchelmorde zum Opfer.

Wenn nun die besten politischen Köpfe Deutsch-Österreichs wünschten und erwarteten, daß die reichsdeutsche Regierung in Wien mit sanftem oder hartem Druck nachhelfe, damit man sich dort aufrasse, oder daß sie womöglich die Richtung des Rettungswerkes für Österreich bestimme, so befanden sie sich in einem Irrtum, der sich nur aus der Unkenntnis der im deutschen Reiche maßgebenden Personen erklären läßt. Wer sollte dies Werk in Berlin in die Hand nehmen? Kaiser Wilhelm II., der einen Bethmann Hollweg im Amte ließ, oder dieser selbst, der durch Handlungen und Unterlassungen das Ansehen der Krone und des Staates zugrunde richtete?

So sehr die bedingungslos vaterländisch Gesinnten im Reiche, denen die Verhältnisse in Österreich bekannt waren, den Wunsch der Gleichgerichteten dort verstanden und zu fördern suchten —: die Verwirklichung dieser Bestrebungen war aussichtslos, so lange nicht in Berlin ein vollkommener Wechsel der Regierungsart unter Beseitigung der dem Staatswohl Schädlichen durchgeführt war.

War diese Hoffnung trügerisch, so wurde diejenige, die sich auf das österreichisch-ungarische „Armee-Oberkommando“ baute, auch nur zum geringsten Teile erfüllt. Gewiß besaß Erzherzog Friedrich Einsicht in die Schäden des Staates, gewiß wollten er und sein Generalstabschef Freiherr Conrad, daß die inneren Zustände während der Kriegsdauer wenigstens so seien, daß der Krieg erfolgreich zu Ende geführt werden konnte, und sie taten und veranlaßten, was in ihren Kräften stand, wie auch die Militärbefehlshaber in der Heimat entschlossen durchgriffen, soweit der Staat durch Verrat und innere Unruhen gefährdet wurde. Darüber hinaus konnten sie nichts erreichen, weil die obersten bürgerlichen Behörden voll Eifersucht und Angst bei dem alten Kaiser dahin wirkten, daß ihrer Tätigkeit engste Grenzen gezogen wurden.

Dies war nicht zum Wohle des Staates.

Nachdem einmal die Hochstimmung der ersten Zeit unter den Deutschen verflogen war, nachdem die inneren wirtschaftlichen Nöte, Mangel an Nahrung und Kohlen, sich fühlbar gemacht hatten, entstand eine gewisse Gleichgültigkeit in der Bevölkerung — man hatte nur den einen Wunsch, daß der Krieg bald zu Ende sei. Diese Entwicklung wurde durch den Umstand gefördert, daß Deutsch-Österreich, abgesehen von der Abwehr der Feinde von den deutschen Kronländern, kein außenpolitisches Kriegsziel hatte. Jeder Landzuwachs, sei er von den Russen, Rumänen, Serben oder Italienern erzwungbar, hätte nur die Zahl der Undeutschen vermehrt, wäre also der Geltung der Deutschen innerhalb des Gesamtreiches nachteilig gewesen. Man ging, als die Russen den größten Teil Galiziens besetzt hatten, in einem gewissen politischen Galgenhumor so weit, den Verlust von Ostgalizien als österreichisches Kriegsziel zu bezeichnen; man empfahl die Preisgabe dieses Landes an Rußland und wollte

jedenfalls, wenn Galizien beim Gesamtreiche bliebe, sein Ausscheiden aus Österreich. Deshalb betrieben diese deutschen Kreise, als Kongresspolen von den Mittelmächten erobert war und die Frage auftauchte, was aus diesem Lande werden sollte, die sog. „au stropolnische“ Lösung, d. h. sie empfahlen, das befreite Kongresspolen zusammen mit Galizien an Habsburg zu geben und so einen besonderen Staat neben Österreich und Ungarn zu bilden. Freilich wären die Deutschen Österreichs auf diese Art die Polen los geworden; sie übersahen dabei nur, daß ein so großer polnischer Staat einerseits die Hand nach dem polnischen Gebiet Preußens ausstrecken und andererseits starke Anziehungs Kraft auf die preußischen Polen ausüben würde — womit, was an Deutsch-Österreich gut gemacht, an Preußen-Deutschland verdorben worden wäre.

Die Absperrung von aller Welt, die eine Folge der englischen „Blockade“ war, hatte für Österreich die allerübelsten Folgen, soweit die deutsche Bevölkerung in Betracht kam, da sowohl die Alpenländer wie das deutschböhmische Industriegebiet auf die Einfuhr von Getreide, Kartoffeln und Fleisch angewiesen waren. Vom Ausland kam nichts mehr herein — dagegen herrschte in Ungarn und im tschechischen Inner-Böhmen Überfluß. Man sollte nun denken, daß es selbstverständlich gewesen wäre, die ganze Monarchie als einheitliches Wirtschaftsgebiet anzusehen und zu behandeln und die Nahrungsmittelvorräte so zu verteilen, daß überall etwas gewesen wäre. Das Armee-Oberkommando erkannte, von welcher Bedeutung die Ernährung nicht nur des kämpfenden Heeres sondern auch der daheimgebliebenen Bevölkerung für die Kriegsführung war und wollte in diesem Sinne durchgreifen; seine Absicht scheiterte an dem Widerspruch der madjarischen Machthaber, soweit Ungarn in Betracht kam, und an der Sucht der Wiener Minister, die den Tschechen nicht vor den Kopf stoßen wollten. So geschah das Ungeheuerliche: gerade die deutschen Gebiete, deren Männer sich am treuesten hielten und ihr Blut für den Staat vergossen, litten am Notwendigsten Mangel, ohne daß der Staat für sie etwas tat. Es ist sicher, daß die Ernährung im deutschen Reiche infolge des englischen Handelskrieges und der Verkehrtheit der wirtschaftlichen Maßnahmen der Behörden ganz ungenügend war, und daß das Volk schwer darunter litt — in Österreich war es in einzelnen deutschen Gegenden unvergleichlich viel schlimmer, und man fragt sich, wovon die Ärmsten dort gelebt haben. Im deutschen Industriegebiet Böhmens brach im letzten Kriegsjahre der Hungertyphus aus und forderte ungezählte Opfer, obwohl an der tschechischen Sprachgrenze Überfluß an Kartoffeln und Speck herrschte! Die Reichshauptstadt Wien mußte bei der Berliner Regierung um Kartoffeln und Mehl betteln — und jenseits der Leitha war alles in Hülle und Fülle vorhanden. Das treue Tirol suchte Hilfe in München.

Hatten die reichsdeutschen Behörden, nachdem man einmal den unvernünftigen Vorschlägen der sozialistischen Wortführer stattgegeben hatte, sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, welche die Volksernährung unter so schwierigen Umständen an sie stellte, so war dies in Österreich erst recht der Fall. Die landesübliche Lässigkeit, die geringere Zucht und Ordnung taten das ihre, um nicht einmal eine Versorgung nach reichsdeutschem Vorbild in Gang kommen zu lassen. Auf der einen Seite ärgster Mangel — auf der anderen Überfluß: also so recht Gelegenheit für die Schieber- und Wuchergeschäfte des unrelichen Handels. Wer Geld hatte — viel Geld —, der konnte alles in jeder Menge haben; die Armen mußten hungern, und zu ihnen gehörte der weitaus größte Teil des Mittelstandes. Es war ein Treiben, das an Schändlichkeit die ähnlichen Vorgänge im deutschen Reich noch übertraf! Man kann sich denken, welche Erbitterung es hervorrief: gegen den Staat, der tatenlos solcher Niedertracht zuschaute, zwischen den Besitzenden und Mittellosen, zwischen den Reichshälften, innerhalb Österreichs zwischen den Kronländern, und wiederum in deren Grenzen zwischen den „Nationalitäten“. Es ist kennzeichnend für die verzweifelte Not in Deutschböhmen, daß gegen Ende des Krieges die Vertrauensmänner dieses unglücklichen Gebietes sich an die deutsche Oberste Heeresleitung mit der Bitte wandten, sie möge ins tschechische Gebiet reichsdeutsche Truppen legen, die den Tschechen ihre Vorräte zwecks gerechter Verteilung an die hungernden Deutschen abnehmen sollten!

Die Hoffnung, aus Rumänien und der Ukraine in großem Maßstabe versorgt zu werden, erwies sich als trügerisch und in der äußersten Not mußte das deutsche Reich wiederholt aushelfen.

Gelang es den Juden im deutschen Reiche, sich das fronde Wirtschaftsleben dienstbar zu machen, so war dies noch in viel höherem Grade in Österreich und Ungarn der Fall. Wien war die Zuflucht für ungezählte flüchtige Ostjuden geworden: sie erwiesen ihren Dank, indem sie sich auf den Schmuggel und auf Schiebergeschäfte übelster Art warfen; ihr Wucher kannte keine Grenzen. Die angesehnen Juden bemächtigten sich durchaus der halb-behördlichen Kriegsgesellschaften und beuteten den Staat wie das Volk in gleicher Weise aus. Mit Grauen und Verachtung sahen die Gequälten auf diese Schädlinge, die die Obrigkeit gewähren ließ, deren Rassegenossen in Massen Offiziere waren. In diesem Umstand liegt die Erklärung für manches Übel, das dem nicht landeskundigen Reichsdeutschen auffiel und ihn zu harten Urteilen über das österreichische Heer veranlaßte. Anders als im Reich waren in Österreich-Ungarn bereits vor dem Krieg viele Juden Offiziere geworden; im Kriege wuchs ihre Zahl, und sie wirkten nicht nur zerstörend, sondern auch aufreizend.

So hatten die Verhältnisse sich gegen die Wende der Jahre 1916/17

schon so ernst gestaltet, daß mancher unbedingt bündnistreue Deutsche in Österreich fragte, ob sein Land noch weiter im Krieg aushalten könne. Die Stimmung beim Feudaladel und dem hohen Klerus war niemals reichsfreundlich gewesen, und allerlei Kräfte waren am Werke, um Österreich-Ungarn vom Reiche zu trennen. Kaiser Franz Josef erwies sich als der Mann von Ehre, der er immer gewesen; seiner Auffassung widersprach es, den Bundesgenossen im Stiche zu lassen, und es ist kein Zweifel, daß er in voller Aufrichtigkeit zu ihm stand. Sein Verhalten am Ende seines langen, an Irrtümern und Söhnlern reichen Lebens wirft einen verklärenden Schimmer auf den Abschluß seiner Herrschaftstätigkeit. Dieser Habsburger war als Offizier und Ehrenmann unsfähig, dem deutschen Reiche die Treue zu brechen. Es war das Schicksal der verbündeten Mittelmächte und ihrer Deutschen, daß Franz Josef vor dem Ende des Krieges, am 21. November 1916, fast 88 Jahre alt, starb; kurz vorher erlebte er noch die Ermordung seines Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, von dem er sich trotz dessen erwiesener Unfähigkeit nicht hatte trennen lassen, obwohl selbst das Herrenhaus ihm in dringender Vorstellung die Mängel der inneren Politik in einer Thronrede vorgetragen hatte.

Dem greisen Herrscher folgte sein Großneffe Erzherzog Karl Franz Josef, der sich als Kaiser Karl nannte. In dem 28jährigen Jüngling wurde eine Persönlichkeit zum Thron berufen, die in bezug auf die vollendete Untauglichkeit zum Herrscheramt in der ganzen Geschichte wenige ihresgleichen hat. Als Erzherzog hieß es von ihm, daß er ein nicht bedeutender aber offener und liebenswürdiger Mensch sei, der die Dinge sehe, wie sie sind. Obwohl es nach der unebenbürtigen Vermählung seines Oheims Franz Ferdinand sicher war, daß der Neffe ihm auf dem Thron folgen werde, geschah nichts, um diesen in den Staatsgeschäften einzuführen. Er lebte als Reiteroffizier in kleinen Standorten weiter, tat seinen Dienst und beobachtete in Tschechien und Galizien manches, was ihm den Unterschied zwischen Deutschen, Tschechen und Polen handgreiflich machte; aus dieser Zeit liegen Äußerungen von ihm vor, die auf seine damalige ausgesprochene Deutschfreundlichkeit schließen lassen. Wenige Jahre vor Kriegsausbruch ging er die Ehe mit der Prinzessin Zita, aus dem in Österreich lebenden Hause Parma-Bourbon, ein und geriet damit in den Bann der Verwandten seiner Gemahlin, vor allem seiner Schwiegermutter, einer streng ultramontanen, deutschfeindlichen und ehrgeizigen Frau. Franz Ferdinands gewaltsamer Tod rief den jungen Mann an die zweite Stelle im Reiche, und es stand bei dem hohen Alter Franz Josefs zu erwarten, daß dem Greise der nach keiner Richtung für seinen hohen Beruf vorbereitete Jüngling folgen werde.

Während des Krieges tat der Thronerbe in raschem Aufstiege Führerdienst; es wurde darauf gesehen, daß er bei Unternehmungen Befehls-

haber war, bei denen sich Ruhm holen ließ; so war er im Frühjahr 1916 dem Namen nach Obersfeldherr bei den großen Unternehmungen Conrads gegen Italien gewesen.

Der alte Kaiser war in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit gar nicht mehr hervorgetreten, und das Hofleben Wiens war erstorben. Nun gelangte das jugendliche Paar zum Thron; es eröffnete sich die Aussicht, daß der Herrscher seinen Völkern wieder sichtbar und zugänglich sein werde, daß die prächtige Hofhaltung der Habsburger in Wien und Ofenpest wieder aufleben werde — kurz die öffentliche Meinung begrüßte die Veränderung, und insbesondere in Deutsch-Österreich erwartete man von dem neuen Kaiser, von dem man nicht viel mehr wußte, als daß er sich gelegentlich deutschfreundlich geäußert hatte, alles mögliche Gute. Wirklich nahm Karl den Anlauf zur Neuordnung des franken Österreich; er zog zunächst Berater in seine Umgebung, von denen es hieß, daß sie in die Pläne seines ermordeten Oheims eingeweiht seien, und es kam die Meinung auf, der junge Kaiser beabsichtigte Franz Ferdinands Absichten auszuführen. Der feudale Graf Clam-Martinic wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und erhielt den Auftrag, im Wege des „Öftroi“ die innerpolitische Gesundung der österreichischen Reichshälfte durchzuführen; er war einer jener böhmischen Hochadeligen, die während des Krieges von ihrer Tschechenfreundlichkeit geheilt worden waren, und fand trotz seiner Vergangenheit bei den Deutschen Vertrauen, da er hervorragende deutsche Führer in sein Ministerium nahm.

Die Urteilslosigkeit und Willensschwäche Karls zeigte sich sofort, als diesen gewalttätigen aber notwendigen Plänen von dem gemeinsamen Minister des Äußeren Grafen Ottokar Czernin, der seit Ende Dezember 1916 dies Amt versah, Widerstand entgegengesetzt wurde. Auch dieser war Angehöriger des böhmischen Feudaladels und in der Prager Landstube hatte er unter den Abgeordneten des verfassungstreuen deutschen Großgrundbesitzes seinen Platz gewählt. Er hatte in nahem Verkehr mit Erzherzog Franz Ferdinand gestanden und war als dessen Vertrauensmann zum Gesandten in Bukarest ernannt worden. Dort hatte er offenen Blick, Menschenkenntnis und selbstständiges Urteil bewiesen, indem er entgegen den Wiener und Berliner Wünschen und im Gegensatz zu seinem reichsdeutschen Amtsgenossen vorhergesagt hatte, daß Rumänien als Feind der Mittelmächte in den Krieg eintreten werde. Durch die Erfüllung dieser Vorhersage war der staatsmännische Ruf Czernins begründet worden, und es war eigentlich selbstverständlich, daß ihm das Ministerium des Äußern angetragen wurde. Zu diesem Amt fehlten ihm aber die überlegene Ruhe und die innere Unabhängigkeit. Der geistig bewegliche, gebildete Feudalherr gab sich mit Absicht „modern“, indem er demokratischen Anschauungen Zugeständnisse machte. Mit voller Klarheit erkannte

er die innere Schwäche der Doppelmonarchie und trachtete danach, sobald als möglich Frieden zu machen, um den Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Gewiß hatte er mit seiner Erkenntnis Recht, auch mit seinem Streben nach dem Frieden — gänzlich unstaatsmännisch aber waren die Wege, die er einschlug, indem er — statt äußerste Entschlossenheit selbst zu zeigen und dem Kaiser wie der öffentlichen Meinung beizubringen — durch fortgesetzte Friedensangebote nach außen die hilflose Lage des Reiches offenbar machte und nach innen eine Politik der Schwäche empfahl. Aus Rücksicht auf das Urteil des feindlichen Auslandes widerriet er seinem Herrscher die Ordnung Österreichs durch Maßnahmen des Thrones, die „Reform durch Ostroï“; es sollte dem feindlichen Gerede, als seien die Mittelmächte der Sitz innerpolitischer Rückständigkeit, kein neuer Stoff geliefert werden — als ob nicht jedes Volk, jeder Staat nach ihren eigenen besonderen Verhältnissen und Eigenschaften geleitet sein wollten. So durchkreuzte dieser Vertraute Franz Ferdinands den Plan des Grafen Clam-Martiniz, von dem es hieß, daß er dem Geiste des ermordeten Thronfolgers entstamme, und bestimmte Kaiser Karl zu dem aberwitzigen Entschluß, den Reichsrat einzuberufen und den Versuch zu machen, mit dieser vor dem Krieg aus Rand und Band geratenen Volksvertretung zu regieren. War dies ein Fehlgriff von unheilvollsten Folgen, so geriet auch seine Friedenspolitik dem Habsburger Staate und in der Nachwirkung auch dem verbündeten deutschen Reiche zum Verderben. Diese Art Politik zu treiben, entsprach den Stimmungen, die am kaiserlichen Hofe herrschten, und sie wurde von dem Kaiser, der ganz dem Einfluß der Herzogin von Parma und ihrer jesuitischen Berater verfallen war, in einer Weise — und zwar zunächst heimlich — fortgeführt, die Graf Czernins Auffassungen zuwiderlief. Denn dem Minister war klar, daß die Doppelmonarchie nur zusammen mit dem deutschen Reiche gerettet werden könne; er war also bündnistreu und suchte die Maßgebenden im Reiche für seine Absichten zu gewinnen, sie auch zu Opfern zu bestimmen, die sich mit der militärischen Lage nicht in Einklang bringen ließen; insbesondere empfahl er immer wieder die vollständige Wiederherstellung Belgiens, also den Verzicht auf alle Sicherungen, die dort für das deutsche Reich geschaffen werden konnten. Der mißleitete Kaiser dagegen trieb hinter dem Rücken Czernins eine Politik des Verrats, indem er sich mit den Feinden in Verbindung setzte und einem Sonderfrieden unter Preisgabe des deutschen Reiches nachjagte.

So sind die Kennzeichen der kurzen Herrscherzeit dieses Habsburgers Schwäche nach innen und außen, Treubruch gegen den Freund und Verrat am deutschen Volke.

Nachdem die Bahn der Schande erst einmal beschritten war, taumelte dieser Unmännliche von Fehler zu Fehler, und ehe noch zwei Jahre ver-

strichen waren, hatte er den Thron seiner Ahnen verloren und mußte mit dem Schimpf des Treubruchs beladen von der Weltbühne abtreten.

Der Versuch, mit dem Reichsrat zusammenzuarbeiten, mißlang nicht nur vollständig, — er geriet den inneren und äußeren Feinden Österreichs zum Vorteil und zur Ermutigung, indem er die Unbrauchbarkeit des Herrschers und die Entschlüsseligkeit seiner Minister dargetat; letztere lösten einander in rascher Folge ab und man kann sagen, daß — wie im deutschen Reiche — dem Unfähigen immer der Unfähigere folgte, bis der Zusammenbruch da war.

Leider ließen es auch die führenden deutschen Volksvertreter an allem fehlen, was dem Unheil Einhalt gebieten konnte; sie suchten Anschluß an diesen Herrscher und seine Beauftragten und hatten bis zuletzt nicht begriffen, daß in solchem Halle nur rücksichtsloser Widerstand helfen konnte. Was Wunder, wenn die Erbitterung unter dem politisch geschulten Teile der deutschen Wählerschaft riesengroß wurde!

Als der Reichsrat im Frühjahr 1917 zusammenrat, von Kaiser Karl mit einer salbungsvollen Thronrede feierlich eröffnet, trat sofort ein, was die Kenner der slawischen Völker Österreichs erwartet hatten: mit herausfordernder, höhnischer Offenheit sagten sie dem Staate den Kampf an und enthüllten unter dem Schutze der Redefreiheit ihren Haß gegen alles Deutsche und gegen das Bündnis mit dem deutschen Reiche; die Maßnahmen des Armee-Oberkommandos wurden aufs Schärfste angegriffen; das letzte Ziel der Slawen, die Losreißung vom Staate, unverhohlen ausgesprochen. Sachliche Arbeit war mit dieser Volksvertretung nicht zu leisten; ihre slawische Mehrheit wollte das auch gar nicht sondern hielt ihre Reden zum Fenster hinaus, zum Gehör der Feinde, die wohl verstanden, was im Wiener Reichsrat vorging. Die Zeit der slawischen Mutlosigkeit war vorüber; die Schwäche des Kaisers und seiner Berater weckte die staatsfeindlichen Ansprüche von Tschechen, Slowenen, Polen und Ruthenen zu neuem Leben, und hilflos standen die Ministerien — einerlei wer ihnen die Namen lieh — solchem Ansturm gegenüber. Aber wie die erste Schwäche die Mutter weiterer Schwächen zu sein pflegt, so tat Kaiser Karl, ohne die Meinung seiner verantwortlichen Berater einzuhören, auf höfische Einflüsse hin einen weiteren Schritt zum Abgrund, indem er ganz allgemein die wegen Hochverrats Verurteilten oder in Untersuchung Befindlichen begnadigte: nach der seelischen Verfassung der Slawen wirkte diese Maßnahme nicht beruhigend, begütigend — sie wurde, was sie wohl auch war, als Zeichen der Furcht aufgefaßt und steigerte den slawischen Übermut bis zur Unerträglichkeit. Bei den Deutschen entstand darüber helle Empörung; mit gutem Willen hatten sie dem jungen Kaiser Gefolgschaft leisten wollen: jetzt erkannten sie ihn als hältlosen Schwächling und sagten sich von ihm los; seit dem „Amnestie-Erlaß“ waren sie

innerlich mit ihm fertig. Es war schon eine Leistung, daß nach knapp halbjähriger Regierung Franz Josefs Erbe seine Deutschen gegen sich aufgebracht und die Slawen zum letzten inneren Kampfe gegen die Monarchie förmlich aufgesfordert hatte. Ganz offen nahmen die Tschechen für ihren geplanten Staat das slowakische Sprachgebiet in Anspruch, das zu Ungarn gehörte — schlimmer als das: es wurde das Schlagwort „Triest-Danzig“ geprägt und verkündet, mit dem gesagt war, daß selbständige slawische Staatswesen von der Adria bis zur Ostsee entstehen sollten, und zwar der Reihe nach „Jugoslawien“ (= Neuslawien), als Staat der Slowenen, Kroaten und Serben; „Tschecho-Slowakien“ als Staat der Tschechen und Slowaken, zusammengesetzt aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und den nordungarischen Komitaten; endlich Großpolen. Daß zur Verwirklichung dieses Planes Land und Leute von Preußen abgerissen werden müßten, kümmerte die auf den Schutz des Vielverbandes bauenden Slawen Österreichs nicht, noch weniger, daß dann das deutsche Reich durch einen Gürtel neuer Staatsgebilde vom Osten abgeschnitten würde.

Und solche Pläne durften unter den Augen der Behörden betrieben werden! Den Militärbefehlshabern in der Heimat wurden die Hände gebunden, und mit amerikanischem, englischem und französischem Gelde reichlich unterstützt, erhob der Hochverrat von neuem sein Haupt und wartete auf den Augenblick, wo er das verhaftete Habsburgerreich zertrümmern könnte.

Außenpolitisch und dem deutschen Bundesgenossen gegenüber wurde der erste verhängnisvolle Schritt im April 1917 mit jenem Geheimschreiben des Grafen Czernin an den Kaiser getan, das wir durch den Missbrauch, den der Abgeordnete Erzberger damit getrieben hatte, bereits kennen. Trotzdem der Brief an den Kaiser ging, war er eigentlich für die Oberste Heeresleitung des deutschen Reiches bestimmt, um sie in der Richtung zur Verhandlungsbereitschaft zu beeinflussen. Daß Graf Czernin diesen Weg wählte, ist seine staatsmännische Schuld, da er wissen mußte, in welche Hände er das Schriftstück gab, dessen Gefährlichkeit er kannte. Mittelbar durch den Kaiser gelangte das Geheimschreiben an Erzberger, durch den sein Inhalt im deutschen Reich und im feindlichen Ausland bekannt wurde, und die Wirkung war unter allen Gesichtspunkten und nach allen Richtungen zerstörend.

So oft Graf Czernin sich öffentlich über seine Politik äußerte, tat er es im Sinne der Verständigung und Entsaugung; darüber hinausgehend vertrat er die Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung und des Völkerbundes und wurde dafür von allen, die sich von solchen Schlagworten irre führen ließen, als wahrhaft neuzeitlicher Staatsmann gefeiert. Freilich, als er im Frühjahr 1918 bei den Friedensverhandlungen mit Ru-

mänen die empfohlene Enthaltsamkeit tatsächlich üben können, verstand er für Österreich-Ungarn wesentlich größere Vorteile einzutun als Staatssekretär von Kühlmann für das deutsche Reich, ja er schreckte nicht vor Landerwerb zurück, indem das besiegte Rumänien gezwungen wurde, waldreiche Grenzstreifen an Ungarn abzutreten. Da auch er ein Vertreter der „austropolnischen Lösung“ war, die dem Hause Habsburg Kongresspolen mindestens zum großen Teile bringen sollte, hatte er es leicht Enthaltsamkeit zu predigen.

Das innere Elend wurde vorübergehend vergessen, dank der Waffentaten der Verbündeten, die sie in Oberitalien bis in die nächste Nähe von Venedig, im Osten bis ans schwarze Meer führten; aber aller Kriegsrühm konnte die hungernden Massen der Heimat nicht satt machen und vermochte auch die Slawen nicht zum Verzicht auf ihre Pläne zu bewegen.

Inzwischen fiel der urteilslose Kaiser immer tiefer in die Schlingen der deutsch-feindlichen jesuitischen „Kamarilla“; er hatte über den Schmeichaleien unterwürfig-berechnender Höflinge das seelische Gleichgewicht verloren und bildete sich ein, allmächtig zu sein, während ihm der Boden unter den Füßen schwankte. In schnöder Weise hatte er zunächst den Oberstbefehlshaber Erzherzog Friedrich beseitigt und dann den treibenden Geist seines Heeres, Feldmarschall Conrad von Hötzendorff, Anfang März 1917 seines Amtes entsetzt; der Sturz dieses bedeutenden Mannes war verhängnisvoll. In bezug auf die Großen der reichsdeutschen Obersten Heeresleitung wurden Äußerungen Karls bekannt, die ihn als sittlich und geistig unzurechnungsfähig erscheinen ließen.

Das Jahr 1918 fand die nicht landwirtschaftlichen Gebiete Österreichs in schlimmster Hungersnot; Kartoffeln gab es monatelang gar nicht; der Brotanteil wurde im ersten Vierteljahr auf  $2\frac{1}{4}$  Pfund für die Woche, im zweiten fast auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei trieben Wucher und Schleichhandel ihr verruchtes Handwerk mit schamloser Offenheit. Unruhen und Ausstände waren an der Tagesordnung, und die Sozialdemokratie verlangte den Frieden um jeden Preis.

Das Band zwischen den Slawen der verschiedenen Stämme knüpfte sich immer fester; sie waren einig in dem Endziel, von Habsburg loszukommen. Dass die Sache der Mittelmächte militärisch ausgezeichnet stand, beirrte diese in den Künsten der Verschwörung Erfahrenen nicht, da sie mit den Feinden in steter Verbindung standen und von ihnen mit unbeschränkten Geldmitteln unterstützt wurden. Übrigens ließen sie bei ihren staatsfeindlichen Machenschaften ja gar keine Gefahr, da die unter dem feigen Herrscher feig gewordenen Behörden nichts mehr zu unternehmen wagten.

Die Verständigungsverhandlungen, die zwischen deutschen und slawischen Vertretern in den Kronländern geführt wurden, waren von vornherein aussichtslos; die Slawen wollten die Unterwerfung der Deutschen

und rechneten darauf, daß der Zusammenbruch des Reiches sie bringen werde.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik wurde noch im Frühjahr 1918 die Treulosigkeit Kaiser Karls offenkundig. Anlässlich einer öffentlich geführten Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Czernin und dem französischen Ministerpräsidenten Clémenceau ließ dieser einen Brief veröffentlichen, den der Kaiser an seinen Schwager, Prinzen Sigismund von Parma, der im belgischen Heere diente, geschrieben hatte, und in dem er die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen als berechtigt bezeichnete. Dieser Brief, dessen Echtheit von Karl der Wahrheit zuwider bestritten wurde, bildete nur ein Glied in der Kette von nichtamtlichen Verhandlungen, die seit Frühjahr 1917 hinter dem Rücken der Berliner Regierung von Wiener Stellen geführt wurden; Graf Czernin hatte jedenfalls von dem Briefe seines Kaisers an den Prinzen von Parma vor der Absendung keine Kenntnis gehabt und nahm seine Entlassung.

In offener Empörung brausten die Deutschen gegen den ehrvergessenen Herrscher auf; seine Gemahlin und ihre Angehörigen durften sich öffentlich nicht mehr sehen lassen. Die Slawen aber und die ausländischen Feinde sahen sich ihrem Ziele näher und näher kommen.

Die Stimmung der Deutschen fand auf mehreren großen „Volkstagen“ Ausdruck, die von April bis Juni 1918 veranstaltet wurden, so in Graz für die Steiermark, in Marburg an der Drau für die Südmark, in Sterzing für Südtirol, in Klagenfurt für Kärnten, in Teschen für Schlesien, in Neutitschein für Mähren, in Gablonz für Deutschböhmen; ihre Krönung und Zusammenfassung erhielten diese Veranstaltungen durch die große Tagung in Wien. Überall kam zum Ausdruck, daß die Deutschen ihr Recht aufs Dasein durchsetzen, daß sie bedingungslos treu zum deutschen Reiche stehen wollten und daß sie die Politik des Kaisers scharf verurteilten. Am bezeichnendsten war wohl der Verlauf des Volkstages in Sterzing, weil er zeigte, wie weit die Kluft zwischen den Deutschen und dem Kaiser geworden war: es wollte doch etwas heißen, daß die Tiroler, die treuesten Getreuen des Hauses Habsburg, dem Kaiser und dem Staate mit schweren Anklagen die Gesellschaft auf sagten und offen vom Anschluß ans deutsche Reich sprachen; auch anderwärts wurde dies als Wunsch verkündet, besonders in Deutschböhmen, Schlesien und im Salzammergut.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz war nach dem großen Erfolge der Verbündeten im Spätjahr 1917 längere Ruhe eingetreten. Erst Ende Mai 1918 begannen die Italiener, bei denen Graf Cadorna durch General Diaz als Oberbefehlshaber ersetzt worden war, im Etschtal und am Monte Asolane neue Angriffe; sie scheiterten ebenso wie ein solcher, der am 9. Juni beim Pertica-Berge unternommen wurde.

Das Armee-Oberkommando, bei dem Kaiser Karl selbst den Ober-

befehl führte, während Generaloberst Arz von Straußenberg Chef des Generalstabes war, hatte einen neuen Vorstoß beschlossen, der Mitte Juli ausgeführt werden sollte. Anders als unter Conrad waren die Vorbereitungen mangelhaft, und der Plan dieses Unternehmens litt an demselben Fehler, wie jener des vorigen Herbstes: wiederum sollte die Hauptmasse des Heeres an der Piave vorstoßen, während für den Angriff aus Tirol nur schwache Kräfte zur Verfügung gestellt wurden. Im ersten Anlauf erzwang das österreichisch-ungarische Heer den Übergang über die Piave; als es im jenseitigen Raum zähen Widerstand fand, blieb der Angriff stecken, ja die Truppen mußten über die Piave zurückgenommen werden; dies geschah unter schweren Verlusten. Bei dem ganzen unglücklichen Unternehmen hat Verrat eine üble Rolle gespielt; doch zeigte sich das Heer auch kampfesmüde; die Verpflegung war ganz ungenügend und das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften bei manchen Truppenteilen geradezu feindselig.

Dies war die letzte große Kriegshandlung des f. u. f. österreichisch-ungarischen Heeres; als sie gescheitert war, trat für einige Zeit wieder verhältnismäßige Ruhe ein.

Die Vorgänge an der Piave steigerten die allgemeine Erbitterung im Volke — weil es kennzeichnend für die unter den Deutschen herrschende Stimmung ist, sei mitgeteilt, daß Kaiserin Zita beschuldigt wurde, den Plan zur Piaveschlacht durch ihre Brüder an die Verbündeten verraten zu haben.

Kennzeichnend war es weiter, daß der zurückgetretene Minister des Äußeren Graf Czernin am 19. Juli im Herrenhaus Aufsehen erregende Vorwürfe gegen die Regierung erhob. Er sagte: „Unsere Politik frankt daran, daß wir zwar in der äußeren Politik Gott sei Dank den deutschen Kurs steuern, daß im Innern aber ein planloses Herumlavieren stattfindet und die Regierung die häßgeschwängerten tschechischen und südslawischen Angriffe gegen alles, was deutsch ist, mit gleicher mütterlicher Liebe umfaßt. Das Geschrei: ‚Los von Deutschland‘ setzt eine Selonie voraus, die überdies blödsinnig wäre“. Das war deutlich, und es war klar, gegen wen diese Worte gerichtet waren. So weit war es gekommen, daß ein früherer Minister in solcher Weise glaubte reden zu sollen!

Alles deutete darauf hin, daß der Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn nicht ein starker Wille mit großem Entschluß eingreife; es wurde davon gesprochen, daß Kaiser Karl abdanken und an seiner Stelle der tüchtigste Erzherzog mit unbeschränkter Machtvollkommenheit die Rettung versuchen solle. Zeit war um so weniger zu verlieren, als das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften unerträglich geworden war. Als bald nach seiner Krönung zum König von Ungarn hatte Karl den willensstarken, bundestreuen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza entlassen; seit-

dem Schritt die Lösung der staatlichen Bande rasch fort und der unsfähige Herrscher irrlichterte von einem untauglichen Versuche zum andern. Das Land war des Krieges müde, und es wurde offen davon gesprochen, daß Ungarn seinen Sonderfrieden mit den Verbandsmächten ohne Rücksicht auf Österreich und das deutsche Reich suchen solle; hochverräterische Verbindungen mit den Feinden wurden angeknüpft, ohne daß die Staatsleitung etwas dagegen zu unternehmen wagte.

\* \* \*

Die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und seinen Bundesgenossen, die von vornherein ihre Schwierigkeiten gehabt hatten, waren seit der Niederwerfung Rumäniens immer unerfreulicher geworden. Es ist kein Zweifel, daß der fehlende politische Führerwille der maßgebenden deutschen Stellen ungünstig wirkte, aber auch andere Umstände wirkten dabei mit.

In Österreich hatte, soweit Kaiser Franz Josef, das Armee-Oberkommando, der größte Teil der Offiziere und die deutschen Truppen in Betracht kamen, gewiß der beste Willen bestanden, mit dem stärkeren Bundesgenossen freundlich zusammenzuarbeiten; es war das um so begreiflicher, als man — abgesehen von dem militärischen Beistand — auf deutsche Hilfe angewiesen war, um über die staatliche Geldnot und den Mangel an Nahrungsmitteln sowie an Rohstoffen und Ausrüstungsbedarf aller Art für das Heer hinwegzukommen. Von reichsdeutscher Seite geschah, was angesichts der eigenen Lage nur immer geleistet werden konnte.

Die erste Abfühlung des Verhältnisses erfolgte, als das Armee-Oberkommando eine gewisse Überhebung und Unoffenheit der reichsdeutschen Obersten Heeresleitung zu beobachten glaubte, während General von Haltenhayn Chef des Generalstabs war; so führt Conrad von Hötzendorff Beschwerde darüber, daß er z. B. von dem deutschen Angriffsplan gegen Verdun nicht vorher unterrichtet worden sei, und daß bei erfolgreichen gemeinsamen Unternehmungen die deutsche Heeresleitung immer das Verdienst für die deutschen Führer und Truppen in Anspruch genommen habe. Die Reichsdeutschen — Offiziere und Mannschaften — machten bei den österreichischen Kameraden manche ungünstige Wahrnehmungen: das Pflichtgefühl, der Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Zucht ließen gegenüber reichsdeutschen Begriffen viel zu wünschen übrig. Die Säule des Verrats und feigen Ausreißens wurden mit Verachtung bemerkt. Nur machten die Reichsdeutschen, ganz unzulänglich unterrichtet über die Zusammensetzung des verbündeten Doppelstaates, den Fehler, den „Österreichern“ allgemein zur Last zu legen, was Polen, Ruthenen, Tschechen usw. sich hatten zu schulden kommen lassen; sie unterschieden nicht zwischen den deutschen und undeutschen Bestandteilen des Heeres und urteilten

über die „Österreicher“ schlechthin absprechend, überhoben sich auch ihnen gegenüber. Dies kränkte und erbitterte die Deutschen Österreichs, und es ist kein Zweifel, daß in der reichsdeutschen Verallgemeinerung des absprechenden Urteils über die „österreichischen“ Kameraden eine Ungerechtigkeit lag — andererseits ist aber wieder unbestreitbar, daß auch deutsch-österreichische Offiziere und Truppen, am Maße deutscher Anforderungen und Leistungen gemessen, häufig und an vielen Stellen zu wünschen übrig ließen.

So wurde das Verhältnis vergiftet, und es wirkte besonders ungünstig, daß die Österreicher sich hauptsächlich über die absprechende, hochmütige Art der Preußen glaubten beschweren zu müssen. All das waren Erscheinungen, die jedenfalls in der Hauptsache hätten vermieden werden können, wenn die reichsdeutschen Führer, Offiziere und Mannschaften über die Zusammensetzung des verbündeten Völkerstaates und seines Heeres geeignet aufgeklärt worden wären. So bewirkten sie eine Entfremdung, die sich manchmal zwischen Reichsdeutschen und Deutsch-Österreichern zur Feindseligkeit steigerte.

So sehr man die Schwächen des verbündeten Heeres zugeben und anerkennen muß, daß auch sein deutscher Bestandteil davon nicht frei war — so sehr muß doch auch betont werden, daß unter den obwaltenden Umständen und alles in allem die Leistung des österreichischen Heeres die Erwartungen überstiegen hat, die reichsdeutsche Kenner der Monarchie gehabt hatten.

Die Magyaren hatten von je das Spiel getrieben, den Reichsdeutschen Freundschaft zu heucheln und ihnen gegenüber zu behaupten, daß ihr Haß dem österreichischen Staate und seinen willensschwachen Deutschen gelte. Jetzt im Kriege wiederholten sie dies gegenüber den reichsdeutschen Führern, Offizieren und Mannschaften mit um so größerem Erfolge, als sie ihre Bewunderung für alles Reichsdeutsche beteuerten. So lange die Russengefahr bestand, hatten sie allen Anlaß sich als Deutschenfreunde aufzuspielen, und auch nachher wiederum, als die Rumänen im Lande standen. Als aber unter wesentlicher Mitwirkung deutscher Heere die Russen und Rumänen vom ungarischen Boden zurückgetrieben waren, ihre kriegerische Macht gebrochen und alle Gefahr beseitigt schien, änderte sich das Verhalten dieses falschen Volkes. Man beschwerte sich über das Verbleiben reichsdeutscher Truppen im Lande, bereitete ihrer Verpflegung Schwierigkeiten und gab zu erkennen, daß man der Gegenleistungen für die gewährte Waffenhilfe überdrüssig sei. Als aus Rumänien Getreidesendungen für das deutsche Reich durch Ungarn befördert wurden, wagte man sie zu beschlagnahmen, gab die deutschen Eisenbahnwagen nicht heraus — kurz, man gab sich so zu erkennen, wie man in Wahrheit immer gewesen war: als deutschfeindlich schlechthin. Dies Verhalten fand gegen

das Ende des Krieges durch Treubruch und Verrat seine schmähliche Krönung — schon vorher aber war klar, daß die innere Voraussetzung zu einem gedeihlichen dauernden Bündnis fehlte, da die Magyaren Feinde alles Deutschen waren. Dies war eine bittere Erkenntnis für jene, die sich durch den verschlagenen Bundesgenossen hatten täuschen lassen, so lange Ungarn gefährdet war.

Die Bulgaren waren allein durch die Erwartung auf die deutsche Seite geführt worden, im Bündnis mit den Mittelmächten Rache an Serbien nehmen und ihr Land vergrößern zu können; als der Krieg mit Rumänien kam, wünschte ihnen der Wiedergewinn des im zweiten Balkankriege Verlorenen, und auch von der Türkei hatten sie verstanden sich Vorteile auszubedingen. Das Land, das noch unter den Wirkungen der Balkankriege litt, mußte vom deutschen Reich mit Geld, Waffen, Bekleidung und Rohstoffen unterstützt werden, und man hätte annehmen können, daß die deutsche Hilfe bei den Bulgaren Dankbarkeit hervorriefe. Etwas derartiges ist aber diesem eigensüchtigen, im Sinne des Wortes unliebenswürdigen Volke tartarischer Abstammung fremd; irgendwelche nähere inneren Beziehungen zwischen Deutschen und Bulgaren entstanden nicht. Das Verhältnis der beiderseitigen Offiziere zueinander war schwierig, und es forderte von den Deutschen große Selbstverleugnung, mit den überhebenden dabei gesellschaftlich unerzogenen Bulgaren auszukommen.

Politisch hatte es in Sofia — mit Recht — versäumt, daß die deutsche Oberste Heeresleitung im Spätjahr 1915, als Serbien zusammengebrochen und das französisch-englische Hilfsheer über die mazedonische Grenze zurückgetrieben war, den Vormarsch auf Saloniki unterließ, obwohl Zar Ferdinand und die bulgarischen Generale ihn empfohlen hatten. Aus der serbischen Beute konnten die bulgarischen Ansprüche um so eher befriedigt werden, als Österreich-Ungarn keine Sehnsucht hatte, größere Gebietsteile des bezwungenen Königreichs zu erwerben. Anders war es aber nach der Besiegung Rumäniens: bei den Verhandlungen in Bukarest war den Bulgaren nicht die von ihnen heißersehnte ganze Dobruja zugesprochen worden sondern nur deren südlicher Teil; das Schicksal der Nord-Dobruja wurde von einer Verständigung mit der Türkei abhängig gemacht, die auf diese Weise von den Bulgaren eine andere Grenzführung am rechten Mariza-Ufer erreichen wollte. Bei den Bukarester Verhandlungen hatten die reichsdeutschen Unterhändler die Bulgaren im Stiche gelassen; ihr Verhältnis zu sämtlichen Bundesgenossen hatte einen Riß bekommen, dasjenige zur Türkei war geradezu feindselig geworden. Es war bezeichnend, daß man in Sofia von einem Marsch auf Konstantinopel redete. Die Vorenthaltung der Norddobruja erregte im Lande große Erbitterung; die deutschfeindlichen Kreise benützten dies, um die Stellung des bündnisfreundlichen Ministeriums Radoslawow zu erschüttern, an

dessen Stelle am 17. Juni 1918 ein Ministerium Malinow trat, das offenkundig zum Vielverbande neigte. Die für die Mittelmächte ungünstige Entwicklung, die neben anderen Ursachen mit auf die unflüge Politik des Auswärtigen Amtes zurückzuführen war, wurde noch durch den Umstand gefördert, daß in Sofia die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten worden war, nachdem Wilson den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte; von der Kriegserklärung an Bulgarien hatte man in Washington abgesehen, um in der bulgarischen Hauptstadt einen diplomatischen Vertreter belassen zu können. Diese Gesandtschaft wurde der Sitz eines weit verzweigten Späherdienstes des Vielverbandes; sie arbeitete in Bulgarien und in der Türkei mit Bestechungen, um diese Bundesgenossen von den Mittelmächten loszureißen — und sie tat dies mit Erfolg. Die Regierungen in Berlin und Wien duldeten einen solchen unerhörten Zustand, obwohl die militärischen Stellen seine Beseitigung forderten!

Zu alledem kamen noch kurz-sichtige, ja unverständliche wirtschaftliche Maßnahmen reichsdeutscher Kriegsgesellschaften, die Bulgarien schädigten und Erbitterung hervorriefen; so geschah es besonders, als die Tabakernten, für die eine andere Absatzmöglichkeit nicht vorhanden war, den Bauern nicht abgenommen wurden, obwohl das deutsche Reich Bedarf hatte; die Bauernschaft wurde dadurch aufs Äußerste gegen den deutschen Bundesgenossen aufgebracht.

Das Land stand seit 1912 fast ununterbrochen im Kriege; es war begreiflich, daß die Kriegsmüdigkeit wuchs. Sie wurde durch alle diese Umstände gefördert, und es trat auch immer mehr zu Tage, daß das Heer nach Hause wollte. Seit dem Spätjahr 1917 lagen die Bulgaren vor der mazedonischen Grenze; den Feinden war Zeit gelassen worden, sich zu verstärken, und es war zu erwarten, daß sie im geeigneten Zeitpunkt zum Angriff übergehen würden. Beim bulgarischen Heere befand sich nur eine deutsche Division; Zar Ferdinand beantragte Verstärkungen, als die feindlichen Angriffsabsichten offenbar wurden, aber dem wurde nicht stattgegeben. So blieb die Südflanke in der Hauptssache den Bulgaren überlassen, in deren Reihen bolschewistische Umtriebe, feindliche Bestechung, Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit mit den Bundesgenossen zerstreuend wirkten. Zar Ferdinand, der sein Volk kannte, sah dieser Entwicklung mit Besorgnis zu und sprach, auf die Erfahrungen im zweiten Balkanrieg gestützt, aus, daß die Mittelmächte unbedingt einen militärischen Misserfolg an der mazedonischen Front verhindern müßten, weil die Bulgaren nicht mehr zum Stehen zu bringen seien, wenn sie erst einmal zu laufen angefangen hätten.

Die Türkei war, als sie sich im Spätjahr 1914 den Mittelmächten angeschlossen hatte, in noch üblerer Lage gewesen als Bulgarien, und der

deutsche Bundesgenosse mußte überall aushelfen, um das durch die Kriege mit Italien und den Balkanstaaten zerrüttete Land zum Kampfe gegen die Welt- und Großmächte fähig zu machen, auf deren Angriffe es nun gefaßt sein mußte. Das deutsche Reich tat alles, was es unter den für es selbst so schwierigen Verhältnissen tun konnte, um dies zu erreichen, und es ist unbestreitbar, daß in den ersten Kriegsjahren die Osmanen sich mit Ehren behaupteten. So weit die Staatsleitung in Betracht kam, war es nur der ganz enge Kreis um Enver, Talaat und Dschavid, die aufrichtig und aus Überzeugung bündnistreu waren — sonst wirkten die alten Beziehungen insbesondere zu Frankreich und England stark nach, und man mußte im deutschen Reich darauf gefaßt sein, daß mit der Beseitigung Enver Paschas und seiner Gesinnungsgenossen das Bündnis in Frage gestellt sein werde.

Es ist kein Zweifel, daß alle deutschen Offiziere und Mannschaften, die zur Hilfsleistung nach der Türkei geschickt wurden, mit dem besten Willen dorthin kamen — aber sie fanden sich in dieser ihnen ganz fremden Welt nicht zurecht, hatten keinen Begriff von dem Wesen des Osmanen und erblickten in dem, was sie im Verhalten der Türken nicht begreifen konnten, Gleichgültigkeit, Trägheit, Feigheit und Hochmut. Für die gewiß schwere Aufgabe, mit diesen „Orientalen“ auszukommen, waren die Reichsdeutschen ebensowenig vorbereitet, wie sie es für das Zusammenarbeiten mit dem Völkermischmasch des I. u. I. Heeres und mit den Bulgaren gewesen waren, und wie dort, erregten sie auch hier Anstoß, wenn sie — dem eigenen Wesen gemäß — scharf und schneidig anpacken, gegen Sehler schroff vorgehen wollten. Diese Dinge führten zuerst zu Peinlichkeiten, dann zur Entfremdung, und das Auseinanderleben der Bundesgenossen wurde noch gefördert, als die Berliner Regierung es nach der Öffnung des Weges nach Konstantinopel zuließ, daß neben ehrbaren, tüchtigen Kaufleuten und Unternehmern beutegierige Geschäftsbabenteuerer aller Art, besonders jüdische, sich über die Türkei ergossen, die das Land ganz als Gegenstand ihrer Ausbeutung behandelten.

In den beiden letzten Kriegsjahren ließ die militärische Leistung der Türken viel zu wünschen übrig; wo sie mit neuzeitlich ausgerüsteten Feinden zusammenstießen, hielten sie nicht Stand. Um so verdrießlicher war es für die Deutschen, nachdem deutsche Waffentaten Russland ganz niedergeworfen, nachdem deutsche Truppen Transkaukasien besetzt hatten, nun die Türken, die in Syrien, Mesopotamien und Palästina dringendere Arbeit zu verrichten gehabt hätten, am Schwarzen Meere auftauchen zu sehen. Ihre Führer handelten dabei zweifellos den Deutschen gegenüber hinterhältig, ja böswillig; sie eröffneten an einer Stelle, wo kein Krieg mehr zu führen war, einen auf Raub und Plünderung ausgehenden Feldzug in Transkaukasien, mordeten und wüteten in Armenien und behinderten

die deutschen Bundesgenossen, die nach Transkaukasien nur gegangen waren um für die Herstellung des Kriegsbedarfes so wichtige Bodenschätze wie Kupfer und Erdöl zu sichern, an deren Fortschaffung. Die Deutschen, die das Treiben der türkischen Machthaber und ihrer verwilderten Truppen in Transkaukasien und Armenien kennen lernten, wandten sich mit Abscheu von solchen Bundesgenossen ab. Der Krieg war dort entartet; in Konstantinopel und an den eigentlichen Kampffronten wurde die Bestechung der Verbundsmächte wirksam — kurz: der Wert dieses Bundesgenossen war nach jeder Richtung hin in Frage gestellt. Mit den Bulgaren lagen die Türken wegen der Dobrudsha- und Marizafrage in Streit; mit den Deutschen rissen die Widerwärtigkeiten wegen der Habsucht, Boswilligkeit und Grausamkeit der türkischen Machthaber in Armenien und Transkaukasien nicht ab, während die Engländer von allen Seiten dem Hauptsiße der osmanischen Macht näher rückten.

Weder die deutsche Botschaft am Bosporus noch das Auswärtige Amt in Berlin verstanden es, die deutschen Vorschläge oder Forderungen — auch wenn sie zum Vorteil der Türkei gedacht waren — durchzusetzen; das gelang nur, wenn die Oberste Heeresleitung eingriff oder wenn die deutschen Befehlshaber ihrem Verlangen an Ort und Stelle Nachdruck verschafften.

In Transkaukasien fanden die deutschen Truppen zu ihrem Erstaunen die schönen und wohlhabenden Siedlungen schwäbischer Landsleute und lernten so den äußersten südosteuropäischen Vorposten ihres Volkes kennen.

\* \* \*

Wenn man die Entwicklung des Verhältnisses der drei Bundesgenossen zum deutschen Reich überschaut, wird klar, daß sich der Mangel jeder festen politischen Führung geltend machte, ja daß ihm die Hauptschuld an dem politischen Verfall des Vierbundes, wie an der inneren Zermürbung der verbündeten Staaten, zufiel. Das deutsche Reich trug die Hauptlast dieses Krieges — also hatte es auch den Anspruch auf die politische Führung; ja, es ist kein Zweifel, daß die anderen auf diese Führung warteten.

Aber woher sollte sie kommen? Die Berliner Leitung hatte seit Beginn des Krieges — und hierin brachte der Abgang Bethmann Hollwegs nicht die geringste Änderung, da sein staatsverderbliches System verblichen war — ihr eigenes tüchtiges, tapferes, zu jedem Opfer bereites Volk auseinanderregiert; ihre traurige Außenpolitik hatte das Reich bei den Feinden und Neutralen um jede Achtung, jede Furcht gebracht. Wie sollten sie die Bundesgenossen mit starker Hand führen können? Wie sollten sie, die selbst nicht an den deutschen Sieg glaubten, jenen das Vertrauen auf den glücklichen Ausgang beibringen?

Es war nicht anders: als die Oberste Heeresleitung dazu schritt,

die Entscheidung des Krieges im Westen zu suchen, hatte das Reich in Wahrheit nur noch einen Bundesgenossen — die Deutschen Österreich-Ungarns.

### Der Endkampf im Westen.

Daß auf dem Kriegsschauplatz im Westen im Jahre 1918 die Entscheidung gesucht werden und fallen mußte, darüber war man sich in Deutschland und auch bei seinen Feinden klar. Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen drängte; die Zeit aber konnte nur für die Feinde zum Helfer werden. Zwar die Überlegenheit an Zahl blieb auf deren Seite, auch nachdem für die deutschen Heere im Westen alles herangezogen worden, was man sonst irgendwo entbehren zu können glaubte. Zweifellos mußte es die Heeresleitung schwer empfinden, daß noch 1½ Millionen Menschen trotz der Friedensschlüsse im Osten festgehalten waren. Der Gedanke läßt sich nicht abweisen, es wäre besser gewesen, die dortigen Pläne — abgesehen von der Sicherung der baltischen Lande — zurückzustellen, und alles was irgend möglich war, auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz im Westen zu sammeln. Die besten Truppen waren ja bereits herübergeholt — doch wird von Sachkennern behauptet, daß hierin noch weiter gegangen werden können und müssen, um auch auf deutscher Seite eine große „Reserve-Armee“ zu bilden, wie sie die Feinde mit so großem Vorteil für die Entscheidung bereitgestellt hatten. Für die wichtigen Dienste und Aufgaben einer solchen mußten jeweils aus den minderbeschäftigten Frontteilen Truppen herausgezogen werden. Das hatte neben anderen Nachteilen die Folge, daß die Fronttruppen viel zu wenig Ruhe fanden. Über die Größe des Unternehmens war man sich im Großen Hauptquartier durchaus klar — aber wenn man den Sieg wollte, mußte der Angriff gewagt werden. Mit Rücksicht auf die ausgezeichnete Unterführung und die immer noch ganz hervorragenden Leistungen der Truppen war die Hoffnung auf den Endsieg auch berechtigt.

Nach gründlichen Vorbereitungen, in denen das Größte und Kleinste vorbedacht war, setzte am 21. März 1918 der erste deutsche Angriff ein: In einer Breite von 80 km von Monchy an der Sensée bis La Fère an der Oise traf er mit vernichtender Gewalt die dritte und fünfte englische Armee. In vier Tagen war der Vorstoß 30 km weit vorgedrungen und hatte 45000 Gefangene und über 600 Geschütze eingebracht. Anfang April gelangte er bis auf 13 km vor Amiens und erreichte eine Tiefe von 65 km. Dann aber blieb der Angriff stehen, da er bei Albert an der Acre und zwischen Montdidier und Noyon auf zu starke Stellungen des Gegners traf; es kam wieder zum Stellungskampf.

Am 9. April begann mit voller Überraschung ein neuer deutscher Angriff in Flandern, der die englisch-portugiesischen Truppen in wenigen

Tagen über 20 km zurückwarf und am 25. April in der Einnahme der beherrschenden Kemmel-Stellung gipfelte. Dann aber kam auch hier der Angriff nicht mehr vorwärts. Die Verbänsmächte erkannten die dringende Gefahr und griffen als entscheidendes Mittel rücksichtsloser Abwehr zur Vereinheitlichung der Kriegsleitung, indem General Hoch zum obersten Befehlshaber, zum „Generalissimus“ sämtlicher verbündeten Streitkräfte ernannt wurde. Die Wahl war gut: General Hoch ist ein Mann von eisernen Nerven, großer strategischer Besäßigung, gründlichem militärischen Wissen und starkem Willen; er hat in schwierigen Lagen keinen Augenblick die Ruhe verloren, und verstand es rasch sich das notwendige Ansehen bei den Unterführern zu schaffen.

Die Deutschen sahen die Lage trotz des Stockens beim Vordringen für gut an. Freilich waren sie sich bewußt, daß die notwendig gewordenen Pausen die Abwehrmaßnahmen der Gegner erleichterten, aber die Notwendigkeit, die Kräfte zu schonen, den Truppen Erholung zu gewähren, sowie die Schwierigkeit des Nachschubes machten sie zu einem unvermeidlichen Übel.

Am 27. Mai erfolgte ein Angriff der Heeresgruppe deutscher Kronprinz in Richtung auf Paris, aus der Front zwischen Noyon und Reims. Seine Erfolge waren noch größer als jene des März und April. Im stürmischen Anlauf wurden die englischen Stellungen am Damenweg und die französischen bei Soissons geworfen: die Deutschen erreichten bei dieser Stadt die Hauptstraße nach Paris und durchschnitten die strategische Hauptbahn des Feindes, die Paris mit Ostfrankreich verband. Die deutsche Beute betrug damals etwa 200 000 Gefangene, 2500 Geschütze, 15000 Maschinengewehre.

Bei all diesen großen Angriffschlachten hatte das deutsche Heer seine kriegerischen Tugenden noch einmal herrlich bewährt. Die Stimmung der im Bewegungskampfe unüberwindlichen Truppen war ausgezeichnet und siegesgewiß, und auf die Heimat fiel der Abglanz der großen Ereignisse an der Front: noch einmal lebte in ihr der Siegeswillen auf, noch einmal zog stolze Freude und Begeisterung in den deutschen Landen ein und alle Vaterlandstreuen vertrauten darauf, daß Hindenburg und Ludendorff mit ihrem wundervollen Heere das Schicksal im Westen meistern würden, wie sie es im Osten getan hatten. Die anderen aber — die Leute des Verzichtes, der Verständigung und des innerpolitischen Eigenwillens — standen verstört beiseite: sollte das deutsche Reich nun doch wirklich siegreich bleiben?

In dieser für Frankreich furchtbare schweren Zeit bewiesen die Franzosen wiederum ihre unerschöpfliche Vaterlandsliebe, ihren Stolz und ihren Opferwillen. Gewiß ging ein neuer Schrecken durch das Land, stand doch Kronprinz Wilhelm 60 km vor Paris. Aber kein Wort von

Friede oder Verhandlungen wurde laut. Clémenceau fand den rechten Ausdruck der wilden Entschlossenheit des französischen Volkes, den Kampf bis zum äußersten fortzuführen, als er in der Kammer bei der Erörterung der durch die deutschen Siege geschaffenen Lage unter dem Jubel der Abgeordneten austieß: „ich schlage vor Paris, ich schlage in Paris, ich schlage hinter Paris.“

Wo war der deutsche Staatsmann, der diesem Greise an Entschlossenheit gleich oder nur ähnlich gewesen wäre?

In dieser Zeit hat nun, wenn man von den durch die Presse bekannt gewordenen Schilderungen der beim Heere befindlichen Berichterstatter ausgeht, die erst nach Prüfung durch militärische Stellen veröffentlicht werden durften, die Nachrichtenabteilung bei der Obersten Heeresleitung versagt, so daß in der Heimat die falsche Anschauung verbreitet wurde, durch die bisherigen deutschen Angriffe sei die französische Hauptreserve aufgebraucht, während sie in Wirklichkeit in einer Stärke, die dem schwer mitgenommenen deutschen Heere gefährlich werden konnte — es wird behauptet 50 Divisionen —, zum Eingreifen bereit stand. Die Oberste Heeresleitung bestreitet sich über die feindliche Reserve geirrt zu haben und betont die Notwendigkeit des deutschen Angriffes, weil er das einzige Mittel gewesen sei — im Halle des Fehlens — den Feind verständigungsbereit zu machen.

Am 15. Juli begann bei der Heeresgruppe Kronprinz der letzte deutsche Angriff in einer von der bisherigen abweichenden Richtung, mehr nach Südosten und Osten gerichtet. Man hoffte wohl Reims einzuschließen, sowie den wichtigen Verbindungsweg zwischen Paris und der französischen Front bei Nancy—Verdun abzuschneiden.

Nachdem der Vorstoß sich hoffnungsvoll angelassen hatte, setzte am 18. Juli die entscheidende Gegenwehr der Hauptreserve Hoch ein. Mit 35 Divisionen brach er aus den Waldungen von Fontainebleau überraschend in die Flanke des letzten deutschen Vorstoßes vor, wo nur 15 deutsche Divisionen standen.

Die ungebrochene Kampfkraft der deutschen Truppen verhinderte zwar den Durchbruch und ein Aufrollen der deutschen Front, aber die Zurücknahme der gesamten über die Marne vorgegangenen deutschen Truppen war unvermeidlich geworden. Der 17. Juli war der letzte Tag des deutschen Angriffs.

Zunächst ließ sich der deutsche Rückzug gut an. Man wich planmäßig aus und stand am 4. August in einer neuen festen Stellung auf den Aisne-höhen, nördlich Soissons und nördlich der Vesle. Da traf am 8. August ein sorgfältig vorbereiteter Vorstoß der englischen Armee Rawlinson auf den linken Flügel der Heeresgruppe Rupprecht und den rechten des deutschen Kronprinzen. Ein ungeheueres Aufgebot an Geschützen, Schlacht-

fliegern und Kampfwagen, sog. „Tanks“, leitete diesen Angriff ein und begleitete ihn; dichter Nebel begünstigte das Vorgehen der Feinde, das noch stehende Korn verschleierte den Vormarsch des Fußvolkes; dieser 8. August muß als der Entscheidungstag des Krieges angesehen werden.

Die Deutschen wurden an verschiedenen Stellen überrannt, verloren Gefangene und Geschütze — ein Durchbruch war trotzdem wieder nicht gelungen. Dagegen hatten sich aber Erscheinungen gezeigt, die auf den Geist wenigstens eines Teiles der deutschen Truppen ein übles Licht warfen; geschlossene Truppenteile hatten sich dem Feinde ergeben, ohne genügende Abwehr zurückgehende Truppen hatten anderen braven Abteilungen, die pflichttreu zum Gegenstoß vorgingen, zugerufen: „Ihr Streikbrecher — Kriegsverlängerer.“ Die seit mehr als einem Jahre mit jüdisch-russischem Gelde und deutscher Verrantheit betriebene sozialdemokratische Zermürbung des Heeres begann ihr Ziel zu erreichen!

Damit stieg das Gespenst der deutschen Niederlage vor der Heimat auf — alles mußte geschehen, um die furchtbare Gefahr abzuwenden.

Seit dem 8. August war es klar, daß nur noch ein Weg zu einem erträglichen Ende offen blieb: vom Gegner den Frieden zu verlangen und gleichzeitig planmäßig die noch ungebrochenen deutschen Heere in die stark verkürzte, sehr verteidigungsfähige Linie Antwerpen—Namen (Namur)—Mehl zurückzunehmen. Zugleich mußte der Aufruf zum Volkskrieg erfolgen und das Vaterland in Gefahr erklärt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein geordneter Rückzug unter Bergung aller Vorräte und Verbindungstruppen in diese Linie möglich war, und denkbar ist es, daß die drohende Stellung des noch vollkommen widerstandsfähigen deutschen Heeres die Feinde veranlaßt hätte, den unvermeidlichen Riesenopfern und dem zweifelhaften Erfolg eines erneuten Angriffes einen erträglichen Frieden vorzuziehen.

Die Oberste Heeresleitung verlangte von den politischen Stellen noch im August, daß sie mit dem Antrag auf Friedensverhandlungen an die Feinde herantreten sollten; diese Anregung wurde von der Reichsleitung nicht oder ungeschickt ausgeführt. Aber auch der Rückzug in die angegebene Stellung wurde nicht angeordnet.

Die Lage war gewiß aufs Äußerste gespannt aber keineswegs verzweifelt. Von den Feinden hatte Frankreich, von den Bundesgenossen Österreich-Ungarn, wiederholt noch größere Fährlichkeiten überstanden, und es kam vor allem in Betracht, daß die deutschen Heere noch weit in Feindesland standen.

Alles kam darauf an, ob das deutsche Volk im fünften Kriegsjahr so viel sittlichen Halt, so viel Ausdauer, Nervenkraft und Opferwillen besaß, um seinen Feldherren und dem kämpfenden Heere von der Heimat

her den Rückhalt zu bieten, der für den erfolgreichen Widerstand notwendig war.

Ganz zugespielt lautete die Schicksalsfrage: ob die Deutschen dieser Zeit dem westlichen Erbfeinde an jenen seelischen Kräften ebenbürtig seien, die ein Volk in der höchsten Not retten können.

Sehen wir zu, wie die Heimat diese Frage beantwortet hat.

### Der Zusammenbruch.

Während die großen Heerführer mit ihren Helfern und Unterfeldherren im Westen den Entscheidungsschlag vorbereiteten und dann von der dritten Märzwoche bis Mitte Juli die deutschen Heere noch einmal zu Siegen geführt hatten, die an die ersten Kriegszeiten erinnerten — während die Kämpfer an der Front die besten Eigenschaften der deutschen Soldaten durch stürmische Tapferkeit und lebenverachtenden Opferwillen zeigten —: während draußen so Großes geschah und die letzte Entscheidung im Werden war, ging das unheimliche Schicksal in der Heimat seinen verhängnisvollen Gang weiter. Wohl bewirkten die neuen Siegesnachrichten vorübergehend ein Aufflammen der Stimmung, aber von einer allgemeinen und nachhaltigen Erhebung der Seelen, wie der Ernst der Zeit sie erforderte, war nichts zu merken. Allein der Kreis der Völkischgesinnten hatte die ganze Bedeutung des Weltkrieges für das deutsche Volk erkannt und wußte, daß die Mittelmächte bei dem Vernichtungswillen der Feinde keine andere Wahl hatten, als zu siegen oder unterzugehen; er ermüdete nicht in seinen Anstrengungen, die Deutschen zum Durchhalten bis zum Äußersten zu ermahnen, blieb aber mit der gesinnungsverwandten Presse bei diesen Bemühungen vereinsamt. Heftiger als je wurden ihm die Verleumdungen der Leute des Verzichtes und des Verständigungsfriedens entgegengeschleudert, als dachten diese „Kriegsverlängerer“ nur an ihren Vorteil und seien Willens ihm ungezählte weitere Menschenleben zu opfern. Es tobte so etwas wie eine „innerpolitische Generaloffensive“ gegen die verhassten „Alldeutschen“, bei der die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt die Hand im Spiele hatten. Die Regierenden machten gar nicht den Versuch, die Führung des Volkes im letzten Augenblicke in die Hand zu nehmen; ihrer ganzen Art nach konnten sie ihn auch nicht machen, und der Kaiser raffte sich auch jetzt nicht zu dem Entschluß auf, starke Persönlichkeiten mit der Leitung der Reichsgeschäfte zu betrauen. Die Zeit war überreif für die „Diktatur“, für die Übertragung des Inbegriffes aller staatlichen Machtbefugnisse an einen oder mehrere Männer von ungebrochener Nerven- und Willenskraft, die, mit politischem Instinkt und in genauer Kenntnis des Führungsbedürfnisses ihres Volkes, das Rettungswerk in Angriff genommen hätten. Dem Kaiser selbst fehlten alle Eigenschaften zum „Diktator“; er hätte aber Männer finden können, die die notwendigen

Taten verrichteten. Damit wäre im deutschen Reiche endlich dasselbe geschehen, was die „großen Demokratien des Westens“, was England, Frankreich und die Vereinigten Staaten vorher getan hatten: dort hatte man erkannt, daß ein Krieg solcher Art die höchste Kraftanspannung der Völker erheischt, die nicht durch das Hineinreden der Parlamente erreicht werden kann sondern nur durch die Überlassung der höchsten Gewalten an Vertrauensmänner der Volksgesamtheit. So hatten in England Lloyd George, in Frankreich Clémenceau, in den Vereinigten Staaten Wilson die unumschränkte Gewalt an sich gerissen, und es dachte im Ernst niemand daran sich dieser Notwendigkeit zu widersetzen; diese Völker fügten sich den innerpolitischen Anforderungen, die der Krieg an sie stellte; sie ließen Demokratie Demokratie sein, um den Krieg zu gewinnen. Anders im deutschen Reiche! Hier sah es nachgerade so aus, als ob der Krieg nur geführt werde, um den Mehrheitsparteien Gelegenheit zu geben, ihre Machtansprüche gegen das Reich und die Bundesstaaten, gegen den Kaiser und die Bundesfürsten durchzusetzen. Und kein zornig-entschlossenes Wort, keine Tat, die sie in die Schranken zurückgewiesen, die ihnen „ihres Nichts durchbohrendes Gefühl“ beigebracht hätte.

Ruchlose Reden gingen durch das Land: „wenn der Krieg gewonnen werde, komme die Reaktion oben auf“; „der Sieg an der Front bedeute den Sieg des Militarismus in der Heimat“, und dem Sinn nach ähnliche Sätze. Politische Wurführer der Sozialisten sprachen offen davon, daß ein deutscher Sieg für die Entwicklung der Demokratie unerwünscht sei — insgeheim äußerten sich Anhänger der bürgerlich-jüdischen Demokratie im gleichen Sinne.

Die Oberste Heeresleitung wurde beschuldigt, die politische Herrschaft an sich gerissen zu haben; die Bemühungen, die Mannschaften draußen und in der Heimat über die Bedeutung des Krieges aufzuklären, wurden als „reaktionär=annexionistisch alldeutsche“ Stimmungsmache verdächtigt, so daß die Kriegsverwaltung sich einschüchtern ließ.

In den Eisenbahnen und Wirtshäusern, überall, wo Menschen zusammen waren, fanden sich gewissenlose Heizer, die dem Überdruß am Kriege das Wort redeten und die Notwendigkeit seiner Beendigung mit traurigsten Behauptungen begründeten, die allzu oft auf die Urteilslosen Eindruck machten. Gewiß war der Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen immer drückender geworden, so daß die Not groß war — gewiß wurden in Massen selbständige mittlere und kleinere Kaufleute, Unternehmer und Handwerker, die im Felde standen, wirtschaftlich vernichtet, während Altersgenossen, die aus irgendwelchen Gründen vom Kriege befreit waren (die „Reklamierten“) die Lage ausnutzen konnten und rasch in die Höhe kamen — gewiß litt der Mittelstand, dessen Einnahmen sich nicht erhöhen ließen unter den maßlos wachsenden Kosten

der gesamten Lebenshaltung — gewiß war es für ungezählte Familien, deren Väter gefallen oder jahrelang Dienst zu tun hatten und die des Ernährers entbehrten, hart, auf die jedenfalls für größere Städte unter solchen wirtschaftlichen Verhältnissen unzureichende Kriegsunterstützung beschränkt zu sein — gewiß fühlten sich besonders die Frauen von den verfehlten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung verstimmt; das alles erzeugte wachsenden Unwillen, dessen Äußerungen aber die Hauptſache übersahen: daß England der Urheber aller Not und daß es nur ein sicheres Mittel gab, ihr ein dauerndes Ende zu bereiten, nämlich die innere Festigkeit, die Entschlossenheit des deutschen Volkes, die vorübergehende Not bis zum Siege zu ertragen.

Und keiner unter den Regierenden, der es verstand den Unwillen über die innere Not auf die Feinde zu lenken, aus ihm den Entschluß zu wecken bis zum Äußersten durchzuhalten! So machte die Zermürbung der Gemüter ungehemmt Fortschritte. Dazu kam die Zerstörung des Rechtsbewußtseins, des Sinnes für Gesetzmäßigkeit, die eine Folge jener vernunftwidrigen Gesetzesmacherei war, die das Volk seit Kriegsbeginn über sich hatte ergehen lassen müssen. Die Zahl der Verordnungen, die sich insbesondere auf die Verfügung und Verteilung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezogen, war unübersehbar, ihr Inhalt so, daß niemand mehr wußte was Recht oder Unrecht sei. Vor allem: wer den Bestimmungen über die Ernährung nachkommen wollte, geriet in Gefahr zu verhungern; so gab es schließlich kein Haus mehr, in dem nicht obrigkeitliche Anordnungen Tag für Tag übertreten wurden. Die Schleichhändler waren dazu behilflich und ließen sich die Gefahr, die sie dabei ließen, mit Wucherpreisen bezahlen; keine noch so hohen Strafen vermodten den Schleichhandel zu unterdrücken. Alle Vorschläge an die Regierenden, so verderblichem Treiben durch Aufhebung der vernunftwidrigen Wirtschaftsmaßnahmen zu steuern, blieben unerhört. Das flache Land, dessen Geist durch den Schleichhandel angegriffen, ja zum guten Teil vergiftet war, sollte mehr liefern, als es bisher geboten hatte: im Wege des Zwanges, der oft Unschuldige traf, suchte man dies zu erreichen und übertrug damit die Erbitterung auch auf die Landbevölkerung. Die Geschäfte der Staatsfeinde gediehen: aus Rücksicht auf die Massen hatte man die „Zwangswirtschaft“ eingeführt. In Wirklichkeit diente dies System, wenn auch nicht von vornherein mit Absicht so doch im Verlaufe seines Ausbaues, der Bereicherung jener Kreise, die seine Träger waren — und dies waren vor allem die Juden. Je länger je mehr litten die Massen unter diesen Maßnahmen und wurden dem Staat auffällig; statt auf dem Wege umzulehren, erregte man noch das Landvolk: wer sollte denn den Staat noch halten?

Das fortgesetzte Zu widerhandeln gegen obrigkeitliche Verordnungen, die selbst von ihren Urhebern nicht befolgt wurden, weil es unmöglich war, führte zu einem Zustand allgemeiner Entzückung, von dem Schlimmes zu erwarten war. Dazu kamen die gesteigerten Einnahmen der Masse, von den jüngsten Arbeitern beiderlei Geschlechts an; für sie verlor das Geld jeden Wert, und die Verwilderung der Jugend und der Frauen nahm überhand. Die Verbrechen häuften sich.

Der Mangel einer festen, auf Großes gehenden politischen Führung machte sich bis in die untersten Schichten geltend. Die Mehrheitsparteien und ihre Presse hatten es völlig aufgegeben aus diesem Kriege für ihr Volk etwas heimzubringen, das seine Zukunft sichern konnte; sie waren „international“ schlechthin geworden, faselten vom „Weltgewissen“, setzten sich für das „Selbstbestimmungsrecht“ der besiegteten Völker ein, schwärmt für den „Völkerbund“ und erblidten in der „Freiheit der Meere“ das oberste Kriegsziel. Es war ihnen vorbehalten, die einzigen Internationalen unter den kriegerischen Völkern zu sein, da die Sozialisten und Klerikalen aller anderen Länder im Kriege ausgesprochen „national“ geworden waren.

In der jüdischen Presse wurde für den baldigen Abschluß des Krieges durch einen „Geschäftsfrieden“ Stimmung gemacht — als ob dieser furchtbare Völkerzusammenstoß etwas sei, was durch Verhandlungen im geschäftlichen Sinne ausgeglichen werden könne. Für die Mehrheitsparteien und alles, was in Presse und öffentlichem Leben an Pazifizisten, Verzichtleuten und Verständigungspolitikern zu ihnen hielt, war Präsident Wilson der Hohepriester der neuen Zeit der Abrüstung, des Völkerbundes und des Selbstbestimmungsrechts der Völker geworden, seit er dem Kongreß zu Washington durch seine Botschaft vom 8. Januar 1918 die zu weltgeschichtlicher Bedeutung gelangten „14 Punkte“ offenbart hatte, die nach seiner Ansicht die Bedingungen des Weltfriedens bilden müßten; zu ihnen hatte er in einigen Ansprachen noch weitere Erläuterungen gegeben.

Wer die „14 Punkte“ Wilsons so verstand, wie sie nach Wortlaut und Sinn gemeint waren, erkannte sofort, daß ein Friede auf dieser Grundlage das Ende des deutschen Reiches und Österreich-Ungarns bedeuten werde: darin wurden dem annoch sieghaften deutschen Reiche nicht nur die Wiederherstellung Belgiens und die Herausgabe aller in Ost und West besetzten Gebiete angesonnen, sondern auch die Wiedergutmachung des an Frankreich im Jahre 1871 angeblich verübten Unrechtes und die Wiederherstellung eines freien selbständigen polnischen Staates mit gesichertem Zugang zur Ostsee.

Das bedeutete: Das deutsche Reich solle nicht nur unter Verzicht auf seine Kriegskosten Belgien und Nordfrankreich räumen sondern sämt-

liche dort durch den Krieg verursachten Schäden auf seine Kosten wiederherstellen — schlimmer noch: es solle auf Ausdehnungsmöglichkeiten im Osten verzichten; — am schlimmsten: es solle das Reichsland an Frankreich herausgeben und die polnisch gemischten Gebiete Preußens an den zukünftigen polnischen Staat abtreten.

Die Kundgebung so ungeheuerlicher Bedingungen durch das Oberhaupt eines der feindlichen Staaten hätte eigentlich allein schon genügen sollen, die Geister im Reiche über die Absichten der Feinde aufzulären und den Willen zum Durchhalten aufs Äußerste zu stärken. Aber die Leute des Geschäfts- und Verständigungsfriedens waren ganz anderer Meinung: sie sahen in Wilson den großen Demokraten, den Propheten einer neuen Staatskunst, den wahrhaft „modernen“ Staatsmann; die von ihm verkündeten Hochziele des Völkerbundes, der Abrüstung, des Freihandels, der Freiheit der Meere, der „offenen Diplomatie“ waren ihre eigenen, und auch die Räumung Belgiens, Frankreichs und Russlands entsprach ihrer Meinung; so dachte man sich die „Verständigung“, die das deutsche Volk freilich politisch und wirtschaftlich erdrücken mußte, und rechnete nach Händlerart damit, daß Wilson in bezug auf Elsaß-Lothringen und Polen „vorgefordert“ habe und darüber mit sich reden lassen würde. Und die Vertreter so unpolitischer Anschauungen konnten die öffentliche Meinung des im Kampfe ums Dasein stehenden deutschen Volkes beherrschen, weil sie die Parteien der Massen und die Massenpresse für sich hatten — diese auch wirtschaftlich nur ganz klein denkenden, die macht-politischen Grundlagen jeder Volkswirtschaft außer acht lassenden Krämerseelen wurden die schicksal-bestimmenden Wortführer eines Volkes, dessen Blüte im Waffenkampfe mit fast der ganzen bewohnten Erde höchstes Heldentum bewies. Diese für die Ehre des deutschen Volkes Gefühl-losen durften ungehindert Meinungen vertreten, die das Ehrgefühl der zu Hause Gebliebenen abstumpften und schließlich töteten. Um die Gegenseite der Weltanschauung in ihren Helden zu spiegeln: dieselben, die Hindenburg und Ludendorff mit ihrem Hass verfolgten, waren die Verehrer des Präsidenten Wilson. Er wurde ihr Göze und blieb es, bis er selbst vor ihnen in Versailles ihr Gözenbild zerschlug. Von allen Beweisen, die das deutsche Volk seit Bismarcks Entlassung in bezug auf seine politische Instinktlosigkeit gegeben hatte, ist dies der allerbeschämendste, daß Menschen, die auf politisches Urteil Anspruch erhoben, dem widerwärtigsten und verlogensten Feinde ins Garn gingen, daß sie als politischen Idealismus ansahen, was platteste Gemeinplätze waren, daß sie die gotteslästerliche Salbung eines Herz- und Gemütelosen für Menschenliebe und als Ausfluß neuester Staatsweisheit nahmen. Daß dies mit Hilfe der jüdischen und jüdisch-bestimmten Zeitungen geschah, nimmt dem Vorgang nichts vom Beschämenden, läßt im Gegenteil

die Urteilslosen in ihrer ganzen geistigen Abhängigkeit von einer zwar deutsch-geschriebenen, aber deutschfeindlichen Presse erscheinen.

Wer will es den Vaterlandstreuen verdenken, wenn sie trotz der neuen Siege im Westen die Gefahr des Zusammenbruches der Heimat näher rüden sahen!

Dabei wurde bekannt, daß auch an der Front nicht mehr alles war, wie es sein sollte. Der lange Krieg hatte die Berufsoffiziere in Massen verbraucht; insbesondere die Leutnante und Oberleutnante, die mit den Truppen am meisten zusammenleben, waren furchtbar zusammenge-schmolzen. So mußten die fehlenden untersten Führer dadurch beschafft werden, daß in Massen „Kriegsleutnante“ ernannt wurden, die man den im Besitze des Einjährigen-Zeugnisses Befindlichen entnahm. Der Krieg verwirklichte die alte Forderung der Linken nach „Demokratisierung des Offizierskorps“, indem auch Leute befördert wurden, die weder nach Bildung und Lebensführung noch nach ihrer Herkunft den Mannschaften überlegen waren, also der Unterlagen jedes Führerberufes entbehrten. Es ist sicher, daß unter diesen viele waren, die sich trotzdem bewährten — ebenso sicher aber auch, daß viele sich über den gemeinen Mann erhoben, nun den Vorgesetzten zur Schau trugen und hoffärtig wurden. Es ist unendlich oft ausgesprochen worden, daß der Soldat fast immer mit seinen Berufsoffizieren und älteren Vorgesetzten aus dem Beurlaubtenstande gut auskam, daß er dagegen viele Beschwerden gegen die hochmütigen „Kriegsleutnante“ hatte, die ihn von oben herab, also unfreundlich behandelten, auch wenn sie viel jünger waren. Das „Reklamieren-unwesen“ erregte viel böses Blut; es kam in zahllosen Fällen vor, daß Kriegsdienstfähige aller Berufe, durch irgendwelche Verwendung, in der Heimat und in ihrer Tätigkeit belassen wurden, während ihre Berufs-genossen im Felde standen; die meinten nun, daß eine Ablösung, ein Aus-wechseln sehr wohl möglich sei, und empfanden es mit Zug als Ungerechtig-keit, daß jene Jahre hindurch von jedem Kriegsdienst frei blieben und zu Hause Geld verdienen konnten, während sie selbst unabgelöst den Ge-fahren und Anstrengungen des Krieges ausgesetzt waren. Noch schlimmer war es, daß an Begünstigung, ja an Bestechung geglaubt werden konnte, die Massen von Kriegsdienstfähigen in der Heimat zurückhielt. So erregte der Menschenbedarf der verhaßten Kriegsgesellschaften besonders an der Front Anstoß. Die jüngsten Jahrgänge des Ersatzes ließen viel zu wünschen übrig; die großstädtische Jugend, die aus den Munitionsfabriken kam, er-wies sich als sozialistisch verhetzt und oft minderwertig; wo sie unter älteren, wackeren Kameraden verteilt waren, würden sie doch erzogen und brauchbar. Was vom Osten nach dem Westen kam, war nicht selten bolschewistisch ver-seucht und wirkte nun dort ansteckend; es war nicht hinreichend darauf ge-achtet worden, die Truppen im Osten vor deutschgeschriebenen bolschewisti-

schen Druckschriften und vor dem Verkehr mit Verführern zu sichern. Die Nachgiebigkeit gegen die Machthaber der Reichstagsmehrheit hatte längst dazu geführt, daß ungehemmt sozialistische Zeitungen und Schriften an die Front kamen; fast noch schlimmer wirkte die bürgerliche Judenpresse, die in Massen verbreitet war und die mit ihrer unablässigen inneren Heze, mit ihrem Kampf gegen jedes Siegesziel, mit ihrer Verdächtigung der Völkischgesinnten als Kriegsverlängerer je länger je mehr die Gemüter zermürkte. An der eigentlichen Kampffront, vorn am Feinde, herrschte trotzdem fast durchweg ein ausgezeichneter Geist: man muß die sittliche Widerstandskraft der Männer bewundern, die in den schwersten Gefahren und Anstrengungen trotz aller schädigenden Einflüsse pflichtgetreue Vaterlandsverteidiger blieben. Der Feind hatte ein neues Mittel gefunden, diese ganz vorn Stehenden zu bearbeiten, indem er von Flugzeugen aus Massen von Drucksachen über sie ausschüttete, in denen ihnen die Nutzlosigkeit des Widerstandes, die Derrücktheit ihrer Regierung usw. dargetan wurde — alles mit der Aufforderung verbunden die Waffen niedergelegen.

Hinter der Front, in den Verbindungsstandorten, den sog. „Etappen“, sah es längst unerfreulich aus. Dort waren Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften weit über Bedarf vorhanden, die nicht voll beschäftigt waren; sie hatten die Vorräte an Nahrungsmitteln bei der Hand und konnten ein Leben führen, wie es weder in der Heimat, noch viel weniger an der Kampffront möglich war. Unzureichende Beschäftigung bei gutem Leben verdarb die „Etappen“, und es ist leider festzustellen, daß viele Offiziere den Untergebenen mit schlechtem Beispiel vorangingen. Unbegreiflich, daß die Heeresverwaltung dem allgemein bekannten Unwesen nicht zu Leibe rückte, insbesondere den Bestand der „Etappen“ an Offizieren und Mannschaften nicht so herabdrückte, daß sie wirklich arbeiten mußten. Durchstechereien kamen vor; Lebensmittel, die den tapferen Kämpfern zufamen, wurden in die Heimat geschickt — kurz: es geschah viel zu vieles, was bewies, daß Pflichttreue und Verantwortungsgefühl gegen die Kameraden eingeschlafen waren. Als der Krieg im Osten beendet war, entwickelte sich besonders in Russland, Polen, Rumänien, in der Ukraine und in den Ostseeprovinzen unter den beschäftigungslosen Offizieren und Mannschaften ein Treiben, das auf die Lösung der sittlichen Bande, die einst das Heer zusammengehalten hatten, schließen ließ; die Chrliebenden im Heere und in der Heimat mußten erröten, wenn sie hörten, wie Deutsche die besetzten russischen Dienststellen an Bestechlichkeit übertrafen, daß sie selbst unehrenhafte Geschäfte betrieben und sich bereichert. Es war schlimm, daß gegen dies ansteckende Treiben nichts Ernsthaftes geschah.

Auch in der Heimat war die Verderbnis in das Heer eingezogen. Die dort stehenden Truppen waren, leicht begreiflich, noch viel mehr den

schädlichen Einflüssen der Presse und der Heere ausgesetzt. Auch hier erwies es sich — wie in den Verbindungsstandorten — als fehlerhaft, daß viel zu viel Leute versammelt waren, die nicht hinreichend beschäftigt wurden, und die entweder an die längst menschenknappe Kampffront gehört hätten oder bis zu ernster militärischer Verwendung zu ihrer bürgerlichen Tätigkeit hätten entlassen werden sollen. So lagen sie gehäuft in den Städten und waren den Nachteilen des Müßigganges preisgegeben. Unbegreiflich, daß dieses Übel erkannt und doch nicht abgestellt wurde, zumal da es überall, vor allem in Landwirtschaft und Industrie, an Arbeitskräften fehlte. Es wurde bekannt, daß die „Unabhängige Sozialdemokratie“ planmäßig Hetzredner ausbildete, die auf die Truppen, besonders der Großstädte, losgelassen wurden; sie hatten den Umsturz vorzubereiten und streuten die Saat, die bald so verderblich aufging. Wie weit die Zersetzung vorgeschritten war, bewiesen sich häufende Fälle von Meutereien in der Heimat. Auch feindliches Geld spielte eine Rolle; kein Zweifel, daß feindliche Beauftragte hetzten und schürten, Bestechungen verübten und Ehrlose fanden, die sich verführen ließen. Als der Friede mit der russischen Sowjet-Republik geschlossen war, betrieben die jüdischen Machthaber dieses Nachbarlandes das Zerstörungswerk im größten Maßstabe — erst recht, nachdem der Jude Joffe als Botschafter in Berlin eingezogen war und durch seine „Kuriere“ russisches Geld im Reich verteilen und umstürzlerische Umtriebe aller Orten einfädeln ließ.

All diese Dinge waren den Behörden bekannt; aber aus Angst vor den herrschenden Volksführern wagten sie nichts dagegen zu tun, obwohl die Oberste Heeresleitung auf Abstellung drang. Wo tatkräftige Befehlshaber in der Heimat eingriffen, machten sie sich missliebig und wurden beseitigt.

Die Kriegsverwaltung ließ es trotz der fortgesetzten Anforderungen der Obersten Heeresleitung, die Lücken an der Front rechtzeitig zu stopfen, an Nachdruck fehlen, weil die maßgebenden politischen Stellen fürchteten, durch scharfes Vorgehen gegen unnötig „Reklamierte“ die Massen zu reizen; als Not an Mann ging, fehlten im Westen über 600000 Mann, um die Verteidigung erfolgreich führen zu können; der Kriegsminister Scheuch, der anfangs Oktober 1918 dem General von Stein im Amte gefolgt war, erklärte, diese Anzahl von Ende Oktober ab zur Verfügung stellen zu können; vorher war es zum Schaden der Kriegsführung nicht geschehen.

Die Wortführer der Mehrheitsparteien und deren Presse beherrschten die öffentliche Meinung vollkommen; ihr Plan ging dahin, das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Deshalb wurde der Streit um das preußische Wahlrecht mit wüster Leidenschaftlichkeit weitergeführt; an dem Ergebnis der Verhandlungen von Litausisch Brest wurde getadelt, daß es den Grundsätzen der Reichstagsentschließung vom 19. Juli wider-

spreche, weil auf das Machtwort der Obersten Heeresleitung der Reichskanzler und das Auswärtige Amt den Forderungen der „Annexionisten“ nachgegeben hätten, statt einen Verständigungsfrieden zu schließen, der den Feinden den guten Willen des deutschen Reiches bewiesen hätte. An der Verwaltungstätigkeit von „Ober-Ost“ hatte man auszusezen, daß sie zu wenig im Sinne der befreiten Litauer, Letten usw. verfahren; bewährten Männern wurde die Weiterarbeit unmöglich gemacht, so daß sie sich von so verlorenen Posten zurückzogen.

Graf Hertling erkannte wohl, daß ein Regieren mit so übermütig gewordenen Parteiführern wie Erzberger und Scheidemann nicht möglich sei und kündigte in vertrauten Gesprächen die Absicht an, zuerst das Zentrum von seinem bösen Geiste Erzberger zu befreien und dann den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Zur Ausführung dieses Planes fand der müde und überbehusame Kanzler nicht die Kraft; trotzdem kam es zum Bruch zwischen ihm und Erzberger, weil dieser Anfang Mai 1918 im Hauptausschuß des Reichstags in Fragen der Ostpolitik einen Vorstoß machte, der allgemein als Angriff gegen Graf Hertling gedeutet wurde.

Das „große Kabinett“ war schon längst nicht mehr nach dem Geschmacke der Mehrheitsparteien, deren Führer die leitenden Posten selbst erstrebten und die reine Parlamentsherrschaft aufrichten wollten. Hertlings Vorgehen in der Wahlrechtsvorlage erregte ihr Mißfallen, obwohl der Kanzler davon gesprochen hatte, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt werden müsse, um die Krone zu retten. So weit war es bereits gekommen. Die Mehrheitspresse hatte den „neuen Geist“ begrüßt, der jetzt im öffentlichen Leben zur Herrschaft gelangt sei; der Vizekanzler von Payer hatte davon gesprochen, daß man die „ausgefahrenen Geleise“ der früheren Politik verlassen habe — nun zeigte sich, wohin die Fahrt ging.

Man kann es den treuen Preußen nachfühlen, daß sie es als Entfechtung ihres Staates empfanden, wenn nicht-preußische, besonders süddeutsche Reichstagsführer die Forderung vertraten, Preußen solle freiheitlich umgestaltet werden; dies sei nötig, um den im neutralen und feindlichen Ausland erhobenen Vorwurf zu beseitigen, Preußen sei der Sitz der „Reaktion“, und dort regiere eine brutale „Militär-Kaste“ — nebenbei Behauptungen, die das Ausland dem Wortschäze der jüdisch-demokratischen und sozialistischen Presse entnommen hatte.

Aber auch in sich zeigte das „große Kabinett“ Sprünge. Staatssekretär von Kühlmann, der Liebling der Reichstagsmehrheit, hatte sich in immer schärferen Gegensatz zur Obersten Heeresleitung begeben. Er brachte es fertig, am 25. Juni 1918 angesichts der eben erfochtenen Siege der deutschen Heere im deutschen Reichstag zu äußern, daß „bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm beteiligten auch überseeischen Mächte, durch rein militärische Entschei-

dungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein Ende nicht erwartet werden könne". Dieser Ausspruch des Staatssekretärs erregte ungeheure Aufsehen; er lieferte Wasser auf die Mühlen der Verständigungsleute im Inland und wurde im Ausland als das Zugeständnis eines verantwortlichen Ministers aufgefaßt, daß der Krieg für die Mittelmächte nicht mehr gewonnen werden könne. Seine Wirkung an der Front kann man sich vorstellen: in der Zeit von der dritten Maiwoche bis Anfang Juni hatten die deutschen Heere im Westen Sieg auf Sieg erfochten und ihre Großtaten mit Strömen von Blut bezahlt. Und nun sagte der Staatssekretär des Auswärtigen es vor aller Welt, daß auf diese Art das Ende des Krieges nicht herbeigeführt werden könne. Wofür waren dann diese furchtbaren Opfer gebracht, wozu sollten noch weitere dem Heere zugemutet werden? Man kann sich denken, daß die feindliche „Propaganda“ sich den Ausspruch Kühlmanns zu nutze machte, um die deutschen Truppen zu entmutigen, zu verwirren. Daß die Oberste Heeresleitung, die sich von dem Staatssekretär vor aller Welt angegriffen sah, mit einem solchen Manne nicht mehr zusammenarbeiten wollte, war selbstverständlich; so wurde ihm, der bei den Verhandlungen mit Rumänien ganz versagt hatte, Ende Juni der Abschied erteilt. Die Folge war, daß der Obersten Heeresleitung wieder vorgeworfen wurde, sie habe eigenmächtig und verfassungswidrig in die Politik eingegriffen.

Um sich den ganzen Gegensatz zwischen dem Zustande des deutschen Reiches und Frankreichs klar zu machen, sei an Clémenceaus wild=entschlossenen Aufruf erinnert, vor, in und hinter Paris schlagen zu wollen, als die Deutschen 80 km vor der feindlichen Hauptstadt standen, während der deutsche Staatssekretär dem siegreichen deutschen Heere sagte, daß der Krieg durch rein militärische Entscheidungen nicht zum guten Ende gebracht werden könne!

Wer jetzt Blätter von der Geistesrichtung der Reichstagsmehrheit aus jener Zeit liest, zweifelt nicht, daß das Gift, das zuerst in der jüdischen und jüdisch-bestimmten Presse bereitet wurde, das dann die Volksvertretung und einen Teil der öffentlichen Meinung angesteckt hatte, allmählich breiteste Volkschichten ergriffen hatte. Es war wie eine geistige, politische Ansteckungsrankheit, die alle guten Regungen der von ihr Befallenen erfötete — und die zur Betreuung des Volkes Berufenen machten gar keinen Versuch, den Arzt zu rufen oder die Heilmittel zu finden, die Rettung bringen konnten, ehe das Übel zum schlimmsten gediehen war.

In solcher Geistesverfassung befand sich die öffentliche Meinung — trotz der Siege in Frankreich — als die Nachricht in die Heimat kam, daß der letzte Großangriff der Kronprinzen-Armee zum Stillstand gekommen und daß der Feind am 18. Juli zu mächtigem Gegenstoß übergegangen sei. Als nun Schlag auf Schlag die Meldungen von der Zurücknahme der

deutschen Linien sich folgten, mit denen die Preisgabe schwer erkämpfter Städte, Ortschaften und Stellungen verknüpft war, entstand in den zermürbten Geistern eine tiefe Entmutigung, die sich nach den weiteren Erfolgen der Feinde in der zweiten Augustwoche steigerte. Dazu wurde bekannt, daß am 8. August ein Teil der Truppen versagt habe; die Gerüchte vergrößerten auch andere Vorgänge und wußten von unglaublichen Massen von Überläufern zu erzählen.

Wenn die Heimat nicht geistig-sittlich frank gewesen wäre, hätten diese Nachrichten sie zur Selbstbesinnung bringen müssen, da auf der Hand lag, daß hauptsächlich ihre Einwirkung die Front zermürbt hatte. Wenn eine Spur des Heldengeistes, der dort überwog, in der Heimat vorhanden gewesen wäre, hätte spätestens Anfang August aller innere Hader geschwiegen und alle Gruppen und Schichten hätten sich erneut zusammengeschlossen, um den Kampf fürs Vaterland auf Tod und Leben zu bestehen. Aber es geschah nicht nur nichts derart, sondern die Leute der Reichstagsmehrheit beuteten den Rückschlag im Felde politisch aus, indem sie erpresserisch ihre Macht erweiterten; fast schien es, als ob sie die Vorgänge im Felde wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Bestrebungen betrachteten.

Für die Beurteilung der inneren Lage ist es kennzeichnend, daß der Kaiser in einem am 14. August 1918 in Spaar abgehaltenen Kronrat, in dem General Ludendorff auf die zermürbende Einwirkung der Heimat auf die Front verwiesen und strengere innere Zucht sowie machtvolle Zusammenfassung aller inneren Kräfte geheißen hatte, forderte, die „einzelnen Ressorts dürften nicht mehr wie bisher gegen einander arbeiten . . . die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten“. Genau dasselbe hatten die völkischen Kreise von den ersten Anzeichen der beginnenden Zersetzung an verlangt und dem Kaiser vorgestellt; er aber hatte nicht hören und sehen wollen! Jetzt, wo das Heer auf dem Rückzug war, wo das Übel sich in der Heimat eingefressen hatte — jetzt sollten dieselben Regierungsleute, die es dahin hatten kommen lassen, die Umkehr bereiten!

Die Art, in der die Oberste Heeresleitung in der zweiten August- und ersten September-Hälfte die rückwärtigen Bewegungen vornahm, war meisterhaft, und die Truppen schlügen sich — abgesehen von schmerzlichen Ausnahmen — fast durchweg ausgezeichnet; ihre Haltung erregte die Bewunderung ehrlicher Feinde, und Mitte September konnte das Urteil dahin lauten, daß die Truppen wieder fest in der Hand ihrer Führer seien und daß man das Schlimmste überstanden habe; wenn jetzt die Heimat ihre Pflicht tue, könne der Krieg zu einem erträglichen Ende geführt werden.

Da tat zunächst Kaiser Karl einen politischen Schritt, der bewies, wie weit er sich von dem Bundesgenossen entfernt hatte, und dann folgte

auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz ein Schlag von weittragendsten Wirkungen.

Seit den ungünstigen Ereignissen im Westen anfangs August 1918 drängte Kaiser Karl darauf, daß noch in diesem Jahre der Friede zustande kommen müsse. In wechselseitlichen Verhandlungen zwischen den Verbündeten drehte es sich darum, daß von reichsdeutscher Seite ein unmittelbarer Friedenschritt als verderblich verworfen und die Vermittlung einer am Kriege unbeteiligten Macht für angezeigt erklärt wurde, während Kaiser Karl den Vorschlag von Österreich-Ungarn ausgehen lassen wollte, um sich „die Rolle des Friedensstifters nicht von anderen nehmen zu lassen“. Trotz des deutschen Widerspruches ließ der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Burian, der Nachfolger des Grafen Czernin seit dem Frühjahr 1918, am 14. September eine Friedensnote hinausgehen, durch welche die politische Stellung des Vierbundes den Feinden gegenüber erschüttert wurde. Zwei Tage vorher hatte der Vizekanzler von Payer in einer Rede zu Stuttgart den unzweideutigen Verzicht des deutschen Reiches auf Belgien ausgesprochen, aber betont, daß das im Osten Erreichte festgehalten werden sollte. Die Feinde nahmen beide Kundgebungen als Beweis der Schwäche — den Verzichtleuten im Reich aber ging Payer noch nicht weit genug, weil er nicht auch den Osten preisgab.

Am 15. September erfolgte an der mazedonischen Front der große Stoß des Vielverbandes — Franzosen, Engländer und Serben —, der in einer Tiefe von 30 km die Linie der kampfmüden, teils bestochenen, teils bolschewistisch verseuchten Bulgaren durchbrach. Der Erfolg war vollständig; das bulgarische Heer löste sich in wilder Flucht auf, und schon am 2. Oktober schloß Bulgarien einen Waffenstillstand ab, demzufolge es sein Heer auf den Friedensfuß setzen und den Einmarsch der Sieger gestatten mußte.

Hier rächte sich der schwere Fehler, daß im Spätjahr 1915 der Vierbund unter deutschem Einfluß auf die Einnahme von Saloniki verzichtet hatte. Schnell auf den Weg gebrachte deutsche Truppen kamen zu spät nach Bulgarien, um das Geschehene rückgängig machen zu können; die an der mazedonischen Front stehende Division kehrte in der Überzeugung zurück, daß ihre Bundesgenossen nicht eigentlich geschlagen worden seien, sondern sich hätten schlagen lassen und fortgelaufen seien; die von ihnen besetzten Stellungen seien stark und leicht zu verteidigen gewesen. — Zar Ferdinand mußte abdanken; die öffentliche Meinung des Landes wurde geschlossen deutschfeindlich. Die Folgen dieser Vorgänge waren überaus ernst: abgesehen von der stimmungsmäßigen Wirkung des bulgarischen Abfalls war nicht nur die Verbindung mit der Türkei zerrissen, sondern es lag auch einem Angriff des über eine halbe Million starken mazedonischen Heeres des Vielverbandes auf die Südgrenze Ungarns nichts mehr im Wege.

Die unglücklichen Ereignisse beschränkten sich nicht auf diesen Kriegsschauplatz. Die Mächte des Vielverbandes, die durch die im Laufe des Jahres 1918 eingetroffenen Amerikaner außerordentlich gestärkt worden waren, und in denen der entschlossene Wille zur Durchführung des Krieges lebte, griffen im September überall an, und überall hatten sie Erfolge. Am langsamsten ging es mit einem englisch-amerikanischen Vorstoß zwischen Etsch und Brenta, dem die Heere des Feldmarschalls Boroëvic, der dort den Oberbefehl führte, tapfersten Widerstand entgegenstellten. Um so schlimmer entwidelten sich die Dinge in Palästina, wo den Engländern am 21. und 30. September große Schläge gelangen; die Türken verloren in diesen Tagen an 70000 Gefangene; ihre Truppen hatten alle Widerstandskraft eingebüßt und ihre Führer waren zum Teil bestochen.

In ungefähr derselben Zeit gingen im Westen die Amerikaner zum Angriff über und am 26. September unternahmen sie nach furchtbarer Feuervorbereitung zusammen mit französischen Truppen in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas einen Gewaltvorstoß auf breiter Front, der die Deutschen zur Preisgabe von wichtigen Orten wie Tahure, Varennes, Malancourt und Montfacon zwang und viele Gefangene kostete.

Eine Unglücksbotschaft nach der anderen lief in diesen Septembertagen bei der Obersten Heeresleitung ein; Bulgarien war aus dem Kriege ausgeschieden; der Zusammenbruch der Türkei stand unmittelbar bevor; Kaiser Karl hatte durch Burians Note zu erkennen gegeben, daß er Politik auf eigene Faust betreibe und entschlossen sei, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden zu suchen. Es mußte damit gerechnet werden, daß in einem nahen Zeitpunkt Deutschland auf sich allein angewiesen sein werde: im Westen stürmten die weit überlegenen Feinde vom Kanal bis zu den Vogenen in kaum unterbrochenen Vorstoßen an; von Südosten und Süden waren Angriffe zu erwarten, sobald Österreich-Ungarn die Waffen niedergelegt hatte — das deutsche Heer aber war angestellt von dem franken Geiste der Heimat, und in dieser selbst tobte innerer Zwist, war das Ansehen der Krone und der Staatsgewalt untergraben, griffen die Wortführer der Reichstagsmehrheit nach der Herrschaft; die Bevölkerung war in breitem Umfange zermürbt, dabei förmlich durch die Lebensmittelnot und die Massenerkrankungen an Grippe hart mitgenommen. Zu Hause kein Führer, der das Volk in die Höhe hätte reißen wollen — an der Front die Oberste Heeresleitung, von den furchtbar schweren Aufgaben dieser Tage ganz in Anspruch genommen, in der Erwartung neuer Angriffe an jeder Stelle des westlichen Kriegsschauplatzes.

Bevor geschildert wird, wie sie in so gespannter Lage sich verhielt, sei mit ein paar Worten dargelegt, wie sich die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege äußerte. Wir wissen, mit welcher Tatfrage man dort

an die Aufstellung eines großen Heeres gegangen war; Präsident Wilson predigte den „Kreuzzug“ gegen das verbrecherische deutsche Reich und das Land folgte seinem Aufruf — einschließlich der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung. Das Heer wurde mit allem Kriegsbedarf neuester Erfahrungen reichlich versehen, vor allem mit Geschützen, Schlachtwagen (Tanks) und Flugzeugen. Die Hoffnung — ja Zusage — der deutschen Flottenleitung, das Herüberkommen der zur Beförderung der Menschen und des Kriegsgerätes gebrauchten ungezählten Schiffe durch die Unterseeboote verhindern oder wesentlich beschränken zu können, wurde, wie oben dargetan ist, enttäuscht, und wirklich stand um die Mitte des Jahres 1918 ein gewaltiges Heer auf französischem Boden, das berufen war, den englisch-französisch-belgischen Streitkräften, die unter den schweren Schlägen der deutschen Frühjahrsangriffe schwer gelitten hatten, Entlastung zu bringen und den Gegenstoß zu ermöglichen. Sein Bestand wuchs von Tag zu Tag; auf die dringenden Hilferufe der Engländer, Franzosen und Italiener nach ihren Niederlagen hatte die Kriegsverwaltung der Vereinigten Staaten alles aufgeboten, um weitere Massen herüberzuschaffen, und es war ihr gelungen. Die Gesamtstärke der amerikanischen Heere zur Zeit der höchsten deutschen Gefahr ist noch nicht genau bekannt geworden; im Juli 1918 soll sie über 1200000 Mann, Ende Oktober an oder über zwei Millionen betragen haben. Dieser Zuwachs an frischen, gut genährten, gesunden und kriegswilligen, trefflich ausgerüsteten Menschen war es, was der Vielverband vor dem deutschen Reiche voraus hatte; seine Heere schmolzen zusammen; für ihre Auffüllung kamen noch die „Reflamierten“ aller Art in der Heimat und der jüngste Jahrgang der noch nicht voll 18jährigen in Betracht — freilich auch die Massen von Kriegsmüden, die sich seit Wochen, unter dem Vorwande ihre Truppen- teile nicht mehr finden zu können, in den „Etappen“ herumtrieben. Einen den Amerikanern ebenbürtigen Ersatz bot keine dieser Gruppen. Es wird der Obersten Heeresleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie über die Zahl der Amerikaner falsch unterrichtet gewesen sei und daß sie deren Gefechts- wert falsch eingeschätzt habe. Beides wird bestritten — das eine mit der Behauptung, daß man genau gewußt habe, wie stark die Amerikaner seien, das andere mit dem Hinweis auf die mangelnde Ausbildung und Kriegserfahrung von Führern und Truppen, die den Deutschen niemals hätten gefährlich werden können, wenn sie durchweg noch von demselben Heldenmut und Ehrgesühl erfüllt gewesen wären, wie vor dem Wirk- samwerden der zerstörenden Bestrebungen. Auch jetzt waren die Amerikaner, Deutschen gegenübergestellt, keine an sich gefährlichen Gegner, aber ihre Anwesenheit ermöglichte es den Franzosen und Engländern, alles, was sie von kriegsbrauchbaren Truppen zur Hand hatten, in der Kampffront zu verwenden, und die noch kriegsungeübten Amerikaner zu

anderen Diensten heranzuziehen. Wo sie selbst in der Schlacht aufraten, konnte es mit solcher Übermacht geschehen, daß sie die immer dünner gewordenen deutschen Linien, die immer mehr zusammengeschmolzenen Verbände, zu erdrücken drohten. Bis zuletzt aber waren die Deutschen überzeugt, daß die Amerikaner an sich keine gefährlichen Gegner seien — und es kann hier ausgesprochen werden, daß jeder tüchtige deutsche Frontkämpfer bis zur Einstellung der Kriegshandlungen das Gefühl unbedingter Überlegenheit auch über Engländer und Franzosen behalten hat.

In den letzten Septembertagen stand die Oberste Heeresleitung unter dem Eindruck der schlimmen Nachrichten von allen Kriegsschauplätzen; sie war bedrückt von den Erscheinungen, die sich bei manchen Truppen im Westen zeigten, und hatte mit einer Wiederbeteiligung Rumäniens am Kriege zu rechnen. Unter solchen Umständen erkannte sie, daß der Vernichtungswille der Feinde — an den sie auch jetzt selbstverständlich noch glaubte — nicht mehr, wie sie bisher angestrebt hatte, durch deutsche Angriffe gebrochen werden könne; sie rechnete damit, den Feind durch Abwehrschlachten und die hohen für ihn damit verbundenen Menschenopfer friedensbereit zu machen, wollte aber ihrem Vaterlande, wenn irgend möglich, die Fortführung des Krieges ersparen und beschloß deshalb bei den politischen Stellen auf Einleitung von Friedensverhandlungen zu dringen. Bei General Ludendorff hatten die Nachrichten von der Erschütterung der sittlichen Kampfeskratzt mancher deutscher Truppenteile vorübergehend die Befürchtung geweckt, daß das Heer keinen wirksamen Widerstand mehr leisten werde, daß die deutsche Front durchbrochen werden könne, daß dann der Zusammenbruch des ganzen Heeres zu befürchten sei und das Vaterland wehrlos vor den Feinden daliege. Feldmarschall von Hindenburg erkannte den vollen Ernst der Lage gleichfalls, war aber in keinem Augenblide verzweifelt sondern glaubte, daß der Widerstand so lange fortgesetzt werden könne, bis der Feind zum Frieden bereit sei. Deshalb war er einverstanden, als General Ludendorff ihm am 28. September 1918 in Übereinstimmung mit allen zuständigen Abteilungschefs der Operationsabteilung vortrug, die Regierung aufzufordern sofort in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Vielverband zu diesem Zwecke einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Die Oberste Heeresleitung knüpfte dabei an die Vorschläge an, die sie — unter dem Eindruck der Ereignisse vom 8. August — im Kronrat vom 14. August gemacht hatte. Am 28. September ging eine der Anordnung des Feldmarschalls entsprechende Drahtung nach Berlin, worauf am folgenden Tage Admiral von Hinze, der am 30. Juni zu Kühlmanns Nachfolger ernannt worden war, im Großen Hauptquartier eintraf. Der neue Staatssekretär schilderte bei den Besprechungen in Spaa den inneren Zustand des Reiches als verzweifelt

und sagte den Umsturz für die allernächste Zeit voraus; er meinte, um dem zuvorzukommen, müsse eine neue Regierung gebildet werden, die vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen sei, und nur eine solche könne den Feinden ein Friedensangebot machen, da die bisherige Regierung vor dem Ausland zu belastet sei, ja als verlogen gelte. In diesem Sinne hieß von Hinze auch dem Kaiser Vortrag, der sich dazu bestimmen ließ, die einleitenden Schritte für die Bildung einer neuen Regierung anzuordnen. Der Obersten Heeresleitung wurde versichert, daß das ohne Schwierigkeit ausgeführt werden könne — der müde, untätige Kanzler wurde bei allem kaum mehr befragt, spielte keine Rolle.

Hier liegt nun der erste Irrtum der Politik der Obersten Heeresleitung in jenen Tagen vor — denn ihr Eingreifen war Politik im engeren und gleichzeitig im höchsten Sinne: sie stimmte den unstaatsmännischen Darlegungen und Vorschlägen des Staatssekretärs von Hinze zu, der damit seine kurze aber verhängnisvolle Tätigkeit in dieser schicksalschweren Zeit einleitete. Dieser Diplomat hatte einst zu den Hoffnungen des reichsdeutschen auswärtigen Dienstes gezählt, seit er aus der Flotte vom Kaiser dorthin übernommen worden war; er hatte im Rufe eines flugen, scharfblidenden, mutigen und tatkräftigen Mannes gestanden, so daß seine Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von den deutschvölkischen Kreisen mit Hoffnungen begrüßt worden war; jetzt zeigte er, wie wenig er so guten Ruf verdient hatte.

Er erwies sich für die Aufgaben eines deutschen Staatsmannes in solcher Zeit als vollkommen ungeeignet; er ging — politisch instinktlos — von der ganz falschen Voraussetzung aus, daß die innerpolitische Gefahr durch den Übergang zum „parlamentarischen System“ gebannt werden könne; das hieß, daß gerade denjenigen, die an der staatlichen Zerrüttung, seelischen Zermürbung und sittlichen Vergiftung des Volkes die Hauptshuld hatten, nun die Macht endgültig ausgeliefert werden sollte. Nur ein von den Lehren der Geschichte ganz unberührt Gebliebener, dem Wesen des eigenen Volkes zudem Fremder und für die nächsten Aufgaben deutscher Staatskunst Blinder, konnte auf einen solchen Gedanken kommen. Daß der Kaiser in seiner Haltlosigkeit Hinzes Vorschlägen keinen Widerstand entgegensezte, ist nicht zu verwundern, aber ein Unglück war es, daß die Oberste Heeresleitung, nachdem sie nun einmal gezwungen war in die Politik einzutreten, so gefährlichen Plänen nicht bis zu den äußersten Schlußfolgerungen widersprach. Im Großen Hauptquartier wußte man ganz genau, wer die Entartung der Heimat auf dem Gewissen hatte, wußte man, wer in Rückwirkung des dort erzielten Erfolges das Heer angestellt hatte, wer den Sturz der Obersten Heeresleitung anstrebte; sowohl Hindenburg wie Ludendorff verdammt die Aafterpolitik eines Scheidemann oder Erzberger, wie sie die Schwäche Bethmann Hollwegs,

seiner Nachfolger und ihrer Gehilfen, verurteilt hatten. Und trotzdem unternahmen sie nichts gegen den selbstmörderischen Versuch das Vaterland zu retten, indem man seinen Verderbern die Staatsgewalt endgültig in die Hände spielte.

Dem ersten Fehlgriff folgte ein zweiter: General Ludendorff, dem es mit der Erreichung eines Waffenstillstandes sehr ernst war, drängte, nachdem Staatssekretär von Hinze mit einem Vertreter der Obersten Heeresleitung nach Berlin zurückgekehrt war, in Ferngesprächen und Drängtungen in den nächsten Tagen darauf, daß die Bildung der neuen Regierung und die Einleitung von Verhandlungen mit den Feinden beschleunigt werde; in diesen Mitteilungen kamen unzweifelhaft Wendungen vor, wonach die Oberste Heeresleitung die militärische Lage als höchst gefährlich ansah.

Von ihr aus betrachtet kann man verstehen, daß sie die von ihr bereits seit Mitte August empfohlenen Verhandlungen mit den feindlichen Regierungen in Fluß bringen wollte — die hierzu gewählten Mittel waren aber verhängnisvoll und ließen jede Kenntnis des Wesens jener Personen vermissen, die nach Hinzes vom Kaiser gebilligten Plane jetzt zur Regierung berufen werden sollten. Ahnungslos, wie unter solchen Umständen ein derartiges mit der verzweifelten Lage des Heeres begründetes Drängen auf solche Leute wirken werde, bot insbesondere General Ludendorff den Machthabern von morgen, seinen politischen Gegnern seit längst, zugleich den Gegnern starker deutscher Reichsgewalt und entschlossener Kriegsführung, die Handhaben, um das Letzte, was von Ansehen und Achtung im Lande noch bestand — um die Stellung der Obersten Heeresleitung zu erschüttern, ihren politischen Einfluß bei der Kriegsführung auszuschalten und sie schließlich auch in den militärischen Fragen zur Seite zu schieben.

Das ist das Schicksalvolle im Vorgehen des großen Feldherrn und Vaterlandsfreundes, daß er — politisch ungeschult und unberaten, ohne die notwendige Personen- und Sachkenntnis in diesen Dingen, ohne das Gefühl für die Wirkung seiner Schritte — diesen Politikern der Reichsämter und der Reichstagsmehrheit gegenüber so verfuhr, als hätte er es mit sachlich auf demselben Boden stehenden Gesinnungsgenossen zu tun, die nur lässig gewesen wären und nur angespornt werden müßten — während nicht nur die Wortführer der Reichstagsmehrheit, sondern auch ein starker Teil der obersten Bürokratie nach Weltanschauung, Werdegang und Zielen auf ganz, ganz anderem Boden stand und aus dem Drängen des Generalquartiermeisters das Zugeständnis seines Zusammenbruches herauslas.

Wenn die Oberste Heeresleitung sich durch die militärische Entwicklung veranlaßt sah, in die Politik einzugreifen — was Recht und Pflicht der

Heldherren war — so mußte sie sich über das Wie und Wohin klar sein, mußte die Personen ins Auge fassen, die bis dahin die unglückliche Politik betrieben hatten, mußte vom Kaiser verlangen, daß er politisch Tauglichere an ihre Stelle berufe. Darin hatte Admiral von Hinze ganz recht, die alte Regierung war zu erfolgreichen Verhandlungen ungeeignet — grundsätzlich aber war es, die neuen nach Gesichtspunkten zu wählen, die vom Vertrauen des Auslandes bestimmt waren, weil das nach allen Lehren der Vergangenheit der Verderblichkeit für das eigene Land gleichkam. Die weitere Entwicklung hat das grausam bestätigt. Die Oberste Heeresleitung, die sich über die Ursachen der unseligen Kriegspolitik der Reichsregierung und über das Wirken der Reichstagsmehrheit ganz klar war, die sich schon früher mit dem Gedanken der „Diktatur“ als der Rettung in äußerster Not beschäftigt hatte, mußte wissen, daß jetzt in der Tat nur die festste Zusammensetzung aller staatlichen Macht in der stärksten Hand helfen konnte: sie mußte also den Kaiser verhindern, Hinzes Rate folgend durch den Übergang zum Parlamentarismus die Staatsgewalt an längst als unsfähig erwiesene Volksredner auszuliefern, und sie durfte ihrer eigenen Stellung nicht das Grab graben, indem sie diesen Leuten — den Eindrücken der augenblicklichen Lage an der Front erliegend — nun den bestimmenden Einfluß auf die weitere Kriegspolitik geradezu in die Hand spielte.

Zur Erklärung des von unheilvollsten Wirkungen begleiteten Verhaltens der Obersten Heeresleitung in den Tagen um die Wende der Monate September und Oktober ist gesagt worden, daß General Ludendorff vorübergehend unter dem Eindruck der auf ihn anstürmenden Unglücksbotschaften die Nerven verloren habe — er selbst bestreitet das. Man wird sich nicht auf einen Streit darüber einzulassen haben, was unter jener Wendung verstanden werden kann, und darf aussprechen, daß es kein Wunder wäre, wenn der große Feldherr, auf dem die Hauptlast einer weltgeschichtlich beispiellosen Kriegsführung ruhte, nach mehr als vier fast urlaublosen Jahren die sonst stets bewährte Spannkraft eingebüßt hätte. Überdies handelt es sich bei den hier in Frage stehenden Maßnahmen vorwiegend um das Politische, wo die Vorbildung auf dem Gebiet der Sach- und Personenkenntnis nicht ausreichte und der Instinkt versagte. Die treuesten Verehrer des Generals, die Bewunderer seiner Feldherrngröße, können die Feststellung nicht umgehen, daß er durch sein politisch-unpolitisch Verhalten in einem weltgeschichtlichen Augenblick eine der Ursachen, unter anderen, geschaffen hat, durch die eine Reihe von Wirkungen ausgelöst wurde, für die er, streng genommen und nach Maßgabe der politischen Verantwortungsbegriffe, nicht haftbar gemacht werden kann, für die er aber trotzdem als der Träger der letzten Rettungsmöglichkeit die weltgeschichtliche Verantwortung trägt.

Es ist nicht anders: in jenen September- und Oktobertagen wurde

Wirklichkeit, was die treuesten Vaterlandsfreunde insgeheim gefürchtet und wovor sie gewarnt hatten: daß die Oberste Heeresleitung durch politische Maßnahmen, deren Tragweite ihr mangels ausreichender Vorbereitung und Beratung nicht vor Augen stünde, ihren Ruhm, ihre Volkstümlichkeit aufs Spiel setzen und verlieren könne.

\* \* \*

Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, die durch Ludendorffs unbestrittenes Drängen auf die nicht mehr aufschiebbare Einleitung von Friedensverhandlungen in Gang gesetzte Entwicklung im einzelnen zu schildern: innerpolitisch war die Wirkung sofort verwüstend; außerpolitisch kam ein Augenblick, wo sie gehemmt zu werden schien, dann aber wetteiferte sie an Verderblichkeit mit jener nach innen. Der Zusammenhang war so: Am 24. September war der Hauptausschuß des Reichstags wieder zusammengetreten — diese politische Geißel des deutschen Volkes, der Kreis, von dem unendliches Unheil während der Kriegsjahre ausgegangen war. Obwohl die Kriegslage die äußerste Kraftanspannung von Volk und Staat, also das Schweigen aller inneren Gegensätze forderte, rückten die sozialistischen Führer mit dem Verlangen heraus, die Regierung zu „parlamentarisieren“, und stellten dafür ihre Bedingungen, die außerpolitisch hauptsächlich auf den vollen Verzicht, innerpolitisch auf weiteres Nachgeben gegenüber ihrem Machtstreben hinausließen. Wohin die Absicht ging, ergab sich aus dem Verlangen jene Verfassungsvorschrift aufzuheben, nach der Reichstagsabgeordnete nicht Mitglieder des Bundesrates sein konnten: Die Parteführer wollten Minister und Staatssekretäre werden. In die Verhandlungen hierüber platzte am 25. September die Nachricht, daß Bulgarien um Waffenstillstand gebeten habe; bis dahin war der Öffentlichkeit von den Vorgängen im Südosten nichts bekannt geworden. Sie stellte dem Ausschuß den Ernst der Lage eindringlichst vor Augen, und er mochte sich überlegen, ob dies der Zeitpunkt sei sich mit Verfassungsänderungen abzugeben. Die Frage wurde mit der heuchlerischen Begründung bejaht, daß gerade diese Vorgänge dazu drängten „neue Bahnen zu beschreiten“, die zur reinen Parlamentsherrschaft im Reich und in den Bundesstaaten führen sollten.

Mit den Eindrücken dieser Verhandlungen war Staatssekretär von Hinze am 29. September ins Große Hauptquartier gekommen, und er hatte den Kaiser für die Erfüllung der Parlamentsforderungen gewonnen. Graf Hertling war politisch erledigt; wegen der Verhandlungsfähigkeit mit dem Ausland sollte eine neue Regierung gebildet werden, bei der die Ansprüche der Wortführer der Reichstagsmehrheit weitgehend berücksichtigt werden sollten. Zunächst galt es den Nachfolger Hertlings, den neuen Kanzler, zu suchen — eine für die Geburtsstunde des sog. deutschen

Parlamentarismus nicht leichte Aufgabe, da unter den Führern der Mehrheit kein Mann war, der nicht nur die für dies Amt notwendigen Eigenchaften sondern auch das persönliche Ansehen besessen hätte. Man mußte den Kanzler außerhalb des Reichstags suchen — eine Verhöhnung des sog. „parlamentarischen Gedankens“, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Während man einen Kanzler suchte, über ihn verhandelte, sollten die von Ludendorff dringlichst verlangten Maßnahmen für die Friedensschritte nicht unterbleiben: über sie wurde unter der Leitung des Vizekanzlers von Payer beraten. Die Führer der Reichstagsparteien, denen kurz vorher noch von einem militärischen Vertreter der Obersten Heeresleitung dargelegt worden war, daß die Lage befriedigend sei, wurden von der veränderten Auffassung des Großen Hauptquartiers unterrichtet. Die Wirkung auf die Leute des Verzichts, diese geschworenen Gegner Ludendorffs, kann man sich denken, besonders wenn man die in den Berichten der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spaa enthaltenen Sätze liest, nach denen der Generalquartiermeister bei verschiedenen Unterredungen am 1. Oktober geäußert haben sollte „heute halte die Truppe noch, was morgen geschehen werde, sei ungewiß“; — „es könne jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen“ — „48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten; das Friedensangebot müsse auf allerschnellste Weise herauskommen“.

Die Führer der Reichstagsmehrheit zogen aus den ihnen gemachten Mitteilungen den Schluß, daß das Heer vor dem Zusammenbruch stehe, daß die bisherige Zuversicht der Obersten Heeresleitung entweder Selbsttäuschung oder Betrug an der öffentlichen Meinung gewesen sei; nun, im Augenblick der höchsten Not, stürze das Gebäude der Hoffnungen oder Täuschungen Ludendorffs ein, der offenbar selbst zusammengebrochen sei.

Am 2. Oktober hielt ein Vertreter der Obersten Heeresleitung den Parteiführern einen kurzen Vortrag über die Entwicklung der militärischen Lage in den letzten Tagen und schloß mit der Mahnung, daß weder Heer noch Heimat etwas tun dürften, was Schwäche erkennen lasse. Gleichzeitig mit dem auch von ihm für notwendig erklärten Friedensangebot müsse eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die den unbeugsamen Willen erkennen lasse den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen oder nur einen demütigenden Frieden geben wolle.

Diese Mahnung enthüllte die politische Unbelehrtheit der militärischen Stellen, ihre Selbsttäuschung über das, was von der Reichstagsmehrheit zu erwarten war, in erschütternder Weise! Die machthungrigen Volksvertreter als Hüter der inneren Einheit! Bezeichnend war weiter, daß dem Reichsausschuß kein Wort von dem gesagt wurde, was nach General Ludendorffs Überzeugung der Urgrund des Umschwunges an

der Westfront war: die Zermürbung der Front von der Heimat aus, an der die Mehrheitsparteien und ihre Presse die Schuld trugen.

Es war an sich klar aber auch ausdrücklich ausbedungen, daß die Mitteilungen aus dem Großen Hauptquartier geheim gehalten werden mußten, soweit sie die militärische Lage betrafen. Trotzdem wurden sie unverzüglich in die Öffentlichkeit hinausgetragen, und die Presse der Mehrheitsparteien, vor allem die jüdische, eröffnete einen niederträchtigen Kampf gegen die Oberste Heeresleitung. Ihr Leitwort war „belogen und betrogen“, — womit gesagt werden sollte, daß Ludendorff durch die Heeresberichte das deutsche Volk getäuscht habe. Wer jene Blätter aus dieser Zeit liest, erhält den Eindruck, daß sie die Vorgänge an der Front unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Begehrten betrachteten und den Augenblick gekommen glaubten, wo infolge des Zusammenbruches der Obersten Heeresleitung der „Militarismus“ beseitigt, die Krone gedemütigt und die reine Parlamentsherrschaft aufgerichtet werden könnte. So sahen tatsächlich die Führer der Mehrheitsparteien die Lage an, und es gehörte die ganze politische Weltfremdheit militärischer Kreise dazu, an die Einheitsfront im Innern unter ihrer Mitwirkung zu glauben.

Als Reichskanzler wurde von den Mehrheitsparteien Prinz Max von Baden, der Thronerbe des Großherzogtums, in Aussicht genommen; der Kaiser war bei der Auswahl seines obersten Beraters ganz ausgeschaltet; er hatte nur die Ernennung des ihm von den Parteiführern bestimmten zu vollziehen!

So weit waren Kaiser- und Königstum herabgedrückt, denen einst Wilhelm der Erste durch Bismarcks Taten neuen Inhalt gegeben hatte.

Am 1. Oktober 1918 wurde der neue Reichskanzler ernannt: in ihm berief der Kaiser den Mann ins Amt, der ihn selbst vom Throne stoßen und das Reich in abgrundtiefer Unglück stürzen sollte.

Prinz Max von Baden hatte in den letzten Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit durch einige Reden auf sich gelenkt, in denen die herrschende Judenpresse den Pulsschlag einer neuen Zeit verspüren wollte; diese Auffassung ließen sich die harmlosen Zeitungsleser beibringen, und der badische Thronfolger war über Nacht eine politische Hoffnung geworden. Wer freilich diese Reden mit eigenem Urteil gelesen hatte, war über die Unklarheit der Anschauungen, die Verschwommenheit der politischen Begriffe dieses zukünftigen Reichsfürsten erstaunt; der Prinz sprach von Weltgewissen und Völkerversöhnung, wo es darauf ankam, mit eisernem Willen das Daseinsrecht des eigenen Volkes gegenüber grausamen Feinden um jeden Preis durchzusetzen. Aber in der Welt der politisch Urteilslosen hatte er sich — bezeichnend dafür, wie wenig das deutsche Volk politisch im Kriege gelernt hatte — die Anwartschaft auf eine führende Rolle erworben, und schon wiederholt war, wenn der

Rücktritt Bethmann Hollwigs oder Hertlings in Frage stand, von ihm als Reichskanzler gesprochen worden.

Nun war er das wirklich geworden.

Prinz Max gehörte zu jenen, trotz allen guten Willens sich ihrem Volke anzupassen, doch ihm innerlich fremden Naturen, die allmählich in den fürstlichen Häusern die weitaus größere Mehrzahl bildeten: dazu war er weich und blieb der Wirklichkeit des staatlichen Lebens fern; er war unterrichtet und doch unbelehrt über die Grundlagen aller Herrschaftstätigkeit, zu politischer Wirksamkeit drängend und doch unpolitisch durch und durch, wohlwollend und doch der größte Schädiger gerade jener, denen er helfen wollte. Alles in allem ein Mann, der vielleicht Freunde und Verehrer gefunden hätte, wenn er sich den öffentlichen Dingen ganz ferngehalten hätte — der auf Grund seiner Reden sich als Oberhaupt eines kleinen Staatswesens ungeeignet erwiesen hatte — der jetzt in höchster Not der politische Führer und Retter eines in sich zerrissenen Volkes werden sollte. Erfunden wurde dieser Kanzler von den Führern der bürgerlichen, jüdisch-bestimmten Demokratie, denen er wesensverwandt war.

So unpolitisch der neue Kanzler war, — die ungeheure Gefahr, die das Verlangen Ludendorffs nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen nach innen und außen in sich schloß, erkannte er doch, und er weigerte sich dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachzukommen; er wollte mindestens acht Tage Zeit haben und begründete diesen Aufschub ganz richtig. Zwei Tage lang sträubte sich der Prinz gegen die wiederholte Aufforderung des Großen Hauptquartiers — und das war der Zeitpunkt, in dem die außenpolitische Wirkung von Ludendorffs Drängen gehemmt werden konnte. Als aber am 3. Oktober Feldmarschall von Hindenburg, der nach Berlin gekommen war, erklärte, „die Oberste Heeresleitung bleibe auf ihrer am 29. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen — die Lage verschärfe sich täglich und könne die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüsse zwingen“ —: da fügte der Kanzler sich und ließ in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1918 drächtlich die Bitte an den Präsidenten Wilson hinausgehen, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen“. Dabei erklärte er, daß die deutsche Regierung das von Wilson „in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungenannehme“, und ersuchte um sofortigen Waffenstillstand.

Am 5. Oktober trat Prinz Max von Baden zum ersten Male als Reichskanzler vor den deutschen Reichstag und kündigte seine Pläne zum Umbau der Verfassung und des öffentlichen Lebens an — in jeder Einzelheit ein

Nachgeben gegenüber den Forderungen der Masse, eingefleidet in eine jener überlegen sein sollenden Reden, die nichts als Schwäche atmen —; zum Schlusse machte er das Haus mit seinem Friedensschritte bekannt, den er in seiner weichen Art begründete. Immerhin erklärte er, daß, wenn die Feinde dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden verweigerten, der Endkampf auf Leben und Tod geführt werden müsse, der die Deutschen geschlossen und einig finden werde.

So war der erste Schritt auf dem verderblichen Wege getan und der Welt bekannt gemacht worden.

Über die Verantwortlichkeit für ihn ist, als das Maß des Unheils offenbar wurde, zwischen den militärischen und politischen Stellen gestritten worden. Wie die Dinge liegen, kann die Oberste Heeresleitung nicht von dem Vorwurf entlastet werden, unter solchen Umständen, in solcher Art, ohne richtige Vorstellung von den innerpolitischen Folgen ihres Drängens, das Friedensgesuch angeregt und auf ihm bestanden zu haben — die politische Verantwortung für die Absendung des Friedensgesuches und seinen Inhalt trifft den Reichskanzler, und seine Schuld ist um so größer, als er die Gefährlichkeit des Schrittes erkannte, ihn nicht tun wollte und schließlich gegen seine bessere Überzeugung doch getan hat.

Gibt es politisch Verdammenswerteres als solches Verhalten in einer Frage, wo es um das Dasein eines ganzen Volkes geht!

Hestgestellt sei, daß der sog. „Friedensschritt“ des Prinzen Max von Baden — wie nicht anders zu erwarten — die Zustimmung des weitaus größten Teiles des Reichstags fand.

Die Berufung des neuen Kanzlers war im Zusammenhang mit einem „Systemwechsel“ erfolgt, den der Kaiser auf den Rat des Staatssekretärs von Hinze ausführte; in der Entlassungsurkunde an den Grafen Hertling sprach der Kaiser am 30. September 1918 aus, daß „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen“ sollten. Also ein weiteres Fortschreiten auf der Bahn, auf die er sich nach Michaelis’ Sturz hatte drängen lassen: damals wurden zum ersten Male leitende Beamte den Parlamenten entnommen, jetzt wurde zugestanden, daß dies in „weitem Umfange“ geschehen sollte, und unter den vom „Vertrauen des Volkes getragenen Männern“ wären die Wortführer der Massenparteien verstanden. Freilich: der reine Parlamentarismus war damit noch nicht geschaffen — trotzdem nahm die bürgerliche Demokratie diese Abschlagsleistung befriedigt an, die Sozialisten dagegen murnten sofort, daß dies nicht die ganze Erfüllung der Volksforderungen sei. Die Bescheidenheit der bürgerlichen Demokraten läßt sich aus der Verlegenheit er-

Flären, den Posten des Reichskanzlers nicht aus den Reihen der zur Mehrheit gehörenden Parteien besetzen zu können. So pries man die kaiserliche Kundgebung vom 30. September als die Einleitung einer neuen Zeit, die dem Volke den Anteil an der Regierung zuweise — und stritt sich um die Verteilung der Beute, die den Führern der Mehrheit zufiel. Von den zu Staatssekretären ernannten Abgeordneten seien hier nur Erzberger und Scheidemann erwähnt, die nun Gelegenheit erhielten, ihre staatsmännische Begabung als Regierende zu erweisen.

Die Rechte — bestehend aus den Konservativen und Nationalliberalen — blieb von der Heranziehung zu den leitenden Ämtern ausgeschlossen; Prinz Max hatte ein Kabinett der Mehrheit bilden lassen — eine eigenartige Einleitung zu der Sammlung aller Kräfte des Volkes, die er ankündigte. Von ihm und von dem ihn beratenden Staatssekretär von Hinze aus war die Haltung konservativer und nationalliberaler Abgeordneter durch die Rücksicht auf die verheizten Massen des eigenen Volkes und auf die Stimmung des feindlichen Auslandes bestimmt: diese Gruppen waren von der jüdischen Presse vor dem Inland und Ausland als Träger der „Kriegsverlängernden, reaktionären, Weltmachtlüsternen alddeutschen Annexionsbestrebungen“ so sehr gebrandmarkt, daß sie für das geplante Friedenswerk unmöglich erschienen. Sie sind dadurch davor bewahrt geblieben, an der Zertrümmerung des deutschen Reiches mit schuldig zu werden. Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die Konservativen, besonders ihr Führer Graf Westarp, die verderbliche Politik der vier Kanzler des Krieges bekämpft haben — zuerst, wie wir wissen, unter Bethmann nicht entschieden genug, dann zu Beginn der Kanzlerschaft des ihnen von früher als gesinnungsverwandt bekannten Grafen Hertling auch nur mit Zurückhaltung, schließlich aber mit Nachdruck und Würde; ihre Führer sind in der ganzen Volksvertretung eigentlich die einzigen gewesen, die das Gewissen des deutschen Volkes gewahrt haben — nicht gut machen ließ sich freilich die Versäumnis der ersten Kriegszeit, wo sie Bethmann Hollweg nicht mit der rücksichtslosen Entschlossenheit bekämpft haben, die zur Beseitigung dieses Reichszerstörers notwendig war.

Mit der Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und der Bildung seines „Kriegskabinetts“ — ein Schlagwort, das eine Lüge war — hatte der Kaiser aufgehört politisch Herrscher zu sein; die Tätigkeit der neuen Regierung erstreckte sich in den 40 Tagen ihrer Amtszeit darauf, außenpolitisch den Frieden um jeden Preis herbeizuführen, innerpolitisch den Kaiser auch militärisch zu entrechten und damit zum Schattenherrscher zu machen.

Friede um jeden Preis war tatsächlich das Verlangen der Regierungsleute vom Schlagzeug eines Scheidemann, auch wenn sie zunächst

vom ehrenvollen Frieden sprachen oder vor der Torheit warnten, das Gewehr früher als die Feinde in die Ede zu stellen — auch wenn sie die Bereitwilligkeit des Volkes zur äußersten Fortsetzung des Krieges ankündigten, falls die Feinde keine annehmbaren Bedingungen stellten oder, wie Prinz Max von Baden, vom Kampf auf Leben und Tod redeten, wenn ein ehrenvoller Friede nicht bewilligt werde.

Die Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 bietet ein trostloses Bild: wo höchste Kraftanspannung und Einigkeit geboten war, um im Halle der Ablehnung des Friedensangebotes oder unerträglicher feindlicher Bedingungen das ganze Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen und den Feinden einen Widerstand entgegenzusetzen, der sie zur Sinnesänderung gezwungen hätte, ein Treiben, das von großem Sinne nichts merken ließ. So sind diese Wochen, während draußen an der Front das wieder standhaft gewordene Heer eine letzte Heldenzeit von erschütternder Größe erlebte, während die Oberste Heeresleitung — zur Erkenntnis der unerbittlichen Notwendigkeit des Kampfes bis zum äußersten gelangt — den Volkskrieg vorbereitete und forderte, erfüllt von innerpolitischen Zwist, von hässerfüllten Anklagen gegen Ludendorff und seine Mitarbeiter, von Angriffen gegen die kaiserliche Kommandogewalt und jede bewährte Einrichtung des Reiches und Preußens. Hand in Hand damit ging das Bestreben, jeden weiteren Widerstand als nutzlos aber auch unnötig hinzu stellen — sich selbst und die Öffentlichkeit über den Vernichtungswillen der Feinde zu täuschen und dem Volke vorzureden, daß, wenn erst das deutsche Reich wirklich die Waffen niederlege, die anderen Kriegführenden dasselbe tun würden. Aber als die Feinde nicht so verständigungsbereit waren, wie man — von sich auf jene schließend — fälschlich angenommen hatte, folgte das würdelose Bühlen um die Gunst eines Wilson, das Bestreben, durch Änderung der Grundlagen des deutschen Verfassungsebens sich verhandlungsfähig zu erweisen. So entstand ein Gesamtbild, ein Wirrwarr, in dem nur die Kleinsten, Unfähigsten und Selbstsüchtigsten handelnd auftraten, weil alle guten und brauchbaren Kräfte in dem Maße als volksfeindlich verleumdet waren, daß außerhalb ihrer Gesinnungsgemeinschaft niemand auf sie hören wollte. Sie wiesen darauf hin, daß die berühmten „14 Punkte“ Wilsons zum Untergang des Vaterlandes führen müßten; sie forderten die nationale Verteidigung unter Berufung eines mit unbeschränkter Macht bekleideten „Diktators“; sie warnten vor der Nachgiebigkeit nach innen und außen — alles vergeblich: sie hatten keinen anderen Erfolg, als daß sie nur noch mehr als Feinde des Friedens und des Volkswohles verdächtigt wurden.

Die Oberste Heeresleitung aber mußte es erleben, daß die Fahrt auf dem Wege, den sie einzuschlagen empfohlen hatte, ganz wo anders

hinging, als sie sich gedacht hatte; sie mußte erfahren daß die Leiter ein ganz anderes Ziel im Auge hatten als sie, und sie hatte nicht die Macht, Einhalt zu gebieten oder die Richtung zu ändern.

Am 8. Oktober erfolgte Wilsons Antwort; in ihr wurde hauptsächlich die Forderung ausgesprochen, daß das deutsche Reich und seine Verbündeten die besetzten Gebiete räumen müßten und gefragt, ob der Kanzler „nur für diejenigen Gewalten spreche, die bisher den Krieg geführt hätten“ — eine im Verkehr von Staaten ungeziemende Frage, die der Anfang der amerikanischen Beeinflussung des inneren Zustandes im deutschen Reiche war. Am 12. Oktober antwortete das Auswärtige Amt, daß man zur Räumung der besetzten Gebiete bereit sei, und sagte, daß die jetzige Regierung „gebildet sei durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“, und daß der Kanzler „gestützt auf den Willen dieser Mehrheit“ im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes spreche; außerdem wurde bestätigt, daß die sog. „14 Punkte“ Wilsons von deutscher Seite angenommen worden seien, so daß die weiteren Verhandlungen den Zweck hätten, sich über die „praktische Anwendung“ der 14 Punkte zu verständigen. In dieser Note der angeblich fühlen Realpolitiker dieser Regierung, die in Wahrheit in einer Welt der eingebildeten Unwirklichkeit lebten, wurde kein Versuch gemacht die deutsche Würde zu wahren, und die ausdrückliche Unterwerfung unter die „14 Punkte“ kündigte die Bereitwilligkeit an, vom deutschen Reiche Elsaß-Lothringen, die Ostmark, Posen und Westpreußen abzureißen. Die völkischen Kreise taten das Äußerste, um hiergegen eine Volksbewegung zu entfachen — sie blieben allein. Am 14. Oktober erteilte Wilson die Antwort auf die letzte deutsche Note; er verlangte in der Hauptsache die Einstellung des U-Bootkrieges und bezog sich auf eine Bedingung, die er in einer Rede vom 4. Juli 1918 kundgegeben hatte; dort war verlangt: „Vernichtung jeder militärischen Gewalt überall, die es in den Händen hat... den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht“. Die amerikanische Note fuhr fort: „Die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, die der Präsident im Auge hatte; die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern“. Dann wurde gesagt, daß diese Bedingung erfüllt werden müsse, wenn der Friede „durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen solle“.

Damit war ausgesprochen, daß das Kaiserreich der Hohenzollern — sei es ganz beseitigt oder durch seine tatsächliche Entreditung dauernd der Stellung entkleidet werden sollte, die ihm nach der Geschichte und der Reichsverfassung zufiel.

Schmachvolleres war noch keinem Volke zugemutet worden, dessen Heere — einer Welt Troß bietend — noch weit im Feindesland standen und die, nach kurzem Schwanken wieder gefestigt, langsam in heldenhaften für die Heinde furchtbar verlustreichen Kämpfen zurückgingen.

Die Forderung Wilsons — von der unwahren Annahme ausgehend, daß der deutsche Kaiser diesen Krieg ohne Not veranlaßt habe — bedeutete eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Reiches; sie griff an die Ehre des deutschen Volkes, die in der Person des Reichsoberhauptes angetastet war. Gegenüber einem solchen Versuche, die Volksgesamtheit sittlich zu brechen, hatte außer Betracht zu bleiben, was der Kaiser seinem Amte schuldig geblieben, was er an seinem Volke gesündigt hatte. Hier gab es für Deutsche von Ehrgefühl nur eine Antwort: ein entrüstetes Aufbäumen gegen das Verlangen des Amerikaners und gegen die Unterstellung, von der es ausging — für eine deutsche Regierung konnte eine Wahl nicht bestehen; sie mußte die Verhandlungen abbrechen.

Anders die Reichsregierung, an deren Spitze Prinz Max von Baden stand, und zu der Scheidemann und Erzberger gehörten — anders die Reichstagsmehrheit, die von solchen Leuten geleitet wurde — anders die öffentliche Meinung, die von jüdischen und jüdisch-bestimmten Blättern vergiftet, betört und verführt war. Offen wurde die Frage erörtert, ob der Kaiser abdanken solle — derselbe Kaiser, dessen Politik vor und im Kriege die Reichstagsmehrheit eigentlich immer gebilligt hatte, der den ihr genehmen Bethmann Hollweg zum Schaden des Reiches und der Krone allzu lange im Amte gehalten hatte, und dessen Kanzler im Kriege alle eine der Mehrheit nachgebende innere Politik getrieben hatten!

Die Reichsregierung hielt es für richtig, auf Wilsons Note einzugehen und zog den ersten Generalquartiermeister und Admiral Scheer zur Beratung der Antwort zu; am 17. Oktober wohnten beide einer Sitzung bei. General Ludendorff erklärte in der Hauptfrage, daß er nach wie vor für Verhandlungen eintrete, aber es dürften nur Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden, die dem deutschen Heere eine geregelte Räumung der besetzten Gebiete gestatten — ausgeschlossen sei es, sich Bedingungen zu unterwerfen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich machten. Wolle der Feind dies und verlange er etwas gegen die nationale Ehre, so müsse ihm ein Nein entgegengesetzt werden. Der General berichtete ergriffen von dem Heldenmut und der Opferwilligkeit der deutschen Truppen und Offiziere und ging bei seinem Vorschlage von der von ihm hervorgehobenen Tatsache aus, daß das eigene Heer widerstandsfähig und der Feind zur Zeit abgekämpft sei. In einer zweiten am selben Tage abgehaltenen Beratung

empfahl er deshalb eine Antwort, die der deutschen Würde entspreche.

In der dritten deutschen Note vom 20. Oktober wurde die Einstellung des U-Bootkrieges zugestanden und auf die Verfassungsänderungen, die im Werke seien, sowie auf die Art des Zustandekommens dieser Reichsregierung und auf die Zustimmung der überwältigenden Volksmehrheit zu ihrer Politik hingewiesen. Von einem Versuche, die deutsche Würde zu wahren, konnte auch diesmal kein noch so Wohlwollender etwas merken.

Nun wurde Wilson am 23. Oktober noch deutlicher und verlangte den Rücktritt des Kaisers so gut wie unverblümt; auch erklärte er, daß für den Vielverband ein Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen in Betracht komme, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch das deutsche Reich ausschließen.

Nun war es ausgesprochen, was die Feinde wollten: auf Gnade und Ungnade sollte sich das deutsche Reich den Feinden unterwerfen, nachdem es sein Oberhaupt beseitigt hatte, und dann warten, welche Verfügung der Vielverband über das wehrlose Volk treffe.

Gab es jetzt eine Wahl?

Für kein anderes Volk als für das führerlose und mißleitete deutsche dieser Zeit hätte es eine solche gegeben, für keine andere Regierung, als für die voll Furcht allein auf die großstädtischen, verhetzten Massen blickende deutsche. So antwortete sie am 27. Oktober ausweichend, indem sie auf die inzwischen vorgenommenen Verfassungsänderungen verwies, durch die die entscheidende politische Macht in die Hände der „Volksregierung“ gelegt sei und der auch die militärischen Gewalten unterstellt seien.

Wirklich hatten sich die Regierung und die Reichstagsmehrheit mit unwürdiger Folgsamkeit beeilt, Bismarcks Verfassung so zu ändern, daß sie die Gnade eines Wilson fänden; besonders war am 26. Oktober die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden, der sich diesem Eingriff willenlos gefügt hatte.

Am selben Tage heischte der Staatssekretär Scheidemann im Namen seiner Partei vom Reichskanzler die Abdankung des Kaisers, und erhielt General Ludendorff den Abschied.

Seit der dritten deutschen Note an Wilson vom 20. Oktober hatten sich die Wege der Obersten Heeresleitung von denjenigen der Regierung getrennt und seit der dritten Antwort Wilsons taten Hindenburg und Ludendorff alles, was in ihren Kräften stand, um einen Waffenstillstand unter so verderblichen und entehrenden Bedingungen zu verhindern. Das Schicksal, das sie zuerst in Gang gesetzt hatten, konnten sie nicht mehr aufhalten; sie hatten sich selbst des bestimmenden Einflusses über den Krieg begeben, als sie die politischen

Stellen zur sofortigen Herausgabe der Friedensbitte veranlaßt hatten. Nun erlag der erste Generalquartiermeister der Macht, die seine Gegner infolge jenes verhängnisvollen Schrittes erlangt hatten. Den äußersten Anlaß bot ihnen eine Kundgebung, die der Feldmarschall am 24. Oktober an alle Truppen hatte ergehen lassen; in ihr war gesagt, daß Wilsons Antwort die „militärische Kapitulation“ fordere und deshalb für das Heer unannehmbar sei. Es ergebe sich daraus, daß der Widerstand mit äußersten Kräften fortgesetzt werden müsse. Dieser Befehl war durch eine Verkettung von Umständen ohne General Ludendorffs Mitwirkung abgefaßt worden; er widersprach den Anschauungen und Absichten der Regierenden und sie veranlaßten, sobald sie davon erfuhren, daß er zurückgehalten wurde. Aus dem Inhalt der Kundgebung des Feldmarschalls schlossen Prinz Max und seine Leute, daß General Ludendorff der Urheber sei, und sie be- antragten beim Kaiser dessen Entlassung. Der General hatte in den letzten Tagen aus den Verhandlungen mit der neuen Regierung die Überzeugung gewonnen, daß diese Leute sich zu keiner Tat mehr aufraffen würden; um die Lage des Kaisers gegenüber der Heimat und den Feinden, und diejenige seines Vaterlandes den Feinden gegenüber zu erleichtern, hatte Ludendorff am 26. Oktober selbständig den Entschluß gefaßt, seinen Abschied zu erbitten — seine Entlassung erfolgte, unabhängig von seinem Gesuch, auf Betreiben der Regierung. Am selben Tage stand der große Mann zum letzten Male vor seinem obersten Kriegsherrn; er schied von ihm in der Überzeugung, daß binnen zwei Wochen auch der Kaiser gestürzt sein werde. So fiel dieser Mann. Ein erschütterndes Ende dieses Helden, für ihn noch erschütternder, als der Generalfeldmarschall ihn allein gehen ließ.

Mit Ludendorffs Entlassung verlor das immer noch heldenhaft kämpfende Heer sein Haupt, das ihm den einheitlich starken Willen gegeben hatte; sein Nachfolger wurde General Gröner — ein hervorragender militärischer Fachmann aber politisch ohne Halt, ja in den großen Fragen unzuverlässig; seine Wirksamkeit gereichte dem Heere zum Verderben.

\* \* \*

In Österreich hatte Kaiser Karl vor dem staatsfeindlichen Ansturm der Slawen aller Stämme zurückweichend und in der Hoffnung, damit die Gunst des Vielverbandes zu erkaufen, am 16. Oktober 1918 für Österreich eine Kundgebung erlassen, durch die er die Umwandlung der Reichshälfte „dem Willen der Völker gemäß“ in einen Bundesstaat zugestand, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bilden sollte. Harmlos meinte der Kaiser, daß das Vaterland so „gefestigt durch die Eintracht

der Nationen, die es umschließt, als ein Land freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen möge".

Damit war das alte Österreich aufgelöst, von dem eigenen Herrscher in Trümmer geschlagen. Die Deutschen der Alpenländer, die Polen und die Tschechen gingen alsbald daran, sich eigene Staatswesen zu gründen; die Deutschen Böhmens wandten sich an das deutsche Reich, und die Herrschaft des letzten Habsburgers zerrann unter seinen Händen.

Am selben 16. Oktober zogen die Magyaren aus der kaiserlichen Kundgebung für Österreich den Schluß, sich vollkommen selbstständig zu erklären und unabhängig von Österreich und vom deutschen Reiche den Frieden auf Grund der „14 Punkte“ Wilsons anzustreben. Als bald meldeten die Nichtmagyaren Ungarns ihr Selbstbestimmungsrecht an und bildeten deutsche, rumänische, slowakische, südslawische Volksräte. So war auch Ungarn in voller Zersetzung begriffen.

Trotz alledem hielt die Front: es gab kein Reich, kein Vaterland mehr — aber es gab noch eine „f. u. f. Armee“, die sich bis zum letzten Augenblick trotz der Verräter, die in ihr sich fanden, heldenhaft schlug — ein ergreifendes Beispiel für die zähe innere Kraft des geschicklich gewordenen. Seit der letzten Oktoberwoche hatten die Italiener wieder starke Angriffe unternommen; bis zuletzt wehrten sich die österreichisch-ungarischen Heere erfolgreich, insbesondere schlugen sich die deutschen Regimenter aus Kärnten und Deutschböhmen glänzend. Der Kaiser hatte, als die Wirkung seiner Maßnahmen ganz anders war, als er sie sich vorgestellt hatte, völlig den Kopf verloren; er entließ den Grafen Burian und berief am 24. Oktober den Grafen Julius Andrássy zum Außenminister. Dieser Magyare missbrauchte sein Amt, um für Ungarn Sondervorteile zu erzielen; er bestärkte den Kaiser in seiner Absicht, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden nachzusuchen. Die Ofenpester Regierung ging noch weiter: sie befahl, um das Wohlwollen des Vielverbandes zu erwerben, den magyarischen Truppen aus dem Kampfe auszuscheiden. Diese folgten dem verräterischen Befehle, indem sie ihre Stellungen im Stiche ließen und abrückten. Der verzweifelte Kaiser suchte am 27. Oktober den Sonderfrieden nach und erbat am 30. Oktober Waffenstillstand. Nun lief der Rest des Heeres auseinander; die in den vordersten Stellungen befindlichen deutschen Regimenter fielen infolge unflarer Hassung der Waffenstillstandsbedingungen in italienische Gefangenschaft. Das sterbende Österreich-Ungarn verpflichtete sich, seine Gebiete den Heeren des Vielverbandes zu öffnen. Durch diese Preisgabe des deutschen Bundesgenossen erschwerte Andrássy der deutschen Heeresleitung die noch vorhandenen Verteidigungsmöglichkeiten, da die Feinde nun von allen Seiten der Süd- und Südostgrenze angreifen konnten. So war die letzte Handlung Kaiser Karls und seines magyarischen Ministers Verrat am deutschen Reiche.

Am 4. November 1918 wurde der Waffenstillstand zwischen dem Donaureiche und dem Vielverband abgeschlossen.

Das österreichisch-ungarische Heer bestand nicht mehr — der Staat der Habsburger war zusammengebrochen.

So war das deutsche Reich jetzt ganz allein.

Mit um so größerer Eindringlichkeit stand es jedem Pflichtbewußten von politischer Einsicht vor Augen, daß es nur eine Rettung gäbe: den Versuch zu machen, das Volk vollkommen über die Folgen aufzuklären, die die Unterwerfung unter den Vernichtungswillen der Feinde haben mußte, — es im Hinblick auf diese furchtbare Gefahr zum höchsten Opfer aufzurufen und den letzten Kampf auf Leben und Tod zu wagen.

Aber an des Reiches Spitze stand Wilhelm II., der sich selbst preisgegeben hatte; Reichskanzler war ein Mann politischer Einbildung wie Prinz Max; Machthaber waren die Führer der großstädtischen Massen geworden, die längst den Einfluß auf ihre Gesellschaft verloren hatten; die öffentliche Meinung war von der Presse der Mehrheitsparteien beherrscht, die schändlicher schürte und heizte als je: heldenhafte Entschlüsse waren von all diesen nicht zu erwarten. So verhallten die Rufe, Warnungen, Aufklärungsversuche der Völkischgesinnten ungehört.

Am 28. Oktober hatten zwei der bewährtesten Heerführer, die Generale von Gallwitz und von Mudra, Gelegenheit vor den Staatssekretären ihre Überzeugung zu befunden, daß der Kampf fortgesetzt werden könne, wenn das ganze Volk aufgerufen werde — aber sie drangen nicht durch. Die in der Zeit Wilhelms II. längst willenlos gewordenen Berufsbürokraten, die kleinbürgerlichen Staatssekretäre nach der Art eines Payer, die allein nach unten schielenden in hohe Ämter gelangten Volksführer wie Scheidemann siegten im Rate mit ihrer Kleinheit über die willensstarken und kämpfbereiten Feldherren. Männer ohne Heldeninn können nichts heldisches wagen.

So wurden die Verhandlungen mit Wilson nicht abgebrochen. Nach einer vierten Note des Präsidenten beschloß die Reichsregierung eine „Waffenstillstands-Kommission“ unter der Führung des Staatssekretärs Erzberger zu dem feindlichen Oberbefehlshaber zu entsenden; sie war innerlich entschlossen, um jeden Preis Frieden zu schließen.

So sah das lebende Geschlecht den Zusammenbruch des deutschen Reiches und seines Volkes.

### Der Umsturz.

Die Erscheinungen, die schließlich den inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes verursachten, brauchten nicht unbedingt die äußere Niederlage des deutschen Reiches herbeizuführen. Das kämpfende Heer stand auch auf dem entscheidenden westlichen Kriegsschauplatz noch immer weit

in Feindesland, und die Oberste Heeresleitung wie die bewährtesten Heerführer waren Ende Oktober der Ansicht, daß der Krieg noch monatelang fortgesetzt werden könne — mit der Aussicht dem Feinde so schwere Verluste beizubringen, daß er bereit würde, dem deutschen Reiche einen annehmbaren Frieden zu gewähren. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Erfolges war um so größer, als seit der zweiten Hälfte des Oktober die Stoßkraft des Feindes fühlbar nachgelassen hatte, der Winter vor der Tür stand, und der Feind einen nochmaligen Winterfeldzug scheute. Am Tage der Entlassung des Generals Ludendorff berichtete der neue Kriegsminister General Scheuch in der Sitzung der Staatssekretäre, Feldmarschall von Hindenburg habe geäußert: „Wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen.“ Was der Oberste Feldherr der deutschen Heere hier gesagt hatte, war der Inbegriff aller Schlusfolgerungen, die aus den bei der Heeresleitung zusammenlaufenden Meldungen gezogen wurden.

Also: es war keine Rede davon, daß das Heer besiegt gewesen wäre, das Vaterland schutzlos dem Zugriff der Feinde dagelegen hätte. Daß der Feldmarschall mit seiner zuversichtlichen Meinung nicht allein stand, ergibt sich aus den oben berichteten Äußerungen der Generale von Gallwitz und von Mudra, und auch Ludendorffs Nachfolger General Gröner war Anfang November, obwohl er im allgemeinen schwarz sah, mindestens der Ansicht, daß die feindliche Stoßkraft nachgelassen habe. So bestand denn bei der Obersten Heeresleitung, auch nachdem Ludendorff ausgeschieden war, kein Zweifel darüber, daß entehrende und vernichtende Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen unannehmbar seien. In bezug auf die Räumung der besetzten Gebiete war im Halle des Waffenstillstandes an plamäziges Zurückgehen gedacht, um alles dort befindliche Heeresgut zu retten. An eine Preisgabe deutschen Bodens dachte die Oberste Heeresleitung überhaupt nicht, sondern an ein Zurückgehen bis auf die Reichsgrenze — noch viel weniger kam für sie die Entwaffnung des deutschen Heeres in Frage, das vielmehr während der Verhandlungen schlagbereit zusammengehalten werden sollte, um auf die Feinde den nötigen Druck auszuüben.

So lagen militärisch die Dinge Ende Oktober und Anfang November 1918, und es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Oberste Heeresleitung bei der Bildung ihres Urteils alle ungünstigen Folgen in Betracht gezogen hatte, die sich aus dem Ausscheiden aller Bundesgenossen des deutschen Reiches ergaben. Es steht also fest, daß nach der Überzeugung der für die Kriegsführung maßgebenden Stellen das deutsche Heer um diese Zeit noch kampffähig war und mindestens noch

wochenlang Widerstand leisten konnte — ganz abgesehen davon, ob und mit welchem Erfolge die Heimat zur „nationalen Verteidigung“ hätte aufgerufen werden können.

Wenn die Regierung des Prinzen Max von Baden sich trotzdem entschlossen hatte in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, obwohl dem deutschen Volke nach den Antworten Wilsons Unerträgliches zugemutet wurde, so bestand doch die Möglichkeit, daß sie scheitern würden, wenn die Feinde offenkundig an die deutsche Ehre griffen. Für diesen Fall hatte Prinz Max, hatten selbst sozialdemokratische Führer den Kampf bis aufs Äußerste angekündigt. Dies wird hier festgestellt, um den Schluß zu ziehen, daß auch sie die Weiterführung des Krieges militärisch für möglich hielten.

Wenn dann aus dem inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes die furchtbarste Niederlage wurde, die jemals ein Staat erlitten hat, so ist dafür der Umsturz verantwortlich zu machen, der Anfang November das deutsche Reich erschütterte, das Kaiserthum zerschlug, die letzten Reste des Ansehens der Staatsgewalt beseitigte, den Einfluß der Urteilsfähigen und Staaterhaltenden ausschaltete und die Herrschaft der politischen Streber aufrichtete, die sich auf die verhetzte und irregelte Masse stützten. Der Geist im Lande war vergiftet, Meuterei und Treubruch waren plamäsig in Heer und Flotte — vor allem in den „Etappen“ — vorbereitet worden. Dieser Teil der hochverräterischen Tätigkeit der Umsturzleute hat, als seine Folgen wirksam wurden, das Reich wehrlos gemacht und dadurch alles verschuldet, was sich aus der Wehrlosigkeit ergab. Es kam die Zeit, da die längst sichtbar gewordene sittliche und politische Erkrankung der Volksmasse zum Wahnsinn ausartete; da ihre Wurführer an die Spitze des Zerrbildes von Staat, das aus dem Reiche Wilhelms des Ersten und Bismarcks geworden war, getragen wurden, wo sie, von völkischem Ehrgesühle unberührt, nur auf die Stimmung ihrer Gefolgschaft horchten, vor der sie zitterten, weil sie die Führerschaft verloren hatten. Der Friede sollte den Arbeitermassen nach den Versprechungen jener, die sie zum Abfall vom alten Vaterlande misleitet haben, Freiheit, Arbeit, Brot bringen — darüber wurde alles andere vergessen, vor allem die Gesetze der völkischen Ehre und Selbstachtung und die Bedeutung der Staatsmacht, die sowohl für das Eigenleben jedes Volkes wie für sein Verhältnis zu anderen Völkern von entscheidender Bedeutung sind. Die vom Umsturz emporgetragenen Machthaber ohne Macht fügten sich dem Verlangen der verführten Masse nach Frieden um jeden Preis und erreichten, daß ihr wehrlos gemachtes Vaterland sich seinen unbarmherzigen Feinden auf Gnade und Ungnade unterwarf und in einen Zustand geriet, der weder den Frieden brachte, noch Brot, noch Freiheit, sondern die ewige Ohnmacht mit der Verarmung und Verstülpung des deutschen

Volkes — alles zum Verderben gerade jener, die sich in ihrer Verhezung und Urteilslosigkeit angemaßt hatten, die Geschicke des Vaterlandes selbst in die Hand zu nehmen.

Wie all dies Entsetzliche gekommen, sei kurz geschildert.

\* \* \*

Wir haben verfolgt, wie seit Bismarcks Entlassung die Staatsgewalt Schritt für Schritt vor dem Machthunger der Verführer der Arbeitermassen und vor der gewalttätigen Begehrlichkeit dieser selbst zurückgewichen war; während des Krieges hatte sich diese gefährliche, von der Sozialdemokratie gewissenlos betriebene Entwicklung beschleunigt mit dem Erfolge, daß das Ansehen der Krone und des Staates vernichtet war. Es gab nur noch eine Stelle, vor der auch die Massen Achtung hatten — die Oberste Heeresleitung; nun war ihr Ansehen durch die schändliche Verdrehung und Ausbeutung der Vorgänge im Großen Hauptquartier um die Wende der Monate September/Okttober von den zur Herrschaft drängenden Leuten der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse auch zerstört worden.

Alle üblichen Instinkte des öffentlichen Lebens waren entfesselt; wer das Gute und Nützliche für das urteilslose Volk erstrebte, wurde überschrien und verdächtigt. Ein Zustand, der auch die treuesten Volksfreunde verzweifelt stimmen konnte.

Und doch hatten die Dinge sich noch viel gefährlicher und verderblicher entwickelt, als auch gut Unterrichtete wußten. Neben der zerstörenden Tätigkeit, welche die zur Richtung der Reichstagsmehrheit gehörenden Volksverführer und ihre Presse öffentlich ausübten, machten sich die Wirkungen der geheimen, unterirdischen Arbeit geltend, die — wie nach dem Umsturz auch der Öffentlichkeit bekannt wurde — seit Jahr und Tag von den Anhängern der unabhängigen Sozialdemokratie im Bunde mit noch weiter links stehenden Gruppen ausgeübt worden war. Es ist zu gegebenen worden, daß sie mit russisch-jüdischem Gelde ermöglicht wurde, und heute ist nicht mehr zweifelhaft, daß ihr auch Mittel aus dem feindlichen Auslande, wenn auch mittelbar, zur Verfügung gestellt wurden. Die Sendboten der Verschwörung hatten sich über das Reich verbreitet; ihre Tätigkeit erstreckte sich auch auf die Verbindungs- und Besatzungstruppen im eroberten Gebiete, ja an manchen Stellen bis auf die Kämpfenden an der vordeisten Front und auf die Schlachtflotte. Mit besonderem Eifer wurde die Verhezung sowohl in der Heimat wie im besetzten Gebiete an Orten ausgeübt, wo größere Truppenmengen zusammengezogen waren, außerdem überall dort, wo die Industriearbeiterschaft stark vertreten war. Die Händen der Verschwörung ließen in den Händen der unabhängigen Sozialdemokraten zusammen, die unter jüdischer Führung standen, und an vielen Orten hatten Juden die Hand im Spiele. Seit

dem Frieden mit der Sowjet-Republik bestand enge Verbindung mit den jüdischen Machthabern des russischen Bolschewismus; die Folge davon war, daß die zum Umsturz willigen Angehörigen der Sozialdemokratie im deutschen Reiche immer weiter nach links getrieben wurden. Zum Zwecke der „Aufklärung“ wurden Redner ausgebildet und im Lande umhergeschickt, die sich zur unabhängigen Sozialdemokratie bekennenden Zeitungen im Heer und in der Flotte verbreitet, aufrührerische Flugschriften verteilt und geheime Versammlungen abgehalten. Besonders eifrig wurde dieser „Aufklärungsdienst“ in Eisenbahnzügen und Gastwirtschaften betrieben, wo dazu Angelernte die Rede auf die Zustände im Reich zu bringen hatten, um — wenn sie Gehör fanden — die Saat aufrührerischer Gedanken auszustreuen. Großen Anhang fanden diese Bestrebungen alsbald unter den jugendlichen Arbeitern, unter verheirateten Frauen und — auch auf den Schlachtschiffen der Flotte. Die Meuterei im Frühjahr 1917 war ein erstes Warnungszeichen gewesen; damals hatte der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle behauptet, daß die Meuterer mit den Führern der Unabhängigen in Verbindung gestanden hätten; er fand aber, als das, soweit die verbrecherische Absicht in Frage kam, von diesen geleugnet wurde, nicht den Entschluß, den Säden nachzugehen und die Zusammenhänge klarzulegen. Die Surdy vor der Reichstagsmehrheit, die den Unabhängigen beisprang, verhinderte rücksichtloses Vorgehen. Da und dort aufflammende Ausstände, Meutereien in heimatlichen und Verbindungsstandorten, besonders solche bei der Ausreise von Truppen ins Feld, bewiesen, daß das Gift des Aufrührgeistes zu wirken begonnen hatte — aber kaum jemand ahnte, in welchem Maße dies geschehen.

Als Prinz Max von Baden Reichskanzler geworden, als die Zeit des „parlamentarischen Systems“ gekommen war und der „neue Geist“ seine ersten Blüten trieb, verlangten die sozialistischen und die bürgerlichen Demokraten, daß die wegen politischer Verbrechen Verurteilten begnadigt werden sollten. Wirklich ließen sich die bundesstaatlichen Regierungen dazu herbei, und noch im Laufe des Oktobers 1918 wurden die wichtigsten Verbreiter des Umsturzgedankens in Freiheit gesetzt. Die Wirkung zeigte sich nach drei Seiten: Das Ansehen des Staates, wie es durch die Rechtsprechung zum Ausdruck kam, wurde weiter gemindert; die Begnadigten nahmen sofort ihre hochverräterische Tätigkeit wieder auf, für die sie durch die Entmutigung und Zermürbung der Heimat den Boden weiter bereitet fanden; wer bisher aus Surdy vor Strafen sich von solcher Wühlarbeit zurückgehalten hatte, erkannte, daß im deutschen Reiche des Prinzen Max von Baden der Hochverrat nicht mehr gefährlich sei.

An der Westfront kamen die schwersten Tage, die jemals ein Heer durchzumachen hatte: so wenig auch von den Einzelheiten des Waffen-

stillstandsgesuches und der politischen Vorgänge ganz vorn am Feinde bekannt geworden war, so war doch durchgedrungen, daß der Krieg abgebaut werden solle, und es war die stärkste Belastungsprobe für das Pflichtgefühl der Kampftruppen, von ihnen unter solchen Umständen das Ausharren im ungleichen Kampfe zu verlangen. Sie haben diese Prüfung bestanden. Es liegen erschütternde Beweise in Menge dafür vor, daß die kämpfende Front in den letzten Kriegswochen ein Heldentum über alles Beschreiben bewährt hat.

Die Flotte rüstete sich, falls die Verhandlungen scheitern sollten, mit größtem Nachdruck den Kampf aufzunehmen. Anfang August 1918 war der Sieger in der Schlacht vor dem Skagerrak, war Admiral Scheer Chef des Admiralstabes geworden; er hatte sich dabei Vollmachten ausbedungen, die nun — gegen das Ende des Krieges — endlich die kraftvolle Führung der Flotte nach einem Willen möglich machen; sein Nachfolger als Führer der Schlachtflotte war Admiral Hipper geworden, der an jener Waffentat rühmlichen Anteil hatte. Die Flottenverwaltung hatte den Auftrag, mit allen Mitteln besonders den Bau von Unterseebooten zu fördern, um England in höherem Maße zu schädigen, wenn der Krieg fortgeführt werden mußte. Also: die Führer der Flotte dachten ebensowenig wie die des Heeres an Unterwerfung unter den Willen der Feinde, an einen Frieden um jeden Preis; bei den Beratungen mit den Leuten der neuen Regierung hatten sie treulich an der Seite der Heerführer gestanden. Während diese sich auf den wiederhergestellten Geist ihrer Truppen verlassen konnten, wurden Scheer und Hipper von ihrer Waffe im Stiche gelassen, weil ein Teil der Matrosen vom Geiste des Umsturzes ergriffen war. Was sich im geheimen vorbereitet hatte, kam nun verderblich ans Licht.

Für die letzten Oktoberstage hatten Admiralstab und Flottenchef eine große Unternehmung gegen die englische Flotte vorgesehen; die Vorbereitungen waren so getroffen, daß die feindliche Flotte unter Bedingungen in einen Kampf verwickelt werden sollte, die eine schwere Niederlage in bestimmte Aussicht stellten. Scheer und Hipper, die Helden vom Skagerrak, waren gemeinsam am Werke: durfte die Flotte unter so bewährten Führern nicht auf den Sieg rechnen? Am 28. Oktober sollte die Schlachtflotte auslaufen — da brach offene Meuterei aus, die zum Flammenzeichen für den allgemeinen Umsturz wurde.

Man bedenke, was in den politisch und militärisch für das Vaterland so furchtbar schweren Tagen Ende Oktober 1918 ein deutscher Seesieg über die Engländer bedeutet hätte — und man ist sich über die Größe des Verbrechens klar, das Ehrvergessene damals begingen, auch wenn man die innerpolitischen Wirkungen jenes Verrates zunächst außer acht läßt.

Bei den Matrosen der Hochseeflotte hatten die Wühlerien der Unabhängigen günstigen Nährboden gefunden: das enge Zusammenleben auf den großen Schiffen, von denen die tüchtigsten der jüngeren Offiziere, die sonst den Verkehr mit den Mannschaften zu vermitteln, die sie zu überwachen und zu leiten hatten, für den Unterseebootdienst weggenommen waren, erleichterte den Verschwörern ihre Machenschaften. Dazu kam, daß der Dienst streng und eintönig war, ohne daß die Leute vom Erfolge etwas merkten, ohne daß ihre Einbildungskraft, ihre Stimmung durch glückliche größere Unternehmungen belebt worden wäre. Außerdem gehörten sie von ihrer bürgerlichen Tätigkeit her zum überwiegenden Teile zur Sozialdemokratie und hatten in den großen Kriegshäfen Kiel und Wilhelmshaven, deren Arbeiterschaft sich im Kriege für Werften, Fabriken und Werkstätten aller Art vervielfacht hatte, bei Landurlaub Gelegenheit, mit den dortigen Unabhängigen in Fühlung zu kommen. Andererseits hatten sie in der dienstfreien Zeit auf den Schiffen Muße umbeobachtet die eingeschmuggelten Zeitungen und Flugschriften zu lesen und zu besprechen. All diese Umstände hatten bewirkt, daß die Mannschaften der Schlachtflotte im Sinne des Umsturzes verseucht waren — diejenigen der Untersee- und der Torpedoboote, auf denen Offiziere und Matrosen eng zusammenlebten, waren trotz der Schwere ihres Dienstes in der Hauptsache davon frei geblieben.

Als nun in der Schlachtflotte die Vorbereitungen zu einem Unternehmen getroffen wurden, dessen Ziel den Untergebenen nicht bekannt war, verbreiteten die Rädelsführer zwei Lügen: Die Offiziere sähen voraus, daß die Flotte beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Engländer ausgeliefert werde, und hätten sich geschworen dies zu verhindern und für ihre Schiffe im Kampf mit der englischen Übermacht den Untergang zu suchen — wobei auf das Wahnsinnige eines solchen Unternehmens unmittelbar vor dem Waffenstillstand, der zum raschen Frieden führe, und auf das Verbrecherische, ungezählten Seeleuten wegen der verstiegenen Ehrbegriffe der Offiziere den Tod zu bereiten, hingewiesen wurde. Außerdem behaupteten die Heizer, ihre Führer am Festland hätten bestimmte Nachricht von Gleichgesinnten auf der englischen und französischen Flotte, daß, sobald die deutschen Kriegsschiffe die „rote Flagge“ hissten, beim Feinde dasselbe geschehen werde, womit der Krieg auf einen Schlag beendet sei. Durch solche Lügen betörten sie ihre urteilslosen Kameraden und die Meuterei brach aus, als der Flottenchef am 28. Oktober den Befehl zum Auslaufen gab; die Heizer rissen die Heuer heraus und auch an Deck zeigte sich Widersetzlichkeit. Noch gelang es der Meuterer Herr zu werden — aber an ein Auslaufen der Flotte war nicht zu denken; Admiral Hipper mußte das geplante Unternehmen, dessen Aussichten um so größer waren, als durch

die Einstellung des Untersee-Krieges alle U-Boote dafür frei wären, aufgeben und ließ das 3. Geschwader nach Kiel dampfen. Kein Zweifel, daß auf allen Schiffen die Treugebliebenen die große Mehrzahl bildeten, aber da sie sich aus dem falschen, ihnen beigebrachten „proletarischen Solidaritätsgefühl“ heraus weigerten, bei der Unschädlichmachung der Meuterer mitzuwirken, gegen sie von der Waffe Gebrauch zu machen, fraß der Aufruhr um sich, und in Kiel beschlossen die Rädelsführer, die Verhafteten zu befreien. Vom ersten November ab wurden dort von Arbeitern und Matrosen öffentliche Versammlungen abgehalten und Handlungen begangen, die aufrührerischer Art waren; sie zu verhindern wagte man aus politischen Rücksichten nicht, fürchtete auch, von den Truppen im Stiche gelassen zu werden. Am 3. November kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem Blut floß; am folgenden Tage bewaffnete sich ein Teil der Marinemannschaften am Festland eigenmächtig, um die Gefangenen zu befreien; am 4. November war die Bewegung so weit, daß die ersten „Soldatenräte“ von den Meuterern gewählt wurden und daß sie die rote Flagge offen zeigten. Am selben Tage unterbreiteten die Rädelsführer den Vorgesetzten ihre Forderungen, unter denen sich neben der Freilassung der jetzt Verhafteten und von dem früheren Glottenaufruhr im Zuchthaus sitzenden Verurteilten die Abdankung des Hauses Hohenzollern befand.

So weit war es gekommen, daß Angehörige der Flotte, der die besondere Sorge und Liebe Kaiser Wilhelms des Zweiten gegolten hatte, seinen Sturz verlangten!

Nun entwidelten sich die Dinge in rasender Schnelligkeit; die Vorgesetzten waren machtlos. Kiel vom übrigen Reiche abzusondern und damit den Herd der Empörung einzudämmen, wagte die Regierung des Prinzen Max nicht — oder durste es nicht. Es verdient, in diesem Zusammenhang festgehalten zu werden, was der „Vorwärts“, der nach dem Umsturz gewissermaßen „Regierungs-Organ“ geworden war, Anfang 1919 höhnisch schrieb: „Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr der Regierung hinderte.“ Nach Kiel wurden Unterhändler gesandt, die sich auf den Boden des Geschehenen stellten und vor allem weiteres Blutvergießen zu verhindern suchten, nachdem es auf dem Linienschiff „König“ zum Kampf gekommen war. Der ehrliebende Kommandant Kapitän z. S. Weniger hatte mit seinen Offizieren die deutsche Kriegsflagge gegen den Versuch der Meuterer, sie durch die rote zu ersetzen, mit der Waffe verteidigt und war dabei schwer verwundet worden. Am Abend des 4. November war der wichtigste deutsche Kriegshafen unbestritten in den Händen der Aufrührer; auf den Schiffen

und Werften, an den Dienstgebäuden wehte die rote Fahne — einst das Wahrzeichen der Seeräuber. Einer der von Berlin entsandten Unterhändler, der mehrheitssozialistische Abgeordnete Noske, wurde zum Gouverneur ernannt — später, als der Umsturz allgemein geworden war, wurde es als sein Verdienst gerühmt, daß er durch sein Verhalten in Kiel den Kampf gegen die Meuterer verhindert und damit die Ausbreitung der Bewegung nach außerhalb ermöglicht habe.

War Kiel jetzt nicht mehr zu retten, so galt es mit allen Mitteln den Aufruhr auf diesen seinen Sitz zu beschränken. Der Versuch dazu wurde gar nicht unternommen, weil die Berliner Regierung — längst gefangen in dem Wahne, daß der Umsturz unvermeidlich sei — nur bedacht war, Blutvergießen zu vermeiden: damit ließ sie sich von dem Angriffswillen der Empörer, die bei solchem Verhalten der Behörden ja keinerlei Gefahr ließen, überall das Gesetz vorschreiben.

Ungehindert von den bürgerlichen und militärischen Behörden sprang der Aufruhr zunächst auf Travemünde, Lübeck und Hamburg über; ungehindert verbreiteten sich die meuternden Matrosen von Kiel über das Reich, wobei sie planmäßig die militärisch und politisch wichtigsten Städte zuerst überrumpelten, dort die Gewalt an sich rissen und mit den örtlichen Führern der Verschwörung in Verbindung traten. Am 8. November waren sie die Herren von Köln, das der wichtigste Verbindungsstadt zur Westfront war; sie sperrten den Bahnverkehr nach der Front und verhinderten, daß Truppen, Lebensmittel, Schießbedarf dorthin befördert wurden. So fielen sie dem in denkbar schwerstem Kampfe gefangenene Heere in den Rücken.

Mit einem Schlag stand das Reich in den Flammen des Aufruhrs: überall waren die Sendboten von Kiel seine ersten Erreger, überall fanden sie Mitläufer bei den misstrauischen, beschäftigungslosen Besatzungen, überall traten — als die Behörden untätig blieben — die örtlichen Führer der Sozialdemokratie in den Vordergrund und bemächtigten sich der Bewegung. Es steht fest, daß — abgesehen von dem ganz verseuchten Kiel — überall nur wenige den Anstoß zur Umwälzung gaben, und es ist nicht zu bezweifeln, daß an den meisten Orten der Aufruhr ohne Schwierigkeit hätte unterdrückt werden können, wenn die Behörden den Entschluß zu kräftigem Handeln gefunden hätten. Aber woher sollte ein solcher kommen?

Der Reichskanzler Prinz Max ging bei der Beurteilung des inneren Zustandes im Reich allein von der Stimmung aus, die unter der verhetzten Arbeiterschaft der großen Städte herrschte, und er nahm es als feststehend an, daß diese den Willen und die Macht zum Umsturz habe; er ergab sich in die Entwicklung, als sei sie etwas unabänderliches. Die militärischen Befehlshaber der Heimat waren seit dem 26. Oktober 1918,

als die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden war, den maßgebenden politischen Stellen untergeordnet und durften nur auf deren Anordnungen einschreiten — die politischen Stellen aber wollten unter allen Umständen kein Blut vergießen lassen. Daß Offiziere, denen die Sicherheit der Heimat anvertraut war, gegebenenfalls um den Staat und die Krone zu retten, auf eigene Verantwortung handeln und von der in ihre Hand gelegten Macht Gebrauch machen müssen, daran dachte kein einziger von all den Befehlshabern im Reiche, und verhängnisvoll trat der Mangel an politischem Instinkt, politischem Erkennen und Wollen zu Tage, der bei den hohen Offizieren des deutschen Reiches herrschte. Nur gewohnt, auf Befehl zu handeln, waren sie rat- und hilflos, als der Befehl ausblieb, und ließen den Dingen ihren Lauf. So stießen die Leute des Umsturzes nirgends auf Widerstand, und kleinste Minderheiten zwangen der Mehrheit ihren Willen auf. Das Bürgertum sah sich von seinen Behörden und den Militärbefehlshabern im Stiche gelassen; Waffen besaß es nicht und die örtlichen Truppen schlossen sich überall dem Umsturz an. Was konnte, was sollte es tun, um einen Staat, eine Staatsform zu retten, die sich selbst aufgegeben hatte? Dazu kam, daß ja der weitaus größte Teil der bürgerlichen Bevölkerung den Einflüssen der zerstörenden Presse verfallen war und im Ernst daran glaubte, die innere Umwälzung werde den alsbaldigen Frieden mit Besserung der Ernährung und die Völkerverbrüderung bringen.

So geschah das Undenkbare, Schmachvolle, daß sich keine Hand für die Erhaltung des geschichtlich gewordenen Zustandes erhob und daß, als in Berlin das Kaiserthum gestürzt wurde, im ganzen Reiche die bestehende Verfassung als erledigt galt und mit ihr auch die Staatsform der Bundesstaaten in Trümmer ging.

Nach dem Willen der Urheber des Umsturzes sollte die Monarchie des Hauses Hohenzollern beseitigt werden — etwas, an dessen Ausführbarkeit noch im Frühherbst 1918 kein Führer der Regierungsozialisten gedacht hatte; nun fiel sie, weil sie sich selbst aufgab und weil ihr Träger Leute zur Regierung berufen hatte, die sich — wie er selbst — willenlos vom Strome treiben ließen.

Wir wissen, daß Präsident Wilson unverhohlen, wenn nicht die Abschaffung des Kaiserthums so doch seine Milderung an verfassungsmäßigem Einfluß und die Abdankung Kaiser Wilhelms II. verlangt hatte, sowie daß diese unerhörte Forderung nicht nur von den Führern der bürgerlichen und sozialistischen Mehrheit sofort aufgenommen und von ihrer Presse vertreten worden war, sondern daß Scheidemann im Namen der sog. Mehrheitssozialisten am 26. Oktober vom Reichskanzler in aller Form den Thronverzicht des Kaisers verlangt hatte. Prinz Max sah seitdem die Stellung des Kaisers als unhaltbar an und will sich bemüht haben, die Monarchie

als Staatseinrichtung und das Haus Hohenzollern zu retten, indem er den Kaiser zum freiwilligen Rücktritt zu veranlassen suchte.

Bereits am 1. November hatte sich ein preußischer Minister nach Spaa begeben, wohin der Kaiser in den letzten Oktobertagen zurückgekehrt war, um ihm im Namen der Regierung „über die Frage seiner Thronenthaltung Vortrag zu halten“; der Kaiser hatte ablehnend geantwortet, indem er darauf hinwies, daß er dem Heere den Obersten Kriegsherrn erhalten müsse und daß in der Heimat das Chaos eintreten werde, wenn das Staatsoberhaupt fehle; er hatte erklärt, daß er es als seine Pflicht betrachte auf seinem Posten auszuhalten. Auch als in der Heimat der Umsturz ausgebrochen war und um sich gegriffen hatte, blieb der Kaiser bei derselben Meinung und sprach sich insbesondere am 8. November bestimmt dahin aus, daß er nicht abdanken dürfe, weil sonst Volk und Heer der Zersetzung verfielen — er wollte vielmehr an der Spitze des Heeres in der Heimat die Ordnung wieder herstellen.

Im Laufe dieses Tages waren aus Berlin und aus den Etappen Meldungen über die Ausbreitung der Umsturbewegung eingegangen, so daß am 9. November im Großen Hauptquartier zu der Lage Stellung genommen werden mußte. Der Feldmarschall war unter dem Einfluß des Generals Gröner zu der Ansicht gekommen, daß der Kaiser seinen Vorsatz, an der Spitze der Truppen nach Hause zurückzukehren und dort Ordnung zu stiften, nicht ausführen könne; der Erste Generalquartiermeister selbst sprach aus, daß das Heer nicht mehr hinter dem Kaiser stehe, während der Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Generalmajor Graf von der Schulenburg, die Überzeugung vertrat, daß Offiziere und Soldaten ihren Kriegsherrn nicht im Stiche lassen würden. Während der Feldmarschall und die Generale dem Kaiser über diese Fragen Vortrag hielten, traf aus der Reichskanzlei durch Fernsprecher die Aufforderung zur Abdankung ein und sie wiederholte sich mit wachsender Dringlichkeit, so daß der militärische Vortrag abgebrochen werden mußte. Inzwischen war Kronprinz Wilhelm erschienen und bat seinen Vater, die Truppen nicht zu verlassen, sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, um mit ihr den Marsch in die Heimat anzutreten. Um die Stimmung der Truppen dem Kaiser gegenüber zu erforschen, wurde eine Umfrage unter den greifbaren Regimentsführern veranstaltet, deren Ergebnis der beauftragte Generalstabsoffizier dahin zusammenfaßte, daß die Truppe ihrem Kriegsherrn noch treu und ergeben sei — aber sie wolle nur Ruhe und Frieden, weil sie müde und gleichgültig sei; gegen die Heimat marschiere sie nicht, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze, sie wolle nur den Waffenstillstand.

Währenddessen liefen fortgesetzte Ferngespräche aus Berlin ein, in denen auf Abdankung gedrängt wurde. Zur Begründung dieses Drängens wurde,

nach der Betondung der militärischen Umgebung des Kaisers, von der Reichskanzlei geltend gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfänden, die Stadt flösse in Blut, die Truppen seien übergegangen und nur durch den Thronverzicht des Kaisers könne der Bruderkrieg vermieden werden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß nur auf diese Art das Haus Hohenzollern gerettet werden könne — der Entschluß müsse aber sofort gefaßt werden, und es handle sich nicht um Stunden, sondern um Minuten. Von den Beratern des Kaisers im Hauptquartier wurde verlangt, mit dem Reichskanzler persönlich durch den Fernsprecher in Verbindung zu treten und es wurde ins Auge gefaßt, daß Wilhelm II. als Kaiser abdanke, aber König von Preußen bleibe, um zu vermeiden, daß die Armee führerlos werde und sich auflöse; in diesem Falle sollte der Feldmarschall den Oberbefehl über das deutsche Heer übernehmen, während der König bei den preußischen Truppen bleiben wolle. Während eine diesem Entschluß Wilhelms II. entsprechende Erklärung abgefaßt wurde, und ohne daß Prinz Max von Baden mit dem Großen Hauptquartier in Verbindung getreten wäre, wurde von der Reichskanzlei erneut die völlige Abdankung verlangt und mitgeteilt, daß der Reichskanzler bereits nachstehende Erklärung habe veröffentlichen lassen, die auch durch Sunkspruch schon bei einzelnen Truppenteilen bekannt geworden sei:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind; er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorzuschlagen.“

Das Ungeheuerliche war geschehen: der deutsche Reichskanzler, vom Kaiser zu seinem ersten Vertrauensmann berufen, Sohn eines alten Fürstenhauses, selbst Thronerbe in einem deutschen Bundesstaate, hatte es über sein Gewissen gebracht, der Welt eine Abdankung des Kaisers zu verkünden, die von diesem nicht vollzogen war, und dies noch durch den erfolglosen Thronverzicht des Kronprinzen zu verschlimmern — er hatte das getan, nachdem vorher seine Beauftragten in der Reichskanzlei durch teils unwahre, teils übertriebene Behauptungen über die Vorgänge in Berlin den Kaiser und seine militärischen Berater zur Abdankung zu bestimmen versucht hatten.

Es ist kein Fall in der Geschichte bekannt, wo der oberste Berater eines Fürsten in solcher Weise Treubruch begangen hätte: dies Äußerste war den Deutschen vorbehalten als Abschluß des unseligen Zeitabschnittes, der mit der Entlassung des Fürsten Bismarck begonnen hatte.

Prinz Max begründet sein Vorgehen damit, daß er es — angesichts der Lage in Berlin und im Hinblick auf die Verzögerung des von seinem Be-

auftragten vom Großen Hauptquartier verlangten unbedingten Thronverzichtes des Kaisers — als das einzige freilich verzweifelte Mittel erkannt habe, um im letzten Augenblick die Monarchie als Staatseinrichtung und die Hohenzollern als Herrscherhaus zu retten. Eine Begründung, die des Prinzen menschliche Schwächen und politische Unzulänglichkeit offenbart. Kein Zweifel, daß der Reichskanzler und seine Umgebung allein unter dem Eindruck der Vorgänge in Berlin und in anderen Großstädten standen, daß sie die durch kein Einschreiten der Behörden gehemmten Aufrührhandlungen des großstädtischen Pöbels als Willenskundgebung der Volksgesamtheit ansahen, gegen welche die Reichsleitung sich nicht auflehnen dürfe oder könne. Das seit Kriegsbeginn von der Regierung geübte Verfahren, nur nach unten zu sehen, alle Maßnahmen nach den Stimmungen der Masse einzurichten, diese Stimmungen als Volkswillen zu betrachten, erfuhr hier seine letzte Steigerung, die zur Zertrümmerung des Bismarck-Reiches führte. Über die sittliche Verwerflichkeit der Handlungsweise des Prinzen Max, die mit dem Kaiser auch den Kronprinzen abtat, kann kein Zweifel bestehen — um die Unklarheit seines angeblichen politischen Ziels zu kennzeichnen, sei doch darauf hingewiesen, daß ein Herrscherhaus und eine Monarchie, die durch die erzwungene Abdankung ihres Oberhauptes unter solchen äußersten Umständen „gerettet“ worden wären, durch diese „Rettung“ so sehr alles notwendigen Ansehens entkleidet werden mußten, daß sie unmöglich wurden — daß also diese Rettung ihr politisches Ziel versiekt hätte.

Was war nun in Berlin tatsächlich vorgegangen?

Nach den Erklärungen, die das Oberkommando in den Marken durch Fernsprecher am 9. November an das Große Hauptquartier gelangen ließ, sollten zwar die Truppen in der Mehrzahl zu den Empörern übergegangen sein; die von der Reichskanzlei behaupteten Straßenkämpfe aber waren geringfügig; es konnte keine Rede davon sein, daß die Straßen in Blut flössen. Der gewiß bedenkliche Zustand war in der Reichshauptstadt, wie anderwärts, durch die Willenlosigkeit der politischen Behörden und durch das Versagen der obersten Militärbefehlshaber herbeigeführt worden. Man denke daran, daß Sozialdemokraten in den höchsten Ämtern saßen und die Haltung einer an sich schwachen Regierung dahin beeinflußten, „kein Blut zu vergießen“, d. h. dem Umsturz das Spiel zu überlassen. Der Höchstkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linsingen, hatte alle Vorbereitungen getroffen, um Unruhen von Berlin fernzuhalten; insbesondere hatte er die Reichshauptstadt vom Verkehr mit den Mittelpunkten der Aufrührbewegung, vor allem von Kiel, abgeschlossen, um die meuternden Matrosen fernzuhalten; er war entschlossen, dies mit Waffengewalt zu erzwingen. Diese Absicht wurde nicht ausgeführt; inwieweit politische Stellen sie

durchkreuzt haben, ist noch nicht aufgeklärt. Jedenfalls gelangten Matrosen in großer Zahl nach Berlin und übernahmen die Führung der Bewegung. Sie niederzuwerfen, wäre trotzdem möglich gewesen, wenn man die zuverlässigen Truppen von der Waffe hätte Gebrauch machen lassen — aber Generaloberst von Linsingen glaubte, nun keine zuverlässigen Truppen mehr verfügbar zu haben und erließ von sich aus das Verbot zu schießen. Damit war die Reichshauptstadt den Empörern ausgeliefert — aber Berlin war nicht Preußen, war nicht das Reich.

Wenn durch die Erklärung des Generalobersten von Linsingen die Frage des Schießverbotes für Berlin geklärt ist, so ist dies in bezug auf das Reich nicht der Fall. Nirgends ließen die militärischen Befehlshaber von der Waffe Gebrauch machen, überall wurde ein gleiches Schießverbot vorgeschrift, auch wo die Offiziere überzeugt waren, ihre Truppen fest in der Hand zu haben oder bereit waren, mit kein aus Offizieren bestehenden Abteilungen dem Aufruhr entgegenzutreten. Die Regierung bestreitet, ein allgemeines Schießverbot erlassen zu haben, und es liegt der Verdacht vor, daß von den Führern des Aufruhrs gefälschte Befehle ausgegeben wurden.

Wie immer die Dinge aber lagen — es ist kein Zweifel, daß die Treiber zum Umsturz, diejenigen, die auch auf die Gefahr eines Kampfes den Umsturz erzwingen wollten, eine kleine Minderheit waren, der sich infolge der Willenslosigkeit, ja Feigheit der Behörden dann schnell eine Masse von Millläufern anschloß.

Die Geschichte hat die äußereren Vorgänge bei Staatsumwälzungen überliefert; sie gleichen sich immer und überall im wesentlichen und unterscheiden sich nur im Grade der Ausschreitungen, der der Veranlagung der tätig werdenden Völker entspricht. Staatsmänner, die aus der Geschichte gelernt haben, müssen wissen, daß Schwäche das sicherste Mittel ist, um den überall vorhandenen zerstörenden Kräften die Macht auszuliefern — Prinz Max von Baden und seine Amtsgenossen aber hatten nicht nur nichts von staatsmännischem Geiste in sich, sie waren auch von den Lehren der Geschichte unberührt geblieben. So erlagen sie schwachen Herzens und Willens den Eindrücken des Augenblicks und ihrer Umgebung und gaben preis, was zu behüten ihre oberste Amtspflicht war. Daß der Reichskanzler dies zudem in der Form eines in der Geschichte einzig dastehenden Betruges und Treubruches tat, ist seine besondere Schuld. Der politisch Rat- und hilflose stand ganz unter dem Einfluß Scheidemanns, der ihm den Ausbruch des allgemeinen Aufstandes, des gefürchteten „Generalstreiks“ androhte, wenn der Kaiser nicht unverzüglich abdante.

Derselbe sozialdemokratische Führer und Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max fasste, als er merkte, daß die unabhängigen Sozialisten im Bunde mit den Neuterern und dem übelsten Großstadtgesindel auf

den Umsturz der Staatsform losgingen, für sich und seine Partei einen raschen Entschluß. Er ließ die Maske fallen und stellte sich an die Spitze der Empörung, indem er am 9. November gegen 2 Uhr nachmittags vor einer am Reichstagsgebäude versammelten Volksmenge die Republik ausrief.

In Spaa war dem Kaiser am frühen Nachmittag des 9. November gemeldet worden, daß Prinz Max in Berlin seine Abdankung veröffentlicht habe; es wurde beraten, wie Wilhelm II., der sich noch als König von Preußen ansah und bezeichnete, und der als solcher beim Heere bleiben wollte, sich nach diesem Vorgang zu verhalten habe. Die Oberste Heeresleitung war der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen weder ein Verbleiben bei den Truppen noch viel weniger die Rückkehr nach der Heimat in Betracht komme. Sie empfahl auch jeden Versuch zu unterlassen, den unbefugten Schritt des Reichskanzlers rückgängig zu machen, weil sie davon den Bürgerkrieg befürchtete, und wies darauf hin, daß die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen bereits am 7. November die französische Linie überschritten hätten, der Abschluß des Waffenstillstands also unmittelbar bevorstehé. Sie schlug dem Kaiser den Übertritt ins neutrale Ausland, und zwar nach den Niederlanden, vor. Der Kaiser fasste am 9. November noch keinen endgültigen Entschluß — am frühen Vormittag des 10. verließ er das große Hauptquartier, um sich nach der niederländischen Grenze zu begeben; in Amerongen nahm er seinen vorläufigen Aufenthalt. Dort hat er am 28. November den Verzicht auf den Thron vollzogen und alle Offiziere und Beamten ihres Treueides entbunden.

So verlor der Ente Wilhelms I. das Herrscheramt, das nach menschlichem Ermessen seinem Hause sicher schien, so lange ein Hohenzoller lebte. Seine Getreuen im Großen Hauptquartier schließen ihren Bericht über die Vorgänge in Spaa mit dieser Feststellung:

„Der Kaiser stand unter dem niederschmetternden Eindruck, daß ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler, preisgegeben hatte, daß Heer und Marine ihn verlassen hatten und daß ihm der Weg zur Heimat und zur Front verschlossen war. So fasste der schwergeprüfte Herrscher nach qualvollen Seelenkämpfen, in Übereinstimmung mit dem Urteil seiner verantwortlichen Ratgeber und seiner Umgebung, den Entschluß, außer Landes zu gehen. Der Kaiser hoffte, hierdurch Deutschland weitere Verluste, Not und Elend ersparen und in Frieden, Ruhe und Ordnung wiedergeben zu können. Bis zuletzt ließ er sich nur von dem einen Gedanken leiten, seinem Vaterlande treu zu dienen.“

Niemand wird dies Schlussswort zu Wilhelms des Zweiten Herrschaftigkeit ohne Erschütterung lesen, und wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, dem berichtet es von den Bitternissen, die der gefallene Kaiser

an dem Schicksalstage von Spaa erlebt hat. Wer sachlich urteilt und alles in Betracht zieht, was von den tatsächlichen Vorgängen im Großen Hauptquartier nach den Zeugnissen der Beteiligten feststeht, kann sich der befremmenden Erkenntnis nicht entziehen, daß der Kaiser auch in seiner militärischen Umgebung keinen Mann gehabt hat, der der schweren Stunde gewachsen war, der ihn recht beraten hat. Er selbst war rat- und hilflos; aus allen Berichten ergibt sich, daß er alles an sich herankommen ließ, keinen Ausweg selbst fand, sondern zwischen den sich ändernden zum Teil widersprechenden Ratschlägen seiner Umgebung hin und her schwankte. Von ihm war der rettende Gedanke und Entschluß nicht zu erwarten — um so mehr kam es darauf an, daß seine Umgebung, insbesondere die Männer der Obersten Heeresleitung so für ihn handelten, ihn so berieten, daß das Wohl des Reiches und das Ansehen der Krone gewahrt wurden. Das aber haben sie nicht getan. Mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen haben sie sich vor den Ereignissen gebeugt statt ihnen standzuhalten, und es ist schmerzlich auszusprechen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg nicht zu jenen Ausnahmen gehörte. Seit sein treuer Ludendorff aus dem Dienste geschieden war, hatte dessen Nachfolger, General Gröner, bestimmenden Einfluß auf sein Urteil und seine Entschlüsse gewonnen. Dieser in manchen Beziehungen tüchtige und auf dem Gebiete der Benutzung der Eisenbahnen zu Kriegszwecken sehr bewährte, aus dem württembergischen Heeresanteil hervorgegangene Offizier besaß weder nach seiner Weltanschauung noch nach seinem Charakter die Eigenschaften, die dem greisen Feldherrn in solcher Lage den notwendigen Rückhalt geben konnten. Insbesondere war ihm das Verständnis für das preußische Königthum fremd geblieben, und er wußte nicht abzuschätzen, was das ruhmlose Verschwinden des Obersten Kriegsherrn für das Heer bedeuten werde. Er stand der Gedankenwelt seiner schwäbischen Landsleute nahe, die während des letzten Kriegsjahres zu politisch maßgebenden Ämtern gelangt waren, und die trotz der Verschiedenheit ihrer Richtungen in den für „demokratisch“ gehaltenen Grundanschauungen übereinstimmten. Nach dem Berichte der militärischen Umgebung des Kaisers war dieser General von seinem letzten Aufenthalte in Berlin am 5. und 6. November, obwohl er in der Beratung der Staatssekretäre scharf gegen die Abdankung des Kaisers gesprochen hatte, mit der Überzeugung ins Große Hauptquartier zurückgekehrt, daß der Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen angesichts der Entwicklung in der Heimat kaum länger aufgehalten werden könne. Wenn er es als Offizier (nach jenem Berichte) mehrfachen Anforderungen gegenüber ablehnte, den Kaiser zu diesem Schritt zu veranlassen, so liegt es doch nahe, daß seine Ansicht auf den Feldmarschall Einfluß gewann. Jedenfalls steht fest, daß dieser bei allen Besprechungen und Vorträgen am 9. November nichts tat, um den Kaiser von der Abdankung zurückzuhalten, ihn

zum Ausharren beim Heere zu bestimmen. Und das war das Entscheidende. Der Erbe Wilhelms des Ersten durfte sich nicht durch eine wahrheitswidrige Kundgebung des pflichtvergessenen Reichskanzlers absetzen lassen — der Nachfahre des großen Friedrich durfte das Heer nicht verlassen, sondern mußte auf jede Gefahr hin bei ihm bleiben, um die Würde seines Amtes zu wahren und um zu retten, was zu retten war. Gegenüber diesem Gebot der Kaiser- und Königspflicht durfte die persönliche Sicherheit des Herrschers nicht in Betracht kommen. Es wird aber auch von glaubwürdigsten Zeugen — Offizieren und Mannschaften —, die bis zum letzten Augenblick in der kämpfenden Front gestanden haben, versichert, daß die Truppen — von verhetzten Ausnahmen abgesehen — gar nicht daran dachten, sich von ihrem Kriegsherrn abzuwenden, noch viel weniger, daß sie ihm feindlich gesinnt gewesen seien.

Wenn im vorleßten Saße des oben wiedergegebenen Schlusses der Niederschrift, welche die militärische Umgebung des Kaisers über die Vorgänge des 9. November gefertigt hat, ausgesprochen wird „der Kaiser habe gehofft durch seine Abdankung dem Vaterlande weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wieder zu geben“ —, so steht diese Behauptung mit der besseren Erkenntnis des Kaisers im Widerspruch, die an anderer Stelle des Berichtes wiedergegeben ist, daß seine Abdankung die Zersetzung des Heeres, das Chaos der Heimat zur Folge haben werde. Weil der Kaiser dies klar erkannte, durfte er nicht von seinem Posten weichen — hätte er es nicht erkannt, so mußten es ihm seine Berater im Großen Hauptquartier sagen und sie mußten verhindern, daß er ihn verließ. Die Oberste Heeresleitung verfuhr anders, und sie trägt deshalb vor der Geschichte die Mitverantwortung für die Folgen der Abdankung des Kaisers und seiner Entfernung vom Heere.

Des Zusammenhanges halber sei schon hier ausgesprochen, daß die politischen, militärischen und sittlichen Folgen dieses Schrittes ungeheuer waren. Das Kaisertum war doch allen Deutschen, die auf dem Boden ihres Volkes und Vaterlandes standen, die oberste Vertretung der völkischen Würde — das Königtum war für die treuen Preußen untrennbar vom Staate und ihr persönliches Verhältnis zum König hatte seine Weihe, trotz der Fehler der nachbismarckischen Zeit, noch nicht eingebüßt — der oberste Kriegsherr war für Offiziere und Soldaten mehr als ein Begriff; er war das lebendige Oberhaupt der mächtigen Gemeinschaft, dem sie den Hahneneid geschworen hatten und auf das sie in guten und schlimmen Tagen schauten.

Und nun verließ der Kaiser und König das ererbte Amt, der oberste Kriegsherr seine Truppen: was stand nun noch fest? Wofür sollten die Volks- und Staatstreuen sich einsetzen, wenn das Reichsoberhaupt dem Umsturz wich und durch seine Abdankung anerkannte, daß die alte Ver-

fassung in Trümmer geschlagen sei? — Wer sollte dem Heere seine Befehle erteilen, wenn es in die Heimat zurückkehrte?

Noch vor Kurzem hatte ein sozialistischer Führer anerkannt, daß das deutsche Volk durch und durch monarchisch sei — und nun beugte sich der Erste der deutschen Fürsten einem Aufruhr, der von wenigen angezettelt war und der nur Bedeutung gewonnen hatte, weil die obersten Vertrauensleute der Krone ihre Pflicht nicht erfüllt hatten!

Was sollten die Offiziere, die Beamten, die Bürger tun, wenn der Oberste im Lande den Umsturz tatsächlich anerkannte — was dachten und sagten die Truppen, daß der erste Soldat des Heeres über die Grenze ins Ausland ging!!

Wer die Unwägbarkeiten kennt, die im Leben eines Volkes so bedeutsam sind, und die tausend Fäden sah, durch die das Kaiser- und Königthum mit den wertvollsten Schichten des Volkes schier unlösbar verbunden war, versteht es, daß Wilhelms des Zweiten Abdankung und Entfernung verwüstende Folgen hatte.

Für den monarchischen Gedanken war es auch ein schwerer Schlag, daß Kronprinz Wilhelm seinen Ansprüchen auf den Thron entsagte; er hatte gegen die Kundgebung seines gar nicht erfolgten Thronverzichtes nachdrücklich und würdig Verwahrung eingelegt und sich erboten, seinen Dienst als Heerführer weiter zu tun und, als dies von den neuen Mächthabern abgelehnt wurde, sich für jeden anderen Dienst zur Verfügung gestellt. Als auch das nicht angenommen wurde, begab auch er sich — schlecht beraten — auf niederländisches Gebiet. Dort vollzog er am 5. Dezember den Verzicht auf die Krone Preußens und des deutschen Reiches.

Hier sei ausgesprochen, daß die Art, wie Prinz Max von Baden den deutschen Kronprinzen ausschaltete, an Schändlichkeit mit dem Betrug wetteifert, den er gegen den Kaiser beging. Um so bedauerlicher ist es, daß der Kronprinz das Geschehene durch seinen unerzwungenen Verzicht, der nach keiner Richtung hin nützen oder erleichtern konnte, anerkannt hat.

\* \* \*

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg, Lübeck, Köln usw. waren die Einleitung zu dem, was im ganzen Reiche und in den Etappengebieten geplant war. Einen gewaltigen Rück nach vorwärts machte die Bewegung, als am 8. November in München der sozialdemokratische Schriftsteller Eisner, ein Jude polnischer Abstammung, die Republik austrief, und als König Ludwig III., ohne den Versuch der Gegenwehr, aus seiner Hauptstadt floh. Die obersten Behörden ließen sich, ohne einen Finger zu rühren, beiseite schieben, und das auf seine Sonderrechte eifersüchtige Bayern unterwarf sich der unbeschränkten Herrschaft eines Volks- und Landfremden,

der sie mit einem Stabe von Rassegenossen und zweideutigen Nicht-Juden ausühte. Seine Leibgarde bildeten Matrosen, die hier wie überall, wo sie sich nun als Stoßtrupp des Umsturzes zeigten, den Schrecken aller Ordnungsliebenden bildeten. Die Entwicklung der Dinge in München zeigte die Kopflosigkeit der obersten Behörden in hellstem Lichte: man war genau über Eisners Pläne unterrichtet gewesen und hatte doch nichts dagegen zu unternehmen gewagt.

So war der greise Wittelsbacher, der sich wahrhaftig bemüht hatte, den Pflichten seines Amtes gerecht zu werden, unter den deutschen Fürsten das erste Opfer des Umsturzes — schlimm, daß er so unköniglich floh.

Mit der Veröffentlichung der angeblichen Abdankung des Kaisers und des erlogenem Thronverzichtes des Kronprinzen war der Sieg des Umsturzes entschieden; in den Bundesstaaten wurden die Landesherren gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, und das monarchischste Volk war über Nacht mit 25 Republiken bedacht, die im republikanischen Reiche zusammengefaßt bleiben sollten. Um zum Ausdruck zu bringen, daß jetzt die Zeit der Freiheit, der Volksherrschaft, gekommen sei, nannte man die neue Staatsform bald „Volks-“, bald „Freistaat“.

Die alten verfassungsmäßigen Volksvertretungen, der Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage, ließen sich ebenso zur Seite schieben, wie der Bundesrat. Sonach unterwarfen sie sich der Umwälzung ebenso widerstandslos, wie die Landesherren und ihre Regierungen.

Es kam wie ein Taumel über die verführte Menge und ihre Mitläufer aus dem Bürgertum. Diese Urteilslosen wöhnten wirklich, daß eine neue, glückliche, große Zeit angebrochen sei; daß nun, wo der Kaiser und die Bundesfürsten beseitigt, wo der „Militarismus“ vernichtet war, und wo sich die Deutschen durch Annahme der republikanischen Staatsform den „freien Völkern des Westens“ ebenbürtig erwiesen, der Friede sofort folgen werde, der dem Volke Ruhe und Nahrung biete. Man hätte über die politische Harmlosigkeit, über die kindliche Weltfremdheit dieser Deutschen lächeln können, wenn nicht das Vaterland in Todeszufällen gelegen hätte, von denen jene freilich nichts ahnten. Entsetzlich aber war es zu beobachten, wie Charakterlosigkeit und Heigheit sich offenbarten — beschämend, wie die öffentliche Gewalt in die Hände, sei es von politisch Unzurechnungsfähigen, sei es von politischen Verbrechern gelangte, die sich auf den Auswurf der Bevölkerung stützten. Der Augenblick war gekommen, wo die Chrösen, die ihr Vaterland im Kampfe im Stiche gelassen hatten, wo die Fahnenflüchtigen aus ihren Verstecken hervorkamen und die Leibgarde des Umsturzes bildeten; ihnen gesellten sich die Halbwüchsigen zu, die während des Krieges verwildert und sozialistisch verseucht worden waren. Vielerorten wurden Zuchthäuser, Gefängnisse und Freudenhäuser geöffnet, und ihre Insassen traten als Beschützer der

neuen deutschen Freiheit auf. Das Schändliche geschah und wurde geduldet, daß eine Heze gegen die Offiziere losbrach, als seien sie Verworfene, daß ehrliebende Soldaten ihrer Waffen und Abzeichen beraubt wurden; das eiserne Kreuz und die anderen Kriegsorden machten ihre Inhaber vogelfrei und die Ehrlosen prahlten mit ihrer Schande.

So äußerte sich der politische und sittliche Wahnsinn eines führerlosen Volkes, und wer von ihm frei blieb, wollte in Scham über das Unausdenkbare verzweifeln.

Überall entstanden nach dem Vorbilde des russischen Umsturzes „Arbeiter- und Soldatenräte“ — der widersinnige Versuch, die öffentlichen Geschäfte von unten leiten zu wollen.

In Berlin hatte Prinz Max von Baden nach der Ausrufung der Republik ruhmvoll das Feld geräumt und die Reichskanzlerschaft dem Führer der Regierungsozialisten, dem Reichstagsabgeordneten Ebert übertragen. Aber schon zwei Tage später bildete sich — wiederum nach russischem Beispiel — eine Regierung der sog. „Volksbeauftragten“, die sich je zur Hälfte aus Mehrheits- und unabhängigen Sozialisten zusammensetzte und die von einem „Vollzugsausschuß“ der Arbeiter- und Soldatenräte ihre politischen Anweisungen empfing und von ihm überwacht wurde. Die Volksbeauftragten erließen am 12. November eine Verfügung mit Gesetzeskraft, durch die der Belagerungszustand aufgehoben, vollkommene Presz-, Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeführt, der Erlass aller Strafen für politische Verbrechen und Vergehen verkündet, der achtstündige Arbeitstag angeordnet und neben anderen Bestimmungen Wahlen zu einer „verfassunggebenden Nationalversammlung“ in Aussicht gestellt wurden, für die alle Zwanzigjährigen beider Geschlechter das Wahlrecht erhielten. Als bald wurde auch die Einrichtung der unbedingten Unterstützungsansprüche Arbeitsloser geschaffen.

Die Mehrheitssozialisten gebärdeten sich als die Träger und Schützer echt „demokratischer“ Anschauungen und Einrichtungen — gegen sie aber drängten von unten die am russischen Beispiel geschulten Vertreter einer reinen Herrschaft des Proletariats. Die neue Zeit begann mit dem Widerstreit zwischen den verschiedenen Gruppen der Umstürzler; die Regierungsozialisten sprachen die „Souveränität“ dem Volksganzen zu, während die Unabhängigen und noch vorgeschrittenere Gruppen, von denen besonders die sog. „Spartakisten“ eine wilde Heftigkeit entfalteten, sie allein für das Proletariat in Anspruch nahmen.

Das innere Glück des mit raschestem Frieden zu begabenden Volkes sollte durch den Abbau der ins Ungemessene gestiegenen Preise für alle Lebensnotwendigkeiten — vor allem für Nahrungsmittel — gefördert werden, und auch an diese Verheißung glaubte die urteilslose Masse.

\* \* \*

So beschämend die Vorgänge beim Umsturz in der Heimat waren — noch schimpflicher waren sie bei den Truppen der Etappen und besetzten Gebiete. Dort lösten sich vor den Augen der verwunderten Feinde bei den längst innerlich zuchtlos gewordenen Truppen die letzten Bande militärischer Ordnung. Die Offiziere verloren allen Einfluß und die Unwürdigsten rissen die Leitung an sich.

Was sich in Nordfrankreich und Belgien, in Polen und in der Ukraine abspielte, hat die Achtung vor dem deutschen Namen mehr geschädigt, als es die schwerste Niederlage im Kriege vermocht hätte. Aus den Truppen, die gestern noch äußerliche Ordnung hielten, waren über Nacht zuchtlose Banden geworden — nur von einem Gedanken beherrscht, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Die Ehrlosen bemächtigten sich des Heeresgutes, verschleuderten es zum eigenen Vorteil an die fremde Bevölkerung, ließen sich entwaffnen, stürmten die Eisenbahnen, entkleideten sich selbst der bisher wert gehaltenen Abzeichen deutscher Krieger — und ernteten die grenzenlose Verachtung der Fremden, denen sie gestern noch Ruhe und Ordnung im Lande gehalten und die Herren gezeigt hatten. In regellosen Haufen strömten sie in das Reich zurück und hinterließen ein Andenken, das bei den so befreiten Feinden alle kriegerischen Großtaten des deutschen Heeres — die freilich von anderen deutschen Truppen ausgeführt worden waren — verdunkelte.

Auch im Reiche löste sich alle militärische Ordnung. Eigenmächtig verließen die Soldaten ihre Standorte und Truppenteile und viele vergriffen sich bei solchem Abschied vom Dienste am Heeresgut. Fast durchweg blieben nur ausgesprochene Anhänger des Umsturzes in Wehrtracht, denen es gefiel, in den Arbeiter- und Soldatenräten eine Rolle zu spielen oder das mühefrei gewonnene Brot der republikanischen Sicherheitswehr zu essen. Andererseits warf sich das schlimmste Gesindel in Soldaten- und Matrosenkleidung, die auf diese Weise entehrt und zum Abscheu für alle Anständigen wurde.

Das war das Ende des deutschen Heeres in der Heimat und in den besetzten Gebieten.

War die deutsche Ehre ganz verloren gegangen?

\* \* \*

Draußen vor dem Feinde, auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens, im fernen Osten, im Kaukasus und auf der Krim, standen ihre Hüter und wahrten das höchste Gut ihres unglücklichen Volkes in Heldenfinn und Manneszucht. Als Prinz Max von Baden sich entschlossen hatte, auf Grund der „14 Punkte“ Wilsons und der amerikanischen Noten in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, hatten die Feinde jede Waffenruhe abgelehnt. Der Krieg ging weiter, und den deutschen Fronttruppen

mußte zugemutet werden, ihr Leben trotz des bevorstehenden Kriegsendes im ungleichen Kampfe einzusehen. Wir wissen, daß sie diese schwerste Soldatenpflicht in ruhmeswürdiger Weise erfüllten — so, daß ehrliche Feinde ihre Bewunderung aussprachen.

So groß die feindliche Übermacht, so schwer die fechtende Front von den unaufhörlichen Kämpfen mitgenommen war: vor dem Umsturz stand das deutsche Heer unbesiegt und war nach der Meinung der Obersten Heeresleitung imstande, den Krieg noch eine Zeit lang fortzusetzen. Der Erste Generalquartiermeister, der wahrlich nicht zu den Zuversichtlichen gehörte, hatte in der letzten Sitzung der Staatssekretäre, der er beiwohnte, am 5. November ausgesprochen, daß das Heer nur noch kurzen Widerstand leisten könne — also an sich seine Kampffähigkeit bejaht und deren Maß als wesentlich von den Einflüssen der Heimat abhängig bezeichnet. Er hatte seine Ausführungen damit geschlossen, daß wir bessere Bedingungen erhalten, wenn die Armee ungebrochen bleibe; dann hätten wir für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage; die nötige Zeit zu Verhandlungen werde von dem Heere sicher geschafft werden. Trotz des Unterschiedes im Tone war General Gröner sonach in der Hauptsache auf dem Standpunkt seines Vorgängers Ludendorff verblieben; was er am 5. November in Berlin vortrug, war keine Bereitschaft, sich unerträglichen Bedingungen zu unterwerfen, sondern sah die Fortsetzung des Krieges für den äußersten Fall, wenn auch nur für kurze Zeit vor.

Am selben Tage reisten die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Großen Hauptquartier ab und trafen am 7. November beim feindlichen Oberst-Befehlshaber ein. Ihre Reise wurde von all den Urteilslosen, die auf Wilsons Hilfe und Hochherzigkeit bauten, mit der Hoffnung glimpflichen Ausgangs begleitet. Da kam der Umsturz, die Abdankung des Kaisers, der Freudentaumel der Ju-stint-Verlassenen in der Heimat — und ganz in den Bann der Völkerbrüderung Versallene steigerten ihre Hoffnung, nun, wo Wilhelm II. und der Militarismus besiegt seien, würden die Feinde noch gnädiger verfahren.

Am 9. November ließ General Hoch der deutschen Abordnung die Bedingungen überreichen, unter denen der Vielverband dem deutschen Reiche einen Waffenstillstand von 30 Tagen bewilligen wollte; am Tage darauf wurden sie der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ein jäher Schrecken fuhr durch dies weltfremde Volk, das die Feinde — vor allem Engländer, Franzosen und Amerikaner — nach sich selbst beurteilt hatte. Wo war da etwas vom Geiste der Völkerversöhnung zu entdecken, wo etwas von dem sänftigenden Einfluß des Menschenfreundes Wilson? Alles, was dem deutschen Reiche zugemutet wurde, atmete Haß, Rache,

Gewalt, ja Vernichtungswahn, und brachte für die Schlafwandler der deutschen Kriegspolitik ein furchtbares Erwachen.

Was der Vielverband verlangte, war die Wehrlosmachung, war die Unterwerfung des deutschen Reiches auf Gnade und Ungnade. Die wichtigsten Bedingungen lauteten:

sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen;

Räumung des linken Rheinufers, wobei die Brüderköpfe Mainz, Koblenz und Köln mit einem rechtsrheinischen Gebiete im Halbmesser von 30 km den Feinden überlassen wurden;

rechts des Rheines sonst Schaffung einer „neutralen Zone“ von 30 bis 40 km Tiefe;

Unterhaltung der feindlichen Besatzung auf Kosten des deutschen Reiches; Zurücknahme der im Osten stehenden Truppen hinter die Grenze des 1. August 1914;

Verzicht auf die Verträge von Litauisch Brest und Bułarest;

Rückgabe des Standes der belgischen Bank sowie des russischen und rumänischen Goldes;

Bedingungslose Waffenstredung in Ostafrika;

Abgabe von 5000 Kanonen, 30000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern und 2000 Flugzeugen;

Abgabe von 5000 Lokomotiven, von 10000 Eisenbahnwagen und ebensoviel Kraftfahrzeugen;

Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 größten Schlachtschiffen — während alle übrigen Schiffe abgerüstet und zur Bewachung an die Verbündeten oder an Neutrale abgeliefert werden sollten;

Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;

Aufrechterhaltung der Blockade gegen das deutsche Reich.

Was hier dem noch mit den Waffen nicht besiegten deutschen Reiche zugemutet wurde, ging gegen die Volkschre; wir sollten Elsaß-Lothringen preisgeben, ohne daß die stärksten Waffenplätze des Festlandes, ohne daß Metz und Straßburg bezwungen waren; — wir sollten dem Feinde das ganze linke Rheinufer überlassen und standen noch auf seinem Boden; — die deutsche Flotte ausliefern, die das seegewaltige England nicht niederzuküpfen vermocht hatte; — die Helden von Ostafrika im Stiche lassen; — wir, die wir von den Feinden fast 4 Millionen Kriegsgefangene im Lande hatten, sollten sie freilassen, die deutschen Kriegsgefangenen aber sollten von den Feinden festgehalten werden —; unser Volk, das so furchtbar unter den Folgen der Unterernährung litt, sollte weiter hungern, da die Engländer ihr einziges Kriegsmittel, mit dem sie Erfolg hatten, ihre zugleich feigste und schärfste Waffe, die Blockade, weiter aufrecht erhielten!

Eine jede dieser Forderungen bedeutete, wenn angenommen, die sittliche Selbstvernichtung des deutschen Volkes; die Annahme dieser Bedingungen war Waffenstreit, nicht Waffenstillstand — war politischer Selbstmord.

Der Augenblick war da, an den Ludendorff gedacht, wenn er von der Notwendigkeit äußersten Widerstandes gesprochen hatte, — und auch Prinz Max, ja selbst sozialistische Führer hatten doch Anfang Oktober noch versichert, daß im äußersten Halle der äußerste Widerstand geleistet werden sollte!

Und nun?

Nun hatte der Umsturz in der Heimat und in den Etappen gesiegt, nun sperrten ehvergessene Arbeiter- und Soldatenräte dem kämpfenden Heere die Zuführung von Erzähmannschaften, von Lebensmitteln und Schießbedarf. Nun waren der Oberste Kriegsherr und sein Erbe vom kämpfenden Heere weg ins neutrale Ausland gegangen — waren auch an der Front Soldatenräte gebildet worden und begann bei minder guten Truppen die Umwälzung sich geltend zu machen — bei allen aber die Sehnsucht nach der Heimat.

Konnte dies Heer auch jetzt noch — während die Verhandlungen schwieben — nach so grundstürzenden Änderungen weiterkämpfen? Wäre es, wenn es das noch gekonnt und gewollt hätte, nicht zwischen den äußeren Feind und die im Aufruhr befindliche Heimat eingeklemmt worden?

Die Schuld des Umsturzes in bezug auf die innere Zertrümmerung und Vernichtung des Vaterlandes ist furchtbar — furchtbarer noch die Schuld gegen das deutsche Heer — am furchtbarsten aber die von ihm herbeigeführte Preisgabe der deutschen Ehre gegenüber den Feinden.

Was konnte jetzt noch geschehen? Die vaterländischen Kreise, die zur Wahrung der deutschen Ehre bis zum Umsturz die völkische Verteidigung verlangt hatten, widersprachen der Annahme solcher Bedingungen und rieten, die Feinde sich holen zu lassen, was sie heischten — rieten es im Bewußtsein dessen, was daraus folgen konnte.

Der Feldmarschall, das Haupt des unbesiegten Heeres, verzweifelte jetzt nicht nur an jedem Widerstand, er fürchtete, daß das Heer nach der Abdankung und Entfernung des Kaisers sich im Halle der Ablehnung der Bedingungen nicht zusammenhalten lasse, und empfahl deshalb, einige Milderungen zu erwirken; gelinge das nicht, so riet er durch Drahtung vom 10. November trotzdem abzuschließen.

Der Umsturz im Reiche hatte dem kämpfenden Heere die Waffen zerbrochen, hatte den ruhmgekrönten Feldherrn der Möglichkeit beraubt, das Letzte zu leisten, um die deutsche Ehre zu wahren; der unbesiegte Feldmarschall mußte das Härteste tun, was je einem Heerführer zugemutet wurde: er mußte die Annahme von Bedingungen empfehlen, die sein Vaterland wehrlos und ehrlos zugleich machten.

Die „Volksbeauftragten“ — in noch höherem Grade auf die Stimmung der Massen schauend, als die früheren Regierungen — waren auch ohne Hindenburgs Rat entschlossen, den Waffenstillstand anzunehmen und ermächtigten den Staatssekretär Erzberger, den Vertrag zu unterzeichnen. So trägt diese Urkunde deutscher Schande den Namen des Mannes, der im Verein mit den sozialistischen Führern den Zustand herbeigeführt hat, der das Vaterland vernichten mußte. Die Rolle, die der Verderbliche bei den Verhandlungen mit dem feindlichen Oberbefehlshaber spielte, hat in der Geschichte nicht ihresgleichen: eitel und ruhmredig, oberflächlich und unwürdig, unsachverständig und leichtfertig trat der für so ein furchtbar ernstes Geschäft von den neuen Machthabern bestimmte auf, und die ihm beigegebenen Sachverständigen der deutschen Erwerbsstände warfen ihm vor, daß er durch die Art seiner Behandlung wichtigster Fragen das deutsche Volk schwer und langwirktend geschädigt habe.

Am 11. November 1918 unterzeichnete Erzberger den Vertrag, und um 11 Uhr 55 Minuten mittags trat an diesem Tage der Waffenstillstand in Kraft.

Fünf Wochen danach schrieb der englische General Maurice in einer Londoner Zeitung: „Das deutsche Heer ist von hinten erdolcht worden“, und etwas später äußerte ein ehrlicher französischer Offizier im besetzten Gebiete: „Wir haben nicht gesiegt, — aber wir haben gewonnen.“

Als deutsche Seeoffiziere die an England auszuliefernden Kriegsschiffe dorthin brachten, gestanden ihnen englische Offiziere, daß ihr Vaterland nur kurze Zeit noch habe kämpfen können. Es bleibe dahingestellt, in welchem Umfang das richtig ist — man kann die Furcht und den Druck, unter dem unser gefährlichster Feind gestanden hatte, nach den Vorgängen ermessen, die sich im Unterhaus bei der Bekanntgabe des Waffenstillstandes abspielten — auch aus dem Dankgottesdienste, zu dem sich das Parlament sofort darauf in die Westminster-Abtei begab.

Wie die Aussichten — abgesehen von der Widerstandsfähigkeit des deutschen Heeres — für einen annehmbaren Ausgang des Krieges kurz vor dem Umsturz standen, ergibt sich auch aus einem Satze, den Winston Churchill, eine der treibenden Kräfte der englischen Kriegsführung, Anfang Januar in einer Zeitschrift schrieb: „Darf ich es sagen? Wir sind gerade nur so durchgekommen“. Dies Geständnis bezieht sich insbesondere auf die Wirkungen des deutschen U-Bootkrieges und läßt die außerordentliche Bedeutung seiner Einstellung während der Verhandlungen mit Wilson im hellsten Lichte erscheinen, als Prinz Max auf den Befehl des Amerikaners die in diesem Augenblick wirksamste deutsche Waffe aus der Hand gab.

\* \* \*

Der Umsturz hat vollendet, was die Reichstagsmehrheit begonnen, was ihre Presse gefördert, was die Regierenden des früheren Reiches geduldet hatten: wenn er sonach auch nicht allein für das Unglück verantwortlich ist, in welches das deutsche Reich geriet, so trägt er für dessen Maß und Gestalt den größten Teil der Schuld. Darüber hinaus aber muß gesagt werden, daß niemals eine Staatsumwälzung sinnloser war, daß niemals eine solche von kleineren, unwürdigeren Menschen betrieben wurde, daß keine zerstörendere Wirkungen gehabt hat, als diese angeblich deutsche, mit der das deutsche Volk nichts gemein hat, als daß es sie duldet. Was konnte dieser Umsturz noch wollen, nachdem der Kaiser sich in solchem Umfange seiner wesentlichen Herrscherrechte hatte entkleiden lassen, daß die rein parlamentarische Staatsform sicher war? Von einer Bedrückung des Volkes durch ungerechte Behörden konnte niemand reden, und der Mangel an Nahrung und Rohstoffen konnte wahrlich durch den Sturz des Kaisertums, das zudem an ihm ganz unschuldig war, nicht behoben werden. Wie man auch sucht, um Gründe zur sittlichen Rechtfertigung der Novembervorgänge zu finden — es gibt deren keine. Daß die nachbismarckische Regierungsweise verkehrt war, daß ihre Träger beseitigt werden mußten, daß die Rückkehr zu den politischen Überlieferungen Wilhelms des Ersten und Bismarcks notwendig war — rechtfertigt diese Umwälzung nicht; denn sie ging von Leuten aus, nach deren Wünschen und Winken hauptsächlich in dem letzten Vierteljahrhundert die Reichsgeschäfte geleitet worden waren. Es steht auch fest, daß der Umsturz gar nicht von Hungernden oder sonst Notleidenden ausging. Seine Träger waren die Meuterer der Schlachtflotte, denen es an nichts fehlte, die Fahnenflüchtigen, die kriegsscheuen Ersatztruppen der Heimat, die verwahrlosten Jugendlichen, Großstadt-Gesindel aller Art — sie alle geleitet und benutzt von machthungrigen Parteiführern, deren politische Unbrauchbarkeit ihr Verhalten während des Krieges für jeden Urteilsfähigen dargetan hatte. Um ihren Ehrgeiz zu befriedigen, um sie davor zu sichern, daß sie den Einfluß auf die von ihnen verhetzen Massen nicht ganz verloren, mußte das Reich zertrümmert werden. Nicht einmal bei dieser Vernichtungsarbeit zeigten die Empörer selbständige Erfindung, noch viel weniger bei dem Versuche, die neue Staatsform zu schaffen. Alles wurde slavisch den Vorbildern der französischen, vor allem aber der russisch-jüdischen Umwälzung nachgeahmt. Kein Wort aus den Reden der neuen Machthaber, das Leben behalten hätte — noch viel weniger ein aufbauender Gedanke. Nirgends eine Persönlichkeit von Führereigenschaften, sondern soweit die Leute des Umsturzes deutscher Abstammung waren, kleinbürgerliche Menschen, die als Parteianstellte behabilig geworden waren, aber ewig Parteianstellte mit dem Gesichtstreis der missverstandenen Arbeiterbegehren blieben, oder aus dem Gleich-

gewicht geratene Hanatiker von geistiger Zuchtlosigkeit — und, soweit sie Juden waren, die echtesten Träger jenes zerstörenden, alles auflösenden Geistes, der dieser Rasse eigen ist. Diese Juden sind und bleiben letzten Endes die Urheber des Umsturzes. Die unabhängige Sozialdemokratie ist eine jüdische Gründung, ihre Führer waren Juden, ihre Verschwörer- und Zerstörerarbeit jüdisch — und als der Umsturz selbst kam, tauchten Juden überall als örtliche Treiber auf, wurden die Wortführer in den Arbeiter- und Soldatenräten, nahmen die Posten von „Volksbeauftragten“, von Staatssekretären und Ministern in Anspruch, ließen durch ihre Presse die Massen weiter aufpeitschen, wühlten und hetzten zu neuem Aufruhr, zu steten Ausständen — kurz, sie gaben der Entwicklung nach dem Umsturz das entscheidende Gepräge. Dies Zerrbild eines Staatswesens, das aus dem deutschen Reiche Bismarcks geworden war, hatte mit deutschem Geiste nichts mehr gemein; es war eine jüdische „Provinz“ geworden — dies Wort im Sinne des römischen Staatsrechts gebraucht — und trug alle Mängel seines Ursprunges, seiner Leitung an sich.

Es liegen gehäufte Beweise dafür vor, daß auch sog. deutsche Juden mit vollkommener Feindseligkeit dem etwaigen deutschen Siege gegenüberstanden; hier sei nur das Wort eines der jüdischen Wortführer der „Pazifisten“ angeführt, der im Dezember 1918 zu schreiben wagte: „Freudigen herzens müssen wir den demokratischen Parteien des Westens danken, daß sie gesiegt haben. Sie haben auch uns befreit!“

Wer immer aber — sei er Deutscher, sei er Jude — an der November-Umwälzung beteiligt ist, bleibt mit dem Vorwurf belastet, in höchster Not zur Erreichung innerpolitischer Begehren, in Wahrheit zur Stillung persönlichen Machthuners oder zur Verwirklichung politischer Wahngedanken, das deutsche Reich seinen Feinden wehrlos ausgeliefert zu haben. Dieser Hochverrat ist das größte politische Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt und wird es wahrscheinlich für lange Zeit bleiben.

### Das Ende.

Wenn die Mehrheit der Deutschen nicht politisch unzurechnungsfähig gewesen wäre, hätte die Umwälzung vom 9. November bereits zwei Tage später ihr Ende gefunden, und das deutsche Reich wäre wieder unter einer den Aufgaben der Zeit gewachsenen starken Reichsleitung zur alten Ordnung zurückgekehrt. Denn die Waffenstillstandsbedingungen der Feinde und der Zwang zu ihrer Annahme zeigten allen, die sehen konnten und wollten, daß die Hoffnungen auf Wilson, die Erwartung günstiger Folgen von der Beseitigung des Kaisers und der Hilfe des fremden Proletariats eitel Trug oder Einbildung gewesen waren. Grausamer hätte der Vielverband

auch das kaiserlich gebliebene deutsche Reich nicht treffen können, eindeutiger nicht beweisen können, daß er das deutsche Volk vernichten wollte — wie das die Völkischgesinnten stets behauptet hatten. Aber an eine derartige politisch belehrende, geistig gesundende Wirkung des Waffenstillstandes war nicht zu denken, weil alle, die an der Vorbereitung und Ausführung des Umsturzes beteiligt waren, ihre Presse mißbrauchten, um die Wahrheit durch neue Täuschungen zu verschleiern. Es hieß, das „neue System“ sei der Erbe des zusammengebrochenen schuldbeladenen alten und müsse dessen unseligen Nachlaß bereinigen — was offenkundig der Wahrheit ins Gesicht schlug. Man suchte die Öffentlichkeit damit zu trösten, daß der Waffenstillstand nur von ganz kurzer Dauer sein werde, da ein rascher Friede in Aussicht stehe; übrigens werde Wilson sicher für Milderung der harten Bedingungen sorgen; auch werde die „Internationale“ sich rühren und niemals dulden, daß das deutsche Proletariat, das nun zur herrschenden Schicht geworden sei, von den „Militaristen und Chauvinisten“ der siegreichen „Bourgeois-Regierungen“ mißhandelt werde — schlimmstenfalls werde die herausziehende „Welt-Revolution“ dies verhindern. Schließlich wurde darauf verwiesen, daß der Friede die Hauptache sei, und da müsse man sich auf Wilson verlassen, der doch seine Verheißenungen nicht brechen könne, — man dürfe auch damit rechnen, daß weder die Engländer noch die Amerikaner, die doch als gute Kaufleute mit den Deutschen Geschäfte machen wollten, es dulden würden, daß etwa Frankreichs Haß das deutsche Reich zu schwer schädige, weil ja damit ihr zahlungsfähiger deutscher Kunde in seiner Kaufkraft gemindert werde.

Politisch Urteilsfähige hatten die Wahl, ob sie die Verbreiter solchen Trostes mehr als Toren oder als Betrüger betrachten wollten.

Die neuen Machthaber suchten die Gunst der Feinde zu erwerben, indem sie ihre Vorgänger der „Schuld am Kriege“ bezichtigten und wahllos amtliche Urkunden veröffentlichten, aus denen das sich ergeben sollte; dabei schreckten sie vor Fälschungen nicht zurück.

Schnell wurden auch all diese Trostbehauptungen durch die wirkliche Entwicklung Lügen gestraft. Der Vielverband dachte nicht an raschen Frieden, sondern hielt das deutsche Volk in den Schlingen des Waffenstillstandes, der mehrfach unter erschwerten Bedingungen verlängert wurde; er dachte nicht daran, die hungernden Deutschen durch Aufhebung der Blockade mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen. „Die Internationale“ bestand nur in den Köpfen volksvergessener Deutscher oder sozialistischer Juden, und von dem rettenden Ausbruch der „Welt-Revolution“ war nichts zu verspüren.

Als bald aber zeigten sich die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Niederlage. Es war noch nicht lange her, da hatte die Presse

der Mehrheitsparteien, als die Vertreter des deutschen Siegeswillens wärnend auf die verheerenden Wirkungen eines Verzichtsfriedens hingewiesen hatten, sie beschuldigt, durch solche „nationalistische Demagogie“ das Volk „annexionistisch, chauvinistisch“ aufzutreiben zu wollen, um ihre kriegsverlängernden Pläne durchzusetzen. Nun war die Niederlage da und die schlimmsten Voraussagen wurden durch die grausame Wirklichkeit überboten.

Aber auch hierfür wurde das „alte System“ verantwortlich gemacht, und den Vertretern des Siegeswillens glaubte man den Mund damit zu schließen, daß man sie für den schlimmen Ausgang des Krieges verantwortlich mache, weil gerade sie durch ihr Treiben den rechtzeitigen günstigen Abschluß verhindert hätten. Schamlos wurde der Versuch unternommen, die früheren deutschen Regierungen, die verhasste Oberste Heeresleitung und die Alldutschen als an der langen Dauer des Krieges schuldig hinzustellen, indem sie die Friedensbereitschaft der Feinde zurückgewiesen hätten — gleichgültig, ob von den feindlichen Staatsleitern längst öffentlich erklärzt worden war, daß sie in keinem Augenblick dem Frieden zuführende Schritte getan hätten. Auch hier die wahrheitswidrige Beschuldigung von Reichsbürgern zum Vorteil der Feinde!

Wie es die verlästerten Vertreter des deutschen Siegeswillens vorhergesehen hatten, wurde durch die Folge der Niederlage keine Schicht schwerer getroffen, als die mißleitete Arbeiterschaft, die — blind für ihren wahren Vorteil — alles getan hatte, um sie herbeizuführen. Das „werkstädtige Volk“, wie es im Amtsstil des Umsturzes genannt wurde, verlangte jetzt von seinen Führern die Verwirklichung alles dessen, was ihm seit Jahrzehnten als Ziel und Inhalt des Sozialismus vorgetragen worden war. Es heisste drohend die Erfüllung des „sozialistischen Programms“, die Sozialisierung der Betriebe, die Selbstregierung des politisch reifen Volkes — kurz es bestand auf der Einlösung der Wechsel, die seine Führer ihm ausgestellt und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatten verlängern müssen. Jetzt war das Proletariat Herr auf deutschem Boden und wollte die Früchte seiner Herrschaft ernten.

Da war guter Rat teuer. So weit die neuen Machthaber sich nicht zu dem Wahnsinn bolschewistischer oder spartakistisch-kommunistischer Pläne bekannten, waren sie einsichtig genug zu erkennen, daß die wesentlichen Verheißenungen des sozialistischen Zukunftsstaats unerfüllbar waren — sie hüteten sich, dies einzugehen und begründeten die Nichterfüllung damit, daß das beseitigte „alte System“ eine zusammengebrochene Volkswirtschaft zurückgelassen habe, von der nur wenige Zweige „zur Sozialisierung reif“ seien. Damit gaben sich die begehrlich und herrschsüchtig gewordenen Massen nicht zufrieden, und so wurden, um sie bei Laune zu erhalten, gegen die bessere Überzeugung der nun aufgeklärten Machthaber, an

dem frischen deutschen Wirtschaftskörper „Sozialisierungs-Versuche“ unternommen, über deren Verderblichkeit kein Einsichtiger sich täuschen konnte.

Sobald die sozialistischen Wortführer, die bis dahin das leichte Geschäft der Volksredner getrieben hatten, zu Leitern des Staates geworden waren, zeigte sich, daß die Partei des sogenannten werktätigen Volkes über keinen einzigen politischen Kopf verfügte, daß sie zur Staatsleitung nicht nur unvorbereitet, sondern auch unfähig war. Um Reich und Bundesstaaten nicht ganz aus Rang und Band geraten zu lassen, was den Machthabern selbst zum Verderben gediehen wäre, kamen sie aus dem Triebe der Selbsterhaltung dazu, die Träger des bei jeder Gelegenheit gelästerten „alten Systems“, seine Beamten, im Dienste zu halten und mit Hilfe dieser Bürokratie, die teils aus Pflichtgefühl, teils aus dem Zwange wirtschaftlicher Notwendigkeit, im Dienste blieb, brachten sie es fertig, notdürftig zu regieren; die Arbeitsteilung war dabei so, daß die vernünftigen, erhaltenden Maßnahmen von dem Beamtentum ausgingen, während die neuen Machthaber das Vorrecht hatten, Schaden zu stiften. Es ist unbestritten, daß das „neue System“ ohne die alte Beamenschaft keine Woche lang Reich und Bundesstaaten hätte in Gang halten können.

Wo der Versuch gemacht wurde, vorübergehend durch die Vertreter des angeblich werktätigen Volkes zu regieren, kam es zu Zuständen, die bitterster Hohn auf den Staatsgedanken waren und die Stoff zu poliischen Possen böten, wenn sie nicht gar zu traurig und unwürdig gewesen wären — schlimmer noch war es, wo Verbrecher und Narren sich die Macht anmaßten und eine schändliche Blutherrschaft ausübten. Braunschweig und München boten wochenlang den Anblick solcher Regierungskünste, Berlin, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Leipzig und andere Städte vorübergehend. Gewiß wollten die zur Macht gelangten Mehrheitssozialisten nach ihrer Art Ordnung halten — aber hatte das „werktätige Volk“ der Meuterer, Fahnenflüchtigen, Halbwüchsigen, Zuhälter und Zuchthäusler zu solchem Zwecke „Revolution gemacht“? War den Spartakisten und Bolschewisten mit einem Zustand gedient, bei dem das Proletariat nicht nach russischem Muster allein zu befehlen hatte?

Aus diesem Widerstreit der gesellschafts- und ordnungsfeindlichen Bestrebungen gegen die Absicht der neuen Machthaber, in ihrem Sinne Ordnung zu stiften, entsprangen an vielen Orten im Reiche Putsche; fortgesetzte Aussände ließen das wirtschaftliche Leben nicht zur Ruhe kommen — kurz das Reich glich einem großen Tollhaus, in dem die vom politischen und sittlichen Veitstanz Besessenen ihr Unwesen trieben. Nur wo die neuen Machthaber sofort über hinreichende militärische Kräfte verfügten, vermochten sie den Aufruhr wider das „neue System“ niederrzuschlagen — in den anderen Fällen mußten sie ihn töben lassen, bis die „Reichswehr“ eingreifen konnte.

In allen Einzelheiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erkannten die zu Staatsleitern gewordenen Führer der Massen, daß sie die Gefangenen ihrer eigenen politischen Vergangenheit und ihrer Gefolgschaft waren — nirgends aber mehr als in den Fragen der Macht nach innen und außen. Wie hatte man noch vor kurzem die Kreise, die an der alten Lehre festhielten, daß Macht die Grundlage jedes Staatswesens sei, als Vertreter finstersten Rückzittes verkehrt und ihnen gegenüber den Rechts- und Volksstaat in den Himmel erhoben! Und nun mußte man erkennen, daß auch diese gepräsene, angeblich höhere Staatsform — die nichts war als ein hohles Schlagwort — nicht ohne Macht auskommen könne; man war nun selbst Obrigkeit geworden und erlebte, daß eine solche nur dann nicht dem Sluge lächerlicher Hilflosigkeit verfällt, wenn sie ihrem Willen durch Machtausübung Nachdruck verschaffen kann. Da war es das Verhängnis, daß die neuen Staatsleiter das aus dem Felde heimkehrende Heer zerstört und sich selbst der Unterstützung beraubt hatten, die es der Sache der Ordnung hätte bieten können.

\* \* \*

Nach den Waffenstillstandsbedingungen hatte das deutsche Heer Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen vom 11. November ab zu räumen, binnen weiterer 11 Tage mußten alle deutschen Truppen über den Rhein, jenseits der „neutralen Zone“, zurückgezogen sein.

Der harte Wille der Feinde hatte der Obersten Heeresleitung hier eine ebenso traurige wie schwere Aufgabe gestellt. Bis zum letzten Schusse am Mittag des 11. November hatte die Front ihre Pflicht getan — dann mußte schleunigst abgebaut werden; denn es war bedungen, daß alle Truppen und alles Heeresgut, die nach den staffelweise bestimmten Zeitpunkten noch im Räumungsgebiet gefunden würden, in Kriegsgefangenschaft fallen oder zur Beute werden sollten. Da die pflichtvergessenen Etappen zum größten Teil versagten und die Fristen zu kurz waren, konnte das Heeresgut nicht annähernd geborgen werden; unermessliche Werte fielen in Feindeshand. Das Heer selbst jedoch wurde zurückgeführt — eine Leistung, die bewundernswert ist. Es war ein hartes Stück für die unbesiegten Truppen, in Marschen, die wegen der Kürze der Fristen nicht anders als fluchtartig sein konnten, in die Heimat zurückzukehren, von der sie die äußersten Schrecken des Krieges ferngehalten halten. Daß der traurige Rückzug fast überall in Ordnung und Manneszucht ausgeführt wurde, zeigt, daß der gute Geist des deutschen Heeres noch nicht erstorben war — freilich, je mehr seine Angehörigen sich der „befreiten“ Heimat näherten, um so größer wurde die Gefahr der Ansteckung, des Auseinanderlaufens. Um so höhere Ehre gebührt jenen zahlreichen Truppenteilen,

die bis zu den ihnen bestimmten letzten Marschzielen, der Fahne getreu, beieinander blieben und mit einem Hurra auf den Kriegsherrn und das Vaterland entlassen wurden.

Wochenlange Märsche hatten sie im Winter durch das trostlose Vaterland auszuführen, dessen Verwahrlosung ihnen durch den Augenschein erst ganz klar wurde, und sie hielten Zucht und Ordnung. Auch bei ihnen hatte man Soldatenräte eingeführt, nachdem die Oberste Heeresleitung in unbegreiflicher Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Umstürzleute deren Bildung befohlen hatte. Selbst beim Großen Hauptquartier und den Armee-Oberkommandos bestand diese Einrichtung. Die von der Zersetzung unberührt gebliebenen Truppenteile lehnten es ab, solche heereswidrigen Vertretungen zu wählen — manche mußten erst dazu gezwungen werden und wählten dann ihre nächsten Vorgesetzten. Es kam nicht selten zu Zusammenstößen, wenn königstreu gebliebene Truppen mit den Umstürzern aneinander gerieten oder sich über die Wahrzeichen des Umsturzes empörten.

Als nun der letzte Mann des heimkehrenden Heeres die Grenzen der „neutralen Zone“ überschritten hatte, entstand die Frage, ob und was die obersten Führer unternehmen würden, um die Heimat zu befrieden und zu retten. Alle Freunde der Ordnung hielten es für selbstverständlich, daß die vor dem Feinde bewährten Feldherren sich der Pflicht nicht entziehen würden, dem Vaterlande, dem sie die Feinde ferngehalten hatten, nun die so schändlich gestürzte Ordnung wiederzubringen; man dachte nicht anders, als daß sie einen festen Plan für dies Werk hätten und wußte, daß mindestens ein sehr großer Teil der Truppen bereit war, dabei mitzuwirken. Es ging die Rede durch das Land, der Yord werde sich finden, der dem deutschen Reiche seine Ruhe schaffe — und mancher Name aus der Zahl der Oberbefehlshaber wurde mit Hoffnungen hierfür genannt.

Aber der Yord fand sich nicht.

Die bewährtesten Feldherren waren nur Soldaten, gewohnt nach Befehlen noch höherer Stellen zu handeln, in politischen Dingen ratlos und nicht zu Entschlüssen zu bringen — was zu diesem Handwerk gehörte, hatten sie auf der Kriegssakademie „nicht gelernt“; kein oberster Kriegsherr war mehr vorhanden, der ihnen Befehle erteilen konnte, und dem Feldmarschall fehlten die Eigenschaften, die Soldaten wie Yord, Gneisenau, Roon zu Helden der politischen Tat gemacht hatten.

Es wird der weiteren Zulust schwer verständlich sein, daß keiner der Generale, die vor dem Feinde Tatkraft und Mut bewiesen hatten, nun auch nur den Versuch mache, etwas für die innere Wiederherstellung des Vaterlandes zu wagen; sie wird hierin die schicksalsvolle Tatsache bestätigt finden, daß unter so vielen hervorragenden Feldherren kein politischer Soldat war — und den Kaisertreuen des lebenden Geschlechtes wird sie

die Enttäuschung nachfühlen, die ihnen dies politische Versagen der Generale bereitete.

\* \* \*

Auch die neuen Machthaber rechneten damit, daß einer oder der andere der Generale mit königstreuen Truppen etwas unternehmen werde, und sie zitterten insgeheim vor der „Gegenrevolution“. Um die Gefahr zu mindern, hatten sie angeordnet, daß die zurückgekehrten Truppen so rasch wie irgend möglich entlassen, ihre Truppenteile aufgelöst werden sollten. Aus blasser Angst vor der Gegenrevolution machte sich die neue Regierung selbst wehrlos gegen die Umsturzbestrebungen der staats- und gesellschaftsfeindlichen Gruppen. So konnte es geschehen, daß für längere oder kürzere Zeit die wichtigsten Städte in die Hände der Unabhängigen, Spartakisten und Bolschewisten gerieten und erst durch formelle Straßenschlachten ihnen wieder abgerungen werden mußten. Um das ausführen zu können wurden „Freikorps“ aus Freiwilligen gebildet, die reine Soldatruppen waren; aus ihnen wurde später die Einrichtung der „Reichswehr“, die auch ein Söldnerheer ist. Sie ist das Werk des zum Reichswehrminister ernannten sozialdemokratischen Führers Noske, der im Reichstag und in der Presse das Seinige dazu getan hatte, das alte Heer herabzusetzen und aufzulösen, und der in Kiel dem Umsturz zum Siege verholfen hatte. Nun wurde dieser geschworene Feind des „Militarismus“ gezwungen, um die Stellung, ja das Leben der neuen Machthaber vor dem Ansturm noch umstürzlerischerer Gruppen zu sichern, aus den Trümmern des kaiserlichen Heeres eine Truppe zu bilden, die mühsam die Ordnung aufrecht erhielt. Man hat das dem Reichswehrminister als besonderes Verdienst auch um die bürgerlichen Schichten angerechnet, aber dabei vergessen, daß sein Vorgehen dem Selbsterhaltungstrieb der neuen Gewalten entsprang.

Das war das Ende des preußisch-deutschen Heeres, das in einer unvergleichlich ruhmvollen Geschichte sich zum „Volk in Waffen“ entwickelt und im Weltkrieg die Höchstleistung zustande gebracht hatte, über 4 Jahre hindurch vielfache Übermacht unbesiegt abzuwehren. Das Werk der großen preußischen Kurfürsten und Könige und ihrer Kriegshelden war vernichtet. Um die innere Ordnung einigermaßen aufrecht erhalten zu können, kehrten die Machthaber des Umsturzes dahin zurück, wo der Große Kurfürst angefangen hatte, indem sie Soldtruppen bildeten — nach außen aber konnten diese schwachen Kräfte dem unglücklichen Vaterlande keinen Schutz gewähren: das noch anfangs November verteidigungsfähige deutsche Reich lag ohnmächtig und wehrlos vor seinen Feinden.

\* \* \*

Daß der Vertrag vom 11. November 1918 kein Waffenstillstand sondern Waffenstreckung war, ist schon gesagt — ihn trotzdem als solchen hinzustellen und der Öffentlichkeit vorzuführen, daß der Friede Besseres bringen werde, als dieser Vertrag erwarten lasse, war eine der zahllosen Wahrheitswidrigkeiten des „neuen Systems“. Die durch den deutschen Zusammenbruch und Umsturz zu Siegern gewordenen Feinde wollten zuerst an das ihnen zugefallene Glück nicht recht glauben, so unerwartet kam es ihnen, zumal in solchem Umfang. Aber sie fanden sich schnell in ihre Rolle und behandelten das zertretene deutsche Reich mit dem Übermut und der Grausamkeit, die jeder deutsche Kenner ihrer Geschichte erwartet hatte, falls sein Vaterland unterliege.

Noch im November nahmen die Franzosen das Reichsland in Besitz; sie wurden von den Welschgesinnten jubelnd begrüßt und erklärten, — dem berühmten Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwider — daß Elsaß und Lothringen ohne weiteres zu Frankreich gehörten, an das sie, vom preußischen Joch befreit, einfach zurückfielen. Schändlich war, was die welschen Parteigänger und das Gesindel dort an deutschgesinnten Alt-eingesessenen und Altdeutschen verbrachten — schmachvoll, wie die Wahrzeichen der deutschen Zugehörigkeit des Landes zerstört und entehrt wurden. Die neue Herrlichkeit im Reichslande nahm schnell ein Ende, als die Franzosen auch die alteingesessene Bevölkerung als Unterworfenen behandelten. Der Gegensatz zwischen ihr und den neuen Herren spitzte sich schärfer zu, als der zwischen Elsaß-Lothringen und der deutschen Regierung. Es ist ein schlechter Trost, diese Entwicklung zu beobachten — aber etwas wie Strafe liegt in ihr sowohl für die widerborstigen reichsfeindlichen Alemannen und Franken des Reichslandes wie für die Franzosen.

Anfang Dezember erschienen die Feinde am Rhein: Franzosen, Amerikaner, Engländer und Belgier teilten sich in die Besetzung des linksrheinischen Reichsgebietes, das sie wie erobertes Land behandelten. So mancher Bürger und Bauer, vor allem aber die Arbeiterschaft, die vor kurzem noch, nur um den Krieg beendigt zu sehen, auch die Feinde im Lande als erträglich angesehen hatten, wurden nun belehrt, was es heißt, solchen Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Eine besondere Schmach und Kulturschande bedeutet die massenhafte Verwendung schwarzer und gelber Truppen; der Auswurf Asiens und Afrikas hielt am Rhein die Wacht für seine weißen Herren. Wo aber Beschwerden gegen die Gewaltherrschaft vorgebracht wurden, verwiesen diese auf das, was deutsche Truppen in Frankreich und Belgien getan hätten — außer acht lassend, daß dies im Krieg und im Zusammenhang mit Kampfhandlungen geschehen war, wogegen die Rheinländer ihnen auf Grund eines Vertrages überlassen worden waren.

Die erste Forderung der Sieger ging dahin, daß eine für sie verhand-

lungsfähige Regierung und eine den Friedenswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringende Volksvertretung geschaffen werde; sie erklärten dabei, sie würden eine Räteregierung nach russischem Muster nicht anerkennen.

In Berlin trennten sich in den letzten Dezembertagen 1918 die Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten, die den Rat der „Volksbeauftragten“ nun allein aus ihren Reihen besetzten; unter ihnen wirkte ein Kabinett von Sachministern, die zum Teil aus den Mehrheitsparteien, zum Teil aus der alten Beamenschaft entnommen waren. Entsprechend ihrem Bekenntnis zur sog. Demokratie schrieb die Regierung Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung aus; sie wurden am 19. Januar 1919 vorgenommen; ihr Ergebnis wird später zu erörtern sein. Hier ist festzustellen, daß die Nationalversammlung sofort nach ihrem Zusammentreten eine Notverfassung beschloß, der zufolge die oberste Leitung der Reichsgeschäfte von einem Reichspräsidenten als Reichsoberhaupt und von einem Ministerium als ausübender Behörde besorgt werden sollte; die Souveränität des Volkes wurde durch die Nationalversammlung verkörpert. Zum ersten vorläufigen Präsidenten wurde der Mehrheitssozialist Ebert gewählt, dem Prinz Max am 9. November das Reichskanzleramt übertragen hatte; er berief ein Reichsministerium, zu dessen Vorsitzenden er seinen Parteigenossen Scheidemann ernannte.

So war dem Willen des Vielverbandes genügt; das neue deutsche Reich hatte ein Staatsoberhaupt, eine Regierung und eine Volksvertretung. Gleichwohl beeilten die Feinde sich nicht, die Friedensbedingungen vorzulegen; es war so, als weideten sie sich an der deutschen Ungewißheit — das Werk, das sie als Friedensvertrag von ihren Staatsmännern ausarbeiten ließen, brauchte freilich Zeit, um die zum System erhobene politische Zerstörungswut und Grausamkeit bis in die kleinsten Einzelheiten in Bestimmungen zu fassen.

Bis der Vertragsinhalt bekannt wurde, suchte sich die deutsche Öffentlichkeit mit den bekannten Hoffnungen und Erwartungen zu trösten — um so furchtbarer war das Erwachen, als der Vielverband endlich sein Werk vorlegte. Zur Entgegennahme der Bedingungen war die deutsche Abordnung nach Versailles vorgeladen; nachdem man sie dort ungebührlich hatte warten lassen, übergab der französische Ministerpräsident Clemenceau als Vorsitzender der feindlichen „Friedenskommission“ der deutschen Abordnung am 7. Mai die Vertragsurfunde. Um den Besiegten zu demütigen, um den französischen Rachedorst zu befriedigen und um den siegreichen Völkern ein Schauspiel zu bieten, war im selben Spiegelssaale des Schlosses zu Versailles, in dem am 18. Januar 1871 Wilhelm der Erste zum deutschen Kaiser ausgerufen worden war, eine feierliche Sitzung der staatsmännischen Vertreter des Vielverbandes und seiner

Heerführer veranstaltet worden. Vor ihr erschien die deutsche Abordnung, der Zusammensetzung nach so recht ein Bild des zusammengebrochenen Deutschland: unter der Führung eines jener „neuzeitlich“ tuenden Adligen aus ältestem Hause, die ihrer Überlieferung untreu geworden sind und den inneren Halt verloren haben, waren Vertreter der Mehrheitsparteien und ein Beraterstab, der hauptsächlich ihren Kreisen entnommen war, nach Versailles gegangen, um das „Friedenswerk“ zustande zu bringen — eine Gesellschaft politisch Gescheiterter, durch die Entwicklung Widerlegter. Kein Angehöriger des von den Krankheiten der Zeit unberührt gebliebenen stolzen deutschen Adels unter ihnen, keiner der königlichen Kaufleute, kein Vertreter völkischer Weltanschauung und Staatskunst — abgesehen von ein paar tüchtigen Beamten, die pflichtmäßig diese Reise mitmachen mußten, und einigen der deutschen „Industriekapitäne“, die als Sachverständige mitgenommen waren, aber kaum gehört wurden, kein Mann unter ihnen, den die Geschichte als Träger deutschen Sinnes und Wollens anerkennen wird, der den Feinden Achtung eingeflößt hätte.

Was die Kenner der feindlichen Völker für den Fall des Sieges der Verbandsmächte vorhergesagt hatten, daß Friedensverhandlungen überhaupt nicht stattfinden würden, sondern daß das zusammengebrochene deutsche Reich den fertigen Vertrag auf Ja oder Nein vorgelegt bekommen werde, kündigte sich durch manche Mitteilung der feindlichen Presse an. Die Unbelehrbaren auf deutschem Boden wollten es aber nicht glauben; ihr Göze Wilson konnte doch seine erhabenen Grundsätze nicht verleugnen, noch weniger durfte — nach dieser Meinung — sein Land, das schließlich doch beim Obsiegen des Vielverbandes den Ausschlag gegeben hatte, dulden, daß sein Oberhaupt vor aller Welt Lügen gestraft werde. Diese harmlosen flammerten sich an die „14 Punkte“, die bei den Verhandlungen des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage des Friedens anerkannt worden seien; an die seien auch die Feinde gebunden und dürften nichts verlangen, was mit den „14 Punkten“ im Widerspruch stehe. In ihrer politischen Weltfremdheit behandelten sie diese Frage nach der Art eines privatrechtlichen Streitfalles — daß hier eine Machtfrage durch die deutsche Selbstpreisgabe bereits im Sinne der Feinde entschieden war, und daß die Feinde dem ohnmächtigen deutschen Reiche gegenüber aus dieser Lage jeden nur möglichen Vorteil ziehen würden, wollte ihnen nicht in den Kopf. Fest steht, daß der Führer der deutschen Abordnung Graf Brodorff-Ranßau an den guten Willen Wilsons glaubte und überzeugt war, er werde ihn zu gunsten des deutschen Volkes umstimmen können, wenn er nur mit ihm erst am Verhandlungstische säße — kein Wunder, wenn auch die untergeordneten Mitglieder der Abordnung mit guten Hoffnungen nach Versailles gereist waren. Ihnen allen und dem politisch unbelehrten Teile des deutschen Volkes — also seiner großen Mehrheit —

wurde eine furchtbare Enttäuschung bereitet. Die feindliche „Friedenskommission“ legte einen Vertrag vor, den die deutsche Regierung nur annehmen oder ablehnen konnte, bei dem wirkliche Verhandlungen aber nicht zugelassen wurden. Und Welch eine Urkunde hatte sie ausgearbeitet! In einem dickebigen Werke von 440 Artikeln, von denen viele wieder zahlreiche Unterabschnitte enthielten, war bestimmt, was alles dem deutschen Reiche auferlegt wurde, um es zur dauernden politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht zu verurteilen — aber nicht nur das: es waren auch Vorschriften aufgestellt, die den wilden, ja frankhaften Haß eines Teiles der Sieger enthüllten. Die Vertreter einer auf den deutschen Sieg ausgehenden Kriegspolitik sahen auch diesmal ihre Vorhersagen bewahrheitet — die anderen aber standen in starrem Staunen: ihr Wilson hatte sie im Stiche gelassen, von Völkerverbrüderung war in diesem Vertrage so gar nichts zu entdecken, ja die Sieger schlossen das deutsche Reich sogar vom Völkerbunde aus. Leidenschaftliche Anklagen wurden gegen die Leiter des Vielverbandes erhoben; die Mehrheitspresse beschuldigte sie des Betruges. Durch die Vorspiegelung der „14 Punkte“ hätte man das deutsche Volk dahin gebracht, die Waffen niederzulegen — und was dergleichen einer unmöglichen privatrechtlichen Auffassung machtpolitischer Fragen entstammende Vorwürfe waren. In besonderer Tagung trat die Nationalversammlung am 12. Mai in Berlin zusammen: unter stürmischer Zustimmung erklärte der Ministerpräsident Scheidemann diesen Vertrag für unannehmbar und rief aus: „Die Hand solle verdorren, die solch eine Urkunde unterschreibe.“ Die Führer der Parteien gaben gleichlautende Erklärungen ab — die bundesstaatlichen Regierungen und Volksvertretungen legten der Reihe nach feierliche Verwahrung gegen diesen Frieden ein — zahllose Volksversammlungen im ganzen Lande schlossen sich diesem Verfahren an, und es schien zweifellos, daß — abgesehen von den jüdisch geführten unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten — das ganze deutsche Volk, Regierungen und Regierte, darin einig waren, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe. Und doch war dies, soweit die Reichsregierung in Betracht kam, Spiegelfechterei; sie war von vornherein zur Annahme entschlossen und gebrauchte so starke Worte nur, um den Unwillen des vielleicht zur Selbstbesinnung gelangenden Volkes von sich und ihren Parteien abzulenken. In den Parteien freilich glaubten die kleinen Leute im Ernst, der Vielverband lasse sich durch die deutschen Entrüstungskundgebungen beeinflussen. Wie wenig das der Fall war, zeigte der Fortgang der „Verhandlungen“, die in einseitigem Bitten der deutschen Vertreter, in steter Ablehnung der Feinde bestanden. Präsident Wilson ließ sich nicht dazu herbei, sich mit dem Grafen Brockdorff-Ranßau an den Beratungstisch zu setzen; dieser mußte seinen Kampf in diplomatischen Noten führen. Mit unermüdlichem Eifer reichte

er solche ein, und fast immer erfuhrten sie höhnische Abweisung. Dies für das deutsche Volk grausame Spiel ging bis tief in den Juni 1919; dann stellte der Vielverband, der nur in geringfügigen Dingen Zugeständnisse gemacht hat, die Forderung, bis zum 23. Juni sei die Annahme zu erklären, widrigfalls der Waffenstillstand als beendet angesehen und der Krieg wieder aufgenommen werden sollte.

Nun hieß es für die Regierung und die Nationalversammlung Harbe bekennen.

Für das deutsche Reich stand die Frage so: Militärischer Widerstand konnte im Westen nicht geleistet werden, weil die neuen Machthaber das aus dem Felde heimgekehrte Heer aus Furcht vor der „Gegenrevolution“ aufgelöst hatten. Wie es im Osten stand, wird später zusammengefaßt berichtet. Hilflos lag das deutsche Reich in selbstverschuldeter Ohnmacht vor den Gewaltherrschern von Versailles — und doch durfte es sich diesem Vertrag nicht fügen. Es war eine Frage völkischer Ehre, ihn ohne Rücksicht auf die Folgen abzulehnen. Dies galt von den zahllosen unerfüllbaren wirtschaftlichen Bedingungen, die kein ehrenwerter Mann, im Bewußtsein ihrer Unerfüllbarkeit, unterschreiben durfte. Es galt in viel höherem Maße von den Bestimmungen, die unmittelbar und nach dem Willen der Feinde mit Absicht an die deutsche Ehre rührten: Das deutsche Reich sollte die Schuld seiner früheren Regierung am Kriege anerkennen, Kaiser Wilhelm den Zweiten einem Verbandsgerichtshofe zur Aburteilung preisgeben und alle Heerführer, Offiziere und sonstige Personen, die vom Verbande völkerrechtswidriger Kriegshandlungen beschuldigt würden, ihren Gerichten ausliefern. Jede dieser Forderungen war darauf berechnet, das deutsche Ehrgefühl endgültig zu vernichten und das deutsche Volk, wenn es sich ihnen füge, vor aller Welt als ehrlos bloßzustellen. Eine Schuld anerkennen, die kein Deutscher hatte — den Kaiser ausliefern, der der Vertreter der Volksgesamtheit war und bei Kriegsbeginn ihre begeisterte Zustimmung gefunden hatte — die Helden zu Wasser und zu Lande verraten, wobei die Feinde besonders an die fühnen Befehlshaber der Unterseeboote dachten — das war unmöglich. Die völkischen Kreise waren sich aller Folgen bewußt, die die Ablehnung des Vertrages haben konnte und verlangten sie trotzdem, weil sie wenigstens die deutsche Ehre aus dem Fall ihres Vaterlandes retten wollten. Sie rechneten auch, daß die Besetzung weiterer Teile des deutschen Reiches deren noch unbelehrter Bevölkerung die Bekanntschaft mit den Feinden und ihrer Art, auf deutschem Boden Ordnung zu halten, vermitteln und sie durch die daraus zu gewinnenden Erfahrungen wieder zur völkischen Gesinnung, zur geäuerten Vaterlandsliebe, zurückführen werde.

Als die Dinge durch die Drohung der Verbundsmächte zur Entscheidung getrieben wurden, erlebte das deutsche Volk einen neuen inneren Zusammenbruch. In widerlichem Ränkespiel der Führer der Mehrheitsparteien wurde in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Annahme des Vertrages gesichert; einige der Minister, unter ihnen der Präsident Scheidemann, wahrten den Schein und schieden aus ihren Ämtern; dasselbe hatte der Außenminister Graf Brodorff-Ranßau schon vorher getan, als er seine Politik durch seinen Amtsgenossen Erzberger durchkreuzt sah.

Am 22. Juni sprach dieselbe Nationalversammlung, die am 12. Mai ihr „Niemals“ verkündet hatte, durch Beschluß ihr Einverständnis mit der Unterzeichnung des Friedens aus, wobei die Urheber dieser Entschließung den ursprünglichen Vertrauensantrag in eine Kundgebung für die bedingungslose Annahme des Vertrages von Versailles umfälschten. Damit war entschieden, daß Regierung und Nationalversammlung sich der feindlichen Forderung nach bedingungsloser Unterzeichnung unterwiesen. Die Verbundsmächte luden die deutschen Bevollmächtigten zur feierlichen Unterzeichnung vor und bestimmten hierzu den 28. Juni.

Es hielt nach dem Rücktritt des Grafen Brodorff-Ranßau schwer, die Bevollmächtigten zu finden, die ihren Namen unter die Urkunde deutscher Schande zu setzen bereit waren; schließlich verstanden sich je ein Vertreter der Regierungsozialisten und des Zentrums zu diesem Geschäft: als sie am vorgeschriebenen Tage in Versailles den Vertrag vollzogen — genau fünf Jahre nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand — legten sie gleichzeitig sinnbildlich die Schuld ihrer Parteien an diesem furchterlichen Ausgang fest.

\* \* \*

Was der sog. Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Reiche und Volke auferlegt, kann hier im einzelnen nicht aufgezählt werden; nur die wesentlichen Bestimmungen seien mitgeteilt.

An Frankreich mußte Elsaß-Lothringen abgetreten werden; an den wieder geschaffenen Polenstaat aus den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen ohne weiteres ein Gebiet von nahezu 42000 qkm; hinsichtlich weiterer rund 26000 qkm, die dem östlichen Westpreußen, dem südlichen Ostpreußen und Oberschlesien zugehören, soll das Ergebnis einer Volksabstimmung maßgebend sein, die unter Aufsicht der Verbundsmächte vorgenommen werden soll. Die Stadt Memel und ihre Umgebung mit 2500 qkm soll ein selbständiges Gemeinwesen oder zu Litauen geschlagen werden; die Stadt Danzig mit Umgebung (rund 2000 qkm) bildet „unter dem Schutze des Völkerbundes“ einen Freistaat, um den Polen den Zugang zum Meere zu verschaffen. Das Saarbeden wird auf 15 Jahre an Frankreich überlassen; nach deren Ablauf

soll die Bevölkerung entscheiden, ob sie beim Reiche verbleiben will. An Belgien fällt der Bezirk von Malmedy (gegen 1000 qkm), an Dänemark die nördlichen Kreise Schleswigs — zum Teil nach Volksabstimmungen. Alles in allem verliert das Reich sofort und bestimmt rund 65 000 qkm mit gegen 3½ Millionen Einwohnern — für rund 34 700 qkm mit gegen 2 Millionen Einwohnern ist das Schicksal von der Abstimmung der Bevölkerung abhängig gemacht, auf deren Ausfall die Verbandsmächte maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen. Kennzeichnend für die Gesinnung der Verbandsmächte, die heuchlerisch behaupten, die erhaltenen Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit zu verwicklichen, ist der Raub uralt deutscher Städte und Gebiete mit überwiegender und unbezweifelter deutscher Bevölkerung, wie Danzig, Thorn, Graudenz und des ganzen Reichslandes — ohne Rücksicht auf das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker werden sie vom Reiche losgerissen. Welche Absicht der Vielverband mit dem Landraub im Osten verfolgt, zeigt ein Blick auf die Karte: er will, das letzte Ziel der Slawen verwirklichend, eine Reihe slawischer Staatswesen von Triest bis Danzig, von der Adria bis zur Öffsee, um das deutsche Sprachgebiet legen, um diese Urfeinde des deutschen Volkes stets gegen das deutsche Reich loslassen zu können und um es von Russland zu trennen, damit der politische und wirtschaftliche Verkehr mit diesem Staate nach seiner etwaigen Wiederherstellung unterbunden oder erschwert wird.

Wirtschaftlich bedeutet der Verlust der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten eine ernste Bedrohung der Volksernährung; in Elsaß-Lothringen gehen die Erz- und Kaligebiete, im Saarbecken die Kohlengruben verloren; falls Oberschlesien durch Volksabstimmung an Polen fällt, würde dieser Verlust so gesteigert, daß die Kohlenversorgung der ostelbischen Gebiete mit ihren Großstädten in Frage gestellt wäre. Der deutschen Industrie erschwert der Raub der Kohlen- und Erzgebiete die Möglichkeit des Fortbestehens in kaum zu überwindender Weise und gefährdet damit das Dasein für Millionen der bisher von ihr beschäftigten Arbeiter. Macht-politisch wird das deutsche Reich zu einem Kleinstaat herabgedrückt, indem es vom 31. März 1920 ab nur ein Heer von 100 000 Köpfen, einschließlich der (4000) Offiziere, gegliedert in 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen, halten darf, wobei der ruhmreiche Generalstab aufgelöst wird; außerdem ist durch Ablieferung von Gewehren, Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen usw. die Entwaffnung des Reiches ausbedungen. Der zugestandene Heeresbestand wird nicht einmal zur Sicherung der inneren Ruhe ausreichen. Die Flotte wird auf 6 Linienschiffe, 6 kleine Kreuzer und je 12 große und kleine Torpedoboote begrenzt. Für die Linienschiffe ist eine derart geringe Größe festgesetzt, daß sie als Gegner in der Schlacht überhaupt nicht ernstlich in Frage kommen. Alle anderen vorhandenen

Kriegsschiffe gehen in den Besitz der Feinde über. Hier hat der Befehlshaber der in England „internierten“ Kriegsschiffe, Konteradmiral von Reuter, das deutsche Vaterland vor äußerster Schmach bewahrt, indem er sie am 22. Mai bei Scapa Flow unter Berufung auf den allgemeinen Befehl des obersten Kriegsherrn, kein Schiff in feindliche Hand fallen zu lassen, versenkte — ein erschütterndes Ende der stolzen Flotte, die Großadmiral von Tirpitz dem deutschen Volke geschaffen hatte und die Kaiser Wilhelm II. unter dem Einfluß schlechter Berater, vor allem Bethmann Hollwags, nicht ihren Daseinszweck durch den Kampf gegen England hatte erfüllen lassen. Untergehend stellte sie durch das Verdienst ihres Führers die Ehre der deutschen Kriegsflagge wieder her.

Die deutsche Handelsflotte, die vor dem Kriege die uns bekannten gewaltigen Fortschritte gemacht hatte, mußte zur Gutmachung der durch den Unterseebootkrieg den Feinden zugefügten Schäden alle Fahrzeuge bis auf einen Bestand von etwa 2250 Schiffen mit rund 500000 Register-Tonnen abliefern; sie behält knapp den 33. Teil ihres Umfanges im Jahre 1914, und zwar nur kleinste Fahrzeuge, die meisten unter 1000 Tonnen, wenige darüber bis zu 1600 Tonnen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die überseeische deutsche Handelsfahrt vernichtet ist und daß es dem Unternehmungsgeist ihrer Führer überlassen bleibt, von vorne anzufangen.

Das deutsche Reich mußte seine sämtlichen Kolonien an die Verbündete abtreten, die darüber verfügen werden; es ist von den französischen Sklavenhaltern und den englischen Schlächtern in Indien und Ägypten nicht würdig befunden worden, farbige Bevölkerung in seiner Obhut zu behalten!

Die Rheinprovinz, Rheinhessen, die Rheinpfalz und die Brüderköpfe bleiben bis zu 15 Jahren besetzt — am längsten die von den Franzosen besetzten Gebiete; die Kosten trägt das deutsche Reich. Es hat auch für die Kosten der Wiedergutmachung im belgischen und französischen Kriegsgebiete aufzukommen, deren Höhe im Friedensvertrag nicht festgesetzt ist, sondern späterer Bestimmung durch den „hohen Rat der Verbündeten“ vorbehalten bleibt, so daß die darin liegende furchterliche Bedrohung des Reichsgeldwesens jeden wirtschaftlichen Aufbau unmöglich macht und dem Ausland jedes Vertrauen auf die wirtschaftliche Erholung des deutschen Reiches in absehbarer Zeit nimmt. Allein schon die Unterwerfung des Vaterlandes unter diese vernichtende Unsicherheit war ein politisches Verbrechen.

Eine Fülle militärischer, wirtschaftlicher, fachlicher Ausschüsse überwacht die Ausführung der Vertragsbestimmungen; japanische Offiziere z. B. wirken bei der Grenzzfestsetzung gegen Polen mit. Die großen deutschen Wasserstraßen werden Behörden unterstellt, in denen das deutsche Reich

in der Minderheit ist. Dies ist eine eigenartige Abwandlung des Gedankens der „Internationalen“, von dem die Sozialdemokraten fabelten, und des „internationalen Gedankens“, von dem die anderen Volksvergessenen schwärmt: ihr Vaterland, das ihnen nicht gut genug war, ist gründlich „internationalisiert“, seitdem es den feindlichen Überwachungsstellen ausgeliefert wurde. Die Bestimmungen der Reichsverfassung gelten nur, soweit sie nicht mit dem Vertrag von Versailles in Widerspruch stehen — auch darf das Reich nichts tun und dulden, was eine Umgehung seiner Rüstungsbeschränkungen bedeuten würde. Es hat seine Schuld am Kriege anerkannt, gibt den Kaiser dem feindlichen Gerichte preis und verpflichtet sich, jeden Heerführer, Offizier oder sonstige Personen, gegen die eine der Verbändsmächte wegen Verlezung der Kriegsgebräuche Anklage erhebt, zum Zwecke der Aburteilung auszuliefern.

Dies ist, aufs Äußerste zusammengepreßt, der wesentliche Inhalt des Vertrages von Versailles, soweit er das deutsche Reich betrifft; in ihm sind ungezählte Fußangeln gelegt, so daß Tag für Tag die Gefahr einer Vertragsverlezung besteht — ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen infolge der Leistungsunfähigkeit des deutschen Volkes unmöglich eingehalten werden können. So werden jeden Augenblick von den Siegern Hölle der Vertragsverlezung behauptet und begründet werden können, die ihnen Anlaß zu neuen Erpressungen und Schädigungen bieten.

Bei Lichte betrachtet, hat das deutsche Reich seit dem 11. November 1918, bestätigt durch den Vertrag von Versailles, seine Selbstherrlichkeit (Souveränität) verloren und ist unter die politische, wirtschaftliche und rechtliche Vormundschaft der Verbändsmächte gestellt worden. In welchem Umfang dies der Fall, bewies noch im September 1919 die Forderung „des hohen Rates der Verbündeten“, den Artikel 61 der neuen Reichsverfassung zu beseitigen, in dem für den Fall der Vereinigung Deutsch-Osterreiche mit dem deutschen Reiche Bestimmung getroffen wird, während diese Vereinigung durch den Friedensvertrag ausdrücklich verboten ist! Hier feierte die Lüge vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren größten Sieg. Obwohl die Deutschen des Reiches und Deutsch-Osterreiche das leidenschaftliche Verlangen befunden haben, sich zu vereinigen, verbot der Vielverband, der zum Nachteil des deutschen Volkes jedem kleinsten Volkssplitter sonst das Recht des Eigendaseins zubilligt, diese staatliche Zusammenfassung des mitteleuropäischen Deutschtums und betrog es damit um den einzigen Trost und Vorteil, den der furchtbare Zusammenbruch der Mittelmächte ihm hätte bringen können.

Bevor wir den Versailler Vertrag verlassen, seien aus der Zeit der

sog. „Friedensverhandlungen“ noch drei Tatsachen festgestellt, die in Erinnerung behalten werden müssen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brodorff-Ranßau, hatte in der ersten feierlichen Sitzung der „Friedenskonferenz“ die Schuld des deutschen Reiches am Kriege, der geschichtlichen Wahrheit zuwider, teilweise zugestanden.

Sein Amtsgenosse Erzberger, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, hatte, während Graf Brodorff-Ranßau sich in seiner — freilich aussichtslosen — Weise bemühte, günstigere Bedingungen zu erlangen, durch seine Preszverbindungen im Auslande verlauten lassen, daß das deutsche Reich den Vertrag auch ohne Milderungen annehmen werde.

Die unabhängigen Sozialisten und ihre Presse haben unter Androhung von Ausständen die unbedingte Annahme des Vertrages gefordert.

So war der oberste Bevollmächtigte des deutschen Reiches in Versailles der Gefangene seiner eigenen Erklärung, der Machenschaften Erzbergers und des fortgesetzten Verrates der Unabhängigen.

Dies war das Ende der äußeren Politik des deutschen Reiches, die am 20. März 1890 eingeleitet wurde.

\* \* \*

Bevor die Entwicklung auf dem Gebiete der inneren Politik geschildert wird, sei noch eine Angelegenheit behandelt, die beiden gemeinsam war: die Polenfrage, d. h. in den Zusammenhängen, die der Umsturz geschaffen hatte, die Frage, was aus den Landesteilen Preußens werden sollte, die von den Polen als polnische Anspruch genommen wurden. Nach dem verderblichen Leitwort des Burgfriedens: „Ich kenne keine Parteien mehr“ hatte die preußische Regierung über alles hinweggesehen, was die Polen staatsfeindliches während des Krieges getan hatten; im Reichstag gehörten ihre Abgeordneten zur Verzichtmehrheit, ihr Obmann saß im Altestenausschuß und ihre Vertreter wurden bei den vertäulichen Beratungen des Reichskanzlers oder seiner Beauftragten mit den Parteiführern zugezogen — eine Harmlosigkeit, die übrigens auch gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie geübt wurde; denn Staatsfeinde zu erkennen und entsprechend zu behandeln, war nicht die Sache einer Staatsleitung, die nach den unhaltbaren Begriffen des Burgfriedens verfuhr. So war auch ein Pole zugegen, als Anfang Oktober 1918 der Abgesandte der Obersten Heeresleitung seine geheimen Mitteilungen über die militärische Lage und die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen machte; man kann sich denken, mit welchen Gefühlen dieser „deutsche“ Volksvertreter die Nachrichten über die Not des deutschen Reiches entgegengenommen hatte.

Als dann der Umsturz kam, brach in Posen das Ansehen des Staates und die Machtstellung des Deutschtums im Nu zusammen, da auch dort sowohl der oberste militärische wie der politische Vertreter des Staates bis zur Kopflosigkeit versagten. Die Polen benützten die sozialistische Bewegung, um die bestehende Ordnung zu beseitigen und damit etwaigen militärischen Widerstand gegen ihre national-politischen Pläne unmöglich zu machen; sobald dies durch die völkische Gleichgültigkeit der sozialistischen Staatsverdorber gelungen war, traten sie mit ihren nationalen Ansprüchen auf und setzten sie widerstandslos durch. Sie hatten dabei das besondere Glück, daß die Berliner „Volksbeauftragten“ die Prüfung und Bearbeitung der deutschen Ostfragen Leuten in die Hand legten, die bis zum Irrsinn oder Verrat ungeeignet waren. Einer dieser Zerstörer des von allen großen Männern seit dem alten Kriege bis zu Bismarck geschaffenen Werkes entschied, daß — entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — die Polen Anspruch hätten auf alle Landesteile, die bis zu 41% polnisch besiedelt seien: also dieser preußische Staatsbeauftragte bestimmte, der Deutschen im Osten ungefragt, daß eine polnische Minderheit von vier Zehnteln eine deutsche Mehrheit von sechs Zehnteln vergewaltigen dürfe. Als sich hiergegen in allen gemischtsprachigen Provinzen Preußens leidenschaftlicher Widerstand der Deutschen erhob, und als im ganzen deutschen Reich der Einspruch gegen die Preisgabe des Ostens laut und der Hinweis auf die Bedeutung dieser landwirtschaftlichen Überschüßgebiete für die deutsche Volksnährung wirksam wurde, da besann man sich in Berlin eines besseren und suchte zu retten, was zu retten war.

Zu dem Plane des Vielverbandes, das deutsche Reich dauernd ohnmächtig zu machen, ihm todfeindlich gesinnte Staaten vor die zurückgedrängten Grenzen zu legen, die jederzeit militärisch gegen es losgelassen werden könnten, es außerdem dadurch wirtschaftlich von dem Riesengebiete eines wieder befriedeten Russland abzuschneiden, gehörte die Herstellung eines möglichst großen polnischen Staates, und es war sicher, daß die mit der Geschichte im Widerspruch stehenden Wünsche der Polen freundliches Gehör bei den feindlichen Staatsmännern finden würden. Nach der Behauptung der Polen ist von Rechts wegen ganz Ost- und Westpreußen, ganz Posen, Teile von Pommern und der Mark, der größere Teil Schlesiens altpolnisches Land — man konnte also erwarten, daß Preußen im Osten schwerste Opfer bringen müsse, nachdem es durch den Zusammenbruch und Umsturz im Reich wehrlos geworden war. Diese Gefahr rief die Deutschen der Ostmark zur Abwehr. Die bisherige Behandlung der Ostfragen durch die neuen Machthaber schrie so laut zum Himmel, daß eine Umkehr erfolgen mußte. Inzwischen waren aus Ost und West die Truppen aus dem Felde zurückgekehrt; sie auf einmal zu entlassen, sollte im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit vermieden werden —

andererseits hatte der Vielverband eine „Demarkationslinie“ zwischen Polen und Preußen bestimmt, die ankündigte, wohin seine Zerstörungsabsichten gingen, und das größtenwahnsinnige Polentum hielt sich hieran nicht einmal gebunden, sondern ließ durch seine Truppen, unter denen sich auch gepreßte Deutsche befanden, Vorstöße über die vorläufige Grenze vornehmen. So entstand infolge des ersehnten Friedens im Westen ein neuer Kriegsschauplatz im Osten, und die neue Reichsregierung entschloß sich, die „Demarkationslinie“ militärisch zu sichern, indem sie hinter ihr eine neue Front aufbaute. Nach und nach wurde dort ein Heer von über 300000 Mann aufgestellt, das mit allem versehen war, was zu einem erfolgreichen Kriege gegen die Polen gebraucht worden wäre. Bewährteste Generale führten über die drei Heeresgruppen den Befehl; die oberste Leitung lag in der Hand des Feldmarschalls von Hindenburg, der seinen Sitz nach Kolberg verlegt hatte. Es steht fest, daß maßgebende Mitglieder der Regierung unöffentlich die Absicht ankündigten, im Osten den deutschen Besitzstand zu wahren, soweit nicht unbedingt polnische Mehrheiten vorhanden wären; es steht fest, daß sie andeuteten, es auf den Kampf mit den Polen ankommen lassen zu wollen; es steht fest, daß die Truppen in diesem Sinne beeinflußt wurden und zum Lasschlagen drängten; es steht endlich fest, daß die Führer durchweg überzeugt waren, das sog. polnische Heer nur so vor sich hinzutreiben und den Feldzug zur Wiederherstellung der deutschen Ehre siegreich führen zu können. Welche Rückwirkung ein derartiges Vorgehen auf die gesamte Stimmung und die Entwicklung im Reich haben konnte, lag auf der Hand — kein Zweifel also, daß alle, die den Umsturz fortdauern lassen wollten, geschworene Feinde dieser Pläne waren.

Klar war von vornherein, daß der Vielverband einen Angriff auf Polen nicht dulden würde; da die Polen jedoch fortgesetzt herausfordernde Unternehmungen wagten, handelten die Deutschen in der Verteidigung — aber auch ein allgemeiner Vormarsch des Ostheeres zu diesem Zwecke wäre bestimmt auf das Verbot der Feinde gestoßen. Es war die Frage, ob man sich dadurch verhindern lassen sollte, zu tun, was die deutsche Ehre, die deutsche Sicherheit verlangten. Hier war der Punkt, wo die Friedensverhandlungen sich mit der Ostfrage kreuzten, wo die reine Verteidigung im Osten mit dem Machtwillen der Feinde und der Unterwerfungsbereitschaft der Umsturzmachthaber zusammenprallte. Die Kreise, die für die Ablehnung der Versailler Bedingungen eintraten, erblickten im entschlossenen Auftreten gegen die Polen das beste Mittel, den guten Geist im Volke aufzurütteln und dem Ausland gegenüber das deutsche Ansehen wieder herzustellen — auch auf die Gefahr des feindlichen Vormarsches im Westen: Die Folgen eines solchen glaubten sie für das Vaterland ertragbar, weil sie überzeugt waren, daß die deutsche Wiedergeburt nur vom Osten ausgehen könne.

Soweit waren die Dinge gediehen, als Reichsregierung und Nationalversammlung, als Presse und Volkskundgebungen den Versailler Vertrag verwarfen. Was lag näher, als im Osten die Folgerungen daraus zu ziehen? So entstand die Möglichkeit, daß die völkischen Bestrebungen mit den Maßnahmen der Regierung im Osten zusammenliefen, und die Hoffnung blieb auf, daß daraus für den Aufbau Deutschlands sich Wirkungen ergeben, die für die Wiederherstellung der völkischen Selbstachtung und der Ehre vor dem Ausland, der Wahrung des deutschen Besitzstandes, Gutes versprachen. Es kann als erwiesen gelten, daß ein Teil der neuen Machthaber im Reiche und in Preußen solchen Gedanken zugänglich war — jedenfalls ist den Truppen ein solches Verfahren in Aussicht gestellt worden.

Und doch war auch dies entweder nur eine starke Anwandlung oder bewußte Täuschung, je nach dem Wesen und den Absichten der einzelnen Regierenden.

Als der Gewaltwille des Vielverbandes sie in der Friedensfrage vor ein Entweder — Oder stellte, ward dies für sie in bezug auf den Osten von gleicher Bedeutung, zumal ja der Vertrag von Versailles vorschrieb, welche Landesteile unbedingt oder je nach dem Ausfall späterer Volksabstimmungen an Polen abgetreten werden sollten. Und wie dort, fielen sie auch hier um: Sie unterwarfen sich, verboten den Heerführern jeden Widerstand, jedes Vorgehen, beseitigten die Generale, die sich im Sinne der Volksehre ausgesprochen hatten, und erzeugten in den Truppen das Gefühl, von ihren Vorgesetzten monatelang betrogen und nun verraten worden zu sein.

Die „Ostfront“ wurde abgebaut, nachdem sie unter dem Aufwand von Mitteln, der für ein so bettelarmes Land wie das deutsche Reich ein ungeheures Opfer bedeutete, in monatelanger Arbeit erst hergestellt worden war. Eine neue furchtbare Niederlage! Das Deutschtum der Ostmark ward preisgegeben, soweit die Polen nach dem Willen der Verbandsmächte ihre Hand danach ausstreckten. Die Urheber dieser Ostmarken-Schande waren dieselben, die den allgemeinen Umsturz herbeigeführt und gefördert und welche die Unterwerfung unter Versailles betrieben hatten.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Vorgängen stehen diejenigen in Oberschlesien und in Kurland. Auch in bezug auf das Schicksal dieser Gebiete wirkten die Reichszerstörer im Sinne der Feinde — insbesondere in Kurland gaben sie die eigenen deutschen Landsleute an die Letten preis, deren Regierung deutsche Truppen, unter Verleihung des Bürgerrechts und mit dem Versprechen von Siedlungsland, zum Schutz gegen den russischen und lettischen Bolschewismus herbeigerufen hatte. Pflichttreu unterzog sich die so gebildete „baltische Landeswehr“ ihrer

Aufgabe. Auf Drängen des Vielverbandes, der dort oben keinen noch so unbedeutenden Ansatz deutscher Machtbildung dulden wollte, aber in den deutschen Truppen einen solchen erblickte, verlangte die lettische Regierung unter Bruch ihres Versprechens die Räumung des Landes und die Machthaber des Reiches schlossen sich dem an, als der „Oberste Rat der Verbündeten“ seinen Druck auf Berlin ausühte; mit stärksten Mitteln forderten sie von den deutschen Truppen in Kurland, die lettisches Bürgerrecht erworben hatten unter Verzicht auf ihre vertraglichen Ansprüche, in Furcht und Unterwürfigkeit vor dem Gewaltwillen der Verbandsmächte ersterbend, die Rückkehr ins Reich.

Wohin man in den Ostfragen schaut, Verrat am deutschen Volke und seiner Ehre.

Soweit die preußisch-deutsche Ostmark in Frage kam, bedeuteten die Maßnahmen der Umsturzregierung das Ende der preußischen Polenpolitik von Friedrich dem Großen bis zu Bismarck, wie es vernichtender nicht gedacht werden kann.

\* \* \*

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik wurde zum letzten Schluß geführt, was mit Bismarcks Entlassung begonnen hatte: Der Umsturz vom 9. November brachte den leichtfertigsten und widersinnigsten Bruch des deutschen Volkes mit seiner Geschichte, herbeigeführt durch den Einfluß Volksfremder und Volksvergessener oder verstiegener Parteiführer, in die Tat umgesetzt durch die schlechtesten Bestandteile des Volkes. Ihm folgte die planmäßige Zerstörung der Reichsverfassung Bismarcks und des preußischen Staates, beides betrieben unter der geistigen Leitung jüdischer Auch-Staatsmänner, genehmigt von den Mehrheiten der sog. deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung.

Daß dies geschehen konnte, war durch die Zusammensetzung beider Volksvertretungen bedingt, die sich aus den ersten Wahlen anfangs 1919 ergeben hatte. Um sie recht zu würdigen, muß auf das Verhalten des Bürgertums und der alten bürgerlichen Parteien bei und nach dem Umsturz, sowie auf das der neugebildeten Parteien hingewiesen werden.

Das deutsche Bürgertum, das in der ganzen nachbismarckischen Zeit einen Mangel an Selbstbewußtsein und Würde, an Instinkt und „Zivilkourage“ bewiesen hatte, der die Misregierung von oben und die Machtverschiebung nach unten erst begreiflich macht, wurde von dem Umsturz ganz unvorbereitet getroffen und ergab sich untätig, ja feige in das Geschehene. Die Mehrheit seiner Wortführer in den alten Parteien des Zentrums, der freisinnigen Volkspartei und des linken Flügels der National-liberalen suchte eiligst den Anschluß an die Machthaber des Umsturzes,

indem sie die Weisheit predigten, man müsse sich zum Schutze der Ordnung und zur Abwehr des Bolschewismus „hinter die Regierung stellen“ — hinter diese „Volksbeauftragten“ ohne Volksauftrag, die Nutznießer eines politischen Verbrechens von unerhörter Verderblichkeit. Allein die Vertreter der Konservativen und Rechtsnationalliberalen wahrten Haltung und Würde, wenn sie auch den sofortigen Kampf nicht aufnahmen — in der Meinung, daß die Umsturzregierung, nachdem sie einmal die Macht in die Hand bekommen hatte, aus dem Triebe der Selbsterhaltung heraus durch Niederhaltung der wildesten Gesellschaftsfeinde für Ordnung sorgen werde.

Allgemein war man bei den Bürgerlichen der Ansicht, daß die „neue Zeit“ neue Parteibildungen verlange. Am ersten waren die jüdischen Schrittmacher des Umsturzes auf dem Plan, indem sie eine „demokratische Partei“ gründeten; zu ihr ließen die Fortschrittländer und alles rechts von ihnen, was die Haltung verloren hatte — insbesondere vom linken Flügel der Nationalliberalen, d. h. in der Hauptsache der jüdische und jüdisch bestimmte Bestandteil dieser Partei. Das Zentrum hielt es für richtig, sich in eine „christliche Volkspartei“ umzuwandeln und fand daraufhin auch Zuzug aus nicht katholischen Kreisen, welche die christliche Weltanschauung durch den Umsturz bedroht sahen und in der neuen Gestalt des Zentrums deren Verteidiger erblickten — ein gründlicher Irrtum, der bald erkannt wurde. Wie diese Partei seit der Gründung des Reiches zuerst — nach der Ansicht des allerzuständigen Beurteilers, des Fürsten Bismarck, — reichsfeindlich und dann bis zum Kriege, wenn auch nur bedingt, reichsfreundlich war, wie sie im Kriege nach dem Abslauen der ersten völkischen Begeisterung in ihre Unzuverlässigkeit zurückgefallen und dann durch ihr Verhalten eine der Haupt-Mitruheberinnen des Zusammenbruches gewesen war, so erwies sie sich auch in ihrer neuen Form als stupellose Vertreterin ihrer Parteianliegen. Ihre Politik war grundsätzlichlos bis zum Ekel; ein so unwürdiger, gemeinschädlicher, unwahrhaftiger Führer wie Erzberger brachte sie zu allem, was er wollte; diese Verfechter christlicher Weltanschauung und Kirchentums gehen Arm in Arm mit dem glaubenfeindlichen, von Juden beherrschten Sozialismus und machen das Maß ihrer Sünden voll, indem sie unter dem Einfluß ihrer angeblich christlichen Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit dem Umsturz schließen und die Reste des deutschen Wirtschaftslebens durch Unterstützung wahnwitziger Arbeiterforderungen untergraben helfen.

Den gleichen Weg ist in der Hauptsache der Teil des Bürgertums gegangen, der sich von der rein jüdisch geleiteten demokratischen Partei in ihre Reihen locken ließ. Es war widerwärtig, zu beobachten, wie diese Kreise, die nach Belieben je nach den Bedürfnissen ihrer Sonderwünsche Mannestolz oder Unterwerfung vor Königsthronen gezeigt hatten, sich

den neuen Machthabern förmlich an den Hals warfen und die revolutionäre Umwandlung als Fortschritt begrüßten. Ihre Führer drängten sich zu Minister- und Staatssekretärsposen; alles machten sie und ihre Presse mit — bis auf die Zustimmung zum Versailler Frieden: hier waren sie zu klug, um die Mitverantwortung auf sich zu nehmen und überließen sie der sozialistisch-ultramontanen Mehrheit; ihre führenden Blätter dagegen — „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ — traten für die Unterzeichnung ein.

Wenn eine Partei nach dem Umsturz auf Nimmerwiedersehen verschwinden musste, so war es die des angeblich freiheitlichen Bürgertums — statt dessen fand die demokratische Partei gewaltigen Zulauf; das Bürgertum wollte zu erkennen geben, daß es die Zeichen der neuen Zeit verstehe, daß es „freiheitlich“ gesinnt sei — und so rannten so viele — auch gut gesinnte — Bürger der reinen Judenpartei in die Arme, daß sie bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung nach der Sozialdemokratie und dem Zentrum die meisten Stimmen erhielt. Doch gebietet die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß viele, die sich der neuen demokratischen Partei anschlossen, im guten Glauben waren, es handle sich um die Bürgerpartei schließlich. Daß dieser Irrtum überhaupt möglich war, ist eine Schuld der rechtsstehenden Gruppen, die viel zu lange mit der Sammlung ihrer Anhänger zauderten.

Wenn etwas die Kreise von Bildung und Besitz, Seßhaftigkeit und Eigenwirtschaft, Überlieferung und Staatsgesinnung zu einer mächtvollen Einheit zusammenschweißen musste, so waren es die Erfahrungen des Umsturzes: Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte von der Republik nichts wissen, wollte die Herrschaft der Straße abwenden, wollte die wahnsinnigen Sozialisierungsversuche nicht mitmachen — der Boden für eine große Bürgerpartei der Reichsrettung war bereitet. Aber die Parteiführer der Mehrheitsgruppen wollten es anders; auch in der Todesnot ihres Vaterlandes dachten sie an sich und ihren Ehrgeiz, und so blieb das Bürgertum zerstückt, weil es diesen Schädlingen folgte. Den Vorteil hatte die Sozialdemokratie, in deren Schlepptau sich das ultramontane Zentrum und die jüdische Demokratie begaben. Von allem, was für die politische Unmündigkeit des deutschen Volkes Zeugnis ablegt, ist das durchschlagendste, daß die jüdischen Macher der sog. demokratischen Volkspartei aus den Kreisen der Nichtjuden massenhaft Zulauf fanden.

So waren die bisherigen Anhänger der völkisch gerichteten Parteien gezwungen, für sich allein vorzugehen; leider einigten sich auch diese Gruppen nicht zu einer starken völkischen Partei, sondern spalteten sich in die deutsche Volkspartei und die deutsch-nationale Volkspartei — ein Vorgehen, dessen Notwendigkeit nicht anerkannt werden kann, und auch in den Parteizielen keine Begründung findet; wenn man einen Unterschied

entdecken will, so ist es vielleicht der, daß die deutsch-nationale Volkspartei entschlossen scheint, die Bekämpfung des Judentums aufzunehmen, während die deutsche Volkspartei dies — nach Kundgebungen ihrer Leitung ablehnt; die Masse ihrer Mitglieder ist jedoch offenbar auch jüdenfeindlich.

Diese beiden Parteien haben mit Nachdruck und mit dem Gewichte durchschlagender Gründe die volksverderbende Politik der Umsturzmacht-haber und ihrer Mehrheitsparteien bekämpft; sie haben den Ruhm, die deutsche Ehre — soweit sie, die von der Macht ausgeschlossen waren, es konnten: also durch Reden, Erklärungen und sonstige Kundgebungen — gewahrt zu haben; leider haben sie nicht sofort den rücksichtslosen Kampf gegen eine solche Regierung aufgenommen, sondern eine Politik „positiver Mitarbeit“ zu treiben versucht — erst als sie erkannten, was von vornherein klar war, daß von solchen Staatsleitern nur Unheil kommen konnte, haben sie sich zur „nationalen Opposition“ entschlossen.

Als Partei, die bis zur Zeit vor dem Kriege außerhalb der Regierungs-fähigkeit und -möglichkeit stand, war die Sozialdemokratie geistig und politisch längst eingerostet — kein zugräftiger Gedanke mehr, der aus ihren Kreisen kam; nur die Mittel größter Verhebung hielten die Gesellschaft zusammen. Die besseren Köpfe der Partei erkannten diese Ver-schrumpfung; ihr Urteil blieb ohne Einfluß. Da kam über Nacht durch das Treiben der Unabhängigen der Umsturz — wie man glauben und als erwiesen annehmen kann, in diesem Zeitpunkt für die Mehrheits-sozialisten verfrüht; nun aber mußten sie „dabei“ sein — ihre Führer wollten die erste Rolle spielen. So kam Scheidemann dazu die „Re-publik auszurufen“, so gelangten er, Ebert und der Jude Landsberg in den „Rat der Volksbeauftragten“; mit den Unabhängigen, die für sich „das Verdienst an der Revolution“ in Anspruch nahmen, mußten sie sich in die Macht teilen. Diese Verbindung konnte nicht dauern, denn die Mehrheitssozialisten waren im Glauben an ihre Lehre brü-dig geworden, wollten von den Unbedingtheiten der sozialistischen Entwicklung nichts mehr wissen — sie waren verbürgerlicht und insofern als Sozialisten unwahrhaftig; von den verbundenen Worten des Parteinamens legten sie mehr Gewicht auf „demokratisch“ als auf „sozia-listisch“. Anders die Unabhängigen; sie vertraten nicht nur die starre alte Parteilehre, sondern bildeten sie unter russisch-jüdischem Einfluß zur Förderung der Alleinherrschaft des Proletariats aus. Alle Zugeständnisse der Mehrheitssozialisten halfen nichts — um die Wende des Unglücks-jahres 1918 riß das Bündnis und seitdem befanden sich die beiden Gruppen mit wildem Haß. Aber damit hatte die Spaltung der äußersten Linken noch kein Ende; den ganz Unbedingten waren auch die Unabhängigen nicht proletarisch genug. Sie erhielten Wettbewerber in der Gunst der großstädtischen Massen durch die Spartakisten (Kommunisten), die noch

von den Anarchisten überboten werden. So zeigt das „werttätige“ Volk dasselbe Bild der Zerrissenheit wie das Bürgertum; wenn nicht alle Zeichen trügen, wandert seine Gefolgschaft nach links ab, während die Entwicklung der Bürgerlichen nach rechts führt.

Dass der Umsturz, den wir als beispielloses politisches Verbrechen erkannt haben, auch eine politische Lüge war, erwies der Ausfall der Wahlen zur „verfassunggebenden Nationalversammlung“. Obwohl damals die Sozialdemokraten im unbestrittenen und alleinigen Besitz der obersten Staatsgewalt waren und obwohl sie bei der Wahlbewegung von den ihnen dadurch in die Hand gegebenen äusseren und inneren Mitteln der Wahlbeeinflussung skrupellosen Gebrauch machten — obwohl zum ersten Male die Frauen zur Wahlurne gerufen wurden und von beiden Geschlechtern die Zwanzigjährigen wählen durften, also die Masse der Urteilslosen ungeheuer vermehrt ward: — trotz alledem vermochten die Sozialisten keine unbedingte Mehrheit zu erzielen. Sie brachten es für die Regierungssozialisten auf 164, für die Unabhängigen auf 22 Abgeordnete, zusammen also 186, während das Zentrum 91, die Demokraten 75, die deutsch-nationale Volkspartei 39, die deutsche Volkspartei 22, sonstige kleinere Gruppen und Parteilose 8 Sitze erhielten — zusammen also 235. Den Umstürzern standen sonach die Bürgerlichen mit starker Überlegenheit gegenüber. Die Mehrheit der Wähler hatte trotz aller ungünstigen Einflüsse den Umsturz abgelehnt; kein Zweifel, dass sie nach wie vor monarchisch war. Jetzt kam es darauf an, wie die Erwählten des Bürgertums sich verhalten würden: die Entscheidung lag bei den Abgeordneten des Zentrums und der Demokratie, und sie haben versagt.

Die erste Zeit der sozialistisch-demokratisch-republikanischen Herrschaft hat genügt, für immer die unbedingte Regierungsunsäglichkeit der Gruppen darzutun, welche die Staatsleitung in der kaiserlosen Zeit in die Hand genommen haben. Die Demokratie — einerlei, ob sie jüdisch-bürgerlich, sozialistisch oder ultramontan aufgemacht ist, hat einen furchterlichen Zusammenbruch erlebt — nur schade, dass das deutsche Reich vernichtet werden musste, um ihre Untauglichkeit zu erweisen! Unfruchtbar, feige, wie das „alte System“ in seiner schlimmsten Zeit, richtet sie sich nur nach dem Begehrn der Masse, sucht sie bei guter Laune zu erhalten und opfert diesem Bestreben die Grundlagen staatlicher Gemeinschaft.

Der Sozialismus, der sich vermesssen hatte, möglichst vielen das Glück zu bringen, der die wahre Freiheit an Stelle der bisherigen Unterdrückung verhieß, der Arbeit sein wollte — erwies sich als die jedes Gemeinleben zerstörende Gruppe, als die er von geistig Klaren immer erkannt worden war: die ehrlichen Volksbeglücker, die weltfremden Idealisten bildeten von je die einflusslose Minderheit — ihre Wahngedanken hatten keine Anziehungskraft — die Masse war von dem Triebe des Neides erfüllt,

bei ihm von den berufsmäßigen Hezern angepaßt worden, von ihm zu selbstmörderischer Zertrümmerung der Grundlagen des eigenen Daseins getrieben worden. Wie der Neid niemals schöpferisch und glückpendend werden kann, so mußte auch der Sozialismus als Partei des zum System erhobenen Neides seine eigenen Anhänger mit dem Volksganzen verderben. Nicht zu reden davon, daß er statt der Freiheit nach innen die Gewaltherrschaft der Massen, nach außen die Versklavung durch die Feinde gebracht hat.

Bezeichnend ist, daß der echteste Verkörperer der auf den Umsturz folgenden staatlichen Mißwirtschaft kein Sozialist auch kein Juden-Demokrat, sondern der Zentrumsdemagog Erzberger wurde, den geduldet und groß haben werden zu lassen die unshühnbare Schuld des Zentrums ist.

Alles in allem bestätigt das Verhalten der drei international gerichteten Parteien gerade im Kriege und beim Umsturz das Urteil des Fürsten Bismarck, der in ihnen mit der sicheren Witterung des Staatsmannes, Menschen- und Geschichtskenners Reichsfeinde erblickt und sie auch so genannt hatte. Diese Kennzeichnung ist später, als der neue Kurs alles schön gefärbt sehen wollte, außer Übung gekommen, und als der Krieg ausbrach, gab es nach der Ansicht des Kaisers und Bethmann Hollwegs nur Vaterlandsfreunde im deutschen Reiche. In Wahrheit aber lebten die Reichsfeinde noch; sobald sie die Stimmung des Volkes abflauen sahen, nahmen sie ihre Arbeit wieder auf und richteten das Werk Bismarcks, von seinen Nachfolgern ungehindert, zugrunde.

Wie Regierungen und Volksvertretungen wirken, in denen solche Gruppen tonangebend sind, liegt auf der Hand: so führen sie für das verblendete deutsche Volk den in der Geschichte längst erbrachten Beweis von neuem und mit entsetzlichem Nachdruck, daß ein Staat von unten her nicht regiert werden kann. Was die Tagungen der Arbeiter- und Soldatenträte, über die öffentliche Berichte ausgegeben wurden, an Tiefstand der Gesinnung, des Urteils, der Schulung brachten, ging über die schlimmsten Erwartungen weit hinaus und widerlegte das schmeichelhafte Wort von der politischen Reife der Deutschen. Sachlich nicht viel höher stehen die Verhandlungen der Landesversammlungen und der Nationalversammlung, soweit nicht die Wurführer der „nationalen Opposition“ sie auf eine gewisse Höhe bringen. Leute, die nicht die kleinste Gemeinde gut leiten könnten, sind durch die Unvernunft der Wähler bestimmt, die Geschäfte eines großen Volkes in schwerster Not zu besorgen. Sie können nicht anders; sie müssen vernichten und verwirtschaften, was der neueste Kurs, was der Umsturz noch übrig gelassen haben.

Die neue Reichsverfassung, die diese Regierung mit dieser Nationalversammlung geschaffen hat, lehrt sich mit gehässiger Absichtlichkeit von den Anschauungen ab, von denen der Reichsgründer er-

füllt war; ein lebloses Gebilde ohne Volkstümlichkeit — mit vollendetem Gleichgültigkeit aufgenommen, als sie am 11. August 1919 verkündet wurde und am 14. in Kraft trat. Die ruhmreichen Farben des alten Reiches wurden abgeschafft und durch schwarz=rot=gold ersetzt — damit verloren die Farben der völkischen Bewegung von 1848 den Zauber, den sie ausgeübt: denn was von diesem Umsturz berührt wird, ist entheiligt.

Die Geldgebarung des „neuen Systems“ widerspricht allen bewährten Grundsätzen der Staatswirtschaft und führt das Reich immer tiefer in Schulden. Die deutschen Zahlungsmittel sind dem Ausland gegenüber so entwertet, daß ein Gütertausch nur unter größten Opfern möglich ist. Die Kriegsgesellschaften leben noch und die Zwangsbewirtschaftung setzt ihr schädliches Treiben fort. Die Sozialdemokratie konnte keines ihrer alten Parteiversprechen, aber auch keine der Glücksverheißungen des Umsturzes wahr machen; um sich vor der Enttäuschung ihrer Gefolgschaft zu sichern, sucht sie ihnen durch gemeinschädliche Versuche, wie die Sozialisierung „reifer“ Betriebe und die Einführung des „Rätesystems“ in alle wirtschaftlichen Unternehmen mit gewisser Arbeiterzahl, Sand in die Augen zu streuen. Das wahnwitzige „Reichsnatopfer“ Erzbergers entzieht der Privatwirtschaft die Mittel, ohne dem Reiche zu helfen. Die öffentlichen Verkehrsanstalten verlangen Zuschüsse; Post und Eisenbahnen, einst Vorbilder für die ganze Welt, sind innerlich und äußerlich zugrunde gerichtet. Die Ansprüche der Arbeitnehmer sind infolge der jahrzehntelangen Verheißung so gestiegen, daß ein Wirtschaften unmöglich ist — Pflichtgefühl, Arbeitsfreude sind gesunken, bei allzu vielen ertötet. Die unterschiedlose Arbeitslosenunterstützung fördert die Trägheit, züchtet Betrüger und Verbrecher; Ausstände tragen die Unsicherheit in alle Betriebe. Der Sinn für Recht und Ehre, Gesetzlichkeit und Ordnung ist verschwunden; Sparsamkeit und Maßhalten, Scham und Schicklichkeit gelten als überlebt. Ein Taumel der Genußsucht ist über das zerschlagene Volk gekommen, der sich überall, am schlimmsten in den Großstädten, austobt: Dort herrschen Tanz- und Spielwut, die frankhaft sind.

Der „preußische Militarismus“, der nichts anderes war als die Schule der Ordnung und das Werkzeug äußerer und innerer Sicherheit, ist tot — an seine Stelle ist ein Soldheer getreten, das mehr kostet als das um ein vielfaches stärkere Heer der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Kaiser und die Fürsten sind beseitigt — aber die Machthaber des Umsturzes zittern im Bewußtsein ihrer Schuld vor der „Gegenrevolution“. Ihre Nachläufer wollen die Gegenleistung für ihre Hilfe bei der Zerstörung des Gewesenen und drängen sich zu den Ämtern; so gelangen Menschen zum öffentlichen Dienst, die nicht nur nichts von dem verstehen, was ihrer Obhut anvertraut ist, sondern die durch Unwürdigkeit den letzten Rest des staatlichen Ansehens untergraben. Die Bestech-

lichkeit hat schnell Eingang gefunden; die auf deutschem Boden bisher unbekannte „Korruption“ ist nicht nur entstanden, sondern hat sich mit erschreckender Schnelligkeit eingefressen.

Das Treiben der Machthaber in den Hauptstädten hat eine Bewegung hervorgerufen, die unter den Schlagworten „Los von Berlin“, „Los von München“ die Zertrümmerung der beiden größten Bundesstaaten anstrebt. Mit dieser aus dem Widerwillen gegen die Umsturzleute erklärbaren, aber trotzdem politisch zu verwerfenden Bewegung sind im besetzten Gebiete volksverräterische Machenschaften verquidt, die — hauptsächlich unter ultramontanen Einflüssen — den Anschluß an Frankreich suchen, dies aber heuchlerisch mit dem Abscheu begründen, den die ordnungsliebende Bevölkerung vor den Folgen des Umsturzes empfinde, und mit dem Verlangen, unter französischem Schutze wieder zu geregelten Verhältnissen zu kommen.

Die Landarbeiter werden gegen die Besitzer aufgehetzt, und Ernteausstände gefährden die Ernährung des Volkes. Die Kohlennot stellt die Aufrechterhaltung industrieller Betriebe und den Verkehr, die Beleuchtung und Erwärmung in Frage — und dabei verlangen die Feinde dem Versailler Vertrag gemäß die Lieferung von Kohlen!

Die Höhe der Schuldenlast des Reiches ist unübersehbar; zu ihr kommen die Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden.

Die Verwaltung ist im Zustande der Auflösung.

Die Schulen sollen mit dem „neuen Geiste“ erfüllt werden, d. h. jede wirkliche Erziehung wird in Frage gestellt, der Einfluß der Kirchen auf die Jugenderziehung so gut wie ausgeschaltet; damit wird der Menschenwert des kommenden Geschlechts gefährdet.

Alle bösen Geister scheinen losgelassen, um dies der inneren Sammlung, körperlichen Erholung und wirtschaftlichen Erstärkung bedürftige Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Das ist das Ende des Bismarck-Reiches, herbeigeführt durch die Schuld eines ganzen Volkes, das sich durch volksfremde und volksvergessene Salschmünzer der öffentlichen Meinung seinem eigenen Wesen hat entfremden lassen.

\* \* \*

Da das deutsche Reich der Kraftmittelpunkt des gesamten deutschen Volkes ist, mußte sein Zusammenbruch von verhängnisvollster Wirkung auf das Deutschtum außerhalb des Reiches sein. Von der Not, in welche die Auslanddeutschen im engeren Sinne, d. h. die in fremden Staaten lebenden, durch den Krieg versetzt wurden, soweit ihre Gastländer sich als Feinde des Vaterlandes am Kriege beteiligten, haben wir schon gehört. Für sie konnte allein der deutsche Sieg Rettung bringen, indem er ihnen Entschädigung für ihre Verluste, den Neuaufbau ihres Lebens gesichert

hätte. Die Niederlage des Vaterlandes besiegelte ihren Untergang — eine erschütternde Tatsache.

Die Deutschen in Russland haben furchtbar gelitten. So lange die Zarenherrschaft noch dauerte, wurde gegen sie nach dem Worte des Ministerpräsidenten Goremynin versfahren: „Wir führen den Kampf gegen das Deutschtum.“

Die Kriegshandlungen, die Maßnahmen der militärischen Befehlsgeber in Kriegsgebieten, in denen Deutsche ansässig waren, haben vollendet, was die Verwaltung in bezug auf Misshandlung der Deutschen zu tun übrig ließ. Die Bolschewisten taten das Letzte. Bei dem heutigen inneren Zustand Russlands lässt sich nicht übersehen, was von den deutschen Siedlungen diese Verfolgung, das Chaos überstanden hat, was etwa noch bei der Verschleppung gerettet wurde. In Wolhynien scheint alles vernichtet zu sein; an der Wolga soll es besser stehen, während die transkaukasischen Siedlungen vielleicht ziemlich glimpflich durchkommen. Um so grausamer ist das Schicksal des Deutschtums in den Ostseeprovinzen — ein erschütterndes Trauerspiel in örtlich begrenztem Rahmen innerhalb des gewaltigen Trauerspiels des ganzen deutschen Volkes! Nach den Nöten der ersten Kriegszeit durch den Einmarsch deutscher Heere befreit, sahen sie den deutschen Kaiser unter sich, jubelten ihm als ihrem dureinstigen Oberhaupt zu, bereiteten den staatlichen Anschluß an das Mutterland vor. Da brachte der Umsturz die militärische Räumung der Lande; wo gestern noch deutsche Truppen gelegen hatten, rückten die Horden russischer und lettischer Bolschewisten ein und häuften mit unmenschlicher Grausamkeit. Als die Bolschewistengefahr auch die neuen Machthaber des deutschen Reiches zwang, gegen die Mordbrenner aufzutreten, und als das eingessene Deutschtum zur Selbstverteidigung schritt, kamen nochmals Tage der Hoffnung; ein wechselseitiger Kleinkrieg begann, der heute eine Stadt rettete, um sie später wieder preisgeben zu müssen. Wehe den Deutschen, die dann in die Hände des Gesindels fielen. Noch ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, noch lässt sich nicht übersehen, welche Opfer an Gut und Blut die deutsche Niederlage das baltische Deutschtum gefordert hat — fest steht aber, daß es mit beispieloser Treue und Zähigkeit, mit unerschütterlicher Standhaftigkeit und Opferbereitschaft sein Volkstum verteidigt hat — ein ruhmvolles Vorbild für jene Deutschen, die dureinst ihr zertretenes Vaterland wieder aufrichten werden. Die neuen Machthaber im Reich hatten für die politische Bedeutung und den sittlichen Wert des deutschbaltischen Daseinskampfes kein Verständnis; sie betrachteten ihn als das verzweifelte Bemühen der ihnen verhassten „baltischen Barone“, ihre angeblich volksfeindliche Adelsherrschaft zu retten. Darüber übersehen sie, selbst ohne Sinn für persönliche Ehre, daß dort oben im Nordosten die völkische Ehre gewahrt wurde.

In Frankreich und Belgien waren Verfolgung, Haß und Verachtung alles Deutschen maßlos; das deutsche Eigentum verfiel in Frankreich bei Kriegsbeginn, in Belgien nach der Räumung der Beschlagnahme; die Deutschen selbst wurden nach der Willkür der Behörden entweder ausgewiesen oder in Verwahr genommen.

England und seine Kolonien führten allem Völkerrecht zuwider nicht nur den Raub deutschen Privatvermögens durch, sondern ließen alle Handelsniederlassungen auflösen; dabei wurden ungeheure Werte mit voller Absicht vernichtet und der einzelne Deutsche um sein Eigentum gebracht. Auch dort war nur die Wahl zwischen Ausweisung oder Festnahme; in beiden Fällen erfuhrn die meisten der Betroffenen grausame und unwürdige Behandlung.

In anderen Staaten scheint man weniger gehässig vorgegangen zu sein; so wird behauptet, daß die Reichsdeutschen in den Vereinigten Staaten, in China, in Italien persönlich weniger Grausamkeiten zu erdulden hatten, aber auch dort verfiel ihr Vermögen der Einziehung.

Wenn auch noch bei weitem nicht volle Klarheit über die Lage des Deutschtums in den am Kriege beteiligten feindlichen Staaten geschaffen ist, so kann doch bestimmt gesagt werden, daß ihm ein tödlicher Schlag versetzt worden ist. Eine Zeit des Leidens liegt hinter ihm, Not und Armut vor ihm. So endet dieser Abschnitt deutscher Geschichte mit einem fürchterlichen „verloren“.

Aber nicht nur dies: der Weltkrieg, von dessen Schicksal das Ausland deutschum abhing, dessen glückliches Ende seine Zahl hätte verringern können, hat es vermehrt: Elsaß-Lothringen, Posen und die anderen abgetretenen Gebiete sind ja Ausland geworden, die in ihnen wohnenden Volksgenossen damit zu „Auslanddeutschen“!

\* \* \*

In weiterem Sinne waren auch die Deutschen des Habsburgerreiches Auslanddeutsche — und sie sind es geblieben.

In Ungarn führte der Umsturz zum Zusammenbruch des madjarischen Größenwahns: Die madjarischen Verräter traf die Strafe zuerst und vernichtend. Aus dem Ungarn, das eine künstlich zur Mehrheit gemachte madjarische Minderheit zum madjarischen Nationalstaat mit den Ansprüchen einer Großmacht zwingen wollte, ist ein kleines, armes, verachtetes Gemeinwesen geworden, von dem Rumänen, Serben, Kroaten, Tschecho-Slowaken, Italiener sich die Landesteile abgerissen haben, in denen ihre Volksgenossen wohnen; für Ungarn bleibt in der Hauptsache nur die madjarisch besiedelte Donau-Tiefebene. Kein Wort des Bedauerns kann diesem Zusammenbruch gelten — ein Volk, das am Ende seiner

Geschichte eine Tat auf sein Gewissen lädt, wie das madjarische durch den Verrat des Feldmarschalls von Mackensen, der sein Retter vor Russen und Rumänen war, verdient kein anderes Schicksal.

Die Deutschen des zerschlagenen Ungarn sind dabei, unter klugen und tüchtigen Führern, in den Ländern, denen sie zufallen, ihre Zukunft zu sichern, indem sie je nach den Umständen vorgehen. Es hat den Anschein, daß die Rumänen, zu denen die Siebenbürger Sachsen und ein Teil der Banater Schwaben, und der jugoslawische Staat, zu dem der Hauptteil des südungarischen Deutschstums kommen wird, es günstiger behandeln wollen, als es unter madjarischer Herrschaft geschah. Doch ist die Entwicklung abzuwarten. Was im restlichen Ungarn bleibt, hat sich im deutschen Kulturrat eine Vertretung geschaffen und ist den schwachen Madjaren gegenüber in besserer Lage als früher.

Das westungarische Deutschstum strebt zu Deutsch-Österreich, und seine Vertreter hatten den Anschluß schon erklärt, als die jüdisch-sozialistischen Machthaber, die durch den Umsturz in Wien zur Herrschaft gelangt sind, eine formelle Volksabstimmung verlangten. Die Verbandsmächte haben die Vereinigung dieser Volksgenossen mit dem von ihnen geschaffenen „Österreich“ bewilligt.

Die Reichshälfte diesseits der Leitha, der Kaiser Franz Josef am Ende seines Lebens mit der amtlichen Bezeichnung „Kaisertum Österreich“ endlich einen Namen gegeben hatte, ist infolge des Zusammenbruches des Gesamtstaates auseinandergefallen; das Gebiet ist zwischen Polen, Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Italien und Klein-Österreich aufgeteilt worden. Dabei versühr die feindliche „Friedenskommission“ durchweg zum Nachteil des deutschen Volkes und setzte sich über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, geschichtliche Überlieferung, wirtschaftliche Entwicklung und Volkszugehörigkeit, rücksichtslos hinweg. Dieselben Staaten, die Recht und Gerechtigkeit fortwährend im Munde führen, reißen das rein deutsche Südtirol zugleich mit dessen italienisch besiedeltem Zipfel vom Tiroler Lande ab; bis zum Brenner geht die reichsitalienische Grenze. In einer Vergewaltigung sondergleichen werden Meran und Bozen, die Heimat Walthers von der Vogelweide und Andreas Hofers, urdeutscher Boden mit rein deutscher Bevölkerung, vom deutschen Volkskörper getrennt und dem verhassten Italien zugewiesen.

Die Tschecho-Slowaken zwangen das ganze Sudeten-Deutschstum der böhmischen Randgebiete, Mährens und Österreichisch-Schlesiens unter ihr Joch. Dreieinhalb Millionen Deutsche sind diesen gewalttätigen, gewissenlosen Feinden unseres Volkes ausgeliefert — keine Verwahrung, kein Ruf um Recht wurde von den Siegern erhört; weder der Anschluß an das deutsche Reich, noch an Deutsch-Österreich wurde

ihnen zugestanden. Auch sie mußten unter das Joch und leben als Rechtslose in dem neuen Freistaat der Tschecho-Slowaken, dessen sozialistische Leiter ihnen gegenüber von dem Geiste der Völkerversöhnung nicht nur nichts merken lassen, sondern ihre Führer verfolgen, ihre Presse bedrücken, ihre wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Das Unrecht, das die Heuchler des Vielverbandes diesem unglücklichen deutschen Stamm antun, schreit zum Himmel.

Nicht anders ist es an der deutsch slowenischen Sprachgrenze im Gebiete der Ostalpen. Die mit dem tatsächlichen Besitzstand im Widerspruch stehenden Ansprüche der Slowenen wurden zum Nachteil der Deutschen durchweg befriedigt; soweit die Küstenlande nicht italienisch wurden, fielen sie an Jugoslawien und die „Friedenskommission“ der Verbündeten hatte nur Sorge, den Widerstreit der italienischen und jugoslawischen Begehren zu mildern oder zu lösen — über die deutschen Einsprüche und Verwahrungen zerbrach sie sich nicht den Kopf. So fielen Teile von Steiermark und Kärnten an den neuen Südslawenstaat, deren Deutsche der Fremdherrschaft ausgeliefert sind. Wie willkürlich und gewalttätig die Feinde dabei verfuhrten, belegt die Tatsache, daß das alte deutsche Marburg an der Drau zu Jugoslawien kam!

Was von Alt-Österreich übrig blieb, waren die Kronländer Salzammergut, Vorarlberg, Nordtirol, Nordkärnten, Nordsteiermark, Ober- und Nieder-Österreich. Von ihnen suchte Vorarlberg den Anschluß an die Schweiz, wurde von ihr aber zurückgewiesen; die übrigen strebten nach dem Reiche, wurden aber durch das Verbot des Vielverbandes von ihm ferngehalten.

In den deutschen Kronländern des zertrümmerten Staates war der Umsturz von wesentlich denselben Kreisen ausgegangen wie im Reiche, nur spielte das Judentum und seine Presse wenn möglich hier noch eine größere Rolle wie dort; das großstädtische Proletariat folgte seiner Leitung ganz; das Bürgertum war zerspalten und willenlos; die Behörden versagten — kurz, die Umstürzler rissen die Gewalt an sich und an die Spitze des werdenden Staates, der als erste Pflicht die Rettung des Deutschstums der gemischtsprachigen Gebiete, als zweite die Vereinigung mit demjenigen des Reiches hatte, traten in den wichtigsten Ämtern sozialistische Juden. Wie in Berlin, so hatten auch in Wien die Machthaber Angst vor dem zurückgekommenen Heere und beilten dessen Auflösung; wie dort mußte alsbald für die innere Ordnung eine Truppe gebildet werden. Man war aber in Wien noch furchtsamer als in Berlin, indem man nur „Genossen“ in Dienst nahm; so entstand die „Volkswehr“ — eine Truppe, die ein Spott gegen ihre Aufgabe und eine Bedrohung für das Bürgertum wurde. In den international gerichteten Kreisen hatte man die Hoffnung, daß die Verbundsmächte mit Österreich glimpflicher verfahren würden, als

mit dem deutschen Reiche, und der französische Beauftragte, der alsbald in Wien seinen Sitz aufschlug, fand für seine Machenschaften unter Juden, Sozialisten und Klerikalen willige Helfer; auch der deutschfeindliche Feudaladel suchte Beziehungen zu ihm.

Um so peinlicher war die Überraschung, als die Friedensbedingungen, die dem neuen Staate am 2. Juni 1919 in St. Germain vorgelegt wurden, noch härter waren, als diejenigen von Versailles. Das unselige Rest-Österreich war, weil es deutsch war, der Erbe all des Hasses, der einst dem Habsburger-Staate gegolten hatte; auf es wurden die Nachteile des Gesamtstaates aus dem Kriege abgewälzt. Eine ungeheure Schuldenlast wurde ihm aufgebürdet; seine wirtschaftliche Erhebung verhindert, indem die Kohlen- und Industriegebiete Böhmens an die Tschecho-Slowaken gegeben wurden. Vom Zugang zum adriatischen Meere wurde es abgesperrt, indem die Küstengebiete des alten Gesamtstaates unter Italien und Jugoslawien verteilt wurden, die freilich darüber in Feindschaft gerieten. Dies Klein-Österreich, seiner böhmischen, mährischen, schlesischen, südsteirischen, südtiroler und südkärntner Deutschen beraubt, wurde ein Binnenstaat, der nicht leben und nicht sterben kann, dem der Anschluß an das deutsche Reich ausdrücklich verboten ist und dem der Haß der Verbündsmächte vorschrieb, daß nicht einmal das Wort deutsch in dem amtlichen Namen vorkommen darf. Durch den Willen der Sieger heißt der kleine deutsche Binnenstaat der Alpenländer Österreich; machtpolitisch ist er noch stärker gefesselt als das deutsche Reich, und die ihm auferlegte Pflicht der „Wiedergutmachung“ der Kriegsschäden drückt ihn zu Boden.

Als diese Bedingungen in Wien bekannt wurden, brach die Empörung jener, die sich am meisten auf die Milde des Vielverbandes verlossen hatten, am lautesten aus — aber das wehr- und machtlose Gemeinwesen mußte sich unterwerfen, und am 10. September wurde der Raubvertrag von St. Germain vollzogen.

Die inneren Zustände des Landes sind noch verschärfter als im deutschen Reiche; die verwahrloste Reichshauptstadt mit ihrem Proletariat, mit ihren Massen von Ostjuden, die seit Kriegsbeginn als Flüchtlinge dort zusammengestromt waren, belastet die Kronländer unerträglich, und es ist durchaus verständlich, wenn diese unter dem Schlagwort „Los von Wien“ eine Regelung anstreben, die sie von dem Einfluß dieser im Verhältnis zu dem übrigen Lande viel zu großen, verjudeten, international gerichteten Stadt befreien. Wie sehr dies Streben sachlich begründet ist, ergibt sich daraus, daß das neue Österreich im ganzen rund sechs Millionen Einwohner hat, von denen in Wien allein eindreiviertel Millionen leben — also fast der dritte Teil!

Im Gegensatz zum deutschen Reiche lebt die Mehrzahl der Bevölkerung — von der Hauptstadt abgesehen — auf dem Lande und in Mittel- und

Kleinstädten, so daß die innere Wiedergeburt, die Aufrichtung der Ordnung, bessere Aussichten bietet als im deutschen Reiche.

Die furchtbare Schuld, welche die Juden, Sozialisten und Ultramontanen Alt-Österreichs durch die Zermürbung des Volkes am Zusammenbruch der beiden Mittelmächte haben, wird nicht durch die Verwahrung ausgelöscht, welche die Nationalversammlung des neuen Staates gegen die Vergewaltigung durch die Verbandsmächte und gegen die Fernhaltung vom deutschen Reiche beschlossen hat.

Die Völkischgesinnten des Reiches hören unter den aus Deutsch-Österreich herüberdringenden Stimmen allein diejenigen ihrer Gleichgesinnten und wissen, daß die Zukunft dieses Bruderlandes auf ihnen ruht.

Wer die Geschehnisse dieser Zeit so betrachtet, daß er einen Plan der Vorsehung in ihnen erkennt, wird die derzeitige Trennung der Deutschen des Reiches und Österreichs als ein vorübergehendes Übel hinnehmen und erwägen, ob es nicht im Sinne der deutschen Wiedergeburt nachteilig gewesen wäre, wenn die Wiedervereinigung eine Folge des Umsturzes gewesen, wenn sie als eine Wohltat der Urheber dieses Verbrechens erschienen wäre. Aus Schlimmem kann nichts Gutes entstehen — dies Gesetz gilt jetzt für das deutsche Volk; das Gute kann erst kommen und wiederkehren, wenn Ursachen und Urheber des Schlimmen beseitigt sind.

\* \* \*

Am Schlusse dieser Schilderung hat die Feststellung zu stehen, daß das deutsche Volk, das im Reiche Bismarcks freier lebte als irgend ein anderes — das wohlhabender geworden war und in besserer Ordnung lebte, als irgend ein anderes, zum verachteten und gehaschten Sklavenvolke der Welt geworden ist, daß es in Bettelarmut und heillose Unordnung geriet, weil es in seiner Verblendung jenen folgte, die den deutschen Sieg nicht wollten. Seine Helden hatten ihm den erstritten und wollten und konnten ihn halten — die Verräter im Volke wollten es anders, und so kam das Ende voller Schrecken und Not, die keine Reue wendet, die nur Befreiertat wegräumen wird.

Die deutsche Selbstvernichtung hat die angelsächsischen Staaten im Bunde mit dem internationalen Großkapital zu Herren dieser Erde gemacht, weil die Deutschen nicht wußten, was sie wollten — zu wollen hatten. Nun fragt es sich, wie lange diese Herrschaft dauern wird. Wenn dies unklar ist, so ist um so gewisser, daß kein Volk schwerer unter ihr zu leiden hat als das deutsche, so lange sie dauert.

Diese Sicherheit ist das trostlose Endergebnis des Weltkrieges, in dem das deutsche Reich 1600000 Tote betrauert, in dem es über 600000 Gefangene und 200000 Vermißte verloren hat, von denen allzu viele die

Heimat nicht wiedersehen werden — in dem über vier Millionen seiner Kämpfer verwundet wurden, von denen zahllose dauernd verfrüppelt sind. Zu diesen Opfern vor dem Feinde kommen diejenigen der Heimat: das Reichsgesundheitsamt hat festgestellt, daß dreiviertel Millionen Deutsche an Unterernährung gestorben sind — ungeachtet der Gesundheitsschädigung, die Hunger und Kälte dem Volke, vor allem den Kindern, zugefügt haben. Welche Fülle von Not und Leid liegt in diesen Zahlen!  
Und doch dies Ende!